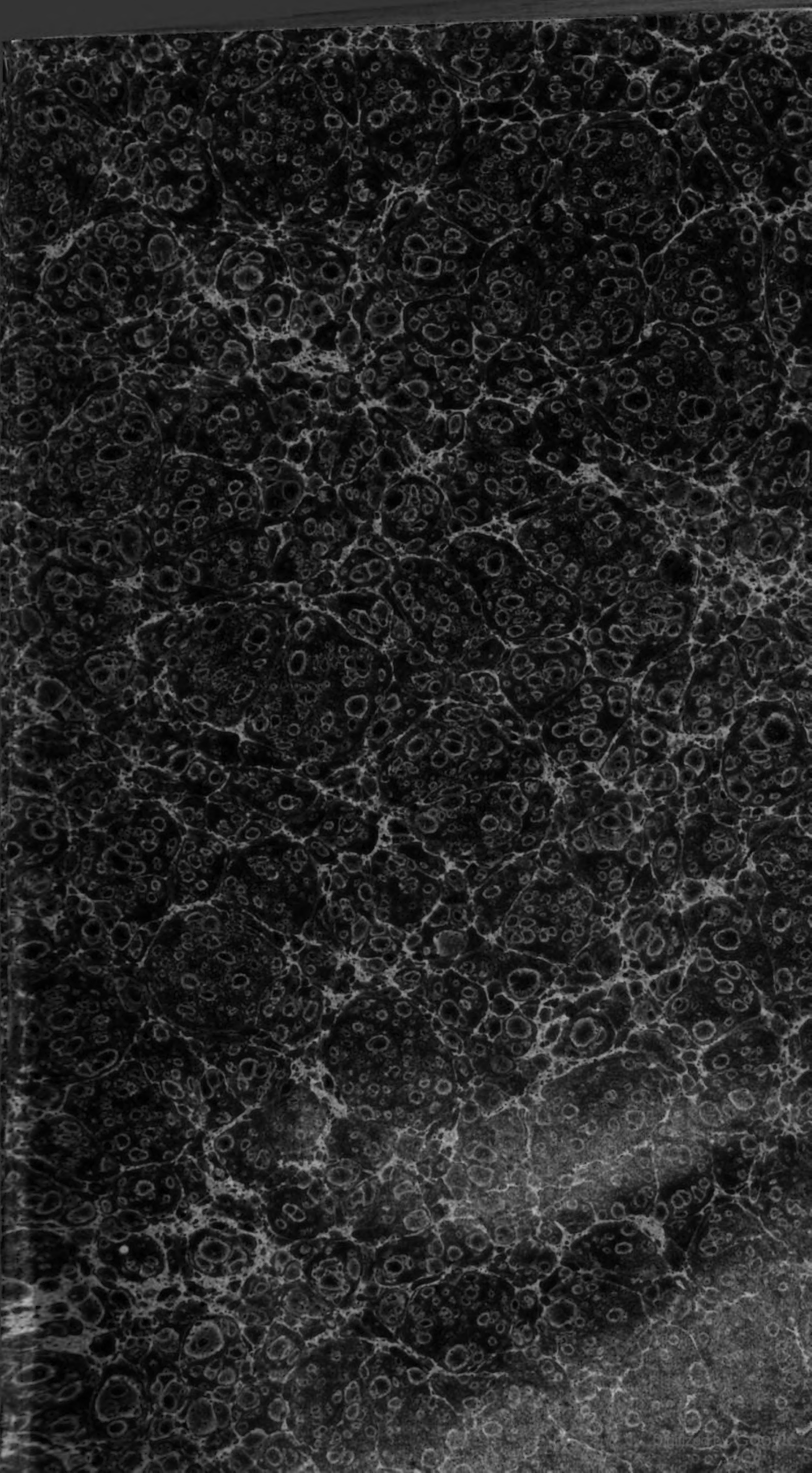


KONINKLIJKE BIBLIOTHEEK



0348 0263



1750908

291264

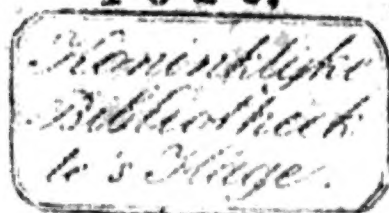
R e s t a u r a t i o n
der
S t a a t s - W i s s e n s c h a f t
oder
T h e o r i e
des
n a t ü r l i c h - g e s e l l i g e n Z u s t a n d s
der
S c h i m ä r e d e s k ü n s t l i c h - b ü r g e r l i c h e n e n t g e g e n g e s e t z t
von
C a r l L u d w i g v o n H a l l e r,
vormals des souverainen, wie auch des geheimen Raths der Republik Bern ic.

S e c h s t e r B a n d.
Z w e y t e r T h e i l. V o n d e n R e p u b l i k e n o d e r f r e y e n
C o m m u n i t ä t e n.

Concordia res parvæ crescunt.

Z w e y t e v e r m e h r t e u n d v e r b e s s e r t e A u f l a g e.

~~~~~  
**W i n t e r t h u r,**  
**i n d e r S t e i n e r i s c h e n B u c h h a n d l u n g,**  
**1 8 2 5.**







---

## V o r r e d e.

---

Meine Leser werden sich billig verwundern, daß dieser sechste Band, mit welchem eigentlich das ganze Werk geschlossen ist, gleichwohl früher als der fünfte erscheint, der die Theorie über die geistlichen Herrschaften vollenden, und vorzüglich die Mittel zu ihrer Befestigung angeben sollte. Es sey mir daher vor Allem erlaubt die Ursachen dieses Uebelstandes zu erklären, und mich über denselben so gut als möglich zu entschuldigen. Durch die Ausarbeitung des vierten Bandes an Geist und Körper ermüdet und geschwächt, auch durch die Folgen, welche ich von seiner Erscheinung voraussah, innerlich bewegt und mehr oder weniger beunruhiget, war es eine Art von Erholung für mich, einstweilen die Fortsetzung dieses Bandes zu unterbrechen, und zu anderen Gegenständen überzugehen, die mir bekannter und geläufiger waren, folglich auch weniger Anstrengung, weniger Nachforschungen kosteten. Um also einiger Ruhe zu genießen, und dennoch die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen, fieng ich an den zweiten Theil über die Republiken abzufassen,

wo alle Materialien vor mir in Bereitschaft oder vielmehr in meinem Gedächtniß lagen. Bald war diese Arbeit bis über die Hälfte vorgerückt, und zuletzt hielt ich es für besser sie vorerst zu Stande zu bringen, und mithin den sechsten Band, der übrigens an und für sich ein besonderes Ganzes ausmacht, vor dem fünften herauszugeben, als bei der ungewissen Daur des Lebens und meinem heran nahenden Alter vielleicht beyde unvollendet zu lassen. Daben fühlte ich selbst, wie mangelhaft noch meine eigenen Kenntniße über das Kirchen-Regiment und seine Verwaltungs-Art seyen; in Nebenstunden aber fand ich Gelegenheit diese Kenntniße zu erweitern, zu bereichern, sogar in manchen Punkten zu berichtigen, und werde dadurch in den Stand gesetzt seyn etwas Besseres zu liefern, als es mir sonst möglich gewesen wäre. Endlich schien es mir auch sowohl für das wissenschaftliche Interesse als für den unmittelbaren praktischen Nutzen wichtig, daß der Band über die Republiken und andere Communitäten sobald als immer möglich bekannt gemacht werde, weil durch ihn allein die gesammte Staats-Wissenschaft ergänzt und vervollständiget wird. Ohne denselben wäre das Werk offenbar einseitig und verstümmelt, da hingegen, wenn auch der Tod mich hindern sollte die Theorie der geistlichen Staaten zu beendigen, das Uebrige dennoch ein zusammenhängendes Ganzes ausmacht, und im Grunde nur das Capitel über die Erhaltungsklugheit solch religiöser Verbindungen mangelt; eine zwar schwierige und viel umfassende Kunst, die



man aber der allgemeinen Kirche nicht erst zu lehren braucht, sondern von ihr viel besser verstanden und ausgeübt wird, als ich sie je zu schildern im Stand seyn werde. Hier ist die Praxis besser als jede Theorie, die ein bloßer Gelehrter aus der Natur der Sache abzuleiten oder aufzustellen vermag; in Absicht der Communitäten und Republiken aber dürfte unsere Theorie leicht besser als die Praxis seyn, und daher nicht ohne Nutzen bleiben. Während ihrer Ausarbeitung sind übrigens in meinen persönlichen Verhältnissen wichtige Veränderungen vorgegangen, welche mir nothwendig viele Mühe raubten, manche Unterbrechung veranlaßten, und daher auch wider meinen Willen die Herausgabe dieses Bandes verspäteten. Über mitten in allen Stürmen und Erschütterungen, in jeder Lage, wohin es der Vorsehung mich zu versetzen gefiel, unter einem fremden Volk, bey ganz anderen Geschäften und Umgebungen, ja sogar ungeachtet des Zuwachses von Arbeit, den mir die französische Uebersetzung dieses Werkes verursachte, war dennoch die Vollendung des deutschen Originals der Haupt-Gegenstand meiner Wünsche und meiner Bestrebungen, zu ihm kehrte ich stets mit Vorliebe zurück, ihm opferte ich selbst manche Interessen auf, die ein Familien-Vater wohl nicht vernachlässigen sollte, und nach dem, was bisher geleistet worden ist, hoffe ich, daß mir der Himmel noch Leben und Gesundheit genug schenken werde, um den Rest über die geistlichen Staaten bald nachfolgen zu lassen, und dadurch die Schuld zu bezahlen, die ich gegen

alle meine Nebenmenschen, zuvörderst aber gegen das deutsche Publikum übernommen habe.

Was nun diesen Band über die Republiken betrifft, so wird schon die bloße Inhalts-Anzeige beweisen, wie reichhaltig derselbe sey, und wie viele herrschende Irrthümer auch hier auszurotten waren. Sachkundige Leser werden mir wohl die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ich mit der nemlichen Consequenz, die in den früheren Bänden herrscht, auch die republikanischen Grundsätze treuer entwickelt habe, als man es vielleicht von mir erwarten mochte, und übrigens werden sie auch leicht wahrnehmen, daß ich die Republiken nicht bloß aus Büchern (welche hier eine magere Aushülfe sind), sondern aus eigener Anschauung kenne, ja daß man schwerlich so von denselben sprechen könnte, wenn man nicht in ihnen gleichsam empfangen, geboren, erzeugt worden ist, und solche während einem halben Jahrhundert beobachtet hat. Vor Allem mußte eine richtige Definition von den Republiken überhaupt gegeben werden, welche in keinem einzigen unserer staatsrechtlichen Handbücher vorkommt; wir zeigen daher, daß alle Republiken nichts weiter als unabhängige Communitäten sind, und aus dieser einfachen Erklärung, welche die unpassenden, abgedroschenen, und mir wenigstens zum Ekel gewordenen Ausdrücke von Aristokratien und Demokratien durchaus unnöthig macht, läßt sich bereits alles Uebrige gleichsam vorhersehen und folgerecht ableiten (Cap. I.) Da jedoch die Communi-

täten dem individuellen Freiheitsfinn keineswegs entsprechen, und dem Menschen gar nicht so natürlich sind, als man glaubt: so wird im zweiten Capitel das verborgene Princip ihrer Erzeugung dargestellt, und durch mannigfaltige Beispiele bewiesen, daß sie stets von einer früher existirenden höheren Macht gebildet, oder durch ein natürliches jedoch seltenes Zusammentreffen von gleichen Kräften und gleichen Bedürfnissen veranlassen werden. Aus dem dritten und vierten Capitel ergiebt sich die lehrreiche Wahrheit, daß der eigentliche Zweck der Republiken ganz und gar nicht in Handhabung des Rechts-Gesetzes unter ihren Mitgliedern selbst, sondern in der Erreichung anderer gemeinsamer Vortheile besteht, und daß ihre Unabhängigkeit gleich derjenigen der Einzelherren nur nach und nach aus fremder Gunst, eigener Kraft und glücklichen Umständen, d. h. aus einer zum Geschenk erhaltenen, selbst erworbenen oder angefallenen Macht hervorgeht, folglich auch von den älteren und neueren Republiken kein Beispiel zur Bestätigung des sogenannten Social-Contracts hergenommen werden kann. Hat man die Natur und den rechtlichen Ursprung der Republiken gezeigt, so ist es darum zu thun, sowohl das Verhältniß zwischen ihren Mitgliedern als dasjenige der ganzen Communität gegen andere ihr durch Verträge dienstbare oder auf ihrem Gebiet wohnende Menschen abzuhandeln. Die Entwicklung des ersteren macht das eigentliche Gesellschafts- oder Genossen-Recht aus, welches allein man *jus publicum* oder *jus sodalitiarum* nennen sollte.



Die Rechte und Pflichten, die aus dem letzteren fließen, sind hingegen mit dem im zweiten Bande dieses Werks entwickelten Fürsten-Recht eines und ebendasselbe. Allein gerade hier wurden bisher sowohl in der Theorie als in der Praxis die verschiedensten Verhältnisse stets mit einander verwechselt und unter einander geworfen. Das Wort Gesellschaft ward in den verschiedensten Bedeutungen, bald für eine wahre Communität, bald für das bloße Mit- und Nebeneinander-Wohnen, bald für Familien- oder andere ähnliche Verknüpfungen genommen, und weil man die Natur der Dinge nicht betrachtete, sondern immer nur von einem sogenannten Staate, einem Geschöpf der Einbildung sprach: so sollten Herrschaften und Gemeinden, Societäts- und Hülfsverträge nicht von einander verschieden seyn, und nach den nemlichen Regeln behandelt werden. Daher pflegt man auch republikanische Grundsätze in Monarchien, und monarchische in Republiken hinüberzutragen, Königreiche in Gemeinwesen, und wahre Gemeinwesen in halbe Königreiche umzustalten; während man dort die Diener und Unterthanen zu unbefugten Herren oder Mitherrn erhebt, so werden hier die rechtmäßigen Herren oder Mitherrn zu Dienern herabgewürdiget, und in eben dem Augenblick wo die Könige sich als bloße Präsidenten darstellen und behandeln lassen, wollen hinwieder die Präsidenten als kleine Könige angesehen seyn, so daß man in beyden Fällen die Gerechtigkeit verletzt, und die gepriesenen Fortschritte der Vernunft in der Wirklichkeit darin bestehen, überall und immer das

Gegentheil von demjenigen zu seyn und zu thun, was man nach der gesunden Vernunft seyn oder thun sollte. Auch von dem Recht der Communitäten selbst hatte man keine Begriffe mehr, und nie sind die republikanischen Grundsätze ärger mißkannt und gröber verletzt worden, als gerade in unseren Tagen, wo man in der ganzen Welt Republiken einzuführen versuchte, oder wenigstens nur sie allein für recht- und vernunftmäßig ausgab. Bald wollte man die Menschen mit Gewalt in Corporationen treiben, von denen sie nicht zu seyn verlangten; bald sollten hinwieder die bestehenden Corporationen gezwungen seyn, alle anderen Menschen in ihren Kreis aufzunehmen, und ihre Rechte und Besizungen mit jedermann zu theilen. Im Namen der Freyheit wurden die sogenannten freyen Bürger zu Leibeigenen gemacht; sie sollten das Bürgerrecht nicht aufgeben, die Gesellschaft nicht verlassen dürfen, und dazu ward noch der Stimmen-Mehrheit eine unbeschränkte Gewalt über alle Privat-Rechte eingeräumt. Die souverän erklärten Republiken wurden in lästige Fesseln geschlagen, und ihnen das Befugniß abgesprochen Geseze zu verändern oder abzuschaffen, welche von der Herrschsucht ihrer Urheber für unwandelbar ausgegeben worden. Ueber das Verhältniß der Magistraten und ihre wesentlichen Verrichtungen hatte man die verkehrtesten Begriffe; gemeines Gut, von dem die lebenden Bürger und Vorsteher nur die Verwalter und fideicommissarischen Nutznießer sind, sah man als ein von ihnen zusammengeschossenes, mithin theilbares Privat-

Eigenthum an, und nach der neueren Rechtslehre sollten zwar die Vortheile für alle Bürger gleich, die Beschwerden hingegen ungleich seyn, und nur auf den Reicheren lasten, als ob ihr Eigenthum ein Verbrechen wäre, und nur mit Strafen ausgesöhnt werden könnte. Wir aber unterscheiden die verschiedenartigen geselligen Verhältnisse, behandeln jedes nach seiner Natur, und vermögen die Freyheit nicht mit Zwang und Ungerechtigkeit zu reimen. Wir beweisen daher aus der Vernunft, und bestätigen durch die Erfahrung aller Zeiten, daß niemand in eine Genossenschaft gezwungen werden, niemand wider den Willen der letzteren sich selbst hineindrängen, oder die Aufnahme von Rechtenswegen fordern darf, und hinwieder auch der freye Austritt erlaubt ist, daß nur in Communitäten die höchste Gewalt bey der Gesamtheit ihrer Mitglieder liegt, die Majorität selbst aber nur deswegen herrschet, weil sie nebst ihrem habenden Stimm-Recht zugleich der mächtigere Theil ist, und übrigens nur über gemeinsame Angelegenheiten der ganzen Communität, nicht über Privat-Rechte zu entscheiden hat; daß alle Statuten und Geseze abgeändert werden dürfen, sobald es nach regelmäßigen Formen geschieht; die Magistraten nicht bloße Diener, sondern auch Mitgenossen und Vorsteher der Republik sind, daß auch das gemeine Gut nicht ohne Einwilligung aller Mitglieder getheilt werden darf, und allfällige Steuern nur auf die Bürger gelegt, dabey aber nicht nach dem Verhältniß ihres Vermögens, sondern nach dem Verhältniß ihres Antheils an



dem gemeinen Wesen vertheilt werden, folglich in der Regel für alle gleich seyn sollen. (Cap. V — XII.)

Nach der Entwicklung des natürlichen Genossen-Rechts folgen unmittelbar die Capitel von der Organisation oder Constitution der Republiken, d. h. von dem positiven Gesellschafts-Recht, welchem stets eine frühere Uebung vorangeht, und das eigentlich dazu bestimmt ist jenes natürliche möglichst zu handhaben, die Ausübung desselben durch bestimmte Formen zu sichern, entstandenen Mißbräuchen abzubelfen und ihrer Erneuerung vorzubeugen. Auch diesen heut zu Tag so viel besprochenen Gegenstand hoffen wir in ein neues Licht gestellt und dabei manchen wesentlichen Irrthum widerlegt zu haben. Wiewohl seit fünf und dreißig Jahren so viele hundert seltsame Constitutionen zu Tage gefördert worden, daß man nur mit den gedruckten Exemplaren oder mit der bloßen Makulatur füglich den ganzen Erdboden bedecken könnte: so haben doch weder ihre Urheber noch die staatsrechtlichen Schriftsteller selbst nur eine richtige Idee von dem gehabt, was zu einer solchen Constitution gehört oder nicht gehört. Sie nahmen in dieselbe auf, was ihnen wichtig schien, oder was sie eben zu verstehen glaubten, und ließen alles Uebrige, oft sogar die wesentlichsten Dinge weg. Wie werden aber nicht die Begriffe vereinfacht, wenn man sich einst überzeugt, daß erstlich die Constitutionen sich nur in Republiken und Communitäten denken lassen, weil diese allein durch künstliche Statuten

gebildet oder organisirt werden müssen und ohne sie gar nicht existiren würden; daß sie mithin nur in denjenigen Gesetzen und Uebungen bestehen, welche die zerstreute Menge zur collectiven Einheit bilden, und zur Aeußerung eines gemeinschaftlichen Willens gleichsam in einen einzigen, zwar sehr mangelhaften, Körper umschaffen; daß aber alle Gegenstände, die außer dem Kreise der freien Genossenschaft liegen, von ihrem freien Willen abhängen und allenfalls wechseln oder gar wegfallen können, ohne daß die herrschende collective Person desto weniger existire und organisirt verbleibe, eben so wenig zu ihrer Constitution gerechnet werden können, als man z. B. die Besitzungen, die Handlungen und die äußeren Rechts-Verhältnisse eines Individuums unter die Bestandtheile oder zu der Organisation seines Körpers zu rechnen pflegt. Mit den Bedingungen der Aufnahme und der Ausschließung, dem Präsidio und Secretariat, den Formen der Versammlungen und Berathungen, endlich höchstens mit der Einrichtung eines engeren Collegiums von dirigirenden Vorgesetzten wäre die Verfassung einer kleinen und einfachen Communität abgethan, und diesen Gegenständen, welche von unseren revolutionären Staats-Künstlern so flüchtig behandelt und als bloße Polizen-Reglemente angesehen werden, haben wir daher im dreizehnten Capitel eine vorzügliche Aufmerksamkeit gewidmet. Ist aber die Genossenschaft so zahlreich, daß ihre auf einem großen Flächenraum zerstreuten Bürger nicht alle versammelt werden können: so wird die Sache schon schwie-

riger und verwirkelter; es muß, unter welchem Namen es auch sey, irgend ein größerer Ausschuss gebildet werden, der im Grunde nur eine verengte Genossenschaft ist, so daß die eigentliche Bürger-Gemeinde bloß dem Scheine nach existirt, selbst in keine Corporation organisirt ist, und nur noch die Quelle bleibt, aus der die Mitglieder des Ausschusses gezogen werden. Da es sich indessen gar nicht voraussetzen läßt, daß irgend eine bereits existirende freye Communität sich je zu einer solch unbedingten Entäußerung ihrer Rechte verstanden haben sollte: so beweisen wir auch die wichtige Wahrheit, daß alle stellvertretenden Ausschüsse oder sogenannte Aristokratien ursprünglich immer von oben herab, durch eine früher bestehende höhere Macht veranstaltet oder angeordnet werden, und daß also ihre Existenz und ihre Befugnisse weder auf einer Uebertragung von Seite der Gemeinde, noch auf einer Usurpation gegen dieselbe beruhen, um so weniger als erstere kaum denkbar ist, und letztere gar nicht so leicht, als man glaubt, zu bewerkstelligen wäre. Die ursprüngliche Zusammensetzung und Bildung solcher Ausschüsse ist daher ziemlich willkürlich, und hängt von dem Willen ihrer Stifter ab; derselben innere Organisation aber betrifft die nemlichen Gegenstände, welche überhaupt zur Verfassung jeder Communität gehören, nur daß man gewöhnlich noch einige Vorsichts-Maßregeln beizufügen pflegt, um dergleichen Stellvertreter soviel möglich in den Schranken der ihnen eingeräumten Befugnisse zu erhalten. Endlich ist dann noch in allen Republiken und Communi-



täten ein engeres Collegium nöthig, dessen Composition, Formation, Organisation und partielle Ergänzung abermal bestimmt werden müssen, dessen Functionen aber gar nicht darin bestehen die Gesetze zu vollziehen, sondern vielmehr die minder wichtigen täglichen Geschäfte von sich aus zu besorgen, die wichtigeren aber vorzubereiten, so daß die respectiven Befugnisse der obersten Versammlung und der gewöhnlichen Regierungs-Behörde keineswegs nach ihrer gesetzgebenden oder handelnden Natur getrennt werden können, sondern nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände selbst gesondert werden müssen. Unden haben wir den herrschenden Irrthümern zum Troß noch die weitere Wahrheit bewiesen, daß die souveräne Communität und ihre dirigirenden Vorgesetzten, oder, wie man sie gewöhnlich heißt, die kleinen und großen Räte nicht zwei verschiedene Behörden oder Corporationen, (als welche der Republik die Gestalt eines zweyköpfigen Cerberus geben würden) sondern Theile desselbigen Ganzen sind, daß der kleine Regierungs-Rath nur in einem engeren Ausschuß der ganzen Gemeinde oder ihrer Stellvertreter besteht, folglich dieselbe Corporation in verjüngtem Maasstabe vorstellt, und eben deswegen auch den nemlichen Präsidenten, die nemliche Canzlen, den nemlichen Versammlungs-Ort hat.

Daß wir der Herrschaft der Republiken über ihre Untergebenen ein eigenes Capitel widmeten, wird man wohl nicht überflüssig finden, wenn man betrachtet, wie wich-

rig, wie vielumfassend dieses Verhältniß ist, und wie dennoch darüber gerade in neueren Zeiten die ungereimtesten Begriffe verbreitet waren. Alldieweil eine Gesellschaft von Kaufleuten in Ost-Indien über sechzig Millionen Menschen herrscht; alldieweil jede Reichs-, Provinzial- oder Municipal-Stadt, jede Dorfgemeinde, jede Corporation auf dem Erdboden ein größeres oder kleineres Gebiet besitzt, mithin auch über Menschen, die nicht ihre Bürger sind, vertragsmäßige Rechte ausübt; alldieweil sogar Deutschlands liberale Universitäten, die solche Herrschaft für ungerecht ausgeben, selbst wieder begüterte Corporationen sind, die ihre Diener und Untergebene, ihre Domanal- und Territorial-Untertanen haben, welche nicht in dem akademischen Rathe sitzen: so fanden es gleichwohl nicht nur die meisten sich für aufgeklärt haltenden Menschen, sondern selbst große Monarchen, ihre Minister und Staatsmänner rechts- und naturwidrig, daß einige Schweizer'sche und Italienische Stadt-Gemeinden ähnliche Güter besaßen, ähnliche Befugnisse ausübten, und wollten im Namen der Gleichheit den Freyen und Unabhängigen ein Recht absprechen, dessen alle Individuen und Privat-Communitäten des Erdbodens genießen. So weit war die Welt bereits durch das alberne Geschrey gegen sogenannte Casten und Privilegien, gegen Oligarchie, Erb-Aristokratie u. s. w., verblendet und irregeführt, ja sogar zum dienstbaren Werkzeug einer sophistischen Sekte heruntergesunken. Wir aber beweisen, daß jener Unterschied zwischen den Bürgern und den Untertanen oder

bloßen Einwohnern rechtmäßig, in der Natur der Dinge gegründet, folglich auch allgemein, nothwendig und unzerstörbar ist, und weder ein Privilegium noch eine Erb-Aristokratie, viel weniger eine Oligarchie oder Familien-Herrschaft genannt werden kann; daß also eine begüterte, mächtige und unabhängige Corporation gegen ihre Diener und Untergebene einen collectiven Fürsten vorstellt, und in dieser letzteren Eigenschaft die nemlichen Rechte auszuüben, und die nemlichen Pflichten zu erfüllen hat wie die Einzelherren. (Cap. XVI.) Merkwürdig sind jedoch die Modifikationen, welche aus der collectiven oder republikanischen Herrschaft fließen, und die Regierung der Republiken theils schwieriger, theils verwikelter machen. Einige derselben sind mit Vortheilen, andere mit Nachtheilen begleitet, und gleichwie wir die ersteren tren darstellen, so haben wir auch die letzteren nicht verhehlt. Wenn einerseits in Republiken alles beharrlich das nemliche bleibt, und ihre Geschäfte von den Mitgliedern des Souveräns selbst, folglich in der Regel uneigennütziger und mit geringerem Aufwand besritten werden: so ist auf der anderen Seite nicht zu läugnen, daß sie beständig mit den Gebrechen ihres inneren Gemeinwesens, gleichsam ihres eigenen collectiven Körpers zu kämpfen haben, und daß ihre Herrschaft den angesehenen Unterthanen niemals angenehm ist, weil sie den Neid erregt und dem Ehrgeiz keine Laufbahn eröffnet. Beide Inkonveniente liegen in der Natur der Dinge: ihnen ist daher nicht abzuhelfen, und das letztere besonders kann nur durch allmäh-



lige oder periodische Aufnahmen in die freie Communität selbst gemildert werden. In dem achtzehnten Capitel wird ausführlich erwiesen, wie alle Republiken entweder durch den Verlust ihrer Macht und Unabhängigkeit oder durch Entzweiung und Auflösung der herrschenden Genossenschaft selbst zu Grunde gehen; wie viele Schwierigkeiten sie schon in ersterer Rücksicht zu bekämpfen haben, wie aber die gefährlichsten Zerstörungs-Keime, als da sind Zwietracht der Gemüther, Erschlaffung des Gemein-Geistes, übermäßige Verengung oder allzugroße Erweiterung der Genossenschaft, fehlerhafte Statuten, Präpotenz einzelner Bürger u. s. w., in ihrem Inneren liegen, und früher oder später ihren Sturz herbeiführen müssen.

Die Makrobiotik der Republiken hat ebenfalls das doppelte Verhältniß dieser letzteren ins Aug zu fassen, und beidseitigen Gefahren vorbeugen zu können. Das oberste Princip aller Staatsklugheit besteht also für Republiken darin, als Grundherren die Macht aller Art zu behaupten, auf welcher die Herrschaft selbst gegründet ist, als Communitäten aber den Geist der Einigkeit und Rechtsgleichheit unter ihren Bürgern möglichst aufrecht zu erhalten. In ersterer Rücksicht sind ihnen überhaupt die nemlichen Maximen wie den Fürsten zu empfehlen, doch so daß mehrere derselben nach der Natur einer collectiven Person modificirt werden müssen oder auch ganz wegfallen. Von einer Erbfolge-Ordnung, von standesmäßiger Lebensart u. s. w., kann z. B. hier nicht die Rede seyn;

zene wird durch gute Wahlformen ersetzt, und das äußere Ansehen einer Republik beruhet vorzüglich auf den Eigenschaften und Tugenden ihrer Mitglieder. Im Kriege können die Corporationen nicht selbst das Commando führen, sie müssen daher meist zu Dictaturen ihre Zuflucht nehmen, obschon es schwer ist, den damit verbundenen Gefahren vorzubeugen. Streitigkeiten mit ihren Unterthanen sind den Republiken noch viel gefährlicher als den Einzelherren, und um den Neid zu entwaffnen, dem die kollektiven Herrschaften mehr als keine anderen ausgesetzt sind, ist ihnen ein gerechtes und mildes Regiment schlechterdings unentbehrlich. Alles dieses wird im neunzehnten Capitel entwickelt. Das Problem, die innere Eintracht unter den herrschenden Bürgern, gleichsam das Leben und die Gesundheit der freien Communität selbst zu erhalten, ist aber noch ungleich schwieriger aufzulösen. Gemeinsame Territorial-Besitzungen sind dazu ein wesentliches Erforderniß, denn sie allein knüpfen ein fortdauerndes sichtbares Band, und liefern auch die nöthigen Mittel, um die bürgerlichen Lasten und Beschwerden mit Ehre und Vortheilen compensiren zu können. (Cap. XX.) Alsdann müssen aber auch die republikanischen Grundsätze theils durch positive Statuten immerfort belebt, theils durch mancherley Uebungen sogar in die Gesinnungen und Gewohnheiten aller Bürger hineingebracht werden. Was die ersteren, d. h. die Constitutions-Gesetze betrifft, so ist hier nicht mehr von ihren Gegenständen oder Bestandtheilen, sondern nur von ihrer mehreren oder minderen Vollkom-

menheit die Rede; und wir berühren dabei bloß die wesentlichsten Punkte, welche zwar von dem freyen Willen der Communität abhängen, in denen aber nur zu oft wider die Klugheit gefehlt werden kann. So z. B. muß die Aufnahme in die herrschende Genossenschaft zwar schwer und eben deswegen ehrenvoll, aber nicht unmöglich seyn; nicht verschwendet, und nicht gar zu engherzig geschlossen werden; wir zeigen daher im ein und zwanzigsten Capitel, worin eigentlich das rechte Maas bestehe, obschon sich dafür keine bestimmte Zahl weder an Köpfen noch an Geschlechtern festsetzen läßt, und daß man sich auch bey dergleichen Aufnahmen nicht durch willkührliche und illusorische Bedingungen zu sehr die Hände binden, sondern überhaupt auf die der Republik geleisteten oder zu leistenden Dienste Rücksicht nehmen muß. In Absicht der Organisation eines stellvertretenden Ausschusses haben wir vorzüglich vier oder fünf Hauptregeln erwiesen, obschon mehrere derselben mit den herrschenden Meynungen in vollendetem Widerspruche sind: die erste, daß, sobald alle Bürger versammelt werden können, ein solcher Ausschuss nicht nur unnütz, sondern auch schädlich ist; die zweyte, daß die Zahl seiner Mitglieder nicht nach einem gewissen Verhältniß mit der Bevölkerung oder der Gesamtheit aller Bürger abgemessen werden kann, sondern in großen wie in kleinen Republiken aus so vielen Mitgliedern bestehen soll, als sich deren bequem und ordentlich versammeln lassen; die dritte, daß für die Wahlfähigkeit zu einem solchen Ausschuss außer dem Besiz des vollen stimm-



fähigen Bürgerrechts keine anderen Bedingungen gefordert werden dürfen, noch sonst gefordert worden sind, und daß entgegengesetzte Systeme nur von der Verwechslung freyer Gemeinden mit reichsständischen Versammlungen herrührten, oder auch zum Defmantel dienen sollten, um die Blößen des Revolutions-Systems dem kurz-sichtigen Auge zu entziehen. Da es sich übrigens auch denken läßt, daß man im Inneren der freyen Genossenschaft jene Wahl-fähigkeit an gewisse bestimmte Geschlechter heften könnte: so fanden wir hier den schicklichen Anlaß, um zur Widerlegung fast allgemein verbreiteter Irrthümer das natürliche in allen Republiken von selbst entstehende Patriciat von dem willkührlichen oder gesetzlichen zu unterscheiden, und zu zeigen, daß das erstere nicht nur für niemand beleidigend, sondern vielmehr rechtmäßig und nützlich, das letztere hingegen allerdings ungerecht und verderblich ist, jenes die Republiken zieret und befestiget, dieses aber ihren Untergang beschleuniget. Viertens beweisen wir auch die wichtige Wahrheit, welche man bisher nie hat einsehen wollen, daß die Ergänzung eines solch stellvertretenden Rathes von oben herab, d. h. durch diesen Rath selbst oder durch ein von ihm ernanntes Wahl-Collegium im Grunde viel rechtlicher, dem strengen republikanischen Princip getreuer ist, und eben deswegen auch bessere Resultate hervorbringt als die von unten herauf durch sogenannte Volks- oder Bezirks Wahlen, weil diese letzteren nie von der ganzen Gemeinde, sondern vielmehr im Namen derselben unbefugt von ein-

zelnen Fraktionen vorgenommen werden, welche dazu gar kein natürliches Recht haben, und auch die Communität für dieses Geschäft vernünftiger Weise gar nicht repräsentiren können. Fünfstens endlich wird auch gezeigt, daß eine periodische Ergänzung einer gewissen Anzahl von Mitgliedern ungleich vortheilhafter ist, mehr zur Erfrischung des Gemeingeistes und zur allgemeinen Zufriedenheit beiträgt als die individuelle, wo jedes durch Tod oder sonst abgehende Mitglied sogleich wieder ersetzt werden muß.

Ueber das engere dirigirende Collegium blieb uns nach dem, was bereits im fünfzehnten Capitel gesagt worden, wenig beizufügen übrig. Dagegen glaubten wir den Wahl- und Berathungs-Formen eine besondere Aufmerksamkeit widmen zu sollen, um so mehr als sie auf den guten oder schlechten Gang der Republiken einen großen Einfluß haben, und dennoch von unseren Staats-Rechtsgelehrten meist nur flüchtig berührt, oder auch ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Vorerst gehört schon ziemlich viele Klugheit dazu, um zu entscheiden, welche Wahlen nur von der souveränen Gemeinde oder dem obersten Rath einer Republik vorgenommen werden sollen, und welche hingegen anderen Behörden überlassen werden können. Sodann heißt es freylich, derjenige, den man für den würdigsten erachtet, solle durch die Mehrheit der Stimmen gewählt werden. Hat man aber auch bedacht, was alles dazu erfordert wird; wie schwie-

rig dieses Geschäft in einer Versammlung ist, wo die Wählenden zugleich wählbar sind, und mit ihrem Anhang als Bewerber und Nebenbuhler gegen einander auftreten; wie mancher dabei durch fehlerhafte Formen und Geseze von seinem Stimmrecht oder von seiner Wahlfähigkeit ausgeschlossen wird; wie oft die Minorität unter dem Schein der Majorität den Sieg davon trägt, wie langweilig übrigens dergleichen Operationen sind, und wie selten das Resultat der allgemeinen Erwartung entspricht? Diese Schwierigkeiten müssen wahrlich nicht so geringe seyn, weil fast alle älteren und neueren Republiken sich gerade bei den wichtigsten Wahlen in die seltsamsten Künsteleien verirrt, und am Ende aus einer Art von Verzweiflung sogar zu dem blinden Loos ihre Zuflucht genommen haben. Wir haben jene Fehler und diese Verirrungen nach der Natur und Erfahrung geschildert, das Problem einer vollkommenen Wahlmethode rein aufgestellt, und glauben es am Ende des dreyn und zwanzigsten Capitels einfach und befriedigend gelöst zu haben, ohne jedoch zu garantiren, daß die Leidenschaften der Menschen auch diese Operation nicht wieder illusorisch machen könnten.

Die Berathungs-Formen haben zwar mit den Wahl-Formen sehr viel Aehnliches, zumal sie im Grunde nichts anders als eine Wahl unter verschiedenen Meynungen sind. Ihre Vollkommenheit besteht ebenfalls darin, daß kein anwesendes Mitglied von seinem Vorschlags-, keines



von seinem Stimmrecht ausgeschlossen werde, und jeder Beschluß stets das Produkt der absoluten Mehrheit aller Stimmenden sey. Allein hier ist die Lösung der Aufgabe noch ungleich schwieriger. Denn Gedanken und Meinungen sind nicht so sichtbar gesondert als physische Personen; sie sind einander nicht immer nebengeordnet, sondern auch untergeordnet; jeder sucht seinen Candidaten öffentlich mit Gründen oder Scheingründen zu empfehlen; zuletzt können manche vergessen und nicht zur Abstimmung gebracht, hinwieder auch mehrere mit einander vereinigt werden; durch allerley Factions- oder Präsidenten-Künste wird die Regel selbst häufig umgangen oder verletzt, und wüßten die Freunde der Volksversammlungen, wie schwer es ist, über irgend einen Gegenstand den eigentlichen Willen der Mehrheit herauszubringen, und wie oft ein Beschluß der Minorität für denjenigen der Majorität ausgegeben wird, ohne daß man gesetzlich etwas dawider einwenden kann: sie würden weniger nach Republiken schreien, und über die häufigen Verstöße derselben sich nicht mehr verwundern. Was ist da nicht alles zu berücksichtigen: vorerst bey der Zusammenberufung, die allenfalls auch ohne den Präsidenten gesetzlich muß geschehen können; sodann bey den außerordentlichen unvermutheten Anträgen, welche beschränkt werden müssen ohne die Aeußerung nützlicher Gedanken und den Gang der Geschäfte zu hinderen; selbst bey den Präliminar-Untersuchungen und Commissional-Rapporten, wo die Referenten so oft aus Eigenliebe ihren Willen wider den

Willen der Mehrheit durchzusetzen trachten? Wie viel gehört nicht wieder zu einer regelmäßigen Berathung und Entschliessung selbst: ein hinreichend zahlreiches Tribunal, woben jedoch ein billiges Maas zu beobachten ist; bisweilen der Austritt unmittelbar interessirter Personen, eine specielle Unterbrechung des Stimmrechts, die aber nur auf die evidentesten Privatfälle beschränkt werden muß; ferner die freye Aeußerung aller Meinungen, so wie die Widerlegung angebrachter Irrthümer, ohne jedoch die Discussion ins Unendliche fortzusetzen; endlich die genaue Bestimmung, Sönderung und natürliche Ordnung der zu entscheidenden Fragen; eine Operation, deren Regeln wir angegeben, zugleich aber mittelst mehrerer Beispiele gezeigt haben, wie schwierig sie ist, und nebst dem unparteiischen Willen noch einen hohen Grad von habitueller Logik erfordert, der sich wahrlich nicht bei jedem Präsidenten voraussetzen läßt. — Da endlich nichts den Republiken so gefährlich ist als die häufigen Competenz-Streitigkeiten zwischen den sogenannten großen und kleinen Räthen, d. h. zwischen der Bürger-Gemeinde oder ihren Stellvertretern und dem dirigirenden Collegio: so wird im fünf und zwanzigsten Capitel erklärt, wodurch diese Streitigkeiten gewöhnlich veranlaßt werden, wie leicht ihnen vorzubeugen ist, welche Gegenstände vernünftiger Weise der höchsten Gewalt vorgetragen werden sollen, und wie endlich in zweifelhaften Fällen die entscheidende Regel darin besteht, daß die oberste Behörde, von welcher der engere Ausschuss stets das Haupt und einen

integrirenden Theil ausmacht, sich vorbehalten, oder in der Folge an sich ziehen kann, was sie gut findet. — Im sechs und zwanzigsten Capitel werden die wahren Regeln über die treue Verwaltung der öffentlichen Gelder angegeben; ein Punkt der so viel zur Stabilität der Republiken beiträgt, und für welchen in Constitutions- oder anderen Gesetzen vorzüglich gesorgt werden sollte, der aber dennoch in unseren Tagen, wo man nichts weiter mehr als die sogenannte Gewalten-Trennung im Kopfe hat, beynahe gänzlich vernachlässiget wird.

Die natürlichen Rechtsregeln und die positiven Statuten sind jedoch für die Erhaltung eines Gemeinwesens noch lange nicht hinreichend. Es werden überdieß noch öffentliche und Privat-Tugenden, gewisse Institutionen und Disciplinen, auch mancherley Sitten und Gewohnheiten erfordert, welche zwar nicht die Grundlage der Republiken, aber doch eine Stütze derselben, und zu ihrer ruhigen Fortdauer unentbehrlich sind. In dem sieben und zwanzigsten Capitel werden also jene acht-republikanischen Tugenden abgehandelt. Aus ihrer Darstellung dürfte sich aber von selbst ergeben, wie wenig unser Zeitalter zu Republiken geeignet ist, indem gerade die dazu nöthigen Eigenschaften und Gesinnungen mehr als keine anderen verschwunden sind. Wie selten ist nicht bey den Magistraten jene wahre Popularität, die sich selbst für das unsichtbare Gemeinwesen aufopfert? Wie häufig hingegen die falsche, die aus Eigennuz nur herrschenden



Faktionen oder den Leidenschaften verirrter Menge schmeichelt? Wie viel seltener noch ist hinwieder bey den Bürgern jene ungeheuchelte Ehrfurcht und Liebe für ihre Magistraten, die den letzteren ihr Amt zur Freude und nicht zur Pein macht; wie sollte sie bestehen können, seitdem man sogar in der Theorie ein System der Zwentracht und des wechselseitigen Argwohnß zur Regel aufstellt, und die Menschen durch Haß und Feindschaft an einander knüpfen will, anstatt daß jeder Theil sich in die Lage des anderen denken, jeder für den anderen wachen und sorgen sollte? Wo findet man noch jene Genügsamkeit, die allein frey und unabhängig macht, jene ehrenfeste bürgerliche Lebensart, die mit mäßigem Wohlstand zufrieden, höheres Glück nicht beneidet, fremde Habsucht nicht reizt, und den nöthigen Rang unter seinesgleichen weniger durch glänzenden Aufwand als durch Tugenden und Entbehrungen zu behaupten trachtet? Wie sucht man sich nicht heut zu Tage jeder außerordentlichen Beschwerde zu entziehen, die nicht sogleich mit Ehre und Geld belohnt wird? Wie hart scheint es den meisten zur Erfüllung ihrer Bürgerpflichten auch nur der geringsten Bequemlichkeit zu entsagen, alldieweil doch Arbeitsamkeit und Kenntnisse aller Art den Republikanern sowohl zur Besorgung ihrer gemeinsamen Geschäfte als zur Abwendung gefährlichen Neides so unentbehrlich sind; und hat man nicht beynabe alle Anstalten abgeschafft, wodurch diese Eigenschaften und Gesinnungen der Jugend unvermerkt beygebracht und angewöhnt werden könnten? So

werden auch statt der Liebe zu den alten Gesetzen und Gebräuchen überall die Traditionen und Institute der Väter verachtet, oder man behält von denselben nie das ursprüngliche Gute, sondern nur die später entstandenen Mißbräuche bey; und während man so viel von Patriotismus spricht, ist der wahre Gemeingeist, jener lebendige und thätige Eifer für das Interesse der Communität, jene uneigennützigte Hingebung seiner selbst, jener warme Antheil an dem gemeinsamen Nutzen oder Schaden beynahe gänzlich verschwunden; oft wird er sogar verlacht, verspottet und als Schwärmeren ausgegeben; man kennt selbst in der Theorie weder sein eigentliches Wesen (sonst würde er nicht so verschieden beurtheilt werden), noch seine natürlichen Schranken, und vergißt, daß er freylich nicht in erweiterten regellosen Egoismus ausarten darf, sondern theils den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit untergeordnet, theils auch durch Sachkenntniß und wahre Klugheit geleitet werden muß, und nur unter dieser Bedingung zur Quelle alles Gedeihens wird.

Die politischen Anordnungen, Sitten und Gebräuche, von denen wir im acht und zwanzigsten Capitel reden, sind die Stütze sowohl des republikanischen Geistes als der republikanischen Tugenden, ein nothwendiges Hülfsmittel.

mittel um die Idee der Eintracht und Rechts-Gleichheit stets lebendig zu erhalten. Aus ihnen erbhellet jedoch ebenfalls, wie schwer ein Communitäts-Verhältniß in die Länge zu behaupten ist, und wie vielen Beschränkungen der Privat-Freyheit man sich in einer Republik unterwerfen muß. Hier ist zwar die Beförderung des Mittelstandes, die möglichste Vertheilung des Reichthums allerdings wünschenswerth, aber ohne gröbere oder feinere Beileidigung der Gerechtigkeit läßt sie sich nicht bewerkstelligen, und ist übrigens stets mit anderweitigen Nachtheilen verbunden. Sie entzieht der arbeitenden Classe eine Menge von Nahrungsquellen, wird eben dadurch zu einer Schöpferinn der Armuth, und die Mittel selbst, wodurch man der letzteren abzuhelpen sucht, machen gewöhnlich das Uebel noch ärger. — Untergeordnete, in ihrem Inneren aber freye Corporationen, sind gleichsam der Adel in Republiken, und müssen theils als ihre natürlichen Freunde, theils als eine Schule republikanischer Tugenden vorzüglich begünstiget, und in ihren Rechten gehandhabet werden. Aber auch von diesem Grundsatz ist man in neueren Zeiten, wo alles gleichförmig seyn soll, und man keine höheren Privatrechte mehr dulden will, nur zu sehr abgewichen. Zuletzt berühren wir auch noch die sinnlichen Behülfel, die Bilder und Ceremonien, die conventionellen Sitten und Gebräuche, welche sonst



in allen Republiken üblich waren, und gleichsam einen republikanischen Cultus ausmachen, der alle Bürger an das wechselseitige Verband erinnert, und ihnen die Erfüllung der geselligen Pflichten angewöhnt, der aber freylich auch mit Beschwerden begleitet ist, und daher in unseren Tagen fast überall vernachlässiget wird.

In den Schluß - Betrachtungen über die Republiken haben wir, gleichwie bey den Monarchien, einen kurzen Blick auf die historische Wahrheit der in diesem Band entwickelten Theorie geworfen, sodann aber die Vortheile und Nachtheile der Republiken, ohne Haß noch Vorliebe bloß nach der Natur und Erfahrung geschildert, und in ein einziges aber vollständiges Gemälde zusammengefaßt, aus welchem jedoch keineswegs gefolgert werden kann, daß dergleichen Societäts - Verhältnisse überall einzuführen oder überall zu verwerfen seyen, zumal das Gesetz der Gerechtigkeit sowohl freye Einzelherrschaft als freye Communitäten gestattet, wenn auch die ersteren viel natürlicher, zahlreicher und dauerhafter sind. — Zuletzt im dreysigsten Capitel beschließen wir das ganze Werk damit, in wenigen Worten die erschöpfende Vollständigkeit der nun abgehandelten Wissenschaft zu beweisen, sie in einer gedrängten Recapitulation auf ihre einfachen Grundsätze zurückzuführen, aus derselben einige allgemeine für

jeden Menschen erfreuliche Resultate zu ziehen, und endlich ihren ausgebreiteten moralischen Nutzen, so wie ihre praktische Brauchbarkeit ins Licht zu stellen. Hier also wird vorzüglich gezeigt, wie die Natur unter tausend verschiedenen Formen und Gestalten, aber nach einem einzigen milden Gesetz der wechselseitigen Hülfsleistung, den Baum des geselligen Lebens aufgeführt, die Menschen überhaupt nur durch einen Austausch von Wohlthaten an einander geknüpft, und von der bloßen Familie bis zu den größten Potentaten, ja bis zu jenem allumfassenden geistigen Verein, der das göttliche Gesetz stets verkünden, einschärfen und auslegen soll, jedem Bedürfniß der Menschen durch eine vorher bestehende Macht reichlich abgeholfen hat. Daraus ergiebt sich ferner, daß diese Ordnung der Dinge nicht der Menschen Werk seyn kann, und daß unsere Darstellung derselben nicht aus bloßer Erfahrung, noch weniger aber aus dem Mittelalter abstrahirt, sondern aus der ewigen Natur der Dinge selbst hergeholt ist, und eben deswegen sich durch die Geschichte aller Zeiten und Länder bestätigt. Wer könnte endlich den Nutzen dieser Wissenschaft läugnen, wenn man sich hier überzeugt, wie sie das Auge des Geistes schärft, die Einsicht in's Große befördert, und gleichsam die Geheimnisse der Natur enthüllt, ein herrliches Licht über die ganze Geschichte verbreitet, und gewissermaßen selbst

den Schleier der Zukunft lüftet; wie sie übrigens die Gemüther der Menschen beruhiget, und die Wurzel jenes heillosen Mißvergnügens ausrottet, das nur aus einer verkehrten Ansicht der Dinge floß; eben dadurch das natürliche und das positive Staatsrecht, Vernunft und Erfahrung, Regel und Thatsachen mit einander ausöhnt, und den Frieden theils zwischen den Gelehrten selbst, theils zwischen ihnen und den wahren Staatsmännern herstellt? Was kann praktischer, brauchbarer seyn als eine Wissenschaft, welche den Grund aller neueren Verirrungen aufdeckt, die wahren Gebrechen, unter denen jetzt Fürsten und Völker leiden, anzeigt, und zu ihrer allnähligen Hebung, zu Herstellung der vollen Gesundheit die leichten und einfachen Mittel an die Hand giebt; die uns endlich auch die untergeordneten geselligen Verhältnisse freundlich knüpfen und befestigen lehrt, mithin für Menschen aller Classen und Stände das Gesetz des rechtlichen Verhaltens, die Regel aller wahren Klugheit ist, ja selbst ihren Trieb nach höherer Ehre und Macht keineswegs niederdrückt, sondern denselben vielmehr ordnet und leitet, eben dadurch auf rechtmäßige Weise befriediget, ihm einen schönen und herrlichen Wirkungsfreis eröffnet. Dieser letztere Punkt verdient in unseren Tagen besonders erwogen zu werden. Man pflegt die heutigen Revolutionen zum Theil auch einem ungemeffenen Ehrgeiz



der Menschen zuzuschreiben, und hört noch häufig die Klagen, daß keiner mehr mit seinem Stande zufrieden sey, sondern jeder sich über denselben erheben wolle. Wir wollen nicht untersuchen, ob dieser Hang so allgemein oder so regellos sey, als man glaubt, und ob man nicht auch hier die Wirkung für die Ursache ausgegeben habe. Wo alles in Unordnung gebracht, und die Welt zu einem Menschen - Gedränge geworden ist, wo es außer dem obersten beynahe keinen ehrenvollen und sicheren Platz mehr giebt, auf dem man ruhig wohnen könnte: da sucht auch jeder der erste zu werden, um nicht der letzte zu bleiben. Allein durch einen abermaligen seltsamen Widerspruch hat man alle natürlichen und rechtmäßigen Mittel des Emporkommens nie so sehr mißkannt, verachtet und sogar gewaltsam gehindert als gerade in unseren Tagen, wo doch Talente und Fähigkeiten zu den höchsten Würden führen sollten. Man spricht zwar allgemein von Erwerben und Genießen, aber jenes wird mannigfaltig erschwert, dieses durch Unruhe verbittert, und die Behauptung des Erworbenen ist nach unseren Gesezen vollends unmöglich geworden. Der Staat sollte einer Sturmleiter gleichen, wo jeder in Hast und Drang hinaufzuklettern und die erste Stufe zu erreichen sucht, um bald aus Mangel an eigener Kraft, bald von Freunden oder von Feinden wieder heruntergestürzt zu werden. Indessen lag

jener Trieb nach höherer Macht und Freyheit zu jeder Zeit in dem menschlichen Gemüth, und wir sind weit entfernt denselben tadeln, viel weniger unterdrücken zu wollen. Ist er doch der nöthige Sporn zu vielen edlen und großen Handlungen, und was war unser ganzes Werk anders, als eine beständige Empfehlung von allem dem, was sich über das Gemeine erhebt. Jedes berühmte gewordene Geschlecht ist ja zu seiner Zeit auch unbekannt gewesen, nur aus einer kleinen Wiege hervorgegangen, und an Platz derer die verwelken, sollen nach dem Willen der Natur allmählig andere aufblühen. Aber auch jener an sich edle Hang des Emporstrebens muß nach der ewigen Ordnung der Dinge geregelt und geleitet werden. Daher fanden wir uns bewogen am Ende dieses Werks auch noch eine gedrängte Parallele zwischen der höheren Staatsflugheit der Fürsten und der wahren Lebensflugheit jedes anderen Menschen zu ziehen, und mittelst dessen in wenigen aber reichhaltigen Worten der aufwachsenden Jugend zu zeigen, daß die nemlichen Grundsätze, welche zur Erhaltung und Befestigung der Throne dienen, hinwieder auch die einzigen sind, um selbst in allen anderen Lagen und Verhältnissen zu Ehre und Selbstständigkeit emporzusteigen, uraltes Ansehen zu behaupten, neues zu erwerben, und auf kommende Geschlechter zu überliefern; daß es im Kleinen wie im Großen stets auf den Besitz

und den gemeinnützigen Gebrauch reeller Ueberlegenheit ankömmt, so daß man zuletzt nur dann über die Menschen herrscht, wenn man gewissermaßen ihnen dient, d. h. nicht von ihnen Befehle empfängt, aber ihnen mit eigenen Kräften nützt und hilft, sich ihnen unentbehrlich macht, und nicht ihre Launen, sondern ihre wesentlichen Bedürfnisse befriediget. — Mögen diese Worte tief in das Gemüth meiner Leser dringen, Wurzel fassen und Früchte tragen! möge man überhaupt aus diesem nun vollendeten Werk in unseren geselligen Verhältnissen und Pflichten die liebevolle Ordnung Gottes erkennen lernen, und dadurch Gerechtigkeit und Friede unter den Menschen befördert werden: so wird der Zweck meines Lebens erfüllt, und meine Arbeit hinreichend belohnt seyn!

Geschrieben in Paris am 26 April 1825.

---



# Inhalts-Anzeige.

## Zweiter Theil.

### Von den Republiken oder den freyen Communitäten.

Erstes Capitel. Begriff und Definition der Republiken. S. 1 — 8.

- I. Zusammenhang dieses Theils mit den fünf frühern Bänden.
- II. Die Republiken sind nichts anders als unabhängige Communitäten, begüterte, mächtige, niemanden unterworfenen Corporationen.
- III. Beweis dieser Definition aus der Natur der Sache und der allgemeinen Erfahrung.

Zweytes Capitel. Entstehungsart der Communitäten und Republiken. S. 9 — 25.

- I. Die Natur selbst bringt keine Communitäten hervor; sie sind künstliche Institute.
- II. Zu denselben sind die Menschen, ohne ganz besondere Vortheile, überhaupt von Natur nicht geneigt.
- III. Ihr oberster Veranlassungs-Grund sind gleiche Kräfte und gleiches gemeinschaftliches Bedürfniß.
- IV. Die Communitäten werden gewöhnlich gestiftet
  - a. durch frühere Herren, welche die zerstreuten Individuen durch einen gemeinsamen Vortheil vereinigen;
  - b. durch zufällige Umstände, entstandene gemeinsame Bedürfnisse oder angefallene gemeinsame Besizungen;
  - c. durch einzelne Menschen, die zur Erreichung irgend eines

Zwecks sich Genossen oder Verbündete mit gleichen Rechten und gleichen Beschwerden anwerben.

- V. Alle Republiken und Communitäten sind daher ursprünglich nur aus wenigen Mitgliedern bestanden. Beweis dieses Satzes aus der allgemeinen Erfahrung.

### Drittes Capitel. Von dem Zweck der Republiken. S. 26 — 37.

- I. Der Zweck der Communitäten besteht in dem gemeinsamen Vortheil, den die einzelnen Mitglieder durch ihre Vereinigung zu erreichen hoffen; er hängt von ihrem Willen ab, und läßt sich daher im Allgemeinen nicht durch die Vernunft bestimmen.
- II. Derselbe besteht weder in der Einführung noch in der Handhabung des Rechts: Gesetzes, als wozu gar keine Genossenschaft nöthig ist.
- III. Die gewöhnlichen Zwecke der Bünde und Communitäten sind:
  - a. Sicherheit gegen äußere Feinde.
  - b. Bessere Lebens-Existenz.
  - c. Handels-Freyheit und gemeinsame Handels-Unternehmungen.
  - d. Erwerbung und Versorgung eines gemeinsamen Guts.
  - e. Verbreitung einer Lehre, Beförderung von Wissenschaften und Künsten, — Erfüllung gewisser Gelübde.
- IV. Ob die Communitäten unabhängig werden, oder abhängig und dienstbar verbleiben, hängt von zufälligen Umständen, Kräften und Gelegenheiten ab.

Die erlangte Unabhängigkeit verändert den ursprünglichen Zweck nicht, sondern erleichtert nur seine Erfüllung.

### Viertes Capitel. Erwerbung der Unabhängigkeit. S. 38 — 47.

- I. Communitäten sind bey ihrem ersten Ursprung fast nie

unabhängig, weil nur schwächere Menschen sich in Genossenschaften vereinigen, und weil sie viel weniger Mittel haben zu großen Kräften zu gelangen.

II. Ihre Unabhängigkeit wird daher gewöhnlich nach und nach erworben:

- a. durch Schenkungen und Privilegien von Seite früherer Herren;
- b. durch Bünde mit anderen Communitäten, glücklich geführte Kriege und günstige Friedens-Verträge;
- c. durch das zufällige Wegfallen oder Erschlaffen eines früheren Verbandes.

III. Gewöhnliche Vereinigung aller drey Mittel mit einander.

**Fünftes Capitel. Natürliche Rechte und Verhältnisse im Inneren einer Republik oder Genossenschaft. (Eigentliches jus publicum, jus societatis domesticum.)** S. 48 — 65.

- I. Genauere Bestimmung dieses Genossen- oder Communitäts-Verhältnisses. — Unterscheidung desselben von dem bloßen Mit- und Nebeneinander-Wohnen, so wie von Dienst-Verhältnissen und anderen ähnlichen Verknüpfungen.
- II. Erste Haupt-Regel: Zum Eintritt in eine Genossenschaft darf niemand gezwungen werden. — Beweis dieses Satzes aus der Vernunft und allgemeinen Erfahrung.
- III. Widerlegung der neueren entgegengesetzten Doctrinen von dem Zwang in den Staat.
- IV. Zweite Haupt-Regel: Hinwieder ist die Genossenschaft nicht schuldig wider ihren Willen andere Menschen in ihren Kreis aufzunehmen, und sie ist berechtigt die Bedingungen dieser Aufnahmen nach ihrem Gutdünken vorzuschreiben.



- V. Abermaliger Beweis dieses Satzes aus der Natur der Sache und der ganzen Erfahrung.

**Sechstes Capitel. Fortsetzung. 3° Freyer Austritt aus der Genossenschaft. S. 65 — 75.**

- I. Dritte Haupt-Regel: Jedes Mitglied ist befugt wieder aus der Genossenschaft auszutreten.
- II. Beweis dieses Satzes aus dem Gesez der Gerechtigkeit, aus dem gegenseitigen Nutzen und der allgemeinen Erfahrung.
- III. Der unzeitige Austritt ist zwar nicht ungerecht, aber unter gewissen Umständen lieblos. Er kann und darf nicht durch Gewalt, sondern nur durch Retorsion, d. h. durch gegenseitige Entziehung von Wohlwollens-Pflichten gehindert werden.
- IV. Auf ausgetretene Mitglieder hat die Gesellschaft, als solche, keine Rechte mehr, kann aber deren in anderer Rücksicht erwerben.

**Siebentes Capitel. Fortsetzung. 4° Im Inneren jeder freien Genossenschaft ist die höchste Gewalt bey der Gesamtheit aller Genossen. S. 76 — 81.**

- I. Beweis dieser vierten Haupt-Regel. Eine Corporation von Gleichberechtigten kann ihren Willen nur durch die Einhelligkeit oder doch durch die Majorität der Stimmen ausdrücken.
- II. Ungereimte Uebertragung dieser Regel auf herrschaftliche und Dienst-Verhältnisse.
- III. Widerlegung des Einwurfs, daß die meisten Communitäten oder freien Bürgerschaften ihre Gewalt doch nicht selbst, sondern durch Stellvertreter ausüben.

**Achtes Capitel. Fortsetzung. 5°** Bey mangelnder Einheelligkeit gilt die Majorität der Stimmen.  
S. 82 — 105.

- I. Der Vorzug der Majorität beruht nicht auf irgend einem Urvertrag, noch auf der Präsumtion, daß ihre Meinung stets die bessere sey, sondern auf ihrer überlegenen Macht, verbunden mit ihrem natürlichen Stimmrecht. Es ist eine Collision von Rechten, in der die Minorität als der schwächere Theil nachgiebt.
- II. Rechtmäßigkeit dieses Vorzugs:
  - a. Weil die Majorität selbst nur über Communitäts-Sachen, nicht über Privat-Rechte entscheidet.
  - b. Weil sonst die Minorität herrschen müßte, oder gar kein Beschluß möglich wäre.
  - c. Weil man durch Austritt aus der Gesellschaft sich dieser Herrschaft entziehen kann.
- III. Verschiedene Arten von Majorität:
  - a. Majorität aller Mitglieder der ganzen Genossenschaft, der abwesenden wie der anwesenden. Sie ist nicht natürlich, und lähmt alle Geschäfte.
  - b. Majorität aller in der Versammlung anwesenden, worbey man unterscheiden kann:
    1. Absolute Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller Stimmenden. Sie ist die natürlichste, die reelle und auch die allgemein übliche.
    2. Relative Mehrheit. Sie ist nicht reell, daher verwerflich, und führt zu vielen Mißbräuchen.]
    3. Gesetzliche höhere Majorität von  $\frac{2}{3}$ ,  $\frac{3}{4}$  Stimmen für gewisse wichtige Gegenstände. Sie ist bisweilen klug, versteht sich aber nie von selbst, und muß immer durch ein besonderes Statut vorher festgesetzt seyn.
- IV. Wie weit das Recht] der Majorität sich erstreckt? Sie

ist zwar König in einer Republik, hat aber wie jener die Gesetze der natürlichen Gerechtigkeit über sich, und gilt daher nur über die eigenen, gemeinsamen Angelegenheiten der Communität, nicht aber über die Privat-Rechte ihrer Mitglieder.

a. Beweis dieses Satzes aus der Vernunft und der Erfahrung.

b. Anwendung desselben auf einige merkwürdige Beispiele.

**Neuntes Capitel. Fortsetzung. 6° Beständig gleiche Freiheit der ganzen Genossenschaft. S. 106 — 112.**

- I. Eine Genossenschaft, die keinen Oberen über sich erkennt, ist zu jeder Zeit so frey und unabhängig, als sie es vorher gewesen.
- II. Sie ist zwar an die Drittmanns Recht berührende Verträge und Versprechungen ihrer Vorgänger gebunden, aber nicht an die sich selbst aufgelegten eigenen Statuten.
- III. Alle Versuche, wodurch man positive Constitutions- oder Communitäts-Gesetze unabänderlich zu machen sucht, sind ungerecht, unflug, unausführbar und daher illusorisch.
- IV. Die Abänderung solcher Gesetze muß zwar möglich seyn aber sorgfältigen Formen unterworfen werden.

**Zehntes Capitel. Fortsetzung. 7° Die Magistraten einer Republik sind nicht bloß ihre Diener, sondern auch Mitgenossen und Vorsteher. S. 113 — 117.**

- I. Beweis der gleichzeitigen Existenz dieses doppelten Verhältnisses.
- II. Daherige Folgen in Rücksicht auf die Benennung und das äußere Ansehen der republikanischen Obrigkeiten.

**Elftes Capitel. Fortsetzung. 8° Das Gut einer Republik gehört der ganzen Genossenschaft und nicht ihren einzelnen wechselnden Mitgliedern. S. 118 — 122.**

- I. Beweis dieser wichtigen Rechts-Regel.
- II. Kraft derselben darf das gemeine Gut nur zu den Zwecken der Communität verwendet, und ohne Einwilligung aller Mitglieder nicht getheilt werden. Keinem abgehenden oder austretenden Mitglied kommt irgend ein Antheil zu.
- III. Neuere Verletzungen dieser Regel sind eine Folge der Noth und der herrschenden falschen Doctrinen.

**Zwölftes Capitel. Fortsetzung. 9° Die Genossenschaft kann von ihren Mitgliedern Steuern und Beiträge fordern, so viel sie es nöthig findet. S. 123 — 139.**

- I. Das Befugniß dazu beruht darauf, daß hier immer freye Einwilligung statt findet; doch rathen Klugheits-Gründe dieses Recht nur selten und mit Maasse auszuüben.
- II. Hingegen kann eine Republik ihre Unterthanen nicht einseitig und willkührlich mit Steuern belegen. Sie stellt gegen dieselben einen Fürsten vor.
- III. Aufällige Beihülfe der Unterthanen muß angesucht, und freywillig zugestanden werden. — Beweis dieser Sätze aus der Vernunft und der allgemeinen Erfahrung.
- IV. Nach den wahren republikanischen Grundsätzen sollen die Steuern oder Beiträge für alle Bürger gleich seyn. Beweis der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser absolut gleichen Bürger-Steuern. Widerlegung der gewöhnlichen Einwürfe.
- V. Daherige Unzulässigkeit und Unausführbarkeit aller gezwungenen Vermögens-Steuern.
- VI. Wahre ökonomische Regeln bey eintretenden außerordentlichen Bedürfnissen.



**Dreizehntes Capitel. Von der Organisation der Republiken. S. 140 — 172.**

- I. Nothwendigkeit derselben um die Menge der einzelnen Mitglieder zu vereinigen, sie zu einem künstlichen Ganzen zu bilden. Dergleichen Constitutionen können auch nur in eigentlichen Genossenschaften oder Communitäten statt finden.
- II. Allgemeinheit derselben in allen Republiken und Privat-Communitäten.
- III. Endzweck der Constitutionen. Solcher besteht darin: 1) die Gesellschaft selbst zu bilden und zu erhalten; 2) das natürliche Gesellschafts-Recht durch zweckmäßige Formen oder nähere Bestimmungen möglichst zu handhaben.
- IV. Ihre Entstehungsart. Sie sind nichts weiter als das positive Gesellschafts-Recht, und können entweder auf einmal von den Stiftern der Gesellschaft, oder nach und nach bey eintretendem Bedürfniß gemacht werden. Letzteres ist die natürliche und auch die bessere Methode.
- V. Gegenstände oder Bestandtheile der Constitutionen. Sie sind bey unendlich verschiedenen Formen und Mitteln überall die nemlichen.
  - a. Bedingungen der Aufnahme in die Genossenschaft und der Ausschließung von derselben.
  - b. Form der Versammlungen und Berathschlagungen:
    1. Zusammenberufung.
    2. Versammlungs-Ort.
    3. Innere Organisation.
    4. Eröffnung der Materien.
    5. Berathschlagung oder sogenannte Umfrag.
    6. Stimmenanmlung und Stimmgebung.

**Vierzehntes Capitel. Organisation der Republiken. Fortsetzung. c. Größerer stellvertretender Ausschuß, wenn er nöthig ist. S. 173 — 191.**

- I. Derselbe ist nur nöthig, wenn die ganze Genossenschaft wegen der Zahl oder Entfernung ihrer Mitglieder nicht versammelt werden kann.
- II. Er ist gleichsam eine verengte oder verjüngte Genossenschaft, und hat wieder einer Constitution oder Organisation nöthig, und zwar einer noch sorgfältigeren, weil er nicht in eigenem Namen handelt.
- III. Gegenstände dieser Constitution:
  1. Composition — Zahl und Qualität der Mitglieder.
  2. Formation und partielle Ergänzung.
  3. Innere Organisation.
  4. Funktionen oder Reservate.
  5. Behandlungsart der Geschäfte.
  6. Vorichts: Maafregeln um die ausgeschlossenen Vorsteher möglichst in den Schranken ihrer Pflicht zu erhalten: Eide, Beschränkung der Amtsdauer, Amovibilität.

**Fünfzehntes Capitel. Organisation der Republiken. Beschluß. d. Engeres dirigirendes Collegium. S. 192 — 214.**

- I. Notwendigkeit und Allgemeinheit desselben in allen Communitäten und Republiken, nicht um Gesetze zu vollziehen, sondern um die mindern täglichen Geschäfte zu besorgen, die wichtigeren aber vorzubereiten.
- II. Seine eigene Constitution und Organisation.
  - a. Composition. Geringere Zahl von Mitgliedern.
  - b. Formation und partielle Ergänzung; hängt in der Regel von der Gemeinde oder ihren Stellvertretern ab.

- c. Innere Organisation; ist von derjenigen des größern Ausschusses nicht verschieden.
  - d. Amtsdauer, Rang und Titel, Einkommen, Eid und Instruktion.
  - e. Funktionen oder Competenz. Sie müssen und können bloß nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände bestimmt werden.
- III. Alles, was nicht die Bildung und Einrichtung der Gesellschaft selbst betrifft, sondern außer ihrem Kreise liegt, gehört nicht zur Constitution.

**Sechszehntes Capitel. Von der Herrschaft der Republiken, oder: dem Verhältniß gegen ihre Unterthanen. (Jus societatis extraneum.) S. 215 — 245.**

- I. Eine Republik, als freie Genossenschaft, steht nothwendig auch mit anderen Menschen, die nicht Bürger sind, in rechtlichen Verhältnissen, und besonders auch mit solchen, die auf ihrem Gebiete wohnend von derselben natürlich abhängig oder ihr durch Dienst-Verträge verpflichtet sind. Gegen die letzteren ist sie kollektiver Herr.
- II. Beweis der rechtmäßigen Natur, der Allgemeinheit und Nothwendigkeit dieser Herrschaft in allen Republiken und Privat-Communitäten.
- III. Die Herrschaft einer Republik, verbunden mit ihrer eigenen Unabhängigkeit, macht sie zum unabhängigen Grundherrn oder kollektiven Fürsten. Sie ist Republik und Fürst zugleich, und hat in letzterer Eigenschaft die nemlichen Landesherrlichen Rechte und die nemlichen Schranken ihrer Gewalt wie die Einzelherren.
- IV. Die Herrschaft einer Republik ist eine Folge ihres eignen Rechts; wer nicht Bürger ist, hat keinen Anspruch darauf zu machen, und sie kann weder ein Privilegium, noch eine Familien-Herrschaft, noch eine Oligarchie oder Erb-Aristokratie genannt werden. Alle diese Ausdrücke,

auf collective Herrschaften angewendet, sind falsch und unvernünftig.

**Siebenzehntes Capitel.** Modificationen, die aus der collectiven oder republikanischen Herrschaft entspringen. S. 246 — 266.

- I. Die Genossenschaften sterben nicht aus, wenn gleich ihre einzelnen Mitglieder sterben.
- II. Die innere Verfassung der freien Communität bleibt immer die Hauptsache; denn auf ihr beruht das Fundament des Staats, die Existenz des herrschenden Subiectes selbst.
- III. Die Magistraten einer Republik stehen in einem ganz andern Verhältniß gegen ihre Mitbürger als gegen die äußeren Angehörigen der ganzen Genossenschaft, und diese beyden Verhältnisse können ohne Ungerechtigkeit nicht mit einander verwechselt werden.
- IV. Die Republiken, als aus vielen Mitgliedern bestehend, bedürfen weniger äußere Beamte und Diener; sie besorgen größtentheils ihre eigenen Geschäfte selbst. — Wichtige und merkwürdige Folgen dieses Umstands.
- V. Die Unterthanen der Republiken sind nur gegen die ganze Communität verpflichtet, nicht gegen die einzelnen Mitglieder. Schädliche Folgen der Mißkeunung dieser Regel.
- VI. Die Bürger und Magistraten einer freien Republik genießen jedoch bey gleichen äußeren Glücksumständen eines höhern natürlichen Ansehens, und der patricische Adel glänzt mehr als der Land- und Dienst-Adel in ihrem Gebiet.
- VII. Die Republiken haben weniger Mittel zur Erweiterung ihrer Besitzungen als die Einzelherren, und ihr Gebiet ist daher gewöhnlich kleiner.



## Achtzehntes Capitel. Von dem Untergang der Republiken. S. 267 — 295.

- I. Die Republiken gehen zu Grund: 1) wie die Fürstenthümer durch den Verlust ihrer collectiven Macht und Unabhängigkeit.

Einige Gefahren haben sie zwar nicht mit denselben gemein, desto mehr hingegen andere.

- II. Sie zerfallen aber noch viel eher durch Entzweyung und Auflösung der Genossenschaft selbst.

Natürliche und auf die Dauer beynahe unvermeidliche Veranlassungen derselben.

- III. Die Republiken dauern daher gewöhnlich nicht so lang als die Fürstenthümer, theils weil sie einer künstlichen Einrichtung bedürfen, die allmählig ausartet, theils wegen der beständigen Collision zwischen dem gemeinsamen und dem Privat-Interesse.

## Neunzehntes Capitel. Makrobiotik oder Staatsflugheit der Republiken. S. 296 — 322.

- I. Insofern sie unabhängige Grundherren sind, haben sie manche Klugheits-Regeln mit den Fürsten gemein; doch sind mehrere derselben bey einer collectiven Person theils unnöthig, theils unmöglich.

- II. Entwicklung jener Aehnlichkeit und dieser Modifikationen in Absicht auf

1. die Successions-Ordnung und die gute Wirthschaft;
2. die Auswahl der Beamten;
3. das moralische Ansehen;
4. den kriegerischen Geist. Schwierigkeiten der Kriegsführung; Nothwendigkeit und Gefährlichkeit der Dictaturen;
5. der Streitigkeiten mit ihren Unterthanen. Collective Herrschaften sind fast immer unangenehm. Daberige absolute Nothwendigkeit eines milden Regiments.

6. In Absicht auf die Verhältnisse mit äußeren Fürsten. Zu Negotiationen sind die Republiken gewöhnlich ungeschickt.

**Zwanzigstes Capitel. Staatsklugheit der Republiken, in so fern sie Gemeinden sind. 1. Gemeinsame Güter und Besitzungen. S. 323—327.**

**Nothwendigkeit derselben**

1. für die Existenz der Republik selbst;
2. um die bürgerlichen Beschwerden mit Ehre und Vortheilen zu compensiren.

**Ein und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung. 2. Kluge Constitutions-Gesetze. a. Erwerbung und Verlust des Bürgerrechts. S. 328—344.**

- I. Die Aufnahme in die herrschende Genossenschaft muß zwar schwer, aber nicht unmöglich seyn. Wie hierin das rechte Maaß zu beobachten?
- II. Die Ausschließung von dem Bürgerrecht ist auf collidirende Pflichten, entehrende Handlungen und dienstbare Verhältnisse zu setzen.

**Zwey und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung der Constitutions-Gesetze. — Aufälliger, stellvertretender Ausschuß. S. 345—386.**

- I. Bey kleinen Communitäten, deren sämtliche Mitglieder alle leicht versammelt werden können, ist ein stellvertretender Ausschuß weder nothwendig noch nützlich.
- II. So lang es durch die Natur der Sache möglich bleibt mag es gut seyn dabey der ganzen Gemeinde noch einigen direkten Einfluß vorzubehalten.
- III. Die Zahl der Ausgeschossenen darf nicht zu klein seyn, und muß wenigstens aus so vielen Bürgern bestehen, als sich bequem und mit Ordnung versammeln lassen.

- IV. Für diese bloß stellvertretende Eigenschaft können von natürlichen Rechts wegen außer dem Besitz des stimmungsfähigen Bürgerrechts, und allenfalls einem gewissen Alter, keine andere Wahlfähigkeits-Bedingungen gefordert werden. Alle übrigen sind theils unbillig, theils illusorisch und schädlich.
- V. Mehr noch als diese Bedingungen ist die Einführung eines gesetzlichen, auf einzelne bürgerliche Geschlechter beschränkten Patriciats zu vermeiden. Begriff und Nachteile desselben. Vortheile des ihm entgegengesetzten, in allen Republiken von selbst entstehenden, natürlichen Patriciats.
- VI. Die Ergänzung des stellvertretenden Ausschusses von oben herab, d. h. durch ihn selbst oder durch ein von ihm ernanntes Wahl-Collegium, ist viel rechtmäßiger und zugleich klüger als die von unten herauf durch einzelne Abtheilungen der Bürger.
- VII. Eine periodische Ergänzung von einer bestimmten Anzahl Mitglieder liegt ebenfalls mehr in dem Geiste einer Republik, und ist viel zweckmäßiger als die individuelle, wo jedes abgehende Mitglied sogleich wieder ersetzt wird.

### Drey und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung der Constitutions-Gesetze. 3. Kluge Wahlformen.

S. 387 — 407.

- I. Das Wahlrecht kommt in der Regel der ganzen Gemeinde oder ihrem stellvertretenden Ausschusse zu, es sey dann, daß sie es anderen Behörden übertragen haben.
- II. Bedingungen der Wahlfähigkeit sind für die eigentlichen Aemter und Bedienungen zweckmäßig, und müssen auf Würdigkeit und Fähigkeit zu dem betreffenden Amte Rücksicht nehmen. Doch ist auch hier ein billiges Maaß zu beobachten.
- III. Der wirkliche Vorschlag aus der Zahl der Wahlfähigen geschieht entweder durch die Anmeldung der Candidaten oder durch die Wählenden selbst. Vortheile beider Methoden.

- IV. Zu einer vollkommenen Wahlform wird erfordert, daß kein Mitglied von seinem Vorschlags-, oder Stimmrecht, keiner von seiner gesetzlichen Wahlfähigkeit ausgeschlossen werde, und das Resultat der Wahl stets das Produkt einer absoluten Majorität sey.
- V. Häufige Verletzungen dieser Regel durch mancherley Künsteleuten, und sogar durch Einführung des Looses als vermeintes Correctiv-Mittel.
- VI. Angabe einer einfachen und kurzen Wahlform, die das Problem genau auflöst, und alle Vortheile vereinigt.

**Vier und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung der Constitutions-Gesetze. 4. Kluge Deliberations-Formen. S. 407 — 445.**

- I. Aehnlichkeit derselben mit den Wahlformen. Die Aufgabe besteht ebenfalls darin, den eigentlichen Willen der Mehrheit herauszubringen, und dazu wird erfordert, daß a. niemand von seinem Vorschlags-, b. niemand von seinem Stimmrecht ausgeschlossen werde, und c. der Beschluß stets das Produkt der absoluten Majorität aller Stimmenden sey.
- II. Häufige Verletzungen dieses Grundsatzes durch mancherley schwer zu vermeidende Mißbräuche, Factionen, oder Präsidenten-Künste.
- III. Wesentliche zu beobachtende Regeln:
  - 1° Die Convocation der Versammlung muß nöthigen Falls auch ohne den Präsidenten gesetzmäßig möglich seyn.
  - 2° Die Initiativ kommt in der Regel von dem dirigirenden Collegio; jedem Mitglied muß aber das Recht bleiben, gutfindende Anträge machen zu können. Natürliche Regel für die Behandlung solcher Anträge (Motionen).
  - 3° Präliminar-Untersuchung des Gegenstandes. Wem sie zugewiesen sey, und worin sie bestehe? In bloß beratenden Commissionen gilt keine Majorität der Stimmen.
  - 4° Eigentliche Beratung und Entscheidung.



a. Hinreichend zahlreiches Tribunal.

b. Austritt der bey dem Geschäft unmittelbar Interessirten Personen. Theorie dieses Austritts zur Verhütung gefährlicher Mißbräuche.

c. Genaue Bestimmung und Sönderung der entscheidenden Fragen oder Meinungen. Logische Regeln darüber und Beispiele.

IV. Die Schwierigkeit dieser Beratungs- und Abstimmungsmethode ist eine Hauptursache so vieler fehlerhaften Beschlüsse in Republicen.

**Fünf und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung. Genaue Bestimmung der Reserve der höchsten Gewalt und der Functionen des dirigirenden Rathes oder anderer Collegien. S. 446 — 456.**

I. Nothwendigkeit derselben zu Verhütung gefährlicher Competenz-Streitigkeiten.

II. Diese letzteren werden meist durch allgemeine, unbestimmte und daher jeder Ausdeutung fähige Ausdrücke veranlassen.

III. Die Reserve der höchsten Gewalt und die Functionen des dirigirenden Rathes müssen nicht nach bloßen Worten und Formen, sondern nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände selbst gesöndert werden.

IV. Entscheidende Regel in zweifelhaften Fällen. Die freie Gemeinde (oder ihr oberster Rath) kann von Rechts wegen an sich ziehen, was sie will.

V. Politische Regeln in Absicht der Collegien und der hohen Ehren-Ämter. — Instructionen. — Beschränkte Amtsdauer. — Mäßige Besoldung.

**Sech und zwanzigstes Capitel. Fortsetzung. Treue Verwaltung des gemeinen Guts. S. 456 — 463.**

I. Nothwendigkeit derselben, und worin sie bestehe.

II. Wesentliche Regeln zur Sicherung der Capitalien und der

Einkünfte, zur Beschränkung der Ausgaben und regelmäßigen Ablage der Rechnungen.

## Sieben und zwanzigstes Capitel. Republikanische, öffentliche und Privat-Tugenden. S. 464 — 499.

- I. Nothwendigkeit derselben zur Erhaltung der Gesellschaft und zur Befolgung ihrer Gesetze.
- II. Die vorzüglichsten dieser Tugenden sind:
  1. Liebe zu der bürgerlichen Gleichheit und zu den Rechten der ganzen Genossenschaft von Seite der Magistraten.
  2. Liebe, Hochachtung und Zutrauen von Seite der Bürger gegen ihre Magistraten.
  3. Vernünftige Sparsamkeit oder vielmehr Gendgsamkeit.
  4. Würdevolles, rechtliches Betragen, vorzüglich von Seite der Magistraten.
  5. Arbeitsamkeit und Fähigkeit zu Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte.
  6. Liebe zu den alten Gesetzen, Gebräuchen und Sitten.
  7. Patriotismus, d. h. Liebe und thätiger Eifer für das gemeine Wesen. Seine Natur und seine Schranken.

## Acht und zwanzigstes Capitel. Politische Anordnungen und Hülfsmittel. S. 500 — 534.

- I. Nothwendigkeit derselben zur Wefung und Belebung republikanischer Tugenden.
- II. Die vorzüglichsten Mittel dazu sind:
  1. Möglichste Behinderung des übermäßigen Privat-Reichthums.
  2. Ebenmäßige Verhinderung allzu großer Armuth.
  3. Begünstigung aller Communitäten und Genossenschaften als der natürlichen Stützen der Republik und als der besten Schule für ihre Bürger.
  4. Mancherley sinnliche Weikel — periodische Feste und

Aufzüge, angemessene Formen und Ceremonien, Bilder, gesellschaftliche Disciplinen, conventionelle Sitten und Gewohnheiten aller Art.

**Neun und zwanzigstes Capitel. Schluß-Betrachtungen über die Republiken. S. 535 — 559.**

- I. Historische Bestätigungen der bisher entwickelten Theorie über die Republiken.
- II. Vortheile und Nachtheile der Republiken überhaupt.

**Dreißigstes und letztes Capitel. Beschluß des ganzen Werks. S. 560 — 596.**

- I. Recapitulation der Haupt-Grundsätze dieser ganzen staatsrechtlichen Theorie.
- II. Allgemeine und erfreuliche Resultate derselben.
- III. Ausgebreiteter moralischer Nutzen und praktische Brauchbarkeit dieser Wissenschaft für alle Classen und Stände.

**R e s t a u r a t i o n**  
der  
**S t a a t s - W i s s e n s c h a f t**  
oder  
**T h e o r i e**  
des  
**n a t ü r l i c h - g e s e l l i g e n Z u s t a n d s.**

---

**S e c h s t e r B a n d.**

**Z w e y t e r T h e i l. V o n d e n R e p u b l i k e n o d e r f r e y e n  
C o m m u n i t ä t e n.**

---



220010077

000

---

## Zweyter Theil.

### Von den Republiken oder den freyen Communitäten.

---

#### Erstes Capitel.

#### Begriff und Definition der Republiken.

---

- I. Zusammenhang dieses Theils mit den fünf frühern Bänden.
  - II. Die Republiken sind nichts anders als unabhängige Communitäten, begüterte, mächtige, niemanden unterworfenen Corporationen.
  - III. Beweis dieser Definition aus der Natur der Sache und der allgemeinen Erfahrung.
- 

Wir haben bisher den ersten Haupttheil der Staats-Wissenschaft, nemlich die Theorie der freyen Einzelherren oder mit anderen Worten der Fürstenthümer und Monarchien abgehandelt. Nach der verschiedenen Natur der Macht, auf welche ihre Herrschaft ursprünglich begründet ist, zerfielen dieselben in grundherrliche, militärische und geistliche. Bey jeder derselben haben wir, unter beständiger Berufung auf die allgemeine Geschichte und das übereinstimmende Zeugniß aller unbefangenen Menschen, ihre Natur, ihre Entstehungsart und die darin bestehenden Rechte und Verhält-

nisse gezeigt, bey den beyden letzteren ihren nothwendigen Uebergang in eine Patrimonial-Herrschaft erwiesen, und die aus dieser Vereinigung einer doppelten Eigenschaft entstehenden Modifikationen entwickelt, die Ursachen des Untergangs der Staaten selbst erörteret und endlich daraus die einzig wahren Regeln der höheren Staats-Klugheit abgeleitet, durch welche jener Untergang verhindert oder verschoben, das Leben und die Gesundheit der grundherrlichen, der militärischen und der geistlichen Monarchien verlängert werden kann.

Jetzt bleibt uns aber noch von den mit ihnen stets verwechselten Republiken oder freyen Communitäten zu reden übrig, und dann wird die ganze Staatswissenschaft, deren Idee wir im Anfange dieses Werks aufgestellt haben, <sup>1)</sup> erschöpft und vollendet seyn. In der allgemeinen Einleitung ist bereits gezeigt worden, daß da nicht die Herrschaft über andere Menschen, sondern nur die vollkommene Freyheit oder Unabhängigkeit des Herrschenden selbst, die Staaten von anderen geselligen Verhältnissen unterscheiden, <sup>2)</sup> und da es nur unabhängige Individuen oder unabhängige Corporationen, physische oder sogenannte moralische, d. h. collective Personen geben kann, auch alle Staaten entweder Monarchien oder Republiken seyn müssen. <sup>3)</sup> Gleichwie nemlich ein einzelner freyer Mensch durch eigene relativ größere Macht, d. h. durch Ueberlegenheit an Grund-Eigenthum, an Tapferkeit, an Einsichten und die dadurch bewirkte Hülfsleistung anderer Men-

---

1) B. I. Cap. 2. S. 5—16, und Cap. 22. S. 510—519.

2) B. I. Cap. 16. S. 444 ff. Cap. 18. S. 473—481.

3) B. I. Cap. 20. S. 494 ff.

schen entweder unabhängig seyn oder sich zur Unabhängigkeit emporschwingen kann: so ist dieses auch von einer Genossenschaft, einer Corporation, einer Societät oder einem Bund von mehreren Menschen möglich, unter denen zwar keiner von dem andern abhängt, keiner dem andern dienstbar ist, die aber ihre Kräfte zu irgend einem gemeinsamen Zwecke vereinigen und deswegen in eine Communität zusammentreten, oder durch Umstände und fremde Veranstellung in eine solche versetzt werden. Dergleichen Communitäten, wenn sie durchaus frey sind, keinen menschlichen Oberen mehr über sich erkennen, werden in der staatsrechtlichen Sprache Republiken genannt.

Im Kleinen ist freylich jede Genossenschaft oder Corporation eine Art von Republik, d. h. dem etymologischen Sinn des Wortes nach eine res publica, ein gemeines Wesen, zum Unterschied von dem Privat-Wesen, welches nicht mehreren zusammen, sondern irgend einem Einzelnen gehört. Man sieht in der ganzen Welt eine Menge von Communitäten, Dorf- und Stadt-Gemeinden, Handwerkszünfte, Gilden und Innungen, geistliche und weltliche Orden, Handels-Societäten, Gelehrten-Vereine, Congregationen und Consociationen von mancherley Art und zu sehr verschiedenen Zwecken. In jeder derselben besteht eine Vereinigung unter Gleichen, mit ähnlichen Rechten und ähnlichen Beschwerden; alle haben ein gemeines Wesen und irgend eine positive Verfassung desselben; gemeinsame Güter und Einkünfte, gemeinsame Gesetze und Statuten, einen gemeinsamen Zweck. Als collective Personen üben sie alle theils über ihre Mitglieder, theils über andere auf ihrem Gebiet wohnende, von ihnen



abhängige oder ihnen durch Vertrag dienstbare Menschen eine bald mehr bald weniger beschränkte, oft sogar ziemlich bedeutende Herrschaft aus. 4) Allein erst wenn sie durch hinlängliche Macht und glückliche Verhältnisse, selbst von aller Abhängigkeit oder Dienstbarkeit frey geworden sind: so werden sie unter die Reihe der Staaten, d. h. der selbstständigen und freyen gezählt und nach dem üblichen Sprachgebrauch mit dem Namen von Republiken bezeichnet. 5) Diese letzteren sind daher nichts anders als

---

4) Vergl. B. I. S. 45f.

5) Die Alten drückten sich hierin viel richtiger aus als die Neueren. Unsere Schweizerischen Vorfahren z. B. gaben sich nicht den Namen Republiken, vielweniger wußten sie etwas von Aristokratien oder Demokratien, sondern sie nannten sich freye Städte und Länder, d. h. freye Stadt-Gemeinden und freye Lands-Gemeinden, welches die Natur der Sache genau bezeichnete. Jene lateinischen und griechischen Worte waren nur durch Bücher aus fremden Ländern zu uns hinübergekommen, aber nie in den Canzley-Styl eingedrungen, und haben nur zu falschen und verkehrten Begriffen Anlaß gegeben, die von viel größeren und unglücklicheren Folgen gewesen sind als man wohl glauben möchte. Der Ausdruck Republik ward erst in der zweyten Hälfte des unseligen achtzehnten Jahrhunderts von einigen Schweizerischen Städten, jedoch blos gegen das Ausland, gebraucht und dem Wort Stadt beygefügt, um dadurch anzuzeigen, daß die Stadt selbst unabhängig sey, mithin sich von andern gewöhnlichen Städten unterscheide. Indessen mußte man dieses obnehin, und jene Eitelkeit ward in der Folge bitter bestraft: denn, indem man die Worte Stadt und Republik mit einander vereinigte, so sah man das letztere nicht für eine Eigenschaft oder ein Prädikat des ersteren an, sondern es kamen vielmehr die verkehrten Begriffe auf, daß beyde von einander gesondert und verschieden, die souveraine Stadt nur eine Privat-Stadt, das ihr unterge

freie Gemeinwesen, unabhängige Communitäten oder Genossenschaften, und in so fern ihre Unabhängigkeit, wie die des Einzelherren, nur allein durch Länderbesitz und hinreichende Macht gegeben ist, so kann man, um zugleich die Möglichkeit der Sache zu erklären, sie begüterte, mächtige und niemanden unterworfenen Communitäten (*sodalitia nemini obnoxia*) nennen: denn der einzige Charakter, welcher sie von anderen ähnlichen Privat-Genossenschaften unterscheidet, ist immer nur die Unabhängigkeit oder vollkommene Freiheit.

Die Schriftsteller des Alterthums näherten sich dieser Idee ohne jedoch dieselbe ganz rein aufgestellt zu haben. Sie nannten die Republiken *civitates liberæ*, und man sieht nicht daß sie dieselben mit den Fürstenthümern verwechselt oder, wie die Neueren, ihnen eine gleiche Natur angedichtet hätten. Thucydides nennt eine *civitas quæ vere civitas sit*: *αὐτὸνομον, αὐτοδίκον, αὐτοτελὴ*, d. h. die ihre eigene Gesetze, Gerichte und Oberkeiten habe.<sup>6)</sup> Aristoteles stellt drey Haupttheile auf, welche das Wesen einer Republik ausmachen sollen: „die Berathschlagung über gemeinsame Geschäfte, die eigene

---

beue Gebiet aber die Republik sey. Diese falschen Begriffe sind selbst in solche Köpfe gefahren, die am meisten interessiert gewesen wären die Rechte und das Eigenthum der Schweizerischen freien Städte zu vertheidigen, und haben zu ihrer Erniedrigung, Beraubung und Unterjochung weit mehr beigetragen als man sich je vorstellen kann. Wie unendlich wichtig ist doch ein genauer Sprachgebrauch!

6) Lib. 5. c. 18.

„Erwählung ihrer Vorsteher und die Gerichtsbarkeit.“ <sup>7)</sup> Dionysius von Halikarnas führt dafür folgende Erfordernisse an: „das Recht ihre Obrigkeiten zu wählen, das Recht Gesetze zu machen und wieder aufzuheben, das Recht über Krieg und Frieden zu entscheiden, das Recht der Gerichtsbarkeit.“ <sup>8)</sup> Allein alles das ist nicht ganz richtig und nur um das Prinzip herumgetappt. Freylich muß jede Republik auch die obenwähnten Rechte haben, aber ihre Aufzählung ist sehr unvollständig, und jene Befugnisse machen nicht den wesentlichen noch den unterscheidenden Charakter aus; es giebt auch hier kein einziges sogenanntes Landesherrliches oder Souverainitäts-Recht, welches nicht im Kleinen von jeder anderen Privat-Community so gut als von den Republiken ausgeübt werden kann, oft sogar wirklich ausgeübt wird, oder wo zu seiner erlaubten Ausübung nur das Vermögen und die Gelegenheit mangelt. <sup>9)</sup> Man sieht in allen Ländern und sah zu allen Zeiten privilegierte Städte, Orden und andere Genossenschaften, die ihren Pflichten gegen höhere Herren unbeschadet, doch ihre eigenen Gesetze, eigene Gerichte, eigene selbst ernannte Obrigkeiten und Beamte hatten, aber deswegen nicht unter die Staaten gezählt wurden, noch gezählt zu werden verlangten. Alle berathschlagen und entscheiden über ihre gemeinsamen Angelegenheiten, manche hatten sogar das Recht Krieg zu führen, Frieden und Bündnisse zu schlie-

---

7) L. IV. Polit. c. 14.

8) L. 7. c. 36.

9) Vergl. B. I. S. 449–454. und den ausführlichen Beweis davon B. II. Cap. 40. S. 417–425.

fen, oder übten dasselbe unbestrittener Weise aus.<sup>10)</sup> Aber so lang ihnen die vollkommene Freiheit fehlte, so lang sie noch einem höheren Herren in irgend etwas dienstbar und verpflichtet waren, oder so lang auch ihre Unabhängigkeit nicht durch Thaten erwiesen, öffentlich und allgemein anerkannt worden, galten sie doch nur für bloße und höchstens für privilegirte Communitäten.

Betrachtet man hingegen alle je in der Welt bestandenen Republiken, die Griechischen Städte in Klein-Asien und in dem eigentlichen Griechenland, Rom und Carthago, die Italienischen Städte im Mittelalter, besonders Venedig und Genua, welche länger als andere dauerten; die Städte und Länder des Eidgenössischen Bundes, den Johanniter-Orden zu Malta, die Staaten der vereinigten Niederlande, die ehemaligen Britischen Colonien in Nord-Amerika und selbst die ephemeren sogenannten philosophischen Republiken unserer Tage, jene souverain gewordenen oder auf dem Papier in öffentlichen Verträgen für souverain erklärten Sophisten-Zünfte: so sehen wir unsere schon aus der Natur der Sache entwikelte Definition auch durch die ganze Erfahrung bestätigt. In allen diesen Republiken findet man zuletzt nichts anders als eine bald größere bald kleinere Gesellschaft oder Genossenschaft gleicher Antheilhaber, die sich von anderen Communitäten ähnlicher Natur schlechterdings nur dadurch unterscheiden, daß sie entweder bereits unabhängig waren oder doch für unabhängig erklärt oder geachtet wurden. Die meisten derselben bestanden mit Macht und Gebiet schon viel früher als sie sich zu dieser vollkomme-

---

10) C. B. II. Cap. 28 und 29.



nen Freiheit emporgeschwungen hatten, und mit ihrer Auflösung oder auch nur mit ihrer Unterwerfung und Dienstbarwerdung sind sie auch wieder aus der Reihe der Staaten, d. h. der selbstständigen, der durch sich selbst und für sich selbst bestehenden Personen verschwunden, und haben den Namen von Republiken verloren, ob-  
 schon sie übrigens noch als bloße Privat-Communitäten allerdings fortdauern konnten. <sup>11)</sup>

---

<sup>11)</sup> Vergl. B. II. Cap. 44. §. 582 — 583.

---

## Zwentes Capitel.

### Entstehungsart der Communitäten und Republiken.

---

- I. Die Natur selbst bringt keine Communitäten hervor; sie sind künstliche Institute.
  - II. Zu denselben sind die Menschen, ohne ganz besondere Vortheile, überhaupt von Natur nicht geneigt.
  - III. Ihr oberster Veranlassungs-Grund sind gleiche Kräfte und gleiches gemeinschaftliches Bedürfnis.
  - IV. Die Communitäten werden gewöhnlich gestiftet:
    - a. Durch frühere Herren, welche die zerstreuten Individuen durch einen gemeinsamen Vortheil vereinigen;
    - b. durch zufällige Umstände, entstandene gemeinsame Bedürfnisse oder angefallene gemeinsame Besitzungen;
    - c. durch einzelne Menschen, die zur Erreichung irgend eines Zwecks sich Genossen oder Verbündete mit gleichen Rechten und gleichen Beschwerden anwerben.
  - V. Alle Republiken und Communitäten sind daher ursprünglich nur aus wenigen Mitgliedern bestanden. Beweis dieses Satzes aus der allgemeinen Erfahrung.
- 

Die Natur selbst bringt nur Individuen, allenfalls mit wechselseitigen Abhängigkeits- und Dienst-Verhältnissen, d. h. größere und kleinere Familien, aber keine Corporationen hervor: und da man bisher alle Staaten, selbst die Fürstenthümer oder die erweiterten unabhängigen Familien, als dergleichen Communitäten oder bürgerliche Vereinigungen dargestellt hat, so erklärt sich auch daraus, warum sie von den meisten Rechtslehrern für eine willkürliche, künstliche, von anderen für eine späte, von

einigen sogar für eine unnöthige Erfindung gehalten worden sind.

Ein einzelner Mensch ist nemlich, wie schon anderswo bemerkt worden, bereits durch die Natur vorhanden und gegeben, und wenn er durch Eigenthum und günstige Verhältnisse mächtig oder glücklich genug ist, um einerseits selbst unabhängig zu seyn, anderseits fremde Bedürfnisse befriedigen und mithin die Dienstleistungen anderer Menschen erwerben zu können, so wird er eben dadurch ein Fürst; woraus sich auch erklärt, daß die Fürstenthümer die ersten und ältesten, die natürlichsten und zahlreichsten Staaten sind und seyn müssen. Communitäten oder Genossenschaften hingegen können nur durch künstliche Veranstellung der Menschen gebildet werden, und es braucht schon ganz besondere Umstände und Bedürfnisse, um sie zu einer solchen, ihre individuelle Freiheit eher beschränkenden als erweiternden Consociation zu veranlassen oder zu nöthigen. Die Stiftung derselben ist schon äußerst schwierig, ihre Fortdauer und die Erwerbung der Unabhängigkeit noch viel schwieriger, und darin liegt auch der wahre Grund warum die Republiken in der Geschichte so spät und so selten vorkommen. <sup>1)</sup> Zu Communitäts-Verhältnissen, zu gemeinsamen Besitzungen, sind die Menschen an und für sich gar nicht so geneigt als man glaubt. Man ist dabei niemals frei, nie Herr über das Seinige, und niemand duldet gern Genossen seiner Macht. <sup>2)</sup> Die Gemeinschaft ist vielmehr die Mutter alles Zankes, weil zwei gleichberechtigte Willen über den nemlichen Gegen-

---

1) Vergl. B. II. S. 3–7.

2) Omnisque potestas impatiens consortis erit.

stand in Collisionsfällen nicht mit einander bestehen können. Kein Mensch in der Welt unterwirft sich gern seines gleichen, deren er entbehren kann, oder läßt sich auch nur von ihnen Befehle ertheilen; und die allzuhäufige Nachgiebigkeit welche hier in Dingen, über die man doch Mitherr ist, erfordert wird, muß zuletzt auch dem Friedliebendsten lästig werden. Selbst gemeinsame Güter und Besitzungen, welche die Grundlage zu einer Communität werden könnten, sind daher den Menschen eher unangenehm, und geben meist nur zu Streitigkeiten und Feindschaften Anlaß. So trennte sich schon Abraham von seinem Neffen Loth des Friedens wegen, und beide theilten ihre vorher gemeinsamen Weidplätze. <sup>3)</sup> Die zahlreichen Kinder eines Vaters, die unter einander gleich an Rechten wären und das hinterlassene Erb gemeinsamllich behalten, mithin zusammen eine Corporation bilden könnten, pflegen dieses Erb lieber, wenn auch nicht mit arithmetischer Gleichheit, zu theilen, auf daß ein jeder über das Seinige eigener Herr sey und damit nach eigenem Belieben schalten und walten möge. Man sieht zwar oft Handels-Gesellschaften sich bilden, um durch Vereinigung geringer Kräfte einen größeren Vortheil zu erzielen, aber sobald eines oder mehrere Mitglieder derselben reich und bekannt genug geworden sind um durch eigene Kraft zu bestehen, werden diese Gesellschaften auch wieder aufgelöst.

Confociationen, Communitäten oder Genossenschaften entstehen daher allemal nur in solchen Umständen, wo gleiche Kräfte und ein gemeinschaftliches Bedürfnis, was nur durch Vereinigung der ersteren be-

---

3) 1 B. Mos. XIII.



friediget werden kann, zusammentreffen. Unter gleichem Kräften muß man freylich nicht absolute Gleichheit, die in der Natur der Dinge nirgends existirt, sondern nur so viel verstehen, daß keiner dem anderen diene, keiner nöthig habe von dem andern abhängig zu seyn. Gleichwie Macht auf der einen und Bedürfnis auf der anderen Seite, oder wenigstens ungleiche Macht und ungleiches Bedürfnis das Verhältniß von Herrschaft und Dienstbarkeit hervorbringen, <sup>4)</sup> so sind hingegen gleiche Kräfte und gleiches Bedürfnis das verborgne Prinzip oder die Veranlassung aller Bünde und Communitäten. Aber auch dann ist ihre Stiftung immer noch schwierig und künstlich. Außerst selten geschieht es, daß sie sich gleichsam von selbst, ohne Antrieb höherer Macht durch eigene Association bilden: denn wie sollte so vielen verschiedenen Menschen auf einmal der nemliche Gedanke einfallen? wo sollte der Beweggrund herkommen, um alle zugleich in eine solche Gesellschaft zu vereinigen? Gewöhnlich werden sie daher von früheren Herren gestiftet, d. h. von solchen welche Macht genug besitzen die zerstreuten Individuen, mittelst eines angebotenen gemeinsamen Vortheils, zu vereinigen und ihre Gesamtheit mit Rechten und Befugnissen zu versehen, die in der Folge steigen können. So sind z. B. alle Dorf-Gemeinden entstanden. Ein früherer geistlicher oder weltlicher Land-Eigenthümer baute sich irgendwo an, machte das Land urbar und zog Leute zur Bearbeitung desselben in seinen Dienst. Diese siedelten sich auf seinen Gründen nahe bey einander an; sie waren einander an Rechten gleich, d. h. keiner von dem anderen abhängig, hätten aber dadurch

---

4) B. I. Cap. 13. von dem Ursprung aller Herrschaft.

Noch keine Communität gebildet. Allein gemeinsame Bedürfnisse kamen bald hinzu, denen kein Einzelner abzuhelpen vermochte, noch durch eigene Kräfte abzuhelpen schuldig war; wie z. B. die Grabung eines Brunnens, die Anlegung von Straßen und Schwellen; der Bau und der Unterhalt einer Kirche u. s. w.; oder man gab diesen Leuten gemeinsame Besizungen, man beschenkte sie z. B. mit Wäldungen zu ihrer Befeurung oder mit Weidplätzen zum Unterhalt ihres Viehes; nothwendiger Weise mußten jene gemeine Werke und dieses gemeine Gut von irgend jemand besorget oder regulirt werden, und so war die Communität durch einen höheren Wohltäter gebildet; eine Genossenschaft gleicher Antheilhaber an Nuzungen und Beschwerden, der man nachher mehrere oder mindere Freyheiten oder Befreyungen ertheilen konnte, wie z. B. sich ihre künftigen Vorsteher selbst zu wählen, eigene Communitäts-Statuten zu machen, geringere Streitigkeiten unter sich zu entscheiden u. s. w. Eben diesen Ursprung hatten die Städte des alten Griechenlands, aus welchen späterhin sogar unabhängige Republiken erwachsen sind. Frühere Könige stifteten dieselben, indem sie diese Städte bauten, die Bewohner oder die angesiedelten Hausväter in eine Corporation vereinigten, in Classen abtheilten, ihnen Gesetze gaben oder sie mit Privilegien ausstatteten. In der Folge fiengen diese Communitäten an ihre Kräfte zu fühlen; mit Ruhe und zunehmendem Reichthum stieg ihre Macht; sie bedurften ihrer Herren nicht mehr, oder es entspannen sich Streitigkeiten und Kriege gegen dieselben, oder der königliche Stamm erlosch gar ohne Nachfolger; und so befanden sich diese Städte von selbst im Besiz der höchsten Gewalt oder der Unabhängigkeit. Bey Car-

thago trat der nemliche Fall ein. Die Königin Dido, um welche sich nebst ihren Begleitern auch viele andere Leute sammelten, hatte die Stadt gebaut, die Bürgerschaft gebildet, vermuthlich mit Eigenthum oder mit Freyheiten versehen; und als sie unbeerbt starb, so war diese Bürgerschaft sich selbst überlassen, mithin unabhängig. Romulus hatte eigentlich den Grund zu der nachherigen Römischen Republik gelegt, indem er das Römische Volk in Classen und Zünfte abtheilte, vorzüglich aber indem er eine Corporation von einhundert Senatoren bildete und dieselben über mancherley Geschäfte zu Rath zög. Diese Corporation stieg unvermerkt, während dritthalb Jahrhunderten, an Ansehen oder an Macht: und um zur völligen Unabhängigkeit zu gelangen, bedurfte sie nichts weiters als sich die ihnen lästige Herrschaft der Könige wegzuschaffen, welches zuletzt unter den Tarquiniern geschah, und wozu die Herrschsucht der Senatoren der wahre Grund, Lucretiens Schändung aber nur der Vorwand war. Den nemlichen Ursprung hatten alle Italienischen, Deutschen und Schweizerischen freyen Städte im Mittelalter. Kayser, Könige und auch andere große Fürsten stifteten solche Städte, d. h. mit Mauern und Gräben befestigte Orte, theils um gegen die damals immer wiederkehrenden Einfälle der Normänner und Hunnen oder Hungaren sichere Plätze zu haben; theils um dem mächtigen Landadel, welcher nach gänzlicher Unabhängigkeit strebte, ein Gegengewicht zu bilden; theils endlich um durch die Beförderung des Handels und der Gewerbe, den höheren Ertrag der Zölle und durch die von den Städten zu erwartenden freywilligen Steuern ihre Einkünfte zu vermehren. Aber wodurch sollten nun die Menschen bewogen werden, ihren Siz



inner solchen Mauern aufzuschlagen und dagegen das im Grund viel schönere und freiere Landleben einzutauschen? Offenbar nur durch angebotene gemeinsame Vortheile, wechselseitige Hülfe, gesichertere Nahrung, welche überall der Hauptgrund aller menschlichen geselligen Verknüpfungen ist. Die Sicherheit vor fremder Gewalt, welche sich in solchen befestigten Städten fand und in der damaligen anarchischen Zeit ein dringendes Bedürfnis war; die Befreiung von der Leibeigenschaft, welche die Erwerbung des Bürgerrechts, zwar nicht von Rechts wegen, aber doch gewöhnlicher Weise nach sich zog; <sup>1)</sup> die Hoffnung zu besserer Nahrung und reichlicherem Gewinn, welche durch die ausschließende Freyheit der Handwerke, durch das Zusammenleben einer größeren Menschenzahl und durch die Gestattung der Jahrmärkte nothwendig begünstiget werden mußte: alles dieses lockte eine Menge freyer und unfreyer Leute herben. Sie waren durch gemeinschaftliche Bedürfnisse vereinigt, als Bürger der nemlichen Stadt einander gleich an Rechten und Pflichten, keiner von dem andern abhängig. Ein Magistrat aus ihrer Mitte ward von dem natürlichen Herrn über sie gesetzt, um die gemeinsamen Geschäfte zu besorgen, und so war die Communität vollendet. Anfänglich funden diese Städte unter der gänzlichen Oberherrschaft ihrer Stifter und waren denselben theils aus Dankbarkeit für erhaltene Wohlthaten, theils aus eigenem Interesse eifrig ergeben. Daher erhielten sie bald aus gutem Willen, bald um geliefertes Geld, mancherley ihnen sonst nicht zukommende Freyheiten oder Privilegien, auch sogar Güter und gemeinsame Territorial-Besitzungen. Durch

---

5) Vergl. Müllers Schweizer-Gesch. I. 379.



Vereinigung der Kräfte, durch tugendhafte und geistreiche Vorsteher, durch gute Wirthschaft, oder in günstigen Umständen auch durch glüklichen Kampf, stiegen einige derselben zu einer solchen Macht empor, daß sie sich bis zur völligen Unabhängigkeit emporschwangen, während andere hingegen aus Mangel an Gemeinfinn, oder an Kraft und Gelegenheit, in den früheren abhängigen Verhältnissen verblieben, viele der ersteren auch durch eingetretene entgegengesetzte Verhältnisse, die genossene vollkommene Freyheit wieder verlohren, und neuerdings höherer Macht dienstbar werden mußten. Eben so wurden auch alle geistlichen Communitäten, Orden und Klöster entweder von Päbsten und Bischöffen, oder von weltlichen Herren gestiftet, auch mit Statuten, Gütern und Privilegien versehen. Der Eifer für die Religion, für ein spekulatives oder auch in anderer Rücksicht bloß dem Dienste Gottes gewidmetes Leben; der Ueberdruß der Welt, es sey wegen erlittenen Ungerechtigkeiten oder wegen selbst begangenen großen und bereuten Fehlern; der Reiz eines sicheren, sorgenfreyen Unterhalts, die Begierde nach dem Mitgenuß zunehmender Macht und wachsenden Reichthums u. s. w. bewogen eine Menge von Menschen in diese geistlichen Genossenschaften einzutreten, welche sich von selbst nie würden gebildet haben. Viele derselben gelangten in der Folge zu ansehnlichen Gütern und Besizungen, zu bedeutenden Freyheiten und Privilegien, sehr wenige aber haben sich bis zur gänzlichen Unabhängigkeit emporschwingen, mithin unter die Staaten gezählt werden können.

Viel seltener ist es der Fall, daß die Communitäten gleichsam von selbst entstehen, wo mehrere Menschen, unter denen keiner von dem anderen abhängig ist, zufällig,

oder durch den Zwang der Natur selbst, zusammenkommen, und durch gemeinschaftliche Bedürfnisse und Besizungen auch zu gemeinschaftlichen Arbeiten und Unternehmungen getrieben werden. So ist z. B. die Stadt und Communität Venedig, bey Attila's verheerendem Einfall in Italien, im J. 452 durch vornehme Italienische Flüchtlinge gebildet worden, welche auf den nördlichen Inseln des Adriatischen Meers eine sichere Zuflucht suchten. Sie waren nicht unter einem Anführer vereinigt, als in welchem Fall ein Fürstenthum entstanden wäre, sondern zerstreut und einzeln: denn die Noth hatte zusammen getrieben und allgemein gleich gemacht. Eben diese Noth schuf gemeinsame Bedürfnisse und bildete von selbst eine Communität. Die glückliche Lage dieser damals unbewohnten und durch fremde Gewalt beynahe nicht zu erobernden Inseln, Eintracht und Muth sicherten sie vor fremden Einfällen oder nachtheiligen Verhältnissen, und Venedig war daher eine der wenigen Republiken die sich ursprünglicher Unabhängigkeit oder doch eines hohen Grades von Freyheit rühmen konnten. Eben so war, ungefähr neunhundert Jahre früher, die Stadt und Gemeinde von Marseille durch Ionische Emigrirte entstanden, welche bey den Eroberungen und Verheerungen des großen Cyrus aus Klein-Asien flohen. Wenn man der Sage glauben will, die in uralten Liedern verzeichnet ist, so soll auch die Communität oder Landsgemeinde von Schwyz einen ähnlichen Ursprung gehabt haben. Eine Colonie flüchtiger Schweden, deren Anführer vielleicht ohne Nachfolger gestorben war, wanderte in diese wahrscheinlich unbewohnten Thäler ein, und wurde durch die Besiznahme und gemeinsame Benuzung herrenloser Alpen und Weiden in eine Communität vereinigt, die

sich ebenfalls ursprünglicher Unabhängigkeit rühmt. Diese Landleute erbaten sich späterhin freiwillig den milden Schutz des deutschen Reichs, welches jeden bey dem Seinigen ließ: und wenn dieses Reich nicht schützen konnte, so vertheidigten sie sich selbst oder suchten bisweilen andere benachbarte Schirmherren, wußten aber, theils durch die Beschaffenheit des Landes, theils durch Muth und natürlichen Verstand begünstiget, ihre Rechte stets zu behaupten; und zuletzt stifteten sie den Eidgenossen-Bund, welcher diese, vorher kaum bekannte, Gemeinde zum Rang eines unabhängigen Staates erhob. Man kann endlich unter diese sich von selbst bildenden Genossenschaften auch die ungetheilten Herrschaften rechnen, z. B. die der Bachiaden in Corinth und vieler Fürstenhäuser in Deutschland, wo oft mehrere Söhne nach dem Absterben ihres Vaters ein Land in Gemeinschaft besitzen und verwalten, welches aber gewöhnlich nie lange dauert. <sup>6)</sup>

Die dritte Art durch welche Communitäten oder Corporationen entstehen können, ist die, wenn ein einzelner Mensch, der sich zu Erreichung irgend eines nützlichen oder ihm wichtigen Zweckes nicht mächtig genug fühlt, zu seiner Verstärkung sich Genossen, Verbündete, Brüder nach gleichen Rechten anwirbt, d. h. denselben gegen die nemlichen Lasten auch die nemlichen Vortheile zugesteht. Soll sich irgend eine Communität bilden, so muß sie entweder von einer höheren Macht gestiftet werden, oder ein einzelnes Mitglied muß den ersten Gedanken dazu haben und andere zum Beitritt bewegen, in

---

6) S. von den fünf Söhnen Kaiser Albrechts I. von Oesterreich. Müllers Reichsgesch. I. 345.



welchem Fall er gleichsam der Stifter derselben ist. Natürlich Weise wird er diese Genossen nur unter seines gleichen suchen und finden können, d. h. unter solchen, die bey ungefähr gleichen Kräften das nemliche Bedürfnis haben, welches man durch Vereinigung dieser Kräfte befriedigen will. Auf diese Art entstehen in dem täglichen Leben alle Associationen zum geselligen Vergnügen, alle Handels-, Gelehrten- und Künstler-Gesellschaften, alle Familien-Corporationen, und selbst die Zünfte oder Gilden der Handwerker mögen größtentheils auf ähnliche Art entstanden seyn. Den nemlichen Ursprung hatten mehrere geistliche und weltliche Orden zur Erfüllung irgend eines gemeinnützigen Gelübdes, und alle Bünde von Einzelherren oder bereits bestehenden Communitäten, welche bald vorübergehend, bald, wenn gemeinsame Territorial-Besitzungen hinzukommen, fortdauernd sind. Mit einem Wort, jede Communität, jede Corporation, von dem geringsten Kränzchen bis zu der größten Republik hinauf, ist immer ein Bund, d. h. eine Vereinigung mehrerer Menschen zu einem gemeinsamen Zwecke, die daher auch nie mit Gewalt gestiftet, sondern nur durch gemeinsames Bedürfnis veranlasset und durch freye Einwilligung eines jeden Mitgliedes gebildet werden kann.

Es folgt hieraus nothwendig, daß alle Republiken, alle Genossenschaften ursprünglich klein gewesen seyn müssen, d. h. nur aus wenigen Mitgliedern bestehen konnten, und eben dieses wird auch durch die ganze Geschichte lehrreich bestätigt. Menschen, die in eine Communität zusammentreten, etwas gemeinsames besitzen, betreiben, verwalten wollen, müssen einmal zuvörderst einander ken-



nen und eben deswegen nicht zu weit von einander wohnen; sie müssen gleich an Rechten, d. h. keiner dem anderen dienstbar seyn; vorzüglich aber müssen sie ein gemeinschaftliches Bedürfniß haben, welches den Zweck ihrer Vereinigung ausmacht. Nun aber läßt sich gar nicht denken, daß eine große Anzahl entfernter, sich wechselseitig unbekannter, durch kein gemeinsames Interesse verbundener Menschen, auch nur den Gedanken haben könnten, einhellig, freywillig und zu gleicher Zeit in eine Communität zu treten und der Majorität derselben eine Herrschaft über sich selbst einzuräumen. Sie hätten dazu gar keine Veranlassung, keinen Grund; sie würden nur ihre eigene Freyheit aufopfern, und sich zwecklose Lasten und Beschwerden auflegen. Daher bestätigt auch die ganze Geschichte, daß alle Republiken gleichwie alle Privat-Communitäten ursprünglich klein gewesen sind. Die eigentliche Genossenschaft der Griechischen Republiken, der Kolonien in Klein-Asien, von Carthago und Rom, war auf die Bürgerschaft einer einzelnen Stadt beschränkt, zu welcher nicht einmal alle Einwohner dieser letzteren gehörten. Eben dieser Fall trat bey den späteren freyen Städten in Italien, in der Schweiz und in Deutschland, bey den freyen Reichsdörfern und Reichsländern, bey den mächtig gewordenen Orden und Handels-Compagnien ein. Alle bestanden nur aus wenigen Mitgliedern, aus der Bürgerschaft einer Stadt oder der Gemeinde eines einzelnen Thals. Die Republik der vereinigten Niederlande herrschte zwar gleich Anfangs über ein großes Gebiet, welches sie in glüklichem Aufstand gegen den König von Spanien erobert hatte; aber die herrschende freye Corporation bestand eigentlich nur aus den verbündeten Ständen, d. h. aus den

mächtigen Land-Eigenthümern (Rittern) und den freyen Städten der verschiedenen Provinzen, deren Zahl zusammen genommen gar nicht groß gewesen. Jede dieser sieben Provinzen war mit den übrigen verbündet und schickte wieder ihre Deputirten zu dem gemeinsamen Congreß, welcher daher, wie zur Zeit der Spanischen Oberherrschaft, die Versammlung der General-Staaten genannt wurde. Alle übrigen Einwohner waren Unterthanen dieses oder jenes einzelnen Standes und konnten also nicht zu den eigentlichen Mitgliedern der Republik, d. h. der freyen Corporation gerechnet werden. Eben diese Bemerkung gilt von den neu entstandenen Nord-Amerikanischen Freystaaten. Die Genossenschaft, welche sich unabhängig machte, bestand eigentlich nur in dreizehn Colonien, welche lange vorher theils durch natürliche Umstände theils durch die Könige von England in Communitäten vereinigt waren, sich zur gemeinsamen Vertheidigung verbündeten, und nach errungener gänzlicher Unabhängigkeit blieben die inneren rechtlichen Verhältnisse größtentheils wie zuvor, so daß auch dort ganz und gar nicht alle Einwohner Mitgenossen der herrschenden Republik sind. Sobald auch irgend eine Communität sich allzusehr vergrößert oder die Zahl ihrer Mitglieder über ein gewisses von der Natur gegebenes Maaß anwächst: so ist die Gleichheit unter den Genossen, welche die Grundlage dieser Staaten ausmacht, schlechterdings nicht zu erhalten möglich; es entstehen bittere Entzweyungen, feindselige Factionen, und die Natur arbeitet beständig entweder auf Verengung oder auf Trennung von dergleichen widernatürlichen Societäten los. Ist aber die Corporation einmal gebildet und dazu noch mächtig und frey geworden, so kann sie freylich theils durch gemeinsame

Besitzungen, theils durch allerley Verträge Herr über eine große Menge von Menschen werden; aber alsdann stellt sie gegen dieselben einen collectiven Fürsten vor, so wie z. B. Rom ein unermessliches Gebiet besaß, während die herrschende unabhängige Communität nur in der Bürgerschaft der einzigen Stadt Rom bestand und keine Republik je auf dem Erdboden gewesen ist, die nicht über ein bald größeres bald kleineres Land und dessen Einwohner geherrscht hätte.

Selbst die philosophisch genannten Revolutions-Republiken unserer Tage, jene souverain gewordenen Sophistenzünfte, machen von der Regel, daß alle Republiken oder Genossenschaften ursprünglich klein gewesen seyn müssen, keine Ausnahme. Man hatte zwar nach einer neu entstandenen Schwärmeren die widernatürliche Idee gefaßt, viele Millionen Menschen, die in weit von einander entfernten Gegenden lebten, einander gar nicht kannten und keine gemeinsamen Bedürfnisse hatten, nicht etwa bloß in Verbindung und wechselseitige Berührung, sondern in eine einzige, d. h. in jeder Rücksicht eine und ebendieselbe, Communität zusammen zu zwingen, und um die Ungereimtheit zu vollenden, durfte man eine solche naturwidrige Gewaltthätigkeit noch Freiheit nennen. Allein das tollkühne Unternehmen war schlechterdings unmöglich. Jene Genossenschaften wurden nicht durch freye Einwilligung der einzelnen Mitglieder gestiftet, wie es doch bey jeder Communität nothwendig geschehen soll, sondern lächerlich genug, auch dem vorgeblich philosophischen System ganz zuwider, mit Gewalt decretirt; sie existirten daher in dieser Ausdehnung nur auf dem Papier, nicht in der Wirklichkeit. In Frank-



reich z. B., während der sogenannten Republik, bestand die wahre und eigentlich herrschende Genossenschaft nur in der wenig zahlreichen Faktion der Republikaner, welche theils aus den Clubs, theils aus dem Schooß der von dem König berufenen Reichsstände hervorgegangen war, sodann die höchste Gewalt an sich riß, das ganze Königliche Haus, in so weit es nicht selbst die Flucht ergriffen hatte, theils hinrichtete, theils verbannte, und alle Unterthanen desselben, sie mochten wollen oder nicht, in ihre Communität hineinzwang und aus denjenigen die sie für ihre Anhänger erkannte, sich ergänzen ließ oder ihre Beamten wählte. Allein die eigentliche Republik, die unabhängig gewordene Sophistenzunft, war nur in Paris; 7) alle übrigen Einwohner von ganz Frankreich waren derselben Unterthanen oder vielmehr unterjochte Sklaven, mochten sie auch noch so sehr auf dem Papier freye Staatsbürger genannt werden. Das nemliche Verhältniß bestand in allen ihren sogenannten Filial-Republiken, wo die erobernde Sekte ihre entschiedensten Anhänger in eine Corporation bildete, sie mit Gewalt ausrüstete, und wo die große Masse des Volks zwar gehorchen mußte, aber (mochten auch die Zeitungen schwagen was sie wollten) weder Antheil hatte, noch Antheil verlangte, sondern die herrschende Faktion als Usurpatoren oder als Instrumente fremder Knechtschaft betrachtete. Eben so war es schon im 17ten Jahrhundert mit der sogenannten Englischen

---

7) Eben dieses sagte auch schon der berühmte unlängst verstorbene Graf Maistre in seinen *Considérations sur la France* 1797. p. 51. Si la République est dans la Capitale et que le reste de la France soit sujet de la République, ce n'est pas le compte du peuple souverain.



Republik beschaffen, wo die herrschende Genossenschaft nur aus einem Theile des von dem König berufenen, wider ihn erbitterten Parlaments, folglich aus einer sehr geringen Zahl von Personen hervorgieng, und erst hinterher alle Engländer, mit oder ohne ihren Willen, dem Scheine nach an der neuen Communität Antheil haben sollten, weil die usurpirende Faktion natürlicher Weise in ihnen eine Stütze suchte. Beide Republiken konnten aber, nach der Natur der Sache, durchaus nicht in die Länge bestehen. Denn Genossenschaften beruhen nur auf der inneren Einigkeit ihrer Mitglieder; sie lassen sich schlechterdings nicht mit Gewalt erzwingen, denn die gezwungenen benutzen zuletzt die ihnen zu Theil gewordene Macht um die widernatürliche Societät selbst zu stürzen, wie wir dieses in allen jenen Pseudo-Republiken gesehen haben. Eher noch wäre es möglich gewesen, daß jene wenigen collectiven, unter sich einigen, Gewalthaber bey gehöriger Klugheit die Herrschaft für sich allein hätten behalten und die übrigen Einwohner, von denen die einen günstig die anderen feindselig gegen sie gestimmt waren, nach und nach gewinnen, besiegen, durch freiwillige Dienst-Verträge und natürliche Bedürfnisse von sich abhängig machen können. Die höchste Gewalt oder vollkommene Unabhängigkeit besaßen sie schon, und zur ruhigen Behauptung derselben wäre nichts weiter als Anbietung von Vortheilen für die einen, Hoffnung und ein leidlich gerechtes Regiment für alle anderen nöthig gewesen. In diesem Fall aber würden sie immer nur eine kleine unabhängige und herrschende Genossenschaft gebildet haben. Allein durch ihre naturwidrigen Principien wurden sie eben so sehr als durch ihre Gewaltthatigkeiten, und durch das Brandmal ihres Ursprungs zu Grunde gerichtet, und

daher bewies auch die Erfahrung, daß alle diese bodenlosen Republiken, obgleich sie vorgaben auf den Willen des Volks gegründet zu seyn, bey dem ersten Anstoß in ihrem Inneren gleich Kartenhäusern zusammenstürzten und entweder den alten natürlichen Verhältnissen weichen mußten, oder ohne Schwierigkeit von ihren eigenen Werkzeugen unterjochet worden und in militärischen Despotismus übergegangen sind.

---

## Drittes Capitel.

### Von dem Zweck der Republiken.

---

- I. Der Zweck der Communitäten besteht in dem gemeinsamen Vortheil, den die einzelnen Mitglieder durch ihre Vereinigung zu erreichen hoffen: er hängt von ihrem Willen ab und läßt sich daher im Allgemeinen nicht durch die Vernunft bestimmen.
- II. Dieser Vortheil liegt weder in der Einführung noch in der Handhabung des Rechtsgesetzes, als wozu gar keine Genossenschaft nöthig ist.
- III. Die gewöhnlichen Zwecke der Bünde und Communitäten sind vielmehr:
  - a. Sicherheit gegen äußere Feinde.
  - b. Bessere Lebens-Existenz.
  - c. Handels-Freyheit und gemeinsame Handels-Unternehmungen.
  - d. Erwerbung und Besorgung eines gemeinsamen Guts.
  - e. Verbreitung einer Lehre, Beförderung von Wissenschaften und Künsten — Erfüllung gewisser Gelübde.
- IV. Ob die Communitäten unabhängig werden oder abhängig und dienstbar verbleiben, hängt von zufälligen Umständen, Kräften und Gelegenheiten ab.

Die erlangte Unabhängigkeit verändert den ursprünglichen Zweck nicht, sondern erleichtert nur seine Erfüllung.

---

Jede Genossenschaft, jede Communität in der Welt, von welcher Art sie auch sey, sucht natürlicher Weise durch die Consociation ihrer Mitglieder irgend einen gemeinsamen Vortheil zu erhalten: denn wofür würde man sich sonst vereinigen, mancherley beschwerliche Pflichten

übernehmen und sich einer Majorität von seines gleichen unterwerfen? Diesen Vortheil, die Befriedigung jenes gemeinsamen Bedürfnisses, welches den Grund der Vereinigung ausmachte, kann man den Zweck der Republiken oder Gemeinheiten nennen. Im Allgemeinen läßt sich derselbe nicht zum voraus durch die Vernunft bestimmen: denn so verschiedene Vortheile durch die Vereinigung menschlicher Kräfte erreicht werden können, so viele rechtmäßige und mögliche Zwecke der Republiken lassen sich auch denken, und wenn auch oft mehrere derselben zusammentreffen, d. h. zu gleicher Zeit erreicht werden können, so ist doch immer bald der eine bald der andere vorherrschend.

Es hat zwar jehe pseudophilosophische Sekte, welche in der ganzen Welt nur Communitäten nach gleichen Rechten sehen, und alle Staaten, alle geselligen Verhältnisse nur aus der Grille eines Social-Contrakts, d. h. aus einer von selbst zusammengetretenen Gemeinde erklären wollte, auch einen allgemeinen und ausschließenden Zweck gedichtet, den ihrer Meinung nach alle Gesellschaften, alle Staaten gehabt hätten oder haben sollten. Nachdem man lange den schwankenden Begriff der allgemeinen Glückseligkeit dafür angenommen: so wurde späterhin behauptet, dieser Zweck müsse in Sicherheit der Menschenrechte, in Behauptung der individuellen Freyheit, in Handhabung des Rechtsgesetzes unter den vereinigten Mitgliedern selbst bestehen, indem sonst, wie jene Sophisten sagten, gar keine Gerechtigkeit auf Erden existiren würde, oder wenigstens keine Garantie für dieselbe vorhanden wäre. Allein wie falsch und dürftig diese Idee sey, haben wir schon bey mehreren Gelegenheiten



bewiesen.<sup>1)</sup> Bei allen herrschaftlichen Verhältnissen, allen Dienst- und Hülfsv. Verträgen ist schon gar kein gemeinschaftlicher Zweck vorhanden. Der Arme dient dem Reichen, um von ihm ernährt zu werden, nicht aber um gegen andere Arme gesichert zu seyn; der Schwache schließt sich an den Starken um von ihm geschützt zu werden, aber ohne deswegen mit anderen Schwachen einen Vertrag geschlossen, noch den Starken selbst geschaffen zu haben; der Unwissende glaubt dem Weisen oder Erfahrenen und folget seiner Autorität, aber selbst die Mitglieder einer geistigen Gesellschaft sind zu besserer Erhaltung, Verbreitung und Fortpflanzung ihres Glaubens und nicht der bloßen Gerechtigkeit wegen zusammen getreten. So wenig diese letztere den Grund des patriarchalischen, des militärischen und geistigen Verbandes ausmacht, so wenig ist sie der Zweck der Republiken, wo doch allerdings ein wirklicher Societäts-Vertrag und ein gemeinschaftlicher Zweck statt finden. Warum sollte auch eine Gesellschaft bloß des Rechts-Gesetzes wegen nöthig seyn? Man schließt auch hier nicht Verträge, man stiftet nicht Gesellschaften für natürliche Pflichten die sich von selbst verstehen, die jeder ohnehin zu leisten schuldig ist, sondern nur für solche Dinge zu denen der andere Theil sonst nicht verpflichtet wäre. Unter Freunden und Verbündeten die sich durch gemeinschaftliches Bedürfnis in eine Communität vereinigen, werden Feindschaften und Gewaltthätigkeiten noch viel weniger vorausgesetzt. Denn hätten sie diese besorget, so würden sie eher getrennt geblieben seyn, sich entweder durch Widerstand oder durch Flucht geholfen haben, und es ist ungereimt, ja wider

---

1) B. I. S. 467 – 472. B. III. S. 189 – 190. B. IV. S. 38 – 42.

die Natur, zu vermuthen, daß Menschen die sich wechseltig als Feinde betrachten, folglich einander hassen und fürchten, gleichwohl in eine Gesellschaft zusammen getreten wären, wo es der Reibungen und der Gelegenheit zu Beleidigungen noch ungleich mehrere giebt. Ebenso wenig ist für die Handhabung der Gerechtigkeit eine besondere Gesellschaft nöthig; denn alle Mittel dazu, Aufsicht, natürliche oder positive Geseze, Urtheile und Strafen sind ohnehin in jedem natürlichen Menschenverein, in jeder Communität möglich und wirklich vorhanden, ohne daß sie gerade dazu gestiftet worden wäre.<sup>2)</sup> Ihre Häupter und Vorsteher brauchen dafür weder beauftragt noch bevollmächtigt zu werden, denn zur Gerechtigkeit zu verhelfen, Gutes zu thun, ist jeder Mensch ohnehin befugt und moralisch verpflichtet. Wenn also in irgend einer Communität ein Mitglied gegen das andere die Gerechtigkeit verletzt (welches nur eine Ausnahme von der gewöhnlichen Regel ist): so ruft er die Vorsteher der Gemeinde, als welche hier die Mächtigeren sind, um Hülfe; diese Hülfe versagt man ihm nicht, der Schuldige wird zur Genugthuung angehalten oder gar bestraft, und späterhin werden bisweilen auch positive Geseze gegeben, nicht sowohl um zu erklären was recht oder unrecht sey (denn das soll jeder nach dem natürlichen Gesez ohnehin wissen), sondern um entstandene Zweifel zu heben, möglichen Mißbräuchen zuvorzukommen oder auch um den besten Unterrichtern eine bestimmte Regel ihres Verhaltens zu geben. So wird die Gerechtigkeit in der ganzen Welt, auch durch die Hülfe der Mächtigeren, möglichst gehandhabet, ohne daß irgend ein herrschaftliches Ver-

---

2) B. I. S. 307 — 308.

band oder eine Communität gerade dazu gestiftet worden sey. Die Philosophen werden nicht vermögen auch nur ein einziges Beispiel davon in der ganzen Geschichte aufzuweisen. Diese seltsame und dennoch so herrschend gewordene Idee ist daher nur in dem Kopf phantastischer Juristen entsprungen, die da wähten, daß ihr *jus*, ihr positives Gesetz, welches ihre ausschließende Beschäftigung war, auch das alleinige Bedürfniß der Menschen sey; daß ohne sie und ihre Sprüche keine Gerechtigkeit auf Erden bestehen würde, oder daß man nur deswegen in Gesellschaften zusammentreten könne, um Prozesse zu entscheiden, oder ein *corpus juris* zu fabriciren, mithin auch die Landesherren oder republikanische Obrigkeiten bloße Zuchtmeister und Gerichtsbediente seyn müßten, um allfällige Urtheilssprüche zur Vollziehung zu bringen. Für alle ihre physischen Bedürfnisse hinreichend und oft mit Ueberfluß befriediget, dachten jene Philosophen oder Juristen nicht daran, daß die Erhaltung und möglichst angenehme Erhaltung des Lebens der erste Zweck der Menschen, der nächste Grund aller geselligen Verknüpfungen sey; und daß in jeder derselben allfällige Streitigkeiten entschieden oder Strafen diktiert werden können, weil das allgemeine Gesetzbuch theils in dem angeborenen natürlichen Gesetz, theils in der faktischen Beschaffenheit jedes Verhältnisses oder jeder Handlung besteht und bey Kenntniß von beyden, mit Hülfe der gesunden Vernunft, ein gerechtes Urtheil gefällt und mit Hülfe von Macht auch vollzogen werden kann.

Die meisten frengewordenen Genossenschaften oder Communitäten hatten ursprünglich nicht einmal den Zweck sich unabhängig zu machen, d. h. ein Staat oder eine Re-



publik zu werden, sondern ganz andere viel nähere Bedürfnisse nöthigten sie ihre Kräfte zu vereinigen. So war die Sicherheit allerdings sehr oft der Grund oder Zweck der Bünde und Communitäten, aber wohl verstanden nicht die innere Sicherheit unter den Verbündeten selbst, sondern äußere Sicherheit gegen fremde Bedrückung, wo man sich verbindet um einem Drittmann zu widerstehen, der jedem Einzelnen Gefahr droht. So sind im Mittelalter eine Menge von Bürgerschaften in Städten, d. h. in mit Mauern und Gräben umgebenen Orten, entstanden, um theils gegen Einfälle fremder Horden, theils überhaupt gegen die damaligen Fehden der Mächtigen unter einander geschützt zu seyn. Die nemliche Veranlassung hatte auch der erste Schweizerbund zwischen den dreyn Reichsländern Uri, Schwyz und Unterwalden gegen die vom Hause Oestreich versuchte Mediatisirung oder direkte Unterwerfung; der Bund der Niederländischen Stände gegen König Philipp II. von Spanien, aus welchem nachher die Republik der vereinigten Niederlande erwachsen; 3) der Bund der dreizehn Nord-Amerikanischen Colonien gegen die von England angesprochene willführliche Taxirung, und so viele Verbindungen ähnlicher Art; ihr Zweck bestand nicht in Handhabung der Gerechtigkeit unter den Verbündeten selbst, denn diese war nie verletzt worden, sondern in gemeinsamer Vertheidigung gegen fremde unrechtmäßige, oder wenigstens in ihrem Gebrauch für unrechtmäßig erachtete Gewalt.

Bessere Lebens-Existenz, zu deren frenlich vor allem auch äußere Sicherheit erfordert wird, reichliche

---

3) S. die merkwürdigen Ausdrücke der Niederländischen Union in v. Reals Staatswissenschaft. B. II. S. 355.



res Auskommen, bequemere Nahrung und Wohnung, ist zweitens sehr oft ein Grund warum die Menschen sich in eigentliche Gesellschaften oder Genossenschaften vereinigen. Denn zu leben und angenehm zu leben ist nicht nur das allgemeinste, sondern auch das erste und fortdauerndste Bedürfnis aller Menschen. Kann solches durch eigenes Vermögen oder durch bloße Dienstverträge befriediget werden, so tritt man nicht in Communitäten, sondern es entstehen daraus die im Grunde viel freyeren individuellen privatgeselligen Verhältnisse. Sind aber die Umstände so beschaffen, daß ihm nur durch Vereinigung gleicher Kräfte, durch Erwerbung oder Benutzung eines gemeinsamen Guts abgeholfen werden kann, so sieht man auch dadurch Genossenschaften entstehen. So sammelten sich die Bürger freywillig in die Städte des Mittelalters und ließen sich in diese Bürgerschaften aufnehmen, weil sie dort Handel und Handwerke besser treiben konnten, mehr Sicherheit, Bequemlichkeit und Absatz für die Produkte ihrer Industrie oder überhaupt mehr Mittel fanden, um sich und die Ihrigen zu ernähren oder zu bereichern. So tritt man noch heut zu Tage in manche Gesellschaften und läßt sich ihre Statuten, zum Theil sogar beschwerliche Pflichten gefallen, bloß um in den Mitgenuß ihrer Güter oder anderer Annehmlichkeiten zu kommen. So sieht man täglich unter Privat-Personen Handels-Gesellschaften und Handels-Associationen entstehen, wo einer allein zu der nützlichen Unternehmung nicht mächtig genug wäre, und wo daher mehrere ihre Kräfte vereinigen um gemeinsamlich zu bewirken was jeder Einzelne wünscht, was aber die bloß individuelle Kraft nicht zu leisten vermag. So giebt es zahlreiche Societäten für gemeinsame Industrial-Unter-

nehmungen, freye Affekuranz-Gesellschaften, Leih- und Wechsel-Banken u. s. w. So entstand zur Beschüzung des Handels der gewaltige Bund der Hanseatischen Städte in Nord-Deutschland, welcher sogar zu einer großen Macht emporstieg und glückliche Kriege führte, bis er endlich durch fremde Welt-Ereignisse und die zunehmende Macht anderer Staaten wieder zerfiel. Vorzüglich aber gehören hieher die Ostindischen Compagnien oder Handelsgesellschaften in England und Holland, ursprünglich eine Vereinigung von Kaufleuten, welche zur Erweiterung und mehrerer Sicherheit ihres Handels Kriegsschiffe ausrüsteten, in fernen Ländern Comptoirs errichteten, befestigte Plätze und Ablagsörter erbauten, bey eintretenden Collisionen mit den dortigen Fürsten Kriege führen, auch Frieden, Bündnisse und andere Verträge schließen, Armeen und Flotten unterhalten, Gerichtshöfe anordnen, dormalen in Ost-Indien große Länder besitzen, über viele Millionen Menschen gebieten, mit einem Wort alle Attribute der höchsten Gewalt ausüben, und mit vollem Recht unter die Republiken gezählt werden mußten, wenn ihre Mitglieder nicht in Europa auf dem Gebiet mächtiger Fürsten wohnten, von welchen sie theils aus diesem Grund, theils auch deswegen abhängig sind, weil sie von ihnen ihre Privilegien erhielten, und weil ihr Handel und ihre Besitzungen dormalen auch nur durch die Seemacht jener Europäischen Potentaten geschützt und gesichert werden. 4)

---

4) Die in Ostindien so mächtige Holländische Compagnie mußte schon ehemals von Zeit zu Zeit den General-Staaten Rechnung ablegen, ihre Privilegien erneuern lassen, die Fortsetzung derselben mit Millionen bezahlen, und durfte auch ihre Versammlungen nur in Gegenwart eines Commissärs der Generalstaaten. G

Bei sehr vielen Communitäten ist bloß der Besitz und die Besorgung eines gemeinsamen Guts der Grund oder Zweck der Vereinigung, es mag nun dieses Gut ursprünglich von ihren Mitgliedern zusammengeschoffen, oder denselben geschenkt, oder von ihnen erworben worden seyn. So bilden die Bewohner der meisten Dorfschaften nur wegen ihren gemeinsamen Weiden und Waldungen, ihren Kirchen- und Armen-Gütern eine Gemeinde, obgleich ihre Vorsteher hintenher auch andere Nebenverrichtungen, Orts-Polizen, niedere Gerichtsbarkeit, Direktion von Vormundschaften u. s. w. ausüben können. In Bergthälern oder zerstreuten Landsgemeinden dürften ebenfalls gemeinsame Alpen ursprünglich der einzige Grund gewesen seyn, warum nicht jeder einzelne Hausvater für sich unabhängig zu leben suchte, oder wenn er dieses nicht konnte, bloß in freiwilligen Dienst-Verhältnissen gegen einen früheren natürlichen oder vertragsmäßigen Herren verblieb. Der nemliche Fall tritt bei vielen Städten, Privat-Gesellschaften, Familien-Corporationen, ungetheilten Erbschafts-Massen u. s. w. ein, wo das gemeinschaftlich besitzende Gut immer der erste und wesentlichste Grund der Vereinigung ist, und mit ihm auch die letztere wieder aufhört.

Endlich giebt es auch Gesellschaften oder Communitäten die man geistlich nennen kann, weil sie die Verbreitung einer Lehre, die Erfüllung eines

---

neral-Staaten halten. — Sehr bestimmte Nachrichten von den Ost- und West-Indischen Gesellschaften in Holland findet man schon in Büschings Erdbeschreib. 4r Ebl. 5e Abthl. S. 20, 26.



nützlichen oder für nützlich gehaltenen Gelübdes, die Beförderung der Wissenschaften und Künste zum ersten und vorzüglichsten Endzweck haben. Dahin gehören z. B. die meisten geistlichen und weltlichen Ritter-Orden, von denen mehrere, wie z. B. die Johanniter zu Mältha und die deutschen Ritter in Preußen eine Zeitlang der vollkommenen Unabhängigkeit genossen; viele andere Mönchsorden und Kloster-Communitäten, dem ruhigen speculativen Leben und der Uebung religiöser Tugenden gewidmet; alle gelehrten Gesellschaften, die sogenannten Akademien der Wissenschaften und Künste, ferner die Universitäten, welche wenigstens in früheren Zeiten freye Corporationen von Lehrern waren und von den Fürsten große Privilegien, Güter und eigene Gerichtsbarkeit erhielten, in der Folge aber, als von denselben gestiftet und besoldet, auch in mehrere Abhängigkeit kamen; gewissermaßen die Handwerkszünfte; endlich auch alle Sekten oder geheime Gesellschaften zu Verbreitung besonderer Lehren oder zu Durchsetzung geistiger Zwecke, welche zwar, gleich den Orden, ihrem Ursprung und ihrer Verwaltung nach monarchisch sind, aber in Rücksicht ihres bloß auf den Vortheil der Gemeinde gerichteten Zwecks und auch wegen der Wählbarkeit ihrer Oberhäupter eher unter die Republiken gerechnet werden können.

Nach dieser verschiedenen Natur und Bestimmung der Communitäten, könnte man dieselben, gleich den Einzel-Herrschaften, in grundherrliche, militärische, merkantilische, geistliche u. s. w. eintheilen. Frentlich werden oft mehrere dieser Zwecke mit einander vereinigt oder zu gleicher Zeit beabsichtigt, weil der eine als Mittel zum



andern dient. So pflegt man fremder Gewalt zu widerstehen und äußere Sicherheit zu suchen, nicht blos der Freiheit wegen, sondern auch weil sie die Bedingung einer bessern Lebens-Existenz ausmacht. Oekonomische, merkantilische und selbst geistige Gesellschaften müssen oft auch auf ihre äußere Sicherheit bedacht seyn, ohne welche sie jene Zwecke nicht erfüllen, der gemeinsamen Vortheile nicht genießen könnten. Endlich haben alle Communitäten, von welcher Art sie immer seyn mögen, auch ein gemeines Gut zu besorgen, welches das Band der Vereinigung befestiget. Allein die Benennung wird hier wie überall von demjenigen Zwecke hergenommen, welcher der hervorragende ist, für welchen die Communität ursprünglich oder vorzüglich gestiftet worden und neben welchem die übrigen später hinzugekommenen nur als bloße Hülfsmittel oder accessorische Neben-Vortheile betrachtet werden.

Es bestätigt sich aus allem diesem, daß keine einzige menschliche Communität oder Genossenschaft ursprünglich den Zweck hätte, sich unabhängig zu machen, d. h. ein Staat zu werden, und daß also auch von den Republiken kein Beispiel hergenommen werden kann, um die Wirklichkeit oder Möglichkeit eines in diesem Sinne je bestandenen Social-Contracts zu beweisen. Die hinzukommende Unabhängigkeit, wenn sie je erlangt wird, ist nur eine höhere Potenz, ein zufälliges Glücksgut; sie verändert den ursprünglichen Zweck nicht, sondern erleichtert nur seine Erfüllung. Wenige Corporationen steigen zu diesem hohen aber stets gefahrvollen Rang empor; die meisten aus Mangel an Willen oder an Kräften oder an günstigen Gelegenheiten verbleiben in dem Stande bloßer Pri-

vat-Communitäten, oft in ihrem Inneren eben so frey, gegen das Ausland ruhiger und sicherer gerade durch ihre Verborgtheit. Wie es indessen rechtmäßiger Weise möglich sey, daß eine einzelne, zu was immer für einen Zweck gestiftete Corporation oder Genossenschaft späterhin bis zur vollkommenen eigenen Unabhängigkeit gelangen, mithin zu einer Republik werden und in der Reihe der Staaten einen Platz einnehmen könne: das wollen wir in dem folgenden Capitel zeigen und abermal mit Beyspielen aus der Geschichte aller Zeiten und Länder bekräftigen.

---

## Viertes Capitel.

### Erwerbung der Unabhängigkeit.

---

- I. Communitäten sind bey ihrem ersten Ursprung fast nie unabhängig, weil nur schwächere Menschen sich in Genossenschaften vereinigen, und weil letztere viel weniger Mittel haben zu großen Kräften zu gelangen.
  - II. Ihre Unabhängigkeit wird daher gewöhnlich nach und nach erworben:
    - a. durch Schenkungen und Privilegien von Seite früherer Herren;
    - b. durch Bünde mit andern Communitäten, glücklich geführte Kriege und günstige Friedens-Verträge;
    - c. durch das zufällige Wegfallen oder Erschlaffen eines früheren Verbandes;
  - III. Gewöhnliche Vereinigung aller drey Mittel mit einander.
- 

Gleichwie das höchste Glücksgut der sogenannten Souverainität, d. h. der Unabhängigkeit oder vollkommenen Freiheit von einem einzelnen Menschen, es sey durch eigene Kraft und Anstrengung, oder durch Verträge und Schenkungen von einem früheren Besitzer, oder durch zufälliges Glück, d. h. durch das Erschlaffen und Wegfallen eines früheren Dienst-Verbandes, oder auch durch die Vereinigung von allen drey Mitteln zusammen, rechtmäßig erworben und besessen werden kann: <sup>1)</sup> so versteht sich von selbst, daß dieses auch von Seiten einer Corporation oder Communität möglich ist, wenn sie, vermittelst Ländereyen und Reichthümern, der dadurch bewirkten Hülfs-

---

<sup>1)</sup> Vergl. B. I. Cap. 19. S. 483. ff.

leistung anderer Menschen und durch günstige nachbarliche Verhältnisse mächtig genug wird, um theils über andere gebieten zu können, theils selbst niemanden dienen zu müssen. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß dieses hohe und schwer zu behauptende Glück den Communitäten viel seltener als den Einzelherren zu Theil werden kann, und daß es daher, wie schon oben bemerkt worden, der Republiken viel weniger als der Fürstenthümer und Monarchien giebt.

Nicht allein sind schon in Privat-Verhältnissen die Corporationen und Communitäten viel seltener als die Einzel-Herrschaften, sondern sie sind auch bey ihrem ersten Ursprung gemeiniglich schwach, und man findet daher bennabe kein Beispiel, daß eine solche Societät oder Genossenschaft schon bey ihrer Stiftung unabhängig gewesen wäre. Denn damit sie dieses auf eine rechtmäßige Weise seyn könnte, müßten ihre einzelnen Mitglieder schon vorher im Besiz der dazu gehörenden Macht und Freyheit gewesen seyn; aber alsdann würden sie dieses höchste aller Glücksgüter gewiß nicht aufgegeben oder in eine gemeine Masse geworfen haben. Mächtige und ganz freye Menschen pflegen sich wohl in zeitliche Bünde, aber nicht in fortdaurende Genossenschaften zu vereinigen; denn sie hätten dazu gar keinen Grund, sie würden dabey keinen Vortheil finden, ihre Freyheit nicht sichern, sondern aufopfern, neue und größere Gefahren an Platz der alten stellen. Nur schwächere, unter sich gleiche, Menschen treten in Corporationen und Societäten zusammen, aber nicht um frühere Rechte aufzuopfern, nicht um ihrer Privat-Freyheit zu entsagen, <sup>2)</sup> nicht um ihr Eigenthum herzu-

---

2) In der Utrechter Union von 1580 ward Art. 2. ausdrücklich si-



geben oder sich einer beständigen Beschazung zu unterwerfen, nicht um zu Gunsten eines ungewissen Schuzes ihre Personen und Güter der Willführ eines dritten zu überliefern: sondern um einen neuen Vortheil zu erhalten den sie vorher nicht besaßen, um einem gemeinschaftlichen Bedürfniß abzuhelfen, um mit einem Wort durch Vereinigung ihrer Kräfte zu Erreichung irgend eines Endzwekes erst mächtig zu werden.

Sind aber auch die Corporationen oder Communitäten gebildet und vorhanden: so ist es ihnen schwer zu solchen Kräften zu gelangen, daß sie unabhängig seyn, mithin unter die Reihe der Staaten gezählt werden könnten. Sie haben weder Eltern, noch Geschwister und Verwandte; ihnen wird wenig geschenkt und die freundschaftliche Hülfe müssen sie anfänglich wenigstens nur bey ihren eigenen Mitgliedern suchen. Sie können nichts ohne Testament erben, nichts erbenrathen; diese leichten und schnellen Mittel zum Besitz großer durchaus freyer Ländereyen zu gelangen, sind ihnen gänzlich versagt. Gleichwohl ist es nicht unmöglich, daß auch eine solche ursprünglich schwache und zu ganz anderen Zwecken gestiftete Gesellschaft allmählig an Kräften zunehme, Territorial-Be-

---

pulirt: „Jede Provinz und jede Stadt behält sich den vollen Besitz und Genuß ihrer Rechte, Privilegien, Statuten und Gewohnheiten, nicht nur für jetzt, sondern auch für's künftige vor, dergestalt daß andere Provinzen sich nicht anders als durch gute Vorstellungen zu einem Vergleich darein mischen sollen.“ Das nemliche geschah in den früheren Eidsgenössischen Bünden. Bey Eristung von einzelnen Privat-Societäten oder Communitäten ist von Aufopferung früherer individueller Rechte noch viel weniger die Rede.

sizungen erwerbe, durch welche sie sich selbst genügt und welche sie unter günstigen Verhältnissen gegen jedermann vertheidigen kann; oder daß sie selbst von aller früheren persönlichen oder dinglichen Verpflichtung rechtmäßig befreit werde, mithin zum Rang einer freien Republik emporsteige. Die Unabhängigkeit der Communitäten wird daher gewöhnlicher Weise nach und nach erworben, und zwar vorzüglich durch folgende Mittel:

1° Durch Schenkungen und Privilegien von Seite früherer Herren, d. h. durch eine ihnen gegebene Macht, die in der Folge steigen kann, und durch Befreiung von sonst bestandenen Pflichten.<sup>3)</sup> So können dergleichen Communitäten nicht nur von ihren Stiftern mit Gütern beschenkt werden (wenn sie auch vorerst nur in Wald und Weid bestehen sollten), sondern auch das Recht erhalten ihre Vorsteher selbst zu wählen, eigene Statuten zu machen, die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit über ihre Mitbürger und Einsassen zu verwalten, selbst von höheren Gerichten frey zu seyn, herrschaftliche Güter zu erwerben, Regalien zu besitzen, ihre Städte mit Mauern und Gräben zu umziehen, sich gegen ihre Feinde mit Gewalt der Waffen zu vertheidigen, in eigener Sache und mit Vorbehalt der Rechte ihres Herren sogar Bündnisse und Verträge zu schließen u. s. w. Sollte auch der Grund und Boden, auf welchem die Communität wohnt, nicht ganz der ihrige seyn: so ist es möglich, daß sie denselben mit Einwilligung des bisherigen Eigenthümers an sich bringe oder sich von den darauf haftenden Abgaben, Zinsen, Lehengebühren u. s. w., welche oft noch das letzte

---

3) Vergl. B. I. S. 489 — 490.

Verband ausmachen, loskaufe und auf diese Art in vollkommene Freyheit versetzt werde. Es giebt fast keine Republik auf dem Erdboden, keine Stadt, oder Landsgemeinde, kein Orden, keine Kloster-Communität u. s. w., welche nicht entweder aus bloßem Wohlwollen früherer Herren, oder für geliehenes Geld, oder für sonst geleistete Dienste ihre Rechte nach und nach durch solche oder ähnliche Privilegien erhalten hätte. So gelangten die Lombardischen Republiken des Mittelalters allmählig zur Unabhängigkeit durch Privilegien und Regalien, welche ihnen Kaiser Friedrich Barbarossa im J. 1183 durch den Traktat von Konstanz abtrat und dabey auch diejenigen Rechte anerkannte, welche sie schon früher durch Uebung und Gewohnheit mittelst Kriegsführung und Befestigung ihrer Städte ausgeübt hatten.<sup>4)</sup> Das nemliche war der Fall bey den meisten Schweizerischen Städten und Ländern, bey den Niederländischen Ständen und selbst bey den Brittischen Colonien in Nord-Amerika. Privilegien, d. h. eingeräumte Befugnisse oder Befreyung von Pflichten giengen der späteren Unabhängigkeit voran, und machten erst ihre Erwerbung möglich. Wir haben sogar Beispiele in der Schweiz, daß einzelne Dorfgemeinden durch freiwilligen Vertrag, und mitten in wechselseitigem Frieden, sich von allen gegen eine frühere Herrschaft bestandenen Pflichten loskauften, selbst in den Besiz ihrer Güter mit hin an ihre Stelle traten, und auf diese Weise zur gänzlichen Unabhängigkeit gelanget sind, welche sie (wenn auch weniger bekannt und berühmt als andere) entweder wegen glüklichen nachbarlichen Verhältnissen oder durch An-

---

4) *Sismondi Hist. des républ. d'Italie* I, 403. II, 239.



schließung an andere freye Communitäten, auch in der Folge behaupten konnten. <sup>5)</sup>

Die Unabhängigkeit der Genossenschaften wird zwentens auch erworben durch Bünde mit andern Communitäten, glücklich geführte Kriege und vortheilhafte Friedens-Verträge, deren Resultat man eine selbst erworbene Macht nennen kann. Wenn dieses ohne Verletzung der Gerechtigkeit und schuldiger Pflichten, in abgedrungener unschuldiger Nothwehr geschieht oder geschehen kann: so gilt es für die edelste Art zur vollkommenen Freyheit oder zur höchsten Gewalt zu gelangen, weil sie wenigstens am meisten Muth, Anstrengungen und Aufopferungen erfordert. Selten ist eine einzelne Communität stark genug um ihre angefochtenen oder beleidigten Rechte bloß durch eigene Kraft mit Gewalt der Waffen behaupten zu können. Gewöhnlich verbinden sie sich mit anderen ihres gleichen, welche die nemlichen Feinde haben oder befürchten müssen, stärken dadurch ihre Kräfte und erringen zusammen eine Unabhängigkeit, die sodann jedem einzelnen Gliede des Bundes

---

5) Gersau, welches Ao 1359 sich durch zusammen geschossenes Geld von der hohen und niederen Gerichtsbarkeit, von Grundzinsen, Zehnden u. s. w. gegen die Edlen von Moos loskaufte und durch einen Bund mit Schwyz, welches hinwieder im Bund mit der Eidgenossenschaft war, seine Freyheit ungetrübt bis 1798 behauptete; Alpnach, welches sich 1365 auf ähnliche Weise von allen Dienstpflichten gegen die Gräfin von Strasberg, und Hergismol so sich 1378 von den Herren von Littau loskaufte, sich aber an die Landsgemeinde von Ob- und Nidwalden angeschlossen. J. v. Müller Schweizer-Gesch. II, 290. Man kann dahin auch das Land Glaris rechnen und viele Gemeinden in Graubünden.



zu Theil wird. Dergleichen Kriege, die bey ihrem Anfang meist nur Vertheidigung des bisherigen Besitzstandes bezwecken, in der Folge aber oft in einen Kampf um gänzliche Befreyung ausarten, können sowohl gegen fremde Feinde als gegen die eigenen Oberherren selbst geführt werden. Den glüklichen Erfolg eines Krieges letzterer Art heißt man einen Abfall, und wir haben schon oben in der allgemeinen Einleitung als auch bey anderer Gelegenheit bewiesen, daß derselbe nicht immer und nicht unter allen Umständen ungerecht genannt werden kann, sondern daß es dabey von der Veranlassung und den Beweggründen abhängt, ob er untreu und pflichtwidrig mit bloßer Gewalt gegen die wahren Rechte des Fürsten, oder aber zur Abwerfung einer unbefugt usurpirten Herrschaft und zu Vertheidigung eigener Rechte gegen offenbar mißbrauchte Gewalt unternommen worden sey. Am Ende ist es aber auch nicht der Widerstand, nicht der bloße Krieg welcher die rechtliche Unabhängigkeit verschafft, sondern nur der darauf folgende Friedens-Vertrag, mithin die Einwilligung des früheren Herren selbst. Durch solche Verträge werden die verbündeten Communitäten entweder von aller früheren Abhängigkeit befreyt, d. h. der sonst bestandenen Dienstpflichten entlassen, oder sie gelangen zu ansehnlichen, in dem Krieg eroberten und ihnen nunmehr abgetretenen Besizungen, wodurch sie ihre Kräfte vermehren und mittelst dessen ihre Unabhängigkeit auch in der Folge besser behaupten können.

Drittens können die Communitäten, gleichwie einzelne Menschen, auch bloß durch das zufällige Wegfallen oder Erschlaffen eines früheren Verbandes zur vollkommenen Freyheit, d. h. zur Souverainität empor-

steigen. Wenn nemlich eine solche Genossenschaft sonst nur gegen einen einzigen Herren verpflichtet war, dieser Herr aber durch irgend ein mögliches Ereigniß ohne Nachfolger ausstirbt, oder so entfernt ist, daß er seine Rechte nicht behaupten kann, oder dieselben nicht ausüben will und gleichsam derelinqürt: so ist es klar, daß mit der Person, auf welche sich die Verbindlichkeit bezog, auch die Verbindlichkeit selbst wegfällt, mithin die Communität unabhängig wird. Viele Republiken, so wie viele Fürsten sind auf diese Weise gleichsam unvermerkt entstanden und wir haben davon schon in dem ersten Bande, <sup>6)</sup> wo von der Erwerbung der Unabhängigkeit überhaupt die Rede war, so wie bey anderen Gelegenheiten <sup>7)</sup> die häufigen Beispiele angeführt, welche wir also hier nicht wiederholen wollen.

Obschon es nun allerdings möglich ist, daß eine Communität blos durch ein einziges dieser Mittel, nemlich entweder durch Privilegien und Befreyungen, oder durch glüklichen Krieg, oder durch das Wegfallen des höheren Verbandes in Unabhängigkeit versetzt werde: so sind doch gewöhnlicher Weise alle drey mit einander vereinigt. Zu solch hohem Glük wird in der Regel das Zusammentreffen von guten Freunden und früheren Wohlthätern, von eigener Anstrengung und von glüklichen Umständen, diese dreyfache Gnade Gottes, erfordert. <sup>8)</sup> Privilegien allein reichen nicht hin, denn selten schenkt ein Höherer seinen Untergebenen freywillig die gänzliche Unabhängigkeit und

---

6) B. I. S. 491.

7) B. II. S. 587—589. B. III. S. 166.

8) Vergl. B. I. S. 492—493.

er hätte auch dazu keinen Grund, weil er sich eher Feinde und Nebenbuhler als Freunde und Gehülfen schaffen würde. — Ohne vorher erhaltene Freyheiten und bereits besitzende Kräfte ist man aber auch nicht im Stand glückliche Kriege zu führen und es bis zu einem günstigen Vertrag mit einem Oberen und Mächtigeren zu bringen. — Das gänzliche Wegfallen eines früheren Oberherren, ohne rechtmäßigen Nachfolger, ist ein äußerst seltenes Ereigniß, und auch alsdann muß man noch Kräfte genug haben um die angefallene Unabhängigkeit behaupten zu können, nicht aber neue Dienst- oder Unterwerfungs-Verträge mit anderen Mächtigen schließen zu müssen. So wurden Carthago und die meisten Städte des alten Griechenlands frey, theils durch die ihnen gegebenen Rechte, theils durch die Auslöschung des Geschlechts ihrer gewesenen Fürsten; die von Romulus gestiftete Corporation der 100 Römischen Senatoren oder die nachherige Römische Republik, ward souverain durch die gewaltsame Vertreibung des letzten Königs Tarquinius, welche bekanntermaßen nicht von dem Volk, sondern nur von jenen Senatoren selbst geschah. Die Schweizerischen Städte und Länder gelangten nach und nach zur Unabhängigkeit, theils durch Kaiserliche Privilegien, theils durch Bünde und glückliche Kriege, theils endlich durch das allmähliche Erschlaffen des Kaiserlichen Ansehens. Der Westphälische Friede gab ihnen nichts neues, sondern enthielt nur eine förmliche Anerkennung der längst besessenen und gleichsam verjährten Independenz. Das nemliche war die Geschichte aller frey gewordenen Deutschen Städte im Mittelalter, der Italienischen Republiken, des Maltheser-Ordens, mehrerer Kloster-Communitäten, wenigstens in weltlicher Rück-

sicht u. s. w. Die Niederländischen Stände und die Britischen Colonien in Nord-Amerika erwarben ihre Unabhängigkeit durch Bund und Krieg; aber beyde waren schon vorher hoch berechtigt, privilegiert, genossen des Beystands mächtiger Freunde, und auf den Krieg folgte zuletzt ein Friedens-Vertrag, durch welchen die Einwilligung des früheren Oberherren hinzukam, welche allein dem Besitz ihrer Unabhängigkeit die rechtliche Eigenschaft gab.

Es ergiebt sich also aus der erwiesenen ursprünglichen Schwäche der Communitäten und aus den verschiedenen allmählichen Erwerbungs-mitteln der Unabhängigkeit, das wichtige Resultat, daß in allen Fällen nur fremde Gunst, eigene Kraft und glückliche Umstände solche Gesellschaften gänzlich frey oder souverain machen können; daß also der bloße Wille einzelner Menschen wohl eine Genossenschaft oder künstliche Vereinigung zu stiften vermag, aber nie sie dadurch allein zum Staat, d. h. zum selbstständigen Wesen oder zur Republik in höherem Sinn erheben kann.

---



## Fünftes Capitel.

### Natürliche Rechte und Verhältnisse im Inneren einer Republik oder Genossenschaft.

(Eigentliches jus publicum, jus societatis domesticum.)

---

- I. Genaue Bestimmung dieses Genossen- oder Communitäts-Verhältnisses. — Unterscheidung desselben von dem bloßen Mit- und Nebeneinander-Wohnen, so wie von Dienst-Verhältnissen und anderen ähnlichen Verknüpfungen.
  - II. Erste Hauptregel: Zum Eintritt in eine Genossenschaft darf niemand gezwungen werden. — Beweis dieses Satzes aus der Vernunft und allgemeinen Erfahrung.
  - III. Widerlegung der neueren entgegengesetzten Doctrinen von dem Zwang in den Staat.
  - IV. Zweite Hauptregel: Hinwieder ist die Genossenschaft nicht schuldig wider ihren Willen andere Menschen in ihren Kreis aufzunehmen, und sie ist berechtigt die Bedingungen dieser Aufnahmen nach ihrem Gutdünken vorzuschreiben.
  - V. Abermaliger Beweis dieses Satzes aus der Natur der Sache und der ganzen Erfahrung. — Widerlegung der neueren Einwürfe.
- 

Nachdem die Natur und der Ursprung der Republiken oder Communitäten erklärt, ihre Zwecke angegeben und auch gezeigt worden, durch welche Mittel sie zur Unabhängigkeit oder höchsten Gewalt gelangen können: so bleibt uns jetzt noch übrig das allgemeine oder natürliche Recht abzuhandeln, welches in jeder Republik herrscht

oder herrschen soll, mit anderen Worten das natürliche Gesetz der Gerechtigkeit auch auf jenes Verhältniß anzuwenden und daraus die nothwendigen Schlüsse zu ziehen.

Dieses mit Deutlichkeit und ohne Verwirrung zu thun, müssen vor allem in jeder Republik zwei ganz verschiedene Verhältnisse betrachtet und von einander gesondert werden. Das erste welches zwischen ihren Mitgliedern selbst herrscht (*jus societatis domesticum*), das zweyte welches zwischen der ganzen Corporation und anderen ihr durch Dienstverträge verpflichteten oder sonst von ihr abhängigen Menschen bestehen kann, und mit dem natürlichen Recht zwischen Herr und Diener, zwischen einem Fürst und seinen Untergebenen durchaus das nemliche ist (*jus societatis extraneum*.) In dem gegenwärtigen Capitel wollen wir das erstere behandeln, in einem folgenden bloß einen Blick auf das letztere werfen, welches bey den Fürstenthümern bereits ausführlich entwikkelt worden ist.

Aus dem Begriff einer wahren Genossenschaft, d. h. einer Vereinigung mehrerer Menschen zu einem gemeinschaftlichen Endzwek mit gleichen Vortheilen und gleichen Beschwerden, welche im Inneren jeder Republik wie in jeder Privat-Communität vorhanden ist, fließen natürlicher Weise zwischen den Mitgliedern dieser Gesellschaft ganz besondere Rechte und Verbindlichkeiten, deren Innbegriff man das Genossen- oder Republiken-Recht, das Gesellschafts-Recht im engeren Sinne, das eigentliche *jus publicum* nennen kann. Dieses Recht ist das nemliche welches in allen Gemeinden oder Corporationen gilt und in den gewöhnlichen Handbüchern des Na-

turrechts, freylich äußerst flüchtig und unvollständig, unter dem Titel von den gleichen Gesellschaften abgehandelt wird. Man kann aber wegen der Zweydeutigkeit des Worts Gesellschaft, welches bald für eigentliche Communitäten, bald für das bloße zufällige Mit- und Nebeneinanderwohnen, bald für Familien-Verhältnisse und andere ähnliche Verknüpfungen zwischen Oberen und Untergebenen genommen wird, nicht genug wiederholen, daß jenes Genossen- oder Republiken-Recht von dem Fürsten-Recht oder dem Recht gegen Diener und Untergebene wohl unterschieden werden muß. <sup>1)</sup> Diese bey-

- 
- 1) Grotius hatte in dieser Rücksicht schon die richtige Bemerkung gemacht: Sicut autem alia societas est sine inæqualitate, ut inter fratres, cives, amicos, foederatos; alia inæqualis ut inter patrem et liberos, dominum et servos, regem et subditos, Deum et homines: ita aliud justum est ex æquo inter se viventium, aliud ejus qui regit et qui regitur qua tales; quorum hoc jus *rectorium*, illud *æquatorium* recte, ni fallor, vocabimus. d. j. b. et p. L. 1. c. 1. §. 2 et 3. Allein auch dieser große Mann hat jenes von ihm selbst aufgestellte Principium nicht festgehalten, nicht consequent entwickelt und nicht auf die Staaten, d. h. unabhängigen Herrschaften und Gemeinden angewendet. Er hätte, um richtiger zu reden, die Verhältnisse zwischen Vater und Kindern, Herr und Dienern, Oberen und Untergebenen nicht societates, sondern mit Cicero und den alten Classikern conjunctiones oder aggregationes heißen sollen. Auf der anderen Seite sind selbst Brüder und Freunde, die weiter nichts gemeinschaftliches besitzen, zwar einander gleich, aber noch in keiner eigentlichen Corporation; es besteht da z. B. keine Aufnahme, keine gemeinsame Berathschlagung, keine Majorität der Stimmen u. s. w. Sie stehen gegen einander bloß in dem Verhältniß des absoluten oder außergeselligen Privat-Rechts, nur daß sie wegen ihrer nahen Berührung zu mehreren Liebespflichten verbunden sind oder solche freiwillig ausüben. Auch

den Verhältnisse sind durchaus nicht die nemlichen; dennoch aber wurden sie von den meisten Juristen und Philosophen stets durch einander geworfen, verwechselt und es sind daraus, wie wir schon oft bemerkt haben, in Rücksicht auf das allgemeine Staatsrecht eine unzählbare Menge von Irrthümern entstanden. Statt der mannigfaltigen menschlichen Verknüpfungen, die sich zuletzt in zwei große Classen von Dienst- und Societäts-Verhältnissen, Herrschaften und Gemeinden, Hülfsleistung und Mit-eigenthum abtheilen, wollten sie überall nur das letztere Verhältniß (eine Genossenschaft nach gleichen Rechten) sehen oder nur dieses für recht und vernunftmäßig anerkennen, da doch im Grunde das erstere viel natürlicher, eben deswegen auch häufiger und selbst der individuellen Freiheit günstiger ist. Sie dichteten sogar eine Communität da wo keine bestand, um sodann das Republiken-

---

der zur Bezeichnung des eigentlichen Genossen- oder Gesellschafts-Rechts gebrauchte Ausdruck *jus æquatorium* oder *ex æquo inter se viventium* ist nicht ganz passend, sondern noch etwas zu weit und der alte Ausdruck *jus publicum* (ausschließend hier allein angewendet) oder *jus societatis domesticum* oder auch *jus sodalitiarum* wäre vielleicht besser gewesen. Denn die Fürsten unter einander, die verschiedenen Diener eines Herren, die bloßen Privat-Personen, als solche, leben auch *ex æquo*, sie sind einander gleich an Rechten, keiner ist von dem anderen abhängig. Deswegen besteht aber zwischen ihnen noch keine Communität; sie bilden keine Corporation, welche die charakteristischen Merkmale derselben, gemeinsame Gesetze, gemeinsame Versammlungsorte, gemeinsame Güter, gemeinsame Zwecke (*leges communes, arcem communem, finem communem*) an sich trüge. Unter ihnen gilt bloß das absolute Privat-Recht (im Großen oder zwischen Unabhängigen unschicklich das Völkerrecht genannt) nicht aber das Recht der Genossenschaften.



Recht widernatürlich in ein hausherrliches Verband übertragen zu können. Da sie sich nemlich in den Kopf gesetzt hatten, daß die Diener und Unterthanen eines Fürsten unter sich eine Corporation ausmachen und daß in ihnen die höchste Gewalt liege) welches nicht ist, nie gewesen ist und nicht seyn kann), so argumentirten sie von dem was in einer Communität oder Genossenschaft gilt, auf Verhältnisse wo keine dergleichen besteht, welches eben so ungereimt ist als wenn man einen Eigenthümer wie einen Depositär beurtheilen, auf den Vollmachtgeber die nemlichen Rechtsätze wie auf den Bevollmächtigten anwenden wollte. Diesem einzigen Irrthum ist nicht nur die Verderbniß der Wissenschaft, sondern auch die ganze Revolution, d. h. die Umkehrung alles Rechts zuzuschreiben, welche wir in unseren Tagen erlebt haben, und eben deswegen kann der Unterschied zwischen Dienst- und Societäts-Verhältnissen, Herrschaften und Gemeinden nie genug wiederholt und dem Geiste eingeprägt werden.

Worin besteht aber das natürliche Recht, welches zwischen den Mitgliedern jeder Genossenschaft oder wahren Republik besteht? Alle denkbaren Fälle, auf welche dasselbe angewendet werden kann, zu erschöpfen, alle möglichen Rechtsfragen vorherzusehen und zu beurtheilen, würde hier, wie bey anderen Verhältnissen, unendlich, eben deswegen unmöglich und auch durchaus unnöthig seyn. Wir begnügen uns daher nur die Haupt-Principien oder die wesentlichsten Rechtsätze anzuführen, nach welchen dann die übrigen vorkommenden Fälle leicht beantwortet werden können.

Die erste Regel ist offenbar die, daß zum Eintritt

in eine Genossenschaft niemand gezwungen werden darf. Jedes einzelne Mitglied muß eingewilliget haben in dieselbe hineinzutreten, <sup>2)</sup> diese Regel gilt bey den unabhängigen wie bey den Privat-Communitäten. Denn die Rechte derjenigen welche eine Genossenschaft zu stiften gesinnet sind oder bereits gestiftet haben, können mit den Rechten derjenigen welche nicht davon seyn wollen, im Allgemeinen gar wohl bestehen; hier ist keine Collision vorhanden in deren der eine oder der andere nachgeben müsse; es ist auch nicht nöthig, daß die Gesellschaft gleich Anfangs sehr zahlreich sey, sie kann nach und nach erweitert und vergrößert werden. Jemanden wider seinen Willen in eine Communität zu zwingen, ihm die Lasten und Pflichten derselben aufzulegen, ohne daß er die Vortheile davon genießen will, hieße ihn nicht nur an seiner persönlichen Freyheit, sondern auch an seinem Eigenthum beleidigen. Solcher Zwang wäre sogar unnütz und nur eine ungereimte, sich selbst bestrafende Gewaltthatigkeit: denn die gezwungenen Mitglieder würden nicht Freunde sondern Feinde seyn, und ihre erworbene Macht nur dazu benutzen, um die widernatürliche Societät selbst zu stürzen, wie dieses z. B. in England unter Cromwell und in allen neueren Revolutions-Republiken geschehen ist. Auch keine Majorität einer bereits bestehenden Genossenschaft ist berechtigt irgend jemand zu einem solchen Beintritt zu zwingen: denn diese Majorität gilt nur im Inneren der Genossenschaft selbst, nicht aber vor derselben; sie hat, wie wir bald zeigen werden, nur über ihre eigenen gemeinsamen Angelegenheiten, nicht über fremde Privat-Rechte zu entscheiden; sie verbindet daher auch

---

2) pactum unionis unanime esse debet.

nur die Genossen, die Mitglieder der Communität selbst, nicht aber diejenigen die es nicht sind oder nicht sein wollen.

Diesen Grundsätzen gemäß sehen wir auch in der ganzen Welt, daß niemand zum Eintritt in eine Genossenschaft gezwungen wird. Man pflegt keinen Menschen wider seinen Willen in irgend eine Association zum geselligen Vergnügen, in eine Zunft, eine Familien-Corporation, oder in die Bürgerschaft irgend einer Stadt oder Gemeinde zu nöthigen. Keinem Orden, keiner Handels- oder Gelehrten-Gesellschaft ist je eine solche Gewaltthätigkeit in den Sinn gestiegen. Erfordert das Interesse einer Corporation die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren, gewisse bedeutende Personen unter ihre Bürger zu zählen, so hat sie dazu nur erlaubte Anlockungs-Mittel zu gebrauchen, d. h. ihnen Vortheile anzubieten, wodurch sie von selbst zum Eintritt bewogen werden. Bei den ganz freien und mächtigen Genossenschaften, welche man Republiken nennt, wäre ein solcher Zwang eben so ungerecht und noch viel weniger nöthig. Denn da ist aller Vortheil auf Seite der Aufzunehmenden; sie schätzen sich glücklich, wenn man ihnen die Aufnahme nur gestattet und brauchen dazu nicht genöthiget zu werden. Die Römische Republik pflegte niemand in ihr Bürgerrecht zu zwingen, so lang wenigstens noch eine wahre Republik bestand. Auch von den Schweizerischen Städten, selbst in den gefährvollen Zeiten wo sie noch kämpfen und ihre Freiheit erringen mußten, ward niemand zum Eintritt in das Bürger- und Landrecht gezwungen, niemand an freiem Austritt verhindert. Wiewohl die christliche Kirche die größte und nothwendigste aller Gesellschaften ist und man gar wohl



sagen könnte, daß ein Mensch der sich zu keiner Religion öffentlich bekennt, keiner Kirche betritt, auch anderen kein Vertrauen einflößen könne und als ein Feind der menschlichen Gesellschaft zu betrachten sey: so besteht doch selbst bey ihr, von Rechts wegen, kein Zwang der Aufnahme, kein *compelle intrare*, welches auch schon von ihrem Stifter selbst verboten worden ist. Denn ein gezwungener Christ wäre doch kein Christ, sondern ein Heuchler, und diejenigen sind zu allen Zeiten von den Häuptern und Vorstehern der Kirche selbst getadelt worden, welche die Völker mit Feuer und Schwert zum Christenthum bekehren wollten, indem solche Gewalt theils der Gerechtigkeit und dem Geist der Religion selbst widerspricht, theils ihren Zweck doch nicht erreicht. Ueberredung und individuelle Belehrung, eigene Ueberzeugung und gegen die Widerstrebenden höchstens Entziehung von solchen Vortheilen die man ihnen rechtlich nicht schuldig ist, bleiben auch da die einzigen Anlockungsmittel. Ueberhaupt ist die Rechtsregel, daß niemand zum Beitritt in eine Genossenschaft gezwungen werden dürfe, so auffallend wahr, daß sie selbst von den besseren unter denjenigen Schriftstellern anerkannt wird, welche die Grille des bürgerlichen Contracts zur Erklärung des Ursprungs der Staaten annehmen und z. B. sowohl Pufendorf <sup>3)</sup> als Gienès ausdrücklich statuiren, daß bey Errichtung eines solchen Vertrags der Beitritt oder Nichtbeitritt einem jeden frey gestellt seyn müsse, und die Communität nur durch den einhelligen Willen aller ihrer Mitglieder gestiftet werden könne.

---

3) *jus nat. et gentium* L. VII. c. II. §. 7.



Dem ungeachtet haben neuere Sophisten den Unsinn so weit getrieben, daß sie in Verwerfung oder Ablängung alles natürlichen Rechts-Gesetzes und in Voraussetzung ihres bürgerlichen Contrakts behaupten, jeder einzelne Mensch müsse in den Staat gezwungen werden; es stehe nicht an ihm Bürger oder nicht Bürger seyn zu wollen, und eine solche naturwidrige Gewaltthätigkeit durften sie dann noch Freiheit nennen! Da sie nemlich nicht nur den außergeselligen Zustand, in welchem jeder Mensch mit vielen seines gleichen lebt, <sup>4)</sup> sondern auch alle bloß privatgeselligen Verhältnisse und Verknüpfungen (den gesellschaftlichen Naturstand) für rechtlos ausgaben, und weiter wähten, daß ohne eine ganz besonders gestiftete künstliche Rechtsgenossenschaft, die sie den juridischen oder bisweilen auch in einem ganz neuen Sinne den bürgerlichen Zustand nennen, keine Gerechtigkeit existire oder wenigstens nicht gehandhabt werden könne, <sup>5)</sup> des Friedens wegen aber alle zur Gerechtigkeit verbunden seyen: so zogen sie den aus solchen Prämissen folgerechten Schluß, es sey ein jeder als Feind des anderen zu betrachten, bis er in einen solchen künstlichen Staat getreten sey und dadurch eine Bürgschaft für seine Gesinnungen gegeben habe; er sey verpflichtet und dürfe sogar dazu gezwungen werden aus jenem natürlichen Zustande heraus und in einen sogenannt juridischen zu treten, in welchem das Recht realisirt werden könnte. Allein erstlich ist es nicht wahr, daß der Natur- oder außerbürgerliche Zustand rechtlos sey. Die

---

4) B. I. S. 341.

5) S. meine Anzeige von Kants metaphysischer Rechtslehre B. I. S. 70 – 73.

Gerechtigkeit gilt in allen möglichen Zuständen des Menschen, in dem außergeselligen wie in dem geselligen; sie ist eine von der Natur in das Herz jedes Menschen eingepflanzte Regel für seine freien Handlungen; ein göttliches Gesetz. <sup>6)</sup> Zweitens ist es ebenfalls nicht wahr, daß dieses Gesetz ohne dergleichen nie bestandene künstliche Rechtsgenossenschaften nicht gehandhabet werden könne. <sup>7)</sup> Die Natur hat uns nicht hilflos gelassen, nicht eine Regel gegeben ohne Mittel sie gegen die Uebertreter geltend zu machen. In jedem natürlich-geselligen Verband giebt es Obere und Untergebene; es sind da nebst guter Doctrin und erlaubter geregelter Selbsthülfe, auch Hilfsanrufung und gerichtliche Hilfsleistung möglich; in dem außergeselligen Zustand aber kann die natürliche und vertragmäßige Gerechtigkeit entweder durch eigene Kraft und Klugheit, oder durch die Hülfe von guten Freunden, oder durch Schiedsrichter und neue Verträge gehandhabet werden, wie dieses zu jeder Zeit unter Fürsten, im Kleinen sogar unter Privat-Personen geschah und noch heut zu Tage geschieht. Uebrigens giebt jeder Mensch Bürgschaft für seine Grundsätze und Gesinnungen, erstens durch das allgemeine natürliche Gesetz, welches ihm so gut als allen anderen eingepflanzt ist und daher nicht unbekannt seyn kann; ferner durch seine Handlungen, welche die Probe davon sind, ob er jenes Gesetz befolge oder nicht, und daher ist auch die alte Regel ganz der Natur angemessen: „quilibet præsumitur bonus donec probetur contrarium.“ Verletzt er aber gleichwohl die Gerechtigkeit, so kann und darf er dafür bestraft, an fernerer Ue-

---

6) Vergl. B. I. Cap. 14.

7) Ebend. Cap. 15.

lung des Bösen gehindert werden, nicht weil er einer juridischen Genossenschaft beigetreten, sondern weil man sich gegen seine Handlungen in Sicherheit zu stellen befugt ist, zumal das Strafrecht nicht auf der Einwilligung des Verbrechers, sondern auf der gerechten Selbstvertheidigung des Beleidigten beruht.<sup>8)</sup> Man könnte daher über jene Behauptung, daß man in den Staat gezwungen werden müsse, als über eine ungereimte, der Natur und Erfahrung widersprechende Theorie lachen und sogar ihre Widerlegung hier am unrichtigen Orte finden, wenn sie nicht zugleich gefährlich wäre, und durch den Versuch ihrer Realisirung bereits die verderblichsten Folgen nach sich gezogen hätte. Eine durch Umstände mächtig gewordene Sophistenzunft glaubte sich in unseren Tagen befugt in eigenem und sogar in fremdem Land alle geselligen Verhältnisse und von der Natur gestifteten Verknüpfungen umzustürzen, alle Privat-Rechte oder Privat-Verträge zu zerstören oder aufzulösen, und die Menschen wider ihren Willen in neu geschaffene sogenannt philosophische Communitäten zu zwingen, unter dem Vorwand, daß jene rechtlos, diese aber allein rechtmäßig seien oder doch eine Garantie der Sicherheit verschafften. Solche Unterjochung hieß man eine *Constitutions-Annahme*, deren wir seit dreßsig Jahren, zumal in den neueren Revolutions-Republiken, so viele erlebt haben, und nach dem oben erwiesenen Grundsatz, daß niemand in eine Genossenschaft gezwungen werden darf, läßt sich jetzt ihre radikale Unrechtmäßigkeit beurtheilen. Wären auch jene Annahmen freiwillig, anstatt gezwungen gewesen, so hatte die Majorität hier gar kein Recht die Mi-

---

8) Vergl. B. II. C. 241 — 243.



norität zu verbinden; denn dafür hätte die letztere vorher in die Stiftung der Societät eingewilliget haben müssen; sie wollte aber weder von der neuen Gesellschaft noch von ihren Statuten etwas wissen. Zwei ganz verschiedene Fragen hätten eigentlich vorgelegt werden sollen. Die erste, ob man in eine solch große und allgemeine Bürgerschaft, die vorher nicht bestand, eintreten wolle oder nicht? Die zweite, ob man sich in jenem Falle den vorgelegten Plan ihrer Verfassung gefallen lasse oder aber einen anderen wünsche? Das erstere mußte von jedem einzelnen ganz freiwillig geschehen, und nur für das letztere konnte allenfalls die Majorität der Stimmen gelten, unter denen nemlich welche bereits der neuen Societät beigetreten waren. Aber indem man absichtlich beide Fragen mit einander vermengte, wurde man in die Unmöglichkeit versetzt, die erstere als die Hauptsache verneinend beantworten zu können, und selbst zum Entscheid über die letztere hatte man keine Wahl; Kanonen und Bajonete sollten die Menschen zur Freiheit nöthigen. Welch unerhörte despotische Gewaltthätigkeit war es nicht Genossenschaften oder Communitäten erzwingen zu wollen, die nur durch innere Eintracht der Gemüther gebildet und behauptet werden können; Statuten zur Organisation einer Gesellschaft annehmen zu lassen, bevor man noch ein Mitglied derselben war oder seyn wollte. Dergleichen sogenannte Bürger sind unterjochte Sklaven. Allein die neuen sogenannten Republikaner hatten und haben noch von der wahren Natur der Republiken eben so wenig Begriffe als von den Monarchien. Sie reden von Freiheit und ihr ganzes System ist nichts weiter als ein Innbegriff von lauter ungerechtem Zwang. Was war aber auch die Folge aller dieser naturwidrigen



Thorheiten? Die gezwungenen Genossenschaften konnten in keinem einzigen Lande bestehen; in ihrem Inneren herrschte nur ein beständiger Krieg statt der nöthigen Einigkeit; jeder wollte eine Constitution nach seinem Sinne haben, und die Verständigeren fanden kein anderes Heilmittel als die Wurzel des Uebels aufzuheben, die widernatürliche Societät selbst wieder zu stürzen und aufzulösen. Am Ende mußte man doch wieder zur Ordnung der Natur und der Gerechtigkeit zurückkehren, nach welcher dergleichen Genossenschaften oder große Corporationen entweder gar nicht bestehen, oder aber freiwillig zusammen gethan und ohne Zwang errichtet werden sollen.

Die zweite Regel besteht darin, daß gleichwie niemand in eine Genossenschaft gezwungen werden darf, hinwieder auch die Genossenschaft nicht schuldig ist, wider ihren Willen, andere Menschen in ihren Kreis aufzunehmen, und daß sie die Befugniß hat, die Bedingungen, unter denen sie jene Aufnahme gestatten will, nach ihrem Gutdünken vorzuschreiben. Dieser eben so wichtige Rechtsatz ergiebt sich nicht minder aus der Natur der Sache und der gegenseitigen gleichen Freiheit. Eine Genossenschaft oder Communität ist eine freie Vereinigung mehrerer Menschen zu einem gemeinschaftlichen Zweck. Dieser Zweck, sobald er an und für sich nichts unerlaubtes, höheren Pflichten oder fremden Rechten widersprechendes enthält, ist ihre eigene Privatsache; die Güter, Einkünfte, Nutzungen und Vortheile, welche sie besitzen mag, sind ihr gemeinschaftliches, entweder geschenkt erhaltenes oder selbst erworbenes Eigenthum:

warum sollte sie also gezwungen werden dürfen andere Menschen daran Theil nehmen zu lassen, die vielleicht zur Stiftung und Emporhebung dieser Corporation gar nichts beigetragen haben. Solcher Zwang würde sie offenbar an ihrer Freiheit und an ihrem Eigenthum beleidigen; er könnte derselben sogar den Untergang drohen, wenn man ihr z. B. übermächtige oder feindselig gesinnte Mitglieder aufdringen wollte, solche die Zwenracht erregen, den gemeinschaftlichen Zweck hinderen statt ihn zu befördern, nur Vortheile genießen aber keine Beschwerden tragen wollen, oder die letzteren nicht zu tragen vermögen. Auch sehen wir daher in der ganzen Erfahrung, daß diese Regel, eben weil sie ein Corollarium der natürlichen Gerechtigkeit ist, überhaupt in allen Communitäten gilt und was davon abweicht als bloßer Mißbrauch angesehen wird, der auch allemal Widerwillen erregt und das natürliche Rechtsgefühl empört. Um bey den kleinsten Beyspielen anzufangen, so wird keinem geselligen Circle, keiner Tanz- oder Lesegesellschaft ein Mitglied wider ihren Willen aufgedrungen. Den Handwerkszünften kann man es zwar zum Gesetz machen, unter gewissen Bedingungen neue Mitglieder aufnehmen zu müssen, darum weil sie nur unter diesem Vorbehalt gestiftet und zugelassen worden, oder weil sie von fremder Gunst Privilegien genießen, die ohne diese Bedingung dem gemeinen Besten nachtheilig würden und ihnen mit hin entzogen werden könnten. Jede Dorf- oder Stadt-Gemeinde, jede Handels- oder gelehrte Gesellschaft ist berechtigt neue Bürger oder Mitglieder anzunehmen oder nicht anzunehmen, möchten auch die Bewerber, durch ihre Eigenschaften, jene Aufnahme noch so sehr verdienen. Eben dieses Rechtes genießen die mächtigen und unab-

hängigen Communitäten natürlicher Weise in gleichem, ja noch in höherem Grad. Niemand war je in den Sinn gestiegen, die Bürgerschaften von Rom, Venedig und Genua, der Schweizerischen Städte und Länder, der Deutschen Reichsstädte, oder den Maltheser- und andere freye Orden wider ihren Willen zur Aufnahme neuer Mitglieder anzuhalten. Nicht nur würde solches gegen die natürliche Gerechtigkeit streiten, sondern mächtige und unabhängige Communitäten kann man auch nicht einmal zwingen, selbst wenn man wollte; ihr Recht wird noch durch die hinzu kommende Macht gehandhabet und beschützt. Ob also eine solche Gesellschaft neue Glieder aufnehmen oder nicht aufnehmen wolle, das ist allein an ihr zu entscheiden, indem dadurch kein Dritter in seinem Recht beleidiget wird. Sie kann darüber nach ihrer Convenienz Statuten machen, d. h. sich selbst Gesetze auflegen so viel sie will, und hat dabey nur auf die Regeln der Klugheit Rücksicht zu nehmen, um sich nicht etwa selbst zu schwächen oder eines nützlichen Zuwachses zu berauben. Sie ist daher auch befugt die Bedingungen dieser allfälligen Aufnahm vorzuschreiben, selbige zu mehrern, zu mindern, wieder aufzuheben oder auch in einzelnen außerordentlichen Fällen davon zu dispensiren. Es mögen auch diese Bedingungen beschaffen seyn wie sie wollen, leicht oder nicht leicht, von vielen oder von wenigen Menschen erfüllt werden können: so kann man sie abermal nicht ungerecht, sondern höchstens unflug und bisweilen vielleicht lieblos nennen, aber von Rechtens wegen hat sich niemand darüber zu beklagen. Natürlicher Weise wird man überhaupt von den aufzunehmenden Mitgliedern solche Eigenschaften oder Leistungen fordern, die dem Hauptzweck der ganzen Communität angemessen oder



förderlich sind, und je nachdem also dieser Zweck beschaffen ist, können auch diese Bedingungen sehr verschieden seyn. Bald pflegt man ein gewisses Alter, bald das Ansehen der Eltern oder die Abstammung von früheren Mitgliedern, bald die Betreibung einer bestimmten Wissenschaft oder Kunst, wie bey allen gelehrten Gesellschaften, bald die Ablegung eines Gelübdes, wie bey den meisten Orden, bald die Erlegung einer bestimmten Geldsumme, oder den Besitz eines Grund-Eigenthums u. s. w., oder auch mehrere dergleichen Eigenschaften mit einander zu fordern. Manche Communitäten und Corporationen schreiben auch gar keine gesetzlichen Bedingungen vor, sondern bleiben bey dem rein-natürlichen Recht in jedem einzelnen Fall nach ihrem Gutdünken zu entscheiden. Uebrigens macht die Erfüllung der vorgeschriebenen Eigenschaft nur die Wahl- oder Aufnahms-Fähigkeit, nicht die Annahme selbst aus; der freye Wille der Genossenschaft muß immer hinzu kommen, um als wirkliches Mitglied derselben anerkannt zu werden, und sie hat das Recht selbst solche Bewerber auszuschließen, welche zwar die Bedingungen der Wahlfähigkeit erfüllen, ihr aber in anderer Rücksicht nicht angenehm sind. Mit einem Wort die Aufnahme in eine Genossenschaft beruht immer auf einem wechselseitigen freyen Vertrag, und wenn darüber in einigen Privat-Communitäten oder gar in sogenannten souverainen Republiken etwas anderes besteht, so sind das bloße Abweichungen von der allgemeinen Regel, positive Gesetze, wodurch das natürliche Recht dieser Corporationen entweder von ihnen selbst oder von ihren Oberen beschränkt worden ist.

Zwar hat man in unseren alles Recht umkehrenden



Zeiten auch jenes unbestreitbare und in der ganzen Welt geltende Princip, daß jede freye Corporation befugt ist neue Mitglieder aufzunehmen oder nicht aufzunehmen, und in ersterem Fall die beliebigen Bedingungen festzusetzen, nicht sowohl widerlegen können als vielmehr zu bestreiten und absichtlich zu mißkennen gesucht. Man beschwerte sich bitter und liest noch in vielen tausend Büchern die heftigen Klagen, daß man nicht von gewissen herrschenden und begüterten Bürgerschaften, Orden, Domcapiteln u. s. w. sey, oder nur mit großer Schwierigkeit und unter Bedingungen die den meisten unerfüllbar sind und nur durch fremde Gunst dazu gelangen könne: als ob das ein ungerechtes Privilegium und eine Herabwürdigung der übrigen Menschen wäre, als ob die Natur jedem Neugeborenen ein Bürger-Diplom aufgedrückt hätte und es unter die allgemeinen Menschenrechte gehörte, bloß durch eignen Willen in eine fremde Corporation zu treten und an ihren Gütern, Besizungen und davon abhängenden Rechten oder Benefizien Theil zu nehmen. <sup>10)</sup> Allein dazu ist niemand befugt, er mag auch Talente und Kenntnisse besitzen so viel er will; denn dergleichen vermeinte oder wirkliche Talente geben kein Recht auf fremdes Eigenthum, und so wenig als man dadurch einen Anspruch auf den Mitbesiz von Privat-Gütern erhält, so wenig kann man den Mitgenuß von Corporations-Gütern prätendiren; denn dieselben sind ebenfalls das erworbne gemeinschaftliche Eigenthum ihrer Mitglieder. Ob es aber auch klug, zweckmäßig und nicht bisweilen selbst der Liebespflicht gegen andere Menschen zu-

---

10) Vergl. was darüber B. III. S. 307 — 309. und S. 354 bey Anlaß der Dom-Capitel und Ritterorden gesagt worden ist.

wider gehandelt sey, wenn auch eine freye Genossenschaft entweder ihren Kreis gänzlich schließt oder auch nur für die Aufnahme neuer Mitglieder zu viele, zu schwere und den meisten Menschen unerreichbare Bedingungen vorschreibt, das ist eine andere Frage, die nicht in das bloße Recht gehört und die wir seiner Zeit bey dem Abschnitte von der Staatsflugheit oder der Erhaltungskunst der Republiken behandeln wollen.

---

## Sechstes Capitel.

### Fortsetzung.

#### 3° Freyer Austritt aus der Genossenschaft.

---

- I. Dritte Hauptregel: Jedes Mitglied ist befugt wieder aus der Genossenschaft auszutreten.
  - II. Beweis dieses Satzes aus dem Gesez der Gerechtigkeit, aus dem gegenseitigen Nutzen und der allgemeinen Erfahrung.
  - III. Der unzeitige Austritt ist zwar nicht ungerecht, aber unter gewissen Umständen lieblos. Er kann und darf nicht durch Gewalt, sondern nur durch Retorsion, d. h. durch gegenseitige Entziehung von Wohlwollens-Pflichten gehindert werden.
  - IV. Auf ausgetretene Mitglieder hat die Gesellschaft, als solche, keine Rechte mehr, kann aber deren in anderer Rücksicht erwerben.
- 

Eben so wie man freywillig in eine Communität oder Genossenschaft tritt, so kann auch jedes Mitglied wieder aus derselben heraustreten, es sey dann

daß es bey der Aufnahme auf dieses Recht Verzicht geleistet habe. Auch dieser für die Privat-Freyheit so freundliche Satz hätte keines Beweises nöthig, wenn er nicht, gleich allem was rechtmäßig ist, in unseren Tagen wäre bestritten worden. Jeder Mensch ist befugt nach Umständen seinen Willen zu ändern, in so fern er dabey keine fremden Rechte beleidiget. Man tritt in eine Gesellschaft oder Communität seines eigenen Vortheils wegen, um ein Bedürfnis zu befriedigen dem man auf anderen Wegen nicht leicht abhelfen könnte: sobald aber dieses Bedürfnis nicht mehr gefühlt wird oder der gewünschte Zweck durch eigene Mittel erlangt werden kann, (wie dieses z. B. oft bey dem reich gewordenen Mitgenossen einer Handels-Gesellschaft der Fall ist,) so bleibt auch kein nothwendiger Grund der Vereinigung mehr übrig: und warum sollte man die Lasten und Beschwerden einer Genossenschaft ferner tragen müssen, wenn man auf die Vortheile und Genüsse derselben Verzicht leisten will. Dieses Recht des freyen Austritts jedes einzelnen Mitglieds kann mit den Rechten der ganzen Genossenschaft gar wohl bestehen: denn dieselbe dauert in ihren übrigen Mitgliedern fort; von ihren Gütern, Besizungen und allen davon abhängenden Rechten wird ihr nichts genommen, und sie kann, wenn sie es will oder nöthig findet, den Abgang leicht durch neue Mitglieder ersetzen. Ewige und unauflösliche Verbindlichkeiten (die nicht aus dem natürlichen Gesetz selbst fließen) sind das charakteristische der Sclaverey, in die man nur durch Kriegsgefangenschaft, Verbrechen oder unzählbare Schulden geräth, und gleichwie man jeden Dienst-Vertrag der nicht auf Lebenslang noch auf eine bestimmte Zeit, sondern auf wechselseitiges Wohlgefallen hin geschlossen worden ist,

aufgeben darf, so ist man auch befugt, einen Societäts-Vertrag aufzugeben, d. h. auf ein Bürgerrecht Verzicht zu leisten. Und so wie die wahre Gerechtigkeit stets allen Menschen nützt, die Ungerechtigkeit aber sich selbst bestraft: so vereinigt sich auch hier der Vortheil der Genossenschaft selbst mit der Pflicht keines ihrer Mitglieder an freiem Austritt zu verhindern. Denn solche gezwungene Zurückhaltung müßte nothwendig schon den Eintritt erschweren, die gezwungenen Mitglieder würden nicht Freunde, sondern Feinde der Genossenschaft seyn, und sich zuletzt mit Gewalt losmachen, wenn sie es nicht von Rechts wegen thun dürfen.

Daher bestätigt auch die Erfahrung, daß dieses natürliche Recht des freien Austritts überhaupt in allen Corporationen, allen Republiken besteht und zu jeder Zeit bestanden hat. Wir lesen nicht, daß in den Städten des alten Griechenlands jemand an der Verzichtleistung auf sein Bürgerrecht verhindert worden wäre. Von Rom meldet Cicero ausdrücklich: „Es sey eines der ersten, und „urältesten, von Anfang des Römischen Namens her anerkannten Rechte, daß niemand wider seinen Willen in „der nemlichen Bürgerschaft verbleibe, niemand wider „seinen Willen in eine andere versetzt werde.“ <sup>1)</sup> Von den Schweizerischen freien Städten und Ländern, von den Deutschen Reichsstädten u. s. w. ist es ebenfalls bekannt, daß niemand in das Bürgerrecht gezwungen, niemand an freiem Austritt verhindert wurde, und daß der letztere

---

1) O jura præclara atque divinitus jam inde a principio Romani nominis majoribus nostris comparata, ne quis invitatus civitate mutetur, neve in civitate maneat invitatus.  
*Cic. pro Balbo.*



sogar in älteren Zeiten sehr oft statt fand, wenn etwa die Pflichten die man gegen diese Communitäten hatte, mit höheren Interessen oder Verbindlichkeiten in Collision kamen, und beyde nicht zu gleicher Zeit erfüllt werden konnten. Bey allen Privat-Communitäten, allen Stadt- und Dorf-Gemeinden oder anderen kleinen Corporationen, gilt die nemliche Rechtsregel: und wenn man in den freyen und mächtigen Genossenschaften nur seltene Beyspiele eines solchen Austritts sieht, so liegt der Grund davon nicht darin, daß er an und für sich oder gesetzlich verboten wäre, sondern darin daß dergleichen Bürgerrechte mit so bedeutenden Vortheilen und äußerem Ansehen begleitet sind, daß sie zwar wohl von vielen gesucht, aber von wenigen ohne Noth aufgegeben worden. Nur in gewissen geistlichen Communitäten, wie z. B. den Klöstern, einigen Orden und den Lehramtern der Kirche ist der Austritt nicht mehr erlaubt, wenn man einmal in diese Gesellschaften getreten ist. Allein da muß man auch dieses lebenslängliche Verweilen bey dem Eintritt förmlich und freywillig versprochen haben, so daß diese scheinbare Ausnahme vielmehr noch die allgemeine Regel bestätigt. Gerade die langen Vorbereitungen zu einem solchen ungewöhnlichen Entschluß, die feyerlichen Gelübde welche bey dieser Gelegenheit abgelegt werden müssen u. s. w. sind ein Beweis, daß die Pflicht lebenslänglich im Dienst der Kirche oder einer geistlichen Corporation zu verbleiben, sich nicht von selbst versteht, nicht aus der Natur der Sache fließt, sondern eine Bedingung der Aufnahme ist, die freywillig übernommen werden muß, und in diesem Fall auch billiger Weise gehalten werden soll. Inzwischen besteht auch hier kein absolut unauflösliches Band; in außerordentlichen Fällen, wo die Noth oder

ein weit größerer Nutzen es erfordert, kann man von dem Gelübde, wie von jedem Versprechen, durch denjenigen entbunden werden zu dessen Gunsten es geschehen ist: und das ist auch zur Beruhigung des einzelnen hinreichend, da im Allgemeinen die Natur der Dinge und die Gewohnheit schon dafür sorgen, daß der Mensch einen im männlichen Alter, mit reifer Ueberlegung ergriffenen Stand so leicht nicht wieder verläßt, und auch, ohne eigenen großen Nachtheil, nicht immer verlassen kann.

Nach diesen Grundsätzen und Beweisen läßt sich nun auch die Falschheit der neuern pseudo-staatsrechtlichen Lehre erkennen, kraft deren kein Bürger den Staat sollte verlassen, keiner aus der erdichteten oder wirklichen Genossenschaft sollte heraus treten dürfen. Gleichwie man in die neuen Bürgerschaften oder sogenannten Vernunft-Staaten mit Gewalt gezwungen, mit Gewalt zu unbestimmten persönlichen und dinglichen Leistungen verurtheilt wurde, so sollte man auch mit Gewalt in denselbigen verbleiben. Diese slavische Doctrin, welche alle Menschen zu Leibeigenen macht und an die Erdscholle fesselt, fließt abermal aus jenem schon so oft widerlegten Radikal-Irrthum, nach welchem die Staaten künstliche Rechts-Assicuranzern seyn sollen und außer ihnen, in bloß natürlich-geselligen Verhältnissen, kein Gesetz der Gerechtigkeit bestehe oder wenigstens nicht gehandhabet werden könne. Daß aber solch atheistische Theorien auch schon auf die Praxis einen traurigen Einfluß gehabt haben, beweisen die verschiedenen Revolutions-Republiken unserer Tage, welche die in ihre Communität gezwungenen Bürger auch mit Zwang an dem Austritt verhindern wollten, und solche Leibeigenschaft dann noch Freyheit hei-

ken durften. Daher flossen die strengen Strafen gegen Auswanderungen, alldieweil man gegen Mordthaten und Beraubungen sehr nachsichtig war; die Bewilligungen welche sogar für jede Reise und bald für jeden Spaziergang angesucht und bezahlt werden mußten; die Verbote in den Dienst eines andern Herren zu treten u. s. w. Freylich wenn jene Republiken das natürliche Rechts-Princip hätten befolgen wollen, so würden sie bald keine Bürger mehr gehabt haben, und keinen Grund um über sie in anderer Eigenschaft zu herrschen. Die ausgetretenen Mitglieder, wenn sie auch im Lande blieben, hätten von ihnen nicht als natürliche Untergebene betrachtet werden können, denn man war ihnen weder durch Verträge dienstbar, noch durch Bedürfnisse von ihnen abhängig; diese neu creirten Genossenschaften waren so entbehrlich als der Hagel und die Heuschrecken. Auch konnten sie nicht, wie ein Patrimonial-Fürst, von ihrem Grund und Boden sprechen, denn sie besaßen keinen Daumen breit eigenes Land; vielmehr wohnten sie oder ihre Repräsentanten, gleich Hintersassen oder herumziehenden Zigeunern, auf dem Grund und Boden anderer Menschen, die berechtigt gewesen wären sie davon wegzujagen und denen zur Ausübung dieses Rechts nur die Macht gemangelt hat. Man sieht hieraus, wie wenig Fundamente jene angeblich philosophischen Republiken hatten, wenn man sie auf die Grundsätze des von ihnen selbst immer angerufenen Naturrechts zurückführt: und das verdient auch noch jetzt bemerkt zu werden, da theils die Zeiten ihrer Existenz noch nicht so ferne von uns sind, theils auch man dergleichen wahnsinnige Experimente immer noch wieder von vornen anfangen zu wollen scheint.



Inzwischen ist freylich nicht zu läugnen, daß wenn auch der Austritt aus einer Genossenschaft in der Regel jedem Mitgliede rechtlich erlaubt ist, dennoch die unzeitige Aufgabe eines solchen Bürgerrechts oder vielmehr der damit verbundenen Bürgerpflicht, unter gewissen Umständen, gegen alle Liebespflicht streiten kann. Da man nemlich vermöge des natürlichen Gesetzes verpflichtet ist seine Nebenmenschen nicht nur nicht zu beleidigen, sondern ihnen auch möglichst zu nützen; so ist es höchst unmoralisch und eigennützig, eine Gesellschaft von deren man in Zeiten der Ruhe und des Friedens viel Gutes und mancherley Vortheile genossen hat, hingegen in Zeiten von Unglück, Gefahren oder Beschwerden sogleich wieder verlassen und mit seinen Mitbürgern nur das Glück aber nicht das Leid theilen zu wollen; denn wenn viele so handelten, so würde die Last nur auf die übrigen gewälzt und die Gesellschaft müßte nothwendig zu Grunde gehen. Es wird ein solch unzeitiger und liebloser Austritt sogar in bloßen Dienst- und Abhängigkeits-Verhältnissen, von Beamten, Unterthanen und bloßen Einwohnern, wo doch das Verband nicht so eng und der Vortheil nicht so gegenseitig wie in einer Genossenschaft ist, allgemein übel gefunden und als das Zeichen eines schlechten egoistischen Charakters angesehen. Das Anstößige einer solchen Handlung hat auch verschiedene, selbst der besseren Juristen, zu dem Irrthum bewogen, zwar die Bürgerrechts-Aufgaben und Auswanderungen im Allgemeinen für rechtmäßig; hingegen aber den unzeitigen Gebrauch dieses Rechts (die *discessio intempestiva*) für absolut unrechtmäßig zu erklären, mithin auch gewaltsame Hinderungsmittel derselben zu authorisiren.<sup>2)</sup> Aus

---

2) *Grotius* j. l. et p. L. II. c. 3. §. 24. *Pufendorf* jus nat.



eben diesem Gefühl ist es zu erklären, wenn bisweilen in Staaten, wo sonst die Auswanderung unbedingt erlaubt ist, selbige gleichwohl in außerordentlichen Umständen verboten und sogar mit strengen Strafen belegt wird. Allein dem ohngeachtet kann ich jenen Behauptungen und diesen Maßregeln nicht beistimmen. Mögen sie auch aus einem schätzbaren Beweggrund, nemlich aus der Achtung für moralische Pflichten fließen, so sind sie doch der Gerechtigkeit zuwider, welche stets die oberste Regel bleibt; sie verfehlen ihren Zweck der durch andere Mittel viel besser erreicht werden kann, und haben den großen Nachtheil, der immer damit verbunden ist, wenn man bloße Liebespflichten zu Zwangspflichten machen will. Denn die Annahme dieses letzteren Grundsatzes öffnet aller Willkühr, aller Gewaltthätigkeit Thür und Thor, und giebt dazu den bequemsten Vorwand. Wer soll z. B. entscheiden, ob die Verlassung irgend einer Gesellschaft unzeitig, mithin lieblos sene oder nicht? dieses wäre höchstens in einzelnen Fällen, nach Kenntniß aller Umstände möglich, aber nie im Allgemeinen. Das Interesse einer Partey könnte jeden Austritt unzeitig finden, und ihre Macht darüber nach Gefallen zu entscheiden, würde alles Recht des Einzelnen aufheben. Es kann ein solcher Austritt durch Ungerechtigkeit und allerley Beleidigungen veranlaßt worden seyn, wo die Verlassung der Gesellschaft die einzig mögliche Zuflucht des Unglücklichen und Schwachen ist; es kann davon das ganze Glück und das Emporkommen des Austretenden oder der Seinigen abhängen; in beyden Fällen wäre es von Seite der betreffenden Ge-

---

et gent. L. VIII. c. XI. §. 3. *Bachmer* jus publ. univ. p. 802. *Scheidemantel* Staatsrecht B. III. S. 90 – 91.

fellschaft noch viel liebloser einen solchen Bürger mit Gewalt zurückzuhalten, ihn an seiner Rettung oder an seinem Glück zu hindern; und da die Liebespflichten wechselseitig sind, in der Collision aber die leichter zu erfüllende vorgeht: so kann eine ganze Genossenschaft eher ein einzelnes Mitglied, als das einzelne Mitglied seine Existenz und seinen ganzen Wohlstand entbehren. Zudem hat es die Natur also geordnet, daß Liebespflichten noch viel weniger und schlechter erfüllt werden sobald man sie erzwingen will, <sup>3)</sup> denn gerade wegen solchem Zwang sucht sich ihnen jeder so viel als möglich zu entziehen. Alle dergleichen Pflichten lassen sich doch nicht abnöthigen und mit dem bloßen Zurückbleiben eines Bürgers ist der Communität auch nicht geholfen, wenn er derselben sonst keine Zeit und seine Kräfte nicht widmen will. Endlich giebt es mancherley andere sehr wirksame und mit der Gerechtigkeit ganz vereinbare Mittel, um die Menschen im Nothfall wenigstens zur äußeren Erfüllung ihrer moralischen Pflichten anzuhalten, oder, was das nemliche ist, zur Veränderung ihres unfreundlichen Willens zu bewegen. Diese Mittel die von den Naturrechtslehrern zu sehr übergangen werden, obschon sie eine wesentliche Lücke der Wissenschaft ausfüllen und in der Welt von großem Nutzen sind, bestehen in der Retorsion, d. h. in der Verweigerung von ähnlichen Pflichten. Wenn also (was übrigens nicht leicht zu besorgen ist, da man auch etwas auf das Ehrgefühl der Menschen und auf ihre natürliche Anhänglichkeit an das Vaterland trauen muß) ohne vorangegangene Gewaltthatigkeiten und innere Feindseligkeiten, in einer Republik zahlreiche und unzeitige Austre-

---

3) Vergl. B. II. S. 365 — 366.

tungen der Bürger oder auch von Seite bloßer Unterthanen allzuhäufige Auswanderungen Platz haben sollten, und es läge dem Fürsten oder auch dem ganzen Volke viel daran solche möglichst zu hinderen oder zu erschweren: so würden zwar Todesstrafen, Bewachung, Güter-Confiscationen, doppelte Auflagen u. s. w. nicht gerechtfertiget werden können, weil man dadurch die Austretenden an dem Ihrigen beleidiget, während sie hingegen nur ihr strenges Recht gebraucht und niemanden das Seinige genommen haben. Wenn man aber dergleichen Bürger und Angehörige öffentlich als pflichtvergessene oder wenigstens als egoistische und schlecht denkende Menschen erklärt, wenn man ihr zurückgelassenes Vermögen zwar nicht angreift, aber dasselbe auch nicht schützt, ihm gegen allfällige Beleidigungen keine gerichtliche Hülfe leistet, solches durch keine Vormundschaften besorgen läßt, die Personen selbst oder ihre Kinder von aller Fähigkeit zu Ehren und Aemtern ausschließt, wenn man ihnen mit einem Wort alle Vortheile und Wohlthaten entzieht, die sie ebenfalls nur dem guten Willen der Gesellschaft verdankten: so können sie sich darüber hinwieder nicht beklagen, denn man verweigert ihnen auch nur Liebes-Pflichten die man ihnen nicht absolut schuldig ist; und sobald jemand nichts für eine Gesellschaft oder ein gemeines Wesen thun will, kann er auch nicht fordern, daß die Gesellschaft etwas für ihn thue oder ihm einseitige Dienste leiste. Die Anwendung solcher Maßregeln ist erlaubt, und bei derselben würde der Egoist bald seine Hülfslosigkeit fühlen, ja vielleicht mehr als durch alle Gewalt zur Aenderung seines unfreundlichen Willens bewogen werden.

Endlich ist hier noch zu bemerken, daß eine Genossen-

schaft, als solche, auf ein ausgetretenes Mitglied keine Rechte mehr hat; sie kann von ihm keine bürgerlichen Pflichten mehr fordern, sobald es nicht mehr Bürger ist. Mit dem Grund der Verbindlichkeit hört auch die Verbindlichkeit selbst auf und es bleiben auf beiden Seiten nur noch die allgemeinen Menschenpflichten übrig, die unter allen Verhältnissen fortdauern. Hingegen aber kann die Genossenschaft auch auf ein ausgetretenes Mitglied in anderer Rücksicht Rechte erwerben oder behalten, wenn es z. B. fortfährt auf ihrem Gebiete zu wohnen, wenn es in ihre Dienste tritt, ein Amt oder Lehen von ihr annimmt u. s. w. Allein in diesem Fall fließt auch die Verbindlichkeit aus einem ganz anderen Grund, nicht mehr aus dem Societäts-, sondern aus dem Dienst-Vertrag, und die Verpflichtungen selbst sind auch gar nicht die nemlichen.

---



## Siebentes Capitel.

### Fortsetzung.

4<sup>o</sup> Im Inneren jeder freyen Genossenschaft ist die höchste Gewalt bey der Gesammtheit aller Genossen.

---

- I. Beweis dieser vierten Hauptregel. Eine Corporation von gleichberechtigten kann ihren Willen nur durch die Einhelligkeit oder doch durch die Majorität der Stimmen ausdrücken.
  - II. Ungereimte Uebertragung dieser Regel auf herrschaftliche und Dienst-Verhältnisse.
  - III. Widerlegung des Einwurfs, daß die meisten Communitäten oder freyen Bürgerschaften ihre Gewalt doch nicht selbst, sondern durch Stellvertreter ausüben.
- 

Eine vierte wesentliche Rechts-Regel, die aus der Natur jeder freyen Communität oder wahren Republik fließt, ist die, daß im Inneren derselben die höchste Gewalt, oder doch die Quelle der Gewalt, bey der Gesammtheit aller Mitgenossen liegt. Gleichwie ein einzelner Mensch seinen individuellen Willen allein erklärt und über eigene Sache, so weit sein Recht und seine Macht geht, alleiniger Herr ist: so drückt hingegen eine Corporation von mehreren, wo alle gleichen Antheil haben, ihren collectiven Willen entweder durch die Einhelligkeit, oder, wie wir bald sehen werden, wenigstens durch die Majorität der Stimmen aus. Aeußert sie also, inner den Gränzen ihres Befugnisses, einen für ihre Mitglieder oder auch für andere Menschen

verbindlichen Willen: so wird dieses Gesetz hier allerdings durch den Gesamtwillen ihrer Mitglieder gebildet; hier allein, nemlich in Corporationen, ist es der Fall zu sagen, daß das positive Gesetz das Produkt des allgemeinen Willens sey, welches jedoch nie von den natürlichen Gesetzen die von dem Urheber der Welt und der menschlichen Natur herkommen, und auch nicht von denselben Gesetzen behauptet werden kann, welche von Einzelherren und selbst von Privat-Personen nach eigenem Rechte gegeben werden können. Die ganze Genossenschaft ist zusammen genommen die eine moralische Person, der collective Herr oder Fürst, so wie es der unabhängige Einzelherr für sich allein ist. <sup>1)</sup>

Der Mangel an dieser wichtigen Unterscheidung, der unglückliche Wahn, in jeder Menge, jedem Aggregat oder jeder Gruppierung von Menschen wirkliche und zwar unabhängige Genossenschaften sehen zu wollen, wo doch nicht einmal eine Genossenschaft, vielweniger eine freye und unabhängige besteht, hat zu der falschen und ungereimten Lehre von der Souverainität des Volks, auch in Fürstenthümern, Anlaß gegeben. Was von den Mitgliedern einer freyen Corporation gilt, daß nemlich ihre Gesetze aus dem Gesamtwillen ihrer Mitglieder hervorgehen, das gilt nicht von den Dienern und Untergebenen eines Fürsten, und eben so wenig von denjenigen einer Republik selbst. Denn zwischen diesen Untergebenen besteht keine Communität, sie haben unter sich nichts gemeinsames, ste-

---

1) So sagte schon Aristoteles: Princeps enim sit populus, junctus unus e multis. Multi enim domini sunt, non sicut singuli, sed ut universi. *Polit. Lib. IV.*

hen aber gegen den Fürsten in sehr verschiedenen rechtlichen Verhältnissen natürlicher Abhängigkeit oder freiwilliger Dienstbarkeit. Allein die Unvollkommenheit der Sprache ist und bleibt immer die Quelle der meisten und größten Irrthümer. So wie das Wort Gesellschaft in sehr verschiedener Bedeutung genommen wird, <sup>2)</sup> so entsprang auch jener sophistische Satz nur dadurch, daß man das nemliche Wort Volk oder *populus* für zwei ganz entgegengesetzte Dinge gebrauchte, nemlich bald für eine vereinte Menge (*multitudo unita*), eine freye Genossenschaft wie z. B. die Bürgerschaft von Rom, bald wieder für eine zerstreute, zusammenhangslose Menge (*multitudo soluta*) oder für das Aggregat aller Menschen die irgend einem oder mehreren dienstbar und verpflichtet sind. Kraft dieses Irrthums, den die Logiker sonst ein *sophisma ex ambiguitate vocis* nannten, wurden beyde verschiedene Verhältnisse stets unter einander geworfen, das Recht welches aus dem ersteren fließt in dieses letztere übergetragen, und somit war der verderbliche Trugschluß mit allen seinen Folgerungen fertig. Souverain ist einmal nur der Oberste, d. h. der Mächtige und Unabhängige welcher außer Gott sonst niemand mehr dient, er bestehe nun in einem Individuo oder in einer Corporation, und es fällt ins ungereimte eine Menge von Menschen, sey sie auch noch so zahlreich, souverain zu nennen, die unter sich gar kein Ganzes ausmacht, sondern von deren jeder einzelne sich durch natürliche Bedürfnisse oder freiwillige Verträge in der Abhängigkeit eines anderen befindet.

Man könnte übrigens gegen jenen Rechtsatz, daß im

---

2) S. oben S. 49 – 50.



Innere jeder Genossenschaft die höchste Gewalt bey der Gesamtheit aller Genossen sey, die scheinbare Einwändung machen, daß der Erfahrung zufolge die meisten Republiken und Communitäten theils wegen der Zahl, theils wegen der Entfernung ihrer Mitglieder genöthiget sind ihre Macht ganz oder zum Theil einem kleinen Ausschuss zu übertragen oder zu überlassen, daß sie mithin ihren Willen nicht selbst ausdrücken und in der That die höchste Gewalt nicht besitzen. Diese Betrachtung hat auch den bekannten Genferbürger J. J. Rousseau zu dem Ausspruch bewogen, daß jedes Volk, d. h. in seinem Sinn jede freye Bürgerschaft, die ihre Gewalt übertrage und zu vollkommenen Repräsentanten oder Stellvertretern ihre Zuflucht nehmen müsse, nicht mehr souverain sey, ja sogar kein Volk, keine Bürgerschaft mehr ausmache. Wir wollen nicht läugnen, daß streng genommen in dieser Behauptung etwas wahres liegt; daß eine Communität oder Association, welche ihre Gewalt ganz und unbedingt an einen Theil ihrer Mitglieder übertragen, sich gar keine Rechte vorbehalten und selbst auf die Wahl oder Ergänzung jener Stellvertreter keinen Einfluß mehr ausüben würde, in der That nicht mehr eine souveraine Corporation, ja nicht einmal eine Corporation genannt werden könnte, sondern daß diese Eigenschaft auf den engern Ausschuss übergegangen wäre. Auch werden wir in dem folgenden Capitel die merkwürdige Wahrheit beweisen, daß alle sogenannten Repräsentativ-Republiken oder vollkommenen Aristokratien, welche in der Geschichte vorkommen, nie und nirgends durch den freyen Willen der Gemeinde selbst gestiftet, sondern von denjenigen welche ursprünglich die Corporation selbst zu stiften das Recht oder die Macht hatten, angeordnet worden sind; und daß über-



haupt der gewöhnliche und natürliche Gang in Bildung der Republiken nicht darin besteht, daß die Gewalt von unten herauf verenget, sondern vielmehr von oben herab allmählig erweitert wird, um durch vermehrte Theilnehmer entweder dem Neid zu entgehen oder die eigene Kraft zu vermehren, welches dann sehr oft das Interesse einer Faktion seyn kann, deren der Widerspruch von ihres gleichen lästig ist. Allein unter den gewöhnlichen Beschränkungen ist jene von Rousseau gemachte Einwendung dennoch nur scheinbar und würde fast alle Republiken unmöglich machen, welche der nemliche Schriftsteller gleichwohl so ausschließend anpreist. Will auch eine ganze Communität ihre wesentlichen Rechte nicht alle oder gar nicht ausüben, weil solch beständige Versammlungen den einzelnen Mitgliedern zu beschwerlich wären, oder kann sie dieses nicht wegen der allzugroßen Anzahl oder Entfernung ihrer Mitglieder, so geschieht es doch in ihrem Namen, zu ihren Zwecken, von den ausgeschossenen Vorstehern, welche selbst Mitbürger der Genossenschaft und nur als die Bevollmächtigten derselben anzusehen sind. Die Bedingungen der Wahlfähigkeit für solche Vorsteher und oft ihre Wahlart selbst, der Eid, den sie gewöhnlicher Weise leisten müssen, der übliche Sprachgebrauch in ihren Beschlüssen und Verhandlungen, beweisen stets, daß die höchste Gewalt oder doch die Quelle der Gewalt bey der ganzen Genossenschaft sey: und wenn sie sich vollständig versammeln, regelmäßig berathschlagen könnte, so würde sie stets befugt seyn dergleichen Vorsteher abzurufen, ihre Rechte selbst auszuüben, und gleich einem Fürsten Beschlüsse in eigenem Namen zu fassen. Uebrigens ist es freylich ein merkwürdiges und lehrreiches Inkonvenient der Republiken oder Genossenschaften, daß sobald

Ihre Mitglieder nur etwas zahlreich sind, sie ihre Rechte schlechterdings nicht mehr ausüben können, sondern genöthiget werden dieselben mit oder ohne ihren Willen, ganz oder zum Theil an andere zu übertragen, d. h. in der That die Genossenschaft zu verengen, in einen kleineren Kreis zusammenzuziehen, souverain zu heißen und es doch nicht zu seyn. Denn von solch ausgeschossenen Vorstehern oder Stellvertretern ist unter Umständen allerdings Gefahr für die Rechte der ganzen Communität zu besorgen, wenn sie bey den in Händen habenden Mitteln ihr Privat-Interesse mehr als das allgemeine berücksichtigen. Sie können die anvertraute Gewalt zur eigenen machen und bloß nach Privat-Zwecken ausüben; entweder sich in noch engere Kreise zusammenziehen, oder auch die Theilnahme widerrechtlich erweitern, um gegen die eigentlichen Mitgenossen willfähige Instrumente zu finden; bald in vollendeter Oligarchie, bald in scheinbar größere Demokratie eine Stütze suchen, je nachdem sie durch die eine oder die andere ihren Privat-Willen eher durchsetzen zu können hoffen. Allein dieses Inconvenient ist unvermeidlich; es liegt in der Natur der Sache, kann, wie wir seiner Zeit zeigen werden, durch fluge Constitutions-Gesetze zwar in etwas vermindert, aber nur durch Tugend oder Gewissenhaftigkeit gehoben werden, und beweiset bloß welch künstliches Wesen überhaupt eine Genossenschaft ist, und wie wenig große Republiken der Natur angemessen sind.

## A c h t e s   C a p i t e l.

### F o r t s e z u n g.

#### 5° Bey mangelnder Einhelligkeit gilt die Majorität der Stimmen.

---

- I. Der Vorzug der Majorität beruht nicht auf irgend einem Ur-Vertrag, noch auf der Präsumtion, daß ihre Meinung bessere sey, sondern auf ihrer überlegenen Macht, verbunden mit ihrem natürlichen Stimmrecht. Es ist eine Collision von Rechten, in deren die Minorität als der schwächere Theil nachgiebt.
- II. Rechtmäßigkeit dieses Vorzugs:
  - a. Weil die Majorität selbst nur über Communitäts-Sachen, nicht über Privat-Rechte entscheidet.
  - b. Weil sonst die Minorität herrschen müßte, oder gar kein Beschluß möglich wäre.
  - c. Weil man durch Austritt aus der Gesellschaft sich dieser Herrschaft entziehen kann.
- III. Verschiedene Arten von Majorität:
  - a. Majorität aller Mitglieder der ganzen Genossenschaft der abwesenden wie der anwesenden. Sie ist nicht natürlich und lähmt alle Geschäfte.
  - b. Majorität aller in der Versammlung anwesenden, wobei man unterscheiden kann:
    1. Absolute Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller Stim-menden. Sie ist die natürlichste, die reelle und auch die allgemein übliche.
    2. Relative Mehrheit. Sie ist nicht reell, daher verwerflich und führt zu vielen Mißbräuchen.
    3. Gesetzliche höhere Majorität von  $\frac{2}{3}$ ,  $\frac{3}{4}$  Stimmen für gewisse, wichtige Gegenstände. Sie ist bisweilen klug, versteht sich aber nie von selbst und muß immer durch ein besonderes Statut vorher festgesetzt seyn.

IV. Wie weit das Recht der Majorität sich erstreckt? Sie ist zwar König in einer Republik, hat aber wie jener die Gesetze der natürlichen Gerechtigkeit über sich und gilt daher nur über die eigenen, gemeinsamen Angelegenheiten der Communität, nicht über die Privat-Rechte ihrer Mitglieder.

- a. Beweis dieses Satzes aus der Vernunft und der Erfahrung.
  - b. Anwendung desselben auf einige merkwürdige Beispiele.
- 

Jede Communität oder Genossenschaft, sie sey nun unabhängig oder nicht, muß ein Mittel haben, ihren Willen zu äußern. Als kollektive Person muß sie sich theils gegen andere Menschen und Corporationen, theils gegen sich selbst verpflichten können, und überhaupt ist zu Erreichung eines gemeinschaftlichen Zweckes auch ein gemeinschaftlicher Wille nöthig. Obgleich nun derselbe, nach der eben abgehandelten Rechts-Regel am besten durch den Gesamtwillen aller einzelnen Mitglieder ausgedrückt wird: so ist doch eine solche Einhelligkeit nicht immer vorhanden, und wegen der Verschiedenheit der Meinungen auch nicht immer möglich. In diesem letzteren Fall gilt bekanntermaßen bey allen wahren Communitäten die Majorität der Stimmen. Wir sagen mit Bedacht in wahren Communitäten oder Corporationen; denn anders verhält es sich in bloßen Congressen oder Bünden, deren Mitglieder kein gemeinsames Gut, keinen durchaus gemeinschaftlichen Zweck haben, sondern nur durch ein vorübergehendes ähnliches Bedürfniß vereinigt sind; und in welchen also keine Majorität der Stimmen gilt, sondern nur die jedesmalige Einwilligung des einzelnen ihn verbindlich macht, darum weil es sich hier um seine Privat-Rechte handelt und der Wille der einen mit dem entgegengesetzten Willen der anderen gar wohl beste-



hen kann. Man muß auch diese beiden Verhältnisse wohl von einander unterscheiden: denn Congresse, bloße Zusammenkünfte und gemeinschaftliche Verabredungen sind den Corporationen ziemlich ähnlich und werden oft mit einander verwechselt. Es ist indessen weder eine so leicht zu beantwortende, noch eine überflüssige Frage, worauf, selbst in wahren Communitäten, das Recht jener Majorität beruhe? warum die Mitglieder der Minorität gehorchen und nachgeben müssen, obschon sie eigentlich mit den übrigen gleichberechtigt sind? wie vielerley Arten von Majorität es gebe, welche die gültige sey, und wie weit endlich dieses Recht der Majorität sich erstrecke, ohne in Unterdrückung und Beleidigung auszuarten? Die meisten Naturrechtslehrer behaupten mit Thomasius, es beruhe auf dem Urvertrag, nach welchem bey der Stiftung der Genossenschaft oder bey dem Eintritt in dieselbe, jedes einzelne Mitglied sich zum voraus verpflichtet habe, in Fällen wo keine Einhelligkeit vorhanden wäre, sich der Majorität zu unterwerfen und den Willen der Mehreren für den Willen von Allen anzusehen. Allein dieser hier vorausgesetzte Vertrag besteht in den meisten Fällen ganz und gar nicht; schwerlich wird man, zumal in älteren Zeiten, eine Communität oder eine Republik finden, in deren Statuten es festgesetzt sey, daß man sich der Majorität unterwerfen müsse; auch wird keinem eintretenden Mitglied eine solche Bedingung ausdrücklich gemacht, und es ist eine gar zu bequeme Ausbülfe alle Verpflichtungen, deren natürlichen Grund man nicht anzugeben weiß, aus erdichteten Verträgen herzuleiten. Wollte man aber auch einen stillschweigenden, sich von selbst verstehenden und eben deswegen nicht in Worte oder Schrift verfaßten Vertrag annehmen: so wird dadurch die Schwierigkeit nur

zurückgeschoben und nicht aufgelöst. Denn man könnte weiter fragen, warum denn dieser Vertrag immer so und nie anders gemacht wird, warum z. B. die Minorität nie das Recht der Entscheidung erhält? Wenn das eine so willkürliche Verkommniß wäre, die eben so gut nicht existiren könnte: so müßte man auch Beispiele vom Gegentheil finden; es müßte Genossenschaften geben, wo entweder die Minorität oder nur die Einhelligkeit gilt, welches aber nie und nirgends der Fall ist. Andere glauben daher, das Recht der Majorität beruhe auf der Präsumtion, daß die Meinung der Mehreren auch stets die weisere und gerechtere, d. h. der Wahrheit und dem natürlichen Gesetz die angemessenere seyn werde. Allein das ist leider gar nicht immer der Fall; die ganze Geschichte und die tägliche Erfahrung beweisen vielmehr, daß das Gegentheil wenigstens eben so oft, vielleicht noch häufiger statt findet. Selbst diejenigen welche zufälliger Weise eben die Mehrheit ausmachen, pflegen es im allgemeinen gern zu bekennen, <sup>1)</sup> und wer immer in Republiken gelebt hat, der wird täglich bemerken können, daß die Mitglieder der Majorität oft gestehen, die mindere Meinung sey zwar die bessere gewesen, sie habe aber nur weil sie von gewissen Personen hergekommen, oder aus Mißverstand, oder aus beleidigter Eigenliebe, oder wegen mitverflochtenen Privat-Interessen, oder wegen dem Einfluß irgend eines Magnaten nicht Beifall gefunden. Versammelte Menschen haben so gut ihre Leidenschaften und werden so leicht irre geführt als einzelne. Bey ihnen mehr noch als anderswo,

---

1) *majora sunt non semper saniora.* Darüber hat schon Reinhold in seiner biblischen Polizei S. 262–271. axiomata 64. merkwürdige Beispiele gesammelt.

beherrschen Blinde die Sehenden und Thoren die Weisern. *Vulgo placere, sagte schon Plutarch, est sapientibus displicere*; höhere Weisheit und Gerechtigkeit sind überhaupt das Erbtheil von wenigen, so wie glücklicher Weise große Laster und absoluter Blödsinn auch nur in Minorität auf dem Erdboden sind. Mittelmäßigkeit ist das Loos der meisten; aber die wenigen Weisen und Guten finden nicht immer den meisten Beyfall. Bloße Gerechtigkeit in gewöhnlichen einfachen Fällen, bisweilen selbst Wohlthaten oder Generositäten die dem einzelnen nichts kosten, findet man wohl noch bey zahlreichen Communities, weil dafür jeder das Gefühl in seinem Inneren hat; aber bey verwinkelten Gegenständen und schwierigeren Fragen, wo die Thatsachen eine solche Natur haben, daß sie nicht von jedem richtig erkannt und eingesehen werden können, oder wo Leidenschaft sich einmischt, da pflegt die Menge jeder Sophisternen Gehör zu geben und zu den fürchterlichsten Mißgriffen oder Gewaltthatigkeiten hingerissen zu werden, die ein einzelner oder wenige, sich vielleicht nie auszuüben getraut hätten. Feinere Klugheit in der Wahl der Mittel, wenn es sich z. B. darum handelt, ob gewisse Befugnisse ausgeübt oder nicht ausgeübt werden sollen, ob unter mehreren möglichen Formen der Ausübung, diese oder jene vorzuziehen sey, Berathung von Zeit und Umständen, Vorsichtigkeit auf die Zukunft u. s. w. sind noch weniger die Sache von großen Versammlungen. Gewöhnlich findet die heftigste Meinung, wofern sie nur erlaubt scheint, den meisten Beyfall, weil diese allein von jedermann gefasset werden kann, und die Trägheit des Geistes dabey nicht weiter nachzudenken braucht. Endlich ist es so schwer in zahlreichen Genossenschaften, bey vielen verschiedenen Meinungen,



die Fragen richtig zu setzen; es giebt der scheinbaren und erzwungenen Majoritäten so mancherley, daß oft ein Beschluß der äußerlich die Mehrheit der Stimmen für sich hat, im Grunde von keinem einzelnen gewünscht worden ist, und jeder sich damit zu entschuldigen pflegt, er habe dieses nicht so sondern anders gewollt, es sey aber über seine Meynung nicht abgestimmt worden. Die Stimme von vielen ist sehr oft im Grunde nur der Wille eines einzelnen, dem die übrigen aus Furcht und Unwissenheit oder aus Beredsamkeit hingerissen, blindlings gefolget haben. Oft möchte man daher geneigt seyn, eher der Minorität den Vorzug zu geben, und mit dem jüngern Plinius zu klagen, daß die Stimmen gezählt und nicht abgewogen werden, <sup>2)</sup> wenn nur dabey bestimmt werden könnte, wer dann der Abwäger seyn solle, d. h. wenn dieser Vorschlag nicht ganz unmöglich und anti-republikanisch wäre. Denn es ist klar, daß ein Mann, dem man in einer Republik das Recht einräumen würde, die Stimme der einzelnen nicht nach ihrer Zahl sondern nach ihrem inneren Gehalt zu würdigen, darüber nach eigener Einsicht zu entscheiden, und der zugleich die Macht hätte dieses sein Urtheil durchzusetzen, nicht mehr ein Mitbürger sondern der Herr aller übrigen wäre; es bestünde kein gemeinschaftlicher Wille mehr, sondern nur ein individueller Wille: die Stimmen der einzelnen wären nicht mehr entscheidend, sondern bloße Rathschläge, die man annehmen oder verwerfen könnte, wie dieses z. B. in Fürstenthümern bey Land- und Reichständen, oder bey dem

---

2) Numerantur sententiæ non ponderantur. Nec aliud publico consilio potest fieri, in quo nihil est tam inæquale, quam æqualitas ipsa. Nam cum sit impar prudentia, par omnium jus est. *Plin. Act. Arrian. epist. 12. Lib. 2.*



Kriegsrath einer Armee der Fall ist, wo der Fürst seine ersten Diener und Vasallen, der Feldherr seine vornehmsten Waffengefährten über seine eigenen Angelegenheiten um Rath fragt, aber deswegen stets befugt bleibt die ihm beliebige Meinung auszuwählen, oder auch die seinige an Platz zu setzen. Aber gleichberechtigte und ungefähr gleichmächtige Menschen werden sich nie einhellig darüber einverstehen, welches der weiseste und gerechteste Vorschlag sey, zumal wenn beyde gleich erlaubt und nach den Absichten ihrer Urheber zweckmäßig sind. Jede Partey hält ihre Meynung für die weiseste und beste; beyde sind gleich befugt einen Willen zu äußern, der Wille von beyden kann aber nicht zu gleicher Zeit mit einander bestehen; in dieser Collision von Rechten muß also einer von beyden weichen, und der stärkere Theil hat nothwendiger Weise den Vorzug: denn was die mehreren wollen, das können sie auch durchsetzen, daher auch das alte Sprüchwort, daß in Republiken die Majorität König sey. Unter gleichen sind einmal die mehreren die Mächtigeren, und diesen geben die Mitglieder der Minorität in gemeinsamen Angelegenheiten nach, weil sie ohnehin die Vollziehung des Willens der ersteren nicht hindern könnten, weil jeder die Hoffnung hat in anderen Fällen ebenfalls von der Majorität zu seyn, mithin des nemlichen Rechts zu genießen, und endlich weil diese Mehrheit nur in gemeinsamen Sachen gilt, folglich die mindere Zahl dadurch in ihren individuellen Privat-Rechten nicht beleidiget wird. Das allgemeine Natur-Gesetz, daß der Mächtigere herrsche, welches in Rechts-Collisionen zuletzt allein den ewigen Krieg hindert und den Frieden unter den Menschen befördert, kommt auch hier wieder zum Vorschein und wird auf eine lehrreiche Art

bestätiget. 3) Die Philosophen welche diese Ordnung Gottes mißkennen oder mit Unverstand lästern, entweichen ihr nicht, selbst wenn sie sich die Menschen gleich an Kräften vorstellen, und das ganze Volk mit Weibern und Kindern zum Souverain machen wollen. Auch ist ihre Verlegenheit sichtbar, allemal wenn sie die Frage berühren, warum man sich dann dieser Majorität jenes sogenannten Volks unterwerfen solle, da doch, nach ihren Principien, jeder einzelne nur seine eigene Vernunft über sich haben darf. Zu welch seichten Fiktionen nehmen sie nicht da ihre Zuflucht und werden von ihren eigenen Grundsätzen in die Enge getrieben! 4) Allein sie können sich aus diesem Widerspruch schlechterdings nicht herauswinden; die Majorität, der man nicht beistimmt, der man sich sogar oft förmlich widersetzt, ist einmal wieder eine höhere Macht welcher man sonst nicht unterworfen war, und der man gleichwohl nachgeben oder gehorchen muß. Der Wille der Mehrheit ist nicht der allgemeine Wille; fremde Vernunft ist nicht eigene Vernunft; der einzelne Bürger kann nicht frey und unabhängig genannt werden, wenn er sich der Majorität von anderen unterwerfen muß, und es fällt ins ungereimte mit Rousseau zu behaupten, daß der Wille von anderen welcher dem meinigen widerspricht, gleichwohl der meinige sey. Alles erklärt sich hingegen und wird befriedigend, sobald man anerkennt, daß man auch in Corporationen, gleichwie in anderen Verhältnissen, seines Bedürfnisses wegen, von den Mehreren, als den Mächtigen

---

3) Vergl. B. I. C. 372 — 373.

4) Man sehe J. B. Rousseau *Contrat Social* L. IV. Ch. 2. und Sieyes, *Vues sur les moyens d'exécution* p. 17.

ren, abhängig ist; daß aber auch diese Majorität, gleich den Königen oder mächtigen Individuen, einem höheren natürlichen Gesetz unterworfen ist; daß sie nur über erlaubte oder gemeinsame (in dem Befugniß der Communität liegende) Sachen zu gebieten, und keine Beschlüsse zu fassen hat die fremde Privat-Rechte beleidigen; daß endlich auch das einzelne Mitglied, durch den Austritt aus der Genossenschaft, sich dieser Herrschaft, wie jeder anderen, entziehen kann.

Wie vernünftig und nothwendig die Herrschaft der Majorität in Communitäten sey, ergiebt sich übrigens noch deutlicher, wenn man den Gegensatz betrachtet, daß sonst die Minorität herrschen und entscheiden würde, welches noch viel empörender und widerrechtlicher wäre. Wenn die Majorität nicht befugt seyn soll ihren rechtmäßigen Willen gegen den Willen der übrigen durchzusetzen: so kann die Minorität, die zuletzt in einem einzelnen Individuo bestehen könnte, eben so wenig befugt seyn zu fordern, daß ihr Wille gegen den Willen von allen übrigen den Vorzug habe, und mithin würde gar kein gemeinsamer Beschluß möglich, die Communität selbst gelähmt und vernichtet seyn. Mit dieser Betrachtung fällt auch die Sophisterei derjenigen dahin, welche in gerichtlichen Collegien, und besonders bey Criminal-Urtheilen, gar keine Stimmen-Mehrheit zugeben, sondern nur die Einhelligkeit aller Richter anerkennen wollen, unter dem Vorwand, daß, bey Verschiedenheit der Meinungen, die moralische Person noch zweifle, und mithin kein Urtheil gefällt werden könne.<sup>5)</sup> Allein das gezeierte Argument läßt sich

---

5) Sonnenfels über die Stimmen-Einheit. Wien. 1808. 8.



retorquiren und sein Urheber widerspricht sich selbst. Denn sobald die Majorität nicht entscheidet, so entscheidet die Minorität; ihre Meinung ist auch ein reelles Urtheil, das oft dem Beflagten oder dem Beleidigten noch viel nachtheiliger seyn kann: warum soll also dieses gelten, da hier (wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will) die moralische Person eben so gut, ja noch mehr zweifelt. Zudem ist die mindere Zahl in einer Communität offenbar der schwächere Theil; daß aber der schwächere über den stärkeren herrsche, ist ein Uebelstand welcher dem Gemüth des Menschen eben so sehr als der Natur der Dinge widerspricht, und in die Länge sogar unmöglich ist. Ueberhaupt läßt sich also diese ganze subtile Frage durch folgendes Trilemma ins Licht setzen. Wenn keine Einheiligkeit statt findet, die freylich das Beste wäre, so muß entweder die Majorität entscheiden, oder die Minorität, oder keine von beyden. Nun ist das letztere absurd, weil dabei gar kein Beschluß, kein gemeinschaftlicher Wille möglich, mithin die Corporation so gut als aufgehoben und vernichtet wäre. Das zweite könnte nicht durchgesetzt werden, die Mehreren würden die Herrschaft des minderen Theils, als des schwächeren, nicht dulden, sondern ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen suchen; es entstünde ein Kampf, in welchem die Minorität unterliegen, mithin am Ende doch nachgeben oder aber aus der Gesellschaft treten müßte. Also bleibt nichts anders übrig, als daß die Majorität entscheide, ihre Beschlüsse mögen nun die weisesten seyn oder nicht. <sup>6)</sup> Fehlt ihnen diese

---

6) Eben dieser Meinung ist auch Pufendorf *jus nat. et gent.* L. I. c. VI. §. 2. wo er die durch die Mehrheit einer Communität gegebenen Gesetze von Verträgen genau unterscheidet.



letztere Eigenschaft, so ist das eine Unvollkommenheit die einem gemeinschaftlichen Willen wie dem Privatwillen eines Einzelnen anhebt, und die man anderswo ebenfalls dulden muß. Es kommt sogar nicht immer auf diese höhere Weisheit und Klugheit an, wiewohl sie allerdings zu wünschen wäre. Wo die Sache selbst und auch ihr Gegensatz erlaubt ist, wo man die Wahl zwischen mehreren Beschlüssen hat: da ist der bloße Wille ein entscheidender Grund, und inner dem Kreise ihres Befugnisses giebt es unzählige Fälle, wo nicht nur Fürsten sondern auch Communitäten und bloße Privat-Personen mit vollem Rechte sagen können: *sic volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas*.

Unterdessen giebt es verschiedene Arten oder Grade von Majorität. Erstlich läßt sich zwischen der Mehrheit aller Mitglieder der ganzen Genossenschaft, sie mögen in der Versammlung anwesend seyn oder nicht, und zwischen der Mehrheit aller in der Versammlung gegenwärtigen unterscheiden. Die erstere kann zwar in gewissen außerordentlich wichtigen Fällen durch besondere Statuten vorgeschrieben werden, sie versteht sich aber nie von selbst, wäre in den meisten Fällen unausführbar, und würde fast jeden Beschluß unmöglich machen. Auch ist sie nur in neueren Zeiten von revolutionären Faktionen benutzt worden, um selbst die Trägheit, die Gleichgültigkeit, oder den offenen Widerwillen willkürlich zu ihren Gunsten zählen zu können. 7) Die Majorität der in der Versammlung

---

7) So hat man z. B. in Frankreich bey den dem Volke vorgelegten sogenannten Constitutionen zwar erklärt, daß sie von der

anwesenden Mitglieder ist daher die gewöhnliche, die naturrechtliche; sie versteht sich im Allgemeinen von selbst und braucht durch keine positiven Gesetze vorgeschrieben zu werden. Denn die Corporation ist eigentlich nur da vorhanden, wo ihre Mitglieder ordentlich versammelt sind; sobald die Zusammenberufung an alle geschehen, so läßt sich von denjenigen die der Aufforderung nicht entsprechen, ihr Recht nicht ausüben oder ihre Pflicht nicht erfüllen wollen, billig vermuthen, daß sie den Entscheid über

---

Mehrheit aller stimmfähigen Bürger angenommen werden müssen, zugleich aber decretirt, daß alle abwesende, die entweder keine Stimme geben wollten oder geben konnten, als einwilligend gezählt werden sollen. Auf diese Art war man freylich gewiß stets die Mehrheit für sich zu haben und man hätte sie für das Gegentheil noch viel eher erhalten. (Vergl. B. I. S. 251.) Zu Gunsten eines entgegengesetzten Zwecks hat man auch in anderen revolutionirten Republiken zwar den sogenannten Volksjünkten oder Wahlversammlungen, wie billig, auch das Recht der Rückberufung eines von ihnen gewählten Deputirten eingeräumt. Damit aber solches nie ausgeübt werden könne, so ward zugleich decretirt, daß diese Rückberufung nur durch Mehrheit aller an- oder abwesenden Junktglieder solle erkannt werden können, während hingegen die Wahl selbst nur durch die Mehrheit der Anwesenden geschehen war, und höchstens eine größere Stimmenzahl als die wählende hätte vorgeschrieben werden können. Da nun in solchen Versammlungen statt zwey- bis dreyhundert Mitglieder sich oft nur vier oder fünf einfanden, so begreift man leicht, daß keine Rückberufung zu besorgen war. So suchte man eine Thorheit durch die andere zu corrigiren. Der Grundsatz: *absentes consentire videntur*, ist freylich im allgemeinen richtig, versteht sich aber zu Gunsten des in der Versammlung gefaßten Beschlusses, nicht eines solchen der nicht gefällt worden ist, den aber irgend eine andere Partey gewünscht haben möchte.

die vorkommenden Geschäfte den bei der Versammlung anwesenden Mitgliedern überlassen haben; die nicht gegenwärtigen haben gar keine Stimme weder für noch wider eine Meinung gegeben und können also auch gar nicht gezählt werden. Ihr Wille ist nicht geäußert worden, folglich auch nicht bekannt, und keine Partei ist befugt denselben einseitig zu ihren Gunsten zu präsumiren.

Unter der Majorität der in der Versammlung anwesenden Mitglieder ist aber ein wesentlicher Unterschied zwischen der absoluten und der relativen Mehrheit zu machen. Jene erfordert wenigstens eine Stimme mehr als die Hälfte aller Stimmenden, und von da geht sie in höheren Graden bis zur Einhelligkeit fort. Die letztere hingegen besteht darin, wenn von dreyn, vier oder mehreren gefallenen Meinungen, oder in Wahlen von eben so vielen vorgeschlagenen Personen, zwar keine einzelne die absolute Mehrheit auf sich vereinigt, aber dennoch mehr Stimmen als jede der übrigen hat. Die absolute Majorität ist indessen die einzig wahre oder reelle, die rechtmäßige und auch die gewöhnliche; nur sie vermag ihrem Willen Nachdruck zu geben und kann daher mit Billigkeit fordern, daß ihr die übrigen nachgeben. Die relative Mehrheit hingegen scheint zwar viel kürzer oder zeitgewinnender und mag auch nur aus diesem Grund bisweilen üblich gewesen seyn; sie ist aber an und für sich durchaus verwerflich und giebt, da wo sie aus Unverstand angenommen wird, zu den größten Mißbräuchen Anlaß, indem es dadurch bei vielen verschiedenen Meinungen oder in die Wahl geschlagenen Personen, einer kleinen engverbundenen Faction äußerst leicht wird, ihren Willen gegen den Willen von allen anderen durchzusetzen, und ihre



Freunde mit sehr geringer Stimmenzahl ausschließend zu den höchsten Aemtern zu erheben. <sup>8)</sup> Sie ist nur eine scheinbare Majorität, in der That aber eine reelle Minorität. Denn vertheilen sich auch die übrigen Stimmen auf sehr verschiedene Meinungen oder Personen: so ist es gar wohl möglich und nicht ohne Beispiel, daß sie wenigstens das mit einander gemein haben jene erstere nicht zu wollen. Auch ist die relative Mehrheit nicht die stärkere Parren, deren die Minorität gerne weicht oder im Collisions-Fall weichen muß. Denn sollten sich die übrigen nur dahin vereinigen ihrem Beschlusse nicht zu gehorchen, seine Ausführung nicht gestatten wollen: so vermöchte sie ihn doch nicht durchzusetzen. Diesem Inkongruente vorzubeugen, müssen also, wie wir anderswo zeigen werden, sowohl bei Wahlen als bei Berathschlagungen, die verschiedenen Meinungen und Vorschläge stets auf zwei zurückgeführt werden, welche sich wechselseitig ausschließen, so daß man sich nothwendig für eine von beiden entscheiden, mithin eine absolute Majorität herauskommen muß. Ist aber die Zahl der Stimmen auf beiden Seiten gleich, so daß sie sich wechselseitig aufheben, so entscheidet entweder das Loos, gleichsam die Begünstigung einer höheren Potenz, oder die Meinung des Präsidenten, oder irgend eines anderen sonst nicht stimmenden Mitglieds, z. B. bisweilen des Sekretarii, des ersten Offizialen u. s. w., welche zu den übrigen hinzugefügt, alsdann die absolute Mehrheit ausmacht.

---

8) Durch solche relative Mehrheit ward z. B. im J. 1470 der Metzger Kistler zum Schultheiß von Bern erwählt, welches aber nicht länger als ein Jahr dauerte und den fatalen Streit mit den Gerichtsherren des Landes nach sich zog.



Uebrigens ist eine Republik, wie jede freye Genossenschaft, allerdings befugt, und es kann oft von der Klugheit angerathen werden, in ihren Statuten zum Entscheid über gewisse wichtige Gegenstände eine höhere Majorität als die der bloßen Mehrzahl, z. B. zwey Dritttheile, drey Viertheile u. s. w. aller anwesenden Mitglieder vorzuschreiben.<sup>9)</sup> Man könnte zwar dawider einwenden, daß auf diese Art bisweilen die Minorität entscheidet, indem ihr Beschluß, wenn auch gewöhnlich nur negativ, dennoch ein Beschluß ist und den Vorzug hat. Allein darüber ist vor allem zu bemerken, daß diese Art von Majorität sich niemals von selbst versteht, sondern allemal auf früheren durch eine weit größere Stimmen-Mehrheit oder gar durch die Einhelligkeit gemachten Grundstatuten beruht, folglich nichts weiter als ein Gesetz ist, welches sich die Genossenschaft selbst auflegt, um Uebereilungen und eigenem Schaden vorzubeugen. Dieses Gesetz kann sie allerdings aufheben wenn sie will: so lang es aber existirt, so ist es als der fortdaurende Wille der Genossenschaft selbst zu betrachten und soll mithin auch gehalten werden. Dergleichen Gesetze werden aber gerade des Friedens und der Einigkeit

---

9) Das sogenannte Rother Buch in Bern z. B. (die Benennung kam von dem Einbände her), welches viele Leute ganz irriger Weise für die Verfassung der Stadt Bern ansahen, war nichts weiter als ein Zubegriff derjenigen Verordnungen die nur mit zwey Dritttheil Stimmen sollten aufgehoben oder abgeändert werden können, und eben deswegen in diesem besonderen Buch zusammengetragen waren. Viele derselben waren nicht einmal sehr wichtig oder betrafen nicht constitutionelle Gegenstände. Auch waren sie alle nur aus dem achtzehnten Jahrhundert.

wegen gemacht, um sich dem Ideal der Einhelligkeit desto mehr zu nähern, die Ueberlegenheit evidenter zu machen, dem Beschlusse dadurch ein größeres Gewicht zu geben und seine freywillige Befolgung auch von Seiten der abwesenden oder der nicht einstimmenden Mitglieder zu erleichtern. Eintracht in den Hauptsachen, freundschaftliche Gefälligkeit und freywillige Nachgiebigkeit in Nebensachen oder unvermeidlichen Collisionen, sind überhaupt das eigentliche Bindungs- und Erhaltungs-Mittel der Communitäten, besonders der freyen, die keinen Richter über sich haben; Zwentracht und wechselseitige Erbitterung hingegen sind ihr größtes Uebel und der sichere Anfang ihres Verderbens. Dieses zu verhindern giebt es einige zwar seltene Fälle, wo auch die bloße Majorität aus freundschaftlicher Gesinnung nachgiebt oder zum voraus nachgeben zu wollen sich erklärt, und ihre derselben mehr gleichgültige Meynung dem dringenden Wunsch einer bedeutenden Minorität aufopfert, so wie man dieses bisweilen auch unter Privat-Personen bey collidirenden Rechten zwischen dem Mächtigen und dem Schwächeren sieht. Obgleich übrigens die Majorität im Allgemeinen deswegen herrscht, weil sie, nebst ihrem habenden Stimmrecht, zugleich die stärkere Partey ausmacht: so ist es deswegen, zumal bey kleinen Versammlungen und einer geringen Stimmen-Mehrzahl nicht immer bewiesen, daß sie jene Ueberlegenheit auch wirklich für sich habe. In unbedeutenden gewöhnlichen Fällen die auf das Wohl und Weh der Republik oder auf die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder keinen Einfluß haben, da giebt die Minorität gerne nach und es wird dadurch der Friede nicht gestört; auch kann man mit Grund vermuthen, daß die abwesenden Mitglieder dergleichen Gegenstände den

anwesenden überlassen haben. Aber in den wichtigsten Angelegenheiten, von denen die Existenz der Republik abhängt, oder wo Leidenschaften und Interessen ins Spiel kommen: da ist diese Präsumtion nicht allemal richtig. Gelingt es in solchen Fällen der besiegten Minorität durch Ueberredung und bessere Gründe nur einige Mitglieder der Majorität auf ihre Seite zu bringen, oder andere herbeizurufen die zu dem Beschlusse nicht mitgestimmt hatten, so ist die Ueberlegenheit auf ihrer Seite; was in einer früheren Versammlung beschlossen worden, wird in einer späteren über den Haufen geworfen; es entsteht in den Verhandlungen der Republik ein schwankendes Wesen ohne Einheit, ohne Consequenz, ohne Nachdruck, wo heute dieses morgen das Gegentheil erkannt wird, je nachdem zufälliger Weise zwei oder drei Mitglieder mehr oder weniger abwesend oder anwesend sind, oder die Menge von Consonanten sich durch den persönlichen Einfluß dieses oder jenes mächtigen Partenhauptes hinreißen läßt. Ein solcher Zustand der Dinge, den man oft in verdorbenen Republiken sieht, ist aber der gewisse Vorbote ihres nahen Untergangs. Zudem ist es auch nöthig und rechtlich für gewisse wichtige Gegenstände eine höhere Majorität festzusetzen, um dem Mißbrauch kleiner oder zu ungewohnter Zeit angesagter Versammlungen, übereilten Berathschlagungen u. s. w. vorzubeugen, deren Beschlüsse zwar die absolute Mehrheit aller Anwesenden für sich haben, aber hingegen der größeren Mehrheit früherer Versammlungen, oder dem präsumirten vernünftigen Willen aller Abwesenden offenbar widersprechen würden. Daher pflegen auch alle klugen Republiken und selbst viele Privat-Communitäten für die Receptionen neuer Mitglieder, deren Annahme den meisten gleich-



gültig, einer bedeutenden Minorität aber unerträglich wäre, für die Abänderung von Grundstatuten, welche die Erfahrung früherer Zeiten für sich haben, für die Errichtung neuer Constitutions-Gesetze, welche alle Mitglieder der Gesellschaft angehen oder verpflichten, für sogenannte Gnaden sachen, d. h. für die Ausnahme und Dispensation von bestehenden Gesetzen, deren leichtfertige Nichtanwendung ihr Ansehen schwächen würde, und für andere ähnliche Fälle eine Majorität von zwei Dritttheilen oder drei Viertheilen Stimmen zu verordnen, ohne welche nichts dergleichen solle beschlossen oder ausgeführt werden können: denn je größer die Majorität, je entschiedener die Ueberlegenheit ist, desto eher ist zu erwarten, daß die Eintracht nicht gestört und die Uneinstimmenden selbst zufrieden seyn werden. Auch haben dergleichen Gesetze um desto weniger Nachtheil, da die Minorität in solchen Fällen eigentlich nichts positives beschließt; sie hat nur ein negatives Gewicht, ein conservatorisches Ansehen, um etwas bereits bestehendes und längst beschlossenes zu erhalten und zu bestätigen; sie vereinigt ihren Willen mit dem Willen früherer Mitglieder, mit der Erfahrung vergangener Zeit. Inzwischen versteht sich, wie bereits gesagt worden, diese höhere Majorität niemals von selbst; sie ist positiven nicht bloß natürlichen Rechts, sie muß durch ein besonderes Statut der Genossenschaft und zwar für gewisse bestimmte Fälle eingeführt werden; welches Statut mithin wieder aufgehoben werden kann, da es hingegen unmöglich wäre, das Ansehen der Majorität überhaupt in allen Fällen abzuschaffen, weil dieses durch kein Statut, sondern durch die Natur der Dinge selbst besteht, und ohne dasselbe gar kein gemeinschaftlicher Wille möglich wäre, mithin auch keine Communität existiren würde.



Wie weit erstreckt sich aber die Gewalt der Majorität und hat sie nicht auch ihre rechtlichen Schranken? Allerdings! und dieser Grundsatz muß wohl bemerkt werden, da er von Corporationen noch weit eher als von Einzelherren mißkannt oder verletzt wird, und keine Tyranney entsetzlicher ist, als diejenige so von einer vielköpfigen Menge ausgeübt wird. Die Majorität, als die höchste Gewalt, ist zwar der König und Herr in einer Republik; aber auch ein König hat natürliche oder vertragsmäßige Pflichten, die er rechtlich nicht überschreiten darf, und jedes einzelne Mitglied, das in einer Communität den gemeinsamen Willen bilden hilft, ist schuldig bey seinen Meinungen oder Vorschlägen nicht auf den Wunsch oder den Willen der Majorität, sondern auf die Gerechtigkeit und, so weit diese es zuläßt, auf das Beste der Republik Rücksicht zu nehmen. <sup>10)</sup> Die Schranken der rechtmäßigen Gewalt einer Majorität sind daher die nemlichen wie die eines einzelnen Fürsten. <sup>11)</sup> Sie gebietet von Rechts wegen nur über eigene oder erlaubte Sachen; sie hat die Gesetze der natürlichen Gerechtigkeit über sich, sie soll mithin fremde, es sey angeborne oder erworbene Rechte respektiren, niemand in dem Seinigen beleidigen, sondern eher schützen, und wo sie kann, selbst Liebe und Wohlwollen gegen ihre Bürger und Untergebene ausüben; sie gilt mit einem Wort nur über die gemeinsamen Angelegenheiten der ganzen Corporation, nicht über die Privat-Rechte ihrer

---

10) „Du sollst nicht folgen der Menge zum Bösen und nicht antworten vor Gericht, daß du der Menge nach vom Rechten weichst.“ 2 B. Mos. XXIII, 2.

11) Vergl. B. II. Cap. 39.

einzelnen Mitglieder. Denn selbst der Mitgenosse ist ihr nur als solcher, nicht aber in jeder andern Rücksicht unterworfen; inner dem Kreise seines Befugnisses und so weit als er niemanden beleidiget, bleibt er sein eigener Herr. Will man mehr von ihm erhalten als er schuldig ist, so darf solches nicht durch Zwang, sondern nur mit seinem Willen, durch erlaubte Anlockungs- oder Ablockungs-Mittel oder durch freiwillig eingeräumtes Ansehen und Zutrauen geschehen. Wenn z. B. eine Republik oder freie Communität durch bloße Majoritäts-Beschlüsse über das Eigenthum einzelner oder mehrerer ihrer Mitglieder willkürlich disponiren, ihnen erlaubte rechtmäßige Privat-Handlungen gebieten oder verbieten, oder besitzende Privat-Rechte, wie z. B. Lehen, Zehnden, Grundzinsen und andere Einkünfte, eigene Gerichtsbarkeit, rechtmäßige Privilegien, die Bekleidung von Aemtern, den Genuß von Majoraten, Fidei-Commissen u. s. w., ohne Vertrag, ohne übereingekommene Entschädigung einseitig absprechen wollte: so könnte solches durchaus nicht gerechtfertiget werden, denn das sind Gegenstände welche der Communität nicht gehören und über welche sie also nicht zu verfügen hat; es wäre eine Ungerechtigkeit die der einzelne zwar dulden müßte, wenn ihm die Kräfte zum Widerstand mangeln oder wenn er keinen höheren Richter findet, die aber nichts desto weniger eine Unac-  
 rechtigkeit bleibt, ein Mißbrauch der Gewalt wie derjenige eines Fürsten der mit seiner Macht fremde Rechte beleidiget. Freylich sind auch hier, wie überall, wirkliche Collisionen möglich, wo die Rechte und Interessen der Republik mit entgegengesetzten Privat-Rechten der einzelnen Bürger nicht zu gleicher Zeit bestehen können, und wo also der Schwächere, des Friedens wegen, nachgiebt,

d. h. von seinen Rechten etwas aufopfert und dafür oft in anderen gemeinsamen Vortheilen seine Entschädigung findet. Allein dergleichen Collisions-Fälle sind ziemlich selten, und lassen sich am besten theils durch den indirecten erlaubten Zwang der Retorsion, d. h. der Entziehung von gegenseitigen Vortheilen und Gefälligkeiten, oder durch billige Verträge beseitigen, wozu die Republik, als der mächtigere Theil, so viele und schöne Mittel in ihren Händen hat.

Die Wahrheit dieser Rechtsregel, daß die Majorität nicht über die Rechte der einzelnen gelte, bestätigt sich auch dadurch, daß sie im Allgemeinen überall in der Praxis anerkannt und befolget wird. Schon in Privat-Communitäten würde sich ein einzelner Genosse mit Grund vor dem Richter beklagen, wenn ein Majoritäts-Beschluß seine Privat-Rechte beleidigte, und nach dem ordentlichen und gewöhnlichen Lauf der Dinge geschieht es auch in freien Republiken nicht. Noch weniger gilt solche Mehrheit bey bloßen Föderationen oder Congressen, wo keine wahre Corporation besteht, sondern nur der Wille jedes Einzelnen ihn verbindlich machen kann. Auf den Deutschen Reichstagen galt die Majorität bey Steuerbewilligungen nicht und eben so wenig hat sie die Schweizerischen Städte und Länder bey Bundes-Annahmen, Bensteuern, Friedensschlüssen u. s. w. verbunden, sondern es konnte da nur freye und freundschaftliche Uebereinkunft statt finden.

Aus der nemlichen Regel beantworten sich aber auch schwierigere Fragen, über welche sonst leicht Zweifel entstehen könnten. So z. B. kann die Majorität der



Stimmen von Rechts wegen eine Genossenschaft nicht aufheben, sondern dieselbige nur verlassen. Denn den überbleibenden, wären sie auch an der Zahl die viel geringeren, bleibt immer das Befugniß die nemliche Gesellschaft unter sich fortzusetzen. Sie daran zu hindern, wäre einer gewaltsamen Ausstoßung gleich, und hieße sie offenbar in ihrer Freyheit beleidigen. Auch besteht hier keine Collision von Rechten, nach welcher der eine oder der andere Theil nothwendig nachgeben müßte. Denn die Rechte der Austretenden können mit den Rechten der Zurückbleibenden gar wohl zu gleicher Zeit bestehen; indem jene der Gesellschaft mit ihren Vortheilen oder Beschwerden entsagen, diese sie beibehalten, so geschieht dem Willen von beeden ein Genügen. Zur Auflösung einer Genossenschaft wird also, gleichwie für ihre Stiftung, die Einheligkeit der Stimmen erfordert, und da eine solche Einheligkeit, zumal bey freyen und souverainen Communitäten, niemalen statt findet: so sieht man auch keine derselben die sich selbst, durch den freyen Willen ihrer Mitglieder, aufgelöset oder vernichtet hätte, sondern alle wurden entweder durch äußere oder durch innere Obergewalt zerstört. Hiernach lassen sich z. B. auch die sogenannten Abdicationen beurtheilen, welche wir in jenen Zeiten des Wahnsinns und der Revolution von Seiten mehrerer republikanischen Regierungen erlebt haben.<sup>12)</sup> Nicht zu gedenken, daß sie in einem Zeitpunkt der Umkehrung aller Grundsätze der Gerechtigkeit, aus Furcht vor Feindes-Gewalt, in Hoffnung eines versprochenen, aber nicht gekleisteten Gegenvorthells, unter vorausgesetzter

---

12) Venedig und Genua im J. 1797, die freyen Städte Zürich, Bern, Freyburg, Solothurn im J. 1798.



Erhaltung des Friedens und der übrigen Existenz geschehen und schon deswegen keine Verbindlichkeit hatten, weil von allem dem nichts gehalten worden: so waren sie rechtlich betrachtet an und für sich unbefugt, mithin ungültig und hätten nie mit Grund gegen jene Communitäten eingewendet werden können, wenn je für dieselben günstigere Umstände eingetreten wären, oder wenn sie diese Umstände hätten benutzen wollen. Denn jene Abdicationen sind nicht einhellig geschehen; die Abdicanten waren wohl befugt ihre Stellen und Aemter aufzugeben oder gar aus der Societät, d. h. aus der freyen Bürgerschaft zu treten; aber sie hatten kein Recht die Communität der übrigen zu vernichten, welche dazu nicht eingewilliget hatten, und diese Communität entweder unter sich selbst fortsetzen oder mit anderen und neuen Mitgliedern vermehren konnten. Noch weniger kam jener abdicirenden Mehrheit das Befugniß zu, diese Vernichtung gar im Namen anderer zu erkennen, wenn sie (wie dieses bey jenen Republicken oder ihren großen Räthen der Fall gewesen) nicht die freye Gemeinde selbst, sondern nur ihre ausgeschossenen Vorsteher oder Stellvertreter waren. Sie gaben Güter hinweg die ihnen nicht gehörten, sie opferten Freyheiten, Besizungen und mannigfaltige damit verbundene Rechte und Verhältnisse, die das Eigenthum der ganzen städtischen Gemeinde und ihrer Nachkommen waren, und wovon jene zeitlichen Vorsteher nur die fideicommissarische Verwaltung und Nutznießung hatten. Alles was sie hätten thun sollen oder dürfen, war Unrecht zu leiden, aber nicht selbst zu thun; der Uebergewalt nachzugeben, aber eine Protestation zu hinterlassen, um wenigstens ihre Pflicht zu erfüllen und bessere Zeiten erwarten zu können. Man pflegte zwar

darauf zu antworten, jene Städte hätten nur die Regierung oder die sogenannte Landeshoheit, nicht aber die übrigen Communitäts-Rechte aufgegeben, nicht die Gemeinde selbst vernichtet. Allein es floß bereits aus den lächerlichen, angeblich philosophischen Staats-Principien und ist eine leere Subtilität, eine ungereimte Distinction, die Regierung als ein eigenes, abgesondertes Wesen zu betrachten, welches man ohne Verlust übriger Privat-Rechte aufgeben könne. Denn was ist diese Regierung und über was erstreckt sie sich? Sie ist eine bloße Accidenz der freien Communität selbst, eine natürliche Folge ihrer Besizungen und persönlichen Verhältnisse, mit denselben wie mit der Substanz, oder wie der Schatten mit dem Körper unzertrennlich verbunden; das eine kann nicht von dem anderen gesondert werden, selbst wenn man es wollte. Wer Güter und Einkünfte besitzt, der regiert auch über dieses sein Eigenthum und besorgt die daher vorkommenden Geschäfte; er hat mehr oder weniger Ansehen und Einfluß über die auf seinem Gebiete wohnenden, ihm natürlich oder vertragsmäßig verpflichteten Menschen: und da eine freie Genossenschaft, gleichwie ein freier Einzelherr, Mißbräuche abgerechnet, im Grunde nur ihre eigene Sache regiert: so ist es schlechterdings unmöglich von ihr die Verzichtleistung auf die Regierung zu fordern, ohne sie zugleich ihrer Privat-Rechte die sie mit allen übrigen Menschen gemein hat, zu berauben. Dieses letztere ist daher auch überall geschehen, obschon es dem Geist und dem bloßen System nach, nicht die Absicht derjenigen war, welche dieser Revolution und ihren sophistischen Principien beypflichteten. <sup>13)</sup>

---

13) Vergl. B. I. Vorrede C. XII – XV.

## Neuntes Capitel.

### Fortsetzung.

#### 6° Beständig gleiche Freyheit der ganzen Genossenschaft.

---

- I. Eine Genossenschaft die keinen Oberen über sich erkennt, ist zu jeder Zeit so frey und unabhängig als sie es vorher gewesen.
  - II. Sie ist zwar an die Drittmanns Recht berührenden Verträge und Versprechungen ihrer Vorgänger gebunden, aber nicht an die sich selbst aufgelegten eigenen Statuten.
  - III. Alle Versuche wodurch man positive Constitutions- oder Communitäts-Gesetze unabänderlich zu machen sucht, sind ungesund, unflug, unausführbar und daher illusorisch.
  - IV. Die Abänderung solcher Gesetze muß zwar möglich seyn, aber sorgfältigen Formen unterworfen werden.
- 

Als eine weitere, wichtige und bisweilen mißkannte Rechtsregel muß nothwendig angenommen werden, daß eine Genossenschaft die keinen Oberen über sich erkennt, zu jeder Zeit so frey und unabhängig ist als sie es vorher gewesen. Die Nachfolger haben so viel Recht als ihre Vorgänger, die Communität, deren Mitglieder sich allmählig ersetzen, bleibt immer die nemliche Person; sie ist wie ein freyer Einzelherr, befugt unter Umständen ihren Willen zu ändern, in so fern sie dadurch niemanden beleidiget. Derselbige bleibt unter dieser Beschränkung immer gesetzlich, ja das Gesetz selbst; in der ganzen Genossenschaft ist zu



jeder Zeit alle Gewalt vereinigt, vor ihr und über sie ist nur das natürliche Recht oder das göttliche Gesetz, welches ihr alle nöthigen und keine unnöthigen Pflichten auflegt.<sup>1)</sup> Zwar ist sie, wie ein Einzelherr, an die Verträge und Versprechungen ihrer Vorgänger gebunden, aber nicht wegen dem Willen dieser letzteren, sondern weil durch dergleichen Verträge andere Personen ein Recht erworben haben, welches ihnen, ohne Verletzung der natürlichen Gerechtigkeit, nicht wieder entzogen werden kann. Hingegen ist eine Genossenschaft nicht schuldig sich denjenigen Statuten und Gesetzen, welche ihre Vorgänger sich selbst oder anderen Personen auflegten, zu unterwerfen, es geschehe dann mit ihrem Willen, d. h. es sey daß sie dieselben ausdrücklich oder stillschweigend bestätige. Sie kann dieselben abändern, auslegen, abschaffen, davon dispensiren und andere an ihren Platz stellen, wie sie es für ihre Zwecke und Bedürfnisse nöthig findet. Daher sieht man auch in allen Communitäten und Republiken ohne Ausnahme, daß frühere Statuten und Dekrete unbedenklich aufgehoben oder abgeändert worden, sobald es in gehöriger Form und durch eine verglichene Majorität von Stimmen geschieht.

Fremlich wünschen und wollen fast alle Constitutions-Fabrikanten, von Colon an bis auf unsere heutigen Revolutions-Philosophen, daß ihre Gesetze nicht sollen abgeändert werden können, und es ist keiner derselben welcher nicht in dieser Hinsicht den Nachfolgern allerley künstliche Fesseln aufzulegen versucht hätte. Das ist die Folge des menschlichen Eigendünkels, der sich selbst für

---

1) Vergl. B. II. S. 64 ff.



untrüglich hält, und jener geheimen Herrschsucht, die ihren Willen nicht nur für die Gegenwart sondern auch für die kommenden Geschlechter verbindlich machen will; ohne zu bedenken, daß wenn die Geseze gut sind und sich durch die Erfahrung bewähren, sie von selbst bleiben werden, im entgegengesetzten Fall aber ihre Abschaffung doch nicht gehindert werden kann. So verlangte Solon von allen Atheniensern, sie sollen seine Geseze wenigstens so lange halten, bis er von einer vorhabenden Reise zurückkehren würde; sodann verbannte er sich selbst und kam niemalsen wieder. Andere setzten Strafen gegen diejenigen fest, welche auch nur anrathen würden ein dergleichen Gesez wieder abzuschaffen, oder statuirten, daß solches gar nicht einmal zur Frage kommen dürfe. Wieder andere wollten solche Veränderungen nur in so seltenen Zeitpunkten oder nach so langen Zwischenräumen, auch unter so lästigen Formen gestatten, daß unterdessen ganze Generationen hätten zu Grunde gehen können, und die neueren Revolutions-Philosophen, wiewohl sie das ganze Volk zum Souverain erklärten, erfanden gar die Distinktion zwischen einer sogenannten constituirenden und der constituirten Gewalt, von denen die erstere entweder nur einmal, oder nur in sehr entfernten Epochen, mit großer Schwierigkeit versammelt werden könne, die letztere aber sich streng inner den Schranken der festgesetzten Constitution halten müsse, und nicht das geringste daran sollte abändern dürfen. Allein dergleichen Forderungen widersprechen der Natur der Dinge, sie sind nicht nur ungerecht und unflug, sondern sogar unmöglich und unausführbar, welches letztere am besten beweist, daß sie wider die Natur mithin auch wider die Vernunft sind. Menschliche Geseze der gesammten Nachkommenschaft zur ewigen



Fessel aufzulegen, heißt erstlich so viel als die Lebenden zu Sklaven der Verstorbenen machen, eine Sklaverei die um so viel ungereimter wäre, da sie auf gar keinem gegenseitigen Vortheil mehr beruht. Welches Recht haben die Vorgänger oder die Verstorbenen, ihren lebenden Nachkommen einen Willen aufzudringen, der vielleicht durch Unwissenheit und Leidenschaft zum Gesetz gemacht, entweder zu jeder Zeit ungerecht und zweckwidrig war, oder wenigstens durch veränderte Umstände unpassend und verderblich geworden ist, das Wohl der Republik hindern oder sogar ihre Existenz aufs Spiel setzen kann. Noch unvernünftiger und drückender ist ein solcher Wille, wenn sein Urheber selbst nicht mehr existirt, folglich ihn weder erklären, noch auslegen, noch mildern, noch davon dispensiren kann, und gleichwohl niemand an seinem Platz ihn zu vertreten befugt ist. Zudem gelten nur die göttlichen oder natürlichen Gesetze überall und zu allen Zeiten; menschliche Verordnungen hingegen (durch welche niemand ein absolutes Recht erworben hat) sind nur ein Mittel zu gewissen Zwecken, und müssen also aufgehoben und verändert werden können, sobald der Zweck wegfällt oder das Mittel selbst untauglich ja sogar schädlich geworden ist, oder bessere Mittel an seinen Platz gestellt werden können. Das Gegentheil zu behaupten wäre nur ein crasser, legistischer Aberglaube, nach welchem man den Geist der Form, das Leben selbst dem toden Buchstaben aufopfern würde. Endlich ist die Forderung, daß menschliche Gesetze auch für künftige Generationen, wider ihren Willen, verbindlich seyn sollen, sogar unmöglich und unausführbar. Wenn die Nachfolger den Willen und die Macht haben solche Gesetze abzuändern oder nicht zu befolgen, wie sollen jene früheren Gesetzge-

ber sie daran hindern können? Solons und Lykurgs Gesetze wurden abgeschafft oder vergessen, mochte auch ihre ewige Fortdauer noch so sehr vorgeschrieben seyn. Wenn man auch Strafen gegen diejenigen verordnet, welche auf eine solche Veränderung antragen würden: so hindert nichts, daß diese Strafe entweder nicht vollzogen, oder daß vorerst das Strafgesetz und sodann die Hauptsache selbst aufgehoben werde. <sup>2)</sup> Oder es werden zwar die alten Gesetze, dem Scheine nach, nicht abgeschafft, aber man macht dagegen neue, die ihnen widersprechen, wo dann diese letzteren vorgehen, die ersteren aber obsolet und vergessen werden, wie solches z. B. in den Griechischen Republiken geschah. <sup>3)</sup> Was endlich die neueren Revolutions-Republiken betrifft, so hat die Erfahrung plötzlich bewiesen, daß diejenigen welche die höchste Gewalt in Händen hatten, sich auch in ihrem Willen keine Fesseln anlegen ließen. Die Distinction zwischen einer eonstituierenden und einer constituirten Gewalt ist ungeeignet, sobald man sie auf die ganze freye Gesellschaft selbst anwendet; denn diese ist beides zugleich und hat keinen höheren Willen über sich. Beschränkt man sie hingegen auf ihre ausgeschossenen Stellvertreter, so hat sie zwar mehreren Schein, ist aber gleichwohl schädlich und unausführbar. Denn da entsteht nothwendiger Weise ein ewiger Streit was dann zum Wesen einer Constitution gehöre oder nicht gehöre? <sup>4)</sup> was sie eigentlich vorschreibe

---

2) Aliqui ne ejusmodi statuta mutarentur, cavere voluerunt poena statuta in eum qui ista abroganda sit censurus. Quam poena tamen non minus quam prius statutum abrogari potest. *Pufendorf* j. n. s. g. L. VII. c. 6. §. 8.

3) *G. Bodin* de rep. L. I. c. 9.

4) Es ist daher wirklich ekelhaft zu lesen, wie die neuen Consti-

oder nicht vorschreibe, gebiete oder verbiete, ob sie so oder anders auszulegen sey? <sup>5)</sup> Sobald aber die ganze sogenannte constituirende Gemeinde nicht versammelt, nicht befragt werden kann, so ist der Streit unauflöslich und der Ausschuss muß sie nothwendig auch hierin vertreten. Jrgendwo in jedem geselligen Verband ist und muß einmal eine höchste Gewalt seyn, welche vorhandene Gesetze aufzuheben, abzuändern, authentisch zu erklären befugt sey, und diese Gewalt kann nicht in einem todten Buchstaben, sondern nur in einer lebendigen, mit Einsicht, Wille und Kraft versehenen Autorität bestehen. Jene papiernen Ketten werden sonst bald zerbrochen und es wird dabey gewöhnlich alles tumultarisch über den Haufen geworfen; aus ungerechtem Zwang entsteht allemal eine viel größere Zügellosigkeit, gleichwie das Wasser die Ufer überschwemmt, wenn man ihm seinen natürlichen Lauf nicht gestattet. Hingegen befolget man die Gesetze viel lieber und freywilliger, sie werden weniger leichtfertig aufgehoben oder beiseite gesetzt, sobald man weiß, daß man dieselben allenfalls abändern kann, diese Veränderungen aber sorgfältigen und regelmäßigen Formen unterwirft; Formen, von denen wir seiner Zeit noch mehr reden werden und die z. B. darin bestehen, daß die vorhandenen Gesetze nicht anders als auf einen vorläufigen, der Erheblichkeit würdig erachteten Antrag, auf reife Untersuchung in gewissen bestimmten Zeiten, von zahlreichen

---

tutions-Fabrikanten bald die unbedeutendsten, ihnen aber wichtigen Dinge zu Fundamental-Statuten machen wollten, und bald wieder bey den wichtigsten, von denen sie nichts versahnen, sich mit der Wendung heraushalfen: *La loi détermine, organise, regle etc.*

5) Vergl. B. I. S. 232.



Versammlungen und nur mit einer höheren als der gewöhnlichen Majorität sollen aufgehoben oder abgeändert werden können. Alsdann erst erhalten die Geseze jene Ehrfurcht und Heiligkeit die ihnen, besonders in Republiken, sehr zu wünschen ist, die aber nicht auf lästigem Zwang, sondern auf dem Ansehen der Väter, auf der Probe der Erfahrung und auf der freywilligen Zustimmung mehrerer auf einander gefolgten Generationen beruhen muß. Uebrigens versteht sich von selbst, daß die früheren Statuten und Geseze ihre Kraft und Verbindlichkeit so lange beybehalten als sie nicht förmlich durch eine gesetzlich übereingekommene Majorität aufgehoben oder verändert worden sind. Denn eben, weil die Corporation immer die nemliche bleibt, weil ihre Mitglieder sich nur allmählig und unvermerkt erneuern: so ist auch das Stillschweigen oder die fortwährende Beobachtung der Geseze von Seite der Nachfolger als ein Zeichen ihrer fortdauernden Einwilligung zu betrachten, und überhaupt wird wie bey einem Einzelherren, so auch bey einer Corporation mit Grund vorausgesetzt, daß ihr einmal bekannt gemachter Wille der nemliche bleibe, so lang sie keinen entgegen gesetzten Willen förmlich geäußert hat.

---

## Zehntes Capitel.

### Fortsetzung.

7<sup>o</sup> Die Magistraten einer Republik sind nicht blos ihre Diener, sondern auch Mitgenossen und Vorsteher.

---

- I. Beweis der gleichzeitigen Existenz dieses doppelten Verhältnisses.
  - II. Daherige Folgen in Rücksicht auf die Benennung und das äußere Ansehen der republikanischen Obrigkeiten.
- 

Ein zweifaches, zum Theil seltenes und eben daher von wenigen richtig gekanntes Verhältniß, ist dasjenige in welchem die Magistraten oder Vorgesetzte einer Republik gegen die ganze souveraine Corporation, z. B. die dirigirenden kleinen Räthe gegen die großen Räthe oder gegen die freye Bürgerschaft selbst stehen. Auf der einen Seite sind sie freylich gewissermaßen die Diener oder Beamtete der ganzen Genossenschaft, oder sollen sich wenigstens in der Idee und in ihren Handlungen stets als solche betrachten; sie werden, wo nicht immer ursprünglich, doch gewöhnlich späterhin, von ihr ernannt, besoldet, bevollmächtigt, instruiert, wie der Minister von seinem Fürsten; sie schwören ihr den Eid, sie sollen ihre Macht nicht zu eigenen Zwecken, sondern nur zu den Zwecken und Interessen der ganzen Genossenschaft verwenden. In so fern sind sie also die Diener oder Beamte der Republik und haben die dießörtigen ihnen auferlegten oder übernommenen Pflichten zu erfüllen. Aber auf der andern

ren Seite können sie doch nicht ganz mit den Dienern oder Beamten eines Fürsten verglichen werden, und es besteht zwischen ihrem Verhältniß und demjenigen dieser letzteren noch ein wesentlicher Unterschied. Denn erstlich sind die Magistraten oder Vorsteher einer Republik selbst Mitgenossen an der gemeinsamen Herrschaft und Unabhängigkeit, was der Minister eines Fürsten nicht ist, indem er an den Rechten und dem Eigenthum dieses letzteren keinen Antheil hat. Sie können in jener Eigenschaft von den gemeinsamen Berathschlagungen nicht ausgeschlossen werden, sie haben zu allen Geschäften von Rechts wegen mitzusprechen und mitzustimmen, welches dem Diener oder Minister eines Fürsten ebenfalls nicht zukommt, als der nur Rätthe aber keine entscheidende Stimme zu geben hat, den der Fürst nicht einmal benutz ziehen schuldig ist, sondern allenfalls auch ohne ihn Beschlüsse fassen kann. Ja! es hat sogar die Stimme der Magistraten, wenn sie schon in den allgemeinen Versammlungen rechtlich nicht mehr als die jedes anderen gilt, dennoch als die Meinung der Mächtigeren, der Ersten, Vordersten, sachkundigsten und mit besonderem Zutrauen beehrten Mitglieder, so viel Gewicht, daß sie wenigstens in dem gesunden Zustand einer Republik gewöhnlich die Stimmen der übrigen nach sich zieht. Zum anderen haben die republikanischen Magistraten in den meisten Fällen und den täglichen, gleichwohl oft ziemlich wichtigen Regierungsgeschäften, keinen Oberen über sich, weil die ganze souveraine Corporation nicht immer versammelt werden kann noch stets versammelt werden will; sie disponiren über viele Gelder der Republik, vergeben die meisten Stellen und Aemter, können belohnen und strafen, Vortheile und Nachtheile zufügen; sie herrschen im Einzelnen (distri-

butive) über diejenigen selbst welche zusammen genommen und mit ihnen vereinigt (collective) ihr Herr sind; während hingegen der Minister eines Fürsten stets einen Oberen über sich hat, nie über denselben herrscht, jeden Augenblick von ihm Befehle empfangen kann oder wirklich empfängt und befolgen muß. Man hört freylich oft in Republiken von einzelnen Bürgern oder Parteyungen sprechen, die höchste Gewalt komme ihnen zu, die Magistraten seyen nur ihre Diener oder Minister, die mehr zu gehorchen als zu befehlen hätten, die man einsetzen, absetzen, instruiren, zur Rechenschaft ziehen könne u. s. w. Aber die Realität, oder die Natur der Dinge selbst, stimmt mit dieser Vorstellung nicht überein; denn die nemlichen welche dergleichen Reden führen, nennen hinwieder die Rathsherren ihre Patronen und Gönner, geben ihnen höhere Titel, suchen ihre Gunst, erforschen ihren Willen, bewerben sich bey denselben um Aemter oder Dienste u. s. w., und gerade das beweist, daß jene Rathsherren einmal nicht die Diener der einzelnen Bürger sind. Daher ist es auch merkwürdig, daß selbst im Canzleystyl das Wort Diener oder Minister von den Vorstehern oder dirigirenden Räthen einer Republik nicht gebraucht wird, wie hingegen von den ersten Beamten eines Fürsten. Sie heißen im Gegentheil Magistraten, Vorgesetzte, Aelteste, Senatoren, Savii, Rathsherren, Ehrenhäupter u. s. w., lauter Benennungen welche deutlich anzeigen, daß sie nicht vollkommene Herren und nicht bloße Diener, sondern die ersten und vordersten ihrer Mitbürger, ausgewählte, mit besonderem Zutrauen und einem großen Theil der Macht beehrte Mitgenossen sind, die nicht bloß im einzelnen rathe, sondern zusammen genommen auch entscheiden und befehlen können.



Diese Unterscheidung mag abermal beweisen, wie sehr viele Dinge in der einen Rücksicht gleich, in der andern ungleich sind, und mithin nicht die nemlichen Rechtsregeln auf sie angewendet werden können. Es beruht auf derselben auch der Grund warum (wie schon bey anderer Gelegenheit von uns bemerkt worden <sup>1)</sup>) der republikanische oder sogenannt patricische Adel, welcher auf der wirklichen oder öftern Bekleidung höherer republikanischen Würden beruht, eben so viel ja noch mehr geachtet wird, als das bloß von fürstlichen Bedienungen herrührende Ansehen, zumal wenn in Ansehung der Macht und des Gebiets zwischen dem Fürsten und der Republik kein großer Unterschied besteht, oder der höhere fürstliche Beamte nicht in anderer persönlicher Rücksicht, durch eignen Geburtsadel, durch Güterbesitz, durch angesehene Verbindungen und Verwandtschaften, zu sehr über die republikanischen Magistraten hervorraget. Es erklärt sich auch hieraus, warum das Haupt oder die gesammten Mitglieder einer souverainen republikanischen Regierung in Versammlungen, Zusammenkünften u. s. w. vor den Dienern eines Fürsten den Rang haben. Sie sind mächtiger und freyer, sie stellen gleichsam den Souverain selbst vor, während der Minister eines Fürsten immer von demselben abhängt, nur Arbeiter, Gehülfe, aber nicht Mitherr ist. Hingegen geht ein einzelner souverainer Fürst, selbst wenn sein Gebiet kleiner wäre, allerdings den Häuptern einer Republik oder ihrem dirigirenden Collegio vor. Denn er regiert in eigenem Namen, diese nur im Namen der ganzen Genossenschaft; er ist für sich selbst frey und herrschend, diese nur zusammen genommen: und

---

1) B. III. S. 296.

da das äußere Ansehen unter den Menschen sich nach dem Grade der besitzenden Kraft und Freyheit richtet, so ist es doch eine höhere Stufe von Macht und Glück durch sich selbst und allein unabhängig zu seyn, als diese Unabhängigkeit mit mehreren zu theilen, von ihnen zu erborgen und nur in ihrem Namen auszuüben. 2)

---

- 2) Eben dieses statuirt auch Pufendorf: Quia in dignitate vicaria et delegata tantum splendoris esse non potest, quantum in originaria, neque in magistratu tantum dignitatis quantum in principe, et vero civitates liberæ cum regibus in eodem loco convenire non possunt, nisi per legatos aut deputatos: adparet sane omnino legatum civitatis liberæ cedere debere cuicunque regi aut principi cui summum est imperium. j. n. et g. L. VIII. c. II. §. 29.
-

## Fünftes Capitel.

### Fortsetzung.

8° Das Gut einer Republik gehört der ganzen Genossenschaft und nicht ihren einzelnen wechselnden Mitgliedern.

---

- I. Beweis dieser wichtigen Rechts-Regel.
  - II. Kraft derselben darf das gemeine Gut nur zu den Zwecken der Communität verwendet und ohne Einwilligung aller Mitglieder nicht getheilt werden. Keinem abgehenden oder aus tretenden Mitglied kommt irgend ein Antheil zu.
  - III. Neuere Verletzungen dieser Regel sind eine Folge der Noth und der herrschenden falschen Doctrinen.
- 

Aus dem Begriff einer Communität, als einer einzigen moralischen oder collectiven Person, einer Vereinigung mehrerer, sich allmählig durch neue Aufnahmen ersetzender Menschen, zu einem gemeinschaftlichen fortdauernden Endzweck, folget ferner die wichtige Rechts-Regel, daß ihr Gut oder gemeinsames Vermögen der ganzen Genossenschaft gehört und nur allein für ihre Zwecke verwendet werden darf. Zwar muß man hier frenlich wahre Communitäten oder Corporationen von bloßen Handels-Gesellschaften und anderen dergleichen vorübergehenden Associationen, deren Gut von den einzelnen Mitgliedern durch gleiche oder ungleiche Actien zusammengeschossen worden ist, unterscheiden. In diesem letztern Verhältniß, wo das Privat-Eigenthum bleibt und nur einstweilen gemeinschaftlich verwaltet oder

benutzt wird, kann freylich jedes austretende Mitglied seinen Antheil zurückfordern, und es wird auch solches gewöhnlich in den Grund-Statuten ausdrücklich festgesetzt oder vorbehalten. Aber in einer wahren Communität, die immer die nemliche bleibt, ihre einzelnen Mitglieder mögen durch Tod oder freywilligen Austritt noch so sehr wechseln, deren Gut nicht durch bestimmte Aktien oder Einkaufssummen zusammengeschossen, sondern ihr entweder gemeinschaftlich geschenkt oder von ihr durch gemeinsame Kräfte erworben worden ist, wo mithin alles nur der Gesamtheit, den einzelnen Mitgliedern aber nichts eigenthümlich gehört, und wo überhaupt nichts besonderes festgesetzt ist: da hat es auch nicht die nemliche Bewandniß, sondern es bleibt bey der natürlichen Rechts-Regel, daß das Gut oder gemeinsame Vermögen nur der ganzen Vereinigung gehöre, so lang sie wenigstens existirt; es ist gleichsam eine ewige Substitution, ein beständiges Fidei-Commisß zu Gunsten nicht bloß der gegenwärtigen, sondern aller künftigen Genossen, von welchem die zeitlichen Mitglieder oder Vorsteher nicht die Eigenthümer, sondern nur die Verwalter sind.

Dem zufolge darf erstlich das gemeine Gut, zu der Regel, nicht zu anderen Zwecken als zu denen der Communität selbst verwendet werden. So soll man die Armen-, Kranken-, Kirchen- und Schulgüter zu keinen anderen Gegenständen als zur Unterstützung der Armen, zur Pflege der Kranken, zur Erhaltung der Kirchen und zur Erziehung der Jugend gebrauchen. Familien-Stiftungen, Ordens-, Kloster-, Stadt-, Gemeinds- und Zunft-Güter sind ebenfalls nur für die Zwecke und Interessen dieser Corporationen bestimmt. Die nem-



liche Regel gilt überhaupt auch von den eigentlichen Republiken. Doch wenn eine solche Communität ganz frey ist oder mehrere Zwecke in sich vereinigt, und in den Statuten nichts besonderes festgesetzt worden: so wird jede Verwendung, die sie nach regelmäßigen Formen von ihrem gemeinen Gute macht, als zum Besten der Gesamtheit geschehen, betrachtet, indem dabei immerhin entweder ihre Ehre oder ihr beglaubter größerer Nutzen beabsichtigt wird.

Zum anderen kann aus gleichem Grund kein abgehendes oder austretendes Mitglied irgend einen Antheil an dem gemeinen Gut zurückfordern, eben weil es nicht sein Privat-Eigenthum ist, nicht aus zusammengelegten Actien besteht, sondern nur der ganzen Genossenschaft, jenem Gemeinwesen gehört, welches ungeachtet der wechselnden Mitglieder stets als das nemliche fort dauert. Der einzelne Mitbürger ist gewöhnlich bey seiner Aufnahme auch ohne Geldbeitrag in den Mitgenuß oder vielmehr in die Mit Herrschaft über die gemeinsamen Güter getreten, und folglich kann er nicht fordern, daß ihm etwas davon zurückgegeben werde. Wenn er auch bey seinem Eintritt irgend etwas bezahlt hat, so war es nicht eine Einkaufssumme, sondern nur eine Bedingung der Aufnahme, ein freywilliger Beitrag um den Werth zu beweisen den er auf die Ehre dieser Bürgerschaft setzt, um ihren Wohlstand zu fördern oder um gewisse Privat-Vorteile zu genießen; aber jener Beitrag war nie nach einem gewissen Quotient des ganzen Corporations-Guts berechnet, und kann ihm also kein Recht auf dasselbe geben. Auch sehen wir deswegen in der ganzen Erfahrung, daß gemäß dieser natürlichen

Rechtsregel und ohne daß darüber in den Statuten das geringste festgesetzt sey, kein austretender Bürger einer Gemeinde, einer Stadt, einer Republik, kein Mitglied einer Familien-Corporation, eines Ordens, eines Klosters, einer Zunft u. s. w. irgend einen Antheil von dem gemeinen Gut heraus erhält, noch von den Erben eines Verstorbenen gefordert werden kann; und wenn in unsern Tagen hierüber nach und nach entgegengesetzte irrige Begriffe in die Köpfe einschleichen: so kommt solches nur von der Zerrüttung des jetzigen geselligen Zustandes, von jenem Zeitpunkt her, wo man entweder gegen alles Bleibende, Beharrliche, Gemeinnützige Krieg führte und alle Erdengüter bloß zu absolutem, wandelbarem, egoistischem Privat-Eigenthum machen wollte, oder wo man, wegen dergleichen Principien, die Auflösung und gewaltsame Zerstörung aller Corporationen besorgen mußte, und daher durch gehoffte Theilungen oder partielle Zurückgaben wenigstens etwas von dem Untergang oder fremdem Raub zu retten suchte.

Drittens ist es eben so klar, daß das gemeine Gut, ohne Einwilligung aller Mitglieder nicht getheilt werden darf. Denn eine solche Theilung wäre einer Auflösung der Genossenschaft gleich, zu welcher auch sogar die Majorität nicht befugt ist, weil sie, wie oben bewiesen worden, wohl austreten, aber das Recht der übrigen, die nemliche Gesellschaft unter sich fortzusetzen, nicht aufheben kann. <sup>1)</sup> Gleichwie das Corporations-Gut nicht einzelnen Mitgliedern gehört, so gehört es auch nicht den mehreren, sondern nur der ganzen

---

1) S. oben S. 102 — 103.

Gesamtheit, dem Gemeinwesen, welches als collective Person, ungeachtet der Verminderung seiner Mitglieder, fortauern kann; und gleichwie kein einzelnes Mitglied irgend einen Antheil für sich zurückzufordern berechtigt ist, so darf solches auch nicht von mehreren geschehen. Zur Theilung eines wahren Gemeinguts wird, wie zur Auflösung der Gesellschaft, die Einhelligkeit der Stimmen erfordert. Auch sehen wir daher, daß im Allgemeinen alle Dörfer, Städte, Familien-Güter, Zünfte, Klöster, Orden und Republiken ihre gemeinen Güter entweder gar nicht oder nur mit einhelligen Stimmen zu theilen pflegen, und von manchen wird dieses zum Ueberflus noch durch besondere Statuten ausgedrückt. In unseren für alle begüterte Corporationen so gefahrvollen Zeiten, mögen wohl von dieser Regel einige Ausnahmen geschehen, und bisweilen durch bloße Majoritäts-Beschlüsse gemeine Güter getheilt, so wie die Corporationen selbst aufgelöst worden seyn. Aber dergleichen Verfügungen wurden nicht gebilliget, noch für die gewöhnliche Rechtsregel ausgegeben, sondern sie geschahen nur um unter zwey unvermeidlichen Uebeln das mindere auszuwählen und der sonst befürchteten gewaltsamen Verraubung vorzubeugen. Wenn übrigens in solchen Fällen die Minorität, obschon sie die Theilung nicht wollte, dennoch dem Beschlusse nicht widerstrebt, seine Ausführung gestattet, sogar den ihr zukommenden Antheil annimmt: so ist es immerhin und mit Recht so zu betrachten, als ob sie hinten her eingewilliget habe, mithin der Beschluß einhellig gewesen sey.

---

## Zwölftes Capitel.

### Fortsetzung.

9° Die Genossenschaft kann von ihren Mitgliedern Steuern und Beiträge fordern so viel sie es nöthig findet.

---

- I. Das Befugniß dazu beruht darauf, daß hier immer freye Einwilligung statt findet: doch rathen Klugheits-Gründe dieses Recht nur selten und mit Maasse auszuüben.
  - II. Hingegen kann eine Republik ihre Untertanen nicht einseitig und willkürlich mit Steuern belegen. Sie stellt gegen dieselben einen Fürsten vor.
  - III. Unfällige Beihilfe der Untertanen muß angefordert und freywillig zugestanden werden. — Beweis dieser Sätze aus der Vernunft und der allgemeinen Erfahrung.
  - IV. Nach den wahren republikanischen Grundsätzen sollen die Steuern oder Beiträge für alle gleich seyn. Beweis der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser absolut gleichen Bürgers Steuern. Widerlegung der gewöhnlichen Einwürfe.
  - V. Daherige Unzulässigkeit und Unausführbarkeit aller gezwungenen Vermögens-Steuern.
  - VI. Wahre ökonomische Regeln bey eintretenden außerordentlichen Bedürfnissen.
- 

Es scheint endlich hart und drückend, fließt aber dennoch aus der Natur einer Communität oder Genossenschaft, daß dieselbe von ihren Mitgliedern (aber auch nur von diesen) Steuern und Beiträge fordern kann, so viel sie es für die Zwecke und Bedürfnisse ihres Gemeinwesens nöthig



findet. Zwar hat sie in ihrer Klugheit Gründe genug dieses Recht entweder gar nicht oder nur selten und mit Maaße auszuüben, theils wegen dem Widerstand der sich von Seiten der Bürger selbst zeigen müßte, theils weil dergleichen Steuern den meisten zu lästig wären, sie der Republik abgeneigt machen und vielleicht selbst zur Verlassung derselben nöthigen würden. Allein das Befugniß selbst beruhet darauf, daß hier niemalsen Zwang sondern immerhin freye Einwilligung vorhanden ist. Die Mitglieder der Genossenschaft beschäzen sich selbst, sie disponiren nur über ihr eigen Gut, zu eigenen Zwecken, und haben sich also über diese Beiträge so wenig als über andere von ihrem Willen abhängende Ausgaben zu beschweren.<sup>1)</sup> Sollte auch eine Minorität dem steuerfordernden Beschlusse nicht beugepflichtet haben: so bleibt ihr das Recht aus der Genossenschaft zu treten (das Bürgerrecht aufzugeben) und sich dadurch der Steuerpflicht zu entziehen. Uebt sie aber dieses Befugniß nicht aus, sondern bleibt in der Ge-

---

1) Daher erklärt es sich auch, daß diejenigen welche diesen, bloß im Innern einer wahren Republik geltenden, Grundsatz auf herrschaftliche Verhältnisse anwenden und in jedem Aggregat von dienstbaren oder abhängigen Menschen eine freye Corporation sehen wollen, durch die Gewalt der Principien getrieben, dem Staat ein unbeschränktes Beschäzungs-Recht auf die vermeynten Bürger einräumen. (Vergl. B. II. S. 327.) Allein wie irrig diese Vergleichung sey, haben wir schon oft bewiesen. Uebrigens wird selbst in wahren Republiken das Inconvenient noch dadurch corrigirt, daß man das Bürgerrecht, d. h. die Mitgenossenschaft aufgeben kann, da hingegen jene von Volks-Freyheit prahlenden Staatsrechtslehrer ihren fingirten Bürgern auch sogar dieses nicht gestatten wollen, und dadurch die entsezlichste Slaverey statuiren die sich nur denken läßt.

fellschaft, so leistet sie eben dadurch den Beweis, daß sie den übrigen nachgegeben, folglich hintenher ebenfalls eingewilliget habe; denn sie kann billiger Weise nicht fortfahren die gleichen Vortheile zu genießen ohne die gleichen Beschwerden zu tragen. Freylich wäre es von Seiten jeder Genossenschaft lieblos und unklug sich ohne Noth eingebildete Bedürfnisse zu schaffen, durch Verschwendung außerordentliche, unnöthige Ausgaben zu veranlassen, um von den einzelnen Mitgliedern beträchtliche Beyträge fordern zu müssen, welche vielen lästig, von den Aermern gar nicht bestritten werden könnten, und selbige dadurch zum Austritt nöthigen würden. Allein dieser Mißbrauch ist in einer Republik so leicht nicht zu besorgen, da die mehreren Mitglieder und selbst die Reicheren, stets interessiert sind, so wenig als möglich zu bezahlen, und da man auch der minder vermöglichen Mitglieder, als Erben, Gehülphen und Freunde nöthig hat, um die vorkommenden Arbeiten zu besorgen und die Wurzel seiner Kraft auszudehnen. Gewöhnlicher Weise sucht man daher durch Beschränkung der Bedürfnisse die Sachen so einzurichten, daß die Communität aus ihrem eigenen gemeinsamen Gut leben könne, und entweder nur geringe oder gar keine außerordentlichen Beyträge nöthig sind. Sonst aber kann die Regel nicht geläugnet werden, daß eine Genossenschaft von ihren Mitgliedern so viel Steuern fordern darf, als sie es für ihre gemeinsamen Bedürfnisse nöthig findet, daher man auch diesen Grundsatz in allen Privat-Communitäten und, wo die Noth es erfordert, auch in freyen Republiken unwidersprochen geltend und ausgeübt sieht.

Hingegen darf eine Republik ihre eigenen Untertha-

nen nicht einseitig und willkürlich mit direkten Steuern belegen, weil dieselben keinen Antheil an der Souveränität oder an dem gemeinen Wesen der über sie herrschenden Gesellschaft haben, mithin auch von Rechtens wegen nichts zu demselben beizutragen, sondern nur ihre sonstigen natürlichen oder vertragsmäßigen Pflichten zu erfüllen schuldig sind. Die Republik stellt gegen ihre Unterthanen, d. h. gegen die auf ihrem Gebiete wohnenden, in ihrem Dienste stehenden, unter ihrem Schutze lebenden Menschen, welche nicht zugleich Mitglieder der Communität sind, einen collectiven Grundherren oder Fürsten vor, und hat also in dieser Rücksicht gleichwie die nemlichen Rechte so auch die nemlichen Schranken, und aus ihrer Unabhängigkeit, aus ihrem Länderbesitz und sogar aus den verschiedenartigen freiwilligen Dienstverträgen fließt kein Recht auf das erworbne Eigenthum ihrer Unterthanen.<sup>2)</sup> Nur überwundene Feinde, denen man als Bedingung des Friedens oder als Loskauf von größeren Uebeln einen jährlichen Tribut auferlegt hätte, und die ihn auch gleichsam vertragsweise zusagten, können hierin eine scheinbare Ausnahme machen; dann aber beruht auch die Steuerpflicht auf einem ganz anderen Grund, und es sollen selbst diese Contributionen in der Folge nicht willkürlich erhöht werden. Hat also eine Republik die Beihülfe ihres ihr untergebenen Volkes nöthig, welches zwar auch geschehen kann, aber doch seltener als in Fürstenthümern geschieht: so muß diese Hülfe freiwillig gesucht und bewilliget werden, und zwar nur allein von den Freyen, d. h. von denjenigen Individuen und Corporationen des Landes die unmittelbar von der herr-

---

2) Vergl. B. II. S. 321 — 326.



schenden Republik abhängen, nur ihr und außer derselben niemand anders dienstbar verpflichtet sind. 3) Eine Republik kann daher auch ihre Landstände haben, sie existiren durch die Natur der Dinge in jedem Staat und bestehen aus den gleichen Elementen wie in Fürstenthümern. Nur werden sie gewöhnlich in Republiken viel seltener versammelt, aus dem ganz natürlichen Grund weil man ihrer Hülfe nicht bedarf und weder Steuern noch Auflagen verlangt, welches von diesen Ständen eher für ein Glück betrachtet werden sollte, da dergleichen Zusammenberufungen bekanntlich mehr für die Interessen des Fürsten als für die Interessen des Landes zu geschehen pflegen. Im Allgemeinen aber wird die Regel, daß eine Republik ihre Unterthanen nicht einseitig mit Steuern und Auflagen belästigen dürfe, auch in der Praxis wirklich befolgt, 4) und wo man davon abwich, da war solches bloß unter die einzelnen vorübergehenden Mißbräuche zu rechnen; denn Privatschuldigkeiten, wie z. B. Zehnden, Grundzinse, die Einkünfte von Domainen, Regalien, Sporteln u. s. w. muß man nicht mit eigentlichen Auflagen verwechseln. Keine Privat-Corporation fordert von ihren äußeren Dienern oder Untergebenen Steuern und Beyträge, wenn sie auch schon von denselben aus anderen Rechts-Verhältnissen mancherley Einkünfte ziehen kann. Bey den freyen und souverainen gilt überhaupt die nemliche Regel. In den späteren verdorbnen Zeiten Roms

---

3) Vergl. B. II. S. 335 — 339.

4) Versteht sich mit alleiniger Ausnahme der neueren Revolutions-Republiken, die gar nichts Eigenes besaßen, folglich theils den vorigen Landesherren, theils alle sogenannten Bürger ihres Eigenthums berauben mußten.



nahm man oft Leute, selbst wider ihren Willen, in das Bürgerrecht auf, nur um von ihnen Steuern und Militär-Dienste fordern zu können, ein Mißbrauch wodurch man die Regel umgehen wollte, der aber dennoch beweist, daß man sich nur gegen die eigentlichen Bürger zu dergleichen Forderungen berechtigt hielt. <sup>5)</sup> In den Republiken des Mittelalters hingegen, den Italienischen, Schweizerischen und Deutschen Städten ward jener Grundsatz rein beobachtet. Wenn z. B. in früheren Jahrhunderten die Städte Zürich und Bern Kriege führten oder Länder und Herrschaften kauften, so steurten nur die Bürger, nicht aber die Unterthanen. <sup>6)</sup> Das nemliche wird von Luzern gemeldet, bey dem Anlaß als diese Stadt Pfandschaften einlöste oder die Grafschaft Willisau erwarb. <sup>7)</sup> Bis auf die letzten Zeiten der Schweizerischen Republiken wurden weder von Bürgern noch von Unterthanen Steuern gefordert. Auflagen aller Art, sowohl für ordentliche als außerordentliche Bedürfnisse, kennt man erst seit der Revolution und ihren verschiedenen Gestalten, d. h. seit der Verschleuderung des Communal-Vermögens, der Umkehrung aller Rechts-Principien, und der bequemen Fiktion alle Einwohner als Bürger zu erklären, obschon sie es sowohl nach Gesetzen als in der Wirklichkeit dennoch nicht sind.

Wenn aber eine Republik von ihren Mitbürgern jährliche oder vorübergehende Steuern und Beiträge for-

---

5) C. Roth de re municipali Romanorum. 1801. 8.

6) J. von Müller Schweizergesch. II. S. 299.

7) von Balthasar fünf politische Jahrhunderte von Luzern. S. 12.

bert: so sollen sie in der Regel und nach den wahren republikanischen Grundsätzen, für alle gleich seyn; folglich nicht nach dem Verhältniß des Vermögens der steuerbaren Bürger, sondern nach dem Verhältniß ihres Antheils an dem gemeinen Wesen abgemessen werden. Denn bey gleichen Vortheilten sollen und dürfen auch nur gleiche Beschwerden Platz haben. Dieser Grundsatz, so sehr er auch den neueren Uebungen und selbst den meisten staatsrechtlichen Doctrinen widerspricht, fließt dennoch aus der Natur der Sache und gilt im Allgemeinen bey allen Corporationen in der Welt. Wem würde es dann einfallen bey einer Association zum geselligen Vergnügen, einem Casino, einer Tanz- oder Lesegesellschaft, einem Gelehrten-Verein u. s. w. die Mitglieder nach ihrem, sogar unbekannten, Vermögen bezahlen zu lassen, und nicht nach dem Maaß des Vorthteils den sie genießen. Solches wäre eben so ungerecht als wenn man den Preis der Lebensmittel nicht nach ihrem Werth oder Gewicht, sondern nach dem Privat-Vermögen des Käufers für jeden anders festsetzen wollte. Hier zahlt im Gegentheil jeder gleich; der Arme so viel als der Reiche und der Reiche nicht mehr als der Arme; nicht ihr Vermögen, sondern der gegenseitige Vortheil ist das Maaß nach welchem der Beytrag oder der Kaufpreis bestimmt wird. Warum nun dieser Grundsatz bey höheren und unabhängigen Communitäten, d. h. bey eigentlichen Republiken, nicht ebenfalls gelten sollte, ist gar nicht einzusehen. Wer die Vorthteile der Gleichheit genießen will, muß sich auch ihre Lasten gefallen lassen, oder wenn er dieses letztere nicht kann oder nicht will, lieber aus der Gesellschaft treten: und es gehört auch zu den zahllosen Widersprüchen der heutigen Philosophen, daß sie in ihren neu geschaffenen Re-

publikan zwar alle Vortheile gleich, die Beschwerden aber ungleich machen, jene allen Menschen einräumen, diese nur den Reichen aufbürden wollen. Dergleichen mäßige und für alle gleiche Bürgersteuern, welche wir in Monarchien, wegen den dort bestehenden verschiedenen Dienst-Verhältnissen durchaus unpassend gefunden haben, <sup>8)</sup> entsprechen hingegen ganz dem in einer Communität bestehenden Verhältniß, und wären sogar in jeder Republik als zweckmäßig zu empfehlen, selbst wenn man ihrer übrigens nicht absolut nöthig hätte. Sie sind ein ungemein schickliches, sichtbares und jährlich wiederkehrendes Zeichen, um alle Mitglieder an das gemeinsame Verband, an die Gleichheit der Rechte und der Pflichten zu erinnern; dem Armen zu beweisen, daß er, als Mitglied der Genossenschaft, so viel als der Reiche, dem Reichen, daß er nicht mehr als der Arme zu fordern oder zu bedeuten hat; dadurch das Ehrgefühl des ersteren zu beleben, den letzteren aber zur Billigkeit zu stimmen und von übertriebenen Prätenitionen abzuhalten. Solche Steuern oder Beiträge kränken daher auch den Armeren nicht, sie heben im Gegentheil das Gefühl seines bürgerlichen Werths, sind eine förmliche Anerkennung seines Rechts an der Genossenschaft, mithin für denselben ehrenvoll; während anderseits der Reiche sich auch nicht beklagen kann, weil man von ihm bey gleichen Vortheilen ebenfalls nur gleiche Beschwerden fordert, und ein stärkerer Beitrag stets seinem freyen Willen überlassen bleibt.

Man pflegt zwar gegen diese gleichen bürgerlichen Beiträge, und zur Rechtfertigung der Vermögens-, oder

---

8) B. II. S. 350 — 351.



anderer ungleicher Steuern, verschiedene Einwendungen zu machen; aber sie beruhen alle nicht auf dem Gefühl der Gerechtigkeit, sondern nur auf einem geheimen Neid gegen höheres Glück, oder auf der Verwechslung freiwilliger Liebespflichten mit strengen Rechtspflichten. So ist z. B. der gewöhnliche und so oft angebrachte Einwurf, der Reiche habe eines mehreren Schutzes nöthig, im Grunde bloß sophistisch. Vorerst haben wir schon oft bewiesen, daß die geselligen Verbindungen der Menschen nicht wegen der Sicherheit ihrer Mitglieder unter einander gestiftet worden, sondern entweder durch die Natur gegeben, oder durch ganz andere Bedürfnisse veranlaßt sind; und daß jener gerichtliche Schutz gegen mögliche Beleidigung nur eine moralische Pflicht, eine Hülfsleistung von Seite des Mächtigeren ist, die zur Ehre des natürlichen Gesetzes, ja selbst zur Sicherheit der unbeleidigten erfüllt wird; auch jedermann leicht erwiesen werden kann, indem es nicht mehr Mühe kostet einen Reichen als einen Armen zu schützen, oft sogar noch weniger, da der erstere mehr Mittel hat sich selbst zu helfen. In Absicht des Lebens und aller angeborenen Rechte sind sie einander gleich; was aber die erworbenen Rechte betrifft, so ist ein großes Gut eben so leicht zu schützen als ein kleines, und ein Proceß über hunderttausend Gulden ist so geschwind entschieden als einer über zehn Gulden. Die Constatirung der Thatsache, ihre Vergleichung mit dem natürlichen oder positiven Gesetz, und das aus beidem fließende Urtheil, kann bey dem einen so schnell als bey dem anderen geschehen, wofern man nur auf das Wesentliche der Proceßform und nicht auf überflüssige Formen und Subtilitäten Rücksicht nehmen will. Nicht zu gedenken, daß dieser in der Theorie so hoch gepriesene Schutz,



Der aber in der Realität von den meisten nie angesprochen wird, immer ungewiß und selten vollständig ist, bey eintretendem Fall durch gerichtliche Tagen und Sporteln noch besonders bezahlt werden muß, und daß also kein Grund vorhanden ist ihn noch einmal bezahlen zu lassen, wenn man seiner nicht bedarf und von niemanden beleidiget wird. Noch schlechter ist der Einwurf, daß der reiche Bürger mehr bezahlen könne als der Arme, und mithin auch mehr bezahlen solle, indem das letztere gar nicht aus dem ersteren folgt. Das sind Gründe von Bettlern, nicht von Rechtsgelehrten, Motive die wohl bey freywilligen Liebespflichten aber nicht bey strengen Rechtsschuldigkeiten angebracht werden dürfen. Hier kommt es nicht darauf an was einer thun könne, sondern was er zu thun schuldig sey. Der Vermögliche könnte auch noch viel anderes leisten, wozu man ihn gleichwohl nicht zwingen darf. Sobald er nichts weiter als Bürger ist, nicht mehrere Vortheile als andere genießt, so soll er auch nicht mehr als andere Bürger bezahlen. Daraus ziehen wir nun den Schluß, daß Vermögenssteuern, es sey daß sie nach einem gewissen für alle gleichen Quotient oder nach willkührlichen Classen progressiv bestimmt werden, in Republicen wie in Monarchien der Regel nach durchaus unzulässig sind, wofern sie nicht von jedem einzelnen zugestanden und freywillig übernommen werden. Nicht allein sind sie ungerecht, weil sie dem einen Bürger mehr Lasten als dem andern auflegen, ohne ihm dafür mehr Vortheile zu verschaffen: sondern sie haben auch unzählbare Inconveniente, führen zu lästigen Inquisitionen, veranlassen unvermeidliche Betrügereyen, zerstören den Privatercredit und sind am Ende sogar unausführbar, wofern man dabey nur einige Bil-

tigkeit oder Gleichheit beobachten will. Wir haben schon anderswo in dem Capitel von den Steuern und Auflagen <sup>2)</sup> überhaupt bewiesen, wie schwer, ja unmöglich es ist zu bestimmen, was alles unter das Vermögen gerechnet werden solle; wie viel größer noch die Schwierigkeiten sind dieses Vermögen unter allen seinen verschiedenen Gestalten zu erkennen, zu schätzen oder in Geld anzuschlagen, zu verificiren; wie unbillig und unklug es ist, nur allein das Capital-Vermögen, die Ersparniß treuer Vergangenheit, mit Steuern zu belegen und so die Wurzel alles National-Wohlstandes anzugreifen; wie der Reichthum eines Mannes nicht bloß nach der Summe seines Vermögens, sondern nach seinen reellen Einkünften und nothwendigen Bedürfnissen berechnet werden muß, die man abermal nicht kennen noch richtig schätzen kann; wie man sich daher, vermöge des Zwangs der Natur, zuletzt immer mit freiwilligen Angaben oder freiwilligen Zahlungen begnügen muß: und wir wollen also diese frappanten Bemerkungen hier nicht wiederholen. Haben nun schon die nach einem gewissen, für alle gleichen Quotient abgemessenen Vermögenssteuern so viele Inconveniente, so müssen die sogenannten progressiven oder Classen-Steuern, wo nach gewissen willkürlich festgesetzten Classen auch ein größerer Quotient des Ganzen gefordert wird, und wo man z. B. von 2000 Thalern Einkünften und darunter zwey von Einhundert, von 2001 bis 4000 vier von Einhundert, von 4001 bis 6000 sechs von Einhundert und von da in höherer Progression gehen bis zwanzig von hundert bezahlen muß, als eine noch viel ungerechtere und verderblichere Erfindung betrachtet werden, die nur un-

---

2) Vergl. B. II. 345 — 348.

ferem alles Recht umkehrenden, von Neid gegen jedes höhere Glük besessenen Zeitalter vorbehalten war, wo man alle fleißigen, wirthschaftlichen, vermöglichen Leute gleichsam als Verbrecher oder als Feinde der menschlichen Gesellschaft behandelte, während sie vielmehr ihre Stützen und natürlichsten Freunde sind.<sup>10)</sup> Dem für alle gleichen Quotient des Vermögens liegt doch wenigstens eine Art von Billigkeit, nemlich die relative Gleichheit, zum Grunde, bey welcher man sich beruhigen kann; diese progressiven Classen-Steuern aber sind gleichsam eine Strafe oder Buße auf höheres Eigenthum, mithin auf die Tugenden durch welche es erworben worden. Alle Nachtheile der Vermögenssteuern überhaupt treten bey den progressiven in noch viel höherem Grade ein. Die Festsetzung der verschiedenen Classen oder des verschiedenen Quotients ist bloß willkührlich, es liegt derselben auch nicht einmal eine scheinbare Basis von Billigkeit zum Grund, für einen Gulden mehr Vermögen müßte oft die doppelte Steuer bezahlt werden; die Ausführung ist noch schwieriger, das Resultat für die Vernichtung der Capitalien, mithin für den allgemeinen Wohlstand und die Beförderung löblichen Fleißes noch viel verderblicher. Auch entspricht die Erfahrung hier den Erwartungen nicht. Natürlicher Weise sollten dergleichen Classen-Steuern, wenn sie je richtig bezahlt würden, in einem großen Reich ungeheure Summen abwerfen, und dennoch ist ihr Produkt allemal äußerst gering, welches abermal beweist, daß sie unausführbar sind. Jeder sucht sich so viel möglich in

---

10) Sonnenfels hat durch seine Grundsätze der Polizen, Handlung und Staats-Wirthschaft die Idee zu solchen Classen-Steuern gegeben.



eine geringere Classe zu setzen und verheimlicht viele Bestandtheile seines Vermögens; er hat dazu nicht nur den mächtigsten Reiz, sondern auch Mittel genug in Händen, und wird gewöhnlich noch von andern begünstiget. Oß mußte einer sogar die Zunahme seines Wohlstandes verwünschen, bloß um von der lästigen doppelten Steuer befreit zu werden, die ihn von den vermehrten Ausgaben nicht enthebt und ihm dasjenige gleichsam als Strafe wegnimmt, was er durch Tugenden erworben hat. Sparsamkeit und Fleiß würden schädlich, Trägheit und Verschwendung oft nützlich werden, welches die Ordnung der Natur umkehrt und mithin auch niemals gut seyn kann.

Freylich wird man gegen diese Grundsätze einwenden, daß die absolut gleichen Beiträge der Bürger einer Republik nothwendig gering seyn müßten, damit sie von den ärmeren Mitgliedern ebenfalls bezahlt werden können, und daß sie also niemals eine bedeutende Summe abwerfen, vielweniger in evidenten Nothfällen hinreichen würden. Dieser Einwurf ist auch zum Theil allerdings richtig, aber man braucht deswegen dem Gesetz der Gerechtigkeit nicht untreu zu werden; denn unter solchen Umständen giebt es andere Mittel, oder die Bürger werden sich auch leicht zu größern freywilligen Aufopferungen und allerley Donationen einverstehen. Vorerst besteht also die allgemeine Regel, daß eine Republik, gleichwie ein Einzelherr, so weit immer möglich, aus ihrem eigenen gemeinsamen Gut und aus den allfälligen gleichen Beiträgen ihrer Mitglieder leben soll: kann sie dieses nicht, so muß sie ihre Bedürfnisse vermindern, d. h. ihren Aufwand beschränken, die Ausgaben nach den Einnahmen und nicht die Einnahmen nach den Ausgaben ab-



messen, welche Oekonomie in einer Communität, die für ihre Person keine physischen Bedürfnisse hat, und deren Mitglieder aus ihrem Privat-Vermögen leben müssen, unglaublich weit getrieben werden kann. Ist aber eine solche Beschränkung entweder nicht nützlich oder zu schwierig, oder treten gar außerordentliche Nothfälle ein: so sind verschiedene Mittel anzuwenden, je nachdem die Ausgaben alljährlich wiederkehren oder nur einmal aufgebracht werden müssen. Für die erstern ist es am zweckmäßigsten indirekte Abgaben einzuführen, deren Rechtmäßigkeit, unter gewissen Bedingungen, seiner Zeit erwiesen worden,<sup>11)</sup> die ihrer Natur nach freiwillig bezahlt werden und größtentheils doch nur auf die Reicheren fallen. Außerordentliche und beträchtliche Summen aber, wie z. B. für die Führung eines Kriegs, die Bezahlung von feindlichen Contributionen, die Erwerbung von Ländereien, den Loskauf von beschwerlichen Verpflichtungen u. s. w. lassen sich am besten und schnellsten durch freiwillige Anlehn aufbringen, welche Methode nichts nachtheiliges hat, sobald durch anderweitige Vermehrung der Einkünfte oder durch Verminderung der Ausgaben für die regelmäßige Verzinsung und allmähliche Rückzahlung jener Schulden gesorget wird. Sollte man aber dieses, gerade wegen seiner Leichtigkeit, mißbräuchliche Mittel nicht anwenden und keinen Theil der Last auf die Nachkommen wälzen wollen: so hat eine jede Republik noch reiche Hülfsmittel darin, wenn sie ihre Bürger zu freiwilligen Beiträgen auffordert, und zu diesem End ihr Interesse an dem gemeinen Wesen zu wecken und zu beleben versteht. Dergleichen Steuern, sie mögen nun gänzlich dem Gut-

---

11) Vergl. B. II. S. 352 ff.

finden eines jeden überlassen, oder nach einem gewissen allgemeinen Maassstab auf das Vermögen oder auf das Einkommen gelegt werden, haben nichts nachtheiliges, sobald sie durchaus freywillig sind und mithin nicht blos die Steuer selbst von den Bürgern zugestanden worden, sondern auch die Angabe der zu versteuernden Summen, ohne Inquisition noch Zwang von ihrem freyen patriotischen Willen abhängt. Will man als allgemeine Regel einen gewissen Durchschnitts-Maassstab annehmen: so ist es immerhin billiger und bequemer die Steuer auf das Einkommen überhaupt als nur auf das Capital-Vermögen zu legen. Denn erstlich ist das Einkommen etwas reelles, das Capital-Vermögen hingegen nicht, sondern nur ein idealer Anschlag von dem zufälligen und veränderlichen Werth der Dinge. Das jährliche schuldenfreye Einkommen ist die wahre ökonomische Kraft, das eigentliche Vermögen eines Menschen, von welchem er seine ordentlichen und außerordentlichen Bedürfnisse bestreitet und wovon er also auch etwas für das gemeine Wesen abgeben kann. Zweitens werden durch die Verlegung der Steuer auf das Einkommen überhaupt, alle mühsamen und gehässigen Erforschungen, Abtheilungen und Schätzungen der verschiedenen Vermögensarten erspart; die ganze Operation wird ungleich kürzer und einfacher. Drittens ist das Einkommen der Steuerpflichtigen viel leichter zu erfahren und zu schätzen als das Capital-Vermögen. Die Angaben werden im Ganzen viel treuer und gewissenhafter seyn; mancher macht sich Mühe sein Capital-Vermögen anzugeben, weil es entweder größer oder kleiner ist als das Publikum sich vorstellt, und beides ihm unverdienter Weise nachtheiligen Vermuthungen und Urtheilen blosssetzen kann, während er hingegen die Summe sei-

nes Einkommens unbedenklich bekannt werden läßt, weil sie meist aus sehr verschiedenen Industrie-Quellen besteht, die nicht jeder zu wissen braucht. Dabei hat man auch viel bessere annähernde Kennzeichen um die jährlichen Einkünfte eines Mannes nach seinen offenkundigen Ausgaben, als hingegen sein so leicht zu verbergendes Capital-Vermögen mit Wahrscheinlichkeit schätzen und beurtheilen zu können.<sup>12)</sup> Oft werden sogar diese Einkünfte noch höher angegeben als sie es wirklich sind, um dadurch in den Augen des Publikums für klüger und thätiger zu gelten, mithin dadurch sein Ansehen und seinen Credit zu vermehren. Viertens endlich hat jeder Mensch irgend ein bald mehr bald weniger beträchtliches Einkommen, nicht aber jeder ein Capital-Vermögen; die Steuer wird auf eine weit größere Zahl von Menschen vertheilt, eben dadurch leichter getragen, und dennoch ungleich ergiebiger. Daher erklärt es sich auch, daß in denjenigen Ländern wo man diese Materien am besten versteht, und zugleich den Handel und den Credit der Privat-Personen am meisten schont, alle außerordentlichen gezwungenen Steuern (deren die Noth in unseren Tagen so viele erforderte) blos auf das Einkommen gelegt worden: und selbst in anderen Staaten, wo sonst nicht die gleichen Principien

---

12) In Städten z. B. ist der Werth der Wohnungen oder der Hausmiethen, ich will nicht sagen ein vollkommener aber doch ein ziemlich richtiger Maßstab, da die Wohnung ein allgemeines und unentbehrliches Bedürfnis ist, und die Menschen sich überhaupt ziemlich genau im Verhältniß mit ihren Einkünften geräumig und bequem zu logiren pflegen. Dazu erfordern alle großen und einträglichen Industrial-Anstalten wieder Gebäude, wenn auch der Besitzer selbst nur eine beschriebene Wohnung einnimmt.

herrschten, hat man, durch Erfahrung belehrt, auf die nemliche Methode zurückkommen müssen, weil die Vermögenssteuern mit unendlich vielen Schwierigkeiten verbunden waren und doch nie ihren Zweck erreichten. In wahren Republiken aber, wo die Steuer nicht aufgedrungen, sondern freiwillig zugestanden, wo sie nicht für fremde, sondern für eigene gemeinsame Bedürfnisse gegeben wird, wo tugendhafter Gemeingeist, wechselseitiger Ehrenzwang, die Begierde sich auszuzeichnen, die Liebe für Kinder und Kindesfinder mitwirken: da entsteht oft unter den pflichtigen Bürgern und ihren verschiedenen Corporationen selbst, eine edle Racheiferung, wer es dem anderen zuvorthun, welcher den anderen durch stärkeren Beitrag übertreffen könne, und so ist es unglaublich, welch unerschöpfliche Hülfsmittel eine Republik in dem guten Willen ihrer Bürger finden kann, sobald sie denselben aufzuregen weiß, und die Bürger selbst auch an der Erhaltung des Gemeinwessens wirklich interessirt sind.

---



## Dreizehntes Capitel.

### Von der Organisation der Republiken.

---

- I. Nothwendigkeit derselben um die Menge der einzelnen Mitglieder zu vereinigen, sie zu einem künstlichen Ganzen zu bilden. Dergleichen Constitutionen können auch nur in eigentlichen Genossenschaften oder Communitäten statt finden.
  - II. Allgemeinheit derselben in allen Republiken und Privats-Communitäten.
  - III. Endzweck der Constitutionen. Solcher besteht darin: 1) die Gesellschaft selbst zu bilden und zu erhalten. 2) das natürliche Gesellschafts-Recht durch zweckmäßige Formen oder nähere Bestimmungen möglichst zu handhaben.
  - IV. Ihre Entstehungsart. Sie sind nichts weiter als das positive Gesellschafts-Recht, und können entweder auf einmal von den Stiftern der Gesellschaft, oder nach und nach bei eintretendem Bedürfnis gemacht werden. Letzteres ist die natürliche und auch die bessere Methode.
  - V. Gegenstände oder Bestandtheile der Constitutionen. Sie sind bei unendlich verschiedenen Formen und Mitteln überall die nemlichen.
    - a. Bedingungen der Aufnahme in die Genossenschaft und der Ausschließung von derselben.
    - b. Form der Versammlungen und Berathschlagungen.
      1. Zusammenberufung.
      2. Versammlungsort.
      3. Innere Organisation.
      4. Eröffnung der Materien.
      5. Berathschlagung oder sogenannte Umfragen.
      6. Stimmensammlung und Stimmgebung.
-

Bei dem wichtigen Gegenstand von der Organisation oder sogenannten Constitution der Communitäten und Republiken, haben wir von ihrer Nothwendigkeit, ihrer Allgemeinheit, ihrem Endzweck, ihrer Entstehungsart und ihren Gegenständen oder wesentlichen Bestandtheilen zu reden; von ihrer Zweckmäßigkeit, d. h. von ihrer mehreren oder minderen Vollkommenheit, wird sodann, um nicht in Wiederholungen zu verfallen, bei der Makrobiotik oder Erhaltungskunst der Republiken gehandelt werden.

Jede Vereinigung mehrerer Menschen die sich in eine wirkliche Corporation bilden und als solche handeln, d. h. irgend einen gemeinsamen Willen äußern und vollziehen will, hat zu diesem End eine bestimmte Einrichtung oder gewisser Statuten nöthig, durch welche die zerstreute und bisher zusammenhangslose Menge vereinigt, zu einem Ganzen gebildet, oder, wie man sich auszudrücken pflegt, gleichsam zu einem lebenden und thätigen Körper umgeschaffen werde. Den Inbegriff dieser bloß die innere Ordnung der Genossenschaft selbst angehenden, entweder auf einmal oder nach und nach gemachten Geseze, heißt man die Organisation oder auch die Constitution, die Verfassung des gemeinen Wesens, <sup>1)</sup> Ausdrücke von denen der erstere nach einer etwas stolzen Analogie von den organischen oder lebendigen Körpern hergenommen ist, welche die Natur durch einen bewundernswürdigen Mechanismus aus unendlich verschiedenen Theilen zu einem einzigen harmo-

---

1) pactum ordinationis, wie die älteren Publicisten sich ausdrückten, zum Unterschied von dem pacto unionis.

nischen und selbstthätigen, sich von innen heraus entwickelnden Ganzen gebildet hat; die letztere Benennung hingegen ist zwar bescheidener, aber an und für sich nicht unschicklich, weil durch diese Statuten erst die Gesellschaft gleichsam constituiert, verfasst, derselben eine bestimmte Form gegeben wird. Auch findet man daher dergleichen Constitutionen bey allen Republiken wie bey allen Communitäten ohne Ausnahme. Es ist beynahe kein Dorf, welches nicht sein Reglement oder seine Dorfordnung, keine Stadt, kein Orden, kein bleibender geselliger Cirkel, keine Handwerkerzunft, keine Handels- oder Gelehrten-Gesellschaft, die nicht ihre Statuten oder Fundamental-Gesetze habe, durch welche sie eigentlich verfasst oder eingerichtet ist, und die im Kleinen das nemliche was die Constitutionen der Republiken im Großen sind. Hieraus aber ergiebt sich bereits die wichtige und in unseren Tagen nie genug einzuschärfende Wahrheit, daß eine solche Constitution oder Organisation nur allein in Republiken oder eigentlichen Communitäten (Gemeinwesen) Platz finden kann, hingegen aber bey Einzelherren, welche durch die Natur organisiert und ihren individuellen Willen selbst zu äußern oder zu vollziehen befugt und vermögend sind, weder nöthig noch möglich ist. Man kann nicht sagen, daß zwischen einem Vater und seinen Kindern, einem Gutsherrn und seinen Dienern oder Arbeitern, einem Anführer und seinen Getreuen, oder zwischen den Kindern, den Dienern und den Waffengeführten eine Constitution oder Organisation bestehe, so wie in den Republiken selbst nur das Verhältniß ihrer Mitglieder unter einander, nicht aber das Verhältniß zwischen der ganzen Republik und ihren äußeren Untergebenen die Constitution genannt wird. Nur eine Communität oder Ge-

Genossenschaft bedarf künstlich von Menschen gebildet und constituirte zu werden, weil sie sonst gar nicht existiren würde; ein herrschendes Individuum hingegen ist durch die Natur vorhanden und von ihr selbst mit wunderbarer Vollkommenheit constituirte und organisirt. Steht es gleich mit anderen Menschen in mancherley verschiedenartigen Verknüpfungen, hat es auch über die Hülfe von vielen zu gebieten, denen es hinwieder mit seiner Macht hilft und nützt: so besteht da gleichwohl weder zwischen ihm und ihnen, noch zwischen den letzteren selbst, irgend eine Communität; man sieht da keine Aufnahme in die Gemeinde, keine Ausschließung von derselben, keine Zusammenberufung, keine collective Berathschlagung, keine Stimmgebung, keine Absönderung der Functionen u. s. w., welches alles hingegen in Corporationen oder Genossenschaften durch gewisse Formen genau bestimmt seyn muß. Will man aber die zwischen einem Fürsten und den verschiedenen Classen seines Volks bestehenden theils natürlichen theils vertragsmäßigen Verhältnisse eine Constitution nennen, so ist dieses wenigstens ein ganz falscher und unnöthiger Sprachgebrauch, wodurch alle Begriffe verwirrt, die nemlichen Worte für entgegengesetzte Dinge gebraucht und mittelst dessen revolutionäre Veränderungen erleichtert und eingeleitet werden sollen. Auch hörte man bis auf unsere Tage in allen Fürstenthümern oder herrschaftlichen Verhältnissen nichts von dergleichen künstlichen Verfassungen oder Constitutionen sprechen; sie existirten nicht, sie können niemals aufgewiesen oder gezeigt werden; und wenn die neueren Politiker sich auch bey Monarchien der Ausdrücke von Constitutionen, organischen Gesetzen u. s. w. bedienen, oder wenn man gar dergleichen einzuführen trachtet: so kommt solches nur von dem re-



revolutionären Zeitpunkt oder den verkehrten Grundsätzen her, nach welchen man sich jedes Volk, jede Menge von dienstbaren und abhängigen Leuten als eine souveraine Bürgerschaft vorstellte, oder eine solche schaffen und dem Fürsten gegenüber oder gar über ihn hinaufsetzen wollte, und demnach sich einbildete, daß diese Genossenschaft, gleich jeder andern, eine Constitution oder Organisation nöthig habe. Allein diese revolutionären Operationen, zu denen die Fürsten unkluger Weise selbst die Hände leihen und solche noch, zu ihrem und ihrer Völker Verderben, mit eigener Macht ausführen, heißen im Grunde nichts anders als das Fürstenthum in eine wider-  
natürliche Republik umwandeln, und bestätigen mithin noch die allgemeine Regel, daß solche Constitutionen nur in Republiken statt finden können.

Der Endzweck aller Constitutionen, aller Communitäts-Statuten, das Problem welches sie alle, bald mehr bald weniger glücklich aufzulösen trachten, besteht darin: theils die Genossenschaft selbst zu bilden und zu erhalten, theils das natürliche Recht derselben, welches in dem vorigen Capitel abgehandelt worden, möglichst zu handhaben, und vorzüglich zu verhüten, daß in Sachen, welche die ganze Communität betreffen, niemand seinen Privatwillen an Platz des allgemeinen Willens oder wenigstens des Willens der Majorität durchsetzen könne. Damit z. B. niemand zum Eintritt in die Genossenschaft gezwungen oder wider den Willen ihrer Mitglieder aufgenommen werde, damit alle Wahlen, alle Beschlüsse das Resultat einer wahren und nicht bloß scheinbaren Mehrheit oder gar der offenbaren Minderheit seyen, damit die Freyheit der ganzen Genossenschaft stets erhalten werde, ihre Ma-

Magistraten selbst zwar angesehene Mitbürger und geachtete Vorgesetzte bleiben, aber sich nicht zu Herren der Republik aufwerfen, das gemeine Gut nicht zu bloßen Privat-zwecken diene u. s. w. sind gewisse Formen oder Gesetze nöthig, welche die Abweichung von jenen Rechts-Principien, die zwar immerhin möglich bleibt, wenigstens erschweren und ihre Befolgung begünstigen sollen. Je mehr die Constitution diesen Zweck erreicht, je mehr sie mit einem Wort den Geist der Eintracht und die Gleichheit der Rechte zwischen den Bürgern, gleichsam das Leben der Gesellschaft und die Gesundheit oder das Gesez dieses Lebens zu erhalten und zu befördern weiß, desto vollkommener wird sie auch seyn. Wie schwer aber dieses Problem und in die Länge bennabe unauflöslich sey, beweiset die Geschichte aller Republiken, und wird in dem Capitel von den zu ihrer Erhaltung nöthigen Klugheits-Regeln noch näher gezeigt werden.

Da die Constitutionen nur positive Gesetze sind, welche die innere Ordnung und Einrichtung einer Genossenschaft oder Communität betreffen: so versteht sich von selbst, daß sie entweder von dem Willen der ursprünglichen Stifter oder ihrer späteren Mitglieder abhängen. Die einen wie die anderen sind befugt die Bedingungen und Formen vorzuschreiben, unter denen sie eine solche Corporation stiften, oder derselben beitreten, oder darin verbleiben wollen. Sie legen dadurch nur sich selbst Gesetze auf und beleidigen kein fremdes Recht. Bisweilen wird hiezu schon bey der Stiftung der Gesellschaft ein sogenannter Plan oder Entwurf gemacht, dem sich die einzelnen Mitglieder unterwerfen oder den sie vielmehr bey ihrem Eintritt freywillig annehmen, welcher Plan jedoch niemalsen hin-

reicht, sondern in der Folge, je nach den sich zeigenden Bedürfnissen bald vervollständiget, erläutert und oft sogar abgeändert werden muß. Gewöhnlich aber ist die Communität durch die Natur der Umstände oder durch die Macht eines früheren Herren bereits vorhanden, bevor ihre nähere Organisation berathschlaget und entschieden wird. Auch ist es gar nicht nöthig, daß diese Constitutions-Gesetze auf einmal gemacht werden; sie können eben so gut in einem Aggregat verschiedener, bey eintretendem Bedürfniß gemachter Vorschriften bestehen. Letzteres ist sogar die natürliche, gewöhnliche und eben daher auch die bessere Methode, ob sie gleich weniger schulgerecht, weniger glänzend scheinen mag. Denn man setzt nicht Uebel oder Unrecht voraus, wenn es nicht vorhanden ist; man legt der Freiheit keine Fesseln an so lang sie nicht mißbraucht wird, und nicht nur ist es unmöglich alle Fälle und Bedürfnisse vorherzusehen, sondern indem man nur allmählig die Lehren der Erfahrung berücksichtigt und benutzt: so werden auch nicht mehrere Gesetze gemacht als man braucht und nur diejenigen deren Nothwendigkeit sich allgemein fühlen läßt, die den Zeiten und Menschen am meisten angemessen sind. Auch prägen sich dergleichen Gesetze besser dem Geiste der Bürger ein, sie werden ihnen zur Gewohnheit und daher auch viel freiwilliger befolgt. Daß die Constitutions-Gesetze in Schrift verfaßt seyen, ist zwar gut und gewöhnlich, aber nicht absolut nothwendig; denn eine allmählig gebildete und allgemein angenommene Praxis gilt auch für ein Gesetz, und das wichtigste, das heiligste, was am pünktlichsten, am unverbrüchlichsten vollzogen wird, ist sogar nie und nirgends geschrieben, sondern durch Übung und Tradition von den Vätern auf die Kinder herabgekom-



men. 2) Ja! es scheint sogar klüger und besser gehandelt, nicht allzuvieler Dinge in Schrift zu verfassen; denn nicht nur veranlassen sie viele Zänkereyen, weil die Ausdrücke oft unvollkommen und zweydeutig sind: sondern indem man gewöhnlich nicht das natürliche und wesentliche, mithin auch allgemein bekannte, sondern nur das positive und zufällige, sonst leicht zu vergessende, niederzuschreiben pflegt: so werden die Menschen dadurch gewöhnt, ihre Aufmerksamkeit nur auf dieses zu richten, selbiges für die Hauptsache zu halten und darüber das wahre Recht zu vergessen; 3) da hingegen, wenn nur wenig geschrieben wird, der Geist oder das Natürliche, als in dem Gemüth und der Vernunft jedes Menschen vorhanden, stets lebendig bleibt, zuletzt durch fortlaufende Tradition nothwendig die Oberhand behalten muß, und menschliche Abweichungen oder fehlerhafte Zusätze nach und nach entweder verschwinden oder doch auf ihren subordinirten Werth zurückgeführt werden. Ueberhaupt sind die Constitutionen nichts anders als das positive Gesellschafts- oder

---

2) In dem sogenannten Rothen Buch von Bern, welches viele Leute irriger Weise für den Inbegriff der Verfassung von Bern hielten, war z. B. nirgends vorgeschrieben, weder daß diese Stadt frey und unabhängig sey, noch daß sie dieses oder jenes Gebiet besitze, noch daß ein Schultheiß, ein kleiner Rath von 27, ein großer Rath von 299 Gliedern seyn solle, noch daß man Bürger von Bern seyn müsse um dahin zu gelangen, noch wie man in dieses Bürgerrecht aufgenommen werden könne u. s. w. Die Constitution lag in der Natur der Sache, in uralten Institutionen und Gewohnheiten; jenes Buch aber war, wie schon anderswo bemerkt worden, nur eine Sammlung von solchen Verordnungen und Reglementen, die nur mit zwey Dritttheil Stimmen sollten abgeändert werden können.

3) Vergl. B. II. S. 398 — 393.



Communitäts-Recht, <sup>4)</sup> von welchem wir hier bloß das allgemeine und nothwendige behandeln; sie sind der Leib von welchem das natürliche Gesellschafts-Recht die Seele ausmacht; die Form in welche der Geist eingeleidet wird, durch welche er wirken und bewahrt werden soll; das Haus oder das Dach, um das höhere und wesentliche Gesetz vor dem Wind der Leidenschaften und willkürlicher Eingriffe zu schützen. Es verhält sich daher mit denselben wie mit den positiven Civil-Gesetzen und den urkundlichen Beschränkungen landesherrlicher Gewalt. Sie werden meist nur nach vorhandenen oft wiederholten Mißbräuchen gemacht, oder sie entstehen größtentheils durch Übung und Gewohnheit, die ursprünglich von dem Rath eines Verständigen herrühren und freiwillig angenommen, späterhin durch den Privatfleiß von Gelehrten, oder auf Befehl der Oberen aufgezeichnet, in Ordnung gebracht und als Regel für die Zukunft sanctionirt werden. Bisweilen mag sogar eine solche Revision oder methodische Redaction gut und nützlich seyn, um überflüssiges oder fehlerhaftes auszumerzen, eingeschlichene Widersprüche zu heben, die zerstreuten Vorschriften in ihre natürliche Ordnung zu bringen, und dadurch die Einsicht in den Geist und Zusammenhang des Ganzen zu erleichtern.

So unendlich verschieden nun die Constitutionen oder Statuten der Republiken in Absicht der Formen und Mittel seyn mögen, so erstrecken sie sich doch alle über die nemlichen Gegenstände. Ihre nothwendigen Bestandtheile sind durch die Natur der Sache selbst gegeben und daher auch überall die gleichen; Zeichen und Hülfsmittel

---

4) jus societatis domesticum positivum.

bleiben der Willkühr der Menschen überlassen, sie können und müssen daher auch verschieden seyn, je nachdem die Umstände oder die Kräfte der Gesellschaft verschieden sind, und mithin bald diese bald jene Form bequemer oder leichter auszuführen ist. Bedingungen der Aufnahme in die Genossenschaft und der Ausschließung von derselben; 5) Formen der Versammlungen und Berathschlagungen; ein auffällig stellvertretender Ausschuß, wenn er je nöthig ist, und wenigstens ein dirigirender kleinerer zu Besorgung der täglichen Geschäfte; beyde mit ihrer abermaligen noch sorgfältigeren Bildung, inneren Einrichtung und ihren bestimmten Verrichtungen: das ist was zu der Constitution einer jeden Republik gehört, und wodurch sie wenigstens in ihren Hauptzügen vollendet ist. Wir wollen diese verschiedenen Gegenstände oder Bestandtheile derselben hier so kurz als möglich, jedoch mit hinreichender Vollständigkeit abhandeln.

Das erste was nothwendig bestimmt werden muß, ist: wer von der freyen Genossenschaft seyn und wie sie allmählig ergänzt werden solle? oder mit anderen Worten, wem das Bürgerrecht zukomme und wie es erworben oder wieder verloren werden könne? Von einer Communität sind überhaupt ihre ursprünglichen Stifter und alle diejenigen welche späterhin von denselben oder ihren Nachkommen darein aufgenommen worden sind: denn niemand wird als Mitglied einer Genossenschaft geboren, die Natur hat keinem Menschen ein Bürgerrechts-Diplom aufgedrückt. Daß aber jede solche Gesellschaft wenigstens einige neue Mitglieder

---

5) *jus civitatis* — *droit de cité*.

annehmen müsse um die durch Tod oder freiwilligen Austritt abgehenden zu ersetzen, versteht sich von selbst, weil sie sonst in einem Menschenalter aussterben würde, welches der Zweck von keiner Communität seyn kann, am allerwenigsten einer solchen die mächtig, frey und herrschend ist. Falls durch Geseze und Uebungen die Söhne von wirklichen Bürgern, blos wegen dieser Eigenschaft, aufgenommen werden, oder ihnen die Aufnahme, ohne ganz besondere gesetzliche Gründe, nicht verweigert werden darf, wie z. B. in allen Stadt-, Dorf- und Lands-Gemeinden: so müssen wenigstens die Eigenschaften bestimmt seyn, nach welchen dergleichen Nachkommen von Bürgern als stimmfähige Mitglieder der Genossenschaft anerkannt werden sollen, welche Eigenschaften dann, nebst dem Beweise der Abstammung von wirklichen Bürgern, gewöhnlich nur in einem gewissen Alter und einigen anderen leicht zu erfüllenden Formalitäten bestehen. <sup>6)</sup> Ist aber die Gesellschaft von einer solchen Natur, daß die Söhne der wirklichen Mitglieder nicht von Rechtenswegen aufgenommen sind, oder gar nicht aufgenommen werden können, wie z. B. in allen herrschenden geistlichen und weltlichen Orden, deren Mitglieder zum Coelibat verpflichtet sind, in Handels- und Gelehrten-Gesellschaften, wo die Söhne oft nicht den nemlichen Beruf treiben, oder ist es überhaupt um die Aufnahme von Außern und Fremden zu thun, deren Eltern nicht bereits Bürger gewesen: so müssen die Bedingungen und Formen dieser Aufnahme so wie der Ausschließung genau festgesetzt werden.

---

6) Z. B. Annahme einer sogenannten Zunft, Besiz von Waffen, Erlegung einer geringen Finanz, Aufnahme in die herrschende Kirche u. s. w.



In der Regel soll die Aufnahme selbst nur von der ganzen Gesellschaft oder von der höchsten Gewalt einer Republik geschehen können; denn niemand ist befugt derselben wider ihren Willen Mitherrn oder Mitgenossen an ihrem Eigenthum aufzudringen, und auch dieser Grundsatz wird in der Wirklichkeit ziemlich allgemein beobachtet. Was die Bedingungen betrifft, so haben wir schon anderswo gezeigt, daß jede Communität natürlicher Weise dem Bewerber um ihr Bürgerrecht solche Leistungen vorzuschreiben pflegt, von deren Erfüllung sie hoffen kann, daß der Zweck der Gesellschaft gefördert werde; diese Bedingungen können daher sehr verschieden seyn, <sup>7)</sup> und machen auch einen Theil der Constitutions-Gesetze aus. Welche Klugheits-Regeln aber bey diesen Aufnahmen zu beobachten und welche Bedingungen die zweckmäßigsten seyen? das wird in dem Abschnitt von der Staatsklugheit der Republiken näher untersucht werden.

Formen der Versammlungen und Berathschlagungen. Ist nun auch die Genossenschaft selbst gebildet und die Art ihrer allmählichen Ergänzung bestimmt: so kann sie jedoch nur durch die Versammlung ihrer Mitglieder wirken, nur durch die Majorität der Stimmen Beschlüsse fassen, und für die Regelmäßigkeit dieser Versammlungen und Berathschlagungen sind gewisse

---

7) Z. B. nebst den oben S. 62 — 63. angeführten auch noch das Bekenntniß einer gewissen Religion, Niederlassung in dem Hauptort oder in dem Gebiet der Republik; verheiratheten oder unverheiratheten Stand; vollkommene persönliche Freyheit; Aufsagung anderer Bürgerrechte oder collidirender Dienst-Verhältnisse; Ablegung eines Eides, der die Hauptpflichten eines Bürgers in sich faßt u. s. w.



Formen nöthig, welche wenigstens die Zusammenberufung, den gemeinsamen Versammlungsort, den Vorsitz, das Sekretariat, die Eröffnung der zu behandelnden Materien, endlich auch die Art der Berathschlagung und Stimmensammlung festsetzen müssen.

1° Daß die Mitglieder einer Communität zusammenberufen werden müssen, um über die gemeinsamen Geschäfte zu entscheiden, versteht sich von selbst, ist nothwendig und natürlichen Rechts, weil sonst gar kein gemeinschaftlicher Wille herauskäme oder einzelne wenige ihre Privat-Meinung für den Beschluß der ganzen Communität ausgeben könnten. Niemand kann antworten, er werde dann befragt, und zur Aeußerung seines Willens aufgefordert. Zwar brauchen die Mitglieder eben nicht immer mit ihrem Körper gegenwärtig zu seyn; es ist möglich ihre Stimmen auch durch Kreisschreiben bey Hause abzuholen, schriftlich zu geben und sodann durch Zählung der Unterschriften die Majorität herauszubringen. Allein da auf solche Art gar keine wechselseitige Mittheilung der Gedanken und Gründe möglich wäre, und da bey allfällig verschiedenen einander subordinirten Meinungen und Vorschlägen der Wille der Mehrheit doch nicht erkannt werden könnte: so kann dieses Mittel nur äußerst selten, in dringenden Nothfällen, auch nur bey ganz einfachen, Nos mit Ja oder Nein zu beantwortenden Gegenständen angewendet werden, und auch in diesem Fall ist es nur in sehr kleinen Collegien möglich. Die Versammlung soll ferner (so weit es wenigstens möglich ist) allen Mitgliedern ohne Ausnahme angesagt werden, indem sonst die nicht einberufenen ihres Stimmrechtes beraubt

würden, und mithin abermal kein allgemeiner Wille herauskäme. Die Verletzung dieser Regel würde die größten Mißbräuche veranlassen und jeder Faktion die Mittel an die Hand geben, alles durchzusetzen, was ihren Privat-Interessen oder Privat-Leidenschaften am angemessensten ist, indem sie dazu nichts weiter braucht als nur solche Mitglieder zu berufen, von deren Stimmen sie versichert ist, oder absichtlich den Zeitpunkt zu erwarten und zu benutzen, wo minder willfährige abwesend sind. Auch soll die Versammlung in der Regel, und Nothfälle <sup>8)</sup> vorbehalten, an dem gewöhnlichen Ort und zu der gewöhnlichen Zeit Platz haben, wo sich alle Mitglieder leicht einfinden können, indem es sonst abermal einem herrschsüchtigen Präsidenten oder einer mit ihm einverstandenen Faktion sehr leicht seyn würde, jeden beliebigen Projekt gutheissen zu lassen und ihre Minorität an Platz der Majorität zu setzen. Was aber die Formen der Zusammenberufung betrifft, ob sie durch Glockenschlag, durch mündliche oder schriftliche Ansage bey den Häusern, oder durch Anschlagzettel, durch öffentlichen Ausruf, oder durch Publication in Zeitungen und Intelligenzblättern geschehe: so sind dieselben bloß positiv und gleichgültig, wofern sie nur ihren Zweck erreichen. Der Glockenschlag hat etwas feyerliches und heilig verbindliches, er dient zu gleicher Zeit auch für die entfernten Mitglieder und erspart anderweitige persönliche Dienste; mündliche Ansage bey den Häusern

---

8) Nothfälle sind solche wo die Anwendung der gewöhnlichen Regel entweder nicht möglich ist oder offenbar schädlich wäre. Alsdann wäre es unvernünftig die Regel befolgen zu wollen, denn die Gesetze sind zum Nutzen und nicht zum Schaden der Menschen gemacht.

ist bequem, wird aber leichter vergessen; schriftliche oder gedruckte Aufforderung ist sicherer, aber mühsam und kostbar, zumal wenn sie oft wiederholt werden muß: daher nach Umständen bald diese bald jene Form die vortheilhaftere seyn kann, und die beste Klugheit darin besteht, keine derselben ausschließend gesetzlich vorzuschreiben, sondern im allgemeinen die bequemste vorzuziehen, zu ihrer allfällig nöthigen Abwechslung aber sich die erforderliche Freiheit vorzubehalten.

2° Die Mitglieder einer Corporation müssen aber nicht nur zusammenberufen, sondern auch an einem bestimmten Ort versammelt werden, ein abermaliges Inconvenient dem ein Individuum oder eine physische Person nicht unterworfen ist, als welche überall wo sie steht und geht, bey Tag und bey Nacht, in jedem Augenblick ihren Willen erklären und daher auch viel schnellere Entschlüsse fassen und vollziehen kann. Dieser gemeinsame Versammlungsort besteht gewöhnlich in einem der ganzen Communität eigenthümlich gehörigen und dazu besonders eingerichteten Gebäude, welches Rathhaus, Stadthaus, Gemeindhaus u. s. w. genannt wird, oder auch einen anderen beliebigen conventionellen Namen trägt. Auf die Bauart und die innere Einrichtung desselben kommt es bereits ziemlich viel an, theils wegen dem anständigen, das Ansehn der Republik bezeichnenden und doch nicht übertriebenen Glanz, theils wegen den republikanischen Sinnbildern, welche gewöhnlich dabey angebracht und in jeder Rücksicht schicklich sind, <sup>6)</sup> theils wegen der

---

9) Z. B. weisse Sprache, wie in Zürich: ein Bund von Pfeilen, dem natürlichen Symbol einer Republik, wo viele Schwache

Bequemlichkeit der Versammlungen und Berathschlagungen, welche z. B. geräumige, wohlgelüftete Zimmer, afusische Bauart, mehrere freye Ausgänge u. s. w. erfordert, endlich wegen der Nähe der Kanzleien, der Archive, der übrigen Bedienung, der allfälligen Wache u. s. w. In der Regel soll die Communität nur an dem gewohnten, hiezu bestimmten Orte versammelt werden, weil derselbe allen Mitgliedern bekannt ist und weil sich auch hier alle nöthigen Hülfsmittel vorfinden. Doch ist dieses nicht absolut nothwendig; überall wo die Communität regelmäßig zusammenberufen wird und ihre Mitglieder bey einander sind, da ist sie auch befugt ihren Willen zu erklären und Beschlüsse zu fassen. Es ist sogar bisweilen nöthig dieses Recht auszuüben, indem es auch Nothfälle geben kann, wo die Versammlung an dem gewöhnlichen Ort entweder nicht möglich oder mit Gefahren und Aufschub begleitet, folglich der Communität selbst schädlich wäre.

3<sup>o</sup> Innere Organisation. Sind nun aber auch die Mitglieder der Genossenschaft bey einander, so würden sie dadurch allein noch kein Ganzes ausmachen, sondern immer nur ein zusammengelaufener Haufe einzelner Menschen scheinen. Jetzt erst hat die Versammlung eine Art von Organisation nöthig, durch welche sie gleichsam zu einem Körper gebildet, ihr ein Haupt und eine Seele gegeben werde, damit sie auch einen gemein-

---

nur durch ihre Verbindung stark werden; Gemählde aus den wichtigsten Epochen der Republik, Wappen oder Bilder ihrer verschiedenen Herrschaften oder Besitzungen, Symbole republikanischer Tugenden u. s. w.



schaftlichen Willen erklären könne. Alle Mitglieder können einmal nicht zum voraus wissen, was behandelt werden soll, nicht die Gegenstände anbringen, nicht zu gleicher Zeit reden, als wodurch nur die äußerste Verwirrung entstehen würde; es zeigt sich schon hier wieder die Unvollkommenheit von dergleichen künstlichen Körpern und der Drang der Natur die collective Einheit auf die natürliche oder individuelle zurückzuführen. Irgend eine einzelne Person muß nothwendig beauftragt und bevollmächtigt werden, das Ganze zu leiten und gleichsam die Seele des Körpers zu seyn; die Gegenstände über welche berathschlaget werden soll, es seyen nun Bittschriften von Privat-Personen, Meldungen und Einfragen von Beamten oder fremden Behörden, anbefohlene Berichts-Erstattungen u. s. w., als welche nicht von allen Mitgliedern einkommen können, vorläufig anzunehmen, die Versammlung zusammen zu berufen; die Materien in gehöriger Ordnung zu eröffnen, die Meinung der einzelnen Mitglieder einzuholen, die Fragen zu setzen, die Stimmen zu sammeln und über den Gang des Ganzen eine beständige Aufsicht zu halten. Diese Person, welche in allen Corporationen ohne Ausnahme, von der größten Republik bis zu der geringsten Dorfgemeinde und Handwerkszunft herab, unumgänglich erfordert wird, heißt man im Allgemeinen den **Präsidenten** (Vorsitzer), weil er gewöhnlich an einem erhöhten oder wenigstens durch seine Lage ausgezeichneten obersten Orte sitzt; es können ihm aber, je nach der ursprünglichen Natur der Gesellschaft, oder nach seinen vorzüglichsten Verrichtungen auch andere Benennungen gegeben werden, wie z. B. **Consul** (Fürsorger), <sup>10)</sup>

---

10) In Carthago hießen sie **Suffeten**, d. h. die höher stehenden, bei den Griechen **Archonten** u. s. w.

Großmeister, wie bey den Orden, die sich die Verbreitung einer Lehre oder die Erfüllung eines Gelübdes vorsezen; Bürgermeister, ein Ausdruck der nach der Analogie von Handwerkszünften hergenommen zu seyn scheint; Schuldheissen, als ursprüngliche Präsidenten des Gerichts, die den Schuldner vor Gericht kommen heissen; Gonfaloniere, im deutschen Fahnenträger oder Stadtvener, weil sie gewöhnlich auch die Anführer der Bürgerschaften waren und im Kriege das Banner trugen; Doge (dux), wie zu Venedig und Genua, ein Ausdruck der das nemliche Verhältniß anzeigt; in kleineren Dorf- oder Landsgemeinden Ammann, Dorf-, Stadt- oder Landammann <sup>11)</sup> u. s. w. Da nun ein solches Präsidium schon eine Art von Herrschaft oder wenigstens von Vorrang unter seinesgleichen ist: so sieht man auch, daß nach dem ewigen Gesetz und unwiderstehlichen Drang der Natur, in allen Republiken und Communitäten ursprünglich immer der Ueberlegenste, entweder an Rang und Macht, oder wenigstens an Alter und Erfahrung, zum Präsidenten gewählt oder als solcher anerkannt wird. Und weil derselbe eine äußerst wichtige Person ist, von deren der gute oder schlechte Gang der Geschäfte, mithin auch das Wohl der Gesellschaft grobentheils abhängt: so müssen bey der Fortdauer einer Republik theils die Bedingungen, welche zu dem Präsidentenamt wahlfähig machen, theils die Wahlart desselben sorgfältig bestimmt werden. Seine wesentlichen und nothwendigen Berrichtungen bestehen, wie oben gezeigt worden, in der Annahme aller einlaufenden Anfragen und

---

11) Im Französischen hat man auch die Ausdrücke Syndic, Echevin, Maire u. s. w.

Depeschen, in der Zusammenberufung der Genossenschaft, der Proposition der Materien, der Scheidung und ins Mehr. Setzung der gefallenen Meinungen und der Oberaufsicht des Ganzen während dem Zwischenraum der Versammlungen; es können ihm aber auch noch andere Verrichtungen aufgetragen oder überlassen werden, wie z. B. bey Deputationen oder anderen Gelegenheiten im Namen der Versammlung das Wort zu führen, ungeziemenden oder gesetzwidrigen Privat-Begehren den Zutritt vor die Communität oder ihren Rath zu verweigern; in den Versammlungen zur Beybehaltung der nöthigen Ruhe und Ordnung eine gewisse Autorität und Disciplin auszuüben, divergirende Opinenten zur Sache zu weisen und an die Gesetze oder an die im Wurf liegende Frage zu erinnern; in dem Fall, wo die Stimmen auf beyden Seiten gleich sind, durch die seinige den Ausschlag zu geben; die Versammlungen selbst aufzuheben, nicht nur wenn ihr Gegenstand beseitiget ist, sondern auch wenn sie zu ermüdend oder zu stürmisch werden sollten; den dienenden Offizialen die nöthigen Befehle zu ertheilen, das Siegel der Republik aufzubewahren, die ausgefertigten Beschlüsse durchzusehen und bisweilen sogar eigenhändig zu unterzeichnen; in kleineren Civilbündeln den Bürgern das Recht zu sprechen <sup>12)</sup> u. s. w. Alle diese Verrichtungen machen das Amt eines Präsidenten noch wichtiger, und beweisen wie nöthig es ist, dasselbe immer nur den treuesten und fähigsten Händen anzuvertrauen, ja sogar bisweilen mit der Person abzuwechseln. — Nebst einem Präsidenten ist aber in jeder Communität oder Corporation ein Schrei-

---

12) *C. Sismondi Hist. des republ. Italiennes I, 398–399.* Dieses war auch noch in mehreren Schweizerischen Städten üblich.



Der oder Sekretarius eben so unentbehrlich nothwendig, theils um die Beschlüsse, über deren Autenticität, Inhalt und Sinn sonst Zweifel entstehen könnten, durch Schriftzüge zu sichern, theils um solche den betreffenden Personen mitzutheilen. Ein Einzelherr bedarf dieses künstlichen Hilfsmittels ebenfalls nicht. Gleichwie er seinen Willen allein erklärt, so kann er ihn auch mündlich äußern, allenfalls selbst niederschreiben oder diktiren, persönlich vollziehen, und wenn er sich auch in der Folge nicht genau daran erinnern sollte, so ist er befugt ihn allein auszulegen oder sogar nach seinem Gutdünken zu ändern. Für ihn ist ein allfälliges besonderes Sekretariat eine bloße Bequemlichkeit oder Erleichterung, aber kein absolutes Bedürfnis. Eine Communität von vielen hingegen kann nicht durch den Mund von allen reden, nicht durch die Hand von allen schreiben, sondern muß dieses nothwendig einem dritten überlassen, den sie nicht einmal selbst zu beaufsichtigen vermag; sie ist nicht so beweglich wie ein Individuum, um ihre Befehle selbst zu vollziehen oder an andere mitzutheilen: und würde der gemeinsame Beschluß nicht durch Schriftzüge gesichert und mittelst dessen der Vergessenheit entrissen, so müßten sogleich die lästigsten Zweifel entstehen, worin er eigentlich bestanden habe; die einen würden behaupten es sey dieses, die anderen es sey jenes erkannt worden, <sup>13)</sup> erstere den Be-

---

13) Wie dieses oft schon jetzt geschieht, wenn etwa das Sekretariat den Sinn nicht richtig gefaßt oder nicht richtig ausgedrückt hat, oder nach seiner Meinung ausdrücken will. Da entstehen über solche Redaktionen, wenn sie je vorgelegt werden, die langweiligsten und unerträglichsten Berathschlagungen. In Republiken mehr als anderswo, ist es bennabe nöthig den Grundsatz anzunehmen, die Kanzley sey infallibel, d. h. die



schluß abändern, letztere ihn beybehalten wollen, und ohne neue Versammlungen und Berathschlagungen könnte dieser Zweifel nicht gelöst werden; ja es müßten sogar diese Erläuterungen neuerdings geschrieben werden, wenn nicht über dieselben die nemliche Ungewißheit entstehen soll. Daher sieht man auch viele Privat-Herren ohne besonderes Sekretariat, und selbst Fürsten, deren Willensäußerungen eben nicht alle niedergeschrieben werden; aber keine Communität, keine Corporation auf dem Erdboden die nicht ihren Schreiber hätte. Da es indessen nicht auf das Niederschreiben der Beschlüsse allein, sondern vorzüglich auf die Art und Weise dieses Schreibens unendlich viel ankommt: so ist der Sekretarius in jeder Republik eine äußerst wichtige Person, und gleichsam der Mund durch welchen sie an alle redet. Wenn er unter mannigfaltigen Formen und Einfleidungen, mit edler Einfalt und ohne pedantische Schulform, die zum Grunde liegenden Fakta kurz, treu und richtig anzubringen, die Rechts- oder Convenienz-Gründe deutlich und eindringend darzustellen, die Schlüsse bestimmt zu ziehen, auf Verstand und Herz der betreffenden Personen zu wirken, dabey dem Ganzen einen Ausdruck von Würde und guter Gesinnung zu geben weiß: so verschaffet dieses der Republik bey Auseren und Fremden, ja selbst bey ihren Bürgern und Unterthanen eine Präsumtion von Einsicht und Gerechtigkeit und darauf begründete Hochachtung, die unglaublich viel zu ihrem Ansehen und zum guten Fort-

---

oberste Autorität. Man sieht aber wieder hieraus, welch ungeheure Gewalt ein solcher Kanzley-Vorsteher hat, und welch strenge Gewissenhaftigkeit nebst der Fähigkeit von ihm erfordert wird.

gang der Geschäfte beiträgt, daher auch das Sprüchwort nicht ohne Grund ist, die Welt werde durch Sekretarien regiert.<sup>14)</sup> Die Funktionen eines jeden Sekretärs bestehen überhaupt darin, alle Beschlüsse der Communität, von welcher Art sie auch seyen, in die Feder zu fassen, selbige in gehöriger Form auszufertigen, ihre Dispositive den betreffenden Behörden oder Personen bekannt zu machen und jedem das nöthige aufzutragen, welches bereits ziemlich viel Sachkenntniß und Urtheilskraft erfordert; endlich die Archive in Ordnung zu halten, damit sowohl die früheren Beschlüsse als die eingelaufenen Schriften bei Rückkehr der nemlichen oder ähnlicher Gegenstände, mit leichter Mühe aufgefunden und eingesehen werden können. Hat er zu diesem End Gehülfen nöthig, so müssen ihm solche in gehöriger Anzahl beigegeben werden; doch wird hieben eben so oft durch Uebermaß als durch Mangel am Nothwendigen gefehlt, und in jedem Fall ist es gut die Sachen so einzurichten, daß der oberste und eigentliche Sekretär immerhin das Haupt der ganzen Anstalt bleibe, die übrigen Canzley-Beamten aber demselben untergeordnet seyen und von ihm die nöthigen Anweisungen erhalten. Man heißt dieses die Organisation der Canzleyen, welche auf einen hohen Grad von Vollkommenheit gebracht werden kann, und nicht ohne Wichtigkeit ist, wiewohl dieselbe nur die Ausbildung des vorhandenen Talentes erleichtern und begünstigen, aber solches nicht schaffen noch ersetzen kann. Nebst ihrem unmittelbaren Zweck der guten und schnellen

---

14) Welches zwar auch von den Ministern in Monarchien verstanden wird, aber noch weit mehr in Republiken wahr ist, die ihre Sekretärs nicht so leicht abändern oder zurecht weisen können.

Beforgung aller vorkommenden Geschäfte, soll die Einrichtung einer Canzley vorzüglich auch darauf berechnet seyn, junge Leute nachzuziehen, welche bey den geringeren Arbeiten anfangend, vom leichteren zum schwereren, von niederen zu höheren Stellen vorrückend, theils ein lebendiges Interesse an den Geschäften der Republik erhalten, theils sich allmählig die nöthige umfassende Sachkenntniß und Fertigkeit erwerben, als wodurch allein es möglich wird, eine fortdaurende Pflanzschule künftiger guter Haupt-Sekretärs zu bilden, indem dieses eben nicht so gemeine Talent zwar gewisse Präliminar-Studien, logische und juristische Kenntnisse voraussetzt, aber nur durch praktischen Unterricht, Uebung nach guten Mustern, und Correktion von frühern Meistern entwikkelt werden kann. — Präsident und Sekretarius sind also die beyden Haupt-Personen jeder Corporation, jeder Republik; jener ist gleichsam die Seele, dieser das Organ des gemeinen Wesens; ihnen ist nicht so leicht zu widerstehen, sie sind nicht so leicht abzuändern oder in Ordnung zu halten, als diejenigen sich einbilden, welche die Republiken nur nach falschen Theorien kennen: daher auch die Erfahrung beweist, daß in allen Communitäten, wosfern nur Präsident und Sekretariat wohl bestellt sind, die Geschäfte immerhin gut von statten gehen, in dem entgegengesetzten Fall aber auch die vortrefflichsten Talente und Kenntnisse der einzelnen Mitglieder unnütz oder fruchtlos bleiben, weil ihre Rathschläge entweder nicht zu Beschlüssen erhoben, oder nicht recht verstanden, und wenigstens nicht in ihrem wahren Geist und Sinn, nicht zu gehöriger Zeit und nicht in zweckmäßiger Form mitgetheilt und vollzogen worden.



4<sup>o</sup> (Eröffnung der Materien.) Hat nun die Versammlung einen Präsident und einen Sekretarius, so ist sie eigentlich constituirte und zur Aeußerung eines gemeinsamen Willens organisirt. Alsdann ist es um die Eröffnung der Materien zu thun, welche sowohl mündlich als schriftlich geschehen kann, und woben sehr oft beides mit einander vereinigt wird. Sie geschieht in der Regel von dem Präsidenten oder von denjenigen Committirten, denen irgend eine Sache zum besondern Rapport aufgetragen worden ist; es hat aber auch jedes Mitglied das Recht irgend einen Gedanken zu äußern oder einen Vorschlag zu machen, dem vielleicht die übrigen beystimmen könnten. Da indessen hierin eine gewisse Ordnung nöthig ist: so hängt der Rang oder die Zeitfolge in welcher die verschiedenen Materien eröffnet und vorgetragen werden (wofern die Gesellschaft nichts besonderes bestimmt hat) in der Regel von dem Präsidenten ab. Seine Vorträge haben billiger Weise die Priorität vor allen, sodann folgen die Committirten oder Referenten über diesen oder jenen besondern Gegenstand, jeder nach seinem Rang oder nach bestimmten Tagen, und wenn endlich diese Geschäfte beendigt sind, so werden auch die einzelnen Mitglieder im Allgemeinen angefragt, ob sie irgend etwas zum Besten der Gesellschaft anzubringen haben, worüber jedoch gewöhnlich nicht auf der Stelle entschieden werden kann. Das Wesentliche bey der Eröffnung der Materien besteht lediglich darin, daß die Fakta treu und deutlich angebracht und die daraus fließenden, zu entscheidenden Fragen bestimmt festgesetzt werden, als welches schon sehr viel zu ihrer richtigen Beantwortung beiträgt. Uebrigens ist es gut, wenn die zu behandelnden wichtigeren Gegenstände den Mitgliedern der Versammlung zum voraus bekannt



sind, oder von ihnen irgendwo eingesehen werden können, weil davon oft ihr mehr oder minder zahlreiches Einfinden abhängt, und weil man sich dann auch auf die Verhandlung gehörig vorbereiten kann. Darin liegt auch der Hauptgrund, warum die sogenannten Anzüge oder Anträge (Motions) einzelner Mitglieder (als welche man nicht vorher wissen kann) auch nicht in der nemlichen Sitzung, wo sie gemacht werden, endlich entschieden, sondern vorerst in nähere Untersuchung gewiesen werden sollen; seltene Nothfälle allein ausgenommen, bei welchen der Verschub entweder nicht möglich oder mit Gefahr und Nachtheil für die Republik selbst verbunden wäre.

5° Nach der Eröffnung der Materien folgt ihre Behandlung selbst, oder die Einholung der Meinungen der einzelnen Mitglieder, um sodann aus ihrer Vergleichung und Zusammenzählung den allgemeinen Willen, oder doch den Willen der Mehrheit herauszubringen. Man heißt dieses gewöhnlich die Umfrag oder die eigentliche Verathschlagung, wobei in kleinen Communitäten jedes einzelne Mitglied, nach dem Rang seiner Aufnahme, um seine Meinung befragt wird, in großen Versammlungen aber man zu Gewinnung der Zeit sich lediglich begnügt die Vorsteher namentlich anzufragen, die übrigen Mitglieder hingegen nur im Allgemeinen zur Aeußerung ihrer Gedanken aufzufordern. Alsdann steht jeder, der über die Sache zu reden verlangt, auf, ergreift das Wort, und der frühere an der Zeit hat auch hier den Vorrang am Recht, da bei gleichem Befugniß nur diese Art von erster Occupation den Streit entscheiden kann. Auch wird dieses Vorrecht gewöhnlich um so weniger bestritten, als es oft ein Vortheil ist, später oder

gar zuletzt zu reden, um alle Meinungen und Gründe der übrigen recapituliren, abwägen, unterstützen oder widerlegen zu können. Nach dem natürlichen Recht sollen bittiger Weise die Meinungen sowohl schriftlich als mündlich gegeben werden können; allein die abgelesenen Reden, obschon in der Regel besser ausgearbeitet als die extemporirten, machen doch gewöhnlich weniger Eindruck, theils weil sie nicht so unmittelbar aus dem Geist und Gemüth des Redners fließen, theils auch weil sie nicht so genau auf Personen und Umstände passen, indem dabey die Meinungen der Präopinenten nicht berücksichtigt, folglich auch weder unterstützt noch widerlegt werden können. Daß aber gar diejenigen, welche über einen Gegenstand reden wollen, sich vorher um die Ausübung dieses Befugnisses schriftlich anmelden <sup>15)</sup> und sodann zur Aeußerung ihrer Meinungen eine besondere Kanzel (tribune) bestiegen müssen, (wie solches in den französischen National-Versammlungen und anderen Revolutions-Republiken geschah) hat etwas gezieretes, schulmäßiges oder theatralisches an sich, was dem Ernst und der Bescheidenheit einer republikanischen Versammlung widerspricht und mehr auf den persönlichen Glanz einzelner Redner als auf den Zweck einer guten Berathschlagung berechnet scheint; daher auch diese (wie behauptet wird) von Freymaurerlogen nachgeahmte Form, als ermüdend und zeitverderbend, sonst bey keiner einzigen Republik in Uebung war, und bey den gewöhnlichen alltäglichen Geschäften auch nicht einmal möglich ist. Sie würde zuletzt nothwendig zu dem andern Extrem oder dem noch viel gefährlicheren Mißbrauch führen, entweder alles Opiniren überhaupt, oder

---

15) s'inscrire pour la parole.

doch alles fernere Reden gewaltsam zu untersagen, mit stürmischem Geschrei die Abstimmung zu verlangen <sup>16)</sup> und über die gemachten Vorschläge bloß mit Ja oder Nein, mit Annahme oder Verwerfung entscheiden zu lassen. Es scheint zwar, daß man auch auf diese Weise den allgemeinen Willen vernehmen und dadurch viele Zeit ersparen könnte. Allein da es nicht nur darauf ankommt einen Beschluß überhaupt, sondern so viel möglich einen vernünftigen, gerechten und der Republik nützlichen Beschluß zu fassen; da zu diesem End die einen wünschen können, die besonderen Einsichten und Kenntnisse anderer Mitglieder zu benutzen, und überhaupt alle das Recht haben Vorschläge zu machen, durch ihre Gründe auf die Versammlung zu wirken und neue Ideen an den Tag zu bringen; so ist jene Abstimmung ohne Diskussion schon deswegen weder gerecht noch zweckmäßig, sondern vielmehr einer Ausschließung von dem Vorschlags-, oder Stimmrechte gleich. Zum anderen sind auch nicht alle Fragen so einfach, daß sie bloß mit Ja oder Nein beantwortet werden könnten, und sie lassen sich sogar nicht immer auf diese Einfachheit zurückführen. Denn es ist bei den meisten Gegenständen nicht allein um das ob? sondern auch um das wie? zu thun; es können Thatsachen berichtigt, Modificationen angebracht, neue Formen, neue Mittel angerathen werden, die vielleicht den Beifall der Versammlung finden. Daher ist in jeder Rücksicht eine sogenannte U m f r a g, eine freye Eröffnung und Diskuti-

---

16) aux voix, aux voix! fermer la discussion etc. wie man solch Gebrüll in den französischen oder vielmehr jakobinischen Versammlungen hörte, um den Vernünftigeren den Mund zu stopfen.



rung der einzelnen Privat-Meynungen wesentlich nothwendig, und sie soll in der Regel fortdauern bis niemand mehr zu reden verlangt, mag auch solches den Verständigeren oft noch so langweilig und zeitverderblich scheinen. Allerdings werden dabei auch viele faktische Irrthümer und ungereimte Schlüsse angebracht, man muß oft viel albernes Zeug hören, bevor ein vernünftiger Gedanke kommt; durch die Association der Ideen wird sogar die Berathung oft so weit von dem eigentlichen Gegenstande abgebracht, daß es schwer hält die Versammlung wieder darauf zurückzuführen. Allein das gehört nun einmal zu den Inkonvenienten, die mit der Natur aller Republiken oder Corporationen unvermeidlich verbunden sind, und bisweilen sind auch die Nachtheile nicht so groß als man sich dieselben vorstellt, oder sie werden durch andere Vortheile compensirt. Wosern nur die Vorträge gut abgefaßt sind und wohl unterstützt werden: so pflegen, wenigstens im gesunden Zustand der Dinge, die meisten Mitglieder keine neuen Meynungen zu äußern, und manchmal wird aus Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit, oder aus Schüchternheit nur zu wenig diskutirt und der Gegenstand zu flüchtig abgethan. Die Abweichungen und Verirrungen unwissender Schwärzer sind freylich den weiteren lästig, aber sie wecken auch den Geist von anderen und entwickeln Talente die sonst geschlummert hätten. Eine solche Berathschlagung, wenn sie von einem gutem Präsidenten wohl geleitet und benutzt wird, ist oft gleichsam eine anticipirte Erfahrung, wo der eine dieses, der andere jenes zu vermeidende Inkonvenient vorher sieht; die entgegengesetzten Meinungen reiben sich nach und nach gegen einander ab; das ganz falsche und schwache fällt allmählig weg, die übrigen



Ideen streiten noch gegen einander und suchen sich wechselseitig den Vorrang abzugewinnen; zuletzt concentrirt sich alles auf wenige Hauptpunkte, es tritt entweder die eine Meinung siegreich aus dem Kampfe hervor, oder man vereinigt sich auf etwas anderes, was alle Interessen zu versöhnen scheint, aus welcher Conciliation zwar nicht immer die consequentesten doch aber diejenigen Beschlüsse erfolgen, mit denen vor der Hand jedermann am besten zufrieden ist, und die daher auch in der Vollziehung die wenigsten Schwierigkeiten finden. Eine Communität von vielen ist zwar ebenfalls Uebereilungen und Mißgriffen ausgesetzt; sie nimmt so wenig als ein Individuum immer den besten und klügsten Entschluß, aber die Sophistereyen im Großen dringen doch auch nicht so leicht durch, und unter vielen Nachtheilen muß man es beynähe als einen Vortheil der Republiken oder collectiven Berathschlagungen ansehen, daß sie wenigstens zur Erschwerung des Bösen geeignet sind, in so fern einmal das Fundament wohl gelegt, die herrschende Doctrin und Tradition gut beschaffen sind.

6° Nachdem die Materien eröffnet, behandelt und alle Meinungen angebracht worden, so ist es zuletzt um die Sammlung der Stimmen zu thun, an deren Zahl erkannt werden muß, welcher von allen gemachten Vorschlägen den Willen der Mehrheit für sich habe. Ist der Gegenstand sehr einfach, oder nur eine Meinung und allenfalls ihr Gegensatz, mithin eine bloße Affirmativ oder Negativ geäußert worden, so hat die Sache gar keine Schwierigkeit. Sind aber diese Meinungen sehr verschieden, umfassen sie mehrere Punkte, schließen sie einander wechselseitig nicht aus u. s. w.: so ist die Stimmen-

sammlung bereits wieder eine schwierige und langsame Operation, wosern man, wie die Gerechtigkeit es erfordert, keine Meynung unterdrücken und den eigentlichen Willen der Mehrheit herausbringen will. Was dazu erfordert werde, wie die gemachten Vorschläge auf einfache, bestimmte, mit Ja oder Nein zu beantwortende Fragen zurückgeführt, die widersprechenden einander entgegengesetzt, und die untergeordneten oder Nebenfragen erst nach entschiedener Hauptfrage ins Mehr gesetzt werden müssen; werden wir in der Makrobiotik der Republiken ausführlicher entwickeln; hier aber ist es nur darum zu thun zu zeigen, daß und wie die Stimmen gesammelt werden müssen. Diese Stimmgebung aller einzelnen Mitglieder besteht nicht mehr in Worten, sondern in einem äußeren für alle gleichförmigen Zeichen, an welchem die Mehrheit leicht mit Augen erkannt oder bey allfälligem Zweifel gezählt werden kann. Welches Zeichen aber hiezu ausgewählt werde, ist an und für sich bloß positiv, mithin gleichgültig, und hängt von der Uebung oder dem Gutfinden der Gesellschaft ab. Ueberhaupt kann man diese verschiedenen Formen der Stimmgebung in öffentliche und geheime abtheilen. Jene bestehen gewöhnlich in Aufhebung der Hände, in Aufstehen und Sitzenbleiben, oder, wie bey den Römern, in der localen Trennung (*discessio in partes*), wo die bejahenden Mitglieder sich auf die eine, die verneinenden aber auf die andere Seite des Saals begeben mußten, und sodann die Mehrheit durch das Augenmaß oder durch förmliche Zählung erkannt wurde; endlich auch in dem namentlichen Aufruf (*appel nominal*), wo jedes Mitglied durch Ablesung seines Namens aufgefordert wird, über die betreffende Frage mit lauter Stimme Ja oder Nein

zu antworten. Diese letztere, bisweilen in den französisch. revolutionären Versammlungen angewendete Methode, ist aber äußerst selten, zeitverderblich und wird auch nur in besonders wichtigen Fällen und faktlosen Zeiten gebraucht, wo man nicht nur die Mehrheit der Stimmen überhaupt kennen, sondern auch bestimmt wissen und bekannt machen will, welche Personen zu diesem oder jenem Vorschlag gestimmt oder nicht gestimmt haben, was unter gewissen Umständen zweckmäßig, unter anderen aber auch sehr gefährlich seyn, schwache Gemüther erschrecken und aus Furcht vor Rache oder Verfolgung bewegen kann, wider ihre bessere Ueberzeugung zu stimmen. Das öffentliche Stimmgeben, besonders in der ersten einfachen Form, ist die ursprüngliche, natürliche, eben daher auch die allgemeine Regel, und wird in allen gewöhnlichen Geschäften angewendet, wo niemand sich scheut seine Stimme anderen bekannt werden zu lassen. Es hat auch den Vortheil, daß es die mutigen, tugendhaften Charaktere, rechtschaffene Meinungen begünstiget, und durch den Einfluß ihrer sichtbaren Freunde selbst auf andere wirkt, dabey auch viel weniger Zeit erfordert, worauf in gemeinsamen Berathschlagungen immer vorzügliche Rücksicht genommen werden muß. Die Stimmgebung durch Aufstehen ist jedoch sicherer als die durch bloßes Handaufheben, indem bey zahlreichen und stürmischen Versammlungen ein einzelnes Individuum leicht unbemerkt entweder gar keine, oder zwey Hände in die Höhe heben, aber hingegen nur mit einem Körper aufstehen kann und sein allfälliges Sitzenbleiben viel eher wahrgenommen wird. Das geheime Botiren hat aber vorzüglich bey Wahlen und bey solchen Gegenständen Platz, wo wichtige persönliche Interessen ins Spiel kommen, und wo man also be-



sorgen muß durch den Einfluß mächtiger Personen in seiner Freyheit gestört zu werden, oder wenigstens durch öffentliche Stimmgebung sich bedeutende Feinde zuzuziehen u. s. w. Es geschieht bekanntermaßen durch Steine, gefärbte Kugeln (Balloten), die hinter einem Vorhang in irgend ein Gefäß gelegt werden, schriftliche Zeichen (Kreuze oder Nullen) auf besondere Zettel, welche entweder verschiedene Personen oder verschiedene Hauptmeinungen vorstellen und hernach zusammengezählt werden. Dieses geheime Botiren hat zwar den Vortheil, daß es die Stimmen-Freyheit auch der schwächern Gemüther befördert, daß mancher unter diesem Schirm seinem Gewissen oder seiner bessern Ueberzeugung folgt, der es öffentlich aus Privat-Rücksichten nicht hätte thun dürfen; daß es endlich weniger Haß und Feindschaft erregt, weil die Stimmen nicht bekannt werden u. s. w. Aber auf der andern Seite hat es auch den Nachtheil, daß es eben so oft geheime Schlechtigkeit begünstigt, daß unter dem Deckmantel des Geheimnisses mancher für Personen oder Sachen stimmt, die er sich gescheut hätte öffentlich gutzuheißen, und daß es endlich mit sehr vielem Zeitverlust begleitet ist: daher die beste Regel und auch die gewöhnliche Uebung darin besteht, beyde Methoden zu gebrauchen, nemlich jede da, wo sie nach der Natur der Sache oder den vorhandenen Umständen die angemessenste ist; das öffentliche Stimmgeben bey allen gemeinsamen, kein besonderes Individuum betreffenden Angelegenheiten, das geheime hingegen bey den Wahlen für einträgliche Ehrenämter oder bey anderen Privat-Geschäften; wie z. B. bey Belohnungen und sogenannten Gnadensachen, wo man oft gar zu gern aus gemeinem Gute freygebig ist, und aus Rücksicht für die be-



treffende Person seine Stimme nicht öffentlich verweigern dürfte; hinwieder bei strengen, gegen Mitglieder der Genossenschaft selbst anzuordnenden Strafen, bei Käufen, Verkäufen, Tauschen um zu erwerbende oder zu veräußernde Güter u. s. w., lauter Fälle wo mancher aus Personal, Rücksichten, aus Furcht sich mächtige Feinde zu schaffen, oder aus Hoffnung durch übertriebene Gefälligkeit sich Freunde zu erwerben, in eine peinliche Collision versetzt und mittelst des öffentlichen Abstimmens leicht bewogen werden könnte, das gemeinsame Beste der Republik, welches er pflichtmäßig besorgen soll, seiner Privat-Klugheit aufzuopfern. — Künstlich sind schon alle diese constitutionellen Einrichtungen bei ganz kleinen und einfachen Communitäten; aber erst jetzt bleibt uns zu zeigen übrig, wie schwierig und verwirrt sie werden, wenn die Genossenschaft ausgedehnt und zahlreich ist.

---

## Vierzehntes Capitel.

### Organisation der Republiken.

#### Fortsetzung.

#### c. Größerer stellvertretender Ausschuss, wenn er nöthig ist.

---

I. Derselbe ist nur nöthig, wenn die ganze Genossenschaft, wegen der Zahl oder Entfernung ihrer Mitglieder, nicht versammelt werden kann.

II. Er ist gleichsam eine verengte oder verjüngte Genossenschaft und hat wieder einer Constitution oder Organisation nöthig, und zwar einer noch sorgfältigeren, weil er nicht in eigenem Namen handelt.

III. Gegenstände dieser Constitution:

1. Composition — Zahl und Qualität der Mitglieder.
  2. Formation und partielle Ergänzung.
  3. Innere Organisation.
  4. Funktionen oder Reservate.
  5. Behandlungsart der Geschäfte.
  6. Vorsichts-Maßregeln um die ausgeschlossenen Vorsteher möglichst in den Schranken ihrer Pflicht zu erhalten: Eide, Beschränkung der Amtsdauer, Amovibilität.
- 

Bei ganz kleinen Communitäten oder freien Corporationen, deren Mitglieder oft und leicht für jedes wichtige Geschäft vollständig versammelt werden könnten, würde die Constitution mit den Vorschriften über die bisher erörterten Gegenstände vollendet und höchstens noch ein kleineres dirigirendes Collegium nöthig seyn. Ist

aber, wie es meistens der Fall zu seyn pflegt, die ganze Genossenschaft so zahlreich, daß ihre Mitglieder, der Entfernung wegen, nicht für jedes vorkommende Geschäft versammelt werden können oder auch nicht immer versammelt werden wollen, weil sie dabei dem gemeinen Wesen alle ihre Zeit und mit derselben ihre Privat-Angelegenheiten aufopfern müßten: so muß man bereits von jener Einfachheit, die gleichwohl schon ziemlich künstlich ist, abweichen; es werden noch schwierigere und verwickeltere Anordnungen nöthig; denn die Gesellschaft wird, mit oder ohne ihren Willen, durch die Natur der Dinge selbst gezwungen, ihre Gewalt ganz oder zum Theil an einen aus ihrer Mitte genommenen Ausschuss, nicht sowohl zu übertragen als vielmehr zu überlassen, oder nach dem Gesetz ihrer ursprünglichen Stifter ausschließend einzuräumen.

Diese Ausgeschossenen, sie mögen nun so oder anders benannt werden, sind natürlicher Weise als die Stellvertreter oder Repräsentanten der ganzen Communität anzusehen; sie machen gleichsam eine verengte oder verjüngte Genossenschaft (*seratura del Consiglio*) aus, in deren alle Gewalt vereinigt ist, nur daß sie dieselben nicht in eigenem Namen, sondern im Namen der ganzen Gemeinde ausübt. Es giebt wenige Communitäten oder Republiken, die nicht einer solchen Repräsentation nöthig hätten. Fast jede Stadtgemeinde, jede Handwerkerzunft hat ihre allgemeine Versammlung, ihren größeren Ausschuss (große Rath, Vorgesetzte) und eine kleinere, dirigirende Commission. <sup>1)</sup> Bald

---

2) Ury selbst hatte eine Landsgemeinde, einen Landrath

muß die Gewalt ganz dem Ausschuss überlassen werden, bald werden, wenn es möglich ist, einige Theile davon der gesammten Gemeinde vorbehalten, daher es abermal von der Unwissenheit der heutigen Philosophen zeugt, daß sie ihr sogenanntes Repräsentativ-System für eine neue Erfindung ausgeben konnten. Das einzig neue dabei war gerade das heugemischte falsche, daß sie nemlich jede zerstreute Menge von Menschen, jedes Aggregat von dienstbaren Leuten, die unter sich nichts gemeinsames haben, gleichwohl für eine wirkliche Corporation oder gar für eine souveraine Bürgerschaft ansahen, daß sie mithin Genossenschaften repräsentiren (durch Ausschüsse vorstellen) lassen wollten, die gar nicht vorhanden waren, die nur in ihrem Gehirn erdichtet worden oder erst hintenher mit Gewalt erzwungen werden mußten; eine Bemerkung die wir zwar schon bei anderer Gelegenheit gemacht haben, <sup>2)</sup> die aber ihrer Wichtigkeit wegen nicht genug wiederholt werden kann.

Wie immer ein solch repräsentirender Ausschuss ursprünglich gebildet oder in der Folge partiell ergänzt werden mag: ob von unten herauf, nicht zwar durch die ganze Gemeinde (als welches kaum denkbar ist und daher auch nie geschieht), sondern durch einzelne Abtheilungen derselben — oder von oben herab durch frühere

---

von 60 Mitgliedern aus zehn Genossen zusammengesetzt, der oft verdoppelt und verdreifacht wurde, und ein Siebener, oder Fünfzehner, Gericht für geringere Sachen, Civil- und Criminal-Händel etc. So war es auch in Schwyz etc. S. Füssli Schweiz. Staats- und Erdbeschreibung I, 299 — 300. it. 316.

a) B. I. S. 501 — 502.



Herren oder bereits bestehende dirigirende Collegien: so wird die Wahl, wenigstens im ruhigen Zustand der Republik, natürlicher Weise immer die ersten und vorersten Bürger treffen, diejenigen welche bey gleichem Recht, zur guten Verwaltung des gemeinen Wesens das meiste Interesse, die meiste Fähigkeit, die meiste Muße haben, und die aus diesen Gründen des vorzüglichsten Zutrauens genießen. Dazu treibt schon die Natur der Dinge und der Menschen selbst, welche nur einen wirklich überlegenen gern über sich sehen oder hinaufsetzen; wir werden auch zeigen, daß solcher Vorzug in jeder Rücksicht klug, dem gemeinen Wesen vortheilhaft und für die Beförderung der allgemeinen Zufriedenheit nothwendig ist, sobald er dem freyen natürlichen Gefühl überlassen wird, und keine positiven bindenden Geseze hinzukommen, welche die übrigen Bürger von der Wahlfähigkeit ausschließen, den möglichen Wechsel der Personen, auch bey veränderten Umständen, aufheben, das rechtmäßige Emporstreben der einen oder das zufällige Heruntersinken der anderen zwangsweise hindern wollen.

Bey der Entstehung eines größeren stellvertretenden Ausschusses versteht sich weiter von selbst, daß demselben die höchste Gewalt ganz oder zum Theil, bedingt oder unbedingt überlassen oder eingeräumt werden kann. Beydes ist möglich und von beydem liefert die Erfahrung auch Beispiele. Die Stellvertretung ist vollkommen, absolut und unbeschränkt, wenn die ganze Bürgergemeinde nie und für keinen Gegenstand versammelt werden kann noch versammelt werden soll; wenn selbst die Ergänzung der abgehenden Mitglieder oder die Wahl der höchsten Ehrenämter dem einmal gebildeten Ausschuss überlassen ist,

und die Rechte der ganzen Gemeinde nur darin bestehen, daß die Verwaltung des gemeinen Wesens in ihrem Namen ausgeübt wird, und die Mitglieder des Ausschusses aus ihrem Schooße genommen werden müssen. Die Repräsentation heißt hingegen bedingt und unvollständig, wenn die ganze freye Gemeinde noch für einige außerordentlich wichtige Gegenstände oder für gewisse Hauptwahlen versammelt werden muß und in dieser Rücksicht ihre Rechte selbst ausübt. Ob das eine oder das andere geschehe, hängt meistens von natürlichen Umständen der physischen Möglichkeit oder auch von zufälligen Ereignissen, namentlich von dem Willen derjenigen ab, welche den repräsentirenden Ausschuss ursprünglich zu bilden die Macht oder das Befugniß hatten, daher nach Verschiedenheit der Umstände beides rechtmäßig seyn kann. In dem Maße nun als der ganzen Genossenschaft bey dieser nothwendigen oder freywilligen Ueberlassung ihrer Gewalt noch mehr oder weniger Rechte vorbehalten sind, oder sie auch nur auf die Erwählung, Ergänzung und Zurückberufung ihrer Vorsteher, einigen wenn auch beschränkten Einfluß ausübt, wurden die Republiken, nach einem unrichtigen oder wenigstens unnöthigen Griechischen Sprachgebrauch, in sogenannte Demokratien und Aristokratien eingetheilt.<sup>3)</sup> So hieß man die Eidgenössischen oder ehemaligen unmittelbaren Reichsländer Uri, Schwyz, Unterwalden u. s. w. Demokratien, weil dort die ganze freye Landsgemeinde, wenigstens einmal im Jahr, für gewisse Hauptgegenstände versammelt werden mußte, oder weil zwischen ihr und dem dirigirenden Landrath kein repräsentirender Ausschuss in der Mitte stehend. So pflegte

---

3) Vergl. B. I. S. 496 — 498.

man bisweilen die Städte Zürich, Basel, Schaffhausen, Genf u. s. w. ebenfalls Demokratien oder wenigstens Aристо-Demokratien zu nennen, weil dort zwar ein die Bürgerschaft vorstellender Ausschuss oder großer Rath vorhanden war, der in den meisten Fällen die höchste Gewalt ausübte, doch aber die Zünfte, als Abtheilungen der Bürgerschaft, noch auf die Wahl jener Vorsteher einigen Einfluss hatten, oder, wie in Genf, die gesammte Bürger-Gemeinde noch für einige bestimmte Hauptwahlen und außerordentliche Gegenstände in einen Conseil général versammelt werden mußte. So wurden hingegen die Städte Bern, Luzern, Freyburg, Solothurn u. s. w. gewöhnlich Aristokratien genannt, weil dort der stellvertretende Ausschuss oder große Rath, welcher auch den Namen Rätthe und Bürger trug, in jeder Rücksicht die Rechte der gesammten Bürgerschaft ausübte, diese letztere für keinen Gegenstand mehr ganz versammelt wurde und selbst die Ergänzung der abgehenden Mitglieder jenes großen Rathes nicht von der ganzen Bürgerschaft, noch von einzelnen Abtheilungen derselben, sondern von oben herab, entweder von dem großen Rathe selbst oder von einem besonderen dazu gebildeten Wahl-Collegio geschah. Allein, wie schon anderswo bemerkt worden, <sup>4)</sup> so ist in beiden Fällen das Wesen der Sache immer das nemliche. Der stellvertretende Ausschuss mag viel oder wenig Befugnisse, beschränkte oder unbeschränkte Rechte haben, über alle oder nur über die meisten Gegenstände entscheiden, er mag sich selbst ergänzen oder nicht: so kann er doch nur von Bürgern und aus dem Kreise der Bürger gewählt werden. Er re-

---

4) S. oben 78 — 81.



giert nicht in eigenem Namen, sondern nur im Namen der ganzen Genossenschaft, nur für ihre Zwecke; er ist ihr gewöhnlich durch einen Eid verpflichtet, und sobald die ganze Communität aller Bürger nicht versammelt werden kann, so sieht man nicht ein, warum sie ihr Wahlrecht nicht so gut als jedes andere (oft viel wichtigere) durch Stellvertreter ausüben lassen könnte. Alle sogenannten Aristokratien sind daher nur ausgeschossene Vorsteher einer größeren Communität, und ob dieselben mehrere oder mindere Befugnisse haben, macht keinen Grund zu einer Haupteintheilung, sondern höchstens zu einer Unterabtheilung aus.

Da übrigens der stellvertretende Ausschuss gleichsam eine engere oder verjüngte Genossenschaft ist und ebenfalls in einer meistens ziemlich zahlreichen Corporation besteht: so hat er natürlicher Weise selbst wieder einer bestimmten Organisation oder Constitution nöthig, und zwar, weil er nicht in eigenem Namen handelt, einer noch sorgfältigeren und künstlicheren als die ganze Societät selbst. Denn nebst dem allgemeinen Endzweck ihn zu einem Ganzen, gleichsam zu einem lebenden und thätigen Körper zu bilden, ist es hier noch darum zu thun die Statuten so einzurichten, daß dieser Ausschuss einerseits zwar seinen Auftrag erfüllen, anderseits aber seine Gewalt so wenig als möglich missbrauchen könne, und daß seine durch eine wahre und freye Majorität genommenen Beschlüsse stets von solcher Art seyen, daß man von ihnen präsumiren kann, sie wären auch von der ganzen Genossenschaft gutgeheißen worden. Diese Statuten oder Constitutions-Gesetze werden ebenfalls selten auf einmal gemacht, sondern bestehen gewöhnlich in einem Ag-



gregat mehrerer nach und nach bey eintretendem Bedürfnis entstandener und hintenher gesammelter Gesetze. Ihrer Natur nach müssen sie sich nothwendig über die nemlichen Gegenstände erstrecken, die bey allen republikanischen oder Gemeinds-Verfassungen wiederkommen und die wir oben ausführlich angezeigt und entwickelt haben.

Es ist nemlich zupörderst um die Composition oder Zusammensetzung des Ausschusses zu thun, durch welche bestimmt wird, aus wie vielen und welcher Art von Mitgliedern derselbe bestehen solle? Bey einer Communität, deren Mitglieder alle versammelt werden können, ist dieses nicht nöthig; sie existirt durch sich selbst, sie besteht nothwendiger Weise aus denen welche sie ursprünglich gestiftet haben oder später darein aufgenommen worden sind; sie wählt die neuen Mitglieder selbst, und ist befugt für diese Aufnahm entweder gewisse Bedingungen vorzuschreiben oder sich die vollkommene Freyheit vorzubehalten. Ein stellvertretender Ausschuss hingegen muß erst geschaffen und dabey vor allem die Zahl und die Qualität seiner Mitglieder bestimmt werden. Allein da es hier nur noch um die Bestandtheile solcher Constitutionen, nicht aber um ihre mehr oder weniger zweckmäßige Einrichtung zu thun ist: so berühren wir einstweilen die Fragen nicht, ob jene Zahl nach einem bestimmten Verhältniß mit der ganzen Bürgerschaft abgemessen werden könne oder nicht? welches Maximum dabey nach den Regeln der Klugheit nicht zu überschreiten sey? auf welche Grundlagen jene Stellvertretung gebaut werden müsse, und welche Bedingungen nach den wahren republikanischen Grundsätzen dafür gefordert werden können u. s. w.? Die Behandlung aller dieser und ähnlicher Fragen, worüber

zum Theil in neueren Zeiten ganz falsch, aus Monarchien in Republiken hinübergetragene Begriffe herrschend waren, müssen wir auf den Abschnitt von der Makrobiotik der Republiken versparen.

Nach den Gesetzen über die Composition folgen diejenigen über die Formation oder die Bildung des Ausschusses, wobei es auf die Bestimmung der Wählenden, der Wahlfähigen und der Wahlform ankommt; schwierige und äußerst wichtige Gegenstände, die ebenfalls erst in der Makrobiotik ausführlich abgehandelt werden sollen. Ihre Bestimmung hängt zwar überhaupt von dem Gutfinden der Communität oder ihrer früheren Beherrscher ab, und es besteht auch darüber in den Verfassungen der verschiedenen Republiken eine unendliche Mannigfaltigkeit; aber es können doch die einen Formen zweckmäßiger als die anderen genannt werden. Das Wahlrecht für den repräsentirenden Ausschuss käme eigentlich der ganzen versammelten Communität zu, in so fern man sich dieselbe als vorher existirend und unabhängig denkt. Allein, wenn dieses physisch möglich wäre, so würde auch die ganze Stellvertretung selbst überflüssig seyn. Denn sobald die Communität selbst dieses Wahlrecht ausüben könnte, so könnte sie eben so gut auch andere Rechte selbst ausüben, und zuverlässig würde sich nie eine versammelte souveraine Corporation zu einer solchen Entäußerung oder gänzlichen Abtretung aller ihrer Befugnisse verstanden haben. Daher hat man auch kein Beispiel, daß die Wahl eines solchen Ausschusses von unten herauf durch die ganze Gemeinde geschehen sey, sondern sie erfolgt gewöhnlich von oben herab, d. h. durch eine präexistirende Macht, ursprünglich von früheren Oberen,

welche sowohl die Genossenschaft als ihre Stellvertretung zu stiften die Macht oder das Befugniß hatten, in der Folge dann und für die partielle Ergänzung entweder von dem einmal formirten Ausschuß selbst oder von besondern dazu geordneten Wahl-Collegien, oder von einzelnen kleineren Abtheilungen der Bürgergemeinde, denen hier willkührlich ein Wahlrecht für die ganze Corporation eingeräumt wird. Unterdessen werden wir seiner Zeit zeigen, daß es sowohl den strengen republikanischen Rechtsbegriffen als der Klugheit angemessener ist, die abgehenden Mitglieder durch den einmal formirten Ausschuß selbst als durch einzelne Abtheilungen der Bürgergemeinde wählen zu lassen; indem jener die ganze Communität vorstellt, diese nur eine kleine Minorität derselben ausmachen, folglich auch jener theils den allgemeinen Willen eher treffen wird, theils mehr interessirt ist nur achtungswerthe Mitglieder in seinen Schooß aufzunehmen; und daß übrigens eine periodische Ergänzung nach gewissen Zeitpunkten oder von einer bestimmten Anzahl Mitglieder, für die Erfrischung des Gemeingeistes und zur Bewirkung der allgemeinen Zufriedenheit zweckmäßiger ist, als die individuelle, wo jedes abgehende Mitglied alsogleich wieder ersetzt wird. Bei den Bedingungen der Wahlfähigkeit ist zwar auf die möglichste Wahrscheinlichkeit, d. h. auf den Willen und das Vermögen, zur guten Ausübung der aufgetragenen Pflichten zu sehen; man sucht dadurch den Irrthümern der wählenden Menge zuvorzukommen oder sie weniger schädlich zu machen; doch werden wir seiner Zeit beweisen, daß nach den wahren republikanischen Grundsätzen und selbst nach den Regeln gesunder Klugheit, für diese bloß stellvertretende Eigenschaft (denn anders verhält es sich mit wirklichen Aemtern oder Bedienungen)



nicht wohl andere Bedingungen als der Genuß des vollkommenen Bürgerrechts und höchstens noch ein gewisses Alter gefordert werden können; daß alle übrigen positiven Vorschriften und Ausschließungen nur größere Inkonveniente, Neid und Zwenracht veranlassen, auch meistens illusorisch sind; und daß überhaupt alle nöthigen oder wünschenswerthen Bedingungen eher bey der Aufnahme in die Genossenschaft selbst gemacht werden müssen, hintenher aber wo es um den Genuß der erworbenen Rechte zu thun ist, gehässig und beynabe unausführbar sind. Was endlich die Wahlformen betrifft, so besteht ihre Rechtmäßigkeit und zugleich ihre Vollkommenheit darin, daß kein Wählender von seinem Vorschlags- oder Stimmrecht, keiner von seiner Wahlfähigkeit ausgeschlossen werde, und daß bey möglichster Kürze der Operation und Freyheit der Stimmgebung, das Resultat der Wahlen immer das Produkt einer wahren, absoluten Majorität sey; ein schwieriges Problem, das aber doch nicht unauflöslich ist, und welches wir in dem Abschnitt von der Staatsklugheit der Republikan befriedigend zu lösen versuchen werden.

Ist der repräsentirende Ausschuss gebildet, d. h. seine Composition und Formation vollendet: so folget weiter seine innere Organisation im engeren Sinne. Diese umfaßt abermal, wie bey jeder Corporation überhaupt, die Formen der Versammlungen und Berathschlagungen, mithin die regelmäßige Zusammenberufung, den gemeinsamen Versammlungsort, das Präsidium um gewissermaßen dem Körper ein Haupt und eine Seele zu geben, das Sekretariat, mit seinen Gehülften, um gleichsam das Organ der Versammlung zu seyn, endlich



die sogenannte *Abwart* oder die *Offizialen*, deren jede Corporation zu ihrer Bedienung oder zur Ausführung augenblicklicher Befehle nöthig hat. Ueber alle diese Gegenstände wollen wir hier nichts weiter erinnern, da das wesentliche darüber schon oben bey der Organisation aller Communitäten überhaupt angeführt worden ist. <sup>5)</sup>

Viel wichtiger aber ist es, auch die Funktionen des stellvertretenden Ausschusses zu bestimmen, eben weil er nichts in eigenem Namen, sondern im Namen der ganzen Genossenschaft regiert, und weil er auch nicht immer unbeschränkte Befugnisse hat. Die Bestimmung dieser Funktionen hängt ursprünglich natürlicher Weise von den Stiftern jenes Ausschusses selbst ab, als welche ihm die Existenz geben und zugleich seine Verrichtungen vorschreiben oder begränzen konnten. Gelangt aber derselbe späterhin durch günstige Umstände zu mehrerer Macht, wird er von seinen früheren Oberen befreit und in jeder Rücksicht sein eigener Herr (wie dieses die Geschichte aller stellvertretenden Versammlungen oder sogenannten Aristokratien ist): so kann er allmählig noch mehrere Gegenstände an sich ziehen, oder auch sonst gehabte Befugnisse abtreten; und wenn dieses auf eine regelmäßige Weise, mit Einwilligung oder Nachgiebigkeit der übrigen Berechtigten geschieht: so ist jeder solcher Beschluß als ein neues Verfassungs-Gesetz anzusehen, wodurch die Befugnisse oder vielmehr die Reservate der höchsten, die freye Gemeinde vertretenden Gewalt festgesetzt werden. Sind der ganzen Genossenschaft bey Stiftung jenes Ausschusses gewisse Rechte vorbehalten worden: so werden sie hier

---

5) Vergl. S. 150—161.

möglichst sorgfältig aufgezählt, um dadurch künftigen Streitigkeiten und Parteyungen vorzubeugen. Es ist aber noch viel nöthiger oder wesentlicher, die Reserve oder Vorrechte des stellvertretenden Ausschusses auch im Verhältniß gegen die Funktionen oder die zum Gang der Geschäfte nothwendige Competenz des dirigirenden engeren Collegiums oder der eigentlichen Magistratur der Republik, genau zu bestimmen, und freundlich von einander zu scheiden. Denn da auch jene zahlreiche Behörde nicht immer versammelt werden kann und nicht für jedes Geschäft versammelt werden will, da sogar der engere Rath oder die Magistratur oft noch früher existirt und ursprünglich nicht von den Bürgern oder ihren Stellvertretern geschaffen worden ist, sondern letztere erst späterhin zu mehrerer Macht gelangt sind: so entstehen aus dem Mangel oder der Unbestimmtheit jener Reserve oft die gefährlichsten Competenz-Streitigkeiten, welche die Leidenschaften entzünden und selbst den Untergang der Republik herbeiführen können. Wir werden indeß bald Gelegenheit haben diesen Gegenstand näher zu beleuchten und vorzüglich zu zeigen, daß die Reserve der höchsten Gewalt und die Befugnisse des gewöhnlichen dirigirenden Collegiums nicht bloß nach logischen Formen oder allgemeinen Classen bestimmt, und z. B. etwa in gesetzgebende und vollziehende Maßregeln eingetheilt werden können: sondern daß dabei auf die materielle Wichtigkeit der Sache selbst gesehen werden muß; daß die höchste Behörde in einer Republik sich vernünftiger Weise solche Gegenstände oder Entscheidungen vorbehält, die für die Existenz und das Wohl der Republik von unmittelbarem wesentlichem Einfluß sind; und daß also hierüber in den Verfassungen der bestehenden Republiken eine große Verschiedenheit

herrscht und rechtmäßiger Weise herrschen kann, je nachdem die Bürger oder ihre Stellvertreter entweder zu der Magistratur mehr oder weniger Zutrauen haben, oder gewisse Gegenstände für besonders wichtig ansehen, oder nach dem Grade ihres Eifers und ihrer Muße zu den gemeinsamen Geschäften bald häufiger bald seltener versammelt werden wollen.

Ist der repräsentirende Ausschuss formirt, organisirt und sind auch seine Funktionen bestimmt: so bleiben fünftens noch einige Vorschriften über die Behandlungsart der Geschäfte selbst zu geben übrig. Diese zerfällt 1° in die Initiative oder den Vorschlag der zu behandelnden Materien; 2° in die Untersuchung, und 3° in die eigentliche Berathschlagung oder Entscheidung; Gegenstände, welche bey der Organisation aller Communitäten wieder kommen, und über die wir ebenfalls schon oben das Nöthige angeführt haben. Bey der Berathschlagung insbesondere werden erfordert a) die Gegenwart einer gewissen Zahl von Mitgliedern (*senatus frequens*), welcher gewöhnlich nach einem bestimmten Verhältniß mit der Zahl des ganzen Tribunals abgemessen wird; b) der Vortrag des Geschäftes, er geschehe nun mündlich oder schriftlich, von dem Präsidenten oder von besonderen Commissionen, oder von einzelnen Mitgliedern, c) die Einholung der Meinungen oder die sogenannte Umfrage, d) die Sezung des Mehrs oder die Auflösung der gefallenen Meinungen in ihre Haupt- und Nebenfragen, um durch das Resultat dieser Probe den Willen der Mehrheit herauszubringen; endlich in die Art der Stimmengabe und Stimmenzählung, welche abermal in verschie-



denen Formen bestehen kann, mit denen, je nach der Natur der Gegenstände, abgewechselt wird. Was in diesen verschiedenen Rücksichten nach den Regeln der Klugheit vorzüglich zu beobachten sey, wird in der Makrobiotik der Republiken ausführlich erörtert werden.

Weil indessen, wie schon anfänglich bemerkt worden, der repräsentirende Ausschuss nicht für sich selbst vorhanden ist, nicht für seine Zwecke sondern für die Zwecke der ganzen Genossenschaft regieren soll: so ist auch seine Constitution mit den oben entwikelten Gegenständen noch nicht vollendet. Es werden denselben noch gewisse Vorsichts-Maßregeln beugefügt, um die ausgeschossenen Vorsteher so viel möglich in den Schranken der ihnen anvertrauten Gewalt zu erhalten, wenigstens ihren Mißbrauch zu erschweren oder gegen denselben, für solche Fälle wo keine förmlichen Strafen möglich oder ausführbar sind, doch andere Mittel anwenden zu können. Man sucht dieses gewöhnlich durch einen vorgeschriebenen Eid, der sie an ihre Pflichten erinnern soll und periodisch erneuert werden muß, durch die Beschränkung der Amtsdauer, mit oder ohne Erneuerung derselben und durch die wenigstens mögliche Amovibilität der Stellen zu bewirken. Die Amts- und ähnliche Eide, mit denen frenlich ein großer Mißbrauch getrieben werden kann, sind an und für sich allerdings von großem Nutzen und nicht ohne Grund zu allen Zeiten und bey allen Völkern als das festeste Band der Treue <sup>6)</sup> angesehen worden. Gegen sie auch der natürlichen Pflicht eigentlich nichts hinzu, schwört man auch gewöhnlich nur solche Dinge, die ein

---

6) arctissimum vinculum ad adstringendam fidem.



gewissenhafter rechtschaffener Mann obnehin nach dem göttlichen Gesez oder nach der Natur des übernommenen Amts zu thun schuldig wäre: so sind doch dergleichen geschworne Eide ein der innern Pflicht hinzugefügtes, öffentliches und sichtbares, unter Anrufung Gottes, als des allwissenden und mächtigsten Richters, gethanes feyerliches Versprechen, welches auch die mittelmäßige Redlichkeit nicht leicht verletzt und ohne sich dem allgemeinen Tadel, der öffentlichen Schande Preis zu geben, nicht verletzen kann. Daben sind diese Eide durch die Worte selbst, in denen sie abgefaßt sind, und durch ihre periodische Wiederholung eine Art von Instruktion für die Unwissenden, ein Erinnerungsmittel für die Vergesslichen, eine Stütze und ein Stab für die Schwachen und Gebrechlichen selbst. Mancher erfüllt seine Pflicht, wenn sie ihm bekannt ist und stets in lebendigem Andenken erhalten wird, der sie hingegen verletzen würde, wenn er sie nicht genau kennt, wenn er sie nur durch eignes Nachdenken erfahren muß, oder wenn sie ihm aus dem Gedächtniß entfällt. Viele scheuen sich vor der Brechung eines Eides, die sich vielleicht vor der ungerechten Handlung selbst nicht scheuen würden, und mancher den man durch Scheingründe zu pflichtwidrigen Handlungen zu bereden versucht, wird sie leicht verweigern, wenn er schlechtweg einen geschwornen Eid vorschützen kann, alldieweil er ohne denselben aus Menschenfurcht oder aus Geistes- und Charakterschwäche dergleichen Zumuthungen und künstlichen Sophismen nicht zu widerstehen vermöchte. Auch der Beschränkung der Amtsdaur und der möglichen Amovibilität der Stellen, kraft welcher sie gewöhnlich einer jährlichen Bestätigung oder neuen Erwählung unterworfen sind, wollen wir keineswegs allen Werth absprechen; sie

sind ebenfalls nicht ohne Grund fast in allen Republiken üblich. Die Daur der Aemter, wenigstens der höheren und einträglichen, auf eine gewisse Anzahl von Jahren zu beschränken und die Personen wechseln zu lassen, ist ganz dem Geist einer Republik angemessen; es hat dieses zur Absicht zu hindern, daß kein einzelnes Individuum zu mächtig werden könne, dabey dann stets an die Quelle der Gewalt, d. h. an die ganze Communität zu erinnern und auch überhaupt mehr allgemeine Zufriedenheit zu bewirken: denn unter gleich berechtigten Mitgliedern hat jedes mehr oder weniger Anspruch auf Ehrenstellen, und um den Neid zu schwächen oder gefährlichen Factionen vorzubeugen, müssen die Gelegenheiten nicht so selten seyn, wo der rechtmäßige Ehrgeiz befriedigt werden kann. Wäre auch das betreffende Amt nur den treuesten und fähigsten Händen anvertraut worden, so könnte eine solch beständig fortdauende Macht leicht zu ihrem Mißbrauch verleiten; sie würde bey den übrigen Bürgern unfehlbar nur Neid oder Mißtrauen erregen, und dann soll auch in einer Republik der Glaube herrschen, daß kein einzelnes Individuum unentbehrlich sey, keine Verrichtung nicht auch von andern ausgeübt werden könne. Ist aber das Amt zufälliger Weise in schlechte oder unfähige Hände gefallen, so dauert wenigstens der Mißbrauch nicht so lange, und was von dem einen verdorben worden, kann von dem andern wieder gebessert werden. Was dann die gewöhnliche Amovibilität, d. h. die ordentlichen jährlichen Bestätigungen oder neuen Erwählungen betrifft: so erinnern sie wenigstens an die Quelle der Gewalt, erneuern die Idee der bürgerlichen Gleichheit und halten doch einigermaßen die Schlechtigkeit in Schranken: denn die Epoche solcher Bestätigungen, wo kein Proceß geführt, kein Grund

zur Abberufung angegeben werden muß, ist immer ein kritischer Augenblick, in welchem die Fortdauer des Vertrauens einer geheimen oder öffentlichen Probe unterworfen wird, die der Unwürdige fürchten muß und deren Resultat nur das Bewußtseyn erfüllter Pflicht ruhig erwarten kann. Indessen sind dieses alles nur sehr unvollkommene menschliche Hülfsmittel, die, wenn sie zu häufig oder leidenschaftlich und unflug angewendet werden, nur größere Inkonveniente herbeiführen und dem Uebel nicht abhelfen, sondern solches noch ärger machen. Denn Falls man z. B. die Eide zu sehr vervielfältiget, oder durch dieselben gar unmögliche, unnütze oder überflüssige Dinge vorschreibt: so können sie auch nicht gehalten werden und ihre Verletzung wird nicht bestraft; alsdann verlieren sie allen Werth, alle Heiligkeit; sie werden zum bloßen Schall, zur leeren Formalität herabgewürdigt. Die Beschränkung der Amtsdauer hat ihre natürlichen Gränzen: ist sie gar zu kurz bestimmt, so kann man auch das Amt und seine Berrichtungen nicht lieb gewinnen, und wird nur dazu geneigt die schnell vorübergehende Macht bloß zu seinem Privat-Nutzen zu gebrauchen; vielweniger wird es möglich dabey jene erschöpfende Sachkenntniß zu erwerben, die zum guten Gang der Geschäfte nothwendig ist, aber nur das Resultat längerer Erfahrung und Angewöhnung seyn kann. Daß es endlich möglich sey einzelne Ausgeschossene oder andere Beamte bey gewissen bestimmten Gelegenheiten abzurufen oder nicht wieder zu bestärigen: ist zwar gut, aber dieses Recht muß nur selten und nie ohne wichtige Gründe ausgeübt werden. Denn sollten dergleichen Abberufungen zu häufig, willkührlich und leidenschaftlich geschehen, oder auch nur gegen kleine menschliche Fehler und Gebrechen angewendet werden, so



müssen sie nothwendig Erbitterung und Rachsucht bewirken; was heute dem minder Verdienten begegnet, würde morgen aus Retorsion auch gegen den Würdigsten versucht, und Vorwände würden nicht ohne Schein herbeigezogen werden; es bliebe nichts festes, nichts dauerhaftes mehr übrig; am Ende müßte auch der Rechtschaffene den Muth verlieren seine Pflicht zu erfüllen, um nicht gegen besondere Privat-Interessen anzustoßen; Demagogen-Künste und niedrige Schmeicheleyen die dem Gemeinwesen schaden um verirrter Menge zu gefallen, würden die einzigen Mittel seyn, um sich in seiner Stelle zu erhalten. Es zeigt sich auch hier wieder, was wir schon so oft bewiesen haben, daß alle menschlichen Künsteleyen, Geseze und Organisationen die innere Rechtschaffenheit nicht entbehrlich machen können; daß sie vielmehr dieselbige stets voraussetzen müssen, ohne sie aber unnütz oder gar schädlich find; und daß mithin, um auch eine repräsentirende Versammlung oder eine anvertraute Gewalt in den Schranken ihrer Pflicht zu erhalten, fluge Wahlen und die Moralität der Gewählten selbst das meiste thun müssen, ohne deswegen den übrigen Vorsichts-Maßregeln ihren bedingten Werth ganz absprechen zu wollen.

---



## Fünfzehntes Capitel.

### Organisation der Republiken.

#### Beschluß.

#### d. Engeres dirigirendes Collegium.

---

- I. Nothwendigkeit und Allgemeinheit desselben in allen Communitäten und Republiken, nicht um Gesetze zu vollziehen, sondern um die mindern täglichen Geschäfte zu besorgen, die wichtigeren aber vorzubereiten.
  - II. Seine eigene Constitution und Organisation.
    - a. Composition. Viel geringere Zahl.
    - b. Formation, und partielle Ergänzung; hängt in der Regel von der Gemeinde oder ihren Stellvertretern ab.
    - c. Innere Organisation, ist von derjenigen des größern Ausschusses nicht verschieden.
    - d. Amtsdauer, Rang und Titel, Einkommen, Eid und Instruktion.
    - e. Funktionen oder Competenz. Sie müssen und können bloß nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände bestimmt werden.
  - III. Alles was nicht die Bildung und Einrichtung der Gesellschaft selbst-betrifft, sondern außer ihrem Kreise liegt, gehört nicht zur Constitution.
- 

Das vierte und letzte was zur Constitution oder Organisation einer Republik gehört, ist die Bildung und Einrichtung eines engeren dirigirenden Collegiums, welches man gewöhnlich die eigentliche Magistratur, den Rath, und in neuern Zeiten die Regierung zu nennen pflegt. <sup>1)</sup> Alle Communitäten, von der geringsten

---

1) In Carthago hieß es *yagovora*; so auch in Sparta. s. Hees

Dorfgemeinde und der Handwerkerzunft bis zu der größten Republik, haben unter verschiedenen Benennungen von Vorgesetzten, Direktoren, Commissarien, Curatoren u. s. w. ein solches Collegium, weil es in der That unentbehrlich nothwendig ist. Denn es mögen nun alle Mitglieder der freyen Gemeinde versammelt werden können, oder durch einen zahlreichen Ausschuss repräsentirt werden, so wird immer noch ein abermaliger kleinerer Ausschuss, eine Commission oder ein dirigirender Rath erfordert: nicht um, wie man nach den neueren Systemen wähnt, die Geseze zu vollziehen; oder bloß deren Vollziehung zu bewirken, sondern um, gleich dem Rath oder den Ministern eines Fürsten, die minderen täglichen Geschäfte, (für welche die ganze Corporation nicht versammelt werden kann oder nicht versammelt werden will) zu besorgen, zu fertigen, die wichtigeren aber vorläufig zu berathen und der höchsten Gewalt vorzutragen. Daß dieses der Zweck jener kleinen oder täglichen Rätthe sey, beweist sich nicht nur aus der Natur der Sache und der Unmöglichkeit des Gegentheils, sondern wird auch durch die Geschichte aller Zeiten und Länder bestätigt, kraft deren diese Rätthe in allen Gemeinden und Republiken nicht nur Geseze vollziehen, sondern sehr oft unter mancherley Benennungen und über mancherley Gegenstände dergleichen selbst geben; eine Menge laufender Geschäfte beseitigen oder beurtheilen; überall aber die wichtigeren, sie mögen nun gesetzgebender Natur seyn oder nicht, entweder nach ihrer Klugheit oder

---

ren Staaten des Alterthums S. 96 und 169; in Rom bekanntlich der Senat; bey den Italienischen Republiken des Mittelalters *Consiglio di Credenza*. *Sismondi T. I. S. 399 — 400*; in Genua die *Signoria*.

nach vorher bestimmten Grundgesetzen und Uebungen der großen Versammlung vortragen. Da nun ein solcher Rath nicht in einer einzelnen Person, sondern abermal in einem Collegio von mehreren besteht, mithin neuerdings constituirte und organisirt werden muß: so sind auch hier seine Composition und Formation, seine partielle Ergänzung, seine innere Einrichtung und vorzüglich seine Competenz oder seine Funktionen zu bestimmen, damit dieselben nicht zum Nachtheil der Republik überschritten werden können. Weil aber die Mitglieder eines solchen kleinen Rathes nicht nur Mitgenossen und Stellvertreter der Communität, sondern auch ihre vorzüglichsten Beamtete sind, weil sie derselben mit Aufopferung von Privat-Geschäften fast alle ihre Zeit widmen müssen, einerseits mehr Auszeichnung und Aufmunterung bedürfen, anderseits aber die meiste Macht besitzen und solche zu ihren Privatzwecken mißbrauchen könnten: so ist es nicht nur um die Organisation des Collegiums selbst zu thun, sondern es muß auch auf die Amtsdauer ihrer Mitglieder, auf ihren Rang, ihr Einkommen, ihren Eid und ihre Instruction Rücksicht genommen werden. — Was die Composition betrifft, so versteht sich von selbst, daß die Zahl der Mitglieder jenes kleinen Rathes viel geringer als die des stellvertretenden Ausschusses seyn muß und je nach der Zahl aller Bürger oder nach der Menge von Geschäften sehr verschieden seyn kann. Doch darf sie auch nicht gar zu klein seyn, sondern so daß die Communität auch hier, wo sie dem Auge täglich erscheint, in verhältnißmäßigem Maaßstab anständig repräsentirt sey; daß einzelne Privat-Interessen nicht so leicht obliegen können, und das Zutrauen des Publikums auf die natürliche Präsumtion gegründet sey;

daß dasjenige was in einem bedeutenden Collegio ausgewählt und angesehenen Vorsteher erkannt worden ist, wahrscheinlich auch von der größeren Bürgerversammlung gutgeheissen worden wäre. In Absicht auf die Eigenschaften der Mitglieder pflegt man gewöhnlich für die Wahlfähigkeit zu den kleinen Rathsstellen mehrere Bedingungen vorzuschreiben, als diejenigen welche bloß für den stellvertretenden Ausschuß nöthig sind; wie z. B. ein höheres Alter, die vorherige Bekleidung gewisser Ehrenstellen, bisweilen verheyratheten Stand u. s. w.; auch werden in der Regel diejenigen von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen, welche noch in dienstbarer Verpflichtung gegen äußere Fürsten und Herren stehen, von ihnen Besoldungen ziehen, oder in dem Collegio bereits allzu nahe Blutsverwandte haben, und in dieser Rücksicht nicht als unabhängig angesehen werden können. <sup>2)</sup> — Einige dieser Bedingungen wären vielleicht beim ersten Anfang einer Republik überflüssig, weil sie die Freyheit der Genossenschaft zu sehr einschränken würden, und eben so oft guten Wahlen hinderlich seyn könnten. In der Folge aber, wenn die Communität zahlreicher und mächtiger wird, sind sie sehr zweckmäßig, theils um mehr Erfahrung und Sachkenntniß in die Verwaltung der Geschäfte zu bringen, theils auch um die allzugroße Concurrrenz zu vermindern, dadurch gefährlichen Factionen vorzubeugen, und überhaupt mehr allgemeine Zufriedenheit zu bewirken. Höheres Alter ist hier die billigste Beschränkung; unter gleich berechtigten und ungefähr gleich mächtigen macht es die

---

2) Siehe z. B. die neuen Bernischen Fundamental-Gesetze S. 202. Diese Vorschriften bestanden schon in den älteren Gesetzen und wurden hier wieder aufgenommen.



einzige sichtbare Ueberlegenheit aus, und ist auch gewöhnlich mit mehrerer Erfahrung verbunden, deren die übrigen gern eine Art von Vorrang eingestehen. Wenigstens wird dadurch das Ehrgefühl nicht beleidiget, da es hingegen der Natur zuwider seyn, Uebelstand und offenbare Entzweyung veranlassen würde, wenn im Allgemeinen die Jüngern über die Aeltern befehlen, oder diese am natürlichen Vorrücken hindern wollten. Freylich müssen die Mitglieder eines dirigirenden Rathes auch nicht lauter abgelebte Menschen, sondern zum größern Theil Männer in der Kraft ihrer Jahre seyn, welche die Last der Geschäfte zu tragen vermögen und nachdrücklicher Entschlüsse fähig sind; aber selbst einzelne Greise schaden in einem solchen Collegio nicht: sind sie auch nicht mehr zur thätigen oder anhaltenden Arbeit geeignet, so ist die Reife ihres Alters noch zum Rathe gut; sie mäßigen das Ungestüm und geben dem Ganzen einen Anstrich von Würde und Ernst, welcher nicht wenig zum Ansehen der Republik, so wie zum freywilligen Gehorsam der Bürger und Unterthanen beiträgt. — Die ursprüngliche Formation und partielle Ergänzung des dirigirenden Collegiums kommt in der Regel seinen natürlichen Oberen, folglich der ganzen Gemeinde oder ihrer stellvertretenden Versammlung zu, insofern sie nemlich vollkommen frey ist, oder wenigstens sich anfänglich selbst vereiniget hat. Wenn aber die Communität ihre erste Stiftung einem früheren Herren verdankt (wie dieses bey den meisten städtischen Bürgerchaften der Fall war): so ist es auch ganz natürlich und rechtmäßig, daß die ursprüngliche Formation der Magistratur von jenem Herrn selbst geschah, und nur in der Folge die partielle Ergänzung entweder dem Collegio selbst überlassen, oder von letzterem, bey Abgang des früheren

Oberen, die ganze Bürger-Gemeinde oder ihr großer Rath zu solchen Wahlen herbengezogen wurde, um dadurch mehr Eintracht zu bewirken und den gewählten selbst ein größeres Ansehen zu geben. Die innere Organisation des kleinen oder dirigirenden Rathes ist von derjenigen der ganzen Communität oder ihrer stellvertretenden Versammlung im Wesentlichen nicht verschieden. Dieser engere Ausschuss wird gewöhnlich auf die nemliche Weise zusammenberufen; er hat den nemlichen Versammlungsort, den nemlichen Präsidenten, die nemliche Kanzlen, die nemlichen Offiziale zu seiner Bedienung; alle seine Wahl- und Deliberations-Formen werden zwar einfacher und kürzer seyn, beruhen aber dennoch auf den nemlichen Principien und Klugheitsregeln. Diese Vereinigung der Communität und ihrer Rätthe, der Bürger und ihrer Vorgesetzten, welche hinwieder selbst Bürger sind, ist auch nicht nur zur Einheit des Ganzen, zum wechselseitigen Zutrauen und zum guten Gang der Geschäfte nothwendig und nützlich, sondern sie hat sogar ihren Grund in der Natur der Dinge und ist eben deswegen auch so allgemein. Denn da die Communität und ihr dirigirendes Collegium, die Bürger und ihre Rätthe nicht zwey verschiedene Behörden oder Corporationen ausmachen, sondern Theile desselbigen Ganzen sind, und der kleine Rath nur in einem engeren Ausschuss der ganzen Gemeinde oder ihrer Stellvertreter besteht, dieselbige Corporation weniger zahlreich oder in verjüngtem Maßstabe darstellt: so ist es klar, daß sie beyde den nemlichen Präsidenten, das nemliche Sekretariat u. s. w. haben müssen. Und wenn gar, was gewöhnlich der Fall ist, die Magistratur oder der kleine Rath, als von einem frühern Herren gestiftet, etwa zuerst bestand, und die Bürgerschaft

oder ein Ausschuss derselben nur hintenher für wichtige Geschäfte beigezogen worden, oder sonst durch Umstände zu mehrerer Macht gelangt ist: so versteht sich wieder von selbst, daß in solchem Falle Versammlungsort, Präsident, Sekretariat u. s. w. nothwendig die gleichen seyn müssen, weil die Bürgerschaft für sich allein und abgesondert betrachtet, keine dergleichen Beamte und Institute besitzt, sondern diejenigen benutzt, welche von der früher existirenden Magistratur gegeben und mitgebracht sind. Nur in den neueren Revolutions-Republiken sahen wir die Ungereimtheit von zwey oder gar drey obersten Behörden, als nemlich einen sogenannten gesetzgebenden Rath oder stellvertretenden Ausschuss der für souverain gehaltenen Nation; einen vorgeblichen Senat, der sich ebenfalls Repräsentant des Volkes nannte, auch die Beschlüsse des ersteren verwerfen konnte; und ein so betitelttes Vollziehungs-Direktorium, die alle von einander getrennt und unabhängig, ihre besondern Versammlungsorte, besondere Präsidenten, besondere Kanzleien und Offizialen, besondere Protokolle und Archive hatten, wodurch dann, nebst ungeheuren, dem Volk zur Last liegenden Unkosten, nur ein ewiger Streit zwischen jenen Behörden selbst entstehen mußte. Man sah daraus, wie wenig jene sich republikanisch nennenden politischen Aufklärer die wahre Natur einer Republik kannten, und wie sie stets (ohne es zu wissen noch zu wollen) monarchische Begriffe, an die sie von Jugend auf gewöhnt waren, in ihre neu geschaffenen Republiken hinübertrugen. Denn offenbar war ihr gesetzgebender Rath von einer Deputation des Bürgerstandes, ihr Senat von einer Chambre haute nachgeahmt, und unter dem Vollziehungs-Direktorio dachten sie sich eine Art von König, der zwar einen



Beamten vorstellen, nicht erblich seyn noch in einer einzigen Person bestehen sollte, aber dennoch, gleich einem König, zu allen übrigen Aemtern ernennen, fast überall öffentlichen Gelder disponiren konnte, und als Sprecher zu einer Versammlung seiner getreuen Reichsstände, in den gesetzgebenden Räthen freylich nicht selbst stimmen, sondern nur Botschaften an sie senden und Vorschläge machen durfte. Diese widernatürliche Einrichtung, welche der Republik die Gestalt eines dreuköpfigen Cerberus gab, hatte auch zur nothwendigen Folge, daß die beyden höchsten Behörden, die Bürgergemeinde oder ihre Stellvertretung und der Rath oder das dirigirende Collegium statt zusammen ein einziges republikanisches Corpus zu bilden, vielmehr in einem beständigen Streit mit einander begriffen waren, sich wechselseitig zu bekämpfen oder ganz zu überwältigen suchten; und sie würde allein zum Sturz dieser naturwidrigen Republiken hingereicht haben, ohne nur auf alle ihre übrigen Radical-Gebrechen, ihren erzwungenen Ursprung, ihre bodenlosen unhaltbaren Grundlagen, ihre systematische Zerstörung aller natürlichen und erworbenen Privatrechte Rücksicht zu nehmen.

Außer dieser Organisation des engeren Regierungsraths ist dann noch die Amtsdauer, der Rang, das Einkommen, der Eid und die Instruction seiner Mitglieder zu bestimmen, weß alles zwar nicht so wesentlich zur Constitution gehört. Die Amtsdauer ist gewöhnlicher Weise lebenslänglich, doch wie bey den Gliedern des großen Raths einer fährlichen Wiedererwählung oder Bestätigung unterworfen; denn eine zu große Wandelbarkeit würde nicht nur gründliche Sachkenntniß und Erfahrung unmöglich machen, sondern auch das Interesse



an den gemeinsamen Geschäften schwächen, Unzufriedenheit erregen und der Republik in jeder Rücksicht schädlich seyn. Alter und die bekleidende Ehrenstelle nebst der damit verbundenen Macht, geben natürlicher Weise den Magistraten der Republiken einen höheren Rang, d. h. ein Ansehen welches nicht nur von den Bürgern freywillig gezollt, sondern auch durch gewisse äußere Zeichen erweckt und an den Tag gelegt wird. So z. B. haben sie gewöhnlich in den Versammlungen einen ausgezeichneten, etwas erhöhten Sitz und bisweilen eine besondere, der Würde ihres Amtes angemessene Kleidung; sie genießen den Vorrang bey allen öffentlichen Gelegenheiten, und auch im Privatleben einen höheren, zwar der Bescheidenheit einer Republik angemessenen, und weniger die Macht als die bey ihnen vorausgesetzte persönliche Tugend und Einsicht bezeichnenden Titel; ausgezeichnete, wohlgelegene Kirchenstühle, militärische Ehrenbezeugungen von den Bächen u. s. w., lauter Zeichen und Uebungen, welche für die Würde des Ganzen, die anständige Haltung der Republik und den freywilligen Gehorsam der Bürger und Unterthanen keineswegs gleichgültig sind, zumal die Magistraten einer Republik sonst keine Mittel haben, durch Ueberlegenheit an Glücksgütern, durch eigene Macht oder äußeren Schein sich das nöthige Ansehen zu erwerben, ja sogar, nach dem wahren Geist einer Republik, sich nicht so sehr auf diese Weise von ihren Mitbürgern auszeichnen sollen. Weil ferner die Stellen des kleinen oder dirigirenden Rathes zwar eine höhere Würde aber auch eine Art von Beamtung ausmachen, weil seine Mitglieder den größten Theil ihrer Zeit dem gemeinen Wesen widmen müssen, und nicht wohl einträglichen Privat-Geschäften obliegen können: so ist es bil-

lig, daß sie von der Republik eine Art von Entschädigung oder ein gewisses Einkommen erhalten, während hingegen die Mitglieder der Bürger-Gemeinde oder ihre Stellvertreter, als solche, weil sie den Souverain selbst vorstellen, von Rechtenswegen keine Besoldung genießen. Jene Einkünfte der Rathsglieder sind natürlicher Weise, je nach dem Vermögen der freien Communität, bald größer bald kleiner; doch ist es dem Geist einer Republik angemessener, daß sie eher niedrig als hoch bestimmt seyen, damit sie nie für die Hauptsache angesehen werden, damit die Stellen nie als bloße Benefizien betrachtet, folglich ohne Rücksicht auf ökonomischen Vortheil bloß den würdigsten und fähigsten ertheilt, und auch von den uneigennützigsten und vermöglichsten mit Ehren gesucht werden dürfen; vorzüglich aber damit nicht allzuvieler verschiedenartige Macht auf einzelne Personen angehäuft werde, welches in einer Republik allemal gefährlich ist. Die Benefizien können in frühern untergeordneten Stellen oder in Neben-Beamtungen statt finden; aber die Auszeichnung vor seinen Mitbürgern und der große Einfluß in den Geschäften soll die vorzüglichste Belohnung der Magistraten seyn; sie sind auch für edle, im Privatwohlstand erzogene Gemüther allerdings hinreichend, und werden oft sogar dem ökonomischen Interesse vorgezogen. Der Eid der Rathsglieder wird natürlicher Weise der ganzen Bürgergemeinde, von deren sie auch Mitglieder sind, oder ihren Stellvertretern abgelegt. Wenn er wohl abgefaßt ist, so soll er zugleich in würdevoller Sprache eine kurze Instruktion über ihre wesentlichsten Pflichten und Verrichtungen enthalten, und übrigens soll er auch bey der jährlichen Bestätigung erneuert werden, um stets an die Pflichten gegen die ganze Republik zu erinnern.

und die Idee dieses Verhältnisses lebendig zu erhalten. Für förmliche Uebertretung von Grundgesetzen oder wesentliche Verletzung ihrer Pflichten, können zwar die Rathsglieder, einzeln oder zusammengenommen, allerdings zur Rechenschaft und sogar zur Strafe gezogen werden, wiewohl dieser Fall im gesunden Zustand einer Republik nicht leicht eintreffen soll, und in Bezug auf das ganze Corpus mit großen, ja bennabe unüberwindlichen Schwierigkeiten begleitet ist; allein für die inner den Schranken ihrer Competenz, nach bestem Wissen und Gewissen genommene Rathschläge und Beschlüsse sind sie, auch bey deren ungünstigen oder schädlichen Erfolg, nicht verantwortlich, zumal man nur für die Reinheit seines Willens aber nicht für Irrthümer des Verstandes, noch für äußere unvorhergesehene Ereignisse gut stehen kann: und es giebt Republiken die ihren kleinen Rätthen darüber sogar förmliche Zusicherungen oder sogenannte Schirmbriefe ertheilt haben, <sup>2)</sup> auf daß sie ihren Pflichten auch mit Muth und Freude, ohne bengemischte Furcht und Angstlichkeit (welche meistens schlechte Rathgeber sind) ausüben können.

Was endlich die Funktionen dieses engeren Ausschusses oder kleinen Rathes betrifft: so bestehen sie überhaupt darin, die täglichen laufenden Geschäfte von sich aus zu besorgen, die wichtigeren aber vorläufig zu beraten und nachher der höchsten Gewalt vorzutragen. <sup>3)</sup>

---

2) Dieser Schirmbrief mußte z. B. in der alten Republik Bern jährlich am Osterdienstag bey der Wiederbesetzung des kleinen Rathes neuerdings verlangt und erhalten werden.

3) Vergl. oben S. 193. Auch Pufendorf macht die nemliche Unterscheidung zwischen *negotiis quotidianis s. minoris momenti*, et *rarioribus quæ summam rerum tangunt*.



Was aber für vorzüglich wichtig zu halten und was demnach der Bürger-Gemeinde oder den großen Räthen vorzutragen sey: das ist gewöhnlich theils durch Uebung oder lange Observanz, theils durch besondere Gesetze bestimmt, und in Ermangelung derselben bisweilen auch der Klugheit des dirigirenden Rathes überlassen; denn oft kann ein Geschäft, das an und für sich unbedeutend ist, durch besondere Umstände wichtig werden. Natürlicher Weise herrscht also darüber in den bestehenden Republiken eine große Verschiedenheit. Je nachdem die Versammlung der ganzen souverainen Genossenschaft schwierig oder leicht ist, wird den engeren Räthen bald mehr bald weniger überlassen, daher sie auch in den sogenannten Demokratien ungleich mehr Gewalt oder Befugnisse haben als in den Aristokratien, wo der stellvertretende Ausschuss oder große Rath leicht versammelt werden kann, und daher auch mehr Interesse an den gemeinsamen Geschäften nimmt. Die zweckmäßige Bestimmung der Reserve der höchsten Gewalt, von deren der dirigirende Rath stets ein integrierender Theil ist, und der besondern Funktionen, oder der Competenz dieses letzteren, macht einen der wichtigsten Punkte republikanischer Staats-Klugheit aus; es ist indessen hier der Ort die schon oben gemachte Bemerkung näher zu beweisen, daß jene Sönderung der Gewalten oder Befugnisse gar nicht bloß nach logischen Formen geschehen kann, also daß z. B. die Bürger-Gemeinde oder ihr stellvertretender Ausschuss nur Gesetze zu geben, der engere Ausschuss aber bloß ihre Vollziehung zu bewirken hätte. Denn die wichtigsten Angelegenheiten, von denen die Existenz und das Wohl der ganzen Republik abhängt, und die mithin nicht dem kleinen Rath überlassen werden können, sind oft keine Ge-



seze, während anderseits die unbedeutendsten, zum Gang der Geschäfte nöthigen Ordnungen, Instruktionen oder Reglemente zur Gesetzgebung gerechnet, mithin der höchsten Gewalt vorgetragen werden müßten. Alle Menschen und alle Behörden, so gering auch ihre Macht seyn mag, haben nothwendiger Weise in dem Kreise ihres Befugnisses eine Art von gesetzgebender, vollziehender und richterlicher Gewalt; sie ordnen und befehlen gewisse Dinge, sie wachen über derselben Vollziehung, sie entscheiden über Streitigkeiten und Widerhandlungen; oder mit andern Worten, sie erklären ihren Willen, sie gebrauchen ihre Kraft diesen Willen zu vollbringen, sie urtheilen ob demselben ein Genüge geleistet worden sey: das alles ist nach der Natur der Dinge gar nicht anders möglich, und die geringste Sachkenntniß wird es einem jeden beweisen. Kennte man also die Geistes-Trägheit und die Leichtgläubigkeit der meisten Menschen nicht, so wäre es kaum begreiflich, wie die von Montesquieu erdichtete, hohle Idee von einer Theilung der Gewalten, in gesetzgebende und vollziehende, sich so sehr aller Köpfe hat bemächtigen können, daß man sie sogar in die bestehenden Staats-Verfassungen widernatürlich hineinzuzwingen sucht, und wenn ihr auch die Erfahrung allenthalben widerspricht, sie gleichwohl nach jener Grille erklären und auslegen will. \*) Allein bey der Unwissenheit von den Dingen selbst, welche der Charakter unserer Zeiten und stets die Vorläufe-

---

[4) Man lese nur die neueren statistischen und geographischen Handbücher, welche man der Jugend in die Hände giebt. Ueberall wollen sie eine Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt erblicken, sowohl in Monarchien und Republiken, wo von solcher Distinktion nie die Rede war. In den älteren Büchern findet man auch nicht das geringste davon.

Ein der Sophistik ist, sucht man sich mit dergleichen Subtilitäten herauszuhelfen, die ohne Realität einen leeren Schein von Wissenschaft an sich tragen. Wie ungereimt es sey, jene Trennung auf Monarchien anzuwenden, dem untergebenen Volke die Gesetzgebung einzuräumen, dem souverainen Fürsten aber nur die Vollziehung zu überlassen, mithin die Diener zu Herren und den Herren zum Diener zu machen, haben wir anderswo schon genug bewiesen.<sup>5)</sup> Allein sie ist nicht einmal auf Republiken anwendbar, wo doch die Funktionen gesondert werden müssen, weil die ganze Communität sie nicht alle selbst ausüben kann, noch selbst ausüben will. Wir haben das Experiment dieser hochgepriesenen Erfindung in den neueren Revolutions-Republiken gesehen. Da betitelte man zwar die eine Behörde einen gesetzgebenden, die andere einen Vollziehungs-Rath; aber die Natur der Dinge machte in dem nemlichen Augenblick dergleichen Distinktionen zu Schanden; zwischen beiden Behörden bestand ein ewiger Streit über die Frage was Gesetz sey oder nicht sey, was zur Vollziehung gehöre oder nicht gehöre. Jener angeblich gesetzgebende Rath, der die höchste Gewalt vorstellte, befaßte sich mit hunderttausend Dingen, die auch nicht den Schatten von einem Gesetz an sich trugen; mit allem was ihm vorgelegt wurde, oder was ihm selbst in Sinn kam, und womit er sich beschäftigen wollte; also z. B. mit Geldausgaben, Privat-Begehren, mit Entscheidung von Streitigkeiten aller Art, mit Gnaden-Sachen und Privilegien, mit Verhaftsbefehlen u. s. w.; bisweilen frehlich auch mit mancherley Verordnungen. Aber auf dem Papier (wo die neuphilo-

---

5) B. II. S. 184—187.

sophische Staats-Theorie allein existirt) ward jeder seiner Beschlüsse mit großen Buchstaben ein Gesetz genannt, und wenn man z. B. über eine Privat-Bittschrift, nach revolutionärem Sprachgebrauch, zur Tages-Ordnung übergieng, d. h. dieselbige von der Hand wies, oder darüber gar nichts beschloß: so mußte solches, gleich einem für jedermann verbindlichen Gesetz, in vielen tausend Exemplarien gedruckt und an allen Pfeilern des ganzen Landes angeschlagen werden. Auf der anderen Seite gaben die sogenannten Vollziehungs-Räthe und selbst ihre untergeordneten Beamten, die Minister, die administrativen Behörden und sogar die Municipalitäten täglich eine Menge von Arrête's, Reglementen, Verordnungen, Dekreten, Publikationen, Weisungen und Instruktionen, die in alle Zweige der Staats- und Privat-Gesetzgebung einschlagend, für eine große Zahl von Menschen verbindlich, d. h. Regeln des Verhaltens, mithin eigentliche Gesetze waren, aber doch nicht dafür gelten sollten, weil sie nicht diesen Namen trugen. Das geschah auch nicht aus wechselseitiger absichtlicher Usurpation einer Behörde über die andere, die allenfalls hätte unterbleiben können, sondern es war nach der Natur der Sache nicht anders möglich. Denn der Thorheit der Menschen ungeachtet müssen die vorkommenden Geschäfte abgethan werden, und im Drang der Nothwendigkeit werden die sophistischen Doctrinen vergessen; irgend eine Gewalt ist einmal immer die höchste, und diese wird sich stets mit demjenigen beschäftigen, was sie will oder kann, oder wozu ihre Macht nöthig ist; hingegen aber sich um dasjenige nicht bekümmern, was ihr entweder gleichgültig ist, oder auch ohne sie ausgeführt werden kann und muß. Wir wollen also jenen Revolutions-Regierungen durch die Bemerkung



Dieses Widerspruchs mit ihrer eigenen Theorie keinen Vorwurf machen; sie verdienen derselben ohnehin schon genug, und man kann ihnen nicht noch zur Schuld bemessen, daß die Natur der Dinge stärker war als die Thorheit der Sophisten zu deren Schule sie sich bekannten; unsere Absicht ist nur dadurch die Absurdität der Principien zu beweisen, welche selbst da unausführbar waren, wo man sie ausführen wollte. Uebrigens mögen nur wenige Beispiele hinreichen um bis zur Evidenz zu zeigen, wie unvernünftig es wäre die Funktionen beider Behörden blos nach ihrer legislativen oder exekutiven (vorschreibenden oder handelnden) Eigenschaft und nicht nach ihrer materiellen Wichtigkeit sündern zu wollen. Die Erklärung und Führung des Kriegs z. B. ist kein Gesetz; im Gegentheil ließe sich mit Grund behaupten, daß solche nur eine nöthige Maßregel zur Handhabung oder Vollziehung früherer natürlicher oder positiver Gesetze, geschlossener Friedens-Verträge u. s. w. sey: wird deswegen ein Fürst seinem Minister oder eine Republik ihrem dirigirenden Collegio erlauben, unbefragt von sich aus einen Krieg anzufangen, zu Führung desselben über Personen und Eigenthum zu disponiren und vielleicht die Existenz des ganzen Staats in Gefahr zu bringen? Die Creation aller Bedienungen, die Ernennung, Beförderung und Verabschiedung aller Beamten ist kein Gesetz, vielmehr ist solche zur Vollziehung der Gesetze nothwendig: wird man deswegen behaupten wollen, daß die höchste Gewalt einer Republik ihre ersten Diener und Beamten, ihre Präsidenten, Sekretärs, Referendarien, Gesandte, Generale u. s. w. nicht mehr ernennen oder verabschieden dürfe, da sie doch für ihren Dienst vorhanden, von ihr bezahlt, gegen sie verpflichtet sind! —



Die Veräußerung des Gebietes, die Verwendung des gemeinen Guts ist ebenfalls kein Gesetz, keine Regel des Verhaltens für die Bürger, sondern eine bloße Handlung: soll deswegen die oberste Behörde einer Republik über solche Gegenstände die ihre Existenz selbst betreffen, gar nichts zu sagen haben: soll sie durch ihren engeren Ausschuss Provinzen abtreten, Territorial-Besitzungen veräußern und die Republik zu Grunde richten lassen: soll die ganze Communität unter dem Vorwand von Administration auch das Dispositions-Recht über ihr Eigenthum aufgeben, und selbst über die größten Geld-Ausgaben nicht mehr entscheiden dürfen, weil sie ebenfalls zur Vollziehung von Gesetzen nöthig sind! — Die oberste Gerichtsbarkeit, die in so vielen Fällen ausgeübt werden muß, die Annahme von neuen Bürgern, die Gutheißung der Hauptrechnungen u. s. w. gehören ebenfalls nicht zur Gesetzgebung, und viel wäre es noch, wenn man die Schließung von Bündnissen, Friedens-Verträgen u. s. w. unter die Gesetze rechnen wollte, da man subtilisiren könnte, daß solches nicht Gesetze sondern Verträge seyen, und daß dergleichen Gegenstände bloß unter die Administration der auswärtigen Verhältnisse gehören. Dennoch bleiben sie, vermöge der Natur der Sache, überall der höchsten Gewalt vorbehalten. Wenn auf der andern Seite der engere Rath nur die vollziehende Gewalt haben sollte, so müßte er geradezu ein willenloses Wesen seyn; er dürfte sich selbst keine Regel auflegen, keine Verordnung zum guten Gang der Geschäfte machen, den ihm untergeordneten Beamten, z. B. den Canzley-, den Finanz-Bedienten, den Justiz-Verwaltern, dem Militär u. s. w. kein Dienst-Reglement, keine Instruktion mehr ertheilen, für Bür-

ger und Untertanen nicht die geringste Polizey-Verordnung, etwa zur Verhütung von Unglücksfällen herausgeben, noch auf Uebertretung derselben irgend eine noch so geringe Strafe androhen: denn das sind Gesetze, wenn man ihnen schon zur Bemäntelung der falschen Theorie andere Benennungen giebt; es sind verbindliche Willensäußerungen, Regeln des Verhaltens die eine Menge von Menschen zu gewissen Handlungen verpflichten, und deren Verletzung für sie Strafen so wie ihre Befolgung Belohnungen nach sich zieht. Eine solche Sönderung würde auf der Stelle den Gang aller Geschäfte lähmen; sie ist sogar physisch unmöglich: und also müssen die Befugnisse nach ihrer materiellen Wichtigkeit ausgeschieden werden. Auch ist beynahe keine Stadt- oder Dorfgemeinde die nicht dießorts in ihrer Organisation und ihren Statuten klüger gewesen wäre als Montesquieu und seine Jünger. Denn in allen Dorf-Reglementen und städtischen Verfassungen findet man z. B. daß der ganzen Gemeinde oder doch dem größern Rath ungefähr folgende Gegenstände vorbehalten bleiben: 1<sup>o</sup> die Annahm von neuen Bürgern und die Ausschließung vom Bürgerrecht; ein bloßer Akt, eine Handlung und nicht ein Gesetz; 2<sup>o</sup> die Erwählung und allfällige Absetzung der vorzüglichsten Beamten, welche dann gewöhnlich namentlich aufgezählt werden; 3<sup>o</sup> der Ankauf oder die Veräußerung von Territorial-Besitzungen; ein Gegenstand von solcher Wichtigkeit, daß in mehreren Republiken das Gesetz bestand, es solle keine Fucharte von den Domainen der Republik ohne Genehmigung der höchsten Gewalt verschenkt, vertauscht oder veräußert werden dürfen. <sup>6)</sup>

---

6) Dieses Gesetz bestand z. B. in der alten Republik Bern; vgl. Sechster Band.

Denn welcher Eigenthümer wird seinen Verwaltern, wenn er ihnen auch vieles überlassen muß, das Dispositions-Recht über sein Vermögen selbst, über die Grundfeste seiner Macht einräumen? 4° Die Bewilligung aller Geld-Ausgaben, welche eine gewisse bestimmte Summe übersteigen; abermal, gleich wie bei den Fürsten, ein wesentlicher Vorbehalt, wenn die Republik Herr über ihr Gut verbleiben und das Communitäts-Vermögen nicht unnütz verschwenden lassen will. 5° Die Errichtung, Veränderung oder Aufhebung der Grundstatuten und überhaupt aller wichtigeren Gesetze, d. h. solcher Gesetze welche entweder die Republik selbst dauerhaft verpflichten, oder die Bürger und Einwohner allgemein angehen, ihre Rechte und Interessen berühren, ihnen neue Verbindlichkeiten auflegen, und die überhaupt von solcher Natur sind, daß sie ohne den Willen und den Nachdruck der höchsten Gewalt nicht vollzogen werden könnten. 6° Die Anhebung und Aufhebung von Processen, welche man bei Unabhängigen Krieg und Frieden zu nennen pflegt, indem es zuletzt im wesentlichen keinen Unterschied ausmacht, ob der Streit durch eigene oder fremde Gewalt beendigt, das

---

rend der Bonapartistischen Mediations-Verfassung hingegen kauften und verkauften der kleine Rath und oft sogar einzelne Collegien, was sie wollten, und disponirten über alles unter dem neumodischen Namen von Administration. Seit der neuen Verfassung aber vom Jahr 1814 und 1815 müssen doch alle Käufe und Verkäufe von Domainen über einen gewissen Werth wieder der höchsten Gewalt vorgetragen werden, und dieses ist einer der wenigen Punkte, in denen man von den Revolutions-Principien abgegangen und wieder zu der alten gesunden Vernunft zurückgekehrt ist.



vorläufige Urtheil selbst gefällt oder einem anderen überlassen werde, denn in beiden Fällen bleibt der Ausgang desselben gleich ungewiß. 7° Die Schließung und Aufhebung von Bündnissen oder anderen wichtigen Verträgen, welche die Genossenschaft gegen ihre gleichen dauerhaft verpflichten und ihr in dieser Hinsicht Gesetze auflegen. 8° Die Ausschreibung von Steuern und indirekten Abgaben, es sey auf die Bürger oder auf die Einsassen ihres Gebiets. 9° Die endliche Passation der wichtigeren Rechnungen; nicht um Gesetze zu geben, sondern um zu sehen, wie das gemeine Gut verwaltet oder verwendet worden sey, und um den im Namen der Communität bestrittenen Ausgaben die Genehmigung zu ertheilen, indem sie ohne vorhergegangene Autorisation oder nachherige Gutheißung widerrechtlich seyn würden. Solche und ähnliche Gegenstände, deren Entscheidung die höchste Gewalt voraussetzt und ohne welche sie nicht behauptet werden könnte, müssen daher auch den obersten Räthen der Republiken oder freyen Communitäten vorgetragen werden, und so ist es auch von jeher in allen ohne Ausnahme geschehen. 7) Keiner einzigen ist die neuphilosophische Absurdität in den Sinn gestiegen, sich blos auf sogenannte Gesetzgebung zu beschränken, allem Handeln, allem Urtheil zu entsagen, und dem engeren dirigirenden Ausschuss alles zu überlassen, was nicht Gesetz ist, oder was zur Vollziehung der Gesetze gehört: denn mit lauter Handlungen und sogenannten Vollziehungs-Maßregeln ließe sich die Republik selbst ganz

---

7) Siehe z. B. von den sogenannten Volks- oder allgemeinen Bürger-Versammlungen in Athen. v. Real Staatskunst I. S. 263. — 264.



füglich ja sogar gesetzmäßig zu Grunde richten. So sehr demnach auch jene Idee von einer Sönderung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt noch heut zu Tag in vielen Köpfen eingewurzelt seyn mag, die sonst von revolutionären Principien sehr entfernt zu seyn glauben: so ist es nicht minder gewiß, daß dieselbe in keiner einzigen Republik weder besteht noch je bestanden hat, indem sie geradezu physisch unmöglich und unausführbar ist. — Mit einem Wort, Fürsten haben ihre Minister, Republiken ihre Regierungs-Räthe, nicht nur um Gesetze zu vollziehen (denn diese werden überhaupt von denjenigen vollzogen, denen sie gegeben sind), sondern um eine Menge laufender Geschäfte zu besorgen; es mögen nun dazu Willens-Erklärungen und Verordnungen, Handlungen oder Urtheile erfordert werden; andere aber, wozu sie nicht bevollmächtigt sind, wenigstens vorzubereiten und der höchsten Gewalt zum Entscheide vorzutragen. Die freye Genossenschaft, die einzig unabhängige höchste Behörde, kann, gleich einem Fürsten, ihrem Entscheide vorbehalten was sie gutfindet; das dirigirende Collegium ist ebenfalls befugt derselben vorzutragen, was ihm nützlich oder zweckmäßig scheint, mithin auch solche Gegenstände die streng genommen diesen Vortrag nicht erfordern würden, und wenn also die ganze Communität einen Theil ihrer Gewalt dem engeren Ausschuss überläßt, oder überhaupt zur Erleichterung des Geschäftsganges eine Sönderung der Befugnisse nöthig ist: so muß dabei nicht auf die Form, sondern auf die Materie, d. h. auf die mehrere oder mindere Wichtigkeit der Gegenstände selbst, Rücksicht genommen werden.

Mit der Bildung und Einrichtung der freyen Gesell-

schaft selbst, eines größern stellvertretenden Ausschusses wenn derselbe nöthig ist, und eines engeren dirigirenden Collegiums, nebst ihren wechselseitigen Verhältnissen und bestimmten Verrichtungen, ist also die Constitution einer jeden Republik vollendet: denn alles übrige, was nicht die innere Organisation und Ordnung der freien Gesellschaft oder ihrer Mitglieder selbst betrifft, was außer ihrem Kreise liegt und unter ihr gemeinsames Gebiet gehört, es mag übrigens noch so wichtig seyn, kann, ohne die Begriffe zu verwirren, schlechterdings nicht zur Constitution gerechnet werden, so wenig als die Besizungen, die Handlungen und die Rechts-Verhältnisse eines Fürsten oder physischen Individuums zur Constitution seines Körpers gehören. So machen z. B. die Diasterien, Kammern und Collegien, welche unmittelbar unter dem dirigirenden Rathe stehen und zu Besorgung dieser oder jener Geschäfte niedergesetzt sind; die Eintheilung des Gebiets, sie mag nun willkührlich nach geographischen Rücksichten veranstaltet, oder durch die allmählig erworbenen Besizungen von selbst gegeben seyn; die Anordnung der sogenannten Verwaltungs- oder administrativen Behörden, zur Besorgung der Güter, Einkünfte und anderer Gegenstände, welche die Republik besizen mag; die Einrichtung des Gerichtswesens und des Militärs, die Kirchen-, Schul-, Armen- und andere gemeinnützige oder wohlthätige Anstalten, die auswärtigen Verhältnisse u. s. w. keine Bestandtheile der Constitution einer Republik aus. Denn alle diese Gegenstände, so wichtig sie auch in anderer Rücksicht seyn mögen, hängen von dem freien Willen der unabhängigen Genossenschaft ab; sie können seyn oder nicht seyn, so oder anders beschaffen seyn, ohne daß die

Republik, die herrschende kollektive Person, desto weniger constituirte und organisirt sey. Nicht die Wichtigkeit, noch weniger die Stetigkeit gewisser Verordnungen oder Institute ist der Charakter der constitutionellen Gesetze; auch dieser Irrthum zeugt von der Unwissenheit jener Sophisten, welche in neueren Zeiten die Staatswissenschaft vervollkommnet oder gar erfunden und auf die reine Vernunft zurückgeführt haben wollten. Indem sie Dekrete, die ihnen nach falschen Begriffen oder vorübergehenden Leidenschaften nothwendig und wesentlich schienen, für constitutionell erklärten, wähnten sie daß dieselben nicht mehr sollen angetastet, vielweniger umgestürzt werden können, welches doch bald darauf von ihnen selbst geschah. Allein auch sogar die wahren positiven Constitutions-Gesetze sind eben so wenig unveränderlich als andere; denn alles was von Menschen gemacht ist, kann auch von Menschen wieder aufgehoben werden, und vieles was nicht zur Verfassung der Republik gehört, ist vielleicht in seinen Folgen bedeutender und wesentlicher als manche Theile ihrer Organisation. Die Constitutions-Gesetze sind nur für die Existenz, die Gesundheit und freye Wirksamkeit der Gesellschaft selbst wesentlich, und bestehen überhaupt nur in denjenigen welche die zerstreute Menge zur künstlichen kollektiven Einheit bilden, und sie zur Aeußerung eines gemeinsamen Willens und gemeinsamer Kraft (freylich unvollkommen genug) gleichsam in einen lebenden und thätigen Körper umschaffen, daher sie auch, wie seiner Zeit gezeigt worden, nur in Republiken oder Gemeinwesen, nicht aber in andern Verhältnissen Platz haben können.

---

## Sechszehntes Capitel.

### Von der Herrschaft der Republiken oder Dem Verhältniß gegen ihre Unterthanen. (Jus societatis extraneum.)

---

- I. Eine Republik, als freie Genossenschaft, steht nothwendig auch mit anderen Menschen, die nicht Bürger sind, in rechtlichen Verhältnissen, und besonders auch mit solchen, die auf ihrem Gebiete wohnend von derselben natürlich abhängig oder ihr durch Dienstverträge verpflichtet sind. Gegen die letzteren ist sie collectiver Herr.
  - II. Beweis der rechtmäßigen Natur, der Allgemeinheit und Nothwendigkeit dieser Herrschaft in allen Republiken und Privat-Communitäten.
  - III. Die Herrschaft einer Republik, verbunden mit ihrer eigenen Unabhängigkeit, macht sie zum unabhängigen Grundherren oder collectiven Fürsten. Sie ist Republik und Fürst zugleich, und hat in letzterer Eigenschaft die nemlichen Landesherrlichen Rechte und die nemlichen Schranken ihrer Gewalt wie die Einzelherren.
  - IV. Die Herrschaft einer Republik ist eine Folge ihres eigenen Rechts; wer nicht Bürger ist, hat keinen Anspruch darauf zu machen, und sie kann weder ein Privilegium, noch eine Familien-Herrschaft, noch eine Oligarchie oder Erb-Aristokratie genannt werden. Alle diese Ausdrücke, auf collective Herrschaften angewendet, sind falsch und unvernünftig.
- 

Bisher wurden theils die natürlichen Rechts-Regeln, welche im Innern jeder Republik gelten, d. h. das Ver-



hältniß zwischen ihren Mitgliedern unter einander, theils auch die Formen und Hülfsmittel abgehandelt, welche zur Bildung oder zur Handhabung dieses Verhältnisses nöthig sind; und deren Inbegriff man die Constitution oder Organisation der Republiken zu nennen pflegt. Allein eine Communität oder Genossenschaft, welche zusammen genommen eine einzige kollektive Person vorstellt, und in dieser Eigenschaft Rechte auszuüben oder Pflichten zu erfüllen hat, steht nothwendiger Weise auch mit andern Personen (Individuen oder Communitäten) in Berührung und rechtlichen Verhältnissen; theils mit solchen die ihr an Rechten gleich sind und von ihr unabhängig, theils mit anderen die ihr durch besondere Umstände oder Verträge dienstbar, verpflichtet und von derselben mehr oder weniger abhängig sind. Beides zusammen kann man das äußere Recht der Republiken oder Genossenschaften (*jus societatis extraneum*) nennen, zum Unterschied von dem inneren oder einheimischen, welches blos zwischen ihren Mitgliedern unter einander besteht. Das Verhältniß der Communitäten mit ihresgleichen oder mit anderen von ihr unabhängigen Personen berühren wir hier nicht; es ist das nemliche was überhaupt zwischen den sogenannten Privat-Personen, als solchen, oder zwischen den Fürsten unter einander herrscht, in ersterem Fall das absolute oder außergesellige Privat-Recht, in letzterem aber, mit einem etwas unpassenden Ausdruck, das natürliche Völkerrecht genannt wird. Hier gelten also nur die allgemeinen Menschenrechte und die allgemeinen Menschenpflichten; und zwar sowohl die strengrechtlichen als die des Wohlwollens, in so fern man zur Erfüllung der letzteren Mittel und Gelegenheit hat. Niemanden zu Beleidigen, Verträge zu halten, Humanitäts-Pflichten

und freundliche Uebungen zu erfüllen, ist der Innbegriff alles dessen was in diesem Verhältniß beobachtet werden soll; die nemliche Regel, das nemliche göttliche Gesetz, welches zwar auch in allen anderen menschlichen Verhältnissen gilt, nur daß die Gegenstände, auf welche dasselbe angewendet werden soll, die Besitzungen und die daraus entspringenden Befugnisse verschieden sind.

Singegen gehört das Verhältniß der Corporationen oder Republiken gegen ihre Diener und Untergebene, d. h. gegen solche Personen, die zwar nicht Mitglieder der Communität, aber derselben durch besondere Umstände oder Verträge dienstbar und verpflichtet sind, allerdings in das Staatsrecht der Republiken. Zwar ist dasselbe an und für sich durchaus das nemliche was überhaupt zwischen Herr und Diener im ausgedehnten Sinne besteht und bereits bey den Fürstenthümern oder Monarchien entwikkelt worden ist, so daß wir uns eigentlich bloß auf das dort Gesagte beziehen könnten. Allein da die Sophistik unserer Tage alle natürliche Abhängigkeit, alle freiwillige Dienstbarkeit, besonders gegen Republiken, für natur- und rechtswidrig hat ausgeben wollen; da überhaupt die beyden mit und neben einander existirenden, so oft verwechselten Verhältnisse, das republikanische und das herrschaftliche, nie genug von einander gesöndert werden können; und da endlich aus der Natur der kollektiven Herrschaft verschiedene merkwürdige Modifikationen entstehen: so ist es nöthig hier der Herrschaft der Republiken über ihre Untergebene eine besondere Betrachtung zu widmen, ihren rechtlichen Ursprung, ihre wahre Natur, sogar ihre Nothwendigkeit und Allgemeinheit, nebst den daraus entspringenden Folgen zu zeigen.

Ist eine Genossenschaft, es sey durch die Vereinigung der Kräfte und Einsichten ihrer Mitglieder oder durch besitzende Güter und Reichthümer mächtig genug, daß sie nicht nur den unmittelbaren Zweck ihrer Genossen erfüllt, sondern auch anderen Menschen nützen, ihnen z. B. Nahrung und Schutz anbieten, mancherley Vortheile verschaffen kann: so wird sie auch bald über mehr oder weniger Leute herrschen, die jener Macht bedürfen und zur Befriedigung dieser Bedürfnisse von derselben abhängig sind, in ihre Dienste treten, auf ihrem Gebiete wohnen, unter ihrem Schutze leben. Gelangt also irgend eine Communität, es sey vor oder nach ihrer eigenen Unabhängigkeit, zu Vermögen und liegenden Gütern, erwirbt sie dadurch, mittelst stillschweigender oder förmlich geschlossener Dienstverträge, ein Recht auf Sachen oder Personen: so steht sie gegen diese letzteren in einem herrschaftlichen Verhältniß; und gleichwie es keinen einzelnen Menschen giebt, der nicht wenigstens über etwas gebiete, so ist auch keine Communität, keine Genossenschaft in der Welt, so klein und schwach sie auch seyn mag, die nicht mehr oder weniger über andere Menschen herrsche, welche ihr entweder durch Dienstverträge verpflichtet oder sonst aus rechtlichen Gründen von ihr abhängig sind. Man denke sich eine Republik so populär und so demokratisch als man immer will, so werden immerhin Weiber und Kinder, häusliche Diener, mancherley Einsassen und vorübergehende Domizilanten nicht Bürger derselben seyn, nicht in den Versammlungen derselben stimmen können, gleichwohl aber ihren Beschlüssen mehr oder weniger gehorchen müssen. <sup>1)</sup> Nun aber fragen wir: ob dann diese nicht die

---

<sup>1)</sup> Grotius hat schon die klare Bemerkung gemacht: quid quod



ersten natürlichen Unterthanen der Republik seyen? Und wenn die bestehende Communität nach rechtmäßigen Erwerbungs-Titeln zum Besitz von liegenden Gütern gelangt: sollte sie dann schuldig seyn alle früheren und späteren Einwohner derselben sogleich in ihr Bürgerrecht aufzunehmen? oder sollten diese letzteren die Pflicht haben Bürger werden zu müssen, auch wenn sie es nicht wollten? Wie reimte sich dieses mit der allgemeinen Rechts-Regel, daß niemand befugt ist andere Menschen wider ihren Willen in eine Genossenschaft zu zwingen, und daß auch die Genossenschaft selbst nicht gezwungen werden darf, wider ihren Willen, neue Mitglieder aufzunehmen und an ihrem Eigenthum Theil nehmen zu lassen. Ein solcher Vertrag der gegen gleiche Vortheile auch gleiche Beschwerden auflegt, setzt die Einwilligung von beiden Theilen voraus, denn der Zwang würde den einen wie den andern in seiner rechtmäßigen Freiheit beleidigen.

Diesen Grundsätzen zufolge ist auch keine Republik je

---

*nulla respublica reperta est, adeo popularis, in qua non aliqui, aut adolescentes, aut valde inopes, aut externi a deliberationibus publicis arceantur.* Jedoch scheint mir dieses noch nicht ganz genau und gründlich ausgedrückt. Die Kinder, die Jünglinge, die ganz Armen u. s. w. werden eigentlich nicht von den Berathschlagungen ausgeschlossen, sondern sie gehören nicht dazu. Jene müssen vorerst in die Communität aufgenommen werden oder die Bedingungen erfüllen durch welche sie gesetzmäßig aufgenommen sind, und bey einem wirklichen Mitglied derselben ist die Armuth allein kein Hinderniß. Auf das Wort *externi* (Äußere) kommt es hier allein an; denn es versteht sich von selbst, daß einer der nicht zu der Genossenschaft gehört, auch nicht an ihren Berathungen Theil nimmt.



auf dem Erdboden gewesen, die nicht unter verschiedenen Benennungen und mancherley Verhältnissen über Menschen geherrscht hätte, die nicht Bürger der Communität, aber derselben auf eine oder andere Weise verpflichtet waren. Carthago war die Beherrscherin eines großen Gebiets in Afrika, wie auch von Sicilien, Sardinien, den meisten Inseln des Mittel-Meers und einem großen Theile von Spanien. <sup>2)</sup> Die Griechischen Städte hatten ihre tributären Verbündete (steuer- und kriegsdienstpflichtige Unterthanen), Leibeigene und sogar Sklaven. <sup>3)</sup> Es ist bekannt wie groß das Gebiet der Römischen Republik gewesen, obschon die freye Communität, d. h. die eigentliche Republik nur in der Bürgerschaft der Stadt Rom bestand. Mannigfaltig, wie heut zu Tag, waren ihre Verhältnisse zu den Einwohnern dieses Gebiets, je nach der Art seiner Erwerbung oder den geschlossenen Verträgen. <sup>4)</sup> Von allen Italienschen

---

2) Ueber die Entstehung desselben, gar nicht allein durch Eroberungen, s. Heeren Geschichte der Staaten des Alterthums. 3te Auflage, 1817. S. 93 – 96. Nebst den Einwohnern dieses Gebiets hatte Carthago noch gemietete Truppen und Ruderknechte für die Kriegsflootten. Sollten diese etwa auch Bürger seyn und der Republik befehlen statt ihr zu dienen?

3) Heeren a. a. O. S. 168.

4) *Municipia* mit vollem Römischen Bürgerrecht, jedoch zum Theil ohne Stimmen in den Comitien — *Jus coloniarum* ohne Antheil an den Comitien, noch an den Magistraten in Rom — *Socii, foedere juncti*, die ihre innere Verfassung behielten, aber Tribute und Hülfsstruppen geben mußten — *Dedititii*, eroberte Unterthanen, die durch Römische Magistrate (Präfecten) regiert wurden. Heeren a. a. O. S. 428 – 430.

Städten oder Republiken des Mittelalters lesen wir von einem ihnen gehörigen, mehr oder weniger beträchtlichen Gebiet, dessen Bewohner jenen Städten nach den nemlichen freyen Verhältnissen dienstbar und verpflichtet waren, wie sie es anderswo gegen einzelne Fürsten oder Dynasten und selbst gegen mächtige begüterte Privat-Personen gewesen oder noch wirklich sind. Das nemliche fand sich bey den Deutschen und Schweizerischen Reichsstädten wieder, von denen letztere (und selbst einige andere die nicht Reichsstädte waren) sich durch den Eidgenossen-Bund zu einem etwas höheren Grad von Unabhängigkeit, mithin zum Rang der Republiken emporgeschwungen hatten. Die meisten derselben besaßen ihr Gebiet schon früher als sie selbst unabhängig wurden, mithin zur Zeit wo sie noch bloße Privat-Communitäten waren: <sup>5)</sup> warum sollte es ihnen späterhin nicht erlaubt seyn, da die Unterthanen dabey in den nemlichen freyen Privat-Verhältnissen blieben, in ihren Rechten nicht verkürzt wurden, sondern vielmehr aus dem höheren Glück und der vollkommenen Freyheit ihrer Herren mannigfaltigen Vortheil zogen. Und wenn man z. B. bey den Deutschen Reichsstädten die Existenz ihres Territorial-Gebiets, nebst der natürlichen Ungleichheit zwischen den Bürgern und den Einwohnern oder Unterthanen, ganz vernünftig und rechtmäßig fand, warum sollte sie bey den Schweizerischen Städten ungerecht oder naturwidrig seyn? Selbst die freyen unmittelbaren Reichsländer oder Waldstätte in der Schweiz, welche man in der neueren Büchersprache die demokratischen Cantone zu

---

5) Z. B. Freyburg, mit alleiniger Ausnahme des im J. 1536 eroberten Theiles der Landschaft Waadt.

nennen pflegte, die Landschaft Wallis, die frengewordenen, unter sich verbündeten Gemeinden in Rhätien u. s. w. hatten ihre Hintersassen, ihre Angehörige, Schutzverwandte, Ungleichverbündete, selbst sogenannte Unterthanen, theils eigene oder unmittelbare, theils mittelbare oder gemeinsame mit anderen Eidgenossen. Es war da gar nicht alles gleich berechtigt, wie die Unwissenheit wähnte, oder wie der Jakobinismus vorgab um seine vermeinte Theorie irgendwo in der Erfahrung als realisirte darzustellen; nicht jeder war ein freyer Landmann und gehörte zur Landsgemeinde; man konnte sogar nur mit äußerster Schwierigkeit in dieses Landrecht, d. h. in die freye Landsmannschaft und die damit verbundenen Befugnisse aufgenommen werden. Jene Cantone oder Landschaften hießen nur deswegen demokratisch, weil die gesammte souveraine Landsgemeinde sich einmal im Jahr für gewisse wichtige Gegenstände versammeln konnte. Wer aber kein Landmann war, der konnte auch da nicht mitstimmen, mochte er auch ein Millionär und seit Jahrhunderten im Lande wohnhaft seyn. — Die Republik der sieben vereinigten Niederlande bestand aus den Nachkommen der Landstände jener sieben Provinzen, welche sich im sechzehnten Jahrhundert durch gemeinschaftlich geführten Krieg von der Spanischen Oberherrschaft losgemacht hatten, mithin aus der sogenannten Ritterschaft (den Edelleuten oder Grundherren) und den freyen Städten, d. h. denjenigen, die vorher unmittelbar von dem König abhiengen. Alle übrigen zahlreichen Einwohner waren Unterthanen der einzelnen Stände (Staaten), und letztere zusammen besaßen noch ein beträchtliches, durch gemeinsame Waffen erobertes Gebiet, welches unter dem Namen der Generalitäts-Lande



Bekannt, mit Beybehaltung seiner früheren eigenen Rechte, nicht den einzelnen Staaten, sondern nur der Vereinigung von allen, d. h. den Generalstaaten unterworfen war. Die Nord-Amerikanischen Colonien waren längst durch Königliche Freiheits-Briefe und selbstherrungene Kräfte in gewisse herrschende und ziemlich mächtige Corporationen vereinigt und organisirt, bevor sie den Kampf um Unabhängigkeit gegen die Könige von England zu versuchen veranlaßt worden. Als dieser Kampf, theils durch fremde Unterstützung, theils durch mancherley Fehler des Britischen Ministeriums, glücklich abgelaufen war: so haben einige jener Provinzen in ihrer früheren Verfassung bennabe nichts verändert, andere hingegen, da sie des Volks in jenem Kriege bedurften und zum Theil auch durch die aus Frankreich hinüber gebrachten neuphilosophischen Principien verleitet, haben frenlich zu ihrer eigenen Verstärkung das Bürgerrecht ausdehnen, d. h. weit mehrere Menschen an der errungenen Macht und Freiheit Theil nehmen lassen müssen; aber auch dort ist bey weitem nicht jeder ein Staats-Bürger. Die allermeisten Einwohner haben an der neuen Republik keinen Theil, sondern sind derselben dienstbar und unterthan. Uebrigens besitzen ja die vereinigten Staaten das westliche Gebiet oder Indiana als gemeinsames Staats-Eigenthum, gerade wie die Niederländische Republik ihre Generalitäts-Lande oder die Schweizerischen Eidgenossen ihre gemeinen Herrschaften besaßen, und wenn jene Nord-Amerikanische Republik fortdauert, so wird sie ohne Zweifel noch mehrere dergleichen Länder erwerben. Endlich sehen wir das nemliche sogar in den vorübergehenden Meteoren der neueren Revolutions-Republiken, von ihrer Stifterin, der Fran-



zöfischen, anzufangen bis auf die von ihr erzeugten Trabanten. Da sollten zwar, den papiernen Constitutionen zufolge, keine Unterthanen mehr bestehen, sondern alle Menschen Bürger seyn, oder, wie man sich ausdrückte, gleichen Antheil an den sogenannten politischen Rechten haben; es ward sogar jenes natürliche Verhältniß für eine Herabwürdigung der Menschheit ausgegeben. Allein die Sache selbst blieb, und die geschmeidige Sprache mußte sich mit anderen Ausdrücken zu helfen. Man erfand neue lächerliche Worte, um durch willkührliche Dekrete unter der Benennung von *citoyens passifs*, *citoyens non actifs*, *Hinterfaßen* u. s. w. die größte Menge von Menschen von dem Bürgerrecht auszuschließen; mithin unter viel härteren Formen, ohne gegenseitigen Vortheil, wohl aber mit Benbelassung aller Beschwerden, abermal zu Unterthanen zu machen. Sie mußten zahlen, marschiren und sterben, oder wenigstens darben, hungern und dürsten für das Gemeinwesen an dem sie keinen Theil hatten: aber das Rathen, Befehlen und Genießen war ihnen versagt und verblieb nur denen die jene Dekrete machen konnten. In der Wirklichkeit bestand die freye Genossenschaft, doch nur in jenen Versammlungen welche entweder von fremder Militär-Gewalt, als Instrumente ihrer Herrschaft, gestiftet, oder ursprünglich in Frankreich von dem König selbst berufen und versammelt, die oberste Macht an sich gerissen, alle ihrem System nicht günstigen Mitglieder ausgestoßen, andere hingegen darein aufgenommen und die übrigen Einwohner von ganz Frankreich sich dienstbar und unterwürfig gemacht hatten. Bald vereinigten sie auch eroberte Länder mit ihrem Gebiet, erklärten dieselben als nicht zu dem bürgerlichen Verband gehörend (*hors la constitution*) und ließen die Bewoh-

ner militärisch regieren, oder durch Commissärö administrieren, ohne ihnen die Vortheile des sogenannten Bürgerrechts einzuräumen. Selbst in den jetzigen, im J. 1803 und wieder 1814 durch fremde Macht umgeschaffenen oder neugeschaffenen Schweizerischen Cantonen sind zwar statt der ehemaligen freyen Stadt- und Landsgemeinden größere Genossenschaften willkürlich gestiftet worden, denen man die Güter und mit denselben zugleich die Macht und Freyheit der ersteren übergeben hat; allein auch diese neugeschaffenen sogenannten Cantons-Bürgerschaften, mittelst deren die vormaligen Herren zu Dienern und die Diener zu Herren geworden, fassen noch lange nicht das ganze Volk oder alle Einwohner des Landes in sich; alle fremden Einsaßen und die kein Orts-Bürgerrecht besitzen (wenn sie auch noch so begütert sind), alle Bevogteten und Minderjährigen, alle Dienstboten und Handwerksgefelln, alle aus Armen-Cassen Besteurten, alle in Concurö Berathene (Bergeldstage oder sonst Ehrlose), alle Unverehlichte unter dreßsig Jahren, alle diejenigen welche entweder nicht ein gewisses bestimmtes Vermögen besitzen oder nicht eine gewisse Summe von Auflagen bezahlen u. s. w., zahlreiche Classen die doch auch Menschen sind und Menschen-Rechte haben, gehören nicht zu jener Bürgerschaft, können nicht mitstimmen, nicht gewählt werden, <sup>5b)</sup> müssen aber gleichwohl den übrigen oder ihren Stellvertretern gehorchen und sind also dienstbar, abhängig, folglich gerade das was man sonst unterthan nannte; nur mit dem Unterschied, daß der eh-

---

5b) S. die Mediations-Akte und die neuen Cantons-Constitutionen von 1814 und 1815.

malige Unterthan, als nicht Mitglied der Genossenschaft, auch keine bürgerlichen Beschwerden zu leisten hatte, diese hingegen sie tragen müssen, ohne der Vortheile theilhaftig zu seyn. Aehnliche abhängige Verhältnisse finden sich endlich auch bey allen Privat-Communitäten wieder. Es giebt keine Dorf-Gemeinde, keine Provinzial- oder Municipalstadt, keine Handwerkerzunft, kein Künstler- oder Gelehrten-Verein, kein Orden, keine Handels-Gesellschaft, keine Familien-Corporation, keine unvertheilte Erbschafts-Massa u. s. w., die nicht noch über andere Leute als über ihre Bürger und Mitglieder, nemlich über allerley Diener und Arbeiter, Schuldner, Einsaßen u. s. w. herrsche. Wie vielen Millionen Menschen gebieten nicht z. B. die Ost-Indischen Handels-Gesellschaften von England und Holland, <sup>6)</sup> die doch nicht einmal unter die vollkommenen Republiken, sondern nur unter die Privat-Communitäten gerechnet wurden. Alles das ist auch nach der Natur der Sache gar nicht anders möglich und eben deswegen so allgemein. Die Dienstbarkeit gegen Corporationen, wie die gegen Individuen, hat ihren gleich nothwendigen Grund darin, daß in dieser Welt der Mächtige der Hülfe des Schwachen, der Schwache hinwieder der Hülfe des Mächtigen bedarf, und gerade durch diesen Austausch wechselseitiger Wohlthaten die menschliche Gesellschaft zusammengefüget wird. Warum sollte dann eine Communität (ein Verein von mehreren) nicht eben so gut als ein einzelner Mensch Diener und

---

6) Die Englische Ostindische Gesellschaft zählt 1600 Mitglieder (Bürger) und herrschet über 60 Millionen Menschen. Mich wundert, daß die heutigen Aufklärer und die Englischen Radikalen gegen diese Merkantil-Oligarchie noch kein Zettergeschrey erhoben haben.



Untergebene haben können, die ihr auf verschiedene Art verpflichtet sind oder auf ihrem Gebiete wohnen, ohne selbst Mitglieder jener Communität, d. h. ohne zugleich Herren oder Mitherrn zu seyn? Wenn das schon den Privat-Gemeinden oder Genossenschaften erlaubt, und bei ihnen täglich der Fall ist, warum sollte es den freien und unabhängigen verboten seyn, da sie doch mehr Vermögen besitzen, andere Menschen zu nähren, zu schützen, ihnen vortheilhafte und sichere Dienste anzubieten? Und wenn auf der anderen Seite die dienenden Menschen ebenfalls berechtigt sind, ihres Nutzens wegen, in den Dienst von Privat-Gesellschaften zu treten, warum sollten sie den freien und unabhängigen nicht dienen dürfen, da doch die gegenseitigen Vorthelle ehrenvoller und sicherer sind? Dergleichen Verhältnisse und freye Verträge aufheben oder als ungerecht darstellen zu wollen: heißt das nicht eben so viel als beyde Theile, den Mächtigen wie den Schwachen, in ihrer Freyheit beleidigen; denjenigen der Diener hat oder haben kann, und denjenigen der dienen will oder in dem Dienst seinen Unterhalt findet, des Uebrigen zu berauben; zugleich dann alle gesellige Bande auflösen, alle wechselseitige Hülfsleistungen unter den Menschen unmöglich zu machen. Welch lächerliche Behauptung die man in neuern Zeiten so oft hören mußte, daß man an fremdem Glük und fremder Macht Antheil haben müsse, weil man ein Mensch sey! Seit wann soll das Recht oder die Würde des Menschen darin bestehen sich in das Eigenthum und die Besitzungen eines andern einzudrängen? Warum lassen diese Gleichheits-Prediger aus gleichem Grund nicht auch die Diener und Aufwärter in jeder Tanz-, Eß- oder Lesegesellschaft ebenfalls mitregieren und befehlen über die Handlungs-Be-



dienten über das Gut ihrer associirten Patronen verfügen und die Einkünfte mitgenießen, unter dem Vorwand daß das Handelshaus ein Gemeinwesen sey und mithin auch ihnen gehöre? Wenn man die Bürger oder Mitglieder einer freien Communität, ihrer Herrschaft über andere wegen, eine privilegirte Caste nennen will, so müssen die Vorgesetzten eines jeden Dorfs, die Meister einer jeden Zunft, ja die Doctoren und Professoren einer jeden Universität eben so genannt werden. Oder warum nehmen diese letzteren nicht auch die Studirenden, die Bedellen, die übrigen Arbeiter, die Pächter oder Bewohner ihrer Güter, die Schuldner des Universitäts-Fonds u. s. w. ebenfalls in ihr dirigirendes Collegium auf, oder lassen sie wenigstens Repräsentanten dahin senden? es müßte geschehen, wenn man bey solch absurden Principien je consequent seyn könnte. Allein bey allen ihren Sophistereien vermögen sie der Natur nicht zu entweichen; immer und allenthalben widerspricht sie den Dichtungen der Menschen, und man mag eine bestehende Communität erweitern so viel man will, so werden immer noch andere ihr dienende Menschen auf ihrem Gebiete übrig bleiben. 7)

Es unterliegt also wohl keinem Zweifel, daß eine Genossenschaft, sie sey nun selbst unabhängig oder nicht, rechtmäßiger Weise nicht nur über ihre Bürger, d. h. über sich selbst, sondern auch über andere, ihr entweder

---

7) Vergl. über alles dieses meinen im J. 1814 herausgegebenen ironischen Aufsatz: Was sind Untertanen-Verhältnisse? bey dem Anlaß als die damalige Schweizer'sche Tagssagung decretirt hatte, es sollen in der ganzen Schweiz keine Untertanen-Verhältnisse mehr bestehen.

durch Dienst-Verträge verpflichtete oder sonst von ihr abhängige Menschen herrschen kann, und man müßte sich sogar über den weitläufigen Beweis einer solch einfachen Wahrheit entschuldigen, wenn man nicht durch die herrschenden Irrthümer unserer Zeit dazu genöthiget wäre. Ist nun aber eine Communität nicht nur begütert und mächtig, sondern auch für sich selbst völlig frey, d. h. eine wahre Republik, herrschet sie über andere Menschen und dienet selbst niemanden: so wird sie in ersterer Rücksicht, als eine einzige Person betrachtet, unabhängiger Grundherr oder kollektiver Fürst. Sie ist Republik und Fürst zugleich, jenes in Bezug auf ihre Mitglieder unter einander, dieses in Bezug auf andere der ganzen Communität dienstbare oder verpflichtete Menschen. Die Republiken haben also, in dieser letzteren Eigenschaft, die nemlichen Landesherrlichen Rechte wie die individuellen Fürsten. Jene Befugnisse sind ihnen so wenig als den Einzelherren von dem untergebenen Volk übertragen, sondern sie fließen aus ihrer Persönlichkeit, aus ihren natürlichen oder erworbenen Rechten, mit anderen Worten aus ihrer Freyheit und ihrem Eigenthum. <sup>8)</sup> Auch eine wahre Republik, als Fürstin oder souveraine Corporation betrachtet, hat also nur Gott, d. h. die Gesetze der Natur-Notwendigkeit und die Gesetze der Pflicht, der Gerechtigkeit und der Liebe über sich zu erkennen. <sup>9)</sup> Sie wird zur Vertheidigung eigener Rechte, zu ihrer Selbsterhaltung und zur Unterstützung ihrer Freunde und Verbündeten Krieg führen, Frieden schließen, Bündnisse und mancherley andere Verträge eingehen, Gesandte schi-

---

8) B. II. Cap. 26.

9) Ebendas. Cap. 27.

ten oder empfangen können; aber gleichwie der Krieg rechtlich nur ihre eigene Sache betrifft und sie ihn eben deswegen nach eigenem Willen erklärt, führet und endiget: so soll sie denselben in der Regel auch auf ihre eigene Kosten führen. <sup>10)</sup> Kriegs-Dienste und Kriegs-Steuern kann sie von ihren Bürgern, als Mitgliedern des Souverains für welche der Krieg geführt wird, von Rechtens wegen fordern; aber die Hülfsleistung von Seite ihrer Unterthanen, es sey an Mannschaft, Geld oder andern Bedürfnissen, beruht nur auf moralischer Pflicht, auf freywilliger Zuneigung, auf eigenem mitverflochtenem Interesse und wird nur durch besondere Dienst-Verträge oder Gegenleistungen zur rechtlichen Schuldigkeit erhoben. <sup>11)</sup> Eben so hat sie in Friedens- oder anderen Verträgen nur über eigene Rechte und Interessen, nicht aber über fremde und selbst nicht über diejenigen ihrer Unterthanen zu stipuliren, wenigstens nie zu ihrem Nachtheil, als welches für dieselben nicht verbindlich wäre, wohl aber zu ihrem Vortheil, weil da die Einwilligung präsumirt werden kann und die günstige Stipulation eine ihnen erwiesene Wohlthat ist. <sup>12)</sup> Die Republik ist befugt ihren Unterthanen im Auslande möglichsten Schutz zu verschaffen, Hospitalität auf ihrem eigenen Gebiet zu gestatten oder bey besorgendem Nachtheil für sich selbst aus guten Gründen zu verweigern. <sup>13)</sup> Gleichwie sie ihr inneres Gemeinwesen, die Constitution der herrschenden Gesellschaft selbst, nach Gefallen organisirt, so kann

---

10) B. II. Cap. 28 und 29.

11) Ebendas. Cap. 28.

12) Ebendas. Cap. 29.

13) Ebendas. Cap. 30.

sie auch ihr äußeres Hauswesen, d. h. die Verwaltung der unter ihr Gebiet gehörigen Gegenstände, Güter und Besitzungen anordnen, die Zahl der dazu nöthigen Aemter bestimmen, neue errichten, alte abschaffen und jedem seine Verrichtungen vorschreiben; die Beamten und Diener selbst anstellen, befördern und verabschieden, Bedingungen der Anwartschaft, der Wahlfähigkeit, des successiven Vorrückens u. s. w. festsetzen. Sie hat das Recht die Arbeiten und Leistungen zu fordern, die ihr in solchen Dienst-Verträgen versprochen worden sind, ist aber auch verpflichtet die Bedingungen zu erfüllen, welche sie gegenseitig zugesagt hat, z. B. die versprochene Besoldung oder andere Vortheile den Dienern regelmäßig und unverkümmert zufließen zu lassen, selbige wohl zu vermehren aber nicht einseitig zu vermindern, nicht andere oder mehrere Arbeiten als die versprochenen zu fordern, und selbst diese nicht mit Uebermaß, sondern mit Rücksicht auf die menschlichen Kräfte und billige Schonung von Alter und Krankheit. <sup>14)</sup> Im Inneren ihres Gebiets ist die Republik oberste Gesetzgeberin und Handhaberin ihrer Gesetze. Sie kann durch verbindliche Willens-Äußerungen sich selbst als Corporation betrachten, ihre Beamte und Diener, wie auch ihre Bürger und Unterthanen verpflichten, in so fern sie dabei inner den Gränzen ihres Befugnisses bleibt, keine fremde Rechte beleidiget und die Vorschriften selbst entweder schon durch das natürliche Gesetz geboten sind oder sich doch aus demselben herleiten lassen. <sup>15)</sup> Sie ist natürlicher Weise über die von ihr selbst gegebenen Gesetze, d. h. sie kann ihren

---

14) B. II. Cap. 31.

15) Ebend. Cap. 32.



Willen ganz oder zum Theil abändern, auslegen, davon dispensiren, mithin Privilegien und Gnaden, Ausnahmen und Begünstigungen die niemanden nachtheilig sind, nach Gefallen ertheilen. <sup>16)</sup> Daß sie die oberste Gerichtsbarkeit in ihrem Lande besitze, Bürgern und Unterthanen in streitigen und nicht streitigen Fällen zu gerechten Dingen Hülfe leiste, daß man von ihr den obersten und definitiven Schutz erhalte, ist eine natürliche Folge ihrer Macht, und die Ausübung dieses Befugnisses ist eine moralische Pflicht, die in eben dem Grade verbindlicher wird, als man mehr Mittel zu ihrer Erfüllung besitzt. Auch eine Republik wird demnach zu ihrer Erleichterung in diesem Geschäft, Unterrichter bestellen, sie mit Instruktionen versehen, ihren Gerichtssprengel über gewisse Bezirke, Personen und Sachen anordnen, ihnen eine gewisse Competenz einräumen, über die Treu oder Untreu der in ihrem Namen ausgeübten Justiz-Verwaltung wachen, einzelne Gegenstände bisweilen an sich ziehen, bey Berichts-Erstattungen Weisung ertheilen, Appellationen von den Unterrichtern annehmen, in außerordentlichen Fällen, zum Besten der wahren Justiz oder des Zweckes für welchen die Gesetze gegeben sind, von ihren eigenen Vorschriften dispensiren (begnadigen) können, selbst aber keinen Gerichten, außer mit ihrem Willen, unterworfen seyn. <sup>17)</sup> Gleich einem Fürsten ist ferner eine Republik auch Herr über ihr Vermögen, ihre Einkünfte und ihre Ausgaben und hat über jenes so wie über diese ihren Unterthanen keine Rechenschaft zu geben; hingegen wird freylich von den Beamten der Republik der Versammlung

---

16) B. II. Cap. 33.

17) Ebendas. Cap. 34.

aller Bürger oder ihren Stellvertretern Rechnung abgelegt, gleichwie solches in Monarchien von Seite des betreffenden Ministers gegen seinen Herren geschieht. Sie wird Domainen und mancherley Regalien besitzen können, denn die erstern sind ihre Güter und die letztern nichts anders als eine Fruchtbarmachung von Capitalien zu edlen, gemeinnützigen und zugleich einträglichem Unternehmungen, welche sie in ihrem Lande ausschließend treiben kann, wofern dadurch niemand aus einem früheren rechtlichen Besitze verdrängt wird. Die Domainen kann sie auch nach Belieben verpachten, oder verwalten lassen, selbige unter mancherley Bedingungen zu Lehen geben, an Befoldungsstatt einräumen u. s. w., je nachdem die Umstände das eine oder das andere räthlich machen, und zu ihrer Veräußerung ist sie gewöhnlicher Weise noch mehr als die Fürsten berechtigt, weil sie dieselben nie durch Testamente oder Hausverträge unter fideicommissarischer Bedingung erhalten, sondern als freyes Eigenthum erworben oder erkaufte hat. Bei der Errichtung und Ausübung der Regalien hat sie die nemlichen Regeln der natürlichen Gerechtigkeit, der Billigkeit und Klugheit zu beobachten, welche seiner Zeit bei den Fürstenthümern von uns entwikkelt worden sind. Nichts Kleinliches, unedles, zum Gewerbe gemeiner Privat-Personen sich herablassendes darf dabei unterlaufen, und selbst der allzugewinnssüchtige Zwang zur ausschließenden Benutzung solcher Regalien entadelt die reine Schönheit dieser Quelle von Einkünften und ist sogar meistens ihrem Ertrage schädlich.<sup>18)</sup> Auch für die den Bürgern und Unterthanen in ihren Privat-Angelegenheiten geleisteten

---

18) B. II. Cap. 35.

Dienste, für die Benutzung ihrer Macht, ihrer Anstalten u. s. w. kann die Republik gewisse Taxen, Sporteln und Emolumente fordern oder gestatten, wiewohl dieses nur mit vieler Mäßigung geschehen muß, und es nicht schicklich ist daraus eine Quelle von Einkünften zu machen, sondern sie vielmehr den Beamten als eine Entschädigung für ihre außerordentliche Arbeit überlassen werden sollen. <sup>19)</sup> Die Republik kann, wie bereits anderswo gezeigt worden, wohl von ihren Bürgern, aber hingegen nicht willkürlich von ihren Unterthanen direkte Steuern und Auflagen fordern, darum weil sie nicht über fremdes Gut zu disponiren hat; es würden auch dergleichen Auflagen in Republiken viel schwerer durchzusetzen seyn, und selbst im Fall ihrer Bewilligung würden sie viel gehäßiger als in Fürstenthümern scheinen, weil die Unterthanen nicht nur an der herrschenden Corporation keinen Antheil, sondern auch von derselben weniger indirekten Vortheil haben als von einem individuellen Fürsten, indem alle ehrenvollen und einträglichen Aemter gewöhnlich von den Bürgern selbst bekleidet werden, mithin den Unterthanen zur Befriedigung ihres Ehrgeizes (für welchen die Menschen sonst vieles thun) oder zur Erwerbung von Reichthümern im Dienste der Republik, weniger Spielraum, weniger Hoffnung übrig bleibt. Daß endlich eine freye Communität, gleich den Fürsten, berechtigt sey, mancherley gemeinnützige Anstalten aller Art, Stiftungen für die Erziehung der Jugend, die Verpflegung der Kranken und Armen, die gemeinsame Sicherheit und Bequemlichkeit u. s. w. zu errichten, versteht sich von selbst, da das Recht zu dergleichen Wohltha-

---

19) B. II. Cap. 36.



ten im Grund auch allen andern Menschen zukömmt; <sup>20)</sup> es sind aber dergleichen gemeinnützigte Anstalten in Republiken noch um so viel schicklicher und zweckmäßiger, da sie theils schon in der Natur einer Communität liegen die auf den Nutzen von vielen Rücksicht nimmt, theils die Corporation selbst, als welche keine sichtbare physische Person ausmacht, beynahe nur durch solche Werke äußere Ehrfurcht erweken, ihre Macht an Tag legen und dem Aug erscheinen lassen kann. — Das Gebiet der Republiken ist zwar, wie das der Fürsten, ursprünglich immer unbedeutend, indem alles in der Welt einen kleinen Anfang hat; allein gleichwie durch Eintracht geringe Kräfte wachsen, so können auch die Republiken theils durch allmähliche Vergrößerung der Territorial-Besitzungen, theils durch mancherley vortheilhafte Verträge ihre Landesherrliche Macht bis auf einen nicht zu bestimmenden Grad erweitern. Zwar gehen ihnen die großen und schnellen Erwerbungs-Mittel durch Heyrathen und Erbschaften gänzlich ab; aber durch Käufe, Tausche, Schenkungen, durch Eroberungen in gerechtem Krieg und darauf erfolgte Abtretungen, können sie nicht nur die Zahl und den Umfang ihrer Domainen bedeutend vermehren, sondern es ist ihnen, gleich den Fürsten vergönnt, auch ohne Erwerbung des Grund-Eigenthums, durch allerley vortheilhafte Verträge, wie z. B. durch ungleiche Bündnisse, bedingte oder unbedingte Unterwerfungen, Schutz- und Schirmherrschaften, einzelne Concessionen u. s. w. ihre Rechte und ihren Einfluß auch in dem Land eines andern auszudehnen, sich dadurch nützliche Freunde zu schaffen, ihre eigene Macht zu stärken und mittelst dessen die

---

20) B. II. Cap. 38.



Unabhängigkeit zu sichern. <sup>21)</sup> Es scheinen sogar die Republiken hierin einige Vortheile zu haben, da sie, wenigstens in ruhigem Zustand, gewöhnlich billigere Verträge schließen, dieselben auch meistens treuer halten, weil die contrahirende Person stets die nemliche bleibt und es schwer hält in zahlreichen Versammlungen die Brechung von Verträgen durchzusetzen. Ihr Schutz ist in der Regel uneigennütziger, ihre Hülfsleistung unparthenischer, ihr Einfluß wird daher weniger gefürchtet; allein alle diese Vortheile werden oft wieder durch andere Inkonveniente, wie z. B. den Mangel an Macht und innere Entzweyung aufgewogen. — Von den möglichen Mißbräuchen der Gewalt zur Erweiterung ihres Gebiets wollen wir hier nicht reden; es gelten darüber die nemlichen Grundsätze, welche seiner Zeit bey den Fürstenthümern entwickelt worden sind; doch wird man gestehen müssen, daß dergleichen Usurpationen, Invasionen, Spoliationen, Secularisationen u. s. w., wenn auch nicht ohne Beispiel, doch im Allgemeinen von Seite der wahren Republiken seltener sind.

Sinwieder sind den Republiken in Ausübung ihrer Herrschaft von der ewigen Gerechtigkeit die nemlichen Schranken wie den Fürsten vorgezeichnet, und wir brauchen uns dabey nicht lange aufzuhalten, da diese Schranken schon oben bey Aufzählung der Befugnisse selbst angeführt oder wenigstens angedeutet worden sind. Das göttliche Gesetz der Gerechtigkeit und Liebe ist über sie wie über die Einzelherren und alle andere Menschen. Sich mit ihren eigenen Rechten zu begnügen, fremde

---

21) B. II. Cap. 43.

Rechte nicht zu beleidigen, sondern vielmehr mit ihrer Macht möglichst zu schützen und wohlzuthun: — das ist ihre Pflicht, die ihnen weder von den Bürgern noch von den Unterthanen übertragen, sondern von dem obersten Herrn und Gesetzgeber selbst auferlegt ist. Positive Verträge, mit Fremden oder Einheimischen geschlossen, können auch hier zu jenen natürlichen Pflichten etwas hinzusetzen oder davon wegnehmen oder bloße Liebes-Pflichten zu rechtlichen Schuldigkeiten erheben: und dergleichen Verträge müssen heilig gehalten werden, darum weil durch dieselben der andere contrahirende Theil ein Recht erworben hat, welches ihm ohne Beleidigung der natürlichen Gerechtigkeit nicht mehr entzissen werden kann. Ueber die eigenen Befugnisse hinauszugehen, sich auch nur zu viel in die Privat-Angelegenheiten der Unterthanen zu mischen, und gleichsam alles regieren zu wollen, wäre den Republiken noch viel nachtheiliger als den Einzelherren, wegen der Schwierigkeit der Versammlungen und wegen dem großen Zeitaufwand, den die kollektive Behandlung aller Geschäfte erfordert. Wollen sie auf die freien Privat-Handlungen ihrer Unterthanen einwirken, die Ausübung der einen oder die Unterlassung der anderen begünstigen: so bleibt ihnen, wie den Fürsten, noch das große Gebiet erlaubter Anlockungs- und Ablockungs-Mittel, die Macht des Zutrauens, die freiwillige Nachgiebigkeit der Schwächeren in allen Collisionen übrig; mächtige und schöne Mittel, durch deren fluge Benutzung selbst eine mehr als gewöhnliche Herrschsucht rechtmäßig befriedigt werden kann. <sup>22)</sup> Zur Behauptung und möglichsten Sicherung ihrer Privat-Rechte sind endlich den

---

22) B. II. Cap. 39.

Untertanen die nemlichen Mittel wie in Monarchien eingeräumt; <sup>23)</sup> und wenn schon die souverainen Republiken, gleich den Fürsten, wegen ihrer relativ größeren Macht nicht vor menschliche, wenigstens nicht vor ihre eigene Gerichte gezogen werden können, so entgehen sie deswegen bey offenbarem Mißbrauch ihrer Gewalt, den göttlichen oder natürlichen Strafen nicht; und diese sind dennoch die wirksamsten und besserndsten von allen. Ungerechtigkeit die sich überall Feinde macht und zuletzt zum Widerstande reizt, Wortbrüchigkeit die alles Vertrauen von anderen raubt, Neid und Zwentracht welche die Kräfte lähmen und gegen das Innere lehren, hochmüthige Herrschsucht auf welche gewöhnlich Erniedrigung folgt, und liebloser Egoismus der mit gegenseitiger Verweigerung aller Freundschaft bestraft wird: wie viele Republiken haben sie nicht zu Grunde gerichtet! es heißt auch von ihnen, daß Ungerechtigkeit alle Länder verwüftet und Böses Leben die Stühle der Gewaltigen stürzt. <sup>24)</sup> Zuletzt fällt die Strafe schlechter Handlungen allemal auf ihre Urheber zurück, daher die bloße Abwesenheit menschlicher Gerichte kein so großes Uebel ist, als unsere Staatslehrer und Juristen sich vorstellen. Denn diese Gerichte helfen auch sogar gegen Privat-Personen nicht immer, dabey selten zu rechter Zeit, oder in hinreichendem Maaß; sie können durch Irrthum oder bösen Willen sogar dem Unrecht helfen, und die Natur hat uns hierdurch die wichtige Lehre gegeben, daß auch die rechtlichen Schuldigkeiten (obgleich der Zwang zu ihrer Erfüllung erlaubt ist) im Grunde freywillig, d. h. aus ge-

---

23) B. II. Cap. 40 und 41.

24) B. der Weisb. VI, 1.



wissenschaftlicher freier Verehrung des natürlichen Gesetzes erfüllt werden sollen, und daß ohne dieselben alle übrigen künstlichen Hülfsmittel unzureichend oder gar schädlich sind.

Aus dieser gedrängten, aber dennoch gründlichen und vollständigen Darstellung der Landesherrlichen Rechte der Republiken, ihrer Natur und ihren Schranken, ergibt sich nun von selbst, was in anderen Zeiten und bei wenigen verwirrten Begriffen kaum zu bemerken nöthig wäre, daß die Unterthanen, d. h. die Diener und Angehörige der Republiken, eben so wenig als die der individuellen Fürsten berechtigt sind irgend einen Antheil an jener gemeinsamen Herrschaft, oder, wie man sich mit verschleierten Worten ausdrückt, an der Regierung oder den sogenannten politischen Rechten anzusprechen. Dem wäre wohl also, wenn sie nach der Hypothese des pseudophilosophischen, revolutionären Staatsrechts ursprünglich die Stifter der Genossenschaft gewesen, jene herrschende Corporation aus ihrem Mittel-erwählt und derselben ihre Gewalt übertragen hätten. Allein da diese Idee eines Social-Contracts, wie schon oft gezeigt worden, historisch falsch, ja sogar unmöglich und unvernünftig ist; da im Gegentheil die Republiken wie die Fürsten, die freien Communitäten wie die freien Einzelherren, im Grund (Wohlthaten und Hülfsleistungen abgerechnet) nur ihre eigene Sache regieren, da alle ihre Rechte aus ihrer Freiheit und ihrem Eigenthum fließen: so können auch die Unterthanen kein Recht auf die Ausübung von Befugnissen oder auf den Genuß von Gütern haben die nicht die ihrigen sind. Man würde solche Prätension gegen jede Privat-Genossenschaft ungereimt und empörend



finden: warum sollte sie es gegen die freien und mächtigen weniger seyn? Der Ausdruck politische Rechte bedeutet seinem etymologischen Ursprung nach nichts weiter als ein städtisches oder Gemeinds-Recht, und dieses kann also nur denen zukommen die von einer solchen Gemeinde sind oder darein rechtmäßig aufgenommen werden. Es ist ein erworbenes Glücksgut und kein angeborenes Recht; seitmal die Natur keinem Menschen ein Bürgerrechts-Diplom aufgedrückt, keinen zum Mitglied einer Corporation geschaffen hat.<sup>25)</sup> Die Unterthanen von dergleichen Communitäten sind aber nicht Bürger oder Mitglieder derselben, sondern sie gehören ihr nur an; sie wohnen auf ihrem Gebiet, sie leben unter ihrem Schutz, sie sind ihr entweder durch Verträge zu gewissen Diensten verpflichtet oder durch natürliche Bedürfnisse von ihr abhängig; nichts desto weniger aber freie Menschen und (wie wir bald zeigen werden) in mancherley Rücksicht noch freier als die Bürger selbst. Daher ist es auch ungereimt und zeugt von einem gänzlichen Mangel an Sachkenntniß, diese Herrschaft der Republiken, nach einem neumodischen revolutionären Sprachgebrauch, ein Privilegium, eine Familien-Herrschaft, eine Oligarchie, Erb-Aristokratie u. s. w. zu nennen: lauter falsche gehässige Ausdrücke, durch welche man den Umsturz der Republiken, wie jenen der Monarchien vorbereiten

---

25) Der jetzt so gewöhnliche Ausdruck politische Rechte war ehemals im historischen und Kanzlen-Sprachgebrauch unbekannt. Die neueren Philosophen haben ihn nur deswegen eingeführt und selbst auf Monarchien übertragen, um auch das Volk eines Fürsten als eine städtische souveraine Gemeinde darzustellen, mithin unvermerkt die Diener zu Herren oder Mitherren, den Herren aber zum Diener zu machen.

wollte. Daß die ganze freye Communität über ihre eigenen Sachen und über die ihr versprochenen Dienstleistungen unabhängig gebietet, ist kein Privilegium, sondern ein natürliches Recht, welches aus ihrer Persönlichkeit und ihrem gemeinsamen Eigenthum fließt. Privilegien sind Ausnahmen oder Dispensationen von Gesezen; sie werden von Oberen an Untergebene ertheilt, und die früher bestehende unabhängige Genossenschaft konnte von ihren später hinzugekommenen Unterthanen weder Geseze noch Privilegien erhalten, wohl aber umgekehrt diese von jener, so wie die meisten Republiken selbst dergleichen von ihren früheren Herren, z. B. die frey gewordenen Städte des Mittel-Alters von Kaisern und Königen erhalten haben. <sup>26)</sup> Daß die Bürger oder Mitglieder der Genossenschaft, als solche und blos in dieser Eigenschaft betrachtet, zum Theil anderen Gesezen und Pflichten als die Nicht-Bürger unterworfen sind, ist nach der Natur der Sache gar nicht anders möglich, der Gerechtigkeit wegen absolut nothwendig, und kann so wenig eine unbillige Begünstigung genannt werden, als wenn die Geistlichen, die Militär-Personen, die übrigen Fürstlichen Beamten, die Handwerker u. s. w. in dieser Rücksicht anderen Gesezen als die übrigen Menschen unterworfen sind; nicht zu gedenken, daß jene sogenannten Privilegien nicht immer in Vortheilen, sondern sehr oft in Beschwerden bestehen, von denen die Unterthanen befreyt sind. Daß ferner im Inneren der freyen Gesellschaft oder Bürgerschaft selbst, freylich nicht die geringsten und niedrigsten, sondern die angesehenen, reicheren und fähigeren Bürger und gewöhnlich auch ihre Nachkommen (in so fern sie die nem-

---

26) Vergl. oben S. 49 — 51.

lichen Eigenschaften besitzen) Vorzugsweise in die Rätthe und zu den höheren Stellen und Aemtern erwählt werden, ist gar kein gesetzliches Privilegium, sondern ein freiwilliger Vorzug zu welchem schon die Natur unvermeidlich treibt, <sup>27)</sup> der von der gemeinsten Klugheit geboten ist, der allein Ruh und Frieden in der Genossenschaft zu erhalten vermag, und den man daher in allen Gemeinden ohne Ausnahme, in allen Dörfern und Provinzialstädten wieder findet. Noch weniger kann dieser natürliche Vorzug eine Familien-Herrschaft genannt werden. Denn es sind nicht privilegierte Familien, sondern immer nur angesehene, mit Zutrauen beehrte Bürger, welche in der Gemeinde oder in den Rätthen sitzen und die Sache derselben verwalten. Der große oder oberste Rath einer Republik selbst ist keine Föderation von Geschlechtern, sondern eine Versammlung ausgewählter, regimentsfähiger Bürger. Ob unter diesen viele oder wenige zufälliger Weise den nemlichen Namen tragen, ob sie etwa in einem gedruckten Verzeichniß, der alphabetischen Ordnung wegen, neben einander stehen und (was nicht immer der Fall ist) unter sich selbst etwas mehr befreundet seyen, darauf kommt es gar nicht an; sie sitzen in der Versammlung als Bürger und nicht als Familien-Glieder, es wird nach Köpfen, nicht nach Geschlechtern gestimmt, und fehlt sich viel, daß die Glieder der nemlichen Familie auch immer der nemlichen Meinung seyen. Uebrigens wechseln die angesehenen Geschlechter gleichwie die Zahl der Personen aus denen sie bestehen; einige blühen auf und andere verwelken, je nach dem Zuwachs oder der Abnahme der moralischen

---

27) Vergl. B. I. S. 370 und 374.



Kraft und der äußeren Glücks-Umstände. Es läßt sich sogar ein zahlreiches Gemeinwesen denken, das aus einem einzigen Geschlecht bestehende, wenn seine Mitglieder, wie z. B. die Bacchiaden in Corinth, sich in eine Corporation vereinigten, gemeinschaftlich große Güter besäßen und durch hinreichende Kraft oder glückliche Verbindungen ihre Unabhängigkeit zu behaupten müßten. Was die sogenannte Oligarchie betrifft, so ist dieselbe eine Verderbniß im Inneren der Republik und besteht darin, daß einzelne wenige vornehme und mächtige Bürger die Rechte welche nur der ganzen Communität gehören, sich ausschließend zueignen und usurpiren; 28) aber es ist eine revolutionäre Ungereimtheit das Verhältniß der ganzen Communität zu ihren Dienern und Untergebenen eine Oligarchie zu nennen, indem auf diese Weise alle Republiken, alle Stadt- und Dorf-Gemeinden in der Welt oligarchisch heißen müßten. 29) Eine Erb-Aristokratie endlich, d. h. eine solche Communität, in welcher gewisse Geschlechter die Aemter und

28) B. I. S. 498.

29) So hat z. B. das Französische Direktorium 1798 die Landleute des Ober-Wallis, welche zugleich Herren des Unter-Wallis waren, in öffentlichen Proklamationen fünftausend Oligarchen genannt, weil sie sich von ihren Bergen herab gegen die Invasion der Französischen Jakobiner-Kotte vertheidigten. So hat auch der bekannte Waadtländische Advokat César Friedrich Labarpe die zahlreichen Lands-Gemeinden der Cantone Uri, Schwyz, Unterwalden u. s. w., weil sie seinem revolutionären System nicht günstig waren, stets Oligarchen genannt. Dieser Ausdruck auf alle rechtschaffenen Menschen und auf alle höheren Classen angewendet, ist zuletzt zu einem Ehren-Titel geworden.



Würden der Republik, oder auch nur die Stellen im großen Rath von Rechts wegen erben, hat so lang die Welt steht noch nicht existirt. Unter den Mitgliedern der Genossenschaft geht immer eine förmliche und freye Wahl vor sich; fällt sie auch bisweilen auf die Söhne der Verstorbenen, so ist dieses weder gesetzlich noch allgemein oder immerhin üblich: und warum sollten die Nachkommen verdienstvoller Magistraten, die durch Tradition ihrer Väter von Jugend auf gute Kenntnisse und Gesinnungen eingefogen haben, mehr als andere von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen seyn? Hätten sie ein wirkliches Erbrecht, so würde nicht nur die Wahl selbst überflüssig seyn, sondern die Erben müßten die betreffende Stelle als ihr Eigenthum fordern können, dieselbe müßte veräußerlich seyn und bisweilen auch auf Weiber und Seitenverwandte übergehen, wovon man noch in keiner Republik Beispiele gesehen hat. Man erbt, genau zu reden, nicht einmal das Bürgerrecht; denn bey aller Begünstigung der Bürgers-Söhne, um in die Genossenschaft einzutreten, ist ein Actus der Aufnahme, wenigstens eine Einschreibung in die Bürger-Rolle, immer erforderlich, <sup>30)</sup> und diese wird hinwieder nicht ohne die vorläufige Erfüllung gewisser Bedingungen ertheilt. Wenn endlich auch, was nicht zu vermuthen und sogar unausführbar ist, irgend eine freye Communität in ihrem Innern dergleichen widersinnige Statuten machen und die Stel-

---

30) Siehe Aristoteles Polit. B. III. cap. 1. was das Wort Bürger bedeute. Zu Venedig mußte jeder Nobili, wenn er das ein und zwanzigste Jahr Alters erreicht hatte, dem Senat eine Bittschrift eingeben um in das goldene Buch eingeschrieben zu werden. von Real Staatskunst B. II. S. 599.

ten und Aemter selbst erblich erklären wollte: so würden sich zwar die mittelst dessen in ihren Rechten und Hoffnungen zurückgesetzten Bürger darüber zu beklagen haben, nicht aber die Unterthanen der ganzen Republik, als welche dadurch allein in ihren Rechten nicht beleidiget würden, und denen also solche Thorheit an und für sich gleichgültig seyn könnte.

---

## Siebenzehntes Capitel.

### Modificationen, die aus der collectiven oder republikanischen Herrschaft entspringen.

---

- I. Die Genossenschaften sterben nicht aus, wenn gleich ihre einzelnen Mitglieder sterben.
  - II. Die innere Verfassung der freien Communität bleibt immer die Hauptsache; denn auf ihr beruht das Fundament des Staats, die Existenz des herrschenden Subjectes selbst.
  - III. Die Magistraten einer Republik stehen in einem ganz andern Verhältniß gegen ihre Mitbürger als gegen die äußeren Angehörigen der ganzen Genossenschaft, und diese beiden Verhältnisse können ohne Ungerechtigkeit nicht mit einander verwechselt werden.
  - IV. Die Republiken, als aus vielen Mitgliedern bestehend, bedürfen weniger äußere Beamte und Diener; sie besorgen größtentheils ihre eigenen Geschäfte selbst. — Wichtige und merkwürdige Folgen dieses Umstandes.
  - V. Die Unterthanen der Republiken sind nur gegen die ganze Communität verpflichtet, nicht gegen die einzelnen Mitglieder. Schädliche Folgen der Mißkennung dieser Regel.
  - VI. Die Bürger und Magistraten einer freien Republik genießen jedoch bei gleichen äußeren Glücks Umständen eines höheren natürlichen Ansehens, und der patricische Adel glänzt mehr als der Land- und Dienst-Adel in ihrem Gebiet.
  - VII. Die Republiken haben weniger Mittel zur Erweiterung ihrer Besitzungen als die Einzelherren, und ihr Gebiet ist daher gewöhnlich kleiner.
- 

Obgleich nun eine Republik, als unabhängige Corporation, als freie Gutbesitzerin, in die Classe der Grund-

und Landesherren oder der sogenannten Patrimonial-Fürsten übergeht und in dieser letzteren Rücksicht die nemlichen Landesherrlichen Rechte auszuüben und die nemlichen Pflichten zu erfüllen hat: so entstehen doch (wie bey den militärischen und geistlichen Staaten) aus der Natur einer collectiven Herrschaft, aus der gleichzeitigen Existenz zweyer verschiedener Verhältnisse, des republikanischen und des herrschaftlichen, mancherley merkwürdige Modificationen, welche den Republiken eigen sind, und ihr Staatsrecht wie ihre Politik theils verwickelter, theils schwieriger machen. Die vorzüglichsten und wichtigsten derselben sollen in dem gegenwärtigen Capitel dargestellt und abgehandelt werden.

Die erste charakteristische Eigenheit der Republiken besteht darin, daß sie, gleich allen Corporationen oder Genossenschaften, niemals aussterben, obschon ihre einzelnen Mitglieder dem natürlichen Tod unterworfen sind. Die neu eintretenden oder aufgenommenen Bürger und Stellvertreter succediren allmählig und unmerklich in die Rechte der abgehenden, wobey man in Sachen und Formen nicht die mindeste Veränderung bemerkt; der Tod einer Genossenschaft besteht nicht in dem physischen Tod ihrer Mitglieder, als welche stets durch andere ersetzt werden, sondern in der Auflösung ihres Verbandes unter einander, welche viel später erfolgt und mit dem gänzlichen Auslöschen eines fürstlichen Geschlechts ohne alle Nachfolger <sup>1)</sup> verglichen werden kann. Bis dahin bleibt die herrschende Person Jahrhunderte hindurch immer die nemliche; sie ist nie

---

1) B. II. S. 587 — 589.



minderjährig, sie wird nicht alt und verjüngt sich nie. Daraus entsteht auf der einen Seite eine gewisse Stetigkeit und Gleichförmigkeit der Geseze, der Maximen und Gewohnheiten, welche sie anfänglich den wechselnden individuellen Herrschaften oder den wandelbaren Grundsätzen einzelner Menschen weit überlegen macht und auch im Inneren die Stabilität aller Dinge, die ruhige Erhaltung aller Privat- und Corporations-Rechte sehr begünstigt: aber auf der anderen Seite erfolgt oft auch in unbedeutenden Formen, eine ermüdende Monotonie, ein ewiges Einerlen; daher die Republiken denjenigen welche die Veränderungen lieben und gern etwas Neues sehen, lange Weile machen. Wenn man die Sitten und Gewohnheiten, die Gebräuche und Mißbräuche, die Tugenden und Laster der Väter und Vorfäter sehen will, wie sie vor Jahrhunderten bestanden haben, so kann man sie nirgends treuer als in Republiken finden; alles Wechsels der Glücksumstände, alles Verkehrs mit äußeren Völkern ungeachtet, bleiben davon stets noch sehr viele Spuren übrig; selbst der Sprachgebrauch wird weniger als anderswo verändert; alles gemeinsame oder sociale ist beharrlich das nemliche: nur die der Privat-Freyheit überlassenen Handlungen wechseln nach Umständen und Hülfsmitteln. Die Epochen der Verjüngung oder Erneuerung, welche in Monarchien, bey jedem Thronwechsel, alle Gemüther mit Hoffnung erfüllt, die Abstellung von Mißbräuchen, die Beförderung alles Guten erwarten läßt und selbst die früheren Uebel leichter dulden lehrt, weil man ihnen wenigstens ein mögliches Ende sieht, gehen den Republiken gänzlich ab; doch können sie, wie seiner Zeit gezeigt werden soll, theils durch die beschränkte Dauer der höheren Stellen und Aemter, theils durch die periodische

Ergänzung der großen oder stellvertretenden Versammlungen einiger Massen ersetzt werden, als welche letztere neues Leben, neue Ideen in die Republik hineinbringt und daher auch aus diesem Grunde der partiellen Ergänzung jedes einzelnen Mitglieds vorzuziehen ist.

2° Die innere Verfassung der freien Community bleibt immer die Hauptsache, denn auf ihr beruht das Fundament des Staats, die Existenz des herrschenden Subjektes selbst. Was in Monarchien das Daseyn des Fürsten und seines Hauses ist, das ist in Republiken oder Communities die Union ihrer Mitglieder und der Innbegriff der zu ihrer Aufrechthaltung und inneren Ordnung nothwendigen Gesetze. Sie machen das Leben der kollektiven Person und die Gesundheit dieses Lebens aus. Nun hat die Natur selbst die Sorge für die Erhaltung einer physischen Person und der Verbindung ihrer Theile übernommen; ein künstlicher Körper hingegen muß, so wie durch menschliche Hülfsmittel zusammengefügt, so auch durch sie erhalten werden. Und da diese Regel für das Verhältniß der Bürger unter einander oder das innere republikanische Recht einerseits allerdings das Wichtigste ist, anderseits bereits sehr viele Gegenstände umfaßt und seine Aufrechthaltung vielen Zeitaufwand erfordert: so ist es unvermeidlich, daß wegen diesen schwierigen und beynahe täglich wiederkehrenden Sorgen oft andere äußere Interessen hintangesezt und vernachlässiget werden müssen. Das Gebiet der Republik mag in seinem Umfange verändert werden, bald groß und bald klein seyn, die Zahl der Unterthanen sich vermehren oder vermindern, ihre Güter, Einkünfte und öffentliche Anstalten mögen besser oder schlechter ver-

waltet werden: so kann dabei die freie Communität in ihrer Selbstständigkeit immerhin fortdauern; der Staat (um in der gewöhnlichen Sprache zu reden) geht deswegen nicht zu Grund; wenn aber die Eintracht unter den Bürgern (den Mitgliedern jener Communität) bedeutend gestört oder gar ihre künstliche Verbindung aufgelöst wird, so fällt mit der herrschenden Person auch ihr Gebiet, ihr Volk und alles äußere Glück hinweg; das Verband mit den Unterthanen hört ebenfalls auf; dieselben sind gleich zerstreuten Schafen sich selbst überlassen und verwaiset, müssen neue Herren suchen oder annehmen, und der bisherige Staat geht nothwendig zu Grund. <sup>2)</sup> Also ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die innere Verfassung der freien Communität, das Verhältniß der Bürger unter einander, die Fortdauer ihrer Union und ihrer Eintracht, immerhin der Hauptzweck jeder republikanischen Regierung seyn wird und seyn muß, weil von ihr die Existenz des herrschenden Subjektes, mithin des Staates selbst abhängt. Wenn man daher die Geschichte und die Geseze der verschiedenen Republiken studirt, so findet man sie beynahe beständig mit den Regeln und Verordnungen für ihr inneres künstliches Gemeinwesen, mit möglichster Vorbeugung oder Heilung einschleichender Krankheiten und Gebrechen beschäftigt, wobei dann freylich oft die gebrauchten Mittel ärger als das Uebel sind und neue Krankheiten veranlassen die sonst nie entstanden wären. Daß auch die Republiken diesem ihrem nächsten Selbsterhaltungs-Zweck die vorzüglichste Aufmerksamkeit widmen, ist ihnen nicht nur erlaubt, sondern sogar ihre Pflicht, in so fern sie keine fremden Rechte beleidigen.

---

2) Vergl. B. II. S. 587 — 589. item S. 601 — 602.



Weil aber in Republiken die Behandlung aller Geschäfte ohnehin viel mehreren Zeitaufwand erfordert und weil ihre Regierungen stets über ein doppeltes Verhältniß, das Innere zwischen ihren Bürgern und das Aeußere gegen die Unterthanen der ganzen Communität zu sorgen und zu wachen haben: so folgt auch hieraus die wichtige Klugheits-Regel, daß dieselben weit mehr noch als die individuellen Fürsten sich des Regierungs-Luxus, des allzuvielen Reglementirens enthalten, sich überhaupt weniger in fremde Privat-Sachen mischen, mithin ihren Unterthanen in dieser Rücksicht größere Freiheit gestatten müssen, alles um desto weniger mit Geschäften überladen zu seyn, folglich Zeit und Kräfte desto mehr ihrer Selbsterhaltung und ihren eigenen gemeinsamen Geschäften widmen zu können.

3° Die Regenten oder Vorsteher der Republiken stehen in einem ganz andern Verhältniß gegen ihre Mitbürger als gegen die äußeren Angehörigen der ganzen Communität, und diese beyden Verhältnisse dürfen nicht mit einander verwechselt werden. Die Verletzung dieser wichtigen Regel, die Einführung einer naturwidrigen Gleichförmigkeit, welche stets das Kennzeichen des Unverständes oder des Despotismus ist, würde nicht nur die äußerste Verwirrung, sondern zahllose empörende Ungerechtigkeiten veranlassen. Gleiche Gesetze passen einmal durchaus nicht auf ungleiche Verhältnisse, sonst wären die ersteren unvernünftig und zweckwidrig. Die Bürger können unmöglich den Pflichten der Unterthanen und diese nicht den Pflichten der Bürger, als solcher, unterworfen seyn, so wenig als z. B. der Gläu-



biger, in dieser Eigenschaft, die gleichen Verbindlichkeiten wie der Schuldner zu erfüllen hat. Daher muß immer wohl unterschieden werden, welche Verordnungen nur allein die Bürger, welche hingegen nur die Untertanen verpflichten, und welche allenfalls beyde zugleich angehen können; ein Umstand der die Regierung in Republiken allerdings etwas schwieriger macht; denn es hält in der That schwer und bedarf wenigstens eines sehr lebendigen Gefühls der Gerechtigkeit sich jeden Augenblick in andere Verhältnisse zu denken, hier als Herr, dort als Mitbürger zu handeln, bald das Fürsten-Recht, bald wieder das Republiken-Recht zu handhaben, und beyde nie mit einander zu verwechseln. Nur die göttlichen oder natürlichen Geseze sind allgemein und für jedermann verbindlich, die menschlichen hingegen gelten blos für diejenigen denen sie gegeben sind und müssen also verschieden seyn. Nur die angeborenen Rechte kommen allen Menschen zu und sind für alle gleich, die erworbenen aber sind bey jedem ungleich und erfordern daher verschiedene Geseze. So ist auch außer den allgemeinen Menschenpflichten jeder nur zu demjenigen verbunden, was aus der Natur seines Verhältnisses oder seinen eingegangenen Versprechungen fließt; ihn zu etwas mehrerem, oder zu etwas anderem zwingen zu wollen, hieße ihm das Seinige rauben, ihn in seinen Rechten beleidigen. Die Anwendung dieser Regel auf republikanische oder kollektive Herrschaften verdient einer ganz besonderen, ziemlich interessanten Erörterung, und man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, daß dieselbe nur den eigentlichen Bürgern günstig, aber der persönlichen Freyheit der Untertanen nachtheilig wäre. Vielmehr sind diese letzteren in den meisten Rücksichten (was die äußeren Privat-Handlungen betrifft)

ungleich freyer als die Mitglieder der herrschenden Genossenschaft selbst. Zwar wäre es ungereimt und wider die Natur, daß ein Diener oder Unterthan bey den Versammlungen der Communität, zu deren er nicht gehört, sich einfinden, alldort rathen, wählen und stimmen müsse, eben so ungereimt als einen wirklichen Bürger davon auszuschließen. Alle die Geseze, die mannigfaltigen, oft sehr beschwerlichen Pflichten, welche dem letzteren in dieser Rücksicht aufgelegt sind, gehen den ersteren nichts an; er hat die Vortheile nicht und mithin auch nicht die Beschwerden. Von einem Bürger, als solchen, kann man z. B. Steuern, Kriegsdienste und mancherley unentgeltliche Arbeiten fordern, weil er dieselben zum Theil für seine Sache leistet, von einem Untergebenen aber nicht, weil er keinen Antheil an diesem gemeinen Wesen hat; wenigstens ist die Hülfsleistung dieser letzteren nicht unbedingt und beruht auf ganz anderen Gründen. Die Bürger sind oft gewissen, zum Theil lästigen Disciplinen, Prachtgesetzen, mancherley Polizen, Ordnungen u. s. w. unterworfen, von denen wir anderswo mehr reden werden, und die zur Erhaltung der Einigkeit der ganzen Genossenschaft, so wie für den guten Gang der Geschäfte nöthig sind; gegen die Unterthanen aber wären dergleichen Beschränkungen der Privat-Freyheit durchaus zwecklos, mithin überflüssig. Gleiche Erbtheilungen unter den Kindern, Verbot von Primogenitur-Vorzügen, allzunahen Familien-Heyrathen u. s. w. sind im Innern einer Republik, wo nicht absolut nothwendig, doch wenigstens zweckmäßig und nützlich, theils um die freundschaftlichen Bande zwischen den Bürgern selbst zu vervielfältigen, theils um der allzugroßen Anhäufung des Reichthums bey einzelnen Bürgern und ihrer dießörtigen Uebermacht vor-

zubeugen; für die Unterthanen der Republik hingegen sind sie nicht so nöthig, weil da, wie in Fürstenthümern, der Grund des Gesetzes aufhört. Zweyerley gleichberechtigte Religionen können in einer wahren Republik nicht wohl angegeben, weil sie früher oder später die Eintracht der Gemüther stören würden und eine so enge Gesellschaft auch auf einem gemeinsamen Glauben beruhen muß; beyden unter sich gesönderten, d. h. in keine Communität vereinigten Unterthanen ist diese Verschiedenheit viel weniger bedenklich, und kann eher tolerirt werden, weil die Berührung nicht so innig ist, wenigstens nicht so oft wiederkömmt, und weil auch eine höhere Macht existirt, welche den Frieden zu erhalten vermag, da hingegen die herrschende Communität selbst keine dergleichen über sich hat. Auf der anderen Seite können die Bürger der herrschenden Republik von ihren Magistraten auch nicht in allem gleich den Unterthanen behandelt werden; über sie, als Mitglieder des Souverains, soll man mehr mit Ueberzeugung und Zutrauen regieren, mit ihnen muß mehr im Ton des Freundes und Mitbürgers als im Tone des Herrn gesprochen werden, woben der erstere gleichwohl mit Ernst gevaart, der letztere wohlwollend und väterlich seyn kann. Aber der Sprachgebrauch soll wenigstens verschieden seyn und das Verhältniß zu demjenigen andeuten zu welchem geredet wird. Bittend und einschmeichelnd mit Untergebenen, gebieterisch mit seinesgleichen zu sprechen, ist beydes naturwidrig und verfehlt seinen Zweck; jenes raubt alles Ansehen, indem es die Idee der rechtlichen Ueberlegenheit schwächt; dieses erweckt Haß und Erbitterung, weil es unbefugte Herrschaft voraussetzt: daher man auch hier der Natur treu verbleiben, aber der Geist der Gerechtigkeit und Liebe stets alles durchdringen und



mäßigen soll. Aus der Eigenschaft der Bürger, als solcher, fließt z. B. daß sie den Magistraten keinen Eid schwören, sondern die Magistraten schwören ihnen oder vielmehr der Republik selbst den Eid; 3) hingegen ist es ganz natürlich, daß die Unterthanen, oder wenigstens die unmittelbar verpflichteten Städte, Vasallen u. s. w. den Magistraten zu Handen der ganzen souverainen Communität einen Eid der Treue schwören, weil man nicht alles mit Gewalt erzwingen kann, sondern auf freiwillige Pflicht-Erfüllung muß zählen können. Ein Bürger der herrschenden Republik kann zweytens nicht in allem dem nemlichen Richter unterworfen seyn, wie der Unterthan, denn er soll, wie dieser, nur Gleiche oder Mächtigere über sich haben. Ein solch besonderer Gerichtshof ist sogar zur Handhabung der Gerechtigkeit, zum Besten der klagenden Gegenparthen selbst nothwendig; denn gewöhnliche Unterrichter, durch Furcht, persönliche Freundschaft oder Mangel an Macht gehindert, dürften und könnten oft gegen einen angesehenen Bürger oder Magistrat keinen werththätigen Schutz verschaffen; nur derjenige kann sein Richter seyn der auch mächtiger ist als er, der zur Erfüllung seines Urtheils zwingen kann, und dieser Mächtigere ist niemand anders als die Magistratur der

---

3) So war es auch in den älteren Schweizerischen Republiken vor der Revolution. Daß in den neuern hingegen Bürger und Nicht-Bürger ohne Unterschied der Regierung schwören müssen, während diese hingegen ihnen nicht schwört, ist noch eine Folge oder Nachahmung des revolutionären Bürger-Eides, durch welchen die herrschende Sekte, obschon sie selbst an keinen Gott und keine Pflicht glaubte, sich des Gehorsams aller übrigen zu versichern suchte; im Grund aber ist dieser Eid den wahren republikanischen Grundsätzen ganz zuwider.



Republik oder in besonders wichtigen Fällen die höchste Gewalt, die oberste Versammlung selbst. Eben so hat ein Bürger der herrschenden Republik billiger Weise einen näheren Anspruch auf die Stellen, Aemter und Benefizien der Societät, deren Mitgenosse er ist; er trägt die Beschwerden, warum sollte er nicht auch die Vortheile genießen? von ihm läßt sich im Allgemeinen auch mehr Eifer und Uneigennützigkeit als von den Auseren erwarten, weil die gemeinsame Sache zugleich seine eigene ist. Selbst zu denjenigen Aemtern und Bedienungen, von welchen die Unterthanen nicht gesetzlich ausgeschlossen sind, soll also der Bürger in der Regel den Vorzug haben, wofern er die nöthigen Kenntnisse zur Erfüllung des betreffenden Amtes besitzt, denn dieses erfordert sowohl die Billigkeit als die wahre Politik, welche sich nie ungestraft von der ersteren entfernt. Gleichwie ferner die Republik, als freye Corporation, in Dingen die von ihrer Willkühr abhängen und wodurch sie niemand in dem Seinigen beleidiget, von ihrem Willen zu dispensiren, Privilegien und Begünstigungen zu ertheilen befugt ist: so kann sie solches auch gegen ihre Bürger thun und es ist natürlich, daß sie dieses Recht eher für dieselben als für andere ausübe, theils weil sie ihr die näheren sind, theils um sie doch einiger Maßen auszuzeichnen und ihnen für so viele andere Beschwerden einen Ersatz zu geben. So kann z. B. die Republik ihren Bürgern die Retributionen von einigen Regalien erlassen, sie von gewissen Lagen und Sporeten, von den ihr gehörigen Brücken- und Straßen-Zöllen befreien, welche ein Fürst auch nicht an sich selbst bezahlen würde; ihnen die Jagd auf den Domainen der Republik (aber nicht auf freyen Privat-Gütern) erlauben, weil die ganze Communität dieses Recht nicht selbst

ausüben kann u. s. w. Wenigstens hängt es von ihrem Gutfinden ab, ob sie solches thun wolle oder nicht. Nun ist es freylich nicht zu läugnen, daß dergleichen Distinctionen, die vielen Menschen zu Theil werden, im täglichen Leben sich äußern und alle Augenblicke den Unterschied zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern fühlen lassen, auch den Neid der Unterthanen erweken und die kollektive Herrschaft unangenehm machen; aber sie fließen aus der Natur der Sache und es liegt in denselben gar keine Ungerechtigkeit, denn niemand wird dadurch in dem Seinigen beleidiget; auf bloße Vortheile und Begünstigungen hat nicht jedermann Anspruch, und in Dingen die man niemanden absolut schuldig ist, die von der Wohlthat eines anderen abhängen, kann eine Communität wie ein Privatmann, eine Republik so gut als ein individueller Fürst gegen die einen freygebiger und großmüthiger als gegen die anderen seyn. Zudem genießen die Bürger der Provinzial-Städte und Landschaften oft in ihrem Bezirk ganz ähnlicher Vortheile und Begünstigungen, die den Genossen der herrschenden Communität nicht zukommen; sie bekleiden ausschließend die Stellen und Aemter ihres Gemeinwesens; sie sind von gewissen Zöllen und anderen Local-Abgaben befreit; sie üben Jagd und Fischereyen auf ihrem Communal-Eigenthum; man nennt sie deswegen nicht Privilegirte, und was sie für sich ansprechen, das sollen sie auch anderen gönnen, wenn es schon dem Grade und dem Umfange nach größer ist.jene Begünstigungen sind sogar nicht ohne Nutzen, theils um die Bürger der freyen Republik doch einiger Massen auszuzeichnen, ihre Ueberlegenheit an den Tag zu legen und dadurch freywilligeren Gehorsam zu bewirken, theils um sie selbst desto fester an einander zu knüpfen und an die

Erhaltung des gemeinen Wesens zu interessiren. Ihre nachtheiligen Folgen aber können dadurch ganz gehoben werden, wenn die Erwerbung des Bürgerrechts der freien Republik den angesehenen Unterthanen nicht unmöglich und nicht allzuschwierig gemacht, folglich der Neid entwaffnet, die Hoffnung erhalten und dem Ehrgeiz eine nützliche Richtung gegeben wird. Endlich ist nicht zu vergessen, daß die Diener und Angehörige einer Republik, in dieser Eigenschaft, auch ihre gegenseitigen Befreiungen haben, deren die herrschenden Bürger selbst nicht genießen; in jeder Lage werden die Nachtheile durch Vortheile compensirt, und man sieht hier abermal ein Beispiel, wie unvernünftig und ungerecht es ist, bei ganz ungleichen Umständen und Verhältnissen die nemlichen Rechte und die nemlichen positiven Geseze vorschreiben zu wollen.

4° Ein vierter merkwürdiger Charakter der republikanischen oder kollektiven Herrschaft besteht darin, daß weil in Republiken der Landesherr aus vielen Mitgliedern zusammengesetzt ist, unter welche die Arbeit vertheilt werden kann, sie wenig äußere Diener oder Beamte bedürfen und ihre eigenen Geschäfte größtentheils selbst besorgen. Ganz anders ist es mit einem individuellen Fürsten beschaffen; er als eine einzelne, im höchsten Glük befindliche Person will nicht nur so viel möglich des Lebens froh genießen, sondern, wenn er auch noch so arbeitsam wäre, so machen es ihm die Beschränktheit seiner Zeit und seiner physischen Kräfte schlechterdings unmöglich allen seinen Geschäften selbst vorzustehen. Er muß daher aus dem Schooße seiner Unterthanen oder aus Fremden eine unzählbare Menge von Beamten und Dienern wäh-



ten, denen er einen Theil seiner Ehre und seiner Macht einräumt, und sich mittelst dessen ihrer Anhänglichkeit versichert, welche Diener aber gleichwohl nicht durchaus die nemlichen Interessen haben und ihre Hülfe nicht ohne gegenseitige Vorthelle und mehr oder weniger beträchtliche Besoldungen leisten. Eine Corporation von vielen hingegen bedarf dieses nicht; sie ist ihren Geschäften selbst gewachsen, ja es wäre sogar gefährlich für sie höhere Beamte und Diener außer ihrem Kreise zu wählen, weil dieses voraussetzen würde, daß sie in ihrer Mitte keine dazu tauglichen Männer besäße, weil sie ferner von solchen, die nicht zu ihrem Verein gehören, nicht auf den nemlichen uneigennützigen Eifer zählen könnte, und weil eine solche Hintansetzung der Bürger bey denselben nothwendig Neid und Erbitterung erzeugen müßte. In diesem wichtigen Unterschiede liegt zwar der Grund, daß die Angelegenheiten der Republiken, wo nicht immer mit mehr Geschicklichkeit, doch gewöhnlich theils uneigennütziger, theils auch mit geringeren Unkosten besorget werden, weil die gemeinsame Sache auch die ihrer einzelnen Bürger ist; denn obgleich eine Communität nicht ohne gegenseitigen Vortheil die ganze Zeit ihrer Bürger in Anspruch nehmen kann, und es auch in Republiken einträgliche Aemter giebt, wiewohl sie selten lebenslänglich sind: so wird doch eine Menge von nöthigen Arbeiten unentgeltlich geleistet, die man in Monarchien alle bezahlen müßte, und es ist unglaublich wie weit diese Defonomie in Republiken getrieben werden kann, wenn ein bedeutender Theil ihrer Bürger wohlhabend und der Gemeingist noch lebendig ist. Auf der anderen Seite folget aber aus dem nemlichen Umstand auch der nicht unwichtige Nachtheil, daß der Ehrgeiz der Unterthanen in Republiken allerdings viel



weniger Spielraum hat als in Monarchien, und daß sie in dieser Rücksicht nie befriediget werden können. Die Aussicht zu hohen, ehrenvollen und einträglichen Aemtern geht ihnen gänzlich ab; sie sind hennah nur auf untergeordnete Bedienungen in ihrem engen Localkreise, auf einträgliche Privatgewerbe oder auf den müßigen Genuß erworbener Reichthümer beschränkt; Ruhm und Auszeichnung müssen sie meist anderswo als in dem Vaterlande suchen, und dieses Inkonvenient, das in der Natur aller Republiken liegt und von dem wir bald noch mehr reden werden, wird zwar durch andere Vortheile zum Theil wieder corrigirt oder compensirt, kann aber nur durch die Aussicht zur Erwerbung des Bürgerrechts, d. h. durch die Möglichkeit der Aufnahme in die herrschende Communität selbst gehoben werden.

5° Die Unterthanen der Republik sind nur gegen die ganze Communität verpflichtet, nicht gegen ihre einzelnen Mitglieder; sie haben daher immer nur einen Herrn und nicht mehrere. Dieses Principium versteht sich zwar von selbst, und die Spöttereyen die man bisweilen in Republiken oder von Feinden der Republiken hört, als ob man da zwey- bis dreihundert Herren gehorchen müßte, haben keinen Grund. Nicht der einzelne Bürger oder Magistrat, sondern nur die Vereinigung von allen macht hier den Fürsten aus; nicht ihrem Privat-Willen, sondern nur dem gemeinsamen, durch förmliche Majorität geäußerten Willen ist man unterworfen. Außer den Versammlungen gelten die einzelnen Bürger und selbst die Rathsherren, wenn sie nicht in Amtsverrichtungen handeln, von Rechtswegen nicht mehr als andere Menschen. Allein da

nur die Individuen sichtbar sind, die ganze Corporation aber selten oder gar nicht dem Auge erscheint: so kann diese Unterscheidung sowohl von einzelnen Bürgern oder Magistraten als von den Unterthanen selbst bisweilen vergessen werden, und ein solcher Mißverstand muß nothwendig bey den ersteren ungereimten Stolz, bey den letzteren aber entweder grundlose Unzufriedenheit oder niederträchtige Schmeicheln veranlassen. Wenn nemlich ein einzelner Bürger der freien Gemeinde, oder auch ein Mitglied ihres großen oder dirigirenden Rathes sich den Fürsten gleich achten, die Unterthanen der Republik seine Unterthanen nennen oder von ihnen den nemlichen Respekt und Gehorsam fordern wollte, der nur der ganzen Communität gebührt: so würde ein solcher Stolz allerdings eben so ungereimt als beleidigend seyn, und man hat Beispiele in Republiken gesehen, daß angesehene Unterthanen durch dergleichen Aeußerungen mehr als durch die größten Ungerechtigkeiten tief gekränkt und beleidiget worden sind. Allein einzelne hochmüthige Prätensionen machen nicht die Regel aus, und wer wollte sie bey allen Menschen hindern können, zumal wenn sie auf der Mißkennung eines Unterschieds beruhen, der doch schon etwas mehr als gewöhnliche Einsicht erfordert. Dergleichen eitle Annahmen finden sich im Kleinen wie im Großen, in jedem Dorf wie in einer herrschenden Republik. Auch die Beamten der Fürsten, und zwar eher noch die geringeren als die höheren, haben oft einen übertriebenen Dünkel und gebärden sich gegen das untergeordnete Volk, als ob sie selbst Fürsten wären. Man lachet über jene, aber niemand legt es diesen letzteren zur Last. Menschliche Schwachheiten beweisen nichts gegen die rechtmäßige Natur eines geselligen Verhältnisses. Zudem wird jener Stolz

sehr oft, ja sogar gewöhnlicher Weise, auch durch die Unwissenheit oder die Schmeichelen der Unterthanen selbst gewekt oder veranlassen. Denn wo dieselben von den Bürgern oder Magistraten der Republik, es sey ihres Einflusses in den allgemeinen Versammlungen oder ihrer tragenden Aemter wegen, einigen Vorthail zu erhalten suchen, da geben sie ihnen oft übertriebene Titulaturen, vergrößern die Idee ihrer persönlichen Macht und bringen ihnen zuletzt ganz falsche Begriffe bei, an welche sie sonst nie gedacht hätten. Wenn aber solches nicht etwa nur von den geringsten, sondern eher noch von den gebildeten und höheren Classen der Unterthanen, im täglichen Leben oft wiederholt wird: wie sollte es nicht wenigstens auf schwächere Köpfe Eindruck machen und Eitelkeit oder ungegründete Prätensionen veranlassen, da überhaupt der Schmeichelen so schwer zu widerstehen ist und die Menschen so gerne hören, was ihnen eine hohe Idee von sich selbst beibringen kann. <sup>3)</sup> Damit also diese Inconveniente vermieden werden, damit einerseits die Bürger der herrschenden Republik sich nicht verhaßt machen, anderseits die Unterthanen ohne beleidigtes Ehrgefühl ihr

---

3) Im Bernerischen Pays de Vaud z. B. nannte man die Landvögte Monseigneur und Vötre Grandeur; den täglichen Rath dann oder irgend eine Commission Illustres, hauts, puissants et Souverains Seigneurs, ohne daß es je verlangt, vielweniger vorgeschrieben war. Auch hat man bemerkt, daß gerade die Uebelgesinnten mit solchen ungeforderten Titulaturen am freigebigsten waren. Im deutschen Theil des Cantons hingegen bediente man sich gegen die Landvögte blos des Ausdrucks Hochgeehrter Herr, und gegen die Regierung des Titels Gnädige, d. h. liebevolle und wohlwollende Herren, welcher dieselben nicht sowohl an ihre Macht als vielmehr an die Regel ihrer Ausübung erinnerte.



Verhältniß gegen die Republik ehren und anerkennen können, ist der Grundsatz wohl zu fassen und stets lebendig zu erhalten, daß die letzteren nicht viele, sondern nur einen Herrn haben, nicht den einzelnen Bürgern, sondern nur der ganzen Communität dienstbar oder verpflichtet sind.

6° Inzwischen liegt es in der Natur der Dinge, daß wenn auch die Bürger oder Mitglieder einer freien Republik, einzeln genommen und außer den Versammlungen, rechtlich nicht mehr als andere Menschen gelten, sie dennoch, zumal wenn berühmte Thaten und äußere Glücks-umstände hinzukommen, nothwendig eines höheren natürlichen Ansehens genießen, und der patricische Adel, welcher nebst der Mitgenossenschaft oder der Abstammung von den Stiftern und Vätern der Republik, 4) auf der öfteren, beynahe ununterbrochenen Bekleidung hoher republikanischer Aemter beruht, folglich Illustration durch gemeinnützige Handlungen, fortwährendes Zutrauen seiner Mitbürger u. s. w. voraussetzt, glänzt daher mehr als der Land- oder Dienst-Adel in ihrem Gebiet. Rom und Carthago, Venedig und Genua, die übrigen Italienischen Städte des Mittelalters, mehrere Eidgenössische Orte in der Schweiz zählten unter den Vasallen ihres Gebiets und desselben Einwohnern auch angesehene und ausgezeichnete Personen, die durch alte Ansässigkeit, Güterbesitz, Reichthum, bekleidete Ehrenstellen in Militär- oder Civildiensten u. s. w. allerdings unter die Adelsichen gerechnet wer-

---

4) patricii von patrum posterii. Auch die nobili von Venedig waren der erste Stoff der Republik oder die Abkömmlinge der Stifter und deren welche von den Stiftern in ihre Parität aufgenommen worden. Joh. v. Müller sammtl. Werke T. XV. S. 399.



den konnten. Allein die herrschenden oder mitherrschenden Bürger werden doch höher geachtet, besonders wenn, wie gewöhnlich, ihre Vermögens-Umstände, ihre Verbindungen und Familien-Verhältnisse denen der anderen gleich oder gar überlegen sind. Sie besitzen stets das meiste, sie ragen mehr hervor, ihr Name wird im Inn- und Ausland öfterer gehört, sie sind bekannter und berühmter, mächtiger und freier, welches allemal höheres Ansehen bewirkt, wie wir dieses schon anderswo bei der Materie von dem Adel überhaupt ausführlich entwickelt und bewiesen haben.

7° Endlich ist es noch eine Folge der kollektiven oder republikanischen Herrschaften, daß sie im allgemeinen beschränktere Erwerbsmittel zur Erweiterung ihrer Besitzungen haben, und daß daher auch das Gebiet der Republiken gewöhnlich kleiner als das der Einzelherren ist. Sie können nichts ererben, nichts erbenrathen, diese oft sehr schnellen Mittel der Vergrößerung gehen ihnen gänzlich ab. Ihnen wird auch wenig geschenkt oder testamentarisch vergabt, wie etwa der Kirche und anderen frommen Stiftungen, deren Früchte allen Menschen zu gute kommen. Weltliche Corporationen aber haben keine Verwandte und wenig Freunde. Käufe, Tausche und dergleichen belästigte Erwerbsmittel bleiben ihnen fast allein übrig, aber dazu findet sich nicht immer weder das Vermögen noch die Gelegenheit. Vortheilhafte Verträge ohne Erwerbung des Grundeigenthums, ungleiche Bündnisse, bedingte Unterwerfungen, Stipulation einzelner wichtiger Servituten unter mancherley anderen Benennungen von Schirmherrschaften, Landrechten, Bürgerrechten u. s. w. stehen ihnen zwar

ebenfalls zu Gebote, und man hat auch außer Rom mehrere Republiken gesehen die in dieser Rücksicht eine sehr kluge und consequente Politik befolgten. Allein da überhaupt die Republiken, theils wegen der Menge der Köpfe, theils wegen der Oeffentlichkeit der Berathschlagungen zu Negotiationen nicht sehr geschickt sind und da man sich ihnen auch minder gern als mächtigen Einzelherren anschließt oder unterwirft, weil hier die Ueberlegenheit der Herrschenden nicht so sichtbar ist und die Dependenz von seinemgleichen das Selbstgefühl beleidiget: so reicht dieses Mittel der Vergrößerung niemalsen sehr weit. Was endlich die kriegerischen Eroberungen betrifft: so sind sie zwar den kollektiven Herrschaften ebenfalls möglich, wie man solches an Rom und anderen Beispielen gesehen hat. Solang die Republiken noch im Werden begriffen sind und für ihre Selbsterhaltung oder für ihre Freiheit kämpfen müssen, sind sie sogar unruhiger, kriegslustiger und ihren Nachbarn gefährlicher als individuelle Fürsten. In diesem Zeitpunkt allein vergrößern sie gewöhnlich ihr Gebiet durch die Gewalt der Waffen. Ist aber einst dieser Kampf vollendet, sind die Besorgnisse verschwunden und die Zeiten der Ruhe gekommen, oder werden, nach einmal erlittener Demüthigung, die Leidenschaften gegen das Innere gekehrt: so sieht man auch die Republiken weder kriegerisch gesinnt noch eroberungslustig. Alle ihre Bürger wenden sich dem Genuße des Privat-Glücks zu, und die einmal eingerissene Geistes-Trägheit oder Charakter-Schwäche ist ben zahlreichen Corporationen viel schwerer als ben einzelnen Individuen wieder aufzuweken. Daben führen die großen kriegerischen Eroberungen zuletzt beynahen nothwendig den Untergang der Republik selbst herbey. Denn da die ganze Communität die Armee nicht

commandiren kann, sondern diese Sorge mit großer Gewalt einem ihrer Bürger oder gar einem Fremden anvertrauen muß, so werden diese Generale gerade durch ihre Siege und den dadurch bewirkten Anhang zu mächtig; sie können in der Folge nicht mehr an die bürgerliche Gleichheit gewöhnt werden, sie werfen sich früher oder später allemal zu Herren der Republik auf, und viele ihrer gewesenen Mitbürger helfen ihnen noch dazu, indem sie der stürmischen Freiheit eine ruhige Dienstbarkeit vorziehen, die gleichwohl zu Macht und Reichthümern führt; daher den Republiken auch in dieser Rücksicht Mäßigung der Ansprüche, ein beschränktes Gebiet, friedliches Benehmen und Abneigung vor großen Eroberungen zur dringenden Nothwendigkeit werden.

---

## Achtzehntes Capitel.

### Von dem Untergang der Republiken.

---

I. Die Republiken gehen zu Grund 1) wie die Fürstenthümer durch den Verlust ihrer kollektiven Macht und Unabhängigkeit.

Einige Gefahren haben sie zwar nicht mit denselben gemein, desto mehr hingegen andere.

II. Sie zerfallen aber noch viel eher durch Entzweyung und Auflösung der Genossenschaft selbst.

Natürliche und früh oder spät bey nahe unvermeidliche Veranlassungen derselben.

III. Die Republiken dauern daher gewöhnlich nicht so lang als die Fürstenthümer, theils weil sie einer künstlichen Einrichtung bedürfen, die allmählig ausartet, theils wegen der beständigen Collision zwischen dem gemeinsamen und dem Privat-Interesse.

---

Da die Republiken oder freyen Communitäten auf einem doppelten Verhältniß beruhen, einerseits auf der künstlichen Vereinigung oder Genossenschaft ihrer Mitglieder unter einander, anderseits auf ihrer kollektiven Herrschaft und Unabhängigkeit; da sie mithin Republiken und Fürsten zugleich sind: so folget von selbst, daß sie auch auf eine doppelte Weise zu Grunde gehen können, nemlich entweder wie die Fürsten durch den Verlust ihrer Macht und Unabhängigkeit oder durch die Vernichtung ihrer Existenz, d. h. durch die Auflösung der herrschenden Gesellschaft selbst, welche mit dem gänzlichen unerbten Wegfallen eines fürstlichen Geschlechts verglichen werden kann. Beides verdient einige Entwicklung, um



nachher die Mittel zur Erhaltung und Befestigung der Republiken desto gründlicher angeben zu können.

In so fern also die Republiken zugleich Grundherren sind, mithin ihre Macht vorzüglich auf besitzenden Ländereien und Reichthümern, auf treuen und eifrigen Dienern und auf günstigen nachbarlichen Verhältnissen beruht, haben sie frenlich manche Todes-Ursachen mit den Fürsten gemein. Sie verlieren nemlich ihre Unabhängigkeit und sinken zu gewöhnlichen Privat-Communitäten herab, durch jede Art von absoluter oder relativer Schwächung, besonders durch Veräußerung oder Verlust ihrer Territorial-Besitzungen, durch gefährliche Streitigkeiten, unglücklich geführte Kriege und nachtheilige Friedens-Verträge, die dann bey ihnen mehr als sonst unter anderen schonenden Benennungen von Allianzen, Constitutionen, Protektionen u. s. w. verschleiert werden; durch Uebernahm allzuvieler einzelner Servituten, wo oft eine anfänglich unbedeutend scheinende Gefälligkeit in der Folge den Ruin der Frenheit herbenführt; ferner durch gewaltsame Unterjochung, der die Republiken so wenig als die Einzelherren immer entgehen können, die aber oft eine Folge früherer politischen Fehler ist; endlich durch den Verlust der relativen Macht, d. h. durch übergroße Verstärkung gefährlicher Nachbarn oder durch die Vernichtung, Schwächung und Entfernung nützlicher Freunde, neben und mit welchen allein die Unabhängigkeit möglich war. Wir brauchen dieses Alles nicht weiter zu entwickeln, da es nur eine Wiederholung desjenigen seyn müßte, was seines Orts von dem Untergang der Fürstenthümer überhaupt gesagt worden ist. <sup>1)</sup> Zwar scheinen die Re-

---

1) B. II. Cap. 44. S. 582 — 602.

publikan auch hier einige Vortheile auf ihrer Seite zu haben, die ihnen eine längere Dauer zusichern sollten. So können sie erstens freylich nicht aussterben: ihre Fortdauer hängt nicht von leiblich erzeugten Kindern, sondern von der allmählichen Aufnahme neuer Mitglieder ab, wozu sich immer Subjekte genug finden. Hier ist keine Successions-Ordnung, mithin auch keine Thronfolgsstreitigkeit möglich, gerade weil die Republik keine Kinder hat und die kollektive Person stets die nemliche bleibt. Theilungen des Gebiets sind aus gleichem Grunde hier ebenfalls nicht möglich, und selbst andere freywillige Veränderungen, Domainen-Verschwendung u. s. w. sind viel weniger als in Monarchien zu besorgen. Denn da die Communitäten nicht physische Personen sind, so haben sie auch keine physischen Bedürfnisse; sie essen nicht, sie trinken nicht, sie lieben nicht Weiber und Spiel; sie haben keine Kinder zu versorgen und wissen nichts von kostbaren Ergötzlichkeiten; zu ihrer Wohnung genügt ein einziges bescheiden eingerichtetes Haus. Alle die zahllosen hohen und niederen Beamten, deren ein Fürst für die Bedienung seiner Person und seiner Familie, für den Glanz seiner Haushaltung und alle Annehmlichkeiten des Lebens bedarf, erspart eine Republik ganz; ein Sekelmeister der die gemeine Cassa führt, ein Schreiber mit wenigen Gehülffen, ein Duzend Boten oder Offizialen, ein Wärter ihres Gemeindhauses, etwas Holz und Licht für die Wärmung und Beleuchtung ihrer Versammlungszimmer, ist alles was sie unmittelbar für ihre Person gebraucht. Für die Besorgung ihrer Güter und Gebäude, die Verwaltung und Verrechnung ihrer Einkünfte und ihrer Ausgaben, die Administration der Justiz und aller von der Republik gestifteten öffentlichen Anstalten, für allfälliges Militär, für aus-

wärtige Gesandte u. s. w. hat sie zwar, je nach dem Umfange ihres Gebiets oder nach dem Grade des Regierungsluxus, eine Menge von Beamten nöthig, die in ihren Berrichtungen und Benennungen mit denen der Fürsten ganz übereinstimmen. Allein da die Republiken, auch sogar bey gleichen Hülfsmitteln, gewöhnlich viel mäßigere Ansprüche haben, nicht so viele Truppen, wenig oder gar keine Gesandte halten u. s. w., da sehr viele Dienste von ihren Bürgern unentgeltlich oder doch für geringe Besoldung geleistet werden: so geht auch hier alles mit wenigeren Unkosten zu. Daben bestehen meistens noch strenge Geseze in Absicht auf die Verwaltung des Communitäts-Vermögens; Formen welche die willführliche Disposition über dasselbe erschweren und der Verschwendung (die sonst aus gemeinem Gut leichter als aus eigenem geschehen könnte) einen Damm entgegensetzen. Aus allen diesen Gründen erklärt es sich, warum die Republiken im Allgemeinen selten verschwenderisch sind, daher auch eines größeren Credits genießen und, wenigstens in Zeiten des Friedens, große Ersparnisse machen, so daß ihre Schätze oft den Neid viel größerer Potentaten erregen, und daß sie diesen letzteren oft in Zeiten der Noth auf eine oder andere Weise bespringen müssen. <sup>2)</sup>

---

2) Zwar sieht man auch Republiken, Städte, Gemeinden u. s. w. mit zerrütteter Oekonomie oder schlechter Finanz-Verwaltung. Doch sind die Beispiele seltener als in Monarchien, und allemal liegt die Ursache entweder in äußerem Unglück, wie z. B. in Kriegen, Contributionen u. s. w. oder in einem inneren Verderbniß, durch welches in der That die Minorität herrschet und also mit dem gemeinen Gut eigennützig oder nach Willführ schalten kann.



Allein gleichwie die Natur alle Vortheile mit Nach-  
 theilen compensirt, so können die Republiken auf der an-  
 deren Seite auch nichts erben, nichts erheyrathen, und  
 sich dadurch weder Freunde machen noch schnelle Reich-  
 thümer erwerben. Sie sind im Allgemeinen zu Führung  
 des Kriegs und zu glüklichen Negotiationen nicht so gut  
 geeignet wie die Fürsten, und können, durch unkluge Lei-  
 tung des einen oder der anderen, leicht um ihre Unab-  
 hängigkeit, ihr kollektives Fürstenthum gebracht werden.  
 In Verträgen werden sie noch eher als in Schlachten be-  
 siegt, durch List und Erregung von Zwentracht leichter  
 als durch offene Gewalt bezwungen, indem man wohl  
 viele unter einander, aber nicht leicht einen Einzelnen  
 mit sich selbst entzweyen kann. Außere Kriege werden ge-  
 wöhnlich nur im Zeitpunkt der ersten Begeisterung, wäh-  
 rend dem Aufkeimen der Republik selbst glüklich geführt;  
 in der Folge fehlt bald von unten die Disciplin, bald  
 von oben die Schnelligkeit und die Consequenz der Ent-  
 schlüsse. Denn das bürgerliche Gleichheits-Gefühl ver-  
 trägt sich nicht gern mit dem militärischen Gehorsam,  
 und wo viele zu rathen und zu entscheiden haben, da fin-  
 det bald diese bald jene Maxime die Oberhand, oder es  
 wird die eine durch den Einfluß der anderen gelähmt.  
 Daher beweiset auch die Erfahrung, daß kriegsführende  
 Republiken meistens zu Diktatoren ihre Zuflucht neh-  
 men müssen, daß aber dann diese Diktatoren selbst zu  
 mächtig werden, bey ihren Untergebenen sowohl als bey  
 ihresgleichen großen Anhang finden, ihre Herrschaft be-  
 halten wollen und der Republik den Untergang bereiten.  
 Endlich reizt die Herrschaft der Republiken, so gerecht  
 und milde sie auch seyn mag, immerfort den Neid der  
 Unterthanen und befriediget ihren Ehrgeiz nicht. — Man



ist nicht gern von einem Herrn regiert, der aus vielen verschiedenen Köpfen zusammengesetzt ist, besonders nicht von solchen die sich einzeln und persönlich nicht viel vor anderen auszeichnen; und weil, wie wir oben gesehen haben, die Bürger einer Republik fast alle ehrenvollen und einträglichen Aemter selbst bekleiden, so bleibt den Einwohnern des Gebiets desto weniger übrig. Daraus erfolgt, daß die Republiken von ihren Unterthanen weit mehrere und gefährlichere Feindschaften als die Fürsten zu besorgen haben und nicht leicht auf eine so innige und fortdaurende Anhänglichkeit als diese letzteren zählen können, wie dieses durch die Geschichte fast aller herrschenden Republiken bestätigt wird. Innere Kriege sind aber den Republiken noch viel gefährlicher als den Fürsten, theils weil die unzufriedenen oder insurgirten Unterthanen durch ihre Privat-Verbindungen und Personal-Befanntschaften leicht eine Parthey unter den herrschenden Bürgern selbst gewinnen können, welche immerhin mehr oder weniger die Maßregeln der übrigen lähmt; theils weil die einmal in Leidenschaft gebrachte Menge gewöhnlich viel heftiger als ein Individuum ist; zu sehr auf strenges Befugniß und eigene Macht vertrauend, jede wahre Klugheit als Schwäche verwirft und in der Folge dadurch nur desto schwächer oder kleinmüthiger wird; übrigens auch stets die nemliche Person bleibt, die Erbitterung länger behält und eben deswegen weniger geeignet ist, das schwere Problem von der glücklichen Beendigung innerer Streitigkeiten aufzulösen, weder Hartnäckigkeit in unbedeutenden Nebensachen noch Schwäche in den Hauptsachen zu zeigen, die inneren Feinde nachdrücklich aber edelmüthig zu besiegen, sie zu trennen, einzelne oder nach und nach mehrere zum Abfall zu bewegen,

und am Ende durch andere Auskunftsmitel den Frieden auch in den Gemüthern herzustellen, ohne im Wesentlichen etwas von ihren Rechten verloren zu haben. Alle diese Gründe beweisen schon, daß die Republiken im Verhältniß gegen ihre Nachbarn und ihre eigenen Unterthanen zu Behauptung ihrer Macht und Herrschaft mit mehr Schwierigkeit als einzelne Fürsten zu kämpfen haben, und daß die Unabhängigkeit, als das höchste Gut, immer schwer zu erhalten ist.

Allein die größten Gefahren drohen den Republiken in ihrem Inneren selbst; denn das Verhältniß ihrer Bürger unter einander ist so künstlich und beruht auf so wandelbaren Fundamenten, daß gerade darin die den Republiken eigenthümlichen zerstörenden Principien liegen, die bei einem Fürsten niemals eintreten können. Sie sind auf ungefähr gleiche Kräfte und ein gemeinsames Bedürfniß gegründet, aber beides ist nicht immer fortdauernd; ohne den Geist der Eintracht können sie nicht bestehen, aber jedermann sieht wie schwer derselbe zwischen gleichberechtigten in die Länge zu behaupten ist, 3) zumal wenn entgegengesetzte wichtige Interessen ins Spiel kommen oder gar ein Theil der Bürger den anderen beleidiget, die doch zusammen nur einen Körper und eine Seele ausmachen sollten. Einen individuellen Fürsten kann man, eben weil er eine einzelne Person ist, im Wesentlichen nicht mit sich selbst entzweyen, aber unter einer Versammlung von Vielen ist Zwentracht und Erbitterung der Gemüther möglich, ja sogar leicht

---

3) Arduum semper eodem loci potentiam et concordiam esse.  
Tac. IV. Annal.

zu bewirken, und selbst bei den besten Gesinnungen nicht immer zu vermeiden. Setzt man auch voraus, daß man über den Zweck einig sey, welches bereits nicht immer der Fall ist: so sind die Ansichten über die Mittel verschieden, ja sogar oft einander entgegengesetzt. Vergebens sagt man, jeder wolle das Beste des Vaterlandes, und es können auch beyde Parthenen von gleicher Liebe für dasselbe beseelt seyn; diese Gemeinprüche helfen zu nichts; es reicht nicht hin im Allgemeinen zu behaupten, daß man das Gute liebe, man muß vorher wissen worin es bestehe. Nun hat der eine weitere, der andere engere Begriffe von dem was er Vaterland nennt. Jener z. B. denkt sich darunter das Land und das Gesetz seiner Väter, den Innbegriff von Besitzungen, Wohlthaten, Gesetzen und Traditionen die von den Vätern auf ihn herabgekommen sind und die er hinwieder seinen Kindern überliefern will; dieser bloß den Boden und die numerische Menge der darauf wohnenden Menschen; ein dritter nur die herrschende Genossenschaft oder gar seine besondere Classe oder Innung, und man hat zu allen Zeiten selbst einzelne Ehrgeizige oder Fanatiker gesehen, die ihre eigene Sache mit deren des Vaterlandes für identisch hielten und ihrem Eigennuz oder ihrer Herrschsucht fröhnten, indem sie der Republik zu dienen vorgaben oder vermeinten. Eben so verschieden sind die Begriffe von dem Nutzen des Vaterlandes; der eine hält ihm dieses der andere jenes für zuträglich, und je nach dem Zweck den man sich vorsetzt, kann die nemliche Handlung bald nützlich bald schädlich genannt werden. Um nur ein Paar Beispiele anzuführen, so wird der eine die Ruhe und die Künste des Friedens als das höchste Gut rühmen, indeß ein anderer die Ehre der Republik nur durch den Krieg zu retten und



durch ihn allein den entnerzten National-Charakter wieder herstellen zu können glaubt. Jener will die vollkommenste Unabhängigkeit des Vaterlandes und sucht die strengste, sogar naturwidrige Absonderung von fremden Fürsten und Völkern zur ersten Staats-Maxime zu machen, während dieser es für ehrenvoller und zuträglicher hält, mit äußeren Mächten in nähere Verbindungen zu treten und durch sie oder selbst durch geringe Dienstbarkeiten dem kleinen Staat mehr Schutz und Ansehen oder seinen einzelnen Bürgern persönliche Vortheile zu verschaffen. Der eine sucht Ackerbau, Künste und Handel aller Art zu begünstigen, den National-Reichthum auf den höchsten Grad zu bringen; indes ein anderer Einfalt der Sitten und wahre Zufriedenheit nur mit der Armuth oder höchstens mit der Mittelmäßigkeit vereinbar glaubt; Laster und Herrschsucht aber für die unzertrennlichen Gefährten des Reichthums hält. Cajo ist mehr oder weniger neuerungsfüchtig, will veraltete oder fehlerhafte Einrichtungen und Geseze nach seiner Meinung verbessern; mit den herrschenden Begriffen, Einsichten oder Thorheiten des Zeitalters gleichen Schritt halten, während Titus mit strengem Ernst über die Sitten der Väter wachet und in jeder Abweichung von alten Grundgesetzen und Staats-Maximen den Ruin des Vaterlandes sieht. Bisweilen kommt noch der Kampf der Doctrinen, der verderbliche Sektengeist hinzu, wo man über gar nichts mehr einig ist. Selbst die gemeinsame Anerkennung eines höchsten göttlichen Gesezes, welche zwar vieles entscheidet, die Vaterlandsliebe zügeln und leiten soll; und daher auch in Republiken nöthiger ist als anderswo, vermag nicht immer die Eintracht unter vielen zu erhalten; denn auch inner den Schranken der Gerechtigkeit und erlaubter Frey-



heit ist nach dem Gesichtspunkt der Klugheit eine unendliche Verschiedenheit von Meinungen möglich; es giebt gar keine Maßregel, keine Einrichtung, die nicht auf zweyen oder mehreren Seiten betrachtet und oft mit gleich guten Gründen in der einen Rücksicht für nützlich, in der anderen für schädlich ausgegeben werden kann, um so da mehr als die Probe der Erfahrung erst hintenach kommt und die Folgen gewisser Rathschläge sich nicht immer vorhersehen lassen. Wäre man endlich auch über den Zweck einverstanden, so entzweit man sich über Mittel und Formen, über die Zeit, die Personen, die Art und Weise in welcher und durch welche gewisse Maßregeln ausgeführt werden sollen. Der eine will rasch, der andere langsam zu Werke gehen oder den schicklichen Zeitpunkt erwarten; jener will nichts nachgeben, dieser ist zu Verträgen und Conciliationen geneigt; jenem sind alle Mittel gut, diesem nur die gerechten und sanften. Weil aber dergleichen Streitigkeiten durch bloße Gründe nicht ausgemacht werden können, als deren jede Parthey gleich scheinbare für sich anzuführen hat, so vermißt man sich zuletzt die Tiefen des menschlichen Herzens durchschauen zu wollen; es wird die Moralität der Andersdenkenden verdächtigt und jeder noch so gute oder gutgemeinte Vorschlag verkehrten Gesinnungen oder unlauteren Absichten, ja sogar dem Verrath des Vaterlandes zugeschrieben, der bisweilen wirklich vorhanden seyn mag, sehr oft aber nur eingebildet ist; die schätzbarsten Männer entfernen sich von einander und werden zu wechselseitiger Verleumdung und Verfolgung veranlaßt. Im gewöhnlichen Zustand der Dinge treten zwar diese Inkonveniente nicht leicht ein; der Drang der laufenden unbedeutenden Geschäfte nimmt alle Zeit weg, jedermann ist froh, wenn sie beendiget sind,

um zu seinen Privat-Geschäften oder Privat-Vergnügungen zurückzukehren, und die geringere Zahl unterwirft sich gern dem Ausspruch der größeren. Aber wenn zu jener Verschiedenheit der Meinungen noch ein besonders wichtiger Gegenstand hinzukommt, der in der That auf das Wohl und Weh der Republik vielen Einfluß hat und in welchem die Minorität mit ihrem Anhang der Majorität nicht so leicht nachgiebt, wie z. B. ein Krieg oder ein Friedens-Vertrag, eine wesentliche Veränderung in der Staats-Verfassung oder die Vorliebe für irgend einen ausgezeichneten Optimaten u. s. w.: so entzünden sich die Leidenschaften auf einen fürchterlichen Grad; es entstehen Factionen und sich wechselseitig verfolgende Parthenen, die nirgends heftiger als in Republiken wüthen und die zuletzt allemal den Untergang der Republik, d. h. ihre äußere oder innere Unterjochung nach sich ziehen, indem sie entweder die leichte Beute eines mächtigen, die Entzweyung benutzenden Nachbarn wird, oder sich in die Arme eines inneren siegenden Parthenhaupts wirft, und in seiner militärischen Alleinherrschaft die ersehnte Ruhe zu finden hofft.

Ein anderes schleichendes, aber tödtendes und in die Länge unvermeidliches Gift der Republiken ist die Erschlaffung des Gemeingeistes, sobald das ursprüngliche, alles zusammenhaltende Bedürfniß entweder nicht mehr gefühlt wird, oder befriediget ist. Wenn durch fanatischen ungeregelten Patriotismus, durch Zwentracht die gleichwohl noch inneres Leben anzeigt, die Republik am Entzündungsfieber stirbt, so geht sie hingegen mittelst Erschlaffung des Gemeingeistes durch Marasmus oder Fäulniß zu Grund, und jene falsche Einigkeit die nur

Die Folge des Indifferentismus oder der Muthlosigkeit ist, gleicht schon dem wirklichen Tode, jenem Frieden der nur im Grabe gefunden wird. Nun aber kann diese Gleichgültigkeit sowohl durch allzulanges und gesichertes Glück als durch wiederholte Unfälle und durch solche Beschwerden erzeugt werden, die mit keinen Belohnungen mehr begleitet sind. Es mag die Communität ursprünglich ihrer eigenen Sicherheit wegen zum Widerstand gegen fremde Bedrückung, oder für Handelsunternehmungen, oder zur Erfüllung irgend eines Gelübdes zusammengetreten seyn: so löset sich allmählig dieses Band sobald der Zweck erreicht, der Friede nebst der Freiheit errungen, der Reichthum erworben, das Gelübd erfüllet ist, gleichgültig wird oder keinen Gegenstand mehr hat. Alsdann bleiben in allen Republiken nebst der Gewohnheit nur noch die gemeinsamen Güter, d. h. die äußeren Vortheile übrig, welche die Republik ihren Bürgern zur Befriedigung des Ehrgeizes oder zur angenehmen Erhaltung des Lebens zuwenden kann, und die zwar ein fortdaurendes und wichtiges, aber doch kein geistiges oder moralisches Bindungsmittel mehr ausmachen. Das ist schon kein Gemeingeist mehr, wenn man in dem gemeinen Wesen nur seinen eigenen Vortheil sucht, und nur allein deswegen seine Erhaltung wünscht. In solchem Zeitpunkt wendet sich jedermann so viel möglich nur dem Genuße zu, und es schleicht auch in Republiken jene Verderbniß ein, die stets mit dem höchsten Glück verbunden zu seyn pflegt, aber mit den republikanischen Pflichten und Beschwerden noch viel weniger als in Monarchien bestehen kann: z. B. Weichlichkeit, weil jede Entbehrung, jede Kraftanstrengung Mühe verursacht; allmählige Verachtung alter Tugenden, republikanischer Traditionen, Formen und Gebräuchen, die



stets an Bescheidenheit und an eine gewisse Gleichheit erinnern; Eigennutz der seine Sache vorerst insgeheim, sodann öffentlich von der allgemeinen zu trennen beginnt; Sorglosigkeit weil man das Wachen und Arbeiten scheut oder des Glücks lange ruhig genossen hat, und wähnt es solle von selbst immer so fortdauern; Uebermuth der allemal vor dem Falle kömmt, auf eigene Kraft oder längst verschwundene Tugend pochet und in Republiken oft noch mehr als in Monarchien angetroffen wird u. s. w. 4) Man muß nicht glauben, daß die reichsten und begütertesten Bürger auch immer die meiste Vaterlandsliebe besitzen, dem gemeinen Wesen am eifrigsten ergeben seyen, weil sie, wie man zu sagen pflegt, mehr zu erhalten oder zu verlieren haben. Natur und Erfahrung beweisen im Allgemeinen eher das Gegentheil. Zwar giebt es auch hier ehrenvolle Ausnahmen; die Tugend findet sich bisweilen unter allen Ständen, aber in der Regel wird die Gemeinschaft mit anderen um desto gleichgültiger, je weniger man derselben zu bedürfen glaubt, je mehr die Privat-Existenz durch eigene Mittel gesichert ist. Opfer an Geld kann man von den sehr reichen Bürgern allenfalls wohl noch erhalten, aber selten die viel wichtigeren Opfer des treuen und aufrichtigen Herzens, der Mühe und Anstrengung, des Ausdauerns, der Zeit, der Gesundheit, des Lebens selbst wenn es nöthig ist. Die gewöhnlichen Stellen und Aemter der Republik, welche gleichwohl eine Schule oder ein Übungsmittel der Vaterlandsliebe ausmachen, suchen sie nicht, weil sie denselben ihre Mühe vorziehen: und selbst die höchsten Stellen haben für sie

---

4) Vergleiche über diese Gefahren allzulanger Ruhe auch in Monarchien B. III. S. 110 – 112.



oft keinen Reiz, wenn nicht entweder frühere Gewohnheit, hohe Tugend oder besonderer Ehrgeiz hinzukommen. Die häufigen Versammlungen, Arbeiten und Geschäfte werden ihnen lästig und beschwerlich, weil sie dem müßigen Genuß oder der Besorgung von Privat-Interessen viele Zeit wegnehmen, auch ihr Gegenstand gar nicht immer unterhaltend, der Beschluß selten den eigenen Wünschen gemäß ist. Uebrigens hat eine Genossenschaft von vielen immer etwas an sich, was den geheimen Stolz der mächtigeren Bürger beleidiget; man ist nicht gern zu oft mit Menschen vermischt, die an Rechten gleich, an Rang, Lebensart und äußerem Glük ungleich sind; die besitzenden eigenthümlichen Güter glaubt man unter anderen Verhältnissen eben so gut bezubehalten oder in Zeiten von Gefahr gerade durch Nachgiebigkeit zu retten, und bald schleicht der Gedanke ein, daß man ohne das bürgerliche Gemeinwesen eben so gut, ja vielleicht noch mehr glänzen könnte; daß in großer Potentaten Dienst den ersten und vornehmsten Geschlechtern ein noch viel schönerer Weg zu Ehre, Macht und Ruhm eröffnet wäre, als wenn sie stets nach einer zweifelhaften, übel unterrichteten und wandelbaren Volksgunst buhlen müssen, die am Ende doch nicht viel zu geben vermag und durch Neid gequält auch wenig geben will. Daher hat auch die Geschichte von Rom und selbst von mehreren neueren Republiken bewiesen, daß großer Reichthum und lebendige Vaterlandsliebe gar nicht immer mit einander vereinigt sind. Die ganz armen Bürger, welche faktisch an den Versammlungen, Stellen und Aemtern keinen Theil haben, besitzen jenen Gemeingeist ebenfalls nicht; entweder beneiden sie das Glük der Vornehmen und sehen daher ihrem Sturze mit geheimer Schadenfreude zu; oder sie gehen nur ihrem Nah-

rungs-Erwerbe nach und sind mit jedem Zustande zufrieden, der ihnen nur gesicherte Nahrung und Lebensunterhalt verschafft oder zu versprechen scheint. Die Tugend der wahren republikanischen Vaterlandsliebe ist seltener als man glaubt: am meisten wird sie noch bei den beglückteren Mittel-Classen angetroffen, die aber dennoch zur Aufrechthaltung ihres Ansehens oder ihres Wohlstandes der Republik nicht entbehren können, und es daher lebendiger fühlen, daß sie nur durch das Zusammenhalten mächtig werden und ohne das Gemeinwesen, welches sie hebt und trägt, weniger seyn, ja sogar bald in Dunkelheit herabsinken müßten. Daher ist es auch im Allgemeinen ganz richtig und der Natur gemäß, daß begüterter Mittelstand zur langen Erhaltung der Republiken der zweckmäßigste ist. Die Gleichgültigkeit oder die Erschlaffung des Gemeingeistes wird aber nicht nur durch allzu hohes und lang fortdauerndes Glück, sondern noch viel eher durch wiederholte Unfälle und oft mißlungene Pläne herbengeführt. Kleine vorübergehende Gefahren sind nöthig und nützlich um die Kräfte zu üben, das Bedürfniß des Zusammenhaltens fühlen zu lassen, dem Gift der Sorglosigkeit und des einschleichenden Egoismus entgegen zu wirken; aber wiederholte Unfälle, bedeutende Verluste und Demüthigungen, besonders wenn sie durch schlechte Leitung herbengeführt sind, erregen nicht bloß zerstörende Zwentracht, weil jeder die Schuld dem andern beymißt, sondern bald darauf erschlaffende Gleichgültigkeit. Der Geist der Menge wird gebeugt, und man sieht sie bald in eben dem Maße verzagt und kleinmüthig, als sie vorher stolz und voll von Zuversicht gewesen. Bleibt auch die Existenz der Republik und ein Schein von Freiheit noch gerettet, so sind die täglichen Beschwerden,

welche ein solch krankes Gemeinwesen an Zeit, an Arbeit und anderen Aufopferungen von ihren Bürgern fordert, nicht so gering als man glaubt, und sie werden in die Länge den meisten lästig, sobald sie nicht mit Erfolg begleitet sind oder sobald die Republik sie nicht mehr mit Ehre und anderen Vortheilen belohnen kann. Wenn auch in Zeiten des Unglücks sich oft noch die schönsten Tugenden zeigen, so tritt hingegen auch die verborgne Schlechtigkeit hervor und findet mit colorirten Sophismen nur zu leichtem Eingang. Muth, Anstrengung, Beharrlichkeit, Mäßigung seiner Bedürfnisse, Rückkehr zu alten Grundsätzen und Gesinnungen werden als Uebertreibung, Eigensinn und Schwärmeren ausgedeutet, während man Feigheit und Niederträchtigkeit als höhere Klugheit preiset, die Maximen seiner Feinde selbst als Rettungsmittel ansieht und so dem Verderben entgegenrennt, von dem man sich entfernen sollte. In solchen Zeiten ziehen sich die Friedliebenden allmählig von dem Sturme oder den Geschäften zurück, jeder sucht sich bestmöglichst aus dem Schiffbruche zu retten, wünscht Ruhe, um welchen Preis sie auch erkaufte werden möge, und selbst die Weiseren müssen zuletzt den Muth verlieren, wenn sie entweder in veränderten äußeren Verhältnissen oder in innerer Verderbniß oder in herrschenden falschen Grundsätzen und verkehrter Leitung kein Mittel mehr sehen die Freyheit der Republik oder ihre Existenz selbst aufrecht zu erhalten. Wo aber allgemeine Gleichgültigkeit eingetreten ist, und selbst die Weiseren sich zurückziehen oder nicht mehr gehört werden: da ist eine Republik, als ein künstliches Gemeinwesen, noch weit mehr als eine Einzelherrschaft ihrem Verderben nahe, und der geringste innere oder äußere Anstoß wird ihren Untergang vollenden.



Nicht minder gefährlich ist drittens den Republiken bald die allzugroße Verengung, bald wieder die allzugroße Erweiterung der herrschenden Genossenschaft, und eine von beiden Klippen ist in die Länge schwer zu vermeiden. Ein fürstliches Geschlecht hat dieses Inkonvenient auch nicht zu befürchten; hier gehört die Macht und vollkommene Freiheit immer nur Einem. Auf ihn folgt sein natürlicher oder durch Successions-Ordnung bestimmter Erbe, und wenn auch der Mannstamm abgeht, so finden sich durch die früheren Heirathen der Weiber und ihre männlichen Nachkommen stets andere rechtmäßige Ansprecher. Eine Communität von vielen hingegen hat keine natürlichen Erben, und dennoch sterben nicht nur Individuen, sondern ganze Geschlechter aus; allmählig würde sie auf wenige Mitglieder oder gar auf ein einzelnes zusammenschmelzen, mithin in ein Fürstenthum übergehen, und unter den zuletzt überbleibenden wenigen Geschlechtern oder Individuen müßten nothwendig bald zerstörende Streitigkeiten eintreten, weil nach der Natur der Sache hier jeder gleich berechtigt ist, und die Collisionen zu häufig oder zu bedeutend würden. Also muß jede Republik von Zeit zu Zeit neue Bürger oder Mitglieder annehmen; aber das zu viel und zu wenig ist beides gefährlich, und das rechte Maß schwer zu beobachten, weil die Natur hier keine Zahl bestimmt hat. Wird die Genossenschaft zu sehr verengt, so schwächt sie dadurch schon sich selbst, und kann ihre Freiheit nicht leicht behaupten, zumal ein großer Theil ihrer Macht nicht bloß auf äußeren Gütern, sondern auch auf der Zahl und dem Ansehen zufriedener und unter sich einiger Bürger beruht. Auf der anderen Seite erweckt sie auch noch viel mehr den Neid und die Mißgunst der übr-



gen Landes-Einwohner, der Einsäßen, der begüterten Unterthanen u. s. w., welche sonst die Aufnahme und Theilnahme hoffen konnten; ihre Wurzeln sind weder fest noch ausgebreitet, in Stürmen und Gefahren hat sie wenig Hülfe und ausdauernde Treue zu erwarten. Bei einer zu geringen Anzahl von Bürgern fände die Republik auch zu vielen wichtigen Geschäften die nöthigen Fähigkeiten und Kenntnisse nicht immer in ihrem Schooß, und außer demselben darf sie solche nicht wohl suchen, theils weil sie von denen, die nicht Mitgenossen sind, selten auf treuen Eifer zählen könnte, theils weil es eine Herabwürdigung ihrer selbst wäre, zu solchen Geschäften keine tauglichen Subjekte in ihrer Mitte zu besitzen. Endlich ist auch der Friede und die Eintracht unter gar zu wenig schwer zu erhalten; wo die Zahl der Nebenbuhler klein ist, da will jeder allein herrschen, und die Uebermacht eines Einzelnen findet weniger Hindernisse sich festzusetzen; daher es nöthig ist, daß in jeder wohlgeordneten Republik eine selbstständige und dennoch durch Zahl und Gewicht bedeutende Masse die Leidenschaften der besonders hervorragenden mächtigen Bürger oder Parthenhäupter im Zaum halte, bisweilen gleichsam ein höheres Richteramt ausübe, und wenigstens in den wichtigsten Fällen der Wahrheit und der Gerechtigkeit den Sieg verschaffe. Geht man aber zu dem anderen Extrem über, wird die Genossenschaft allzusehr erweitert, oder sogar gesetzlich auf alle Einwohner eines Landes ausgedehnt, so verliert sie auch allen Werth, und es ist das sicherste Mittel den Gemeingeist zu vernichten und allgemeine Gleichgültigkeit hervorzubringen. Das ermunternde und belebende Gefühl der Ehre besteht nur in der Auszeichnung, in einem Vorzug, den nicht jedermann besitzt. Nun aber ist eine Genossen-

Schaft, an der jeder, auch der geringste und schlechteste, ohne Verdienst, ohne Aufnahm von Seite der früheren Genossen, Theil hat, keine Ehre, keine Auszeichnung mehr, und sie kann auch nicht mehr allen ihren Bürgern jene Vortheile und Belohnungen zuwenden, welche die Lasten und Beschwerden eines Gemeinwesens ersetzen, den treuen Pflichteifer selbst ermuntern müssen. Durch eine solch unbillige widernatürliche Erweiterung werden die alten Genossen verdrängt, in ihren wohlerworbenen Rechten beleidiget, dadurch erbittert, und aus Freunden in Feinde der Republik umgestaltet. Die Traditionen der Väter verschwinden und machen einer Menge widersprechender Meinungen und zerstörender Neuerungen Platz, indem die große Masse der neu eingedrungenen Bürger unmöglich jene angeerbten Kenntnisse, Gefühle und Gewohnheiten haben kann, die zur Erhaltung der Republik und zur Führung ihrer Geschäfte nöthig sind. Endlich ist es eben so wenig möglich in einer allzuzahlreichen Genossenschaft den Frieden und die Einigkeit lange Zeit hindurch zu erhalten. Ihre Mitglieder kennen einander nicht und können also auch zu einander kein gegründetes Zutrauen haben, vielmehr muß nothwendig zwischen ihnen Neid und Mißtrauen entstehen. Daben werden auch die Interessen und Bedürfnisse zu verschieden und zu ungleich, als daß da ein reelles Band der Eintracht möglich wäre. Was den einen nützt, schadet den anderen, ein Theil des Gebiets wird dem anderen aufgeopfert, und keine Dekrete vermögen gleich zu machen, was die Natur ungleich gemacht hat. Es kann nicht aus jedem Haufen von Menschen ein zusammenhängender, wohlgeordneter Körper werden. Da entspinnen sich also feindselige Faktionen und Partheyungen, vielleicht bürgerliche Kriege,

welche entweder die Auflösung der Republik oder eine widernatürliche Verengung derselben herbeiführen, wobei, der theoretischen Gleichheit ungeachtet, die einen genießen, die anderen entbehren, jene allein herrschen und diese dienen müssen; ein Zustand, der abermal nicht in die Länge dauern kann, sobald die Verschiedenheit nicht auf natürlichen Verhältnissen, mithin nicht auf einem Princip der Gerechtigkeit beruht. Auch beweiset die ganze Geschichte, daß viele Republiken und städtische Gemeinden bloß durch Aufnahm allzuvieler Bürger zu Grund gegangen sind, und es hat schon Aristoteles dießorts die Beispiele der Achäer in Sybaris, der Thurier, der Byzantiner, deren von Antissa auf der Insel Lesbos, von Messina, von Syrakus, von Amphipolis u. s. w. angeführt, wo bald die alten und ursprünglichen Bürger von den neu herbeigerufenen Fremden verjagt wurden, bald diese hinwieder von jenen neuerdings vertrieben oder ausgestoßen werden mußten, und ohne diese Trennung der Friede schlechterdings nicht beh behalten werden konnte. <sup>5)</sup>

Was aber jede Republik am meisten zu fürchten hat, ist die Uebermacht einzelner Bürger und die aus derselben fließende Leichtigkeit der Usurpation, besonders in hohen, mit vieler Gewalt versehenen Stellen und Aemtern. Communitäten und Republiken sind auf ungefähr gleiche Kräfte und Glücksumstände gegründet, wenigstens in dem Grade, daß kein Bürger unmittelbar von dem anderen abhängt oder in seinem direkten Dienste steht. <sup>6)</sup>

---

5) Aristot. Polit. L. V. c. 3. Uebersetz. von Garve. B. I. S. 402 — 404.

6) Vergl. oben S. 12.



Nun aber dauert dieses seltene Verhältniß in die Länge niemals fort, und es treten allmählig andere an Platz, welche das Societäts-Verband vorerst in ein unmerkliches, zuletzt in ein vollendetes Dienst-Verband umschaffen. Die Natur hat einmal die angeborenen Kräfte, und dadurch die erworbenen Glücksgüter der Menschen ungleich geschaffen. Die ersteren sind ihnen bald in geringem, bald in hohem Maße zugetheilt; die letzteren können mehr oder minderen, sie bleiben keinen Augenblick die nämlichen, und gleichwie die einen durch eigene Schuld oder durch Unglück in Dürftigkeit, Armuth und Dienstbarkeit versinken, so ist es auch unmöglich die zunehmende Macht und das natürliche Uebergewicht von anderen zu hindern, wofern man nicht der Tugend oder dem Verstand ihre Belohnung rauben, selbst über zufälliges Glück gebieten und jeden Augenblick die Gerechtigkeit beleidigen will. So lang zwar irgend eine individuelle Privatmacht nicht übermäßig anwächst, so daß sie wenigstens nicht offenbar und fortdauernd über alle anderen hervorraget, so hat solches freylich nicht viel zu bedeuten; der Tod, die Erbtheilungen, die Rivalität von anderen gleichberechtigten und oft nicht minder begüterten, die Macht der Gewohnheit selbst stellen stets das Gleichgewicht wieder her, und wenn auch Einzelne dienen oder abhängig sind, so wird das republikanische Verhältniß durch andere behauptet. Wenn aber ein solch einzelner Bürger, als Haupt eines obnehin angesehenen Geschlechtes durch fortdauernde Oekonomie mehrerer Generationen, durch kluge und glücklich ausgefallene Unternehmungen, durch glänzende Heyrathen, reiche Erbschaften, fremder Fürsten Gunst oder andere glückliche Zufälle zum Besitz von sehr ansehnlichen Gütern oder ungeheurem Geld-Reichthum



gelangt und geraume Zeit hindurch behauptet, so daß mit der reellen Ueberlegenheit sich noch die allgemeine Anerkennung derselben vereinigt; wenn er durch die Menge seiner Schuldner und seiner Privatdiener, die ihm mittelbar oder unmittelbar ihren Wohlstand verdanken, durch die Verzweigungen seiner in die angesehensten Geschlechter verheyratheten Familie u. s. w. sich sowohl unter den Bürgern als den Unterthanen der Republik eine zahlreiche Clientel erwirbt; wenn er dabei etwa noch in mächtigen Verbindungen und Verwandtschaften mit fremden Fürsten steht, von ihnen Leben trägt, oder Aemter erhalten hat; wenn er überdies angenehme und überlegene Eigenschaften des Geistes und Charakters besitzt, und, was gewöhnlich der Fall ist, zugleich die ersten Ehrenstellen der Republik bekleidet, ihren Berathschlagungen vorsteht, ihre Truppen commandirt, folglich anvertraute Macht mit seiner eigenen vereinigt, jene zum Vortheil von dieser benutzt, oder diese unter der Firma von jener verbergen und äußerlich rechtfertigen kann: so ist es nach dem Drang der Natur beynahe unvermeidlich, daß eine solche Republik nicht bey dem ersten äußeren Anstoß in eine vollendete Einzelherrschaft übergehe, und, was vorher nur faktisch bestand, für die Zukunft zur Regel werde. In allen Berathschlagungen wird der übermächtige Bürger die Mehrheit der Stimmen für sich haben, oder auch ohne dieselbe seinen Willen durchsetzen können, und wenn auch einzelne Unabhängige noch widerstreben und die durch veränderten Sachverhalt unmöglich gewordene Freyheit zu behaupten suchen, so stehen sie isolirt, werden als Störer der Eintracht, wo nicht als Feinde der Republik angesehen, und im ersten Kampfe leicht besieget, oder zu gleicher Unterwürfigkeit gezwungen. Besonders droht den Republiken

solche Gefahr der Usurpation von Seite ihrer eigenen kriegerischen Befehlshaber, zumal wenn sie Siege erröchten, und in dieser Rücksicht der Republik Dienste geleistet haben. Nicht allein werden gewöhnlich zu dergleichen Stellen nur solche Bürger erhoben, die durch Geburt und das Ansehen ihres Geschlechts, durch Güter, befleckte Aemter, Verwandtschaften und Freunde, wie auch durch persönliche Eigenschaften bereits ausgezeichnet sind, und einen großen Anhang in dem Rath der Republik besitzen, sondern wenn sie dabei noch das Commando der Armee eine Zeitlang mit Erfolg geführt, und sich das Zutrauen, die Liebe ihrer aus Mitbürgern oder Fremden bestehenden Truppen erworben haben: so können sie sich an die bürgerliche Gleichgültigkeit nicht mehr gewöhnen, jeder Widerspruch erscheint ihnen als Feindschaft oder als Ungehorsam und sie suchen stets die einmal ausgeübte Herrschaft mehr oder weniger zu behalten. Zur Ausführung eines solchen Vorhabens bedarf der siegreiche Anführer auch nicht immer Gewalt und Unterdrückung anzuwenden; die Bereitwilligkeit seiner Anhänger kommt ihm zuvor, oft wird er noch von ihnen dazu ermuntert und angetrieben. Denn so wie während dem Krieg der Commandirende sich an Herrschaft gewöhnt, so gewöhnen sich hinwieder die Truppen und untergeordneten Befehlshaber an Gehorsam und Dienstbarkeit, deren Loos gar nicht immer so beschwerlich ist, und überdies noch mit dem Schein von Ruh und Ordnung beschöniget wird. Gehorchen und sich unterwerfen muß man immer, dem größeren Haufen einer Republik so gut als einem Einzelherren. Alle diejenigen also, welche nicht von einem höheren lebendigen Pflichtgefühl für die Rechte der bestehenden Communität durchdrungen sind, sondern blos für

ihre Person Ehre und Reichthum, steigende Macht und Freyheit wünschen, befinden sich gar viel besser bey der treuen Ergebenheit an ein mächtiges Haupt, das man sieht und welches die geleisteten Dienste anerkennt, als bey der fruchtlosen Aufopferung für ein Gemeinwesen, das man nicht sieht, das kein Herz hat und nichts von Gegenliebe weiß, weil man ihm nur dienen kann, indem man die Leidenschaften und die Privat-Interessen seiner sichtbaren Mitglieder beleidiget. Wenn übrigens durch die Uebermacht des einzelnen Bürgers das Communitäts-Verband nur noch in der Erinnerung oder auf dem Papier besteht, in der That aber ganz andere Verhältnisse eingetreten sind, so behauptet die Natur ihr Recht gegen bloß geschriebene Gesetze; es ist für eine solche Republik keine Rettung mehr möglich, und bey der ersten Gelegenheit wird ein kurzer Kampf gegen wenige Widerstrebende hinreichen, um diese Republik vollends in ein Fürstenthum umzuwandeln, es sey nun daß die früheren Formen und Redensarten einstweilen noch beybehalten, oder aber auch diese aufgehoben werden, und das zerrüttete Gemeinwesen auch dem Namen nach in ein Privatwesen übergehe. Dergleichen aus gestürzten Republiken entstandenen Alleinherrschaften müssen auch ihrer Natur nach immerhin unbeschränkt und despotisch seyn, theils weil sie mit den Privat-Rechten des neuen Herrschers noch alle diejenigen vereinigen, welche die Republik, als solche, über ihre Mitbürger ausgeübt hatte, theils weil sie den Charakter der Usurpation, oder einer Art von Eroberung an sich tragen, folglich den Argwohn gegen die früher gleichberechtigten beybehalten, und wenigstens einen Theil derselben als geheime Feinde ansehen müssen.



Daher beweiset auch die ganze Geschichte, daß fast alle entzwente Republiken, welche nicht die Beute fremder Eroberer wurden, am Ende einer solchen inneren Eroberung, der Präpotenz eines einzelnen Bürgers unterlagen, und entweder von Demagogen, oder von ihren eigenen siegreichen Feldherren gestürzt worden sind. Aristoteles hat bereits diese Bemerkung gemacht, <sup>7)</sup> und in der alten Geschichte liefern Dionysius und Agathofles in Syrakus, Pisistratus in Athen, Machäus, Hanno und Hamilkar in Carthago die Beweise dazu. Die Römische Republik ward bekanntermaßen von ihren eigenen Feldherren, besonders von Julius Cäsar und Octavian, zu Grunde gerichtet. Ihre Fortdauer war unmöglich, sobald einzelne Bürger so mächtig wurden, daß sie dem Senat Schrecken einflößen, aus eigenem Vermögen Armeen anwerben und bezahlen konnten, oder in den Provinzen über große Länder herrschten, wo die ihnen anvertraute Armee nur ihren Anführer kannte und bey den in Rom selbst herrschenden Zerrwürfnissen und Zerrüttungen auch nicht mehr wußte, wem sie sonst zu gehorchen habe. <sup>8)</sup> Das nemliche war das Loos fast aller Italienschen Städte und Republiken des Mittelalters. Magnaten und Heerführer, große für sich selbst bennah unabhängig Edelleute hoben sich dort zur Alleinherrschaft empor. Cromwell machte der Englischen Parlaments-Corporation, Buonaparte der Französischen Sophisten-Republik ein Ende. Die Niederländische Republik konnte in die Länge unmöglich stehen bleiben, neben dem Haupt

---

7) Polit. V. c. 5. Uebersetz. von Garve. B. I. S. 415.

8) Vergl. hierüber auch *Montesquieu*, de la décadence des Romains, p. 82. und Albr. von Haller *Scipio und Cato*. Edit. von Carlseub, S. 160.



eines Fürstenhauses, welches den vorzüglichsten Antheil an der Erwerbung der Unabhängigkeit genommen, durch eigene Privat-Güter übermächtig, mit allen Europäischen Potentaten verwandt und befreundet war, und dem dabei noch gesetzmäßig das erbliche Commando der republikanischen Flotten und Arm:en nebst der Ernennung aller bisherigen Stellen zukam. Früher oder später mußte sich der wechselseitige Kampf entweder mit einer fremden Eroberung, oder zum Vortheil der Alleinherrschaft enden, und man kann richtig voraussehen, daß ähnliches Schicksal mit der Zeit auch die Amerikanischen Republiken treffen wird.

Nimmt man nun endlich zu allen diesen den Republiken eigenthümlichen Gefahren noch den Einfluß fehlerhafter, ausgearteter oder vernachlässigter Statuten und Constitutions-Gesetze, den Zwang in die Gesellschaft, allzuleichtsinrige Aufnahmen oder ungerechte Ausschliefungen, einseitige, unregelmäßige Zusammenberufungen, Mangel an Vorsicht, aus Menschenfurcht, oder aus übermäßigem Zutrauen gegen die ausgeschossenen Vorsteher; allzubindende Gesetze; fehlerhafte Wahlformen, welche oft den würdigsten ausschließen, dagegen aber Untreu und Unfähigkeit an die Spitze bringen; schlechte Deliberations-Formen, welche den Fortgang aller Geschäfte lähmen und die besten Rathschläge unnütz machen; üble Abtheilung der Funktionen zwischen der obersten allgemeinen Versammlung und den dirigirenden Rätthen, daherige Collisionen und wechselseitiges Mißtrauen; den Neid und die Leidenschaften der Optimaten oder der verschiedenen Bürger-Classen unter einander, welche stets ihre eigene Privat-Macht und Privat-Freyheit auf Kosten der gemein-

samen zu erweitern streben; lauter Umstände welche die Einigkeit, mithin die Kraft mindern, oder gar der Gesellschaft selbst, als dem herrschenden Subjekt, die Auflösung drohen: so ergiebt sich daraus das allgemeine Resultat, daß die Republiken in der Regel nicht so lange dauern können als die Fürstenthümer, und eben dieses wird auch durch die Geschichte aller Zeiten und Länder bestätigt. Als bloße Communitäten bestehen sie freulich oft sehr lange, sowohl vor als nach der errungenen Independenz, eben deswegen weil sie nicht aussterben, und weil ihre Verborgenheit selbst sie vor gefährlichen Feindschaften rettet. Aber als unabhängige Communitäten ist ihr Lebensziel gewöhnlich viel kürzer, und zuletzt gehen sie allemal in eine militärische Meinherrschaft über, oder werden von mächtigen Potentaten unterjocht. — Carthago soll, von der Königin Dido an zu rechnen, 744 Jahre bestanden haben; allein seine älteste Geschichte ist in Dunkel gehüllt, und man weiß nicht genau, wann eigentlich die Republik angefangen hat. Athen dauerte von Solon bis auf Philipp von Macedonien, oder höchstens bis auf Antipater, 272 Jahre. Sparta war weniger eine Republik als ein Königreich unter zwei erblichen, wiewohl beschränkten Königen. Die Meteore der Griechischen Colonien können nicht für unabhängig gerechnet werden; sie waren fast immer den Indischen, Persischen und Macedonischen Königen dienst- oder zinsbar. Rom dauerte als Republik von der Vertreibung der Könige bis auf Julius Cäsar 465 Jahre, aber schon geraume Zeit vorher war es von Diktatoren beherrscht und durch bürgerliche Kriege zerrüttet. Die Freiheit der meisten Italienischen Städte des Mittelalters verschwand sehr geschwind. Genua errang seine Unabhängigkeit im Jahre

1528 und verlor sie 1797, folglich nach 269 Jahren; Venedig hingegen behielt Existenz und Freiheit 1343 Jahre, ein Beispiel das seinesgleichen in der Geschichte nicht findet, und blos durch die glückliche Lage jener Stadt möglich gemacht wurde. — Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Städte und Länder kann höchstens von dem Zeitpunkt an gerechnet werden, wo sie ihren Bund gegen Kaiser und Reich behauptet hatten, und dieser sie nicht mehr zum Gehorsam zwingen konnte, also ungefähr von 1356 oder 1371 bis 1798, 442 oder 427 Jahre. Förmlich und diplomatisch anerkannt ward sie bekanntermaßen erst durch den Westphälischen Frieden 1648. Die vereinigten Niederlande dauerten von der Utrechter Union bis 1795; — 207 Jahre. Schnell vergiengen die wider-natürlichen Revolutions-Republiken unserer Tage, und wie lange die wenigen noch bestehenden, in ihrem Innern auf widersprechenden Fundamenten ruhenden Republiken dauern werden, mag die Zeit lehren; doch ist ihnen, allem menschlichen Anschein nach, ein viel kürzeres Lebensziel als jenen ersteren bestimmt.

Zwei innere Keime der Zerstörung sind die allgemeinen und natürlichen Gründe dieses früheren Untergangs der Republiken. Der eine daß sie nicht ein Produkt der Natur, sondern nur ein Werk der Menschen sind und einer künstlichen Einrichtung bedürfen, die entweder von Anfang her fehlerhaft ist, oder allmählig ihre Zweckmäßigkeit verliert, ausartet und vernachlässiget wird; der andere daß, gleichwie in allen Communitäten, jeder Bürger nebst dem gemeinsamen Interesse noch sein eigenes Privat-Interesse hat, und unter Umständen das letztere dem ersteren vorgezogen werden kann, während hingegen



ben einem Einzelherren gar kein solcher Widerstreit möglich ist. Sobald z. B. Kriege zu führen, Lasten zu ertragen, wichtige, schwierige, undankbare Geschäfte zu besorgen sind, so müssen die einzelnen Bürger selbst kämpfen, zahlen, arbeiten, ohne daß sie dafür Belohnung oder andere Vortheile erhalten; alle Reformen können nur auf ihre Unkosten bewerkstelliget werden, sie leiden durch Erhöhung der Einnahmen wie durch Beschränkung der Ausgaben; mit einem Wort die Privat-Macht und die Privat-Freyheit des einzelnen Mitglieds stehen beynabe in beständiger Collision mit der Macht und der Freyheit des unsichtbaren Gemeinwesens, und das Leben eines wahren Republikaners ist nur eine Schule endloser, größtentheils einseitiger Aufopferungen. Wie schon oben bemerkt worden, so ist großer Privat-Reichthum gar nicht immer mit Vaterlands-Liebe vereinigt; allzu unabhängige, anscheinend gesicherte individuelle Existenz macht im Gegentheil die Genossenschaft selbst gleichgültig und ihre Beschwerden lästig; bey langer ungestörter Ruhe wird das Bedürfniß der Einigkeit und des Zusammenhaltens nicht mehr gefühlt, und die menschlichen Leidenschaften finden ihren Spielraum nur noch im Inneren des Gemeinwesens selbst; der Neid unter Gleichen, der Gegensatz der Ansichten und Absichten bringt zerstörende Faktionen hervor; Arbeitsamkeit und Patriotismus verschwinden, an ihren Platz treten nur Hang zum Vergnügen oder sinnlicher Genuß, Weichlichkeit, Eigennuz, Sorglosigkeit und jener Stolz, der Vorbot alles Verderbens, so daß auch hier, gleichwie in Monarchien, <sup>2)</sup> die Epoche des höchsten Glücks zugleich wieder den Anfang des Verfalls ausmacht.

---

2) Vergl. B. III. S. 110 — 113.



## Neunzehntes Capitel.

### Macrobiotik oder Staatsklugheit der Republiken.

---

- I. Insofern sie unabhängige Grundherren sind, haben sie manche Klugheits-Regeln mit den Fürsten gemein; doch sind mehrere derselben bey einer collectiven Person theils unnöthig, theils unmöglich.
  - II. Entwicklung jener Aehnlichkeit und dieser Modificationen in Absicht auf
    1. die Successions-Ordnung und die gute Wirthschaft;
    2. die Auswahl der Beamten;
    3. das moralische Ansehen;
    4. den kriegerischen Geist. Schwierigkeiten der Kriegsführung. Nothwendigkeit und Gefährlichkeit der Dictaturen.
    5. der Streitigkeiten mit ihren Unterthanen. Kollektive Herrschaften sind fast immer unannehm. Daherige absolute Nothwendigkeit eines milden Regiments.
    6. In Absicht auf die Verhältnisse mit äußeren Fürsten. Zu Negotiationen sind die Republiken gewöhnlich ungeschickt.
- 

Alle freyen Communitäten sind Fürsten und Republiken zugleich; unabhängige Grundherren auf der einen, Gemeinden oder Genossenschaften auf der anderen Seite, und dieses doppelte Verhältniß macht auch ihre Staatsklugheit unendlich schwieriger und verwikelter. Sie läßt sich jedoch wieder auf das allgemeine Princip zurückführen, in ersterer Rücksicht die Macht, auf welche die Herrschaft gegründet ist, zu behaupten und regelmäßig auszuüben, in letzterer aber den Geist der Einigkeit und die Gleichheit der Rechte unter ihren Bürgern oder Mitgenossen möglichst aufrecht zu erhalten.

In ihrer Eigenschaft als Grundherren oder kollektive Fürsten haben also die Republiken oder freyen Communitäten manche Erhaltungsmittel mit den Patrimonialfürsten gemein; doch versteht es sich von selbst, daß die veränderte Natur des herrschenden Subjekts mancherley Modificationen hervorbringt, und die Anwendung mehrerer für Einzelherren sehr wesentlicher Regeln theils unnöthig, theils unmöglich macht. So z. B. kann hier kein Recht der Erstgeburt, keine Thronfolgs-Ordnung Platz haben. Die Genossenschaft bleibt stets die nemliche Person, sie stirbt nicht aus, theilt mithin ihr Gebiet nie unter leibliche Erben, und die Stelle der Successions-Ordnung wird durch kluge Wahlformen, und so weit es nöthig ist, durch Aufnahme neuer Bürger vertreten. — Gute, verständige Wirthschaft, ungeschwächte Benbehaltung der Territorial-Güter und der finanziellen Hülfsmittel ist den Republiken eben so sehr zu empfehlen als einem Einzelherren, ja beynabe noch mehr als letzterem, weil sie nur durch wenig fordern und viel geben die kollektive Herrschaft erträglich machen und den Neid entwaffnen können. Republiken haben auch hierin einen Vortheil vor den Fürsten, da sie, wie schon anderswo bemerkt worden, weniger Bedürfnisse, mithin auch weniger Reiz und Veranlassung zu großen Ausgaben haben, und daher im Allgemeinen selten verschwenderisch sind. Anständiges Vermögen, das für die Ausgaben hinreicht, und mittelst eines vorräthigen Noth- und Ehren-Pfennings auch irgend ein außerordentliches Bedürfnis ohne Anstrengung auszuhalten vermag, ist für ihre Existenz wie für ihr Ansehen nöthig; aber großer Reichthum eher gefährlich, theils weil er innere Verderbnis begünstigt, theils weil er den Neid benachbarter Potentaten reizt und

mancherley Zumuthungen veranlasset, denen nicht immer zu entweichen ist. Veräußerung von Domainen ist den Republiken eben so nachtheilig als den Fürsten, um so mehr als die kollektive Herrschaft, wenn sie nicht auf dem Besiz von Grundeigenthum beruht, unangenehmer als jede andere ist; was aber große und drückende Schulden betrifft, so erregen sie zwar keinen Reid, sind aber doppelt gefährlich, theils weil eine Republik weder mit Gewalt noch mit gutem Willen, so leicht als andere Fürsten, Auflagen von ihren Unterthanen erheben kann, theils weil die Mitglieder des Souverains diese Auflagen selbst bezahlen müssen, folglich für ihre Person nichts davon gewinnen, und endlich weil Schulden auf die Dauer ein schlechtes Band des Zusammenhaltens sind, eine Solidarität, von der sich jeder so bald als möglich zu befreien sucht.

Daß eine Republik treue, fähige, eifrige und durch ihr äußeres Benehmen gefällige Beamte in ihren Dienst aufnehmen, und dadurch dasjenige, was wir die Instrumental-Macht nannten, zu erhalten und zu vermehren suchen müsse, <sup>1)</sup> versteht sich abermal von selbst; es ist ihnen sogar noch nothwendiger als den Einzelherren, weil die kollektive Person bennabe gar nichts selbst thun kann. Zwar scheint die Erreichung jenes Zwecks den Republiken durch mancherley Umstände erleichtert. Sie halten überhaupt weniger Diener; sie können eher auf Treu, Uneigennützigkeit und thätigen Eifer zählen, weil die Geschäfte hier größtentheils von den Mitgliedern des Souverains besorget werden, welche die Vortheile des guten Erfolgs

---

1) B. III. Cap. 47.

mitgenießen, und daher das gemeinsame Interesse zugleich als das Ihrige betrachten.<sup>2)</sup> Aber auf der anderen Seite sind die Republiken auch in ihrer Auswahl weit mehr als die Fürsten beschränkt. Höhere Beamte dürfen sie aus politischen Gründen, die wir seiner Zeit erörtern werden, nicht außer ihrem Kreise wählen, und auch die Auswahl unter den Bürgern ist wegen dem Einfluß mächtiger Empfehlungen, fehlerhafter Wahlformen und der Gleichgültigkeit vieler Wähler selbst oft einer Art von Glücksspielen unterworfen. Die Zeichen persönlicher Liebe und Achtung, welche von Seite eines Fürsten so viel zum Diensteifer der Beamten beitragen, können von Seite einer Communität, als einer unsichtbaren Person, nicht statt finden, und ihre einzelnen Mitglieder sind oft weit entfernt, die geleisteten Dienste zu kennen und zu würdigen. Beförderungsmittel giebt es in Republiken wenige, zumal für diejenigen Beamten, welche nicht aus der Classe der Bürger genommen sind, und glänzende Belohnungen sind noch weniger möglich, theils weil hier weder Hofämter, noch Armeen, noch Titel und Orden vorhanden sind, theils weil die republikanischen Maximen ihnen stets entgegenwirken, und auch die außerordentliche Auszeichnung eines einzelnen Bürgers oder Unterthans in Republiken allerdings gefürchtet werden muß. Der Diensteifer ihrer Beamten kann also bey den Bürgern nur durch wirklichen, mit Ehre und Nutzen verbundenen auf ihre Kinder forterbenden Antheil an dem gemeinen Wesen, bey den Unterthanen aber durch sichere Fortdauer des Dienstes, durch hinreichendes, ungeschmälertes, unbeneidetes Auskommen, und, wie wir bald zeigen wer-

---

2) Vergl. oben S. 258.



den, bey den höheren Classen vorzüglich durch mögliche Aufnahm in die herrschende Genossenschaft selbst erhalten werden.

Eine Republik muß drittens allerdings auch durch den Besitz und die Aeußerung jeder Art von nützlicher Ueberlegenheit auf Behauptung des höchsten Ansehens in ihrem Land, der frenen moralischen Ehrfurcht von Seiten ihrer Unterthanen bedacht seyn; <sup>3)</sup> aber die Natur der Dinge bringt es mit sich, daß dieses Ansehen hier nicht durchaus auf den nemlichen Fundamenten, wie bey Einzelherren, beruhen kann. Denn die Communität, als eine unsichtbare Person, vermag nicht durch äußeren Glanz zu imponiren, sie hat weder prachtvolle Wohnungen, noch zahlreiche Dienerschaft, noch kostbare Tafeln; sie lebt nur in ihren Versammlungen und beschäftigt sich außer denselben mit nichts; sie geht in keine Gesellschaften, sie reitet und fährt nicht, sie treibt weder Jagd noch andere Vergnügungen. Höchstens kann sie etwa bisweilen durch einen feyerlichen Aufzug, durch eine besondere Kleidung u. s. w. ihre Existenz dem Auge der Menschen darstellen, oder durch schöne, sich vor allen Privathäusern auszeichnende öffentliche Gebäude und durch gemeinnützige, wohlbesorgte Anstalten auf ihren Reichthum, ihren Verstand und ihre guten Gesinnungen schließen lassen. Ihr Ansehen muß daher vorzüglich auf die Einigkeit ihrer Mitglieder, welche die Idee der Macht erhöht, auf verständige, kraftvolle Entschlüsse, auf regelmäßige, ehrenfeste Formen, auf eine gewisse Stabilität aller Dinge, besonders aber auf die Eigenschaften und Tugenden ihrer

---

3) Vergl. B. III. Kap. 48.

Bürger und Magistraten gegründet seyn. Eintracht unter einander, Liebe zu dem Gemeinwesen, Wohlstand oder gesichertes anständiges Auskommen, welches den Adel des Charakters und persönliche Uneigennützigkeit begünstigt, eine gewisse Ehrbarkeit in der ganzen äußeren Lebensart, die wenigstens öffentliches Vergerniß vermeidet; Arbeitsamkeit, besonders in den öffentlichen Geschäften, weil Beschwerden auch Achtung verschaffen, und niemand Mühe und Sorgen zu beneiden pflegt; endlich auch anspruchlose Bescheidenheit, welche außer der Rathsversammlung die Ueberlegenheit des Bürgers oder des Magistrats niemanden fühlen läßt, sind, wie wir noch ausführlicher zeigen werden, unter diesen Tugenden die nothwendigsten. Allein da dieselben unter einer großen Menge von Menschen nicht immer vorhanden, und weder von allen zu hoffen, noch zu erwarten sind; da im Gegentheil mit der Länge der Zeit auch unter den herrschenden Bürgern und Magistraten Neid und Zwentracht, Egoismus und Trägheit, Habsucht und Sittenverderbniß einschleichen, ja sogar beleidigender Stolz in Republiken bennabe noch häufiger als in Monarchien angetroffen wird: so ist es unvermeidlich, daß der Haß oder die Verachtung, welche einzelnen Gliedern verdienter Weise zu Theil werden, nicht einen nachtheiligen Schatten auf die ganze Genossenschaft zurückwerfen; und man sieht auch hieraus, wie schwer das Ansehen einer republikanischen, d. h. vielköpfigen Regierung in die Länge zu behaupten ist.

Für Republiken ist es ferner gleichwie für Einzelherren unentbehrlich zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit den wahren Geist des Krieges zu besitzen, d. h. zu einem gerechten und nothwendigen Kampf entschlossen und fähig

zu seyn. 4) Während der Epoche ihres Aufkeimens sind sie auch von demselben gewöhnlich in ziemlich hohem Grade beseelt. Alle Republiken fühlen sehr lebendig jede Beleidigung, die sowohl dem Gemeinwesen, als ihren Bürgern zugefügt werden mag, und durch das enge Verband, so wie durch die Gleichheit des Interesse, wird auch der Muth der Einzelnen erhöht. Daben sind sie ihrer Natur nach heftig, leidenschaftlich, und geben selten nach, weil absolute Meinungen bey einer Menge, die keine Klugheits-Rücksichten zu fassen vermag, am leichtesten Eingang finden; ihre Bürger an mittelmäßiges Glück gewöhnt, haben weniger Bedürfnisse, und halten die Beschwerden eher aus; sie verbreiten sich auch durch ihre Privatverhältnisse in alle Classen und Stände, finden dadurch, selbst bey Auswärtigen, oft viele geheime oder öffentliche Freunde, und alle diese Umstände machen die Republiken anfänglich den wechselnden Einzelherrschaften von ungefähr gleicher Macht leicht überlegen. Allein ist einst die Unabhängigkeit erkämpft und anscheinend gesichert, sind die Zeiten der Ruhe und des Genußes gekommen, so schwindet auch jene Kraft, 5) und wenn auf der einen Seite allzulanger Friede den Gemeingeist tödtet, und die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens weniger fühlen läßt, 6) mithin auch für Republiken ein schleichendes Gift ausmacht, so ist ihnen auf der anderen Seite jede Kriegsführung gefährlich, oft sogar unmöglich, und ausgedehnte, zur Erhaltung der Unabhängigkeit nicht nothwendige Kriege, selbst wenn sie mit Erfolg begleitet

---

4) B. III. Kap. 49.

5) Vergl. oben S. 265.

6) Siehe oben S. 295.



wären, führen unvermeidlich ihren inneren Untergang herben. Stehende Truppen dürfen sie entweder gar nicht oder nur in sehr beschränktem Maße halten: denn da die Genossenschaft selbst die Armee nicht commandiren, noch die ernannten Befehlshaber so leicht wie ein Einzelherr beaufsichtigen, abändern oder in den Schranken ihrer Pflicht erhalten kann: so werfen sich diese Befehlshaber früher oder später allemal zu Herren der Republik selbst auf. Uebrigens sind zahlreiche Versammlungen zu zweckmäßigen Beschlüssen über die Entscheidung und oberste Leitung eines Krieges durchaus nicht geeignet. Ihr erstes und wesentliches Inkonvenient ist schon das, daß sie versammelt werden müssen, folglich oft in den wichtigsten Augenblicken nicht gegenwärtig sind, und daß ihr Wille nur durch langsame und schwerfällige Formen erkannt werden kann, so daß man oft berathschlaget, während man handeln sollte, und Hannibal vor den Thoren ist. Es schleicht sich in solchen Versammlungen, zumal bey so wichtigen Gegenständen, leicht eine verderbliche, alles lähmende Zwentracht ein, die auch bey so vielen verschiedenen Köpfen und Ansichten nicht zu vermeiden ist; die Geheimhaltung der wichtigsten Dinge und beschlossenen Maßregeln wird schlechterdings unmöglich; es fehlt von oben die Kraft, die Schnelligkeit, die Consequenz der Beschlüsse, von unten aber gewöhnlich die Disciplin, da gleich berechnigte Bürger sich selten an vollkommenen Gehorsam gewöhnen, und nur zu oft sich wesentliche Abweichungen ungestraft erlauben können. Des wichtigen, obgleich wenig bemerkten Umstands nur nicht zu erwähnen, daß während und sogar vor dem Ausbruch eines Krieges, gerade die meisten oder doch die besten und kraftvollsten Bürger und Magistraten jeder wahren Republik,



selbst als Ober- und Unter-Befehlshaber bey der Armee oder ihren Verwaltungen angestellt sind, folglich den Raths-Versammlungen nicht beywohnen können, mithin die wichtigsten Beschlüsse einer Minorität überlassen müssen, deren Mitglieder vielleicht nicht die fähigsten noch die entschlossensten sind, oder auch in anderer Rücksicht nicht des allgemeinen Zutrauens genießen, und unter denen überdies abermal nur die bloße Mehrheit gilt. 7) Daher bleibt den Republiken zu zweckmäßiger Führung innerer oder äußerer Kriege kein anderes Mittel übrig, als temporäre Dictaturen von einzelnen oder wenigen Personen einzuführen; es zeigt sich schon hier wieder das Inkonvenient jeder kollektiven Person, daß sie in eben dem Augenblick, wo sie um ihre Freyheit kämpft, selbst keine Freyheit mehr besitzt, oder ausüben kann, sondern sich einer inneren Gewalt von Einzelnen unterwerfen, und es oft bloß von derselben guten Willen erwarten muß, ob sie diese Gewalt wieder abtreten und an die Communität

---

7) Dieses ist z. B. im Februar 1798 zu Bern während dem Krieg gegen die Franzosen, so wie bey der famösen Abdication der Fall gewesen, und mag auch wohl in andern Republiken eingetroffen seyn. Der Grundsatz *absentes consentire videntur* kann hier nicht angewendet werden; denn die bey der Armee Angestellten sind nicht freywillig abwesend; sie wurden nicht zu der Versammlung einberufen, es hieng nicht von ihnen ab, ob sie beywohnen wollten oder nicht; sie können nicht zweyerley Pflichten zu gleicher Zeit erfüllen. In diesem wesentlichen Inkonvenient liegt auch ein Hauptgrund zur Einführung von Dictaturen: denn am Ende ist eine von der ganzen souverainen Versammlung frey gewählte Dictatur doch besser als eine zufällige, die nur aus der Majorität einer überbleibenden, trägen oder unwissenden Menge besteht, und daher zu solchem Geschäft gewöhnlich am allerwenigsten geeignet ist.

zurückgeben wollen. Dergleichen Dictaturen werden bisweilen, wie in Rom, <sup>8)</sup> bald mit bald ohne Vorbehalt, förmlich ernannt; oft aber bilden sie sich gleichsam von selbst durch das allgemeine Gefühl ihrer Nothwendigkeit, und durch das begründete oder unbegründete Zutrauen gegen einzelne, ohnehin an der Spitze befindliche Personen. Allein ohne einen hohen Grad von Gewissenhaftigkeit und republikanischer Tugend werden diese Dictatoren der Republik allemal gefährlich, und es ist äußerst schwer zu hindern, daß sie ihre Gewalt nicht missbrauchen, oder auch nach vorübergegangener Gefahr nicht ferner behalten. Bestehen sie aus Collegien von wenigen Personen, so zeigen sich im Kleinen die nemlichen Inkonveniente wie bey den Rathsversammlungen im Großen; diese Collegien sind nicht immer versammelt, ihre Beschlüsse sind weder geheim, noch schnell, noch consequent genug; es entstehen aus ihnen Heils-Ausschüsse, die lauter Unheil hervorbringen, Pentarchate und Triumvirate, deren Mitglieder vorerst die Republik unterdrücken, sodann sich unter einander selbst entzweyen, bis daß ein Einzelner über alle empormächst, die lästigen Collegien ausstößt, sich zum alleinigen Herren aufwirft, und wegen dem Charakter einer doppelten Usurpation diese Herrschaft entweder gar nicht, oder nur durch fortgesetzte Tyrannen behaupten kann. Wird aber ein einzelner Bürger mit dictatorischer Gewalt ausgerüstet, und ist dazu noch gegen innere oder äußere Feinde siegreich gewesen: so kann er selten oder nie wieder zur republikanischen

---

8) In Rom wurden die Dictatoren von den Consuln ernannt, doch auf Empfehlung des Senats, und nur auf sechs Monate.

Gesinnung zurückgebracht werden; gleichwie er sich wäh- rend der Dictatur an militärische Herrschaft gewöhnt, so gewöhnen sich seine Untergebenen an freiwillige Dienst- barkeit, welche dann noch mit dankbarer Gesinnung be- schönigt wird; man liebt zuletzt das sichtbare Oberhaupt mehr als das unsichtbare Gemeinwesen, und aus dem Dictator wird, wenn auch unter sanfteren Formen, frü- her oder später allemal ein Fürst, wie wir dieses schon anderswo gezeigt, und mit der Geschichte fast aller Re- publikken bestätigt haben.<sup>9)</sup> Wenn also eine Republik unter zwey Uebeln das geringere wählen, und zu Füh- rung eines nothwendigen Krieges ihre Gewalt irgend ei- ner Dictatur überlassen muß: so ist es vorerst sehr zwek- mäßig, diese Dictatur förmlich zu ernennen, auf daß die außerordentliche Gewalt offenbar von der Com- munität herkomme, und die Regel selbst noch durch die Ausnahme bestätigt werde. Eine solche durch förmlichen Beschluß eingeführte Dictatur ist schon besser ausgewählt, und dabey viel weniger gefährlich als diejenige, welche oft durch blindes Zutrauen, oder durch Trägheit und Furchtsamkeit der Bürger unvermerkt von selbst ein- schleicht, bereits eine Art von Usurpation in sich faßt, für die Zukunft zum Beyspiel dient, und es stillschwei- gend zur Regel werden läßt, daß von einzelnen Indivi- duen oder Collegien alle Geseze und Formen mit Füßen getreten werden können. Zwentens ist es allemal vor- theilhaft, diese dictatorische Gewalt nur einem einzel- nen Magistrat zu übertragen, insofern bey der Auswahl auf seine Gewissenhaftigkeit und republikanische Gesinnung mehr noch als auf seine Talente Rücksicht genommen wird.

---

9) Vergl. oben S. 289 — 290



Nicht allein wird dadurch der Hauptzweck jeder Dictatur, nemlich die Geheimhaltung, die Schnelligkeit und Consequenz der Beschlüsse viel besser erreicht, sondern es ist auch im Allgemeinen dabei weniger Usurpation zu besorgen. Denn obgleich Heroen der Tugend überall selten sind, so ist doch mittelmäßige Redlichkeit bey den Menschen vorauszusetzen. Ein solch außerordentliches, regelmäßig ertheiltes Zutrauen rührt das Herz, bringt gegenseitige gute Gesinnungen hervor, und wo nicht eine ungezügelter Herrschsucht in dem Gemüthe wohnt (die denn schon bey der Wahl hätte vorausgesehen werden sollen), so wird der ernannte Dictator durch eine Art von Ehrenzwang gehindert, seine Gewalt zu mißbrauchen. Dabei steht er doch etwas isolirter, und kann sich nicht alles zu Feinden machen, er muß mehr das Urtheil seiner Mitbürger schonen, als vereinte Collegen, die einerseits dem Zweck nicht entsprechen, anderseits sich wechselseitig mit ihrem Anhang unterstützen, dadurch die Gewissens-Scrupel der Einzelnen heben, und entweder bloß einem sich de facto aufdringenden Dictator ihren Namen leihen, oder zuletzt allemal in zerstörende Factionen ausarten. Drittens ist es auch der Klugheit angemessen, jene Dictatur nur auf eine gewisse Zeit, die allenfalls verlängert werden kann, zu bestimmen, damit jedermann den Zeitpunkt voraussehe, wo die natürliche Ordnung zurückkehren solle, und eine allfällige Usurpation desto auffallender werde, mithin auch leichter zu hindern sey. Eine solch temporäre Dictatur erweckt erstlich weniger Neid, und sie wird auch viel eher wieder abgegeben, als diejenige, welche durch Herrschsucht der einen und Trägheit der anderen unvermerkt einschleicht, keinen bestimmten Anfang hat, und daher auch gewöhnlich kein Ende



nimmt. Endlich sollte auch von vorsichtigen Republiken, selbst eine dictatorische Gewalt nie ganz unbeschränkt ertheilt werden, sondern nur in so weit, als es zu Erreichung ihres Zweckes nöthig ist. So z. B. hat es gar keine Schwierigkeit in allen Dingen, die nicht auf den Krieg Bezug haben, den gewöhnlichen Geschäftsgang fortbestehen zu lassen, damit die Rückkehr der regelmäßigen Ordnung desto leichter sey, und auch in Rücksicht auf den Krieg selbst, doch einige Befugnisse, welche leicht ausgeübt werden können, und zugleich das Privat-Eigenthum aller Bürger berühren, wie z. B. die Maßregeln zur Lieferung von Mannschaft und Geld, ferner die Ratifikation der Verträge u. s. w. der Communität oder ihren Stellvertretern vorzubehalten, damit ihre Rechte nie ganz veräußert noch vergessen werden, und ihr stets einige Mittel verbleiben, solche nöthigen Falls wieder an sich zu ziehen. Durch diese und ähnliche Vorsorgen können auch von Republiken bedeutende Kriege glücklich geführt, und zugleich die Inkonveniente der Dictaturen einigermaßen gehindert oder erschwert werden. Da sie aber gleichwohl immerhin gefährlich sind, so wird die wahre, naturgemäße Klugheit der Republiken allemal darin bestehen, einerseits zwar die kriegerischen Tugenden und Fertigkeiten unter ihren Bürgern möglichst zu erhalten, um wider gewöhnliche innere und äußere Gefahren entschlossen und fähig zu seyn, wozu dann gymnastische Spiele in der Jugend, periodische Waffenübungen und Musterungen, wie auch die beynahe in allen Communitäten üblich gewesenen Schützen- und Bogenschützen-Gesellschaften sehr zweckmäßig sind, weil sie den Körper abhärten, das Gefühl der Kraft erhöhen; anderseits aber bleibt es eine Hauptregel, besonders der kleineren Repub-

lifen, bedeutende Streitigkeiten mit größeren Mächten zu vermeiden, und ohne Noth auch nicht an fremden Händeln Theil zu nehmen, ihre eigenen Ansprüche zu mäßigen, und nicht überall erscheinen zu wollen, sich mit einem beschränkten, durchaus rechtmäßig erworbenen Gebiet zu begnügen (welches weit mehr als man glaubt zu dessen Erhaltung beiträgt), durch ein gerechtes, bescheidenes und freundliches Betragen sich hinwieder Freunde zu machen, und überhaupt die allgemeine Achtung zu erwerben, auf daß, wenn auch einzelne Potentaten ungünstige Gesinnungen hätten, die Existenz und Unabhängigkeit der Republik dennoch durch den guten Willen der übrigen und durch ihre wechselseitige Eifersucht unter einander gerettet werden möge.

Wie schon im 18ten Capitel bemerkt worden, so sind innere Streitigkeiten und Kriege mit ihren eigenen Unterthanen den Republikern noch viel gefährlicher als den Einzelherren, theils weil die Insurgenten durch ihre Privat-Verbindungen oder durch den Schein ihrer Beschwerden selbst, leicht eine Partey unter den herrschenden Bürgern selbst gewinnen, mithin in dem Rathe selbst Zwietracht veranlassen, theils weil sie meist äußere Einmischung nach sich ziehen, das Ansehen der Republik erschüttern, und fremde Usurpationen begünstigen, theils endlich weil alle Communitäten, als kollektive Personen, gewöhnlich viel heftiger, leidenschaftlicher, in Nebendingen, welche Privat-Interessen berühren, hartnäckig, in den Hauptpunkten, welche die ganze Republik angehen, oft nur zu gleichgültig, und daher weit weniger als Einzelherren geeignet sind, nach erfochtenen Siegen die gewesenen Feinde wieder zu Freunden zu machen, und den

Frieden auch in den Gemüthern herzustellen. Entstehen also dergleichen Kriege, so ist es frenlich auch nöthig, die Uebermacht der Republik sichtbar darzustellen, welches viel zur Erhaltung des Ansehens beiträgt, und selbst die Zufriedenheit der Treugebliebenen befestigt. Mit Hülfe dieser letzteren müssen die Insurgenten durch entschlossene, nachdrückliche Maßregeln schnell besiegt, durch das Gefühl ihrer Schwäche zum Gehorsam oder zu billigem Vergleich zurückgeführt werden, und nachher hat die Weisheit dafür zu sorgen, daß mittelst eines gerechten und freundlichen Betragens der Grund des Uebels gehoben, und seiner Rückkehr vorgebeugt werde. Allein da eine Republik nicht ausstirbt, und keinen Nachfolger mit anderen Gesinnungen hat, sondern stets die nemlichen Maximen beibehält, folglich zu flugen Separat-Verträgen und verständigen Auskunfts-Mitteln immerhin ungelentig ist, so bleibt in solchen Fällen stets ein geheimer Groll, ein wechselseitiges Mißtrauen oder eine Art von Entfremdung in den Gemüthern zurück. Dagegen sind aber dergleichen innere Streitigkeiten und Kriege sehr leicht zu vermeiden. Jede Verschwörung, jeder bewaffnete Widerstand von Seite beleidigter Unterthanen ist schon an und für sich äußerst schwierig, und wenn die Republiken sich nur allgemeiner Bedrückungen und unnöthiger Quälereien enthalten, die Gewohnheiten und erworbenen Privat-Rechte aller Classen des Volks ehren und schützen, überhaupt nicht von dem bösen Geiste allzuvieler Regiereren besessen sind, sondern Gott und andere Menschen auch etwas regieren lassen: <sup>10)</sup> so können sie im Allgemeinen leicht auf Fortdauer der inneren Ruhe zäh-

---

10) Vergl. B. III. S. 114 — 112.



ten, und eben dieses wird auch von der ganzen Geschichte bestätigt.

Ein gerechtes und mildes Regiment ist ja doch den Republiken in viel höherem Grade als den Einzelherren nothwendig, ja sogar zu ihrer Erhaltung unentbehrlich, und es verdient dieser wichtige Satz hier etwas näher beleuchtet zu werden. Die kollektive Herrschaft ist zwar auch mit Vortheilen verbunden, weil alles in der Welt sich compensirt; sie ist nie minderjährig, und wird nicht alt, sie macht selten Neuerungen, und fordert gewöhnlich wenig oder keine Auflagen; sie hat aber auf der andern Seite ihre großen Nachtheile, die in der Natur der Dinge liegen, und eben deswegen unvermeidlich sind. Unter diesen Nachtheilen ist der wesentliche der, daß eine Republik, selbst bey dem gerechtesten und gütigsten Gebrauch ihrer Macht niemals geeignet ist, die Liebe und Anhänglichkeit ihrer Unterthanen so sehr an sich zu knüpfen, als wie ein glänzendes, über alle hervorragendes Fürstliches Haus, oder als der Besitzer eines Throns, der sich durch edle und angenehme persönliche Eigenschaften bekannt und beliebt macht. Zwar sind die ärmeren und zahlreicheren Classen nicht ihre Feinde, und die Geschichte der neueren Zeiten hat bewiesen, daß dieselben ihrer republikanischen Obrigkeit auch im Unglück und in Gefahren treu und anhängig verblieben sind. Diese Classen werden vom Ehrgeiz nicht geplaget, und ihr Bedürfniß läßt sie fühlen, daß sie stets einen Oberen haben müssen, und also doch nie die ersten seyn können; sie lieben daher, wie sie sich oft sehr naiv ausdrückten, mehr die rechtmäßigen als die unrechtmäßigen, mehr die alten und bekannten als die neuen Herren, mehr diejenigen die bereits vornehm, d. h.



mit Ehre und Gütern gesättiget sind, als diejenigen, die erst vornehm werden wollen. Aber fast alle angesehenen, begüterten, gebildeten, sich einer eigenen Existenz bewußten Unterthanen einer Republik, nähren beynabe beständig eine geheime Unzufriedenheit, selbst wenn sie sich sonst über nichts zu beklagen haben, und der Grund davon liegt einzig und allein darin, daß sie sich den herrschenden gleich achten.<sup>11)</sup> Zwar beruht auch ihre Abhängigkeit auf natürlichen, wechselseitig nützlichen Verhältnissen, und sie sind im Grunde nicht den einzelnen Bürgern oder Magistraten, sondern nur der ganzen Corporation unterworfen, die allerdings mächtiger ist als sie.<sup>12)</sup> Allein diese Corporation fällt nicht in die Augen, und in ihren Mitgliedern sehen die Ersten des Landes nur Individuen um sich, die ihnen an persönlichem Ansehen und äußeren Glücksgütern nicht überlegen, ja sogar oft nicht einmal gleich sind. Dadurch wird insgeheim die Ehrliche beleidet nach dem allgemeinen Naturgesetz, daß jeder nur den Mächtigeren, oder von ihm für mächtiger gehaltenen gern über sich sieht.<sup>13)</sup> Unben kann man wohl einen einzelnen, aber nicht eine ganze Menge von Menschen lieben; unter der großen Anzahl finden sich immer welche, die diese Gesinnung eher zu schwächen als zu erwecken geeignet sind, und in solchen Fällen schließt man gar zu leicht von dem Einzelnen auf das Ganze. Uebrigens hat auch der Ehrgeiz der Unterthanen in Republiken allerdings viel weniger Spielraum, als in Monarchien, und

---

11) Vergl. hierüber meine Gesch. des östreich. Feldzugs in der Schweiz. S. 214 ff. Note, und S. 368

12) Vergl. oben S. 260.

13) Vergl. B. I. S. 366 – 368.

Kann daher fast nie befriediget werden. Wie schon oft angeführt worden, so haben die Republiken weder Hofämter, noch Armeen, noch Orden und Titel, und weil der Landesherr aus einer Communität von vielen besteht: so werden die ehrenvollsten und einträglichsten Staatsämter von den freien oder herrschenden Bürgern selbst bekleidet. Ohnehin geht in Republiken alles sehr bescheiden zu, und für ihre Unterthanen bleiben beynabe keine Mittel zu Belohnungen oder Beförderungen übrig; sie müssen sich meist mit untergeordneten Lokal-Bedienungen, mit einträglichen Privat-Gewerben und mit dem Genuß erworbnen Reichthümer begnügen; Ehre und Ruhm, ja selbst höheres Vermögen können sie beynabe nur im Auslande suchen, wo sie dann, einzelne Ausnahmen abgerechnet, meist natürliche Feinde ihres rechtmäßigen Landesherrn sind, und selbst bey gebildeten Classen oft die verkehrtesten Begriffe über die Verfassung ihres Vaterlandes verbreiten. <sup>14)</sup> Aus diesen in der Natur der Sache liegenden Gründen ist es also zu erklären, warum die Kollektiven oder republikanischen Herrschaften dem angesehensten und wohlhabensten Theil der Unterthanen immerhin unangenehm sind, und selbst bey dem Mangel an reellen Beschwerden, bey allem Schein von äußerem Frie-

---

14) In neueren Zeiten können der gewesene Waadtländische Advokat Labarpe, sein Vetter der französische Revolutions-General gleichen Namens, und so viele andere zum Beispiel dienen. Was die vielen Genferschen und Waadtländischen Gouverneurs und Gouvernantes, Lektoren, Leibärzte u. s. w. den Schweizerischen Regierungen im Auslande geschadet, und wie sehr sie die Begriffe, selbst von Staatsmännern, über die Natur der Verfassung verwirret haben, übersteigt allen Glauben.

den, doch zwischen beiden stets ein unfreundliches Verhältniß, eine innere Entfremdung der Gemüther besteht. Die scharfsinnigsten Schriftsteller haben dieses wahrgenommen, <sup>15)</sup> und es wird auch durch die Geschichte fast aller Republiken ohne Ausnahme bestätigt. Man weiß, wie unangenehm die Oberherrschaft der Griechischen Städte von Sparta, Athen u. s. w. den verschiedenen Einwohnern ihres Gebiets gewesen. <sup>16)</sup> Ähnliche Unzufriedenheit muß wenigstens zum Theil auch gegen Carthago's Herrschaft in den Sizilianischen Städten bestanden haben, da die Römer in denselben so vielen Anhang fanden, ohne daß man eben von besonderen Unterdrückungen reden hörte. Wie viel hatte nicht Rom selbst mit seinen eigenen Unterthanen zu kämpfen; die Herrschaft dieses gepriesenen Volks war einmal nichts weniger als beliebt. Welche Feindschaft bestand nicht zwischen Genua und den Corsikanern, vorzüglich deswegen weil die Genueser fast alle öffentliche Stellen bekleideten! <sup>17)</sup> Man kann nicht läugnen, daß bey aller Milde der Venetianischen, <sup>18)</sup> der Genuesischen Regierung und derjenigen der

15) Montesquieu redet bereits davon, jedoch in zu harten, allgemeinen Ausdrücken, und ohne den wahren Grund davon anzuführen. *Esprit des loix*. L. X. Ch. 7. 8. Auch Hr. von Real sagt: „Die beste Regierung vermindert in dem aristokratischen Regiment den Verdruss nicht, von derselben ausgeschlossen zu seyn.“ *Staatskunst* B. I. S. 376.

16) Vergl. *Heeren Staaten des Alterthums*. 1817. S. 168.

17) Siehe hierüber v. Real *Staatskunst*. B. II. S. 637 ff., wo diese Geschichten sehr vollständig beschrieben sind.

18) Guicciardini giebt ihr hierüber schon 1509. ein sehr vortheilhaftes Zeugniß. Siehe auch v. Müller *Schweizers*



Schweizer'schen Städte und Länder, dennoch bey den Einwohnern ihres Gebiets stets eine geheime Abneigung und Unzufriedenheit geherrscht hat, welche schlechterdings durch nichts anderes als durch Neid und gekränkten Ehrgeiz erklärt werden kann. Daher sind auch die herrschenden Demokratien gewöhnlich noch verhafter als die sogenannten Aristokratien, indem die Mitglieder von jenen sich weniger als diese durch Geburt, Wohlstand, edle Gesinnungen und Berufsarten auszeichnen, folglich der Abstand zwischen ihnen und ihren Unterthanen gar nicht bemerkbar ist.<sup>19)</sup> Die Magistraten der souverainen Republiken müssen sich also über die persönliche Zuneigung ihrer Unterthanen keine gefährliche Illusion machen, und den Schmeichelern nicht trauen, die

---

Gesch. III. S. 290. Die neuesten Werke über die Zerstörung dieser Republik haben es noch mehr bestätigt.

- 19) Aus diesem Grund gieng auch schon in älteren Zeiten Wesen und Eschenthal für die verbündeten Eidgenossen verlobren. In der neueren Schweizer-Geschichte liefern die gespannten Verhältnisse zwischen Veltlin und Graubünden, Unter-Wallis und dem Ober-Wallis, der gemeinen Herrschaften gegen die demokratischen Cantone u. s. w. die Belege dazu. Auch die Unterthanen der handelnden und halb demokratischen Städte Zürich, Basel, Schaffhausen waren im Grund unzufriedener als die mehr aristokratischen Städte Bern, Frenburg, Solothurn u. s. w., obgleich die Regierung der ersteren gewiß eben so milde, und in äußeren Formen viel populärer war als die der letzteren. Im Canton Bern herrschte der revolutionäre Geist vorzüglich in dem Waadtlande gerade wegen der großen Menge der dort wohnenden reichen und angesehenen, mithin auch ehrgeizigen Personen; denn sonst war es in allen seinen Verhältnissen gegen die souveraine Stadt unendlich freyer als der deutsche Theil des Cantons, und überhaupt eines der blühendsten Länder auf dem Erdboden.



der Natur des menschlichen Gemüths zuwider sind. Die wahre Klugheit erfordert hier, wie in allen Dingen, das Verhältniß einzusehen wie es ist, und nach demselben sein Benehmen einzurichten, den natürlichen Neid der Untergebenen nicht zu verkennen, sondern ihn eher vorauszusetzen, aber demselben durch andere Vortheile entgegenzuwirken, damit er wenigstens unschädlich gemacht, und nicht zum Ausbruch gereizt werde. Auf Liebe und freudige Aufopferung läßt sich einmal für eine kollektive Herrschaft nicht zählen, wohl aber theils auf Hochachtung und Ehrfurcht für ihre Rechte, theils auf die Anhänglichkeit der Unterthanen an ihr eigenes Glück unter einem gerechten und milden Regiment. Letztere herrschte offenbar in allen heut zu Tage zerstörten Republiken, und man hat davon selbst in den Zeiten ihres Unglücks die rührendsten Beweise gesehen; ja es sind darüber selbst ihren bittersten Feinden die merkwürdigsten Zeugnisse entfallen. Das Gefühl der Pflicht und Gerechtigkeit aber, welches noch viel wichtiger ist, würde ebenfalls geherrscht haben, wenn die revolutionären Irrthümer, nach welchen man alle Fürsten und herrschende Republiken für Usurpatoren oder Privilegirte ausgab, weniger in den Köpfen verbreitet gewesen wären, und man dagegen die wahren, aus der Natur der Dinge und der mit ihr übereinstimmenden Erfahrung hergeholten staatsrechtlichen Grundsätze, theils in wissenschaftlicher Form, theils in dem Gewand der Geschichte, mehr in die Gemüther zu pflanzen gesucht hätte. Dennoch müssen die Inkonveniente jeder kollektiven Herrschaft durch andere Vortheile ersetzt und aufgewogen werden. Außer der möglichen Erwerbung des Bürgerrechts, d. h. der Aufnahme in die souveraine Genossenschaft, von der wir bald mehr reden wer-

den, sind daher rechtliches und wohlauständiges, mit nützlichen Fähigkeiten und Kenntnissen begleitetes Betragen von Seite der Bürger und Magistraten; Mäßigung und Milde, die gar wohl mit Würde und Charakterstärke bestehen können; Bescheidenheit nicht nur im Innern, sondern auch vorzüglich gegen das Ausland, Achtung für alle Privat- und Corporations-Rechte, Heilighaltung der Verträge und Versprechungen, und mittelst derselben eine gewisse Stabilität aller Dinge, welche die Ruhe und das Zutrauen befördert, auch den Republiken als einer unsterblichen Person besonders angemessen ist; regelmäßige schützende Formen, welche dem Gang der Geschäfte keineswegs schaden, sondern eher nützen, und im Nothfall doch einzelne Ausnahmen zulassen; edelmüthige, unparteiische Justiz, strenge Disciplin besonders gegen die Mitglieder der Republik oder ihrer Räthe, auf daß die ganze Corporation stets ehrwürdig bleibe, wenn auch ihre einzelnen Mitglieder nicht tadellos sind; Abwesenheit von drückenden Auflagen, edle Freygebigkeit, Hospitalität gegen Fremde, Abwesenheit aller Plakereien gegen dieselben, auf daß sie sich hier etwas freyer fühlen, und günstige Gesinnungen in ihr Vaterland zurückbringen; alles das ist den herrschenden Republiken zur Behauptung des inneren Friedens weit unentbehrlicher als den Monarchien. Diese freundlichen Tugenden müssen den Neid entwaffnen, dem die kollektive Herrschaft mehr als alle anderen ausgesetzt ist, es muß mit einem Wort die unsichtbare Corporation stets als begüterter, billiger Grundeigenthümer, Vater und Wohltäter erscheinen, und wenn dabei noch ihre Angehörigen über den Ursprung und die wahre Natur des bestehenden Verhältnisses belehrt sind, auch den Ehrgeizigeren durch mögliche Auf-

nahm in das Bürgerrecht wenigstens eine Thür geöffnet ist: so sehe ich keinen Grund, warum nicht auch unter einer kollektiven Regierung allgemeine und fortdauernde Zufriedenheit bestehen könnte. Außer dem ist aber ein gerechtes und mildes Regiment den Republiken auch deswegen nothwendiger, weil Gewaltthätigkeiten und despotische Behandlung von ihrer Seite weit unerträglicher, als von Fürsten erscheinen würden. Ihre Beleidigungen sind empfindlicher, weil sie von Vielen kommen und nicht so leicht wieder gut gemacht werden können; auch werden sie gewöhnlicher Weise ungleich strenger als die der Einzelherren beurtheilt, theils weil hier der Abstand zwischen den Herrschenden und den Untergebenen nicht so groß ist, und der Neid jeden Vorwand zum Tadel ergreift, theils weil die Fehler selbst nicht, wie bey einem Einzelherren, den Dienern oder Ministern aufgebürdet, und, wenigstens dem äußeren Schein nach, wegen den festgesetzten Deliberations-Formen auch nicht der Ueber-eilung zugeschrieben werden können. 20)

---

20) Zwar ist dieses Urtheil unrichtig, und man sollte auch gegen die Versehen der Republiken billig und nachsichtig seyn, wenn man die Inkonveniente jeder großen und kleinen Versammlung, die mannigfaltigen fehlerhaften Deliberations-Formen, von denen wir bald mehr reden werden, die Schwierigkeit einen allgemeinen Willen herauszubringen, den Einfluß mächtiger Optimaten, sophistischer Beredsamkeit u. s. w. in Betrachtung zieht. Diese Umstände legen oft dem Sieg des Guten und Wahren mehr Hindernisse in den Weg, als die Leidenschaften eines einzelnen Menschen es in Fürstenthümern thun können, und es begegnet sehr oft, daß in republikanischen Versammlungen zuletzt aus Mißverstand oder Ermüdung etwas dekretirt wird, was im Grund kein einzelnes Mitglied gewollt hat.



Bei aller inneren Sicherheit und Zufriedenheit kann aber auch eine Republik ohne gute Freunde und günstige nachbarliche Verhältnisse nicht bestehen. Auch sie muß solche Verbindungen anzuknüpfen, solche Verträge zu schließen trachten, welche die Unabhängigkeit erleichtern, und zur Abwendung künftiger Gefahren geeignet sind; <sup>21)</sup> aber dieser Theil der Politik ist für die Republiken der schwierigste, und wird auch von ihnen gewöhnlich am meisten vernachlässiget. Durch Heirathen und Blutsverwandtschaften sind sie an niemand geknüpft, und als bloße Communitäten haben sie auch wenig Freunde. Zu Negotiationen sind sie überhaupt noch weniger als zu Kriegen geeignet, theils weil in großen Versammlungen nichts geheim bleiben kann, theils weil die Menge die wesentlichen Verhältnisse und Umstände nicht einsieht, in unbedeutenden Dingen hartnäckig, in wichtigen oft nur zu nachgiebig ist, und endlich weil Republikaner, die sich gewöhnlich in mittelmäßigen Vermögens-Umständen befinden, und deren Privat-Interesse oft dem gemeinsamen entgegengesetzt ist, leichter als andere, bald durch geheime Bestechungen, bald durch nicht minder gefährliche äußere Ehrenbezeugungen von Ordensbändern, Titeln, schmeichelhaften Geschenken u. s. w. von ihren Gegnern gewonnen werden können. <sup>22)</sup> Denn man muß nicht glauben, daß Republikaner für solche Dinge nicht empfänglich seyen; es liebt im Gegentheil jeder Mensch gerade dasjenige am meisten, was er nicht besitzt. Daben bringen die republikanischen Sitten und das ausschließende

---

21) B. III. Cap. 51.

22) Siehe hierüber, was Joh. von Müller in seiner Schweizer-Gesch. sagt. B. III. S. 221.



Leben mit seines gleichen, leicht etwas steifes und unbiegsames in dem Charakter hervor, was die Gesandten der Republiken zu Negotiationen ebenfalls ungeschickt macht. Aus Mangel an Welt- und Menschenkenntniß thun sie in ihren Verhältnissen gegen Fürsten und deren Umgebungen bald zu viel, und bald wieder zu wenig, machen sich im ersteren Falle lächerlich, im anderen verhaßt. Dazu werden, um die Corporation zu repräsentiren, gewöhnlich noch zwei oder mehrere Gesandte geschickt, denen man sich weniger eröffnet, und von denen der eine den anderen lähmt. Höheres Zutrauen an einzelne, mit solchem Geschäft beauftragte, wohlausgewählte Personen, eine Art von diplomatischer Dictatur, die sich ihre Instructionen selbst zu schaffen weiß, und im Bewußtseyn erfüllter Pflicht die Verantwortung nicht scheut, ist hier ebenfalls nothwendig, und dann ersetzen Geduld und Vaterlandsliebe oft den Mangel an Geschmeidigkeit. — Verbindungen mit ihres gleichen, d. h. mit anderen freyen Communitäten unter Benbehaltung der eigenen Unabhängigkeit, sind den Republiken am meisten zu empfehlen, und daher auch zu jeder Zeit unter ihnen üblich gewesen. Sie dienen wenigstens zur Erhöhung des Selbstvertrauens, zu Befestigung des Ansehens im Inneren des Landes, und wenn sie auch gegen äußere Potentaten nicht so viel nützen, als man glaubt, indem oft über den casus foederis disputirt wird, und zwischen allen Verbündeten leicht Eifersucht, Langsamkeit und Uneinigkeit einschleicht: so bewirken sie doch eine gewisse Achtung, weil selbst der Mächtigere es nicht gern mit vielen auf einmal zu thun hat, und sich oft den Widerstand viel größer vorstellt, als er in der That seyn dürfte. Auch Schutz- und Schirmverträge mit schwächeren Herren,

Communitäten und Landschaften, unter mancherley Formen und Benennungen <sup>23)</sup> von Bündnissen, Bürger- und Land-Rechten, Kastvogteyen, Durchmarsch-, Besetzungs-, Zuzugs-Rechten u. s. w. können den Republicken sehr nützlich werden; denn zieht man auch von solch ungleich Verbündeten keine direkten Einkünfte, und regiert ihre innere Angelegenheiten nicht: so vermehren sie dennoch das Ansehen, sie werden im Ausland als Unterthanen gerechnet, und man vermag mit ihrer Hülfe die eigene Unabhängigkeit desto besser zu vertheidigen. Wiewohl ein bescheidenes, friedliches Betragen den Republicken wohlansständig ist, und sie wohl thun, sich nicht ohne Noth in fremde Händel zu mischen: so ist doch eine gänzliche Neutralität in Kriegen zwischen benachbarten Staaten auch ihnen gefährlich, weil sie dadurch alle Freunde verlieren, und sich gegen die Feinde doch nicht schützen, sondern zuletzt allemal die Beute des Siegers werden. Treten sie auch nicht mit großen Armeen auf, und werden nicht unter die Hauptmächte gezählt, so können sie doch auf mancherley Art Hülfs und Vorschub leisten, so daß sie sich dadurch bey dem Freunde Dankbarkeit, bey dem Feinde wenigstens Achtung erwerben, und ihr Interesse auch bey dem Frieden berücksichtigt wird. Aber beständige Schutz- und Trutz-Bündnisse mit benachbarten mächtigen Potentaten müssen die Republicken möglichst vermeiden, weil dieselben nur gefährliche Sorglosigkeit pflanzen, zur Vernachlässigung aller nützlichen Verbindungen führen, und zuletzt unvermeidlich in eine Oberherrschaft des stärkeren Theils ausarten. <sup>24)</sup> Ist endlich die rela-

---

23) B. II. S. 588 ff. Siehe auch, was schon oben S. 235 darüber gesagt worden.

24) Vergl. B. III. S. 149—151.

tive Macht verloren, und durch ganz veränderte nachbarliche Verhältnisse die volle Unabhängigkeit nicht mehr zu behaupten möglich: so wäre es auch für Republiken thöricht, mit derselben noch ferner groß zu thun, und auf Rechte zu pochen, die man doch nicht mehr ausüben kann; <sup>25)</sup> sondern die wahre Klugheit erfordert in solchem Fall, sich in die Gesetze der Natur zu fügen, durch bescheidenes, gefälliges Betragen sich die Uebermacht günstig zu machen, in Collisionen nachzugeben, und gleichsam durch seine Verborgenheit wenigstens Existenz, Freiheit und Eigenthum zu retten, bis daß durch günstigere Verhältnisse ein höherer Grad von Unabhängigkeit neuerdings möglich wird.

---

25) Vergl. B. III. Kap. 52.

---

## Zwanzigstes Capitel.

### Staats-Klugheit der Republiken, in so fern sie Gemeinden sind.

---

#### 1. Gemeinsame Güter und Besizungen.

---

Nothwendigkeit derselben

1. für die Existenz der Republik selbst;
  2. um die bürgerlichen Beschwerden mit Ehre und Vortheilen zu compensiren.
- 

Allein für herrschende Republiken ist die Behauptung der Macht und Unabhängigkeit oder die Politik, welche sie mit den Fürsten gemein haben, bey weitem nicht die einzige noch die wesentlichste Aufgabe. Eine andere viel nöthigere und ungleich schwierigere Kunst besteht darin, die herrschende Person, d. h. die Genossenschaft selbst zu erhalten, auf welcher die Existenz dieser Staaten beruht, ja es ist sogar das bloße Daseyn jener Genossenschaft nicht genug, sondern sie muß in einem Zustand von Gesundheit, d. h. von innerer Ordnung und Frieden fort-dauern, ohne welchen sie kaum eine Person genannt werden könnte. Alle Communitäten sind auf ungefähr gleiche Kräfte ihrer Mitglieder und auf ein gemeinschaftliches Bedürfniß gegründet, welches durch Vereinigung jener Kräfte befriediget werden soll. <sup>1)</sup> Also können sie nur dadurch bestehen, daß der Geist der Einigkeit oder des Zusammenhaltens, und möglichste Gleichheit

---

1) S. Cap. I. S. 11 — 12.



der Genossen stets lebendig und aufrecht erhalten werden. Dieses Problem ist zwar nicht unmöglich, aber doch äußerst schwierig, weil die Natur der Dinge ihm beständig entgegen zu wirken und auf Isolirung der einzelnen oder doch auf bloße Privat-Verträge hinarbeiten scheint. Wie wir schon in dem Capitel von dem Untergang der Republiken gezeigt haben, <sup>2)</sup> so bleiben die Kräfte und Glücksgüter nicht immer gleich, und es ist sogar unmöglich, der wachsenden Macht von einzelnen Bürgern gänzlich vorzubeugen. Was aber das gemeinschaftliche Bedürfnis betrifft: so verschwindet dasselbe allmählig, und wird nicht mehr gefühlt, sobald der ursprüngliche Zweifel der Genossenschaft erreicht, sobald z. B. der Wohlstand errungen, der Friede erkämpft, die Freiheit und Herrschaft befestiget ist. Daher sind außer dem lebendigen, religiösen Pflichtgefühl, gemeinsame Besitzungen und daraus entspringende Vortheile das erste und wesentlichste Erfordernis zur Erhaltung der Republiken, ja sogar das einzig feste und fortdaurende Verbindungsmittel derselben. Sie allein bewirken ein bleibendes gemeinschaftliches Interesse, ein reelles Band des Zusammenhaltens, ohne welches keine Corporation in die Länge besteht. Vorerst ist ein gewisser Grad derselben schon für die nothwendige Existenz der Republik unentbehrlich, weil sie nur durch solche Güter mächtig und frey werden kann. Die geringste Gemeinde hat schon etwas eigenes, wodurch sie zusammengehalten wird, <sup>3)</sup> und eine wahre Republik, d. h. eine unabhängige, durch sich selbst bestehende Corporation läßt sich ohne gemeinsame Territorial-

---

2) Oben S. 287.

3) Vergl. Cap. I. S. 13. und Cap. III. S. 33.

Besitzungen gar nicht denken, daher auch nie eine solche bestanden hat. Sodann müssen auch die Lasten und Beschwerden einer Genossenschaft durch Ehre und Vortheile ersetzt werden, wofern das einzelne Mitglied nicht stets wieder nach voller Privat-Freiheit zurückstreben soll. Es verhält sich mit den weltlichen Communitäten wie mit den geistlichen.<sup>4)</sup> Wenn sie zu Bestreitung ihrer mannigfaltigen inneren Bedürfnisse gar nichts eigenes befüßen, wenn sie von ihren Bürgern immer nur beschwerliche Pflichten, Arbeiten, Disciplinen und Steuern fordern müßten, aber ihnen dafür weder Ehre noch andere Vortheile anbieten könnten: so würde niemand von einer solchen Gesellschaft seyn wollen, und sie müßte nothwendig bald wieder auseinander gehen. Die geringste Dorfgemeinde giebt schon ihren Bürgern gewisse Nutzungen an Holz und Weid, für welche allein sie auch gemeine Arbeiten und Beschwerden fordern kann. Ohne die auf dem festen Land liegenden Ballenen und Comthurenen des Johanniter-Ordens würde der Aufenthalt auf der Insel Malta, und der Krieg gegen die Ungläubigen (deren man auch in Europa hätte finden können) nicht so anlockend gewesen seyn; und das nemliche läßt sich von dem Vfründen aller anderen Ritter-Orden sagen. Müßte man in Klöstern noch für seinen eigenen Lebens-Unterhalt besorgt seyn, es dürften sich nicht viele solch beschwerlichen Pflichten und Disciplinen unterwerfen. Alle Republiken, alle freien Städte und Landschaften hatten ebenfalls, bald in größerer, bald in geringerer Zahl ihre sogenannten Vogtenen, Präfecturen oder Herrschafts-Verwaltungen, welche die Anwartschaft oder die Entschädigung der sich

---

4) Vergl. B. IV. S. 186 — 190.

dem Dienste der Republik widmenden Bürger und Magistraten ausmachten, und gleichwohl noch mit Erfüllung gemeinnütziger Pflichten verbunden waren. <sup>5)</sup> Es ist nach der menschlichen Natur nicht zu fordern, daß irgend jemand bloß für den Dienst oder die Freyheit eines Gemeinwesens, durch welche er selbst im Grund nicht freyer wird, alle seine Zeit aufopfere, seine Privat-Geschäfte vernachlässige, nützlichen Berufsarten entsage, langweiligen Rathsversammlungen und Commissional-Sitzungen beywohne, eine Menge unentgeltlicher Arbeiten übernehme, seines gleichen gehorche, sich mancherley Beschwerden und Disciplinen unterwerfe, vielleicht gar noch aus dem Seinigen steuern und zahlen müsse, ohne dafür am Ende mit Ehre oder Vermögen belohnt und entschädiget zu werden. Nun aber können die Bürger einer herrschenden Republik, oder die Mitglieder ihres souverainen Rathes, als solche, keiner Besoldung genießen, theils weil kein Souverain sich selbst bezahlt, theils weil die ganze Republik dazu nicht die nöthigen Hülfsmittel besäße; und eben so wenig ist es möglich, alle die vielen vorübergehenden, aber im Ganzen doch sehr beträchtlichen Arbeiten und Verrichtungen besonders zu belohnen. Die eigentlich besoldeten, be-

---

5) Mag man auch noch so sehr gegen solche Benefizien deklamiren, oder vielmehr sie mit scheelen Augen ansehen, so ist denn doch gewiß, daß sie eine sehr zweckmäßige und zugleich sehr ökonomische Belohnungs-Art der Staatsdienste ausmachen. Auch ist, in den noch bestehenden Republiken, seit ihrem Wegfallen allgemeine Gleichgültigkeit eingetreten; von keiner ermunternden Hoffnung mehr belebt, sucht sich jeder beschwerlichen Arbeiten zu entziehen, oder sein Fortkommen im Ausland zu suchen; alle Dienste müssen bezahlt werden, und so sind die Staatskosten gleichwohl größer als vorher. Der wenige vorhandene Eifer ist noch ein Ueberrest aus besseren Zeiten.



ständigen Dienste sind entweder nur temporär, oder zu untergeordnet, oder so beschäftigt, daß die damit bekleideten Personen sich mit den höheren Geschäften der Republik, oder mit dem, was man eigentlich die Regierung nennt, nicht abgeben können. Also muß eine freye Genossenschaft, wenn sie in die Länge fortdauern soll, nicht nur ihren Bürgern und Magistraten keine lästigen Geldbeschwerden auflegen, sondern denselben noch gewisse Nutzungen und Benefizien anbieten können, und diese Benefizien bestehen am zweckmäßigsten in gemeinsamen Gütern, deren Verwaltung und theilweise Benutzung mit Ehre, Einfluß und ökonomischen Vortheilen begleitet ist, auf welche jeder, der seine Zeit dem gemeinen Wesen widmet, wo nicht sicheren Anspruch, doch wahrscheinliche Hoffnung hat; durch welche man früher oder später für sein der Republik geopfertes Leben entschädiget wird, und die zusammen ein gemeinsames Fidei-Commiß der ganzen Genossenschaft ausmachen; ein Fidei-Commiß, das man von seinen Vätern empfangen hat, hinwieder seinen Kindern überliefert, und dem man oft, auch wenn man seiner nicht selbst bedarf, doch wegen dem Andenken an früher genossene Wohlthaten, oder wegen den daraus seinen Freunden und Nachkommen zufließenden Vortheilen, mit Liebe und Interesse zugethan bleibt.

Außerdem ist es aber nicht minder nöthig, jenen Geist der Einigkeit und Rechtsgleichheit theils durch alle Statuten und Gesetze stets lebendig zu erhalten, theils sogar in die Gefinnungen und Privat-Gewohnheiten aller Mitgenossen hineinzubringen, und ihnen dadurch zur zweiten Natur zu machen, als wovon wir jetzt in den nachfolgenden Capiteln handeln wollen.

---



## Ein und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung.

#### 2. Kluge Constitutions-Gesetze.

##### a. Erwerbung und Verlust des Bürgerrechts.

---

- I. Die Aufnahme in die herrschende Genossenschaft muß zwar schwer, aber nicht unmöglich seyn. Wie hierin das rechte Maas zu beobachten?
  - II. Die Ausschließung von dem Bürgerrecht ist auf collidirende Pflichten, entehrende Handlungen und dienstbare Verhältnisse zu setzen.
- 

Kluge Statuten oder Constitutions-Gesetze können allerdings viel zur Einigkeit der Bürger, und mithin zur Fortdauer einer Republik beitragen. Wir haben im dreizehnten Capitel von der Nothwendigkeit, der Allgemeinheit, dem Endzweck, der Entstehungsart und den Gegenständen solcher Constitutions-Gesetze gehandelt; hier ist es also nur darum zu thun, von ihrer Zweckmäßigkeit, d. h. von ihrer mehreren oder minderen Vollkommenheit zu reden, und vorzüglich diejenigen Punkte zu berühren, welche auf das Leben und die Gesundheit einer Republik den wesentlichsten Einfluß haben.

So unendlich mannigfaltig, zum Theil sogar seltsam und widersprechend auch die Mittel und Künstelehen sind, welche in dieser Rücksicht von den verschiedenen Republiken versucht oder angewendet worden: so läßt sich doch die ganze daheringe Doctrin einfach und befriedigend ab-

handeln, wofern man nur von richtigen Begriffen über die wahre Natur und den eigentlichen Zweck solcher Verfassungen ausgeht. Sie betreffen bloß die Formation und innere Ordnung der herrschenden Genossenschaft selbst, und sind bestimmt theils ihre Mitglieder an einander zu knüpfen, die zerstreute Menge gleichsam zu einem künstlichen und fortdauernden Ganzen zu bilden, theils das zwischen ihnen bestehende Rechtsverhältniß möglichst zu handhaben, und vorzüglich zu hinderen, daß in Sachen der ganzen Communität niemand seinen Privatwillen an Platz des allgemeinen Willens setzen könne. <sup>1)</sup> Also müssen sie dem Geist einer wahren Communität, dem natürlichen Genossen-Recht angemessen seyn, und doch zugleich dem guten Fortgang der Geschäfte, d. h. der Aeußerung und Vollziehung des allgemeinen Willens keine Hindernisse in den Weg legen. Beides ist zwar oft schwer mit einander zu vereinigen, daher auch schlechte positive Constitutions-Gesetze mehr schaden als gar keine, weil in letzterem Fall oft eine vernünftige Uebung und Tradition ihre Stelle vertritt, das Fehlerhafte nicht zur Regel wird, und folglich das natürliche Recht, wenigstens nicht jeden Augenblick verletzt werden muß.

Gleichwie es in jeder Constitution vor allem darum zu thun ist, wie das Bürgerrecht erworben und wieder verloren werden könne: so besteht auch bei einer freien und herrschenden Genossenschaft die erste Klugheits-Regel darin, daß die Aufnahme in dieselbe zwar schwer, aber nicht unmöglich seyn muß. Wir haben bereits in dem fünften Capitel bewiesen, daß zwar

---

1) S. oben S. 144 — 145.

einer freyen Genossenschaft das Recht keine neuen Genossen mehr anzunehmen, oder sich höchstens auf die Söhne von Bürgers-Söhnen zu beschränken, an und für sich nicht abgesprochen werden kann; <sup>2)</sup> aber es wäre höchst unflug, dieses Recht auszuüben; und in dem achtzehnten Capitel ist ebenfalls schon gezeigt worden, wie leicht die allzugroße Verengung oder auch die widernatürliche Erweiterung der Genossenschaft den Untergang einer Republik nach sich zieht. <sup>3)</sup> Gänzliche, unüberwindliche Schließung schwächt erstlich schon ihre eigenen Kräfte selbst, und erweckt bey den Unterthanen, bey bloßen Einwohnern, ja sogar bey Fremden, bitteren Neid und gefährliche Mißgunst, welche früher oder später ihre Wirkung äußern, während hingegen auch nur die Möglichkeit der Aufnahme überall Freunde und Anhänger erwirbt, und sogar nicht berechnet werden kann, welche außerordentliche finanzielle Hülfsmittel eine begüterte, wirklich souveraine Republik im Nothfall durch solche Oeffnung ihres Kreises erhalten könnte. So sagte schon Livius, das Römische Gemeinwesen sey durch Aufnahm von Feinden in das Bürgerrecht gehoben worden. <sup>4)</sup> Eben dieses Bürgerrecht erhielten die überwundnen Prävenater, nachdem ihr Gesandte erklärt hatte, der Friede würde nie von langer Daur seyn, wenn er nicht auf gerechte und billige Bedingungen geschlossen werde; worauf der Senat antwortete: „Er habe die Stimme eines freyen und tapfern Mannes vernommen, und solche seyen würdig Rö-

---

2) S. oben S. 60 – 64.

3) S. oben S. 283 ff.

4) Res Romana aucta hostibus in civitatem recipiendis. Lib. VIII. c. 13.

mer zu werden." 5) Die freien Schweizerischen Städte befolgten in ihren besseren Zeiten die nemliche Politik, und Joh. von Müller nennt z. B. die ehemaligen im ganzen Land zerstreuten, auf ihren Gütern wohnenden Bürger von Bern ein unsichtbares Heer des gemeinen Wesens. 6) Man sah den Zuwachs von Bürgern gern, weil damals noch mehr zu kämpfen als zu genießen war, und bey jeder Eroberung oder sonstigen Erwerbung einer neuen Landschaft wurden die dortigen Edelleute oder auch andere angesehene Einwohner, sobald sie es verlangten, ins Bürgerrecht aufgenommen, bisweilen sogar vertragsweise in Folg einer Friedens-Bedingung dazu genöthiget, auf daß sie dem Gemeinwesen zugehan, und aus Feinden in Freunde umgewandelt werden. 7) Zudem hat eine Republik außer der Ertheilung

5) *Se viri et liberi vocem audivisse, talesque dignos esse, ut Romani fierent.*

6) Schweiz. Geschichte, B. I. S. 455.

7) Aus dem Aargau sind z. B. viele Familien nach Bern gekommen. Nach der Eroberung der Landschaft Waadt ward das Bernische Bürgerrecht ebenfalls allen nur einigermaßen angesehenen Personen angeboten. Viele haben es benutzt und sich dabey wohl befunden. Andere hingegen, und zum Theil gerade die edleren Geschlechter, verschmähten dasselbe, weil sie immer auf die Rückkehr des Herzogs von Savoyen hofften, und sich mit den Bürgern von Bern nicht gemein machen wollten. Als aber in der Folge die Zeiten des Genusses kamen, und etwa ein Jahrhundert später, wegen der übermäßigen Bürgerzahl beschränkende Gesetze gemacht wurden, fanden die nemlichen Waadtländer es sehr übel, und gaben es sogar für eine naturwidrige Ungerechtigkeit aus, daß sie von jener Genossenschaft, mithin auch von den daherigen Aemtern und Benefizien ausgeschlossen seyen.



ihres Bürgerrechts beynabe kein anderes Mittel, um dem Neid, welchem jede kollektive und geschlossene Herrschaft ausgesetzt ist, entgegenzuwirken, den natürlichen Ehrgeiz ihrer Unterthanen zu befriedigen, denselben zum Vortheil der Republik zu leiten, ausgezeichnete Verdienste zu belohnen, besiegte Feinde zu Freunden zu machen u. s. w. Was soll sie ihnen geben, da die freien, mithin herrschenden Bürger fast alle Aemter bekleiden, Orden und Titel in Republiken nicht vorhanden sind, und es unschicklich wäre, den Unterthan vor den Mitgliedern des Souverains auf eine dauerhafte Weise auszuzeichnen? Insbesondere dann müßte die Herrschaft einer Republik jeder eroberten Landschaft unerträglich seyn, wofern nicht wenigstens ihre angesehensten und einflussreichsten Bewohner durch Ertheilung des Bürgerrechts in das Interesse der Genossenschaft gezogen würden; daher es eben keiner besondern Großmuth, sondern nur dem natürlichen Gefühl des Anstandes und des eigenen Vortheils zugeschrieben werden muß, wenn sowohl Rom als manche spätere Republiken diese Politik stets gegen überwundene Feinde befolgten. <sup>8)</sup> Drittens ist es der Republik selbst unter allen Umständen nützlich, und oft sogar nothwendig, sich von Zeit zu Zeit zu erfrischen, und den allmählichen Ab-

---

8) Quid hodie esset imperium, sagt Seneca, nisi salubris providentia victos permiscuisset victoribus? Lib. II. de Trac. 34. — Conditor noster, Romulus, tantum sapientia valuit, ut plerosque populos eodem die hostes deinde cives habuerit. Tacit. Ann. XI, 24. — Den Atheniensern und Lacedämoniern hingegen sey nichts so verderblich gewesen, als daß sie die Ueberwundenen stets als Feinde behandelten. Mehreres hierüber siehe in Grotius j. b. et p. Lib. III. cap. 15. §. 3.

gang ausgestorbner oder geschwächter Geschlechter mit neuen und würdigen Mitgliedern zu ersetzen, doch so, daß der Zuwachs nicht übermäßig sey, und die alten Traditionen stets durch die früheren Bürger erhalten, und auf die neu angekommenen fortgepflanzt werden. Gleichwie eine allzugroße Concurrrenz zu Aemtern und Bedienungen jede Wahrscheinlichkeit des Erfolges benimmt, und daher den Muth der meisten niederschlägt, indem sich niemand auf so ungewisse Hoffnungen hin zu den Geschäften der Republik vorbereitet: so ist hingegen eine allzugeringe Auswahl eben so nachtheilig, und es würden sich oft für manche Stellen und Aemter die tauglichen Subjekte nicht finden. Wo das Fortkommen gar zu leicht ist, wo man ohne Verdienst, ohne Nacheiferung zu den höchsten oder doch zu den einträglichsten Aemtern gelangen kann, ja sogar wegen dem Mangel an Bürgern gleichsam gelangen muß: da fehlt auch der nöthige Sporn zu Entbehrungen und Anstrengungen; der Geist erschlafft, und man überläßt sich nur der Trägheit, der Sorglosigkeit und dem Genuß, wie die Erfahrung solches an so vielen, in ihrer Zahl zu sehr geschwächten und durch keinen Zuwachs erneuerten patricischen Geschlechtern beweist. Daben wirkt eine solche gänzliche Schließung auch nachtheilig auf den Charakter; und veranlasset bey nahe nothwendig einen verderblichen Stolz, welcher sodann die Mutter aller andern Uebel wird. Dergleichen Bürger oder Patricier glauben sich oft zu sehr von anderen Menschen abgesondert, und von allen Pflichten gegen dieselben befreit, da hingegen die successive Ergänzung aus dem Schooße der Unterthanen oder Fremden sie doch bisweilen erinnert, daß sie mit denselben eines Gebeines und eines Fleisches sind, und die Scheidewand, welche auf verschiedenen Glücksgütern beruht, nicht unübersteiglich ist.

Auf der andern Seite darf aber die Erwerbung des Bürgerrechts einer souverainen Republik auch nicht allzu leicht und gemein gemacht werden, sonst würde es allen Werth verlieren, und keine Ehre, keine Auszeichnung mehr seyn. Die Aufnahme in ihren eigenen Schooß ist das Höchste, was eine Republik ertheilen kann, und eben deswegen muß sie damit nicht so verschwenderisch seyn. Die Menschen lieben und schätzen nur, was schwer zu erreichen ist, und ein Vorzug, den jedermann besitzt, kann nicht mehr ein Vorzug genannt werden. So hat man in neueren Monarchien die Orden, Titel, Adels-Briefe u. s. w. durch ihre allzuhäufige Ertheilung so sehr herabgewürdigt, daß sie für keine Belohnungen mehr geachtet werden, und alles beynähe mit Geld bezahlt werden muß. Eben so verhält es sich mit dem Bürgerrecht in Republiken. Der Tyrann Caracalla wollte die letzten Reste des republikanischen Geistes vertilgen, indem er alle Einwohner des Reichs zu Römischen Bürgern erklärte.<sup>9)</sup> Einerseits sollten die alten Römer dadurch alle Vorzüge, alles Selbstgefühl verlieren, anderseits die neuen nur dem Kriegsdienst und der Steurpflicht unterworfen wer-

---

9) Grotius, indem er von der Milde gegen Ueberwundene spricht, läßt sich dadurch verleiten, diese Verfügung sehr zu rühmen: „Tandem, *quod mirandum maxime*, in orbe romano qui sunt, ex constitutione imperatoris Antonini (Bassiani Caracallæ) cives romani effecti sunt.“ De j. b. et p. Lib. III. cap. 15. §. 3.; dagegen aber sein Commentator Gronovius die verständige Bemerkung macht: „meo judicio valde reprehendendum, et perinde estimandum, ac si quis omnes rusticos declaret nobiles. Eo dono non provinciales civium honorem consecuti sunt, sed cives provincialium conditionem subierunt.“

den; sie erhielten nichts Reelles, man gab ihnen das Bürgerrecht zu ihrem eigenen Schaden; <sup>10)</sup> und überhaupt ist Gleichförmigkeit von jeher die Maxime des Despotismus gewesen; denn da nicht alle gleich mächtig und frey seyn können, so werden nur alle zu gleichen Knechten gemacht. Wir wollen übrigens nicht wiederholen, was schon anderswo von den Gefahren einer allzuleichten und allzugroßen Erweiterung der Genossenschaft gesagt worden ist. <sup>11)</sup> Sie tödtet mit einem Wort den Gemeingeist, und bringt nur allgemeine Gleichgültigkeit hervor; sie macht es unmöglich, allen Bürgern jene Vortheile zu verschaffen, welche die von ihnen geforderten Beschwerden ersetzen und aufwägen müssen, und bewirkt dadurch bittere Unzufriedenheit, ja sogar oft innere Unruhen. <sup>12)</sup> Sie beleidiget und erbittert die alten Genossen, erschüttert die Traditionen der Väter, die Grundpfeiler, auf denen die Existenz der Republik beruht, und es werden endlich die Interessen der Bürger so verschieden und so entgegengesetzt, daß schlechterdings kein Friede, keine Einigkeit mehr zwischen ihnen bestehen kann, daher auch die Geschichte beweist, daß weit mehrere Republiken durch

10) Siehe hierüber auch *Roth de re municipali Romanorum.* 1801. 8.

11) S. Cap. 18. von dem Untergang der Republiken.

12) Es ist ganz klar, daß, da nicht alle Bürger, ja nicht einmal alle, die billige Ansprüche haben, befriediget werden können, die Zurückgesetzten sich immer beleidiget glauben, und folglich unzufrieden sind. Das war auch der Grund, warum man zu Bern im Jahr 1639 das Bürgerrecht schloß, um, wie man sich ausdrückte, der verzehrenden *Regiments*, Sucht einen Damm entgegen zu setzen.



allzubäufige, als durch allzufeltene Aufnahm von Bürgern zu Grund gegangen sind.

Welches Maaß ist also zu beobachten, um sowohl die eine als die andere Klippe zu vermeiden? Vor allem muß zwar hierüber bemerkt werden, daß eine Republik, die noch im Werden begriffen ist, und erst mächtig werden will, mit ihrem Bürgerrecht viel freygebiger seyn kann, als eine andere, die bereits mächtig und unabhängig geworden ist. In jenem Fall sind fast alle Vortheile auf ihrer Seite; sie vertheilt die Beschwerden auf mehrere Köpfe, und stärkt sich durch die Kraft der neuen Genossen. In letzterem Falle aber, wo der Zweck schon erreicht ist, sind alle Vortheile auf Seite der neu angenommenen Bürger; die Republik theilt von dem ihrigen mit, und thut dieses nur entweder aus Klugheit zu ihrem eigenen Nutzen, oder aus Großmuth, um natürliche Feinde zu gewinnen, ausgezeichnete Freunde zu belohnen u. s. w. Indessen ist die Genossenschaft jeder souverainen Republik zu schwach, sobald sie nicht wenigstens in ihrem Hauptsitze den größeren Theil der Einwohner ausmacht, sobald sie nicht hinreicht, um alle höheren und niederen Stellen des Gemeinwesens mit tauglichen Subjekten zu besetzen, und außerdem keine Stütze, kein bedenkender Nachwuchs von wohlhabenden, im Aufblühen begriffenen Bürgern vorhanden ist, welche allmählig sich den Geschäften der Republik widmen, und die abgehenden älteren und angesehenen Geschlechter ersetzen können. Sie ist aber zu stark, und wird entweder aufgelöst, oder in ihrem Inneren widerrechtlich verengt werden, sobald die Bürger so zahlreich sind, daß sie einander gar nicht kennen, und ganz entgegengesetzte Interessen oder Bedürf-

nisse haben, so daß keine wahre Eintracht mehr zwischen ihnen bestehen kann. <sup>13)</sup> Eine Genossenschaft ist ein Bund zwischen Individuen; es heißt auch hier, wie von allen Bündnissen: „idem velle, atque idem nolle, ex demum firma amicitia est.“ — Plato wollte daher die Zahl der Bürger seiner Republik nicht über fünf tausend setzen. Die Griechischen Republiken beschränkten sie ebenfalls. Genua nahm alle Jahre am Neujahrstage zehn Bürger, nemlich sieben von der Stadt und drey vom Lande in den sogenannten alten Adel, d. h. in den Kreis der Regimentsfähigen auf. <sup>14)</sup> Bern setzte in den letzten Zeiten die Zahl der damals existirenden 236 bürgerlichen Geschlechter als das Minimum fest, und beschloß, daß jedesmal, wenn drey dergleichen Geschlechter ausgestorben wären, drey neuen, nemlich zweyen aus dem deutschen Gebiet und einem aus dem Waadtland, das Bürgerrecht ertheilt werden solle, ohne sich deswegen für mehrere und außerordentliche Aufnahmen die Hände zu binden. Allein die Festsetzung einer gewissen Zahl ist allemal illusorisch und entspricht dem Zwecke nicht. Wird sie, wie gewöhnlich, nach Geschlechtern bestimmt, so sind dieselben bald stark, bald schwach, und hundert Familien, deren jede drenzig bis vierzig Individuen zählt, geben der Republik mehr Kraft als tausende, von denen die meisten nur auf einem oder zwey Individuen beruhen

---

<sup>13)</sup> Aristoteles machte schon die verständige Bemerkung: „Um nach Recht und Billigkeit urtheilen, und zu den oberkeitlichen Aemtern unter den Candidaten nach Verdienst wählen zu können, müssen die Bürger nothwendig einander kennen, und jeder muß von des andern persönlichen Eigenschaften und Umständen unterrichtet seyn.“

<sup>14)</sup> C. von Reals Staatskunst B. II. S. 624.

Sechster Band.



könnten. Wollte man aber die Köpfezahl bestimmen, so wechselt dieselbe alle Tag, und da, wenigstens in städtischen Republiken den Bürgers-Söhnen das Genossen-Recht nicht wohl verweigert werden kann, so müßte bey jedem Todesfall oder bey jeder Geburt eine neue Zählung veranstaltet, bald ein mangelnder Bürger aufgenommen, und bald ein überzähliger ausgeschlossen werden. Uebrigens kommt es auch nicht blos auf die numerische Menge, sondern auf die Tauglichkeit der Bürger an, und es muß also bey den Aufnahmen nicht auf eine gewisse Zahl weder an Köpfen noch an Geschlechtern, sondern auf geleistete oder zu leistende Dienste, mit einem Wort auf die Bedürfnisse der Republik selbst Rücksicht genommen werden. Da ihre Herrschaft theils auf der collectiven Ueberlegenheit der ganzen Corporation, theils auf dem persönlichen Ansehen ihrer einzelnen Mitglieder beruht: so besteht die wahre Klugheits-Regel darin, sich solche Personen zuzueignen, die der Republik hinwieder Ehre, Ansehen und Ueberlegenheit verschaffen, folglich alles, was in ihrem Gebiet, es sey durch Tugenden und Wissenschaften, oder durch großen Güterbesitz und wohl-erworbenen Reichthum, oder durch zahlreiche Verbindungen, geleistete Dienste und anderweitige Berühmtheit hervorragend, ausgezeichnet und mächtig ist, in ihre Mitte zu ziehen und dadurch an das Interesse der Genossenschaft zu heften. Eine Republik, welche diese Maxime befolgt, wird nie zu zahlreich werden und immer mächtig bleiben, ja sogar in ihrem Inneren bennabe unzerstörbar seyn, weil sie nicht nur durch die Macht der ganzen Corporation, sondern durch die Privat-Macht ihrer einzelnen Bürger gestützt wird, von denen alle übrigen Einwohner theils mittelbar, theils unmittelbar abhängig sind,



oder doch sonst ihrem Einfluß, ihrem Beispiele folgen. Sollte es nöthig scheinen, die Ausübung jener Regel durch gewisse, positive Geseze zu sichern, auf daß sie nicht vergessen oder vernachlässiget werde, so dürfte die zweckmäßigste und freundlichste Methode darin bestehen, bey jeder periodischen Ergänzung des obersten oder souverainen Rathes (als welche, wie wir bald zeigen werden, vor der individuellen große Vorzüge hat) zugleich oder unmittelbar nachher auch eine gewisse Anzahl neuer Geschlechter, ohne Rücksicht, ob deren seit der letzten Epoche mehr oder weniger ausgestorben seyen, und ohne weitere Beschwerden in das Bürgerrecht aufzunehmen, auf daß bey dieser Erneuerung des Regiments die Freude im ganzen Land allgemein sey, und die Classe der Unterthanen dem Glück der herrschenden Bürger nicht mit scheelen Augen zusehen müsse. Dadurch würde ein natürliches Band zwischen beyden geknüpft, der stete Nachwuchs sichtbar dargestellt, und der Geist gleichsam an die Idee einer unsterblichen Daur der Republik gewöhnt. Hierbey dann für die Aufnahms-Fähigkeit gewisse Bedingungen gesetzlich vorzuschreiben ist ebenfalls illusorisch, zweckwidrig, und hat die nemlichen Inkonveniente, wie wenn man in Monarchien den Adel an einzelne äußere und sichtbare Formen heften will.<sup>15)</sup> Wird z. B. alte Unsäsigkeit gefordert,<sup>16)</sup> so ist dieselbe nicht nur für viele schwer zu beweisen, sondern es kann diese zufällige Eigenschaft auch dem Schlechtesten zukommen, während ihr Mangel oft die würdigsten und verdienstvollsten Subjekte,

---

15) Vergl. B. III. S. 374 — 383.

16) Nach dem Bernischen Gesez von 1791 mußte z. B. eine Unsäsigkeit seit 150 Jahren bewiesen werden.



besonders aber alle Fremde ausschließen würde, möchte auch ihre Aufnahme noch so sehr zu wünschen seyn. Der Besitz eines gewissen Vermögens, an welchem allein man heut zu Tag die Garantie der Eren und Fähigkeit erkennen will, <sup>17)</sup> erreicht den Zweck eben so wenig. Nicht nur hat seine Constatirung große Schwierigkeiten, sondern es ist seiner Natur nach wandelbar; was heute besessen wird, kann morgen verloren werden, und ein fleißiger, sparsamer, talentvoller Mann ist der Republik nützlicher als ein reicher Verschwender, der Hunderttausende besaß, aber in ein Paar Jahren an Bettelstab geräth; dabei hat es auch etwas Anstößiges, von den neu angenommenen Bürgern ein Vermögen zu fordern, welches oft die älteren Bürger nicht besitzen, noch besitzen können, und mithin zu statuiren, daß jene reicher seyn sollen als diese. Die Erlegung einer bestimmten Geldsumme hat weniger Inkonveniente, insofern sie freiwillig übernommen, (und das Produkt etwa zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wird; doch ist sie auch nicht vollkommen in der Regel, da einerseits ihr Betrag nur willkürlich festgesetzt werden kann, anderseits die früheren Genossen sich ebenfalls nicht eingekauft haben, und überhaupt das Corporations-Gut nicht Aktienweise den einzelnen Mitgliedern, sondern nur der Gesammtheit und ihren Nachkom-

---

17) Nach dem so oft wiederholten Gemeinplatz, daß die Armen, oder die, welche nichts zu verlieren haben, die Revolution gemacht hätten, welches durchaus nicht wahr ist. Die Revolution ward überall von hochmüthigen, sophistischen Reichen gemacht, und zählt auch jetzt nur unter diesen ihre vornehmsten Anhänger. Uebrigens hat jeder Mensch etwas zu verlieren; dem Armen wird durch Revolutionen sein Verdienst, sein Körper und oft sein Leben genommen, welche ihm so viel werth sind, als dem Reichen ein Theil seines Vermögens.

men gehört; nicht zu gedenken, daß die Aufnahme selbst keine Ehre mehr ist, sobald man sie bezahlen muß. Mit einem Wort sobald die höchste oder souveraine Gewalt das Recht neue Bürger anzunehmen selbst ausübt, so ist es unnöthig, ja sogar zweckwidrig, dabei durch positive Bedingungen ihre eigene Freiheit einzuschränken, sondern die beste Regel besteht darin, auch hier nicht auf ein einzelnes, oft unzureichendes oder trüglisches Merkmal, sondern auf das Zusammentreffen von mehreren, auf den Zusammenhang aller Umstände, auf die allgemeine Notorietät, auf geleistete oder zu leistende Dienste Rücksicht zu nehmen. Da indessen dergleichen positive Gesetze oft in der Absicht gemacht werden, möglichen Mißbräuchen, übereilten Beschlüssen, dem Einfluß mächtiger Parteyen u. s. w. vorzubeugen; da die freye Communität allerdings befugt ist, neue Mitglieder anzunehmen und nicht anzunehmen, mithin auch die beliebigen Bedingungen vorzuschreiben, ihr volles Bürgerrecht ganz oder zum Theil, auf einmal oder nach und nach zu ertheilen: so scheint es am zweckmäßigsten, außer der Rechtschaffenheit und Tauglichkeit vorzüglich den bleibenden Aufenthalt im Gebiete der Republik, den Besitz von Häusern oder Gütern, als Pfand der Treue, in Betrachtung zu ziehen, und etwa die Erlegung einer mäßigen Finanz, gleichsam eine kleine Verehrung an die freye Genossenschaft oder an einzelne Institute derselben zu verlangen. Dabei kann auch die weitere in verschiedenen älteren Republiken übliche Bedingung, daß nur die seit der Aufnahm gebornen Söhne oder Sohns - Söhne neuer Bürger zu den Stellen im großen oder kleinen Rathe der Republik wahlfähig seyen, 18)

---

18) Diese Bedingung bestand z. B. in Bern; zu Zürich hingegen

nach den Grundsätzen vernünftiger Klugheit gar nicht getadelt werden. Daß sie die früheren Genossen, welche doch das ältere und bessere Recht haben, gegen die Beforgniß beruhiget, von den neuen Bürgern in Besiz und Genuß verdrängt zu werden, und eben dadurch die Aufnahmen selbst begünstiget, ist zwar auch schon ein Vortheil, aber nicht der erste, nicht der wesentlichste: sondern ihr moralischer Hauptzweck besteht vielmehr darin, den ungeregelten persönlichen Ehrgeiz zu mäßigen, den neu aufgenommenen Bürger gleich beim Eintritt in das Gemeinwesen an eigene Aufopferung, an Beschränkung, seiner Ansprüche zu erinnern, und ihn gleichsam einem republikanischen Noviziat zu unterwerfen; dabei dann auch der Republik selbst einen Charakter von Stabilität zu geben, und ihre Räte nur mit solchen Personen zu besetzen, die von Jugend auf an republikanische Verfassung, Geseze und Sitten gewöhnt, die nöthigen traditionellen Kenntnisse und Grundsätze besitzen, daher bereits mit den übrigen Bürgern harmonisch denken, und sich in ihrem Kreise weder selbst als Fremde betrachten können, noch von andern als Fremde betrachtet werden.

Eine freye Genossenschaft ist aber nicht nur befugt, neue Mitglieder anzunehmen, sondern nach Beschaffenheit der Umstände auch wirkliche Mitglieder aus ihrem Schooße zu entfernen, oder auf eine gewisse Zeit in dem Genuß bürgerlicher Befugnisse und Vortheile zu suspendiren. Dieses natürliche Recht ist zu ihrer Erhaltung nothwendig, muß aber nicht regellos, sondern mit vieler

---

mußte man zehn Jahre und zu Schaffhausen zwanzig Jahre angefassener Bürger seyn, bevor man in den Rath gewählt werden konnte.



Schonung, und nur aus guten Gründen ausgeübt werden. Gleichwie also nur ein gemeinschaftliches Interesse die Republiken zusammenhält, und ihr Ansehen vorzüglich auf den persönlichen Tugenden und Eigenschaften ihrer Mitglieder beruht, so folget auch ganz natürlich, daß die Ausschließung oder die zeitliche Suspension von dem Bürgerrecht auf solche Fälle zu setzen sey, wo irgend ein Mitgenosse sich entweder zu Pflichten verbände, die mit dem Interesse der Republik offenbar unverträglich sind, oder sich schändlicher, dem Ansehen der ganzen Communität nachtheiliger Handlungen schuldig machen, oder endlich seine bürgerliche Ehre verlieren, und in direkte Abhängigkeit und unmittelbare Dienstbarkeit von seines gleichen gerathen sollte. Collidirende Pflichten können einmal nicht zu gleicher Zeit erfüllt werden; es ist nicht möglich zweyen entgegengesetzten Herren zu dienen, und z. B. in der nämlichen Sache für und wieder die Republik Krieg zu führen. Mit Verbrechern oder ehrlosen Menschen würde niemand sitzen wollen, und schon die Natur der Strafe macht die Ausübung der bürgerlichen Pflichten unmöglich; endlich könnte auch die Stimme eines offenbar abhängigen oder dienstbaren Menschen nicht für seine eigene Meinung, sondern nur für den Wiederhall derjenigen seines Herren gelten. Auch haben alle Republiken diese natürlichen Regeln gekannt und befolget. Venedig schloß im dreizehnten Jahrhundert die Vasallen von Cypren; Basel im Jahre 1445 die Lehenmannen von Oestreich und anderer Herrschaften, wenn sie nicht ihre Lehen aufgaben, von den diese Mächte betreffenden Berathschlagungen aus.<sup>19)</sup> Auch sagte schon

---

19) Siehe von Müller Schw. Gesch. IV. 179.



Aristoteles, die Bürger einer freyen Republik sollten von niemanden abhängig, keines Verbrechens angeklagt, und keiner öffentlichen Unehre unterworfen seyn. <sup>20)</sup> Fast in allen Republiken ist auf die Annahme von Diensten und Vasallschaften bey feindselig gesinnten Mächten, auf Verbrechen, Bankerott oder unzahlbare Schulden, auf gänzliche, bloß von andern unterstützte Dürftigkeit, auf häusliche Dienstbarkeit, Bevogtung u. s. w. theils der Verlust, theils so lang diese Ursachen fortdauern, die Suspension der Bürgerrechts, oder wenigstens die Unfähigkeit zu Ehren und Aemtern gesetzt. Der Grund aller dieser und ähnlicher Ausschließungen, wie z. B. derjenigen wegen unehlicher Geburt, Religions-Verschiedenheit u. s. w., beruht auf einem gewissen Gefühl der nöthigen Gleichheit. Denn die Mitglieder einer freyen Communität müssen, bey aller Verschiedenheit äußerer Glücksstände, wenigstens einander gleich an politischen Interessen, gleich an persönlicher Freyheit, und an unbescholtener äußerer Ehre seyn; ja es wäre sogar zur Erhaltung der Eintracht vor allem zu wünschen, daß sie einander auch gleich an religiösem Glauben seyn möchten, die nemlichen Grundsätze, die nemlichen Sitten-Regeln theilten.

---

20) Polit. L. II. c. 4.

---

## Zwen und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung der Constitutions-Gesetze.

#### Allfälliger, stellvertretender Ausschuß.

---

- I. Von kleinen Communitäten, deren sämtliche Mitglieder alle leicht versammelt werden können, ist ein stellvertretender Ausschuß weder nothwendig, noch nützlich.
- II. So lang es durch die Natur der Sache möglich bleibt, mag es gut seyn dabey der ganzen Gemeinde noch einigen direkten Einfluß vorzubehalten.
- III. Die Zahl der Ausgeschossenen darf nicht zu klein seyn, und muß wenigstens aus so vielen Bürgern bestehen, als sich bequem und mit Ordnung versammeln lassen.
- IV. Für diese bloß stellvertretende Eigenschaft können von natürlichen Rechts wegen außer dem Besitz des stimmfähigen Bürgerrechts, und allenfalls einem gewissen Alter, keine anderen Wahlfähigkeits-Bedingungen gefordert werden. Alle übrigen sind theils unbillig, theils illusorisch und schädlich.
- V. Mehr noch als diese Bedingungen ist die Einführung eines gesetzlichen, auf einzelne bürgerliche Geschlechter beschränkten Patriciats zu vermeiden. Begriff und Nachtheile desselben. Vortheile des ihm entgegengesetzten, in allen Republiken von selbst entstehenden natürlichen Patriciats.
- VI. Die Ergänzung des stellvertretenden Ausschusses von oben herab, d. h. durch ihn selbst oder durch ein von ihm ernanntes Wahl-Collegium, ist viel rechtmäßiger und zugleich flüßiger als die von unten herauf durch einzelne Abtheilungen der Bürger.
- VII. Eine periodische Ergänzung von einer bestimmten Anzahl Mitglieder liegt ebenfalls mehr in dem Geiße einer Republik,

und ist viel zweckmäßiger, als die individuelle, wo jedes abgehende Mitglied sogleich wieder ersetzt wird.

---

So lang sämtliche stimmberechtigte Mitglieder der ganzen Communität entweder für alle, oder doch für alle wichtigeren Geschäfte leicht versammelt werden können: so ist freylich gar kein Grund zu irgend einem repräsentativen Ausschuss vorhanden; denn wer seine Rechte selbst ausüben kann, und selbst ausüben will, der braucht auch keinen Bevollmächtigten. Eine solche Stellvertretung wäre in diesem Fall sogar schädlich, denn sie würde nicht nur die Genossenschaft selbst verengen, folglich ihre Kräfte schwächen, sondern auch den größeren Theil der Bürger ihrer Rechte berauben, mithin erbittern, und in Feinde der Republik umschaffen. Auch giebt es manche Privat-Corporationen, deren sämtliche Mitglieder für alle wichtigeren Geschäfte zusammenkommen, und wo mithin, außer dem Präsident und dem dirigirenden Collegio, die als Beamte betrachtet werden können, gar kein weiterer Ausschuss vorhanden ist. In diesen natürlichen Gesellschaften geht auch alles viel einfacher und friedlicher zu. Wir wollen daher hier nichts weiter von der Zusammenberufung, dem Versammlungs-Ort, der inneren Organisation solcher Gesellschaften, noch von der Eröffnung der Materien, der Stimmen-Sammlung u. s. w. reden, da alles, was über diese Gegenstände nach den Regeln der Klugheit zu bemerken wäre, bereits im dreizehnten Capitel hinreichend erörtert worden ist.

Indessen haben schon viele Privat-Communitäten, und die meisten unabhängige Genossenschaften unter verschiedener Benennung eines bald mehr bald weniger be-

vollmächtigten stellvertretenden Ausschusses nöthig. <sup>1)</sup> Sobald sie auch nur einige hundert Mitglieder zählen, deren stete Versammlung theils nicht möglich, theils ihnen selbst zu lästig und beschwerlich ist: so werden sie durch den Drang der Natur selbst gezwungen, ihre Gewalt ganz oder zum Theil einer engeren aus ihrem Schoosse gezogenen Versammlung entweder förmlich zu übertragen, oder nach dem Gesez ihres ursprünglichen Stifters zu überlassen und ausschließend einzuräumen. Insofern es durch die Natur der Umstände möglich bleibt: so mag es auch gut und zweckmäßig seyn, hieben der ganzen Genossenschaft noch einige, wenn auch beschränkte Rechte, wie z. B. die Ratifikation der die Personen und das Privat-Eigenthum der Bürger verpflichtenden Geseze, die Bewilligung von Steuern, die Wahl zu den höchsten Ehren-Ämtern u. s. w. vorzubehalten oder zu gestatten, wäre es auch nur um das Ehrgefühl der Einzelnen zu befriedigen, den Gemeingeist zu erhalten, und bey gewissen Gelegenheiten an die Rechte der ganzen Communität zu erinnern. Welcher Einfluß aber hieben der letzteren zu lassen sey, und wie derselbe unschädlich gemacht werden könne, um stürmischen Factionen, oder übereilten durch Demagogen-Künste erzwungenen Beschlüssen zuvorzukommen, und die wichtigsten Ämter, mithin auch das künftige Heil der Republik nicht den Launen einer unwissenden Menge Preis zu geben: ist eine äußerst schwere Aufgabe, die abermal beweist, wie wenig unzählreiche Genossenschaften der Natur angemessen sind, und wie sie daher, man mag wollen oder nicht, entweder freywillig und gesezmäßig, oder aber gezwungen und

---

1) S. oben S. 175 — 176.



gesetzwidrig verenget werden müssen. Nebst wohl berech-  
 neten und streng befolgten Wahl- und Berathschlagungs-  
 Formen, von denen wir bald weiter reden werden, und  
 die allerdings auch in großen Versammlungen anwendbar  
 sind, wird die beste Regel immerhin darin bestehen, daß  
 die ausgeschossenen Vorsteher oder Stellvertreter sich kein  
 von der ganzen Gemeinde abgesondertes Interesse machen,  
 und in dieser Rücksicht sogar jeden Schein vermeiden; daß  
 sie im Gegentheil ihre übrigen Mitbürger nicht als Geg-  
 ner oder als Nebenbuhler, sondern als Freunde und Ge-  
 hülfen betrachten, mithin denselben eher zu viel als zu  
 wenig Gegenstände vortragen, sie eher zu oft als zu sel-  
 ten versammeln; denn in solchem Fall läßt sich nach der  
 menschlichen Natur sicher darauf zählen, und wird auch  
 von der ganzen Erfahrung bestätigt, daß die große Menge  
 das ihr bezeugte Zutrauen mit Uebermaaß erwidern, und,  
 wäre es auch nur aus Trägheit oder Bequemlichkeit, ih-  
 ren ausgeschossenen Vorstehern oft sogar noch mehr über-  
 lassen werde, als nach den Gesetzen vorgeschrieben ist, oder  
 für die Sache selbst gut und nothwendig wäre. Ueber-  
 haupt läßt sich nicht läugnen, daß eine Communität,  
 welche ihre ganze Gewalt einem stellvertretenden Ausschuss  
 überlassen muß, von demselben Augenblick an eigentlich  
 nicht mehr frey oder unabhängig ist; und soll sie gleich-  
 wohl den Glauben beh behalten, daß sie frey sey, mithin  
 an dem Gemeinwesen Antheil nehmen, so muß ihr we-  
 nigstens von Zeit zu Zeit gezeigt werden, daß man sie  
 nicht als fremd betrachte, daß die Gewalt entweder von  
 ihr herkomme, oder doch nur in ihrem Namen, oder für  
 ihre Zwecke ausgeübt werde, womit sie auch gewöhnlicher  
 Weise ganz zufrieden ist.

Sobald jedoch irgend eine Genossenschaft wegen der Menge oder der Entfernung der Bürger genöthiget wird, ihre Gewalt ganz oder zum Theil einem beständigen Ausschuss zu übertragen, oder vielmehr nach dem Willen ihres Stifters zu überlassen: so ist nach den Regeln der Klugheit vorzüglich auf die Zahl seiner Mitglieder, auf die Bedingungen der Wahlfähigkeit, und auf die Wahlart selbst Rücksicht zu nehmen. Die Zahl der ausgeschossenen Stellvertreter muß wenigstens so groß seyn, daß ihre Versammlung schon durch dieselbe einiges Ansehen und Zutrauen verdiene, daß ihre Beschlüsse für den Willen der ganzen Communität geachtet werden, und Privat-Interessen in derselben nicht so leicht durchgesetzt werden können. Diese Zahl kann also nicht nach einer gewissen Proportion mit der Bevölkerung, oder mit der Gesamtheit aller Bürger abgemessen werden, wie unsere heutigen politischen Rechenmeister gewöhnt haben. Denn die Bestimmung dieses Verhältnisses wäre abermal blos willkürlich, und wollte man z. B. für eine Republik von zwey bis drehtausend Bürgern den nämlichen Maßstab wie für eine von mehreren hunderttausend annehmen, oder umgekehrt in letzterer das Verhältniß befolgen, welches in ersterer besteht, so würde selbst diese proportionelle Gleichheit ins Lächerliche fallen, indem entweder für die kleine Republik kaum zwey bis drey Stellvertreter herauskämen, oder aber die große deren zwanzig bis dreißigtausend zählen müßte. Im Gegentheil besteht hierüber die leitende Idee darin: daß eigentlich von Rechts wegen die ganze Communität berathschlagen oder entscheiden sollte; und da man nur wegen der physischen Unmöglichkeit von diesem Principio abweicht; so erfordert die Gerechtigkeit, sich demselben so weit, als es thunlich

ist, zu nähern, und mithin wenigstens so viele Bürger in den stellvertretenden Rath aufzunehmen, als sich bequem versammeln können. Auf der andern Seite darf aber die Zahl der Ausgeschlossenen auch nicht so stark seyn, daß dadurch die Versammlung zu sehr erschwert, oder die Ordnung und Gründlichkeit der Berathschlagungen unmöglich gemacht werde, indem hierdurch gerade der einzige Vortheil eines engeren Ausschusses verloren gieng. So ist es wenigstens nöthig, daß alle Mitglieder desselben einander sehen, hören und verstehen können; daher nach der Beschränktheit der menschlichen Kräfte und Sinne drey bis vierhundert Mitglieder ungefähr das Maximum einer Versammlung sind, bey welcher es möglich ist, die Geschäfte mit einiger Einsicht, Ordnung und ohne allzu großen Zeitverlust abzuhandeln, ja sie muß dabey noch sehr regelmäßigen Formen und einer guten Präsidial-Leitung unterworfen bleiben. Auch hat ein natürliches Gefühl fast allen Republiken ungefähr dieses Verhältniß gelehrt. Außer in den sogenannten Demokratien, wo die ganze Gemeinde etwa einmal im Jahr unter frehem Himmel für ein oder zwey einfache Geschäfte versammelt wird, besteht der oberste Rath einer Republik selten aus mehr als dreyhundert Bürgern, bey den meisten nur aus zwey bis dreyhundert, <sup>2)</sup> und noch wäre diese Zahl zu

---

2) Der römische Senat zählte sechshundert Mitglieder. — Zu Zürich bestand der große Rath aus zweyhundert und zwölf Mitgliedern, zu Bern aus zweyhundert neun und neunzig, zu Luzern aus einhundert, zu Basel aus zweyhundert zwey und achtzig, zu Friburg aus zweyhundert, zu Solothurn aus einhundert, zu Schaffhausen nur aus fünf und achtzig, zu Genf aus zweyhundert fünf und zwanzig Bürgern. Der Pregadi zu Venedig waren bey dreyhundert, der sogenannten Kleinen Rätthe zu Genua zweyhundert.



stark, wenn alle Mitglieder stets gegenwärtig wären; allein da immer ein sehr großer Theil derselben wegen der Entfernung ihres Wohnorts, oder wegen anderen Geschäften der Versammlung nicht benwohnen kann, und gewöhnlich kaum die Hälfte anwesend ist: so müssen die übrigen, deren Gegenwart sich gewöhnlich hoffen läßt, wenigstens so zahlreich seyn, daß die Communität auch durch dieselben anständig repräsentiret sey, dem dirigirenden Rath eine Stütze, und den Beschlüssen selbst das nöthige Gewicht gegeben werde.

Was die Wahlfähigkeit zu solchen größeren stellvertretenden Ausschüssen betrifft: so können dafür, nach den wahren republikanischen Grundsätzen, und selbst nach den Regeln gesunder Klugheit, außer dem wirklichen Besitz und Genuß des stimmfähigen Bürgerrechts, und allenfalls einem gewissen Alter, gesetzlich keine weiteren Bedingungen gefordert werden. Denn falls es möglich wäre, die ganze Communität zu versammeln, so würde dort ebenfalls jeder wirkliche Bürger ohne Rücksicht auf Stand, Vermögen oder Wissenschaft, bloß in seiner Eigenschaft als Mitgenosse, benzumohnen berechtigt seyn. Und da man die stellvertretenden Ausschüsse nicht wegen dem verschiedenen Reichthum, oder wegen der verschiedenen Fähigkeit, sondern bloß wegen der Zahl und der Entfernung der Bürger bildet, oder zu bilden genöthiget ist: so müssen diese letzteren wenigstens dazu wahlfähig seyn, um nicht einerseits von der Wirklichkeit, anderseits sogar von der Möglichkeit der Ausübung ihrer Rechte ausgeschlossen zu werden. Zwar ist allerdings zu wünschen, daß bey den Wahlen selbst auf den Willen und das Vermögen, dem gemeinen Wesen zu dienen, mithin auf die



jenigen, welche zu guter Verwaltung desselben das meiste Interesse, die meiste Fähigkeit, die meiste Muße haben, Rücksicht genommen werde. Dazu wird auch die Natur der Dinge von selbst helfen, theils weil jene mit Beschwerden verbundene Ehre gar nicht von allen Bürgern gewünscht wird, theils auch weil jedermann diejenigen gern an der Spitze sieht, welche sich schon durch persönliche Eigenschaften vor anderen auszeichnen. Aber dieses Resultat durch positive Statuten und Ausschließungen erzwingen zu wollen, ist unmöglich, daher allemal illusorisch, mit unzählbaren Inkonvenienten verbunden, und bewirkt nur Haß und Erbitterung zwischen den Bürgern. Auch ist mir nicht bekannt, daß in irgend einer älteren wahren Republik für die Wählbarkeit zu den großen Rathsstellen außer dem Besitz und Genuß des stimmfähigen Bürgerrechts, einem gewissen Alter und etwa der ehelichen Geburt, noch eine weitere Bedingung gefordert worden sey,<sup>3)</sup> oder wenn es geschah, so kam es von außerordentlichen gewaltsamen Ereignissen her, und war nie von guten Folgen. In den neueren angeblich philosophischen Republiken hingegen, wo man alle Menschen, bloß weil sie Menschen waren, ohne Gleichheit der Verhältnisse, ohne gemeinsames Bedürfnis, in eine allgemeine unermessliche Communität zusammenzwingen wollte, fühlte man hinterher doch die Nothwendigkeit, gewisse Bedingungen theils für die Bildung und Ausübung jenes Bürgerrechts (welches vorher gar nicht existirte), theils für

---

3) In den Schweizerischen Republiken wenigstens, sogar in den sogenannten Aristokratien von Bern, Luzern, Friburg und Solothurn, waren gar keine anderen Bedingungen vorgeschrieben.

die Wahlfähigkeit zu dem stellvertretenden Ausschuss festzusetzen, und die Constitutions-Fabrikanten dünkten sich sehr weise und vorsichtig, wenn sie recht viele dergleichen Bedingungen, z. B. den Besitz von Grund-Eigenthum oder einem gewissen Capital-Vermögen, die Bezahlung einer bestimmten Summe von Abgaben, den Wohnort in diesem oder jenem Bezirk, oder gar den Besitz von Wissenschaften und Kenntnissen, die frühere Bekleidung untergeordneter Stellen u. s. w. vorschreiben konnten. Allein diese ganze Distinktions-Theorie, welche gleichberechtigte Bürger in verschiedene Classen spaltet, und von keiner wirklich bestehenden Communität je würde angenommen werden, ist falsch und willkürlich, daher auch die consequenteren Revolutions-Männer nie etwas davon hören wollten; 4) sie ist bennabe unausführbar, weil die meisten Bedingungen nie constatirt werden können; sie widerspricht dem aufgestellten Prinzip republikanischer Rechtsgleichheit, und wenn sie also dennoch nothwendig schien, um größeren Uebeln vorzubeugen, so bewies dieses nur, daß solch große und aus sehr verschiedenen Elementen bestehende Communitäten schlechterdings nicht möglich sind, sondern auf eine oder andere Weise gewaltsam verengt werden müssen. Alle jene vorgeblich klugen Vorsehen waren nur trügliche Correctiv-Mittel, elende Lappen, welche das Radikal-Gebrechen des ganzen Revolutions-Systems bedecken sollten. Auch mochten sie zum Theil wohl daher entstanden seyn, daß man freye Genossenschaften mehr oder weniger mit Reichständischen Versammlungen verwechselte, monarchische Sätze in Republi-

---

4) Vergl. B. I. S. 238 und 244 bey Anlaß der Französischen revolutionären Constitutionen.

ten, und republikanische Sätze in Monarchien hinübertrug, wie dann die neuen Philosophen von den einen so wenig als von den anderen richtige Begriffe hatten. Bei Reichs- oder Landständen bringt es die Natur der Dinge mit sich, daß man nur durch den Besitz gewisser Ländereien dazu gehört, nicht weil derselbe mehr Fähigkeit und Interesse an der Verwaltung des Staates giebt, sondern weil man durch ihn allein nur dem Fürsten oder König verpflichtet ist, <sup>5)</sup> und folglich von ihm zum Rathgeben, oder zur Einwilligung über gewisse Dinge einberufen wird. In wahren Communitäten hingegen hat man das Recht zu stimmen und ausgesprochen zu werden, nicht weil man Land oder Vermögen besitzt, sondern weil man ein Mitglied der Genossenschaft ist. Sobald diese Corporation besteht, und allenfalls die wenigen Bedingungen der Stimmfähigkeit festgesetzt worden: so sind alle übrigen gesetzlichen Beschränkungen der Wahlfähigkeit zu dem stellvertretenden Ausschuss theils unbillig und unnöthig, theils illusorisch und sogar schädlich. Das Geschlecht braucht gar nicht bestimmt zu werden, denn die Bürgerschaft ist eine Corporation von Männern und nicht von Weibern; die letzteren wurden gar nie darin aufgenommen, und sind nur als Angehörige der eigentlichen Bürger gewisser Privat-Begünstigungen theilhaftig. Sie stehen auf keinem Verzeichniß, sie sind zu keinen besonderen Pflichten verbunden, sie ändern durch ihre Heirathen Vaterland, Bürgerrecht und engere Vereine, ohne daß weder dem einen noch dem anderen davon die geringste Anzeige gemacht werde. Selbst das Alter, welches doch eine beweisbare Eigenschaft und jedermann zu erreichen möglich ist,

---

5) Siehe B. II. S. 335 – 337 und B. III. S. 328 – 335.



braucht im Grunde gar nicht vorgeschrieben zu werden: denn, wie schon anderswo bemerkt worden, so giebt es keine gebornen Bürger, sondern nur Söhne von Bürgern. Irgend ein Actus der Aufnahme in den Genuß des vollkommenen Bürgerrechts ist immer erforderlich, und für diese Aufnahme läßt sich allerdings ein gewisses Alter festsetzen. Werden jedoch für die Stellen im großen Rath einige Jahre mehr gefordert: so beleidiget dieses im Grunde niemand, und geschieht nur, um die allzugroße Concurrency zu mindern, dadurch den Frieden zu befördern, mehr Erfahrung in die Räthe zu bringen, und dem Ausbrausen jugendlicher Leidenschaften vorzubeugen. Ob sodann unter den stimmfähigen Bürgern einer reich oder arm sey, darauf kommt es bloß für die Wahlfähigkeit gar nicht an; und man hat in allen Republiken ausgezeichnete Magistrate gesehen, die wenig oder gar kein Vermögen besaßen, wofern sie nur von Aemtern oder anderem Erwerb ihr eigenes hinreichendes Auskommen hatten. Im Gegentheil compensirt die freundliche Vorsehung gewöhnlich ihre Wohlthaten; sie giebt den einen mehr äußere Güter, den anderen mehr moralische Kraft und Fähigkeit; die minder reichen müssen ihre Talente mehr anstrengen, und leisten oft der Republik die wesentlichsten Dienste, während großer Reichthum (wie wir oben ebenfalls schon bewiesen haben) <sup>6)</sup> gar nicht immer mit mehrerer Vaterlandsliche verbunden ist, sondern vielmehr oft zum Egoismus verleitet. Wer soll übrigens das Quantum des nöthigen Vermögens bestimmen oder constatiren? Wie willkürlich ist nicht das erstere, wie schwierig das letztere? <sup>7)</sup> Wer heute das gesetzliche Capital be-

---

6) Siehe S. 280 – 281 und S. 295.

7) Durch die Buonapartistische Mediations - Verfassung für die



st, der hat es vielleicht morgen nicht mehr, oder doch nicht vollständig, und müßte nach jenem Prinzip wieder von seiner Stelle entsetzt werden. Dazu werden alle Tugendbürger-Söhne geboren, die noch nichts besitzen können; bei zahlreichen Familien ist es ebenfalls nicht möglich, daß alle Kinder ein beträchtliches Vermögen erhalten: soll man sie deswegen, ihrer Abstammung von verdienstvollen Eltern, ihrer Tugenden und Kenntnisse ungeachtet, von den Rechten und Vortheilen des Bürgerrechts ausschließen, oder die Republik selbst ihrer nützlichen Dienste berauben? Auch sogar die Entrichtung einer bestimmten Summe von Abgaben, eines direkten Beitrags an das gemeine Wesen kann keine Bedingung der Wahlfähigkeit seyn; denn die Mitglieder einer freien, mithin herrschenden Communität bezahlen entweder gar keine Contributionen, und

---

Schweiz war es z. B. in mehreren alten Cantonen festgesetzt, für die Wahlfähigkeit in den großen Rath ein Vermögen von zwanzigtausend Franken in liegenden Gründen oder Hypothekar-Schuldschriften besitzen zu müssen, und man ermannte nicht, dieses als eine höchst kluge und antirevolutionäre Verfügung anzupreisen, obgleich die Revolution nicht von Armen gemacht worden, und auch nicht alle alten Regierungs-Mitglieder reich gewesen. Allein wie wurde die Sache vollzogen? Der eine legte den Kaufbrief um ein Haus oder Gut als Besitz-Titel, der andere die darauf schuldige Restanz als Forderung-Titel ein; einem dritten ward von Eltern oder Freunden eine Hypothekar-Ansprache auf ein Paar Tage mit Uebergabe geliehen; ein vierter zeigte das gesetzliche Vermögen, aber von den Schulden nahm man keine Notiz, u. s. w. Alles das geschah öffentlich, notorisch, ohne einigen Widerspruch, und mußte sogar geschehen, wofern man nicht oft die würdigsten Subjekte ausschließen wollte, die unter der alten Verfassung gar wohl in große und kleine Räte hätten gelangen können.

in dieser Hinsicht wäre keiner wahlfähig, oder sie bezahlen, wie in Privat-Corporationen, eine jährliche, für alle gleiche Bürgersteuer, <sup>8)</sup> und in diesem Fall wären sie alle wahlfähig; oder endlich sie haben ihren schuldigen Beitrag freiwillig bei der Aufnahme in das Bürgerrecht geleistet. Noch weniger lassen sich gewisse Wissenschaften und Kenntnisse vorschreiben: denn das sind gar unsichtbare Kräfte, die jeder einzelne mehr oder weniger zu besitzen glaubt, und worüber das Urtheil äußerst trügerisch, oft sogar unmöglich ist. Das Durchlaufen gewisser Lehranstalten liefert keinen Beweis, daß man die geforderten Kenntnisse besitze, viel weniger daß man sie nicht ohne dieselben erwerben könne; man weiß, wie es mit Ertheilung von dergleichen Zeugnissen zugeht, <sup>9)</sup> und die Erfahrung hat besonders in unseren Tagen zur Genüge bewiesen, daß die gelehrten Störchen nicht klüger als andere sind. <sup>10)</sup> Zudem hat das gemeine Wesen sehr viele und verschiedenartige Bedürfnisse; es fehlt sich viel, daß man zur Verwaltung einer Republik etwa nur positiver Juristen nöthig habe, und wer also zu den einen Geschäften nicht tauglich ist, der kann vielleicht durch anderweitige Kenntnisse dem Vaterlande nützliche Dienste leisten. Nicht zu gedenken, daß, wenn der Unterricht schlecht oder falsch gewesen ist, er mehr Uebels hervorbringt, als gar keiner. Ueberhaupt können und sollen alle nöthigen oder wünschenswerthen Bedingungen allenfalls vor der Aufnahme in die Gesellschaft,

8) Vergl. oben S. 128 — 130 und ff.

9) Recipimus pecuniam, et mittimus asinum in patriam.

10) Hagedorn.

oder für die Stimmfähigkeit selbst gemacht werden, <sup>11)</sup> wiewohl sie auch dort nicht so viel nützen, als man glaubt; <sup>12)</sup> aber hintenher in dieser gleichberechtigten Bürgerschaft, und bloß für den stellvertretenden Ausschuß (denn anders verhält es sich mit der Wahlfähigkeit für einzelne besondere Aemter) neue willkührliche Distinktionen einzuführen, ist unbillig, illusorisch, gehässig, und mit zahllosen Inkonvenienten verbunden. Die wahre Klugheit besteht also darin, das Urtheil über die nöthigen Eigenschaften dem gesunden Gefühl der Wählenden selbst zu überlassen. Da wird die Natur des menschlichen Gemüths schon dafür sorgen, daß die Stellvertretung der ganzen Communität nicht auf die niedrigsten, schlechtesten, ärmsten und unwissendsten Bürger falle. Denn nicht nur wünschen dieselben oft solche Ehre und die damit verbundenen Beschwerden nicht, sondern indem jeder Einzelne nur einen höheren über sich haben, oder (wenn von oben herab gewählt wird) sich wenigstens mit seines gleichen umgeben will, so vereinigen sich die meisten Stimmen allemal auf die ersten und vordersten, die angesehensten und tauglichsten Bürger selbst. Mit diesem Resultat sind auch alle zufrieden, wofern nur keiner von seinem Recht, d. h. von seiner Wahlfähigkeit ausgeschlossen ist.

Schädlicher noch als die positiven Wahlfähigkeits-Bedingungen, die doch bald von diesem, bald von jenem erfüllt werden können, ist die Einführung eines ge-

---

11) Es heißt auch hier: *Turpius ejicitur, quam non admittitur hospes.*

12) Siehe oben S. 352 — 354.



gesetzlichen privilegierten Patriats, und dasselbe muß also von jeder klugen Republik sorgfältig vermieden werden. Dieses gesetzliche Patriat besteht aber keineswegs, wie die heutige Unwissenheit wähnt, in dem rechtmäßigen Unterschied zwischen den Bürgern und denen, die es nicht sind, d. h. den Unterthanen oder Fremden (denn dieser Unterschied existirt überall und nothwendig durch die Natur der Dinge),<sup>13)</sup> sondern darin, daß im Inneren der gleichberechtigten Genossenschaft gewisse bestimmte Geschlechter und deren männliche Nachkommen, ohne Rücksicht auf Stand, Vermögen, Kenntnisse, oder auf den möglichen Wechsel dieser Vorzüge, ausschließend zu den Stellen im großen und kleinen Rathe wahlfähig erklärt werden. Nun aber ist ein solch gesetzliches Patriat im Grunde nichts anderes als eine willkürliche Verengung der Genossenschaft, und mindert dadurch schon ihre Kräfte selbst. Es beleidiget das rechtliche Gleichheits-Gefühl und die Ehrliche der übrigen Bürger, erweckt nothwendig den Neid, und macht einen Theil der Genossen zu Feinden der anderen, welches eine Republik um so viel mehr vermeiden muß, als sie obnehin bey ihren Unterthanen weniger Anhänglichkeit findet, und innere Zwentracht ihr größtes Uebel ist. Daurt dabey dieses gesetzliche Patriat in die Länge fort, ohne daß die abgehenden Geschlechter durch neue ersetzt werden, so lähmt es zuletzt auch sogar die moralische Kraft, und tödtet alle Thätigkeit, alle Anstrengung sowohl bey den Patriern, als bey den Bürgern selbst; beyde werden träge und gleichgültig; jene, weil sie der Tugenden und Fähigkeiten zu ihrem Fortkommen nicht bedürfen; diese, weil

---

13) Siehe oben Cap. XVI. S. 215 — 228.

sie ihnen doch zu nichts helfen; in Zeiten der Noth hat die Republik wenig Freunde und Beschützer zu hoffen, und früher oder später müßte sie entweder durch innere Schwäche und Fäulniß, oder durch bittere Zwietracht und offenen Bürgerkrieg zu Grunde gehen. Zwar ist die vorzügliche und sogar die fortdauernde Berücksichtigung alter, bekannter, in angeerbtem Wohlstand erzogener, berühmter, um's Vaterland verdienter Geschlechter, und ihrer durch gleiche Vorzüge ausgezeichneten Nachkommen, allerdings gut und zweckmäßig. Name und Herkunft leisten auch hier eine Art von Bürgschaft für den Unbekannten, <sup>14)</sup> dergleichen Personen genießen durch ihr persönliches Ansehen eines frewilligeren Gehorsams; ihr Vorzug beleidiget niemand, und schmeichelt vielmehr der Ehrliche der übrigen Bürger; es läßt sich mit Grund voraussetzen, daß sie durch Tradition ihrer Väter die republikanischen Tugenden und Kenntnisse besitzen, und sie sind auch im Ganzen durch ihre Muße, ihre Fähigkeit und ihre ökonomische Selbstständigkeit mehr als andere zur treuen und uneigennütigen Verwaltung des gemeinen Wesens geeignet. <sup>15)</sup> Von ihnen ist auch überhaupt weniger Mißbrauch zu besorgen, denn sie besitzen schon, was andere erst zu erhalten streben; das Gefühl ihrer eigenen Ueberlegenheit veredelt den Charakter, und die niedrigen Leidenschaften der Menschenfurcht, des Argwohns, des Neids, des Eigennuzes u. s. w. werden im Allgemei-

---

14) Vergl. B. III. S. 552 und ff.

15) In diesem Sinn sagte schon Cicero: „Omnes boni semper nobilitati favemus, et quia utile est Reipublicæ nobiles homines esse dignos majoribus suis, et quia valet apud nos clarorum hominum et bene de Republica meritorum memoria etiam mortuorum.“

nen bey ihnen nicht so leicht Eingang finden; <sup>16)</sup> sie müssen endlich ihren guten Namen mehr schonen, das erworbene Ansehen behaupten, ja sogar auf ihre Kinder fortzupflanzen trachten, und werden dadurch mehr, als man glaubt, von schlechten Handlungen zurückgehalten. Daher entsteht auch dieses natürliche Patriciat in allen Republiken ohne Ausnahme von selbst. Denn es ist nichts anderes als eine Folge des unwiderstehlichen Gesetzes der Natur, welches überall und immer, mit oder ohne den Willen der Menschen, ja selbst unter Gleichberechtigten, stets den Ueberlegensten die Herrschaft giebt. Bereits in dem Capitel, wo von diesem Gesetz überhaupt die Rede war, haben wir daher gezeigt, daß in allen Communitäten, von der geringsten Dorfgemeinde bis zu der größten Republik hinauf, immer die ersten und vornehmsten, die angesehensten und berühmtesten Bürger an die Spitze gestellt werden; daß, da manche Arten von Ueberlegenheit auf erblichen Gegenständen haften, der nemliche Vorzug auch ihren Nachkommen zu Theil wird, und daß daraus jenes natürliche Patriciat entsteht, kraft welchem man in den Jahrbüchern aller Dörfer und Städte bey nahe beständig die nemlichen Namen hervorragen sieht. <sup>17)</sup> Wer das Innere der Republiken mit einem etwas schärferen Aug betrachtet, der kann sogar hiebei eine gewisse Gradation nicht verkennen. Ohne daß es je durch Gesetze vorgeschrieben, viel weniger zum ausschließenden Recht gemacht worden sey, giebt es in allen Republiken sogenannte Consular-Geschlechter, deren

---

16) Vergl. hierüber auch B. I. S. 384 – 385. B. III. S. 70 – 71 und S. 552.

17) Siehe B. I. S. 370 – 371.



Mitglieder oft die erste Stelle bekleideten; Senatorial-Geschlechter, von denen gewöhnlich ein Mitglied in dem engeren oder Regierungsrathe sitzt; andere, bey denen dieses selten geschieht, oder die noch gar keinen Senator hatten; wieder andere, deren sämtliche Mitglieder von Alters her gewöhnlich in dem großen Rath sitzen, und die man im engeren Sinn die patricischen heist; noch andere, die nur bisweilen einzelne Individuen darin zählen, und andere endlich, die noch gar kein Subjekt weder in die Magistratur noch in den stellvertretenden Ausschuss geliefert haben. Man unterscheidet im gemeinen Leben zwischen alten und neuen, mächtigen und schwachen, zahlreichen und nicht zahlreichen Geschlechtern, <sup>18)</sup> obgleich dafür kein Gesetz vorgeschrieben, keine Gränzlinie bestimmt ist, obgleich alte Familien aussterben, und neue an ihren Platz treten, bald die kleinen groß, bald wieder die großen klein werden, und alle stets gleich berechtigt bleiben. Dieser Unterschied, der sich in unmerkliche Schattirungen verliert, ist nichts anderes als die natürliche Gradation des auf Tugenden, Fähigkeiten und äußeres Glück begründeten Ansehens; eine ungekünstelte, nicht von Menschen gemachte Ordnung der Dinge, bey der jedermann zufrieden ist. Keine Genossenschaft in der Welt kann sich beleidiget fühlen, ihre edelsten und vordersten Bürger an der Spitze zu sehen; sie

---

18) So unterschied man auch in Venedig 1) die *Case elettoralì*, uralte Geschlechter, welche den ersten Doge gewählt haben; 2) diejenigen, welche von der *Serratura del Consiglio* herkamen, oder nach dem Krieg mit Genua in den Adel aufgenommen worden; 3) die *Cittadini*, welche den Adel, d. h. die Regimentsfähigkeit, für einmalhunderttausend Venediger Dukaten erkaufte hatten.

ehret im Gegentheil dadurch sich selbst, denn der Glanz ihrer Großen fällt auf alle übrigen zurück, und diese letzteren werden sowohl in ihren eigenen Augen, als im Urtheil der Welt für desto mehr geachtet, je edler und ausgezeichnete ihre Vorsteher sind. Wenn daher auch durch gewaltsame Ereignisse und herrischsüchtige Faktionen diese natürliche Ordnung bisweilen gestört oder umgekehrt wird, so geht es niemals gut, und dauert nicht lang. Die verdrängten mächtigeren Bürger lassen sich nicht von den geringeren regieren, und haben den Anhang aller Stillen und Redlichen für sich, die nicht von Leidenschaften geblendet sind; die neu eingedrungenen hingegen besitzen weder Ansehen noch Zutrauen, sie haben mit dem Haß der gestürzten Feinde, mit dem Neid von ihresgleichen selbst zu kämpfen; in beständigem Argwohn lebend, werden sie zu tyrannischen Maßregeln genöthiget, müssen durch Proscriptionen und Confiskationen ihre Gegner zu schwächen oder zu vernichten, sich selbst aber mächtig zu machen suchen, und entweder geht die Republik in solchem Kampfe zu Grund, oder das gesunde Gefühl des Volks kehrt bald wieder zur Ordnung der Natur zurück, und stellt diejenigen an die Spitze, die es ohnehin über sich zu sehen gewöhnt ist. 19)

Aber zwischen diesem natürlichen Patriciat und dem willkührlichen oder gesetzlichen ist ein großer und wesentlicher Unterschied, gerade wie zwischen dem wah-

---

19) Siehe die Beispiele davon B. I. S. 372. — Eben so merkwürdig und lehrreich sind diejenigen von Zürich nach der demagogischen Verschwörung des Bürgermeisters Brun im vierzehnten Jahrhundert, und von Frensburg im Jahre 1447. Siehe Müllers Schw. Gesch. B. II. und B. IV. S. 308 — 336.

ren reellen Adel und demjenigen, der durch bloße Diplome und Privilegien erzwungen werden soll. Das natürliche Patriciat erzeugt Ruhe und Zufriedenheit, das willkürliche Haß und Erbitterung. Jenes ist nichts weiter als ein der reellen Ueberlegenheit freiwillig eingeräumter Vorzug, dieses macht ihn durch Gesetze zum ausschließenden persönlichen Recht, auch wenn die Ueberlegenheit nicht mehr vorhanden ist; jenes behauptet die bürgerliche Rechtsgleichheit und nimmt niemanden etwas weg; dieses theilt die Bürger willkürlich in zwei Classen, zeichnet die einen durch Privilegien vor den anderen aus, und würdiget dadurch die anderen herab; bey dem natürlichen Patriciat wird auf reelle Vorzüge, mithin auch auf den Wechsel der Verdienste und Besitzungen Rücksicht genommen, es läßt der Tugend ihre Hoffnung und dem Laster seine Strafe; das gesetzliche Patriciat hingegen will den Vorzug an bloße Namen und Abstammung heften, die in der Folge oft mit Niedrigkeit, Armuth und Unfähigkeit verbunden seyn können; es setzt dem natürlichen rechtmäßigen Emporstreben der einen, dem ebenso natürlichen, meist selbst verschuldeten Heruntersinken der anderen ein gewaltsames, aber dennoch fruchtloses Hinderniß entgegen, widerspricht dadurch zuletzt dem Princip selbst, auf welchem das wahre Patriciat gegründet ist, und die Natur pflegt sich für diese Verachtung ihres Gesetzes bald durch Feindseligkeiten und offene Kriege zu rächen. Daher beweiset auch die ganze Erfahrung, daß, gleichwie das natürliche Patriciat die Republiken zieret und befestiget, <sup>20)</sup> so hingegen das willkürliche oder ge-

---

20) Dum nullum preteritur genus, in quo eniteret virtus, crevit imperium Romanorum. *Liv. Hist. L. IV. c. 3.*



fezliche sie schwächt und zerrüttet. Die Römische Geschichte besonders ist hierüber äußerst merkwürdig. Der lange Haß der Römischen Bürger gegen die Patricier kam nicht daher, daß diese letzteren im Besiz der höchsten Aemter und Ehrenstellen waren, denn sie wurden auch nachher immer wieder zu denselben erwählt: sondern er war nur eine Folge der willkührlichen Geseze, kraft welcher jene Patricier sich selbst ausschließend Rathsfähig erklärt, die Verschwägerung mit anderen Bürgern verboten, und ihre insolvalen Schuldner, obgleich dieselben auch Römische Bürger waren, zu Sklaven gemacht hatten. Ohne diese unklugen Dekrete würden sie viel ruhiger, ja sogar ausschließender bei ihren Würden geblieben seyn, und in Zeiten der Noth mehr Freunde und Anhänger gefunden haben. Die Geschichte aller Italienischen Republiken des Mittelalters ist voll von heftigen Streitigkeiten der Bürger gegen die Edelleute oder vornehmen Geschlechter, bloß weil letztere die ersteren von der Wahlfähigkeit zur Magistratur ausgeschlossen hatten, oder ausschließen wollten.<sup>21)</sup> Verschiedene deutsche Reichstädte sanken offenbar an Ansehen, Wohlstand und guter Verwaltung von dem Augenblick, als in denselben ein gesetzliches Patriciat aufkam; eine Veränderung, die zwar nicht von ihnen, sondern von dem Oberhaupt des Reiches selbst in Zeiten von kirchlicher und politischer Entzweyung als Strafe gegen die Ungehorsamen und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe angeordnet worden, aber nach und nach wieder hätte gemildert oder aufgehoben werden sollen. In den

---

21) Siehe hierüber *Sismondi Hist. des Républiques d'Italie* T. I. p. 424, T. II. p. 249; von Padua insbesondere T. III. p. 17. und von Mayland T. III. p. 50.

Schweizerschen freyen Städten und Ländern hingegen herrschte zwar de facto auch ein sogenanntes Patriciat; aber es war nicht gesetzlich, nicht willkürlich auf gewisse Geschlechter beschränkt, sondern durch den natürlichen Lauf der Dinge entstanden. So sehr auch die neuere Unwissenheit von Privilegien und Patriciern in den Städten Zürich, Bern, Luzern, Frenburg, Solothurn u. s. w. sprechen mochte: so kannte man in unserm Sprachgebrauch sogar diese Worte nicht; im Inneren der freyen Genossenschaft gab es keine privilegierten Familien, alle Bürger blieben gleich wählbar, die Möglichkeit des Emporsteigens war keinem benommen. Ueberhaupt saßen immer die ersten, vordersten, berühmtesten Bürger in den Räthen; aber alte Geschlechter starben aus, und neue traten allmählig an ihren Platz, einige blühten auf und andere verwelkten; bald hatte das nemliche Geschlecht viele, bald wenige Mitglieder, bald gar keines in der Regierung; und ist keine Regiments-Ergänzung je gewesen, wo nicht einzelne Geschlechter aus den Räthen gekommen, andere neue aber darein gelanget wären.<sup>22)</sup> Deswegen ward auch die Einigkeit unter den Bürgern nie bedeutend gestört, und wenn schon bey einzelnen Individuen, die der beglückteren Classe am nächsten waren, sich eine gewisse Mißgunst zeigen mochte, so ist doch dieses Gefühl nie in offenbaren Haß und Feindseligkeiten ausgebrochen, weil demselben wenigstens keine Verletzung der Gerechtigkeit zum Grunde lag.

Wenn endlich schon bestimmt ist, aus wie vielen Mit-

---

22) Vergl. was hierüber schon S. 240 — 243 bey anderer Gelegenheit gesagt worden; ferner auch meinen Aufsatz: Was ist die alte Ordnung? Bern, 1814. 6 S. in 4°.

gliedern der stellvertretende Ausschuss bestehen solle, und durch welche Eigenschaften man dazu wahlfähig werde: so entsteht noch die dritte und letzte Frage, von wem derselbe ursprünglich gewählt und in der Folge ergänzt werden solle? Ein schwieriger und wichtiger Punkt, wobei durch unüberlegte und zweckwidrige Formen theils die Gerechtigkeit beleidiget, theils wider die Klugheit gefehlt, und die Existenz der Republik selbst gefährdet werden kann. An und für sich käme zwar das Wahlrecht allerdings der ganzen versammelten Gemeinde zu, insofern man sich dieselbe als vorher existirend und unabhängig denkt. Allein wir haben schon anderwärts bewiesen, <sup>23)</sup> und es ergiebt sich aus der Natur der Sache selbst, daß dieses schlechterdings unmöglich ist, und eben deswegen auch nie und nirgends geschieht. Denn sobald die ganze Communität zur Ausübung ihres Wahlrechts versammelt werden könnte, so könnte sie eben so gut auch zur Ausübung anderer Rechte versammelt werden; die Stellvertretung selbst, welche nur wegen der Menge oder der Entfernung der Bürger gebildet werden muß, wäre nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich; ein dirigirender Rath und die Gemeinde würden zu Allem hinreichen, und nie dürfte sich eine versammelte freye Corporation zu einer solchen Entäußerung oder gänzlichen Abtretung aller ihrer Rechte verstehen. Daher giebt es auch kein Beispiel, daß irgend ein stellvertretender Ausschuss von der ganzen Gemeinde gewählt oder ergänzt worden sey. Die ursprüngliche Bildung wird allemal und nothwendiger Weise von früheren Oberen veranstaltet, welche sowohl die Genossenschaft selbst als ihre Stellvertretung zu

---

23) S. 181.



stiften die Macht und das Befugniß hatten, bisweilen auch die bloße Macht ohne vollkommenes Befugniß; es sey nun, daß sie die erste Wahl selbst ausüben, oder auch diese kleineren dazu gestifteten und berufenen Versammlungen der Bürger auftragen und überlassen. In der Folge dann sind für die partielle Ergänzung nur zwey Wege möglich; entweder geschieht sie von oben herab durch den einmal formirten Ausschuß selbst und durch besondere von ihm dazu geordnete Wahlcollegien; oder aber von unten herauf durch einzelne kleinere Abtheilungen der Bürgergemeinde, denen hiezu willkürlich ein Wahlrecht für die ganze Corporation eingeräumt wird. Die Verfassungen der Republiken sind zwar in unseren historischen und statistischen Büchern meist so flüchtig und oberflächlich behandelt, daß man gerade über die wichtigsten Punkte, wie z. B. über die Stiftung der Communität, die Erwerbung des Bürgerrechts, die Bedingungen der Stimm- und Wahlfähigkeit, die Bildung ihrer großen und kleinen Räthe, die Verhältnisse mit ihrem Gebiet u. s. w. oft gar keinen Aufschluß, oder nur verkehrte Begriffe findet. Doch ist von mehreren Republiken die Wahlart ihrer großen Räthe oder stellvertretenden Ausschüsse bekannt. Zu Athen geschah sie durch das Loos, gleichsam durch eine unsichtbare höhere Potenz, und nicht durch die Bürger selbst. In Rom wurden die Senatoren vorerst von den Consuln und späterhin von den Censoren ernannt. Zu Venedig bestand eigentlich keine wahre Repräsentation, sondern die ursprünglich große Gemeinde ward im Jahre 1297 durch die von dem Herzog Gradenigo veranstaltete Serratura del Consiglio auf die damals in der Versammlung sitzenden Geschlechter und ihre Nachkommen verengt oder beschränkt, und jeder Regi-

gimentsfähige oder sogenannte Nobile gelangte in diesen großen Rath ohne weitere Wahl, blos durch ein gewisses Alter. Venedig war also, in seinem Innern betrachtet, eine Art von Demokratie, doch hatte es nebst der Signoria und dem Regierungs-Collegio auch noch einen Senat (Pregadi) von ungefähr dreihundert Mitgliedern, vor welche die wichtigsten Staatsfachen gelangten, und die von Tribunen gewählt, von dem großen Rath aber bestätigt oder verworfen wurden. <sup>24)</sup> In Genua war der sogenannte große Rath im Grunde ebenfalls die ganze freie Communität, nur wurden, wie zu Venedig, die sämtlichen Mitglieder derselben zum Unterschied von denen, die es nicht waren, Nobili (die erkennbaren, die hervorragenden) genannt. Der kleine Rath, aus zweihundert Mitgliedern bestehend, war der eigentliche stellvertretende Ausschuss, und wurde durch dreissig von der Signoria oder dem Regierungs-Collegio ernannte Personen gewählt. <sup>25)</sup> Von dem Augenblick, wo zu Bern der große Rath eingeführt, d. h. dem eigentlichen Rath zweihundert, nachher aber zweihundert neun und neunzig, achtbare Bürger für die wichtigeren Geschäfte beigegeben worden (1297), geschah die Ergänzung desselben allemal wenn achtzig Mitglieder gestorben waren, durch den kleinen Rath verbunden mit sechszehn Mitgliedern des großen Rathes, folglich durch ein hohes unabhängiges Regierungs-Collegium von drei und vierzig Personen, und nie von der Bürgerschaft selbst. Das erstemal, nemlich für die ursprüngliche Bildung, wählte sich jeder der vier Benner

---

24) Siehe *Sismondi Hist. des Républiques d'Italie*. T. III. p. 291 — 293.

25) von Real Staatskunst. B. II. S. 628.

Sechster Band.

(Hauptleute oder Bannerherren der verschiedenen Stadtquartiere) vier angesehene Bürger seines Quartiers, und diese sogenannten Sechszehner wurden in der Folge unter den älteren und angesehnensten großen Rathsgliedern, die keine Benefizien mehr verlangten, oder genießen konnten, alljährlich nach den verschiedenen Gesellschaften durch das Loos erwählt, und bey einer Regiments-Ergänzung dem kleinen Rath für dieses Wahlgeschäft beigegeben, so wie sie auch mit ihm vereinigt die jährliche Bestätigung oder Entsezung der übrigen großen Rathsglieder vornahmen. Es ist durchaus historisch unrichtig, was viele ehrliche Bürger glaubten, und dadurch zur grundlosen Unzufriedenheit verleitet wurden, daß die Einführung jenes großen Rathes eine Usurpation über die Gemeinde gewesen sey, oder mit der in gleichem Jahre zu Venedig angeordneten Serratura del Consiglio die geringste Aehnlichkeit gehabt habe. Denn diese Gemeinde oder die gesamte Bürgerschaft war niemalsen souverän gewesen. Schaltherr und Rath, welche an die Stelle des Herzogs von Züringen getreten waren, besorgten alle Geschäfte, und versammelten bisweilen die Bürger, nicht weil sie es schuldig waren, oder in Folge von sogenannten Constitutions-Gesetzen, sondern weil sie es gern wollten, um zu gewissen Maßregeln mehr Hülfe und Unterstützung zu finden. Da aber dieses theils äußerst selten geschah, theils auch die zahlreiche, bloß mit ihren Handwerken beschäftigte Bürgerschaft nicht leicht versammelt werden konnte, ja selbst nicht einmal Lust an solchen Versammlungen hatte, und übrigens aus so ungleichen Elementen bestand, daß die meisten Bürger, ihrer abhängigen Lage wegen, weder mit Sachkenntniß, noch mit persönlicher Freyheit hätten stimmen können: so war das Regiment im Grunde nur in den Händen eini-



ger wenigen großen und mächtigen Geschlechter, von denen bald, wie in den Italienischen Städten, ein einzelnes über alle andern emporgewachsen wäre, und sich zum Alleinherren der Republik aufgeworfen hätte. Um also diesem Uebel vorzubeugen, ward es gerade von den Honoratioren verlangt, und von dem republikanisch gesinnten Theile des Rathes selbst durchgesetzt, <sup>26)</sup> daß diesem Rath für alle wichtigeren Geschäfte ein Ausschuss von zweyhundert achtbaren und selbstständigeren Bürgern beigegeben werde. Er ward also von oben herab durch die rechtmäßige Autorität selbst gestiftet, und daraus erklärt sich auch, warum dieselbe auf die Auswahl dieser Bürger den vorzüglichsten Einfluß hatte, und haben mußte. Wäre diese Verfügung eine Usurpation über die Gemeinde gewesen, und hätte die vorgebliche Demokratie willkürlich in eine Aristokratie umgewandelt: so würde sie zuverlässig bei einer so tapfern Bürgerschaft nicht ohne gewaltigen Widerstand und bürgerliche Unruhen abgegangen seyn; allein weit entfernt, daß sich davon die geringste Spur in der Geschichte finde, zeigt dieselbe vielmehr, daß jene Veränderung mit allgemeiner Zufriedenheit aufgenommen worden, und daß ihr vorzüglich das nach diesem Zeitpunkt so schnelle Aufblühen der Republik zu verdanken ist. <sup>27)</sup> Zu Luzern ward

---

26) Besonders von dem um die Stiftung der Stadt Bern so verdienten Geschlechte der von Rubenberg.

27) Alle diese Wahrheiten, die dennoch von Wenigen richtig erkannt sind, werden durch den Canzlenmäßigen und gemeinen Sprachgebrauch lehrreich bestätigt. Die oberste Behörde des alten Berns hieß eigentlich nicht großer Rath, sondern Raths und Bürger. Die periodische Ergänzung desselben nannte man eine Bürgerbesatzung; das Wahlgeschäft selbst zu Burgeren machen. Wer von den zweyhundert

der große Rath im Jahre 1332 nach dem Bund mit den Eidgenossen bey der sogenannten Mordnacht eingeführt, blos dadurch daß man dem eigentlichen Rath, oder den Führern der damaligen Bewegung, zuerst dreihundert, bald darauf aber nur einhundert achtbare Bürger begab, deren abgehende Mitglieder seither, je zweymal des Jahres, von groß und kleinen Räten selbst ergänzt wurden. <sup>28)</sup> In Freyburg stand die Erwählung der Mitglieder des großen Rathes einem Collegio, genannt die Heimlicher, zu. Zu Solothurn wurden sie von von dem gesamten kleinen Rath, jedoch aus den betreffenden Zünften gewählt. <sup>29)</sup> Zu Genf gieng ihre Erwählung oder Ergänzung, allemal wenn vierzig Mitglieder gestorben waren, vor sich, und stand ebenfalls nicht der Bürgerschaft, sondern vormals blos dem kleinen Rathe zu, welcher sie dann dem großen Rath

---

war, hieß im Canzley-Styl einer der Burgeren, im gemeinen Leben ein Herr zu Burgeren. Man findet in alten Dokumenten die Ausdrücke Rath und Bürger, so man nennt die zweihundert der Stadt Bern, als sie von der Gemeinde kamen, so daß die Gemeinde und die Versammlung von Rath und Bürger offenbar das nemliche sind. Die ganze Bürger-Gemeinde, in obere und untere abgetheilt, hatte freylich noch bis auf die neuesten Zeiten, wegen ihrer der individuellen Nuzung überlassenen Waldungen und Weiden, ihre jährlichen von einem Benner, und nicht von dem Schultheiß präsidirten Versammlungen: aber zu dem Regiment der Stadt, welches früher dem Rath allein zusam, wurden seit 1297 zweihundert achtbare Bürger beigezogen, und diese bildeten, nebst dem Rath, die eigentliche politische Gemeinde, waren aber gar nicht auf gewisse Geschlechter beschränkt, sondern wurden nach freyer Wahl aus dem Schooß der ganzen Bürgerschaft gezogen.

28) Simler, Regiment der Eidgenossenschaft. 1746. S. 498.

29) Ibidem. S. 500.

zur Bestätigung oder Verwerfung präsentirte. 30) Nach dem Pacifikations-Edikt von 1782, welches aber den Frieden nicht lange erhielt, trug zwar der dortige große Rath immer noch den Namen Zwenhundert, bestand aber aus zweihundert und sechzig Bürgern, und wurde allemal, wenn sechszehn Mitglieder gestorben waren, von den übrigen, von dem kleinen Rath und von sechs und dreißig durch das Loos erwählten Bürgern, mithin von oben herab, und periodisch vervollständiget. 31) In anderen Städten und Republiken hingegen ist man, in der Meinung sich dem Princip, kraft welchem die ganze Gemeinde wählen sollte, mehr zu nähern, auf den Gedanken verfallen, die Mitglieder des stellvertretenden Ausschusses von einzelnen, durch ihren Wohnort oder durch ihren Beruf gesönderten Abtheilungen der Bürgerschaft (Zünfte, Viertel, Departements u. s. w.) ergänzen zu lassen, zu welchem End jeder dieser Abtheilungen eine gewisse Anzahl von Mitgliedern zugeschrieben werden mußte, gleich als ob nicht die Menschen, sondern die Bezirke eines Landes, oder die Straßen einer Stadt repräsentiret würden. 32) Dabei

30) Simler, Regiment der Eidgenossenschaft. 1746. S. 639.

31) Joh. von Müller sämtl. Werke. B. XII. S. 6.

32) Wenn jemand unter der alten Verfassung von Bern vorgeschlagen hätte, man solle die Mitglieder des großen Raths nach gleichem Verhältniß auf die verschiedenen Straßen der Stadt vertheilen, obschon in der einen viele, in der anderen wenige, in der dritten vielleicht gar keine regimentsfähigen und tauglichen Bürger wohnten: so würde dieses jedermann unvernünftig und lächerlich gefunden haben. Und doch wäre es nicht ungereimter gewesen, als in einer erweiterten, sogenannten Cantons-Bürgerschaft jedem Amtsbezirk eine gewisse Zahl von Ausgeschossenen zuzutheilen. Um sodann hintenbe-



findet dann bey diesem System oft noch die weitere Modification statt, daß die Wahl selbst, bald wie in den neueren Revolutions-Republiken und vormals zu Schaffhausen, von sämtlichen stimmfähigen Bürgern jeder Abtheilung, bald, wie vor Zeiten zu Zürich und Basel, wieder nur von ihren Vorstehern, d. h. von den bereits aus der betreffenden Kunst gezogenen kleinen und großen Rathsgliedern geschieht, so daß in diesem Fall das Ergänzungs-Recht, welches man dem ganzen vorhandenen Ausschuss, den Vorstehern der gesamten Bürgerschaft nicht zugestehen wollte, hier den Vorstehern einer einzelnen Abtheilung und ihrer zufälligen, oft sehr geringen Majorität eingeräumt wird. 33)

---

die Inkonveniente dieses falschen Principis wieder zu corrigiren, gestattet man, daß jeder Bezirk seine Ausgeschossenen auch aus allen andern Bezirken ohne Unterschied wählen könne, ja sogar zum Theil wählen müsse: so daß man einerseits durch mancherley künstliche Abwege wieder auf den natürlichen Grundsatz zurückkömmt; anderseits aber dabey der einzelnen Abtheilung ein Recht einräumt, was man der ganzen Gesamtheit nicht zugeben wollte, und sie sogar zwingt, Leute zu wählen, die ihr durchaus unbekannt sind, und unbekannt seyn müssen.

- 33) Wie sehr der gesunde Menschen-Verstand durch die Revolutions-Principien verkehrt werde, mag folgendes Beispiel beweisen. Nach der jezigen seit 1815 bestehenden, freylich etwas seltsamen Bernischen Verfassung, geschieht die Wahl der zweyhundert aus der Bürgerschaft von Bern gezogenen Mitglieder wie vormals von Rath und XVI, d. h. von den Mitgliedern des kleinen Rathes (insofern sie Berner sind) und von sechszehn aus den zweyhundert gezogenen Bürgern, mithin durch ein Collegium von ungefähr ein und vierzig Personen, und lauter Bernern. Die Ausgeschossenen der übrigen Städte werden nicht von der dortigen Bürgerschaft, sondern von der Magistratur, und die der Amtsbezirke ebenfalls nicht von dem Volk, sondern von den ersten oberkeitlichen Ortsbeamten und von

Anderer Wahl- oder Ergänzungs-Arten als diejenigen, die wir hier angezeigt haben, lassen sich nicht denken, und sie finden sich daher unter verschiedenen Modificationen bey allen Republicken ohne Ausnahme wieder.

Frägt man aber, welche von beyden Methoden die bessere sey? so kann es bey gründlichem Nachdenken nicht geläugnet werden, daß die Ergänzung des stellvertretenden Ausschusses von oben herab, durch ihn selbst oder durch ein von ihm ernanntes Wahlcorps, einerseits viel rechtmäßiger und dem republikanischen Princip getreuer, andererseits auch ungleich flüger und zweckmäßiger ist, als diejenige von unten herauf durch einzelne Abtheilungen der Bürgerschaft oder ihre Vorgesetzte. Denn man muß nie vergessen, daß, streng genommen, das Wahlrecht nur der ganzen versammelten Gemeinde zukommt, und daß man von diesem Princip bloß wegen der Unmöglichkeit seiner Ausübung abweicht. Nun aber hat eine einzelne Abtheilung dieser Gemeinde, sie mag den Namen Zunft, Gesellschaft, Viertel, Bezirk, Departement u. s. w. tragen, gar kein natürliches Recht, einen Ausgeschlossenen

---

Gemeinds-Vorgesetzten, welche durch die Amtleute ernannt sind, folglich abermal von oben herab gewählt. Dem ungeachtet klagten die übrigen Bürger von Bern, sie hätten keine Repräsentanten, als ob die zweyhundert nicht Bürger wären, oder sie seyen das einzige Publikum im Land, welches beherrscht sey, und seine Repräsentanten nicht selbst wählen könne; als ob letztere nicht eben so gut nur von Bürgern und aus Bürgern gewählt würden, wenn diese Wahl von einem angesehenen Collegio der Råth und XVI, als wenn sie von einer schwachen und oft wenig besuchten einzelnen Zunft geschieht, oder als ob diese letztere dazu mehr Recht als jene hätte.

oder Stellvertreter der ganzen Gemeinde zu wählen, ohne daß die übrigen viel zahlreicheren Bürger dazu mitgestimmt haben. Dieses Recht muß ihr willkürlich eingeräumt, und eben so willkürlich muß auch die Zahl der von ihr zu wählenden Ausgeschossenen bald nach der Ausdehnung des Bezirks, bald nach der wandelbaren Bevölkerung bestimmt werden. Dabei läßt sich kein vernünftiger Grund denken, daß sie die ganze Gemeinde für dieses Wahlgeschäft vertreten könne; denn die einzelne Abtheilung ist nicht einmal eine präsumirte Majorität, sondern immer nur eine offenbare Minorität; und da in derselben abermal nur die bloße Mehrheit der Stimmen gilt, so kann das Resultat einer solchen Wahl sogar ins Ungereimte fallen; indem es allerdings möglich ist, daß der in einer kleinen Zunft durch die Mehrheit einer einzelnen Stimme gewählte Ausgeschossene, von allen übrigen Zünften wäre verworfen worden. Kommen alsdann gar noch Leidenschaften oder bürgerliche Entzweyungen hinzu, sind etwa die Bürger eines Bezirks mit der Regierung und ihren Räthen unzufrieden, so kann es sogar geschehen, und ist in den neueren Republiken nicht ohne Beispiel, daß sie sogar absichtlich die schlechtesten und unwürdigsten Subjekte wählen, entweder um derselben Haus los zu werden, oder um dem stellvertretenden Rath einen Schimpf anzuhängen, und die für ihn hegende Verachtung an Tag zu legen.<sup>34)</sup> Zum anderen hat die Wahlart von unten herauf durch besondere Ab-

---

34) In Frankreich z. B. geschah dieses während der Directorial-Regierung oft, und ist selbst übrigens in wohlgeordneten Republiken gar wohl möglich. Wenn aber von der ganzen Gemeinde oder ihren Ausgeschossenen gewählt wird, so kann dieses Inconvenient nie eintreten.



theilungen auch den großen Nachtheil, daß sie die eine und ungetheilte Gemeinde gleichsam in eine Föderation von Zünften zerspaltet und dadurch ihre Kräfte schwächt. Mag man auch in Constitutionen noch so sehr dekretiren, und bei jeder Gelegenheit wiederholen, daß der einmal Gewählte nicht seine Zunft oder seinen Bezirk, sondern die ganze Bürgerschaft vertrete: so ist die Natur der Wahlart mit dieser Fiction im Widerspruch; aller Dekrete ungeachtet wird der Gewählte sich immer nur für den Ausgeschossenen oder Bevollmächtigten derjenigen Abtheilung betrachten, der er seine Erwählung verdankt; er wird bei jeder Gelegenheit nur ihre Ansichten, ihre Wünsche vertreten, und da die übrigen Mitglieder ihrerseits das Nemliche thun: so muß dadurch nothwendig die Versammlung entzweit, und nur zu oft das gemeinsame Interesse einzelnen, meist übel verstandenen Local-Rücksichten oder Privat-Interessen aufgeopfert werden. Dazu kommen endlich noch die Inkonveniente und die Schwierigkeiten aller Volkswahlen, welche stets eine Epoche der Verwirrung sind, und selten ein gutes Resultat hervorbringen. Denn die meisten Wähler haben von den zur Verwaltung des gemeinen Wesens nöthigen Tugenden und Eigenschaften gar keinen Begriff, und sind auch gewöhnlicher Weise nicht einmal frey genug, um ihre Stimme nach innerer Ueberzeugung dem Würdigsten zu ertheilen; ihr Stimmrecht hat für sie keinen anderen Werth noch Zweck, als etwa einem Gönner oder einem Freund einen vorübergehenden Dienst zu erweisen. 35) Wer gewählt

---

35) Selbst die sogenannt gebildeten mittleren Bürger-Classen sind gar nicht immer so unabhängig, als man glaubt. Der Handwerker und Kaufmann will seine Kunden, der Arzt seine Pa-

werden will, wird gleichsam zur Heuchelei gezwungen; er muß nicht seinen Oberen schuldige Achtung beweisen, sondern einem unwissenden, wankelmüthigen, leidenschaftlichen Volkshaufen schmeicheln, den er oft im Grunde wenig schätzt, und der gewöhnlich noch von Faktionen beherrscht wird. Verstellung und dienstbare Mittelmäßigkeit erhalten allein den Sieg, während gerade die würdigsten und fähigsten Subjekte, deren treuer und offener Charakter niedrige Demagogen-Künste verschmäht, zurückbleiben müssen, oder aus Bescheidenheit sich gar nicht einmal anmelden. So verderben die Volks- oder Bezirks-Wahlen die Moralität sowohl der Bürger als der Magistraten selbst; jeder denkt nur an seine sichtbare Partei, nicht an das unsichtbare Gemeinwesen, und man kann sich glücklich schätzen, wenn es nicht zum förmlichen Stimmen-Kauf, zu gröberen oder feineren Bestechungen, zu Gaftereien, oder gar zu Drohungen kommt, und so das Wohl der Republik dem zufälligen Resultat des Eigennuzes, der Berauschung oder des Schreckens preisgegeben wird. Alle diese Uebel sind nothwendige Folgen der fehlerhaften Methode, den großen Rath oder den stellvertretenden Ausschuss durch einzelne Abtheilungen der Bürger wählen zu lassen, und man sieht auch hierin einen Lehr-

---

tienten nicht verlieren, der Notar hat den Capitalisten zu schonen, dessen Vermögen er etwa verwaltet; ein vierter ist vielleicht Miethsmanu oder Schuldner des zu wählenden Candidaten, ein fünfter sein Verwandter oder Jugendfreund, und darf ihm die verlangte Gefälligkeit nicht abschlagen u. s. w. Unter tausend solchen Wählern nimmt kaum einer auf das Verdienst oder auf die Fähigkeit zu der betreffenden Stelle Rücksicht.

reichen Beweis, wie sehr die Verletzung der Gerechtigkeit überall und immer mit Nachtheilen verbunden ist.

Dagegen ist die Ergänzungs-Art durch den stellvertretenden Ausschuss selbst, oder durch ein von ihm ernanntes beträchtliches Wahlcollegium, ungleich rechtmäßiger, und bringt eben deswegen auch bessere Resultate hervor. Denn jedes freye Corps ergänzt sich selbst, und die Majorität des gesammten Ausschusses kann allerdings für die Mehrheit der ganzen Bürgerschaft angesehen werden. Da sie diese letztere in allen übrigen oft viel wichtigeren Geschäften repräsentirt, und wegen der Unmöglichkeit ihrer Versammlung repräsentiren muß: so sieht man nicht ein, warum sie dieselbe auch nicht für die Wahl einzelner oder mehrerer Mitglieder repräsentiren könnte. Der Ausschuss ist mit einem Worte in verjüngtem Maßstab die ganze Genossenschaft selbst, und durch die Natur der Dinge bestimmt, in allen Dingen ihren Platz zu vertreten; dabei ist er auch in jedem Fall viel zahlreicher als irgend eine einzelne Zunft- oder Bezirks-Versammlung, und hat aus diesem doppelten Grund ein viel natürlicheres Wahlrecht als diese letzteren. Offenbar wird er auch den Willen der ganzen Gemeinde viel eher treffen, als irgend eine besondere Abtheilung, die nur auf ihren engen Localkreis Rücksicht nimmt, und es läßt sich mit Grund vermuthen, daß ein von dem höheren stellvertretenden Rath, von den Honoratioren aller Bürger-Classen, aller Bezirke, erwähltes Mitglied auch von der ganzen Bürger-Versammlung gut geheißen worden wäre. Bei dieser Wahlart ist ferner keine künstliche Vertheilung der Rathsglieder auf einzelne Localitäten oder ihre wandelbare Bevölkerung nothwendig: der Ausschuss oder sein Wahl-Collegium wählt



sie alle zusammen ohne Unterschied aus der ganzen Bürgerschaft; die Idee ihrer Einheit, mithin auch ihrer Kraft, wird beständig erneuert und belebt; der Gedanke kann gar nicht aufkommen, daß sie in verschiedene, vielleicht gegen einander feindselig gesinnte Bruchstücke zerspalten sey. Ferner haben auch die Magistraten und andere Obere ungleich mehr Fähigkeit und Interesse, nur die würdigsten und brauchbarsten Subjekte in den großen Rath zu wählen. Sie wissen, was zur Verwaltung des gemeinen Wesens gehört, welches man hingegen nicht bei jedem anderen Bürger voraussetzen kann; auf einen höheren Standpunkt gesetzt vermögen sie Personen und Sachen besser zu überschauen; durch die verschiedenen Geschäftszweige mit allen Classen, besonders aber mit denen in Berührung, die sich in untergeordneten Stellen zur künftigen Laufbahn vorbereiten, kennen sie den tauglichen Nachwuchs, die Eigenschaften und Fähigkeiten aller Bürger, die sich mithin nicht selbst hervordrängen und zu rühmen brauchen. Ein Corps, das sich selbst ergänzt, ist übrigens bereits durch seine eigene Ehrliche interessirt, nur würdige und achtungswerthe Mitglieder in seinen Schooß aufzunehmen, weil niemand sich gern selbst beschimpft, wohl aber von einer fremden partiellen Versammlung beschimpft werden kann; und wenn auch bei den Wählern väterliche und verwandtschaftliche Liebe mitwirkt, was im Allgemeinen gar kein Uebel ist: so macht es ihnen doch ihr eignes Interesse zur Nothwendigkeit, sich vorzüglich fähige und brauchbare Gehülfen beizugesellen, welche den früheren Mitgliedern die Last der Geschäfte erleichtern und allmählig abnehmen können. Hier sind auch die Wähler unabhängig; sie haben schon, was andere suchen, und werden weder durch Furcht noch durch

Eigennutz gehindert, ihre Stimme den Würdigsten zu ertheilen. Diese Wahlart ist endlich viel ruhiger, einfacher, der Ordnung der Natur angemessener; sie entzündet keine Leidenschaften und verderbt den sittlichen Charakter nicht. Sie bewirkt keine Zwietracht, keine stürmische Unordnung; die Annäherung der Wahl, besonders einer periodischen, wo viele auf einmal gewählt werden, ist im Gegentheile eine Epoche der Hoffnung und stillen Prüfung, ein bevorstehendes moralisches Gericht, wo jeder sich selbst mehr beobachtet, seinen guten Namen sorgfältiger schont, wo alle Pflichten gewissenhafter als sonst erfüllt werden. Der natürlichen Ordnung gemäß ziehen die Väter ihre Kinder, die Oberen ihre Untergebenen zu sich hinauf, und diese wahre Erhebung ist für letztere viel ehrenvoller, als wenn sie um die Gunst eines Volkshaufens buhlen müßten, den man weniger hochachtet, und der nicht so viel Ehre zu geben vermag, weil er sie selbst nicht besitzt. Hier brauchen die Candidaten sich nicht zu verstellen, nicht unbescheidenen Ehrgeiz öffentlich an den Tag zu legen, nicht in Gastereien und Bacchanalien Vermögen, Gesundheit und Sitten zu opfern; sie werden im Gegentheil selbst gesucht, und bedürfen bey tadellosem Betragen nichts weiter als sich zu zeigen wie sie sind, und übrigens ihren Magistraten die schuldige Achtung und Ehrfurcht zu beweisen, was überall anständig und pflichtmäßig, in Republiken aber nothwendiger als in anderen Verhältnissen ist. Aus allen diesen Gründen ist es daher keinem Zweifel unterworfen, und wird durch die Geschichte aller Republiken bestätigt, daß die Wahl oder Ergänzung von oben herab viel bessere Resultate hervorbringt, und daß hier, wie überall, die wahre, naturgemäße Gerechtigkeit sich stets in ihren Folgen belohnt.

Endlich ist noch zu bemerken, daß eine periodische Ergänzung des großen Rathes entweder nach einem bestimmten Zeitpunkt, oder von einer gewissen Anzahl Mitglieder, für die Erfrischung des Gemeingeistes und für die allgemeine Zufriedenheit viel zweckmäßiger ist als die individuelle, wo jedes abgehende Mitglied sogleich wieder ersetzt wird. <sup>36)</sup> Vorerst ist diese letztere Ergänzungs-Art gar nicht nothwendig, denn die überbleibenden Mitglieder können die Gemeinde eben so gut repräsentiren, sie bleiben stets die nemliche kollektive Person. Irgend eine Zahl von Ausgeschlossenen, oder vielmehr ein Maximum, welches sie nicht überschreiten darf, muß freylich festgesetzt werden, aber dieses Maximum braucht nicht immer vollständig zu seyn. Ohnehin können nie alle Mitglieder jeder Versammlung bewohnen, und ob also einzelne oder mehrere durch Tod oder durch Krankheit, Reisen oder andere Geschäfte abwesend seyen, ist an und für sich gleichgültig. Die individuelle Ergänzung begünstigt die falsche Idee, daß das Recht, im großen Rath, d. h. in der verjüngten Genossenschaft zu sitzen, ein wirkliches Amt sey, da es doch im Grunde kein Amt, sondern eine bürgerliche Eigenschaft, eine persönliche Würde ist, die mit dem Tode wegfällt, und die damit verbundenen Pflichten gar wohl durch die übrigen ausgeübt und vertreten werden können. Dabei macht jene

---

36) Die periodische Ergänzung fand z. B. in Bern statt, wenn achtzig Mitglieder, und in Genf, wenn deren vierzig mit Tod abgegangen waren. Die individuelle hingegen ist überall üblich, wo die Mitglieder von einzelnen Abtheilungen der Bürgerschaft gewählt werden, weil man sie dann als Repräsentanten dieser Zünfte oder Bezirke ansieht, was sie im Grunde doch nicht sind.



Methode fast jeden Augenblick neue Wahlen nothwendig, die stets eine Epoche von Unruhe und Zwentracht, in jedem Falle aber höchst zeitverderblich sind, und in dem Gang der wichtigsten Geschäfte eine nachtheilige Störung verursachen. Da bei der individuellen Ergänzung nur Einer gewählt werden kann, so werden alle Zurückgebliebenen unzufrieden, und dieses bewirkt neuerdings Entfernung der Gemüther, die stets der Republiken größtes Uebel ist. Daher führt auch diese Ergänzungs-Art unvermeidlich zu einer Art von Erblichkeit; denn gerade um jenen Feindschaften vorzubeugen, und den Frieden zu erhalten, wird es nach und nach zur angenommenen Maxime, und zum stillschweigenden Vertrag, dem Sohne oder Verwandten des Verstorbenen, ohne Rücksicht auf mehrere oder mindere Tauglichkeit, den Vorzug zu geben, welches aber dem Geist einer Republik durchaus nicht angemessen ist, in den Nachkommen solcher Rathsglieder nur Trägheit und Sorglosigkeit pflanzt, und sie veranlaßt, die Stelle, die sie dem Zutrauen ihrer Oberen verdanken sollten, als ein persönliches Recht, oder als ein ihnen zukommendes Erbe zu betrachten. Endlich reißt bei der individuellen Ergänzung in den Räthen der Republiken allmählig eine verderbliche Muthlosigkeit und Erschlaffung ein, gleichwie das nie bewegte, nie erneuerte Wasser zuletzt zum Sumpfe wird. Wo nur allmählig ein Einzelner eintritt, da kann nie der Gemeingeist erfrischt, neues Leben, neue Kraft in die Versammlung gebracht werden; und wenn daher einst schlechte Gewohnheiten eingerissen, Mißbräuche und falsche Grundsätze herrschend geworden sind: so ist bei dieser Ergänzungs-Art keine Rettung mehr möglich; die vielen fruchtlosen Versuche, eine kraftvollere Majorität zu bilden, und die alternde Re-

publik gleichsam zu verjüngen, machen zuletzt auch die Guten muthlos, nehmen den Bürgern und Magistraten alle Hoffnung einer besseren Zukunft, tödten dadurch allen Gemeingeist, und bewirken nur einen selbstsüchtigen Egoismus, der die Republik immer mehr dem Verderben und dem Untergang entgegenführt.

Dagegen hat die periodische Ergänzung, die gewöhnlich nur dann vorgenommen wird, wenn durch Tod oder Entlassung ein Dritttheil oder Viertheil der früheren Mitglieder mangelt, erstlich den großen Vortheil, daß sie stets an die Rechte der ganzen Genossenschaft erinnert. Es werden z. B. auf einmal achtzig bis neunzig angesehene Bürger aus dem Schooß der ganzen Gemeinde gezogen, und dieses läßt nie vergessen, daß sie im Grund die Quelle ist, von der die Gewalt herkömmt, der Zwef, für welchen sie ausgeübt werden soll. Die Stelle im großen Rath erscheint auf diese Weise nicht als ein besonderes Amt, sondern offenbar als eine Stellvertretung, oder vielmehr als der Eintritt in die verjüngte Genossenschaft, in die politische Gemeinde selbst. Die periodische Ergänzung bewirkt auch weit mehr allgemeine Zufriedenheit: denn hier werden viele, ja die meisten, auf einmal befördert, man wünscht sich wechselseitig Glück, und dieses knüpft ein Band der Eintracht sowohl zwischen den beförderten als mit den wählenden Magistraten selbst; 37) der Zurückgebliebenen aber, deren billige Erwartung etwa

---

37) In Bern sagte man z. B.: „ich bin von der nemlichen Promotion; er ist mein Promotions, Camerad,“ u. s. w. und dieses bildete immer etwas Gemeinschaftliches, was solche Männer an einander knüpfte, wenn sie sich auch sonst wenig kannten.

getäuscht worden, giebt es wenige; ihre Klagen verhalten unter der allgemeinen Freude, und sie werden bald darauf entweder mit anderweitigen Stellen, oder mit künftigen Hoffnungen getröstet. 38) Endlich wird auch durch die periodische Ergänzung der Gemeingeist erfrischt, und neues Leben, neue Thätigkeit in die Republik gebracht. Sie ist eine Epoche der Hoffnung, der Erneuerung und Verjüngung, deren es in Republiken ohnehin so wenige giebt; die, gleich dem Thronwechsel in Monarchien, jedermann die Abstellung von Mißbräuchen, die Beförderung alles Guten erwarten läßt, und eben dadurch selbst vorhandene Mängel leichter ertragen lehrt, die reelle Unzufriedenheit mäßigt und beruhiget. Achtzig bis neunzig neu eintretende Mitglieder, die ungefähr den dritten Theil der ganzen Versammlung ausmachen, bilden zwar keine besondere Partey, und sind nicht in allen Dingen einerley Meynung; aber sie bringen doch im Allgemeinen die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Zeitgenossen zur Sprache, sie wollen durch irgend etwas ihre Liebe zum Guten, ihren Eifer für das Vaterland beweisen, durch jugendliche Verhältnisse unter einander mehr bekannt und befreundet, theilen sie sich häufiger die Ideen mit, und flößen sich wechselseitig Muth ein; vereint mit

---

38) Im alten Bern gab es besonders seit dem achtzehnten Jahrhundert eine Menge ziemlich einträglicher und ruhiger, vorher auch von großen Rathsgliedern bekleideter Stellen, die gleichsam durch stillschweigenden Vertrag den sogenannten Unglücklichen vorbehalten blieben, worunter man diejenigen verstand, welche, bey billigen und wahrscheinlichen Hoffnungen, dennoch in einer Regiments-Ergänzung zurückgeblieben waren. Es fehlte ihnen beynahe nicht, daß sie bey der ersten oder zweyten Vacanz ein solches Amt erhielten, und dadurch wieder zufrieden gestellet wurden.



einem Theil der früheren Mitglieder, und gewöhnlicher Weise fleißiger in den Versammlungen anwesend, können sie daher leicht eine andere Majorität hervorbringen, schlechte Gewohnheiten ändern, und bessere Maximen herrschend machen. Ja selbst die älteren Mitglieder sehen gewöhnlich dem Zeitpunkt einer solchen periodischen Ergänzung freudig entgegen; sie erwarten mit Ungeduld jenen Nachwuchs tüchtiger Gehülfen, deren Thätigkeit ihnen die Geschäfte erleichtert, deren Eifer sie ermuntert, deren Zahl dem Guten das Uebergewicht, den Beschlüssen selbst mehreres Ansehen verschafft. Auf der anderen Seite ist auch gar nicht zu befürchten, daß ein solch bedeutender Eintritt neuer Mitglieder etwa die Unordnung begünstigen, Constitutionen und Gesetze erschüttern möchte. Obuehin ist in Republiken alles Wesentliche beharrlich, und jede Veränderung außerordentlich schwierig; die neu eintretenden Glieder sind alle in den republikanischen Maximen, Formen und Uebungen gleichsam empfangen, geboren, erzeugt; die Traditionen und herrschenden Gewohnheiten werden ihnen zur zweiten Natur. Dabei werden sie gewöhnlich in einem Alter von dreißig bis vierzig Jahren erwählt, wo der jugendliche Leichtsinns bereits reiferem Urtheil Platz gemacht hat, und wo sie durch vielseitigere Interessen an Erhaltung der Ruhe und Ordnung geknüpft sind. Sie kommen endlich zu ihren Vätern, ihren Brüdern und Verwandten, die ihnen Achtung einflößen, deren Erfahrung sie benutzen, und von denen sie allenfalls wohl würden in Schranken gehalten werden; daher auch die Geschichte aller Republiken beweiset, daß die periodische Ergänzung ihrer großen Räthe auch in dieser Hinsicht mit keinen Nachtheilen verbunden war, daß in denselben die gesetzliche Ordnung eben so

gut aufrecht erhalten wurde, daß sie sich aber mehr als andere durch innere Kraft, lebendigen Eifer und höheren Gemeingeist auszeichneten.

## Dren und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung der Constitutions-Gesetze.

#### 3. Kluge Wahl-Formen.

- I. Das Wahlrecht kommt in der Regel der ganzen Gemeinde oder ihrem stellvertretenden Ausschusse zu, es sey dann, daß sie es anderen Behörden übertragen haben.
- II. Bedingungen der Wahlfähigkeit sind für die eigentlichen Aemter und Bedienungen zweckmäßig, und müssen auf Würdigkeit und Fähigkeit zu dem betreffenden Amte Rücksicht nehmen. Doch ist auch hier ein billiges Maas zu beobachten.
- III. Der wirkliche Vorschlag aus der Zahl der Wahlfähigen geschieht entweder durch die Anmeldung der Candidaten oder durch die Wählenden selbst. Vortheile beider Methoden.
- IV. Zu einer vollkommenen Wahlform wird erfordert, daß kein Mitglied von seinem Vorschlags- oder Stimm-Recht, keiner von seiner gesetzlichen Wahlfähigkeit ausgeschlossen, und das Resultat der Wahl stets das Produkt einer absoluten Majorität sey.
- V. Häufige Verletzungen dieser Regel durch mancherley Künste-legen, und sogar durch Einführung des Looses, als vermeintes Correctiv-Mittel.
- VI. Angabe einer einfachen und kurzen Wahlform, die das Problem genau auflöst, und alle Vortheile vereinigt.

Kluge Wahlformen sowohl für die Ergänzung des größeren stellvertretenden Ausschusses und des engeren Regie-



rungs-Collegiums, als auch für die Besetzung aller übrigen, besonders dann der höheren Aemter und Bedienungen, sind in Republiken einer der wichtigsten, aber auch der schwierigsten Punkte. Sie liefern einen neuen Beweis von den Inkonvenienten, die mit der Natur einer kollektiven Person verbunden sind. Die Wahl von Seite eines Fürsten oder Einzelherren hat nicht die geringste Schwierigkeit, denn hier ist mit einem einzigen Willen alles abgethan; die wählende Person erscheint nie unter den Wahlfähigen, und ist für die Verrichtung dieses Geschäfts weder an Zeit und Ort, noch an besondere Formen gebunden. Bei einer wählenden Communität hingegen müssen nicht nur die Mitglieder irgendwo versammelt, und der Wille der Mehrheit muß durch künstliche Operationen herausgebracht werden: sondern es tritt dabei oft noch der sonderbare Umstand ein, daß die Stimmberechtigten selbst in die Wahl kommen, daß die Wählenden zugleich wahlfähig sind, sogar gegen einander concurriren, und in diesem Fall von ihrem Stimmrecht ausgeschlossen werden. Dabei hat jeder seine Freunde oder Verwandte unter den übrigen Wählern, es werden mancherley Sollicitationen und andere Kunstgriffe versucht, die oft ein eben so unerwartetes als nachtheiliges Resultat hervorbringen: daher verständige Wahlformen, durch welche der wahre Wille der Majorität herausgebracht wird, unendlich viel zum Wohl und Heil der Republik beitragen können.

Bei allen republikanischen Wahlen sind nothwendiger Weise drey verschiedene Dinge zu betrachten: 1° das Wahlrecht, 2° die Wahlfähigkeit, und 3° die Form der Wahl selbst. Das Recht zu wählen kommt



in der Regel allerdings der ganzen Gemeinde, oder dem sie repräsentirenden Ausschusse, als dem kollektiven Fürsten zu, es sey dann, daß er es anderen Behörden übertragen habe. Nun ist es freylich, des großen damit verbundenen Zeitverlustes wegen unmöglich, daß eine ganze zahlreiche Gemeinde, oder diejenige Versammlung, welche in einer Republik die höchste Gewalt vorstellt, gleich einem Einzelherren, alle ihre Beamte und Diener selbst erwählen könne. Sie müßte dazu fast jeden Augenblick versammelt werden, sie hätte gewöhnlich von den Verrichtungen des Amtes und von den Eigenschaften der sich dafür meldenden Candidaten keine Kenntniß, und für die letzteren selbst wäre es äußerst beschwerlich, sich bey einer so großen Menge von Mitgliedern persönlich empfehlen zu müssen. Also ist die höchste Versammlung einer Republik zu ihrem eigenen Besten freylich genöthiget, viele Wahlen ihrem engeren Ausschusse, d. h. dem eigentlich dirigirenden Collegio oder anderen untergeordneten Behörden zu überlassen. Aber die Klugheit erfordert von ihr, sich wenigstens die Besetzung aller wichtigeren, mit der höchsten Gewalt in unmittelbarem Verhältniß stehenden Aemter und Bedienungen, wie z. B. die ihres Ehrenhaupts, ihres obersten Sekretärs, sämtlicher Mitglieder des dirigirenden Rathes und der von ihnen besetzten Stellen, der Präsidenten und Beysitzer in den vornehmsten Collegien und Disasterien, der oberen Befehlshaber über die Truppen, der Gesandten bey auswärtigen Mächten, der ersten Beamten in den verschiedenen Theilen des Gebiets u. s. w. vorzubehalten: denn in Republiken, wo der kollektive Souverain nicht so sehr in die Augen fällt, ist es noch mehr als in Monarchien nothwendig, daß das Band der Abhängigkeit und der Dankbarkeit nicht

an einzelne Optimaten, sondern nur an die ganze Communität geknüpft, und diese letztere stets als die Quelle aller Ehren und alles untergeordneten Einflusses betrachtet werde. 1)

So wenig gesetzliche Bedingungen der Wahlfähigkeit für den stellvertretenden Ausschuss selbst dem Geist einer wahren Republik entsprechen: 2) so sind sie hingegen für die mit besonderen Pflichten und Arbeiten verbundenen Aemter und Bedienungen nothwendig und nützlich. Wenn sie auch schon nicht allemal ihren Zweck erreichen, zumal die geforderte Bedingung den wirklichen Besitz der nöthigen Fähigkeit nicht garantirt: so beschränken sie doch die allzugroße Concurrrenz, und befördern dadurch den Frieden; sie verhindern wenigstens regellose Willkühr und gar zu auffallende Irrthümer; sie setzen den Faktionen und dem Personal-Credit einen Damm entgegen, und bewirken auch eine gewisse Stabilität der Dinge, indem sie den Bürgern, die sich einem bestimmten Fache widmen, die billige und ermunternde Hoffnung geben, auch in demselben angestellt und befördert zu werden. Natur-

1) In den neueren Revolutions-Republiken, die viel von den frühern monarchischen Gewohnheiten beibehielten, ist man sehr von diesem Princip abgewichen, und gab einem Directorio oder sogenannten Vollziehungs-Rath nicht nur die Disposition über Truppen und Geld, sondern noch die Ernennung zu allen Stellen und Aemtern ohne Ausnahme. Er hatte also in der That die höchste Gewalt, und sollte sie in den Augen des Volks doch nicht vorstellen! Keine einzige der älteren und wahren Republiken hat sich eine solche Ungeheimtheit zu Schulden kommen lassen.

2) Siehe oben S. 351 — 358.

licher Weise sollen die Wahlfähigkeits-Bedingungen auf die präsumirte Würdigkeit und Fähigkeit zu den Verrichtungen des betreffenden Amtes möglichste Rücksicht nehmen, und können daher nicht für alle Stellen die nemlichen seyn. Doch ist auch hier ein billiges Maaß zu beobachten, und nach den Regeln der Gerechtigkeit dürfen wenigstens nicht solche Bedingungen vorgeschrieben werden, deren Erfüllung den meisten Bürgern schlechterdings unmöglich ist, oder doch nicht von ihrem Willen abhängt. So kann man z. B. wohl ein gewisses Religions-Bekenntniß, ein bestimmtes Alter, vollbrachte Studien, abgelegte Proben oder frühere Arbeit in diesem oder jenem besonderen Fach, und je nach den Umständen sogar verheiratheten oder ledigen Stand fordern, weil diejenigen, welche die betreffenden Stellen wünschen, sich darauf gefaßt machen, und dergleichen Bedingungen leicht zu erfüllen sind. Wenn man aber um wahlfähig zu seyn, entweder bedeutendes Vermögen besitzen, oder Kinder haben, oder in einem gewissen Bezirk wohnen, oder nicht den nemlichen Geschlechts-Namen wie andere tragen müßte u. s. w.: so würde dieses einerseits gegen die betreffenden Bürger unbillig, anderseits der Republik selbst schädlich seyn, weil solche Bedingungen auch bey dem besten Willen nicht von jedem erfüllt werden können, und mittelst derselben oft die würdigsten Subjekte ausgeschlossen würden.

Da indessen nie alle Wahlfähige das betreffende Amt wünschen, noch über alle gestimmt wird: so muß immerhin aus denselben ein bestimmter Vorschlag gemacht werden, und dieser geschieht entweder durch die Anmeldung von Seiten der Candidaten, oder durch die Wählenden selbst; in welchem letzterem Falle gedachter Vorschlag



gewöhnlich einem besondern Collegio aufgetragen wird, aber in der Regel von jedem wählenden Mitglied vermehrt werden kann. Beide Methoden haben ihre Vortheile: die erstere ist vorzüglich bei untergeordneten Bedienungen passend, theils weil man, um nicht umsonst zu wählen, durch die Bewerbung selbst von der allfälligen Annahme dieser Bedienung versichert seyn muß, theils auch weil man dadurch die tauglichen Subjekte kennen lernt, indem, des Dünkels von Einzelnen ungeachtet, die Menschen überhaupt am besten wissen, wozu sie tüchtig sind, und sich im Allgemeinen ziemlich richtig zu classiren pflegen. Der Vorschlag von Seite der Wählenden selbst ist hingegen bei hohen Ehrenämtern und Auszeichnungen schicklich und zweckmäßig, theils weil hier die Bescheidenheit eine förmliche Bewerbung verbietet, und man nicht selbst verlangen soll, über seines gleichen hinaufgesetzt zu werden, theils weil sich die Annahme eines solchen Amtes fast immer präsumiren läßt, oder wenn auch die betreffende Person sich dasselbe verbitten sollte, es wenigstens für sie keine Unehre ist, zu den ersten Stellen vorgeschlagen und würdig erachtet worden zu seyn.

Ist endlich der Vorschlag gemacht und geschlossen: so bleibt noch die eigentliche Wahlform übrig, ein schwieriger und wichtiger Punkt, über welchen allein sich um so eher ein interessantes Buch schreiben ließe, als die Natur- und Staatsrechts-Lehrer diesen Gegenstand nur selten und niemalsen gründlich behandelt haben. Man pflegt zwar oft zu sagen, daß die Wahlformen darauf berechnet seyn sollen, dem Würdigsten und Fähigsten den Vorzug zu verschaffen. Allein theils kann dieses Resultat nicht durch die Form der Wahl, sondern nur durch

die Einsicht und Moralität der Wählenden selbst erreicht werden; theils ist auch das Princip sehr unbestimmt und mißbräuchlich, ja sogar nicht einmal ganz richtig. Zwar ist allerdings zu wünschen, daß jede Corporation bei ihren Wahlen vorzüglich auf Würdigkeit und Fähigkeit zu dem betreffenden Amte Rücksicht nehme; sie hat dazu einerseits die moralische Pflicht, um jene Tugenden möglichst zu ermuntern, anderseits ein mächtiges Interesse, um ihre eigenen Geschäfte besser zu fördern; aber von Rechtens wegen ist sie, gleich jedem Fürsten oder Privat-Herren befugt, zu ihrem Beamten denjenigen zu wählen, der ihr am besten gefällt. Zudem würden sich die Menschen über das relative Verdienst der zu wählenden Subjekte niemals einverstehen; jeder hält seinen Günstling für den würdigsten, und dieser Streit kann nur durch die Mehrheit der Stimmen ausgemacht werden, welche von allen anerkannt wird, oder anerkannt werden muß,<sup>3)</sup> und wenn sie in der That frey ist, im Allgemeinen auch am wenigsten trügt. Das Problem aller eigentlichen Wahlformen besteht also vielmehr darin, denjenigen Herauszubringen, den die Majorität der Wählenden wirklich will. Zu seiner vollkommenen Auflösung wird erfordert: 1° daß kein Wählender von seinem Vorschlags- oder Stimmrecht, 2° kein Mitglied von seiner rechtlichen Wahlfähigkeit ausgeschlossen werde, und 3° daß das Resultat der Wahl stets das Produkt einer wahren, und nicht nur scheinbaren absoluten Majorität sey. Kürze der Operation um Zeitverlust zu vermeiden, und Geheimniß der Stimmgebung um die Willens-Freyheit der Wählenden zu sichern, sind Neben-Vorthelle,

---

3) Vergl. oben S. 28 — 22.

auf welche dabei ebenfalls möglichste Rücksicht genommen werden muß. Alles das ist aber gar nicht so leicht, als man glaubt, mit einander zu vereinigen, und daraus erklärt sich auch, daß die meisten Republiken, gerade bei den wichtigsten Wahlen, die wunderlichsten Künsteleien angenommen, und sich in die seltsamsten Abwege verirret haben.

In der That, wer immer in Republiken gelebt, oder anderen zahlreichen Versammlungen beigewohnt, und den Gang der Dinge beobachtet hat, der wird sich überzeugen haben, welcher unausstehlichen Zeitverlust die vielfältigen Wahlen verursachen, und wie oft es durch fehlerhafte Formen geschehen kann, daß dieselben im Grunde nur das Produkt der Minorität sind, und die wahre Majorität in die Unmöglichkeit versetzt wird, denjenigen zu wählen, den sie eigentlich will, und der es auch gewöhnlich am besten verdient hätte. Dieses Inkonvenient tritt z. B. ein, oder kann wenigstens allemal eintreten, 1° wenn der Vorschlag einzelnen, entweder gesetzlich bestimmten oder durch's Loos erwählten Personen ausschließlich überlassen ist, und durch die übrigen Wähler nicht vermehrt werden darf, so daß derjenige, den vielleicht die große Mehrheit gewollt hätte, gar nicht einmal in die Wahl kommt. 2° Wenn zu viele, theils unnöthige, theils manchen Mitgliedern unerreichbare Wahlfähigkeits-Bedingungen vorgeschrieben werden, 4) wodurch dann oft entsteht, daß gerade die besten Subjekte, auf welche sich sonst alle Stimmen vereinigen hätten, ebenfalls nicht gewählt werden können, und hingegen andere gewählt werden müssen,

---

4) Vergl. oben S. 390.



die man im Grunde nicht will. 3° Wenn die in der Wahl befindlichen selbst, und alle ihre Verwandte etwa bis in den zweiten oder dritten Grad der Blutsfreundschaft oder Schwägerschaft den Austritt nehmen müssen, folglich weder für sich, noch für andere mitstimmen können, und also das überbleibende wählende Tribunal auf einen kleinen Theil des Ganzen beschränkt wird, unter welchem dann wieder die bloße Mehrheit entscheidet. 4° Wenn ein Theil der Wählenden oder der Vorgesetzten durch das Loos von ihrem Stimmrecht oder von ihrer Wahlfähigkeit ausgeschlossen werden, so daß in ersterem Fall wieder die Minorität wählt, in letzterem aber es oft begegnet, daß selbst die Majorität nicht nur diejenigen Personen, welche sie will, nicht wählen kann, sondern sogar für solche stimmen muß, welche sie nicht will. 5) 5° Wenn endlich unter mehreren Candidaten die

- 
- 5) Im alten Bern z. B. ward bey allen Wahlen ein Dritttheil des stimmenden Tribunals durch das Loos von dem Stimmrecht ausgeschlossen; es wählten also nur die übrigen zwei Dritttheile, unter welchen wieder die bloße Mehrheit galt. Bey den Rathswahlen dann wurden die vorgeschlagenen Subjekte vorerst nach und nach auf vier reducirt. Diese vier mußten unter sich das Loos ziehen, und diejenigen zwei, welche die vergoldeten Kugeln zogen, blieben allein in der letzten Wahl, woben dann oft begegnete, daß gerade die zwei besseren Candidaten, welche auch die meisten Stimmen für sich hatten, durch das Loos ausgeschlossen wurden, und die große Majorität des Tribunals gezwungen wurde, unter zwei anderen zu wählen, von denen sie im Grund keinen von beiden wollte. Oft kam auch gerade der wenigst Beliebte durch das Loos in die letzte Wahl, und mußte, wie man sich auszudrücken pflegte, manchem anderen zum Brücklein dienen.

blos relative Mehrheit gilt, <sup>6)</sup> so daß z. B. bei zweihundert und vierzig stimmenden, und gehen in die Wahl geschlagenen Personen, eine der letzteren mit fünf und zwanzig Stimmen erwählt werden könnte, statt daß sie deren wenigstens einhundert ein und zwanzig haben sollte; eine Methode, die so offenbar fehlerhaft ist, daß sie wohl nur aus Unwissenheit, oder der beliebten Kürze wegen hat angenommen werden können. Uebrigens ist leicht einzusehen, wie viele Mißbräuche noch durch solche Wahlformen veranlassen, und wie bequem sie von einzelnen Factionen zu ihrem Privatvorteil benützt werden können. Ist z. B. der Vorschlag ausschließlich einem kleinen Collegio überlassen, in welchem der würdigste Candidat entweder gar keine, oder nicht genug Freunde hat, so wird derselbe absichtlich nicht vorgeschlagen, damit die Majorität ihn nicht wählen könne; oder wenn das Collegium die Wahl auf einen seiner Begünstigten leiten will, so setzt es ihm auf dem doppelten Vorschlag vorseztlich ein untaugliches oder unangenehmes Subjekt entgegen, damit das Tribunal, welches nur unter diesen zweyen wählen darf, gleichsam genöthigt werde, den Ersteren vorzuziehen. Kann aber, wie gewöhnlich, jener Vorschlag von jedem stimmenden Mitglied vermehrt werden, so ist es möglich, und gar nicht ohne Beispiel, daß die verschiedenen Parteyen, nach vorher berechnetem Plan, eine Menge von Personen vorschlagen (in die Wahl thun), nicht um dieselben zu wählen, sondern blos um sie selbst samt ihren Verwandten zum Austritt zu zwingen, mithin dadurch ihres Stimmrechts zu berauben, und die Zahl der Gegner zu schwächen. Ist dann in dem überbleiben-

---

6) Siehe über dieselbe, was schon S. 94 – 96 gesagt worden.

den, obnehin sehr beschränkten Tribunal gar noch etwa die relative Mehrheit hinreichend: so begreift man, daß es einer einzelnen, kleinen, aber unter sich eng verbundenen Faktion äußerst leicht werden muß, ihre Anhänger mit sehr geringer Stimmenzahl zu den höchsten Aemtern zu erheben. Zwar sucht man die Inkonveniente dieses zahlreichen Austritts und der relativen Mehrheit dadurch wieder zu corrigiren, daß in mehreren auf einander folgenden Vornahlen jedesmal der schwächste an den Stimmen ab dem Vorschlag kömmt, oder wie man dies heißt, „ausgewählet“ wird, wo man ihn dann, nebst seinen Verwandten, wieder zu dem stimmenden Tribunal einberuft, und diese Operation so lange wiederholt, bis nur zwei Vorgeschlagene übrig bleiben, unter welchen zuletzt nothwendiger Weise die absolute Majorität entscheidet. Allein diese frenlich im Grund gerechtere Methode ist hinwieder mit so ungeheurem Zeitverlust verbunden, daß eine Wahl, die sonst in einer halben Stunde vortrefflich hätte beendiget werden können, oft vier bis fünf Stunden erfordert, daß sie daher für gewöhnliche minder wichtige Stellen unerträglich wäre, und daß man sie auch sogar bei den höchsten Ehren-Aemtern auf eine oder andere Weise willkührlich abzukürzen sucht. 7) Dazu kommen dann noch in allen Republiken der im engeren Sinn sogenannte Personal-Credit, der Einfluß mächtiger Familien, zahlreicher Verwandten, besonderer Privat-Verhältnisse, die Furcht, sich durch Ausschließung des einen

---

7) Z. B. durch Ausschließung mehrerer durch das Loos, oder dadurch, daß in einer zweyten Wahl nur noch unter denjenigen zwei erwählt wird, welche in der ersten Wahl die meisten Stimmen für sich hatten.



Feinde zu machen, die Hoffnung, sich durch Begünstigung eines anderen dankbare Freunde und individuelle Vortheile zu erwerben, welch alles den Willen der Wählenden mehr oder weniger nöthiget, anders zu stimmen, als sie es sonst nach innerer Ueberzeugung gethan hätten, so daß auch in dieser Rücksicht selbst die scheinbarsten Wahlen im Grunde keineswegs als das Produkt einer wahren und freien Majorität angesehen werden können.

Zwar muß man gestehen, daß jene Abweichungen von dem strengen Recht in der Wirklichkeit nicht immer so nachtheilig sind, als es nach der bloßen Theorie scheinen möchte; oft werden sie durch den guten Geist der Wählenden oder durch andere Umstände wieder corrigirt, und einige derselben mögen vielleicht des inneren Friedens wegen zu Vermeidung größerer Uebel bennähe nothwendig seyn. So z. B. kommen im gewöhnlichen Lauf der Dinge die würdigsten Subjekte doch auf den Vorschlag, selbst wenn derselbe einem besonderen Collegio ausschließend überlassen ist. Dieses Collegium hat sogar mehr Zeit nachzudenken, es richtet sich mehr oder weniger nach dem präsumirten Willen der Versammlung, und man weicht dadurch oft einer sehr unnöthigen Verlängerung der Wahlen aus. — Wenn auch die Candidaten und ihre Verwandten aus der Versammlung treten müssen, so wählen die übrigen doch manchmal den nemlichen, der in dem vollständigen Tribunal ebenfalls die Majorität gehabt hätte, und man kann ihm alsdann wenigstens nicht vorwerfen, daß er den erhaltenen Vorzug nur seinen Privat-Freunden verdanke. Wird ein Theil der Wählenden durch das Loos von ihrem Stimmrecht ausgeschlossen, so läßt sich im Allgemeinen vermuthen, daß

dieses Loos in ungefähr gleichem Verhältniß die Freunde der verschiedenen Candidaten treffe, und wenn auch bisweilen das Gegentheil eintritt, wenn durch einige Begünstigung des Zufalls, selbst eine ansehnliche Minorität hier und da ein von ihr gewünschtes Mitglied in das Raths-Collegium hineinbringt: so ist das Uebel eben nicht sehr groß; es trägt sogar zum inneren Frieden bey, und der Zurückbleibende tröstet sich mit dem Gedanken, die Balloten seyen ungünstig für ihn gefallen, seine Freunde hätten meist weiße Kugeln gezogen, und würden ein andermal glücklicher seyn. Wer endlich in den ersten Vorwahlen unter vielen Vorgeschlagenen schon eine bedeutende relative Mehrheit der Stimmen für sich hat: von dem ist in der Regel zu vermuthen, er würde bey einer geringeren Zahl von Candidaten auch die absolute Majorität erhalten, und diese Präsumtion wird meistens durch die Erfahrung bestätigt, zumal demjenigen, der in der ersten Vorwahl relativ der stärkere gewesen, bey jeder nachfolgenden Wahl von Seite der hereingerufenen Mitglieder neue Stimmen zuwachsen, so daß er zuletzt die absolute Mehrheit des ganzen Tribunals für sich hat. Das sind die Gründe, mit denen man die Verletzung der strengen Gerechtigkeit zu entschuldigen pflegt, und in einem übrigens gesunden Zustand der Republik mehr oder weniger entschuldigen kann.

Sobald aber einst herrschsüchtige Faktionen oder auch nur gewöhnliche Parteyungen entstehen, so sind auch die Inkonveniente jener fehlerhaften Wahlformen auffallend, und sie bewirken oft ein Resultat, das allgemeine Unzufriedenheit erregt. Dieses letztere ist im Grund allemal der Fall, wenn jemand gewählt wird, von dem man

fühlt, daß er durch die wahre und freye Majorität nicht erwählt worden wäre, oder wenn ein anderer, den jedermann gewünscht hätte, ausgeschlossen worden ist. Daher ist sich auch nicht zu verwundern, daß so viele Republiken in späteren Zeiten auf den Gedanken verfallen sind, die Wahlen dem Loos zu überlassen, oder wenigstens vielen Zufall in dieselben einzumischen. Solches geschah jedoch nie ursprünglich, sondern nur nach offenbaren und oft wiederholten Mißbräuchen, denen man nicht anders abzuhelpen wußte. Man suchte dadurch den inneren Frieden zu erhalten, und gefährlichen Parteyungen vorzubeugen, den oft unerträglich lästigen Zeitverlust zu vermeiden, und der Präpotenz einzelner Häupter, Faktionen oder Geschlechter entgegen zu wirken. Auch ist unter gleich Berechtigten und gleich Mächtigen das Loos oft das einzige Mittel, die Collisionen zu beendigen, und in jedem Fall bewirkt es weniger Unzufriedenheit als das offenbare Resultat der Minorität. So wurden zu Athen, mit Ausnahme einiger wenigen Hauptämter, fast alle Stellen verlooset. Das nemliche war auch in vielen Griechischen Staaten, in Groß-Griechenland, und in Rom für die Schreiber-Stellen beym öffentlichen Schaze üblich. 8) Zu Bern wurden die Landvogteyen, deren Verwaltung auf sechs Jahre beschränkt war, und von welchen daher alle Jahre ungefähr acht erledigt wurden, unter den verheyratheten Mitgliedern des großen Raths durch das Loos gezogen, jedoch nach einer gewissen Rang-Ordnung, kraft welcher die Mitglieder einer späteren Promotion nicht mit denjenigen einer früheren, und diejenigen, welche bereits eine Landvogtey ausbedient hatten, gar nicht zum

---

8) Hüllmann Staatsrecht des Alterthums, S. 136.



Loos concurriren konnten, so daß man bey längerem Warten eben nicht viel verlor, und in seinem Rehr fast jeder zu einem solchen Amte gelangte. Bey allen anderen wählbaren Stellen ward das stimmende Tribunal mittelst ungleichfärbiger (vergoldeter oder versilberter) Balloten oder kleinen Kugeln auf zwey Dritttheile reducirt, so daß das Loos hier auf einen Theil der Wähler fiel, damit man die Stimmen nicht so genau zum voraus berechnen könne, irgend etwas dem Zufall überlassen bleibe, und dadurch bittere Vorwürfe und Feindschaften vermieden werden. Zu Basel wurden fast alle Aemter, sogar die Lehrstellen an der Universität, unter den Candidaten verlooset, doch so daß die Professoren allfällig ihre Person gegen einander austauschen konnten. Zu Frenburg fand für viele Stellen eine ähnliche Verloosung statt. Man stimmte durch kleine Kugeln (Balloten) in verschiedene neben einander befestigte Schachteln (Ballotendrüsen), deren jede mit dem Namen eines Candidaten bezeichnet war, die aber unten keine Scheidewand hatten. Dann wurden diese Schachteln mehrere Mal unter einander gerüttelt, nachher geöffnet, und derjenige Candidat, bey welchem sich die meisten Kugeln fanden, war erwählt. Und gleichwie der Mensch stets seine Thorheiten zu entschuldigen sucht, so meinte man, die Wahlen seyen auf diese Art nicht den Leidenschaften oder dem trüglichen Willen der Menschen, sondern der weiseren Vorsehung überlassen. Allein die Vorsehung dispensirt die Menschen nicht, Tugenden und Fähigkeiten theils selbst zu erwerben, theils bey anderen zu erkennen und aufzumuntern. <sup>9)</sup> Man kann

---

9) Der Kirche, die doch auch an Gott und Vorsehung glaubt, ist wenigstens nie eingefallen, die Wahl ihrer Vorsteher und

und soll sich zwar auf dieselbe verlassen, wenn man von seiner Seite nach möglichsten Kräften alles gethan hat, was zum guten Erfolg beiträgt; sie belohnt den Pflichter, den redlichen Willen, dient aber der pflichtvergesenen Trägheit nicht zum Polster, und die Einführung des Looses ist immerhin anstößig, schlägt alle Anstrengung, alle Nacheiferung nieder, und heißt im Grunde nichts anders, als ein größeres Uebel an Platz des kleineren stellen, dasjenige, das nur selten eintritt, mit einem solchen vertauschen, das zur gesetzlichen Regel wird. Den Schwierigkeiten, den nicht zu verkennenden Mißbräuchen republikanischer Wahlen läßt sich durch andere Mittel vorbeugen, und wir halten es nicht für unmöglich, eine einfache und kurze Wahlform anzugeben, die alle Vortheile der strengen Gerechtigkeit, der Freiheit, der wahren Majorität, des Geheimnisses u. s. w. in sich vereinigt, je nach den Umständen sehr verschieden modificirt werden kann, und gleich anwendbar ist, es sey nun, daß eine einzelne Person, oder mehrere zugleich erwählt werden sollen. Dazu ist vor allem nöthig, daß das ganze Tribunal aller Wählenden, denen überhaupt ein Stimmrecht zukommt, mit Einschluß der allfälligen Candidaten gezählt werde. Die Wahlfähigen sind bekannt, entweder durch die sich für das Amt anmeldenden Subjekte, oder durch alle diejenigen, welche die gesetzlichen Bedingungen erfüllen, und ihr Verzeichniß wird den stimmenden Mitgliedern ausgetheilt, oder, wenn es aus sehr wenigen Namen besteht, auch lediglich abgelesen. Auf demselben

---

Beamten, z. B. der Bischöfe und Pfarrer, dem Loos zu überlassen, unter dem Vorwand, daß das Urtheil der Menschen trügen könnte.

Bemerkt sich nun jeder Wählende insgeheim denjenigen, den er in die Wahl vorschlagen, oder für welchen er stimmen will, entweder durch Aufschreibung oder durch Ausschneidung des betreffenden Namens, oder auch nur durch ein schriftliches Zeichen. Ist aber kein gedrucktes Verzeichniß vorhanden, so schreibt der Wählende lediglich den Namen desjenigen, den er vorschlagen will, auf einen besonderen dazu bereiteten Zettel. Diese Zettel oder Verzeichnisse werden sodann durch den Sekretär oder einige Commissarien gesammelt, eröffnet, gezählt, das Resultat wird der Versammlung bekannt gemacht, und so sind Vorschlag und Stimmgebung in einer und eben derselben Operation vereinigt. Denn so oft einer auf den Zetteln vorgeschlagen wird, so viele Stimmen hat er auch, zumal man mit Recht vermuthen soll, und es sogar gesetzlich ist, daß jeder demjenigen, den er vorschlägt, auch seine Stimme geben werde.<sup>10)</sup> Findet sich nun, daß einer schon bey dieser ersten Wahl die absolute Majorität des ganzen wählenden Tribunals für sich hat, so daß ihm auch durch das successive Auswählen der übrigen auf dem Vorschlag befindlichen Mitglieder nur überflüssige Stimmen zuwachsen könnten: so ist er ohne anders erwählt, und es bedarf keiner weiteren Wahl. Vereinigt

---

10) In Bern war es z. B. bey Eidspflicht vorgeschrieben, daß jeder demjenigen, den er vorgeschlagen, auch so lange helfen solle, als er in der Wahl verbleibe. Hat er ihn für den Würdigsten gehalten, so soll er auch für ihn stimmen. Diese Verordnung war aber nothwendig, um dem Mißbrauch vorzubeugen, daß man wechselseitig eine Menge von Personen in die Wahl vorschlagen konnte, nicht um für sie zu stimmen, sondern nur um dieselben nebst ihren Verwandten zum Austritt zu nöthigen.



sich aber die Hälfte der stimmenden Versammlung nicht sogleich auf eine einzelne Person, so nimmt man die zwei oder drei stärksten, welche zusammen jene Majorität für sich haben, und unter denen allein sich die Sache zuletzt doch entscheiden müßte. Ueber diese letzteren nun wird auf die nemliche Weise noch einmal gestimmt, und so ist mit zwei oder höchstens drei einzigen Operationen alles regelmäßig abgethan. Die nemliche Methode ist anwendbar, wenn mehrere ähnliche Plätze, z. B. die sämmtlichen Mitglieder eines Collegiums auf einmal besetzt werden sollen, ein Umstand, der sonst unerträglich lästigen, aber auch durchaus unnöthigen Zeitverlust verursacht. Denn da hier jedes Mitglied für mehrere stimmen muß, und doch nach der gewöhnlichen Methode jedesmahl nur für Einen stimmen kann: so werden nach der gewöhnlichen Methode so viele verschiedene Wahl-Operationen erfordert, als es ledige Plätze giebt. Hingegen braucht es nicht mehr Zeit, um auf einem Verzeichniß der Wahlfähigen mehrere Namen zu bezeichnen als einen einzelnen, und so auf einmal für zehn bis zwölf Mitglieder zu stimmen. Oder wenn diese Operation, die noch einiges Nachdenken erfordert, vielen zu beschwerlich seyn sollte, so kann man auch über jeden Wahlfähigen oder jeden angeschriebenen Candidaten öffentlich durch Aufstehen und Sitzbleiben die Stimmen vernehmen, woben dann jeder Wählende so oft aufstehen darf, als zu besetzende Plätze sind. Alsdann sind nach vollendeter Zählung und Vergleichung der Stimmen alle diejenigen erwählt, welche sogleich die absolute Majorität des wählenden Tribunals für sich haben, und sollte diese Majorität auf mehrere Subjekte fallen, als es erledigte Stellen giebt, so haben diejenigen den Vorzug, welche sich der Einhelligkeit am

meisten näheren, und nehmen ihren Rang nach Maßgab der größeren oder kleineren Stimmenzahl, die sich für jeden Einzelnen erklärt hat. Auf solche Art können nicht nur zehn bis zwölf, sondern sogar achtzig bis neunzig Plätze beynah in der nemlichen Zeit wie ein einzelner besetzt werden. <sup>11)</sup> Diese Methode vereinigt übrigens alle Vortheile und löset das Problem über die Wahlformen ganz befriedigend auf. Denn es wird dabei niemand von seinem Vorschlags-, oder Stimmrecht, niemand von seiner gesetzlichen Wahlfähigkeit ausgeschlossen, und das Produkt einer solchen Wahl ist immer das Resultat einer absoluten Majorität der ganzen Versammlung. Dabei ist

---

11) So wurden z. B. bey einer periodischen Regiments-Ergänzung in Bern die achtzig bis neunzig vakanten Plätze im großen Rath besetzt. Das Verzeichniß aller wahlfähigen Bürger, welches gewöhnlich auf ungefähr sechshundert Personen anstieg, wurde vorher gedruckt, numerotirt und jedem der zwey und vierzig Electoren ausgetheilt. In einem Caf waren eben so viele Numern, als wahlfähige Personen. Diese Numern wurden eine nach der anderen gezogen, über die damit bezeichnete Person, nach Austritt seiner nächsten Verwandten, öffentlich votirt, die Zahl der Stimmen aufgeschrieben, und auf diese Weise fortgefahren, bis keine Numer mehr übrig blieb, mithin über jeden einzelnen Bürger abgestimmt war. Alsdann wurden die Stimmen verglichen, und es fand sich gewöhnlich, wie es auch nicht anders seyn konnte, daß die meisten einbellig erwählt waren, von den übrigen aber nahm man diejenigen, welche sich der Einbelligkeit am meisten näherten, bis alle Plätze besetzt waren. Diese einfache Wahlmethode war im Grunde vortrefflich, und die ganze Operation dauerte kaum vier Stunden. Hätte man hingegen einen Platz nach dem anderen besetzen, d. h. jeden einzelnen gegen alle andere abwägen und die zurückgebliebenen stets für die folgenden Plätze neuerdings vorschlagen wollen, so würde man kaum in zwey Monathen fertig geworden seyn.

die Stimmgebung geheim, und die ganze Operation so kurz, daß sie selbst bey einem Tribunal von zwey bis dreyhundert Personen kaum mehr als eine Stunde dauern kann. Auch ist sie mehrerer Modificationen fähig, ohne daß das wesentliche Princip aufgeopfert werde. So z. B. hindert gar nichts, daß irgend eine angesehene Behörde vorläufig zwey bis drey Subiecte vorschlagen könne, wosfern dieser Vorschlag für die übrigen stimmenden Mitglieder nicht bindend ist, sondern nur als eine ihnen gegebene Idee betrachtet wird. Eben so läßt sich bey einer allfälligen zweyten Operation, wo es um die endliche Abstimmung zwischen zwey einzelnen Candidaten zu thun ist, unbedenklich der Austritt ihrer Person und ihrer nächsten Verwandten festsetzen, theils wegen vermutheter Parteilichkeit, theils weil dadurch das Tribunal nicht sehr geschwächt wird, und es auch nicht schicklich ist, daß jemand für sich selbst, oder für seine nächsten Blutsfreunde stimme, folglich billiger Weise gefordert werden darf, daß er in solchem Fall auf sein Stimmrecht Verzicht leiste. Endlich können auch hier die Stimmen mit gefärbten Kugeln, mit schriftlichen Zeichen, oder für minder wichtige Stellen öffentlich durch Aufstehen und Sitzenbleiben gegeben werden. Dergleichen Wahlmethoden, zu deren Ausführbarkeit nichts weiter erfordert wird, als daß jeder Wählende schreiben, oder doch Gedrucktes und Geschriebenes lesen könne, sind oft in kleineren Privat-Gesellschaften üblich, wo man gerade wegen der minderen Wichtigkeit der Sache bloß durch den gesunden Verstand auf die einfachste und natürlichste Form geleitet wird. Da aber die Principien überall die nemlichen sind, so sieht man keinen Grund, warum die nemlichen Wahlformen nicht auch bey den großen und freyen Genossenschaf-



ten anwendbar seyn sollten; ja wir getrauen uns zu behaupten, daß, wenn sie einst eingeführt wären, jedermann mit ihrer Billigkeit, ihrer Kürze und ihrem guten Resultat zufrieden seyn, und niemand mehr daran denken würde, sie abzuändern, viel weniger zu dem blinden Loos seine Zuflucht zu nehmen.

---

## Vier und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung der Constitutions-Gesetze.

#### 4. Kluge Deliberations-Formen.

---

- I. Ähnlichkeit derselben mit den Wahlformen. Die Aufgabe besteht ebenfalls darin, den eigentlichen Willen der Mehrheit herauszubringen, und dazu wird erfordert, daß a. niemand von seinem Vorschlag, b. niemand von seinem Stimmrecht ausgeschlossen werde, und c. der Beschluß stets das Produkt der absoluten Majorität aller Stimmenden sey.
- II. Häufige Verletzungen dieses Grundsatzes durch mancherley schwer zu vermeidende Mißbräuche, Factions- oder Präsidenten-Künste.
- III. Wesentliche zu beobachtende Regeln:
  - 1° Die Convocation der Versammlung muß nöthigen Falls auch ohne den Präsidenten gesetzmäßig möglich seyn.
  - 2° Die Initiative kommt in der Regel von dem dirigirenden Collegio; jedem Mitglied muß aber das Recht bleiben, gutfindende Anträge machen zu können. Natürliche Regel für die Behandlung solcher Anträge (Motionen.)
  - 3° Präliminar: Untersuchung des Gegenstandes. Wem sie zurzuweisen sey, und worin sie bestehe? In bloß beratenden Commissionen gilt keine Majorität der Stimmen.
  - 4° Eigentliche Berathung und Entscheidung.

- a. Hinreichend zahlreiches Tribunal.
- b. Austritt der bey dem Geschäft unmittelbar interessirten Personen. Theorie dieses Austritts zur Verhütung gefährlicher Mißbräuche.
- c. Genaue Bestimmung und Sönderung der entscheidenden Fragen oder Meinungen. Logische Regeln darüber und Beispiele.

IV. Die Schwierigkeit dieser Berathungs- und Abstimmungs-Methode ist eine Hauptursache so vieler fehlerhaften Beschlüsse in Republiken.

---

Kluge Berathschlagungs-Formen, durch welche der eigentlich allgemeine Wille vernommen, den Privat-Abichten einzelner Parteyungen vorgebeugt, die zu entscheidenden Fragen richtig bestimmt, und in ihrer natürlichen Ordnung vorgetragen werden, sind ebenfalls ein äußerst wichtiger Punkt, und können unendlich viel zur Zweckmäßigkeit der Beschlüsse selbst, mithin auch zum Frieden und zur Daur der Republik beitragen. Sie haben mit den Wahlformen ungemein viel Aehnliches, denn es wird hier über Sachen und Meinungen, wie dort über Personen gestimmt. Ihr Problem besteht ebenfalls darin, diejenige Meinung herauszubringen, welche der Mehrheit aller anwesenden Mitglieder am besten gefällt, und dazu wird abermal erfordert, daß niemand weder von seinem Vorschlags-, noch von seinem Stimmrecht ausgeschlossen werde, und jeder Beschluß immer der Ausdruck des für allgemein geachteten Willens, d. h. der wirklichen und nicht bloß scheinbaren Majorität aller Stimmenden sey. Die Verletzung dieser natürlichen Regel ist aber bey den Berathungen noch viel leichter und häufiger als bey den Wahlen, theils weil Vorschläge und Meinungen nicht so

sichtbar gesondert und sich wechselseitig entgegengesetzt sind, wie die Personen, sondern oft mehrere mit einander bestehen können, manche sogar vergessen werden; und endlich weil die meisten Menschen sich mehr für einzelne Personen als für Sachen interessieren, daher dann erfolgt, daß sie sich bei der geringsten Wahl zu irgend einem Amte zahlreich efinden, und ihre Rechte streng ausüben, während sie hingegen oft bei den wichtigsten Staatsgeschäften gleichgültig sind, von der Versammlung wegbleiben, und den Entscheid anderen überlassen. Wie oft daher diese Beschlüsse unter dem Scheine der Stimmen-Mehrheit im Grunde nur das Resultat der Minorität sind, wird jedermann wissen, der je in Republiken gelebt, oder solche auch nur beobachtet hat. Bald geschieht dieses durch ein in der Eile oder zur ungewohnten Zeit zusammenberufenes Tribunal, wo die meisten Mitglieder nicht bewohnen können, andere aber, die mit dem Präsidenten oder einer herrschsüchtigen Faktion einverstanden sind, zum schnellen Efinden besonders aufgefordert werden; <sup>1)</sup> bald werden die zu behandelnden Gegenstände (Tractanda) nicht zum voraus angezeigt, die betreffenden Rapporte oder andere Schriften nicht zur Einsicht in die Kanzley gelegt, so daß die meisten Mitglieder entweder nicht erscheinen, oder nicht auf die Sache vorbereitet seyn können, und mithin den Beschluß einer Minorität überlassen müssen, die man etwa vorher zu stimmen gewußt hat. Bald läßt der Präsident in einer schwach besuchten Versammlung, wo die befürchteten Gegner, oft sogar die sachkundigsten und einflußreichsten Mitglieder entweder zufällig oder in Pflichten-Geschäften abwesend sind, unver-

---

1) Vergl. S. 153.



mutbet die wichtigsten Gegenstände vortragen, um ohne Widerstand durchzusetzen, was sonst nie wäre gutgeheissen worden. Oft werden durch Mißbrauch des sogenannten Austritts (von dem wir bald weiter reden werden) viele Mitglieder und gerade die kenntnißvollsten wegen ange-dichtetem Privat-Interesse von ihrem Stimmrecht beraubt, und so die Versammlung auf eine sehr geringe Zahl von Gliedern beschränkt, die meist für das Gegentheil eben so sehr interessirt sind. Bisweilen wird durch die Unge-duld einer Partey zu frühzeitig abgestimmt, keine Um-frag gehalten, oder die Berathschlagung geschlossen, blos um andere, deren Einfluß man befürchtet, nicht zum Worte kommen zu lassen; 2) bisweilen hingegen der Ab-schluß eben so absichtlich verzögert, und durch gehaltlose Redneren in die Länge gezogen, um den Eindruck früherer gründlicher Reden zu schwächen, viele Mitglieder zur Verlassung des Saales zu bewegen, die Versammlung zu ermüden, und ihr gleichsam durch Hunger und Durst ei-nen ihr im Grunde widrigen Beschluß abzunöthigen. 3) Nicht minder pflegt man oft durch Furcht auf die Menge zu wirken, ihr durch vorgespiegelte Gefahren, falsche Rapporte oder eingeleitete Tumulte u. s. w. Schrecken ein-zuflößen, so daß die Stimmen der meisten nicht als das Resultat ihres freien Willens betrachtet werden können. 4)

---

2) Aux voix! aux voix! fermez la discussion etc., wie dieses seit den neuen Revolutions-Versammlungen üblich ist.

3) Tollere diem, diem consumere, wie bey den Römern. Auch Hobbes beschreibt diese Faktions-Künste sehr richtig, wozu ihm wahrscheinlich die Verhandlungen des Englischen long Parliament die Veranlassung gaben. De Cive. c. X. 11 — 12. und c. XII. 13.

4) Wie oft dieses in den Französischen National-Versammlungen

Kömmt es endlich zum Abstimmen, so werden von dem Präsidenten bald manche Vorschläge vergessen oder verschlungen, so daß viele Mitglieder nicht einmal nach ihrer Meinung votiren können; bald die zu entscheidenden Fragen unrichtig gesetzt, oder nicht in ihrer natürlichen Ordnung vorgetragen; bisweilen mehrere, die gesondert werden sollten, mit einander cumulirt; oft sogar ganze Dekrete mit vielen verschiedenen Dispositionen in globo zur Abstimmung gebracht, so daß man wider seinen Willen genöthiget wird, entweder das Gute mit dem Schlechten zu verwerfen, oder das Schlechte mit dem Guten anzunehmen; manchmal wird unter mehreren coordinirten Meinungen bloß durch die relative Mehrheit entschieden, und in allen diesen Fällen ist der Beschluß nur das Produkt der Minorität, oder es bleibt wenigstens wahrscheinlich, daß er von der reellen Mehrheit nicht wäre gutgeheissen worden. In dem Gebrauch jener verschiedenen Mittel bestehen die sogenannten Factions- oder Präsidenten-Künste, durch welche es gar oft möglich wird, die Majorität etwas anderes erkennen zu lassen, als was sie eigentlich gewollt hat. Alle Republiken liefern Beispiele davon, und so selten ist die wahre republikanische Tugend, daß man sich oft sogar jener pflichtwidrigen Kunstgriffe als eines Beweises von Geschicklichkeit rühmt, wodurch man dieses oder jenes durchgesetzt habe, was sonst nie beschlossen worden wäre. Ihnen ist schwer vorzubeugen, daher man auch aus diesem Grund die Dekrete und Beschlüsse kollektiver Regierungen nachsichtiger beurtheilen sollte. Dergleichen Mißbräuche können, wie alle anderen,

---

geschehen, ist jedermann bekannt; es giebt aber auch anderswo Beispiele.

nie ganz durch Gesetze und Constitutionen, sondern nur durch Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit behindert werden. Denn im Allgemeinen läßt sich doch dem Präsidenten das Befugniß nicht absprechen, die Versammlung zu berufen, wann und für welche Geschäfte er es nöthig findet; auch müssen in der Regel die anwesenden, und nicht die abwesenden Mitglieder zu entscheiden berechtigt seyn, sonst könnten einzelne derselben durch ihre Trägheit oder durch absichtliche Entfernung alle Beschlüsse lähmen oder gar unmöglich machen. Daß man in eigener Sache, folglich über Gegenstände, wobey man ein directes Privat-Interesse hat, nicht mitstimmen dürfe, ist an und für sich eben so anständig als gerecht, und hiebey nur das Uebermaaß zu vermeiden nöthig. Wofern man die Freyheit der Meinungen respectiren will, so kann das gehaltlose Geschwätz und die Ermüdung des Tribunals nicht verhindert werden; den republikanischen Pflichten muß man oft seine Bequemlichkeit aufopfern, und diejenigen, die sich zu frühe entfernen, beweisen eben dadurch, daß sie an dem gemeinen Wesen keinen großen Antheil nehmen. Auf der anderen Seite aber ist bisweilen auch ein schneller Beschluß nöthig, und wenn nicht alle anderen Geschäfte stoken sollen, so müssen die Berathschlagungen zuletzt doch ein Ende haben. Daß äußere Umstände, wirkliche oder vermennte Gefahren auf eine Versammlung wirken, ist unvermeidlich, und was endlich die Fehler bey dem Abstimmen betrifft: so sind sie gewöhnlich nur eine Folge der Unvollkommenheit des menschlichen Verstandes, und wenn über die richtige Sezung der Fragen, worüber die Meinungen abermal getheilt sind, stets neue Diskussionen Platz haben dürften: so würde der Entscheid abermal ins Unendliche verzögert. Wollte man



daher jedem möglichen Mißbrauch einer an und für sich rechtmäßigen Uebung durch positive Geseze vorbeugen: so würden gerade durch diese Geseze noch weit mehrere und größere Mißbräuche entstehen, ja sogar das Gute selbst gelähmt und gehindert werden. Hier, wie anderswo, können menschliche Statuten und Verordnungen weder die Rechtschaffenheit, noch Verstand und Klugheit entbehrlich machen, und es bleibt uns daher nur zu zeigen übrig, wie sie wenigstens dazu geeignet sind, der treuen Pflicht-Gesinnung, die man doch bey dem größten Theil voraussetzen kann, eine Stütze und einen Stab zu leihen, gute Gewohnheiten zu bilden, die mächtiger als alle Geseze sind, und dadurch, wenigstens in den meisten Fällen, der wahren Regel das Uebergewicht zu verschaffen.

Ben allen Beschlüssen, die von irgend einer Communität gefällt werden sollen, ist es, nebst der Convocation der Versammlung, erstlich um die Initiative, zweitens um die Untersuchung, und drittens um die eigentliche Form der Berathung und Entscheidung zu thun. Die Zusammenberufung, deren Formen an und für sich gleichgültig sind, <sup>5)</sup> hängt in der Regel allerdings von dem Präsidenten ab, weil die zu behandelnden Geschäfte nur bey ihm einlaufen; sie muß aber nöthigen Falls auch ohne denselben, ja sogar wider seinen Willen möglich seyn, und es ist nöthig, dieses in den Constitutions-Gesezen auszudrücken, und regelmäßig anzuordnen. Denn sollte die Zusammenberufung der obersten Behörde und der Vortrag dieses oder jenes Geschäfts einzig und ausschließend von dem Präsidenten abhängen, so würde

---

5) Vergl. oben S. 153 — 154.

er dadurch offenbar zum alleinigen Herren der Republik gemacht; es stünde bloß in seiner Willkühr, den allgemeinen Willen zu lähmen, und jeden Beschluß zu hindern, welches im Grunde eben so viel heißt, als mit seinem Privatwillen das Gegentheil von demjenigen erkennen, was sonst von der Mehrheit beschlossen worden wäre. Auch haben die meisten alten und wahren Republiken diesem Inkonvenient vorzubeugen gesucht. Wenn z. B. in Venedig von den sechs obersten Rätben vier einig waren, so durften sie auch ohne Einwilligung des Doge im Rath einen Vortrag machen. <sup>6)</sup> Zu Bern konnte der große Rath, auf allfällige Weigerung des Schultheissen, durch den Heimlicher <sup>7)</sup> für einen gewissen Gegenstand versammelt werden, und es mußte geschehen, sobald sieben Mitglieder des großen Rathes eine solche Versammlung verlangten. Das bloße Daseyn dieser Regel hielt gewöhnlich die Präsidenten in Schranken, daher auch der Fall ihrer Anwendung selten oder niemals vorkam. In den neueren revolutionären Republiken hingegen, wo man so viel von Constitutionen und künstlichen Garantien sprach, im Grunde aber nur die Souverainität einer Sekte beabsichtigte, hat man jene natürliche Vorsorge ganz vergessen; daher auch dort die Präsidenten beynabe zu Allein-Her-

---

6) Job. v. Müller Weltgesch. II. 380.

7) Die zwey Heimlicher waren Mitglieder des großen Rathes, welche mit Sitz und Stimm dem kleinen Rathe bewohnten, um auf die Rechte des ersteren zu machen. Der ältere Heimlicher wurde gewöhnlich zu der ersten erledigten Rathsstelle befördert, und jeder von beyden stellte dasjenige vor, was in Rom der Tribunus populi war, oder was man in anderen Städten den Gemeind-Mann, Procureur de la Commune u. s. w. heißt.

ren geworden sind, und oft über gemeinsame Interessen weit unumschränkter gebieten, als es anderswo die Könige über ihre eigenen thun. Uebrigens versteht sich von selbst, daß die Versammlung einerseits, so weit möglich, allen Mitgliedern angesagt werden, anderseits, außerordentliche Nothfälle abgerechnet, nur an dem gewohnten Ort statt finden soll, daß die zu behandelnden Gegenstände angezeigt, auch in wichtigen Fällen die Rapporte irgendwo den Mitgliedern zur Einsicht offen stehen müssen; und es ist nicht überflüssig zu bestimmen, daß, im Fall diese Regeln absichtlich verletzt würden, die Beschlüsse selbst als null und nichtig anzusehen seyen.

Die sogenannte Initiative, d. h. der Antrag oder die erste Eröffnung der zu behandelnden Materien, geschieht zwar gewöhnlicher Weise auf Veranlassung der Geschäfte selbst, nemlich entweder durch Bittschriften von Privat-Personen, oder durch Schreiben, Meldungen und Einfragen von Beamten und von fremden Behörden, oder endlich durch Gutachten, d. h. durch die Erstattung von anbefohlenen Rapporten. Da nun alle diese Schriften bey dem gewöhnlichen engeren Rath einlaufen, und wenn sie desselben Competenz überschreiten, in wichtigen Fällen der höchsten Gewalt vorgetragen werden sollen: so ist es klar und eine nothwendige Folge der Natur der Sache, daß in den meisten Fällen die Initiative von jenem dirigirenden Rath herkommen muß, und ordentlicher Weise nichts in dem größeren Rath entschieden werden kann, was nicht vorher in dem kleineren vorläufig behandelt worden ist. Deswegen darf aber kein Mitglied von dem Rechte beraubt werden, bey diesem Anlaß oder auch sonst gutfindende Vorschläge zu machen, denen viel-



leicht die Majorität bestimmen könnte. Denn freye Republiken sind nicht Reichs-, oder Landstände, die ihrer Natur nach nur über einen ihnen gemachten Vorschlag, Rath oder Einwilligung zu geben haben; sie sind im Gegentheil deliberirende, selbstherrschende Versammlungen, und zusammen genommen das Nemliche, was in einer Monarchie der Fürst selbst ist. Wenn also die Initiative ausschließend von dem Regierungs-Collegio herkommen, wenn diejenige Behörde, deren in einer Republik die höchste Gewalt zukömmt, gar keine Spontaneität haben, nichts zur Berathung bringen, und nur über die Vorschläge ihres engeren Ausschusses mit Ja! oder Nein! sollte antworten können: so hieße das eben so viel, als die erstere ihrer Souverainität berauben, solche dem letzteren zuwenden und statuiren, daß ein Fürst über nichts solle verfügen, noch entscheiden können, als über dasjenige, was ihm von seinem Minister vorgetragen wird. Auch wurden in allen alten Republiken gerade die besten Anstalten und Geseze nur allein durch solche aus dem Schooß der höchsten Versammlung hervorgegangene Anträge bewirkt oder in Anregung gebracht, indem die eigentlichen Regierungs-Glieder, von der Last der täglichen Geschäfte ermüdet und niedergedrückt, gewöhnlich weder Zeit noch Lust zum Nachdenken haben, um etwa durch außerordentliche Maßregeln höhere Zwecke zu erreichen, und allgemeinen Bedürfnissen abzuhelpfen. Wenn daher in einigen neueren durch die Revolution entstandenen, und mithin bald so bald anders gestalteten Republiken, der angeblich höchsten Versammlung auch diese Freyheit geraubet worden, und in derselben nichts zur Berathung kommen darf, als was ihr von dem Regierungs-Collegio vorgeschlagen wird: so rührte solches theils von der Un-

wissenheit her, welche Reichs- und Landstände mit frenen Gemeinden verwechselte, theils von jener den Menschen gewöhnlichen Thorheit, einem entstandenen Uebel durch Einführung eines noch größeren vorzubeugen. <sup>8)</sup> Es waren nemlich durch die zahllose Menge übereilter, ohne Prüfung in Sturm und Drang durchgesetzter Motionen so viele verderbliche, alles umstürzende Dekrete entstanden, daß man, um solche Mißbräuche zu verhindern, nun alle Motionen ohne Ausnahm untersagen zu müssen glaubte. Gleichwie kurz vorher die sogenannt vollziehende Gewalt bloß ein willenloser Knecht oder Handlanger seyn, die Intelligenz aber und das schöpferische Genie nur in der vorgeblich gesetzgebenden residiren sollte: so ward bald darauf von den nemlichen Aelterweisen das Privilegium des Verstandes und Willens ausschließend der vollziehenden Gewalt eingeräumt, der gesetzgebenden aber jede Intelligenz, jede Aeußerung von Gedanken abgesprochen. So fiel man auch hier, wie überall, nur von einer Ungereimtheit in die andere. Allerdings ist es hingegen sowohl der Klugheit als der republikanischen Gerechtigkeit angemessen, jene außerordentliche, bloß von Privat-Anträgen herrührende Initiative zu regularisiren, damit jeder Uebereilung vorgebeugt werde, und nicht eine einzelne Faktion in wohlgewähltem Augenblick ihre Privat-Wünsche unvermuthet vorschlagen, und unter dem Vorwand von Dringlichkeit auf der Stelle durchsetzen könne. Auch haben alle älteren Republiken dergleichen Vorsorgen getroffen, und die einfachsten, d. h. diejenigen, welche der rechtmäßigen Freyheit am wenigsten Fesseln in den Weg legen, sind auch hier wieder die besten, weil sie

---

8) Dum vitant stulti vitia, in contraria currunt.

Dann auch wirklich beobachtet werden, und freye Menschen sich nur durch einen sanften Zügel willig leiten lassen. Die Hauptsache besteht immer darin, daß ein solcher Anzug, den man nicht vorher wissen, und auf welchen also niemand vorbereitet seyn kann, auch nicht in der nemlichen Sitzung berathen, und weder angenommen noch erkannt werden dürfe, sondern daß er gleich übrigen Geschäften ein andermal auf die Tractanda gesetzt, und dabey vorläufig entschieden werde, ob derselbe einer näheren Prüfung würdig sey oder nicht; denn zur Anbefehlung eines Rapports kann das einzelne Mitglied nicht befugt seyn, sondern es wird dazu bereits ein Beschluß der Mehrheit erfordert. Findet man den Antrag unerheblich, so ist die Sache abgethan, im entgegengesetzten Fall aber wird dieselbe einem bereits bestehenden Collegio oder einer besonderen Commission zur Untersuchung und Ausarbeitung zugewiesen, und diese erstattet ihren Rapport in gewohnter Form vorerst bey dem engeren Ausschuss, sodann bey dem obersten Rath, und dabey kann die Sache, gleichwie bey anderen Geschäften, je nach Erforderniß der Umstände, bald verzögert, bald mehr oder weniger beschleunigt werden. 9)

---

9) Diese einfache, ganz der Natur angemessene Uebung bestand z. B. im alten Bern. Die Anzüge konnten sowohl mündlich als schriftlich, bey Veranlassung eines anderen Geschäfts, oder ohne dieselbe geschehen; dann wurden sie lediglich von dem Stadtschreiber aufgezeichnet und dem Präsidenten mitgetheilt, um sie ein andermal in die gewohnte Umfrag kommen zu lassen. Bey derselben war es vorerst nur darum zu thun, ob der Antrag der Erheblichkeit würdig sey oder nicht, d. h. ob man davon abstrahiren, oder ihn einer näheren Prüfung zuweisen wolle. Im letzteren Fall ward der



Nach der Initiative, es sey durch Bittschriften, Meldungen, Einfragen oder besondere Anträge, folget die Präliminar-Untersuchung des Gegenstandes, welche ebenfalls durch Uebung oder Gesetze zweckmäßig angeordnet werden kann. Sie ist nothwendig, nicht nur um der Uebereilung und den Mißbräuchen kleiner Versammlungen vorzubeugen, sondern auch wegen der Erforderniß der Sache selbst; indem der bloße Stoff des Geschäftes nicht hinreicht, sondern die Thatsachen constatirt, die Subsidien gesammelt, die Fragen bestimmt, die Verfügungen angerathen, die Gründe für und wider entwickelt, und die Vorschläge selbst ausgearbeitet werden müssen. In der Regel soll die Untersuchung demjenigen Collegio zugewiesen werden, bey welchem natürlicher Weise die meiste Kenntniß des Geschäftes zu vermuthen ist; doch bleibt der souverainen Versammlung stets die Freyheit übrig, in außerordentlichen Fällen auch besondere Commissionen niederzusetzen. Daß den berathenden Collegien zur Prüfung und Ausarbeitung einzelner Gegenstände, bisweilen auch andere Mitglieder, und selbst außer dem Schooß der Regierung berufene Sachverständige, bengeordnet werden, <sup>10)</sup> ist erlaubt und sehr oft

---

Rapport bald früher bald später auf gewohnte Weise erstattet, und erst dann definitiv entschieden. Manche Anträge wurden wohl auch vergessen, kamen nicht zur Umfrag, noch zur endlichen Berathung, weil niemand darauf drang, oder weil die Zeit mangelte; und dieses mußte auch geschehen, wosern man nicht das ganze Jahr hindurch nur mit den unverdauten Einsällen allzeit fertiger Projektmacher beschäftigt sehn wollte. Niemand hat sich über jene natürliche Ordnung beklagt, nie ist sie verletzt, noch zu übereilten Beschlüssen mißbraucht worden.

10) Im alten Bern z. B. war dieses sehr oft üblich, und dergleichen.

nützlich, um Einseitigkeit zu vermeiden, und die Dinge im Zusammenhang mit anderen zu betrachten, wie dann z. B. das Militär-Wesen mit den Finanzen, den auswärtigen Verhältnissen u. s. w. zusammenhängt, und alles stets den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen, so wie den höheren Zwecken der Republik, angepaßt werden muß. Die Untersuchung selbst hat sich vor allem mit der Gerechtigkeit, der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit und der Ausführbarkeit der anzurathenden Maßregel, vorzüglich aber mit ihrer näheren Entwiklung und Ausarbeitung zu befassen. Demnach besteht die Aufgabe eines vollkommenen Rapports darin, nach einer kurzen Anzeige seiner Veranlassung und seines Zweckes, vorerst die constatirten Thatsachen treu und vollständig darzustellen, die daraus sich ergebenden Fragen in ihrer natürlichen Ordnung richtig zu bestimmen, die Rechts- und Convenienz-Gründe, nach denen sie bejahet oder verneinet werden sollen, zu entwikeln, den Schluß deutlich zu ziehen, und endlich die zu seiner Ausführung nöthigen Verfügungen anzugeben; welch alles die Berathung unendlich erleichtert, aber freylich durch keine Geseze und Constitutionen erreicht werden kann. Uebrigens ist nicht zu vergessen, daß die Untersuchungs-Commissionen keine

---

chen für einzelne Geschäfte bengeordnete Mitglieder lieferten gewöhnlich die meiste und beste Arbeit, die dann im Namen der ganzen Commission vorgetragen wurde. Seit der Revolution aber glauben die neuen Regierungen, bloß weil sie Regierungen heißen, allwissend zu seyn, und die einzelnen Collegen selbst sind so eifersüchtig auf ihre Gewalt, daß sie vermaßen, es sey ihrer Ehre nachtheilig, wenn sie über eine Sache, wovon sie nichts verstehen, irgend jemand zu Rathe ziehen.

Beschlüsse zu fassen, sondern nur Gutachten zu bringen, der obersten Behörde ihren Rath zu ertheilen haben, und daß jedes ihrer Mitglieder dazu gleich berechtigt ist. Wenn also in einer solchen Commission verschiedene oder entgegengesetzte Meinungen geäußert werden: so sollen sie von Rechts wegen alle in den Rapport aufgenommen und unpartheisch entwickelt werden, damit die souveraine Versammlung unter denselben wählen und das Gutfindende entscheiden könne. So war es auch vor Zeiten in allen Republiken üblich, und oft ist es sogar sehr nützlich, entgegengesetzte Meinungen anzubringen, weil dadurch der Gegenstand ungleich mehr aufgeheitert, von allen Seiten beleuchtet wird, und nichts so sehr das Urtheil erleichtert, als wenn der Irrthum und die Wahrheit neben einander gestellt sind. Daß hingegen, wie es in den neueren Republiken üblich war, unter den Mitgliedern einer bloßen Untersuchungs-Commission die Majorität der Stimmen gelten solle, folglich die Meinung der Minorität gar nicht vorgetragen werde, ist mit keinem Rechtsgrund zu entschuldigen, der Republik selbst, als die dadurch oft der besten Rätthe entbehrt, nachtheilig, und nur in den Revolutions-Zeiten aus der Herrschsucht jener Sekte entstanden, die ihren Grundsätzen überall den Vortheil der Priorität verschaffen, und auffällig erlittenen Widerspruch nicht einmal zur Sprache kommen lassen wollte.

Zu jeder regelmäßigen Berathung wird drittens ein hinreichend zahlreiches Tribunal (*senatus frequens*) erfordert, theils um dem möglichen Mißbrauch vorzubeugen, daß nicht einzelne wenige Mitglieder gleich in den ersten Augenblicken einer Sitzung, wo die übrigen



noch nicht anwesend sind, wider den vermuthlichen Willen der Mehrheit die wichtigsten Dinge durchsetzen können, theils um mehrere Kenntnisse zu benutzen, den Beschlüssen ein größeres Gewicht zu geben, und bey denen, die der Versammlung nicht beywohnen konnten, keine begründete Unzufriedenheit zu veranlassen. Also ist es freylich nothwendig und in allen Republiken üblich, eine gewisse Anzahl Mitglieder zu bestimmen, ohne deren Gegenwart die Berathschlagung nicht eröffnet, oder auch kein gültiger Beschluß gefaßt werden kann. Doch darf diese Vorsorge auch nicht zu weit getrieben werden, denn sonst würde der ungleich größere Mißbrauch entstehen, daß eine wenig zahlreiche Partey bloß durch ihre Trägheit oder ihr absichtliches Wegbleiben die ganze Communität in ihrer Thätigkeit hemmen und jeden Beschluß unmöglich machen könnte. Die Corporation ist eigentlich nur da vorhanden, wo ihre Mitglieder versammelt sind; im Allgemeinen gilt daher die Majorität der Anwesenden, nicht die der Abwesenden, <sup>11)</sup> und sobald die Zusammenberufung an alle ergangen ist, so wäre es der Gerechtigkeit durchaus zuwider, daß diejenigen, welche der Aufforderung nicht entsprechen, dadurch die übrigen an Ausübung ihres Rechts, oder an Erfüllung ihrer Pflicht sollen hindern können. Wollte man z. B. das scheinbare Princip annehmen, daß mehr als die Hälfte aller Mitglieder gegenwärtig seyn müssen, weil diese die absolute Majorität des Ganzen ausmachen: so wäre solches nicht nur mit vielen Schwierigkeiten begleitet, und oft sogar unausführbar, sondern man könnte dabey dem Grundsatz doch nicht treu bleiben. <sup>12)</sup> Denn dazu müßte neuer-

---

11) Vergl. oben S. 92 – 94.

12) Man müßte nemlich, wie dieses in einigen Schweizerischen

dinge festgesetzt werden, daß diese anwesende Majorität des Ganzen auch für jeden Beschluß einhellig seyn müsse, welches nicht möglich, wenigstens nicht zu erwarten ist. Und giengen auch nur ein oder zwei Mitglieder wieder fort, so daß die übrigen nicht mehr die gesetzliche Zahl ausmachten, so wäre dadurch die Versammlung abermal gesprengt, in ihrer Thätigkeit gehemmt und aufgelöst. Ein solcher empörender Uebelstand ist aber um desto ungerechter, als sich eben sowohl vermuthen läßt, daß die abwesenden affirmativ als negativ gestimmt haben würden, und sobald alle Mitglieder auf eine bestimmte Zeit einberufen werden, so läßt sich mit Grund voraussetzen, daß die nicht erscheinenden zu dem von der Majorität gefaßten Beschluß eingewilliget haben. <sup>13)</sup> Auf der anderen Seite kann man auch nicht zu dem entgegengesetzten Extrem übergehen, und den nur in ganz kleinen Behörden geltenden Grundsatz annehmen, daß drei Mitglieder ein Collegium ausmachen, weil da eine Majorität von zweyen gegen eines möglich ist: sondern es muß

---

Republiken, wo während der Buonapartistischen Mediation jener Grundsatz angenommen war, häufig begegnet ist, oft Stunden lang vergeblich warten, bis die gesetzliche Zahl sich einfindet, dadurch eine köstliche Zeit verlieren, und zuletzt wieder nach Hause gehen, ohne daß die Versammlung nur eröffnet werden konnte. Ein andermal bleiben auch die Fleißigen und Gewissenhaften aus, um nicht wieder umsonst warten zu müssen, und so entsteht das viel größere Uebel, daß alles ins Stosen geräth, oder unvermeidlich die Herrschaft einer Faktion begünstiget wird; denn am Ende müssen die Geschäfte doch von irgend jemand besorgt werden, entweder von der rechtmäßigen Gewalt, oder, wenn diese es nicht thut, von einer usurpirten.

13) Absentes consentire videntur.

überhaupt eine solche Zahl als Minimum vorgeschrieben werden, auf welche sich nach den vorhandenen Umständen und Verhältnissen' ordentlicher Weise mit Sicherheit rechnen läßt. Der Erfahrung zufolge beträgt diese Zahl gewöhnlich mehr als den vierten Theil des Ganzen, daher auch im Allgemeinen ungefähr dieselbe Proportion angenommen wird. So konnte z. B. im alten Bern, wo der große Rath aus mehr als zweihundert Mitgliedern bestand (von denen aber stets viele auf Aemtern, oder in fremden Diensten, oder in Staats- oder Privat-Geschäften abwesend waren), die Versammlung eröffnet werden, sobald fünfzig Mitglieder sich eingefunden hatten, und der engere Rath, welcher nur sieben und zwanzig Mitglieder zählte, fieng seine Berathungen an, sobald mit Inbegriff des Präsidenten wenigstens sieben Glieder anwesend waren. In der Regel nimmt freylich dieses Minimum nachher eher zu als ab; sobald aber einst die Versammlung angefangen hat, so dauert sie auch von Rechts wegen fort, und kann gültige Beschlüsse fassen, wenn sie schon durch allmähliges Weggehen einzelner Mitglieder unter die zur Eröffnung bestimmte Zahl herabsinken sollte. Denn diejenigen, welche sich bloß ihrer Bequemlichkeit wegen entfernen, und dadurch bereits ihre Pflicht verletzen, können die übrigen nicht an Erfüllung derselben hindern, und es würde daraus abermal der empörende Mißbrauch entstehen, daß oft ein einzelnes Mitglied, oder eine Faktion von wenigen bloß durch absichtliche Verlassung des Saals die ganze Versammlung auflösen, jede Berathung hindern, und mithin ihren Privat-Willen an Platz des allgemeinen Willens durchsetzen könnte. Auch war jene Regel in allen älteren Republiken angenommen; sobald die Berathung eröffnet worden,



so konnte sie auch fortgesetzt werden, ohne Rücksicht, ob viele oder wenige Mitglieder gegenwärtig seyen, und nur in unserem revolutionären, arithmetischen Zeitalter hat man bisweilen festgesetzt, daß die nemliche zur Eröffnung bestimmte Zahl auch zur Fällung irgend eines gültigen Beschlusses anwesend seyn müsse, welches Gesez aber, wie es allen naturwidrigen Verordnungen ergeht, gewöhnlich von niemand angerufen, mithin auch nicht vollzogen ward. Indessen ist es immerhin sowohl der Klugheit als der republikanischen Billigkeit angemessen, bey unvermeidlich kleinen Versammlungen wenigstens nicht wichtige Gegenstände zu behandeln, <sup>14)</sup> sondern dieselben, im Fall sie nicht außerordentlich dringend sind, auf eine andere Zeit zu verschieben. Dieses bleibt in der Regel dem gewissenhaften Urtheil des Präsidenten überlassen; doch kann auch von jedem anwesenden Mitglied auf solchen Verschub angetragen werden; gewöhnlich pflegt man ihn nicht zu verweigern, und eben dadurch wird das Inkonvenient unvermeidlicher allzukleiner Versammlungen wieder corrigirt, ohne daß man der strengen Gerechtigkeit untreu werde.

Die berathschlagende Versammlung muß aber nicht nur hinreichend zahlreich, sondern auch so weit möglich unpartheyisch, d. h. von direkten Privat-Interessen gereinigt seyn; denn es ist nicht nur darum zu thun, daß irgend ein Wille, sondern daß der allgemeine und freye Wille herausgebracht werde, welcher auch gewöhnlich der gerechteste ist; und gleichwie in einem Civil-Gericht dasjenige Mitglied, dessen Streitigkeit

---

14) Nec agi quidquam per infrequentiam poterat senatus. *Liv.* II, 23.

eben beurtheilt werden soll, für diesen Fall nicht Richter seyn kann, oder auch bey den Wahlen der vorgeschlagene Candidat nicht mitwählt, wenigstens nicht für sich selbst stimmen darf: so versteht sich von selbst, daß in allen ähnlichen Fällen, wo die Versammlung eine Art von Gericht vorstellt, wo es sich um die Privatsache einzelner Mitglieder handelt, wie z. B. bey Strafen oder Belohnungen, Entschädigungen und allen sogenannten Gnaden-sachen, bey Käufen, Verkäufen, bey Prüfung und Gut-heißung von Rechnungen oder anderen Verhandlungen u. s. w., die dabey unmittelbar interessirten Personen an der Berathung keinen Theil nehmen, sondern sich entweder selbst recusiren, oder von den übrigen recusirt werden sollen. Sie befinden sich hier in einer offenbaren Collision zwischen dem gemeinsamen Interesse und ihrem Privat-Interesse; es ist nicht anständig, daß sie zu ihrem eigenen Vortheil stimmen, man kann aber auch nicht fordern, daß sie gegen sich selbst votiren sollen, und also ist nichts natürlicher, als daß für diesen Fall ihr Stimmrecht suspendirt bleibe, oder daß sie selbst darauf freiwillig Verzicht leisten. Dabey könnte ihre Gegenwart auch nachtheilig auf andere Mitglieder wirken, selbige mehr oder weniger von der eigenen Ueberzeugung oder dem inneren Pflichtgefühl abführen. Daher ist auch fast in allen Republiken auf solche Fälle der Austritt der betreffenden Personen und oft sogar ihrer Verwandten bis auf einen gewissen Grad festgesetzt. Es giebt dieses den Beschlüssen ein Ansehen von Freyheit und Unparthenlichkeit, das nicht unbedeutend ist, und viel zum allgemeinen Zutrauen beiträgt. Doch kann auch damit ein großer Mißbrauch getrieben werden, dem die Geseze möglichst vorbeugen müssen. Wollte man z. B. den Grundsatz so

weit ausdehnen, daß nicht nur in unmittelbaren Privat-Angelegenheiten, sondern auch in Sachen, welche die ganze Republik selbst betreffen, jemand von der Versammlung ausgeschlossen werden müsse, weil zufälliger Weise sein näheres oder entfernteres Privat-Interesse mit dem zu berathenden Geschäft verflochten seyn, und vielleicht auf seinen Entschluß einwirken kann: so wäre dieses eben so ungerecht als gefährlich und der Republik selbst nachtheilig, indem man dadurch oft gerade die sachkundigsten Personen entfernen, und jeder Faction ein unfehlbares Mittel an die Hand geben würde, ihre vermuthlichen Gegner nicht nur des Stimmrechts zu berauben, sondern sogar von der Berathung auszuschließen, und folglich mit der überbleibenden Minorität jeden beliebigen Zweck durchzusetzen. Denn es giebt gar keinen Gegenstand, keine Maßregel, kein Gesetz, bei welchen sich nicht irgend jemand, ja sogar oft sehr vielen Mitgliedern ein indirektes Privat-Interesse andichten ließe, und gerade die niedrigsten Seelen, die an keine uneigennützigte Gesinnung glauben können, sind gewöhnlich die scharfsinnigsten, um dergleichen entfernte Interessen zu entdecken. Wenn sie auch über kein Geschäft eine vernünftige Meinung zu geben vermögen, so spannen sie ihre Einbildungskraft auf die Folter, um andere zum Austritt zu vermahnen. Zwar hat man in verschiedenen Republiken diese Inkonveniente gefühlt, und denselben vorzubeugen gesucht. So war es z. B. im alten Bern vorgeschrieben, daß in sogenannten Stands-Sachen, d. h. in Geschäften, deren Gegenstand die Republik selbst ist, niemand abtreten solle; aber da einerseits nicht bestimmt war, was unter einer Stands-Sache zu verstehen sey, anderseits auch wirkliche Collisionen und begründete Zweifel entstehen können: so be-



stand in solchen Fällen die Regel darin, daß diejenigen, welche von irgend jemand, wäre es auch von einem einzigen Mitglied, wegen beglaubtem Privat-Interesse, zum Austritt vermahnt worden, zwar sogleich ohne Widerrede sammt ihren Verwandten abtreten mußten, sodann aber (wenn irgend ein Zweifel geäußert ward) von den übrigen entschieden werde, ob sie wohl oder übel ausgemahnt worden, mithin wieder hereinberufen werden sollen oder nicht? Allein dergleichen Deliberationen können fast bey jedem Geschäft entstehen, und sind schon an und für sich gehässig, weil sie die zum Austritt ermahnten Mitglieder als eigennützig darstellen, mithin mehr oder weniger an ihrer Ehre beleidigen; sie verzehren dabey eine kostbare Zeit, erbittern die Gemüther, und wirken allemal nachtheilig auf die Hauptsache; dabey können die abgetretenen ihre Rechte nicht vertheidigen, die übrigen sind meistens interessirt sie draußen zu lassen, und so werden die Beschlüsse oft das Resultat einer äußerst kleinen Minorität. Der Austritt von stimmfähigen Mitgliedern muß also sehr beschränkt, und nur auf diejenigen Fälle gesetzt werden, wo die betreffenden Personen selbst den Gegenstand der Berathung ausmachen, denn bey allen anderen gemeinsamen Geschäften kann es sehr leicht begegnen, daß die ausgemahnten zu diesem, die ausmahnenden aber zum Gegentheil interessirt sind, so daß zuletzt niemand in der Versammlung bleiben könnte. Gesezt es wäre z. B. um ein Getreid-Ausfuhr-Verbot zu thun, und man wollte (wie dieß in mehreren älteren Republiken begegnet ist) alle Gutbesitzer oder andere Producenten von der Berathung ausschließen, weil sie bey dem hohen Preis des Getreides ihr Interesse finden: so könnten diese erwiedern, die Consumenten seyen hingegen an dem niedrigen Preis

des Getreides interessirt, und sollen hiemit ebenfalls den Austritt nehmen. Ähnliche Antwort würde erfolgen, wenn man z. B. bey einem Schuldbetreibungs-Gesetze alle Gläubiger, oder bey einer Auflage, die auf liegende Güter, Capitalien oder gewisse Handelszweige fällt, alle Landeigenthümer, Capitalisten oder Handelsleute von dem Stimmrecht ausschließen wollte. Denn so wie der Nutzen der Gläubiger die schnelle und richtige Eintreibung der Schulden, derjenige gewisser Steuerpflichtigen die Verwerfung oder Herabsetzung der Grund- oder Capital-Steuer erfordert: so ist es hingegen den Schuldnern vortheilhaft, entweder gar nicht oder nur nach ihrer Bequemlichkeit zu bezahlen, und den übrigen Bürger-Klassen die betreffende Steuer von sich ab und auf andere zu wälzen. In solchen und ähnlichen Fällen könnte hiemit kein einziges Mitglied an der Berathung Theil nehmen; das Argument, dessen sich die einen zur Ausmahnung der anderen bedienen, würde von diesen hinwieder auf jene retorquirt, und darin besteht auch das wahre Criterium, an welchem man eine unrechtmäßige Ausschließung von dem Stimmrecht erkennen, und von der rechtmäßigen unterscheiden kann.

Von der sogenannten Umfrag oder der Anhörung der verschiedenen Meinungen wollen wir hier nicht weiter reden, da dieser Gegenstand schon anderswo vollständig behandelt worden ist.<sup>15)</sup> Das letzte und wichtigste aber, was zu einer guten Berathschlagungs-Form gehört, ist eine genaue Bestimmung und Sönderung der zu entscheidenden Fragen, auf daß nur über den

---

15) Oben S. 164 — 168.

im Wurf stehenden Gegenstand, nie über zwei verschiedene zugleich, und über jeden nur in seiner natürlichen Ordnung abgestimmt werde. Denn wie im Privatleben, so ist auch in öffentlichen Versammlungen die Mißken-  
nung des eigentlichen Gegenstands der Berathung (*ignoratio elenchi*) die Quelle unzähliger Irrthümer, kostbaren Zeitverlustes und einer oft unerträglich weitläufigen Schwäzerei. Es entsteht daraus nur ein zweckloses, unnützes Gerede, und durch die Association der Ideen wird die Aufmerksamkeit sogar immer mehr von dem Hauptpunkt abgeleitet; man streitet zuletzt über Dinge, um die es gar nicht zu thun ist; gewöhnlich werden dadurch noch die Gemüther erbittert, und so erfolgen oft Beschlüsse, die sich beym Anfang der Berathung niemand hätte träumen lassen. Diesem Uebel kann durch vorläufige genaue Bestimmung der zu entscheidenden Fragen größtentheils vorgebeugt werden, und dabey kommt es dem Präsidenten zu, allfällige neue Meinungen, die in der Berathung selbst geäußert werden, gehörigen Ortes einzuschalten, auf eine bestimmte Frage zu reduciren, und am Ende zur Abstimmung zu bringen. Die Sönderung jener Fragen ist schon deswegen unentbehrlich, weil sonst keine wahre und freye Majorität herausgebracht werden könnte. Denn sobald man mehrere Punkte mit einander cumulirt, und über beyde zugleich abstimmen läßt: so werden die einzelnen Mitglieder genöthiget, entweder beyde zu bejahen, wo sie vielleicht die einen verneinet, oder beyde zu verneinen, wo sie vielleicht die einen bejahet hätten: es entsteht der Trugschluß, den die Logiker eine *fallacia plurium questionum* nennen. Man kann z. B. vernünftiger Weise nicht über das wie und das wenn entscheiden, bevor das ob ausgemacht ist, nicht eine



Strafe verordnen, es sey dann die Schuld als erwiesen erklärt, noch über das Quantum einer Belohnung oder Begünstigung votiren, bevor die Versammlung über die Hauptfrage, ob zu belohnen sey oder nicht, sich bejahend ausgesprochen hat. Und doch entsteht dieses Inkonvenient sehr oft, wenn man z. B. ganze ausführliche Beschlüsse oder Gesetzes-Vorschläge in Pausch und Bogen zur Abstimmung bringt, oder wenn selbst bei artikelsweiser Behandlung derselben, die einzelnen Artikel verschiedene Punkte enthalten, so daß man entweder das Gute mit dem Schlechten verwerfen, oder das Schlechte mit dem Guten annehmen muß, folglich im Grunde nicht nach seinem Willen stimmen kann. Zum anderen hat jene Sönderung noch den wichtigen Nebenvortheil, daß sie die Berathschlagung sehr verkürzt, und ungemein viel zur Erleichterung des Urtheils selbst beiträgt. Denn je mehr die Fragen genau bestimmt, natürlich gestellt und geordnet sind, je mehr dringt sich die richtige Beantwortung dem gesunden Gefühle von selbst auf, unnützes Gerede wird verhütet, und die Aufmerksamkeit auf den Hauptpunkt geheftet, so daß auch der mittelmäßige Verstand schwierige Gegenstände richtig einzusehen und zu beurtheilen vermag. Werden hingegen die Fragen nicht gefördert, so sind die meisten Mitglieder nicht fähig, ein solch verwikeltes Ganze zu fassen, sie werden dadurch verwirrt oder gleichgültig, und glauben zuletzt noch ihr Gewissen zu beruhigen, wenn sie mit blindem Zutrauen der Meinung des Gutachtens oder irgend eines Optimaten folgen, ohne oft nur zu wissen, worin dieselbe besteht. Wie aber die theils in dem Commissional-Rapport enthaltenen, theils in der Berathung selbst geäußerten Meinungen auf einfache mit Ja! oder Nein! zu beantwor-

tende Fragen zurückgeführt, nach den Regeln einer gefunden Logik ein- und abgetheilt, einander theils subordinirt, theils coordinirt werden müssen, das kann ben- nabe nur durch Beispiele deutlich gemacht werden. Es versteht sich von selbst, daß die Vorfragen zuerst behan- delt, sodann die sich wechselseitig ausschließenden Haupt- fragen einander entgegengesetzt, und endlich die einer je- den Hauptmeinung untergeordneten Nebenfragen zur Ab- stimmung gebracht werden müssen. <sup>16)</sup> Diese Methode ist ebenfalls nothwendig, um eine wahre Majorität her- auszubringen, und hat dabei den Vortheil, die Opera- tionen des Abmehrens sehr zu verkürzen: denn sobald irgend eine Hauptfrage negativ entschieden ist, so fallen auch alle ihre Folgerungen oder Modifikationen hinweg,

---

16) Das Bernersche Reglement vom Junius 1816 über die Be- handlungs- Art der Geschäfte vor dem großen Rath, ein Re- glement, welches sich ganz auf die älteren Statuten gründet, drückt sich z. B. hierüber im 19ten Artikel folgendermaßen aus: „Die gefallenen, sowohl gutachtlichen als in der Vers- sammlung selbst geäußerten Meinungen werden von dem „Herrn Amts- Schultheiß oder dessen Statthalter gehörig „ein- und abgetheilt, also daß nach alter, und zur Heraus- bringung des wahren Willens der Majorität nothwendigen „Uebung, die Vorfragen, ob man z. B. in einer Sache forts- fahren, oder davon abstrahiren, oder selbige zurückweisen „wolle, zuerst, hernach die in der Hauptsache einander entges- gegengesetzten, sich wechselseitig ausschließenden Haupt- Mei- nungen, und endlich die einer jeden Haupt- Meinung subs- ordinirten Vorschläge ins Mehr gesetzt und entschieden wer- den. Die Sezung dieser Fragen ist einem jeweiligen Ehren- Haupt oder dessen Statthalter überlassen. Falls jedoch eine „geäußerte Meinung vergessen, oder nicht an gehörigem Ort „angebracht wäre, so soll auf daheringe Bemerkungen Rücksicht genommen werden.“

und man braucht über dieselben nicht mehr zu votiren. Daß aber, wie einige behauptet haben, jene Abtheilungen nothwendiger Weise immer dichotomisch oder zweigliedrig seyn sollen, ist um so weniger richtig, als dergleichen Einteilungen, je nach Beschaffenheit des Gegenstandes, selbst in den Wissenschaften fehlerhaft seyn können. Geäußerte Meinungen sind nicht bloß logische Formen, sondern materielle Vorschläge, die bisweilen, gleich den Candidaten in einer Wahl, einander nebengeordnet, und gegen einander abgewogen werden müssen. Dichotomische Einteilungen (formelle Divisionen) sind also nur da nöthig und zweckmäßig, wo zwei Hauptmeinungen einander diametral widersprechen, wo es sich z. B. darum handelt, eine Sache zurückzuweisen oder zu behandeln, zu verwerfen oder anzunehmen, jemand schuldig oder unschuldig zu erklären u. s. w., wobei dann alle übrigen Vorschläge nothwendiger Weise nur als Unter-Abtheilungen der einen oder anderen Hauptmeinung erscheinen. Da wo hingegen mehrere unter sich coordinirte Meinungen (materielle Partitionen) als Glieder eines einzigen höheren Begriffs neben einander enthalten sind, wo es z. B. nur um das Mehr oder Minder, oder um verschiedene Modalitäten einer und ebenderselben Verfügung zu thun ist: da darf nach der Natur der Sache auch keine dichotomische Einteilung gemacht werden; denn um eine solche zu erzwingen, müßte das eine Hauptglied derselben entweder eine leere Negation, oder doch etwas durchaus Unbestimmtes enthalten, unter welchem natürlicher Weise nichts begriffen ist, und wofür also niemand stimmen kann. Auch würde diese Methode in allen Fällen, wo die Stimmen nur etwas vertheilt sind, dem Präsidenten das gefährliche Mittel an die Hand geben, jede ihm



mißbeliebige Meinung nach Willkür auszuschließen, bloß dadurch, daß er ihr alle ähnlichen entgegensetzt, und folglich die Majorität dieser letzteren gegen jene erstere vereinigt. Gesezt es wären bey einer Wahl um irgend ein Amt drey oder mehr Candidaten, z. B. Peter, Paul und Johann, im Vorschlag, und es wäre zu vermuthen, daß von einhundert und fünfzig Wählenden der erste ungefähr sechszig, der zweite fünfzig, der dritte vierzig Stimmen auf sich vereinigte: so würde es jedermann ungereimt finden, hier eine Dichotomie erzwingen zu wollen, und z. B. der Versammlung die Frage vorzulegen: Peter oder ein anderer? Paul oder ein anderer? Johann oder ein anderer? Denn in dem ersten Fall würde Peter, der doch vorläufig die meisten Stimmen hat, mit neunzig gegen sechszig, in dem zweiten Paul mit einhundert gegen fünfzig, und in dem dritten Johann mit einhundert zehn Stimmen gegen vierzig ausgeschlossen, und man könnte nachher nur noch unter den beyden übrigen wählen. Die Frage, welcher von allen dreyen den zwey anderen weichen müsse, um sodann nur unter diesen zu votiren, kann nicht von dem Präsidenten allein, sondern nur von der Versammlung selbst entschieden werden. Also pflegt man überall die drey Candidaten neben einander abzuwägen, und falls die absolute Majorität sich nicht sogleich auf Einen vereinigt, so fällt der schwächste ab dem Vorschlag, und in einer folgenden Operation wird nur unter den zwey stärkeren gewählt. Die nemliche Bewandniß hat es aber mit dem Entscheid oder der Wahl unter verschiedenen coordinirten Meinungen. Wenn es z. B. um eine Belohnung oder Entschädigung in Geld zu thun wäre, und es würden mit einer Meinung vierhundert, mit anderer fünfhundert, mit dritter sechs-

hundert Gulden vorgeschlagen: so darf man da nicht zur Abstimmung bringen vierhundert oder mehr, noch fünfhundert oder etwas anderes, noch sechshundert oder weniger, weil sonst das nemliche oben angezeigte Inkonvenient eintreten würde: sondern man soll, gleichwie bey den Wahlen, über jede Meynung besonders votiren, doch so daß unter ihnen nicht die relative Mehrheit gelte, sondern allenfalls diejenige weichen muß, welche die wenigsten Stimmen für sich hat, und erst nachher unter den zwey übrigen gewählt werde. Diese Methode ist auch kürzer, indem dafür in den meisten Fällen nur eine Operation nöthig ist, da hingegen bey der erzwungenen Dichotomie deren fast immer zwey erfordert werden. Es sey uns erlaubt zur Beleuchtung dieses wichtigen Gegenstands bloß drey verschiedene Beispiele anzuführen, von denen eines in die Gerichtsbarkeit, das andere in die Gesetzgebung, das dritte in die sogenannte Administration einschlägt.

Erstes Beispiel. In einem Land, wo entweder keine positiven Strafgesetze bestehen, oder wenigstens dem obersten Richter der nöthige Spielraum in der Auswahl des Strafmittels überlassen ist, wird ein Mensch wiederholter Diebstähle, des Einbruches und zugleich der Feueranlegung beschuldigt, und darüber gegen ihn ein Prozeß verführt. — Es entsteht also die Frage: Ob, und wie derselbe zu bestrafen sey?

Nun werden in einem Tribunal von sechszig Richtern folgende Meynungen geäußert:

Der erste findet die Prozedur unvollständig, und will sie zu mehrerer Aufheiterung dem inquirenden Richter zurückweisen;

der zweite hält die Prozedur zwar für vollständig, aber die Schuld nicht hinreichend erwiesen, und will den Inquisiten ab instantia lossprechen;

ein dritter findet die Schuld erwiesen, und stimmt daher den Delinquenten zum Schwerdt zu verurtheilen;

ein vierter zum Galgen;

ein fünfter zum Rad;

ein sechster zur lebenslänglichen Einschließung;

ein siebenter zur zwanzigjährigen Einschließung;

ein achter zur lebenslänglichen Landesverweisung;

ein neunter will zu der letzteren Straf noch die Güter-Confiskation beifügen.

Wofern nun jede Meinung ins Mehr kommen, nur die absolute Majorität aller Richter entscheiden, und dennoch die Abstimmung nicht zu lange dauern soll: so müssen die Fragen auf nachfolgende Weise gesetzt werden, woben sich von selbst versteht, daß sobald die Stimmen-Mehrheit sich für irgend eine Meinung erklärt hat, alle ihr widersprechenden Vorschläge samt derselben Modificationen wegfallen, und über dieselben nicht mehr votirt zu werden braucht.

1° Soll die Prozedur heute definitiv beurtheilt, oder zur Bervollständigung zurückgewiesen werden?

2° (In ersterem Fall): Ist der Delinquent schuldig, mithin auch strafbar zu erklären, oder ab instantia lossprechen?

3° Soll derselbe mit dem Tod, mit der Einschließung oder der Landes-Verweisung bestraft werden? — Diese Dren Fragen sind sich wechselseitig coordinirt, <sup>17)</sup> und

---

17) In Bern, und vielleicht auch anderwärts, war es zwar wegen der Vorliebe für dichotomische Eintheilungen höflich, diese



müssen also gegen einander abgewogen werden, doch so daß zuletzt nicht die relative, sondern nur die absolute Mehrheit entscheide.

4° Wird die Todesstrafe beschlossen, so folgen die sich abermal coordinirten drey vorgeschlagenen Todesarten:

- a. ob zum Schwerdt,
- b. oder zum Galgen,
- c. oder zum Rad?

über welche ebenfalls besonders votirt, und falls keine derselben sogleich mehr als die Hälfte aller Stimmen für sich hat, die schwächste verworfen, und in einer zweiten Operation nur noch unter den beyden übrigen gewählt werden muß.

Fragen nicht zu coordiniren, sondern vorerst zur Abstimmung zu bringen: ob zum Tod oder zu einer andern Strafe; indem man behauptete, Einschließung und Landesverweisung hätten das mit einander gemein, daß sie den Tod nicht wollen. Allein obgleich diese Methode zum Zweck hatte, die Todesstrafen seltener zu machen: so halte ich sie dennoch aus den oben angeführten Gründen für fehlerhaft. Denn abzurechnen, daß die Gesetze eben nicht zu Gunsten der Verbrecher abgefaßt seyn sollen, so ist es gar nicht bewiesen, daß diejenigen, welche für die Einschließung stimmen, nicht allenfalls den Tod der Landesverweisung vorziehen würden u. s. w. Man könnte eben so gut sagen, Todesstrafe und Einschließung seyen der Landesverweisung entgegengesetzt, weil sie die Gesellschaft vollkommen sichern, oder Landesverweisung und Todesstrafe der Einschließung, weil beyde erstere das mit einander gemein haben, den Verbrecher nicht auf Kosten des Staats erhalten zu wollen. Alle Inkonveniente werden hingegen gehoben, wenn man die drey Strafarten coordinirt, doch so daß keine derselben anders als durch die absolute Mehrheit beschlossen werden kann.

5° Erhält die Einschließung den Vorzug, so fragt sich: ob dieselbe lebenslänglich dauern, oder auf zwanzig Jahre beschränkt werden solle?

6° Hat sich endlich die Majorität für die lebenslängliche Landes-Verweisung erklärt, so ist es nur noch um die letzte Frage zu thun: ob man bey dieser Strafe stehen bleiben, oder derselben noch die Güter-Confiskation beyfügen wolle?

Zweytes Beispiel. In einer Republik, deren oberster Rath die höchste Gerichtsbarkeit nicht selbst ausüben will, sondern dafür ein inappellables Criminal-Gericht angeordnet, und demselben gewisse, zwar mangelhafte, Straf-Gesetze vorgeschrieben hat, wird hintenher untersucht, ob dem souverainen Rath nicht das Begnadigungs-Recht zukommen solle?

Die Frage ist also: Ob ein solches Begnadigungs-Recht einzuführen? Von wem? In wie weit, und unter welchen Formen es ausgeübt werden solle?

Hierüber nun werden theils in dem erstatteten Rapport, theils in der Berathung selbst folgende Vorschläge gemacht:

Der erste will das Begnadigungs-Recht dem großen oder souverainen Rath zusprechen;

der zweite das Gutachten als unvollständig und übel ausgearbeitet zurückweisen;

der dritte die Behandlung der Frage bis nach Abfassung von bestimmten Straf-Gesetzen verschieben;

der vierte jedes Begnadigungs-Recht verwerfen, weil er es nach neueren Sophismen für rechtswidrig hält;

der fünfte stimmt für das Begnadigungs-Recht, will es aber dem täglichen Rath übertragen;

der sechste will es durch den jeweiligen im Amt stehenden Präsidenten ausüben lassen; <sup>18)</sup>

der siebente rath an, das Begnadigungs-Recht nur auf Milderung der Strafe zu beschränken;

der achte behält sich auch das Recht des gänzlichen Nachlasses vor;

der neunte will das Begnadigungs-Recht nur bey Todesstrafen angewendet wissen;

der zehnte nur auf Einfrag und Empfehlung des Appellations-Gerichtes selbst;

der elfte auch bloß auf die Bittschrift des Delinquenten.

Um nun diesen Wirrwar von Meinungen zu ordnen, muß die Abstimmung nach der oben angeführten Regel über folgende Fragen geschehen:

1° Ob das Gutachten zu besserer Ausarbeitung zurückzuweisen, oder heute darüber ein Beschluß zu fassen sey?

2° In ersterem Fall: ob auf unbestimmte Zeit, oder bis nach Festsetzung vollständigerer Strafgesetze?

3° Ob das Begnadigungs-Recht durchaus zu verwerfen, oder dasselbe in mehrerem oder minderem Grad einzuführen sey?

4° Ob es von dem großen Rath selbst, oder von dem kleinen Rath, oder von dem jeweiligen Präsidenten ausgeübt werden solle?

Diese drey Fragen sind coordinirt, und muß über

---

18) Es fragt sich nicht, ob diese Meinung vernünftig sey, sondern wir führen sie bloß des Beispiels wegen an. Seitdem man jedoch in Monarchien die Könige gleich Präsidenten, und in Republiken die Präsidenten gleich Königen behandelt, läßt sich auch die Möglichkeit einer solchen Meinung gar wohl denken.



jede besonders votirt werden, doch so daß nur die absolute Mehrheit entscheide.

5° Ob es nur auf Milderung der Strafe zu beschränken, oder der begnadigenden Behörde auch das Recht des gänzlichen Nachlasses einzuräumen sey?

6° Ob es nur bey Todesstrafen, oder auch bey anderen Strafen angewendet werden dürfe?

7° Endlich ob es nur auf Einfrage und Empfehlung des Appellations-Gerichtes, oder auch auf die Bittschrift des Delinquenten ausgeübt werden könne?

Auf diese Art wird keine Meinung vergessen, über jede in ihrer natürlichen Ordnung abgestimmt, und sobald irgend eine Frage affirmativ entschieden ist, so fallen alle entgegengesetzten nebst ihren Modifikationen von selbst weg.

Drittes Beispiel. Ein Mann hat für gemeinnützige oder doch dafür gehaltene Erfindungen, Maschinen und andere Unternehmungen, viel Zeit, Geld und Mühe aufgeopfert. Er ist nicht im Stand, dieselben durch eigene Mittel fortzusetzen, und wendet sich deshalb um Unterstützung oder Belohnung an den obersten Rath einer Republik.

Bei Berathung der Frage: ob und wie dieser Mann zu begünstigen oder zu belohnen sey? werden theils in dem Commissional-Rapport, theils in der Diskussion folgende Meinungen geäußert:

1° Das Gutachten auf unbestimmte Zeit zurückzuweisen;

2° solches ebenfalls zurückzuweisen, aber einen Tag zur Erstattung eines neuen Rapports festzusetzen;

3° von dem ganzen Vorschlag zu abstrahiren, weil die Sache, wenn sie gut sey, sich selbst belohne;

4° den Bittsteller mit einem Geldvorschuss von zwanzigtausend Gulden zu unterstützen gegen Zins zu zwey von hundert;

5° ihm auf gleiche Weise nur fünfzehntausend Gulden anzuleihen;

6° nur zehntausend Gulden; aber ohne Zins;

7° ihn mit einem Geschenk von fünftausend Gulden abzufertigen;

8° ihm ein oberkeitliches Gebäude mit zugehörigem Land zur Benutzung anzuweisen;

9° ihm jährlich eine bestimmte Quantität Holz für seine Maschinen zu liefern;

10° ihm ein lebenslängliches ausschließendes Privilegium für seine Maschinen zu ertheilen;

11° dieses Privilegium auf eine Daur von zehn Jahren zu beschränken;

12° Geldvorschuss, Gebäude, Holz und Privilegium mit einander zu vereinigen;

13° den Bittsteller mit unentgeltlichem Holz und mit dem Privilegio zu begünstigen, aber ohne Land noch Geld.

Um nun diese Meynungen gehörig einzutheilen, und darüber regelmäßig abstimmen zu können, müssen sie nothwendig in folgende Fragen aufgelöst werden:

1° Ob die Berathung zu verschieben, oder heute ein definitiver Beschluß zu fassen sey?

2° In ersterem Fall, ob auf unbestimmte Zeit oder bis auf den vorgeschlagenen bestimmten Tag?

3° Falls aber die Zurückweisung verworfen wird, so fragt sich: ob man von aller und jeder Unterstützung abstrahiren, oder mehr oder weniger in eine solche eintreten wolle?

4° In letzterem Fall, ob man sich nur auf eine Art

von Unterstützung beschränken, oder mehrere mit einander vereinigen wolle?

5° Wird ersteres beliebt, so muß entschieden werden:

- a. ob mit einer Geldsumme,
- b. oder mit einem Gebäude,
- c. oder mit Holz,
- d. oder mit einem Privilegio?

Diese vier Fragen sind coordinirt, und es muß also über jede besonders votirt, aber, wie unter vier Candidaten, nur durch die absolute Majorität entschieden werden.

6° Erhält die Geldsumme den Vorzug, so fragt sich, ob sie Geschenksweise, oder nur als Anlehen ertheilt werden solle? Wird ersteres erkannt, so versteht sich die Summe von fünftausend Gulden von selbst, weil keine andere als Geschenk vorgeschlagen worden.

7° Erklärt sich aber die Mehrheit für das Anlehn, so muß über die angerathenen coordinirten Summen entschieden werden,

- a. ob zwanzigtausend Gulden,
- b. oder fünfzehntausend,
- c. oder zehntausend? — Dann folgt die

8te Frage, ob ohne Zins, oder gegen einen jährlichen Zins von zwey von hundert?

Hat sich bey N° 5 die Majorität bloß für Anweisung eines Gebäudes ausgesprochen, so sind dabey keine verschiedenen Modifikationen vorgeschlagen worden, und die Abstimmung ist also beendigt.

9° Wird aber ein Privilegium dekretirt, so fragt sich, ob dasselbe auf zeitlebens, oder nur auf eine Daur von zehn Jahren ertheilt werden solle?

10° Wäre hingegen bey der vierten Frage die Vereini-  
gung mehrerer Arten von Unterstützung erkannt worden,



so muß noch zur Abstimmung gebracht werden: ob man den Bittsteller mit Geldvorschuß, Gebäuden, Holz und einem Privilegio, oder nur mit beiden letzteren begünstigen wolle? In dem ersten Fall ist dann noch, wie bey N<sup>o</sup> 7 und 8 über die Summe und den Zinsfuß, in dem zweiten hingegen nur über die Daur des Privilegiums zu entscheiden.

Es versteht sich von selbst, daß dergleichen Meynungen noch viel mehrere angebracht werden können, und mithin ihre Ordnung und Classifizirung um so viel schwieriger wird. Erwägt man nun, daß über eine solche Menge von Vorschlägen, ohne daß sie nur aufgezeichnet werden, und ohne Zeit zum Nachdenken, meist nach einer langen ermüdenden Versammlung, oft von einem Greisen, dem entweder das Gedächtniß, oder die habituelle Logik, oder auch der unparteyische Wille mangelt, auf der Stelle die Stimmen gesammelt werden müssen: so begreift man, wie viele Fehler und Mißbräuche dabey unterlaufen können; <sup>19)</sup> wie manche Meynungen vergessen, oder absichtlich beseitiget, oder gar nicht zur Abstimmung gebracht, die Fragen unbestimmt oder suggestiv ausgedrückt, übel geordnet, bald subordinirte neben einander gestellt, bald coordinirte sich wechselseitig untergeordnet werden; wie schwer und oft unmöglich es den einzelnen Mitgliedern wird, den Präsidenten darüber zurecht zu weisen, und wie also auch hieraus so viele fehlerhafte Beschlüsse entstehen müssen, die nicht in dem Willen der Majorität lagen, und bey einer besseren Methode nicht erfolgt wären. Das beste Mittel, diesen Schwierigkeiten aus-

---

19) Man hieß dieses in der Schweizerischen republikanischen Sprache das Mehr verdrehen.

zuweichen, besteht darin, daß die zu entscheidenden Fragen in dem Commissional-Rapport deutlich bestimmt, wohl geordnet und gründlich entwikkelt, oder auch Artikelweise in projektirte Beschlüsse aufgelöst werden, über welche von Punkt zu Punkt deliberirt und votirt werden kann. Dadurch wird die Divagation der Meinungen größtentheils verhindert, und der Rapport selbst hat auch gewöhnlich eine Präsumtion von mehrerer Sachkenntniß und Gründlichkeit für sich, die ihm in den meisten Fällen das Uebergewicht verschafft. Man kann daher die Operation des Abstimmens auch dadurch vereinfachen, daß man alle in der Berathung selbst geäußerten abweichenden Meinungen entweder als Vorfragen oder als bloße Zusätze und Verbesserungen des Gutachtens (amendemens) ansieht, und über jede derselben besonders votirt, um zu erkennen, ob sie die Mehrheit der Stimmen für sich habe, und mithin den Vorschlag des Commissional-Rapports überwiege oder nicht. Diese in mehreren großen Versammlungen übliche Methode ist viel leichter, erfordert weniger Aufwand von Nachdenken als die oben entwikkelte, und führt doch im Grunde zu dem nemlichen Resultat. Bei wichtigen und viel umfassenden Gegenständen ist es zweckmäßig, nicht bloß die Abstimmung, sondern auch die Berathung selbst nur über bestimmte und wohl gesönderte Fragen geschehen zu lassen, woben allfällige neue Meinungen immerhin gehörigen Orts eingeschaltet werden können. Oft aber sind die Geschäfte so einfach und unwidersprochen, daß es nur eine zeitverderbende Pedanteren wäre, so schulgerecht zu Werk gehen zu wollen. Endlich ist es auch gut, wenigstens in allen wichtigeren Fällen (die Majorität mag nun offenbar seyn oder nicht) doch die Stimmen selbst zu zählen, und in

dem Protokoll aufzuzeichnen, damit der Beschluß nicht durch eine geringere Stimmenzahl wieder aufgehoben werden könne, als worin die natürliche Regel besteht, um übereilten Meinungen und Abänderungen früherer Dekrete vorzubeugen. Man sieht jedoch aus dem bisher Gesagten, wie leicht in Republiken, aller gesetzlichen Vor-sorgen ungeachtet, durch unregelmäßige oder allzuschwache Versammlungen, durch Mangel an Untersuchung und Vor-bereitung, durch Mißbrauch des Austritts, durch Ermü-dung und durch fehlerhafte Abstimmung selbst, unter dem Schein der Mehrheit, der reellen Minorität das Uebergewicht verschaffet werden kann, und wie schwer es ist, den collectiven Willen einer künstlich vereinten Men-schenmenge zu constatiren; da hingegen der Wille eines herrschenden Individuums ohne alle Schwierigkeit geäuß-ert wird, und über den Inhalt desselben nie ein begrün-deter Zweifel entstehen kann.

---



## Fünf und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung.

Genauere Bestimmung der Reservate der höchsten Gewalt und der Funktionen des dirigirenden Rathes oder anderer Collegien.

---

- I. Nothwendigkeit derselben zu Verhütung gefährlicher Competenz-Streitigkeiten.
  - II. Diese letzteren werden meist durch allgemeine, unbestimmte, und daher jeder Ausdeutung fähige Ausdrücke veranlaßt.
  - III. Die Reservate der höchsten Gewalt und des dirigirenden Rathes müssen nicht nach bloßen Worten und Formen, sondern nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände selbst gesondert werden.
  - IV. Entscheidende Regel in zweifelhaften Fällen. Die freye Gemeinde (oder ihr oberster Rath) kann von Rechts wegen an sich ziehen, was sie will.
  - V. Politische Regeln in Absicht der Collegien und der hohen Ehren-Ämter. — Instruktionen. — Beschränkte Amtsdauer. — Mäßige Besoldung.
- 

Nebst der Bildung der freyen Genossenschaft und ihrer größeren oder kleineren Räthe, derselben Organisation und klugen Wahl- oder Berathungs-Formen, ist es ferner in allen Republiken wesentlich nothwendig, und zu ihrer ruhigen Fortdauer unentbehrlich, theils die Rechte und Einrichtungen, welche der höchsten oder obersten Versammlung vorbehalten bleiben, und diejenigen, welche ihrem dirigirenden Rath oder anderen Collegien überlassen werden sollen, theils ihre wechselseitigen Verhält-

nisse unter einander mit Sorgfalt und Klugheit genau zu bestimmen. Denn nichts ist in freyen Communities gefährlicher als jene heftigen Competenz-Streitigkeiten, besonders zwischen der Bürger-Gemeinde oder ihrem stellvertretenden Ausschuss und dem Rath oder dem engeren Regierungs-Collegio, wo jeder Theil dem anderen Verletzung der Fundamental-Statuten und Usurpation unrechtmäßiger Gewalt vorwirft. Sie erbittern die Gemüthther, und da es über solche Streitigkeiten keinen natürlichen unpartheyischen Richter giebt: so führen sie oft innere Kriege, und mittelst derselben den Ruin der Republik selbst herbey. In einer Monarchie, wo der Landesherr in einer einzigen Person besteht, ist dieses Inconvenient sehr unbedeutend, oder kann vielmehr gar nicht eintreten. Wenn auch der Fürst seinem Ministerio, seinen Gerichten oder Provinzial-Verwaltungen gewisse Befugnisse oder Competenzen einräumt, so kann er solche gleich anderen Gesetzen wieder zurücknehmen, mehr oder mindern, nach seinem Sinn auslegen, und in jedem Fall besonders wichtige Gegenstände an sich ziehen; er hat es nur mit untergeordneten Behörden zu thun, mit sich selbst aber ist er nie entzweit, und sobald er seinen Willen erklärt, so hat aller Streit ein Ende. Bey einem kollektiven Souverain hingegen geht dieses alles nicht so leicht zu. Die Magistraten einer Republik sind, wie wir schon anderswo gezeigt haben, nicht blos Beamte und Diener, sondern auch Mitgenossen und Vorsteher; <sup>1)</sup> sie sind zahlreich, und genießen eines bedeutenden Ansehens, sie machen einen Theil des Souverains selbst aus, sie sitzen mit den Bürgern oder ihren Ausgeschlossenen in

---

1) Cap. X. S. 113 – 117.

der nemlichen Versammlung, sie haben unter denselben durch ihre Kinder, Verwandte und Freunde eine Menge von Anhängern, und es ist daher viel schwerer, als man glaubt, einem solch dirigirenden Rath, ja sogar nur einem angesehenen Collegio unrechtmäßige oder übel angewendete Gewalt wieder zu entreißen. Diese Behörden nennen ihre Funktionen ein Recht, obgleich in solchen Sachen nur die ganze Republik eigene Rechte hat, und niemand läßt sich gern vermennte oder wirkliche Befugnisse entziehen. Dergleichen Streitigkeiten werden also nie anders als durch eine Art von innerem Krieg beendet. Siegen die Magistraten, so maßen sie sich in der Folge noch mehr an, und betrachten ihre Mitbürger als überwundene Feinde; diese letzteren erspähen den günstigen Augenblick, um gleiches mit gleichem zu vergelten; sie widerstreben entweder auch dem rechtmäßigen Gebrauch der Macht, oder sie werden zuletzt über alles gleichgültig, und es entsteht eine verhaßte Oligarchie, die jedes Leben, jeden Gemeingeist tödtet, und die Republik gleichsam durch Fäulniß zu Grund gehen läßt. Siegen aber die Bürger, so suchen die Magistraten sich auf andere Weise zu rächen, wozu ihnen stets viele Mittel übrig bleiben, oder sie werden auch im Guten furchtsam, verlieren alles Selbstgefühl, und würdigen sich zu niedrigen Schmeichlern einzelner Faktionen herab; dadurch gerathen alle Geschäfte ins Stofen, die Regierung verliert ihr Ansehen sowohl im Innlande als im Auslande, die innere Zwentracht nimmt täglich zu, und zuletzt erfolgt gar eine fremde Einmischung, welche gewöhnlich den Untergang der Republik nach sich zieht.

Indessen werden alle jene verderblichen Competenz-



Streitigkeiten ursprünglich fast nie durch bösen Willen, sondern meist nur durch allgemeine, unbestimmte Ausdrücke, wie z. B. die von Gesetzgebung, Vollziehung, Gerichtsbarkeit, Polizen, Finanzen u. s. w. veranlassen, Worte, in die jeder seinen eigenen Sinn hineinlegt, und worüber also der Streit seiner Natur nach unauflöslich ist. Was heißt z. B. ein Gesetz, und wodurch unterscheidet es sich von jedem andern verbindlichen Beschluß? Was gehört zur Vollziehung? Ueber welche Gegenstände erstreckt sich die Gerichtsbarkeit? Wie weit geht die Polizen, und wo sind die Schranken der höheren oder der niederen? Was wird endlich unter den Finanzen verstanden? bloß die Administration der Güter und Einkünfte, oder auch die Disposition über dieselben? Ueber alles das kann bona fide bis ans Ende der Tage disputirt werden, denn das geschriebene Gesetz giebt in solchen Fällen keine Auskunft; die Uebung selbst ist nicht gleichförmig, oder sie wird als gesetzwidrig angegriffen, und die Leidenschaften der Menschen entzünden sich bekanntlich mehr über Worte als über Sachen, mehr über dunkle als über deutliche Begriffe. Die Funktionen des obersten Raths und der dirigirenden Behörde müssen also nicht nach solch allgemeinen Ausdrücken, die meist nur ein Deckmantel der Unwissenheit oder ein Fallstrik für die zutrauende Redlichkeit sind, und, wie wir schon anderswo bewiesen haben, <sup>2)</sup> auch nicht bloß nach logischen Formen, etwa nach ihrer gesetzgebenden oder vollziehenden Eigenschaft, sondern nach der materiellen Wichtigkeit der Gegenstände selbst geschieden werden. Eine zahlreiche, souveraine Communität, deren Versammlung

---

2) Oben S. 202 — 212.

stets mit Schwierigkeiten begleitet ist, vermag freylich nicht so viele Geschäfte selbst zu besorgen als ein Einzelherr, der zu jeder Zeit und an jedem Ort seinen Willen äußern, und oft in einer Stunde mehr entscheiden kann, als eine Republik in drey Monathen. Aber sie muß sich wenigstens in allen Fächern die wichtigsten Geschäfte vorbehalten, diejenigen, von denen die Existenz und das Wohl der Republik vorzüglich abhängt, deren Entscheid die höchste Gewalt voraussetzt, oder zu ihrer Behauptung erfordert wird; es mögen nun diese Beschlüsse, wie man sich auszudrücken pflegt, gesetzgebender, vollziehender, gerichtlicher, oder anderer Natur seyn. Dabin gehören nun vorzüglich diejenigen Gegenstände, welche wir schon anderswo benläufig angezeigt haben, 3) z. B. die Annahme von neuen Bürgern, und die Ausschließung von dem Bürgerrecht; die Beschlüsse über Krieg und Frieden; die Errichtung von stehenden Truppen, so wie die Zusammenziehung von Milizen; die Ratification oder Verwerfung aller die Republik selbst verpflichtenden Bündnisse und Verträge; die Einführung von neuen, oder die Abschaffung von bestehenden Aemtern, die Erwählung oder Entsetzung der vorzüglichsten Beamten, welche dann durch Uebung oder Geseze genau bestimmt sind; die Errichtung, Abänderung, Aufhebung und authentische Auslegung aller constitutionellen und anderer allgemeinen Geseze, besonders solcher, welche die Bürger und Unterthanen verpflichten; wie auch die wichtigeren Ausnahmen von diesen Gesezen; die oberste Gerichtsbarkeit wenigstens unter den Bürgern und Magistraten der Republik selbst, und zwar sowohl in Civil- als in Criminal-Sachen;

---

3) S. 207 — 212.

die endliche Beurtheilung aller höheren Staatsverbrechen; die Appellationen von dem täglichen Rath, oder anderen höheren Behörden; der Ankauf und die Veräußerung von Domainen und anderen Territorial-Besitzungen; die Anordnung, Abänderung oder Aufhebung von Regalien; die Bestimmung des Münzfußes; die Ausschreibung von allfälligen Steuern und indirekten Abgaben; die Eröffnung von Anleihen; die Bewilligung aller Geldausgaben, welche eine gewisse Summe übersteigen, und mithin der Entscheid über alle Gegenstände, welche dergleichen Ausgaben erfordern; die Abnahme und endliche Gutheißung der vorzüglichsten Rechnungen, nachdem sie vorher gehörig geprüft worden sind; die Behandlung aller in dem Schooß der Versammlung geschehenen Anträge und Mahnungen u. s. w. Solche und ähnliche Geschäfte müssen also nothwendig der höchsten Gewalt, d. h. der Vereinigung von klein und großen Räten vorbehalten bleiben, und so ist es auch vormals in allen Republiken, bloß nach dem natürlichen Rechts-Gefühl, theils durch Uebung und förmliche Geseze, theils sogar durch Verträge geschehen. 4)

---

4) Man sehe z. B. von den ehemaligen Schweizerischen Städten Simler's Regiment der Eidgenossenschaft, fortgesetzt von Leu. 1740. 4., als nemlich von Zürich, Basel und Schaffhausen S. 449—450, und von Bern, Luzern, Friburg und Solothurn S. 492—493. — Obgleich hierüber zwischen diesen Städten keine Uebereinkunft bestand: so ist doch die Hauptsache überall die nemliche. Vergleicht man das gegen die neuen seit 1802 und 1814 eingeführten Verfassungen der nemlichen Cantone, wie sie in Usteri's Eidgenössischem Staatsrecht aufgezeichnet sind: so wird man finden, daß die großen oder sogenannt souverainen Räte überall an Freyheit und Einfluß verloren haben, ja sogar im Grunde durchaus unbedeutend geworden sind.



Durch dergleichen Bestimmungen wird schon den meisten Streitigkeiten vorgebeugt, und es ist damit noch der wichtige Nebenvortheil verbunden, daß die zahlreichen Mitglieder der großen Räthe sich unvermerkt mit allen Zweigen der Staatsverwaltung bekannt machen, folglich die Geschäfte in ihrem Zusammenhang einsehen lernen, und nicht unvorbereitet auf besonders wichtige Aemter oder in die engeren Regierungs-Ausschüsse befördert werden, sondern all dort nur zahlreichere und minder wichtige Gegenstände der nemlichen Art antreffen. Da indessen die positiven Gesetze weder alles bestimmen, noch sich selbst auslegen können, mithin über ihren Sinn oder ihre Ausdehnung immer noch Zweifel und Streitigkeiten möglich sind: so muß, um den letzteren ein regelmäßiges Ende zu machen, der Grundsatz nie vergessen werden, daß in einer wahrhaft freien Republik die Gemeinde selbst, oder diejenige Versammlung, welche ihre Stelle vertritt, und von deren der engere Ausschuss stets das Haupt und einen integrirenden Theil ausmacht, ihrem Entscheide vorbehalten, oder späterhin an sich ziehen kann, was sie gut findet; es sey nun, daß alle Befugnisse ursprünglich von ihr delegirt worden seyen, oder daß der dirigirende Rath früher bestand, und sich nur in der Folge mit einer gewissen Anzahl von Bürgern umgeben oder verstärkt habe. Denn in beiden Fällen besteht in der Vereinigung der Communität und ihrer Räthe, der Bürger und ihrer Vorgesetzten <sup>5)</sup> die höchste Gewalt, welche stets befugt ist, Gesetze zu verändern, abzuschaffen oder auszulegen, und bald mehr bald weniger Rechte selbst auszuüben. <sup>6)</sup> Auf

---

<sup>5)</sup> Vergl. S. 195 — 196.

<sup>6)</sup> S. 106 — 107.

der anderen Seite ist auch dem engeren Ausschuss das Recht nicht benommen, selbst solche Gegenstände, die zwar in seiner Competenz lägen, die aber durch Umstände, z. B. durch die Personen und Ortschaften, welche sie betreffen, oder durch die Zeit, in welche sie fallen, eine besondere Wichtigkeit erhalten, aus diesem Grund vor den größeren Rath zu bringen, sey es, um dem Beschlusse mehr Gewicht zu geben, oder auch nur um die moralische Verantwortlichkeit desselben nicht ausschließend auf sich zu nehmen. Wofern also in gewöhnlichen Fällen jene gesetzlichen Bestimmungen, in außerordentlichen Fällen aber diese höheren Rechts- und Klugheits-Regeln befolget werden: so ist es nicht wohl möglich, daß in einer Republik bedeutende Zerwürfnisse und Competenz-Streitigkeiten entstehen können.

Was die übrigen höheren Collegien betrifft, die in Republiken immer noch einen bedeutenden Einfluß ausüben, so müssen ihnen über den Gegenstand und den Umfang ihrer Verrichtungen kurze und bestimmte Instructionen ertheilt werden, damit die Redlichkeit an denselben eine Stütze finde, und auffälliger Mißbrauch desto eher erkannt und gehindert werden könne. Diese Collegien stehen, je nach der Natur der Geschäfte, theils mit dem ordentlichen Regierungsrath, theils mit der höchsten Gewalt in Verbindung oder abhängigen Verhältniß, und das beste Mittel, dem Mißbrauch ihrer Befugnisse zuvorzukommen, besteht darin, ihnen nur eine bestimmte, mäßige Competenz in Geldsachen einzuräumen; denn da die meisten Geschäfte mit mehr oder weniger bedeutenden Ausgaben begleitet sind, so müssen die ersteren schon dieser Kosten wegen der höheren Behörde vorgetragen

werden. Uebrigens ist es ein Hauptgrundsatz in Republiken, daß hohe, mit Ehre und Gewalt begleitete Aemter wandelbar seyn sollen, auf daß kein einzelnes Individuum zu übermächtig, oder in die Länge unentbehrlich werde. So wechselt fast in allen freien Communitäten das Präsidium jährlich und bisweilen sogar öfterer ab; auch ist es selten oder nie mit der Verwaltung der öffentlichen Gelder, oder der Leitung der Finanz-Geschäfte in einer Person vereinigt, denn theils wäre diese Last einem einzelnen Menschen zu schwer, theils würde es auch nicht möglich seyn, dem Mißbrauch einer solch vereinten Gewalt zu widerstehen. Es liegt ferner sowohl in der Natur der Sache als in den Regeln der Klugheit, daß das im Amt stehende Ehrenhaupt, während der Zeit seines Präsidiums, nicht andere untergeordnete Collegien soll präsidiren dürfen. Denn falls im Namen dieser letzteren vor dem höheren Rath rapportirt werden muß: so wäre es unschicklich und widersprechend, daß er zugleich Berichtserstatter und Präsident sey; er würde dadurch die nöthige Unparthenlichkeit verlieren, die Berathung und Abstimmung bloß nach seinen Absichten zu leiten suchen, und selbst auf die Freiheit der Meinungen nachtheilig einwirken. Sein Amt besteht darin; das Haupt der Republik, gleichsam die Seele des Ganzen zu seyn, über alles die Aufsicht zu führen, die bestehenden Collegien an Befolgung der Geseze und Ordnungen zu weisen, und zu diesem End muß er in einer unparthenischen Stellung sich befinden, und kann nicht zweyerley entgegengesetzte Berrichtungen zu gleicher Zeit ausüben.

Bei den untergeordneten, dienenden Stellen ist hingegen die Beschränkung der Amtsdaur keineswegs noth-



wendig; die meisten dieser Stellen können daher lebenslänglich dauern, und wenn einige derselben, besonders die einträglicheren, gewöhnlich auf eine gewisse Anzahl Jahre beschränkt sind: so geschieht es nur, um die Benefizien mehr zu vertheilen, nach und nach den Ehrgeiz der meisten Mitglieder zu befriedigen, und auch die früheren Arbeiten thätiger Männer mit solchen Stellen zu belohnen. Endlich ist es auch dem Geist der Republiken angemessen, die höchsten Ehren-Aemter nach Verhältniß wenig, die untergeordneten Bedienungen aber besser zu besolden, damit jene nie als bloße Benefizien, sondern als ebrenvolle Auszeichnung des Verdienstes betrachtet, folglich auch nicht des Einkommens wegen verlangt, und selbst von den uneigennützigsten Personen gesucht werden dürfen, die dienenden Beamten aber für den Gehorsam gegen ihresgleichen in anderen Vortheilen Ersatz finden. Diese naturgemäße Einrichtung bestand auch vormals in allen Republiken, während sie hingegen in denjenigen, die seit der Revolution entstanden sind, gänzlich vergessen wird. So waren z. B. die Schultheissen und Bürgermeister der ehemaligen Schweizerischen Städte sehr schwach besoldet, alldieweil die ersten Sekretärs, die Landvögte in den verschiedenen Theilen des Gebiets, diejenigen, so bei den Finanz-Verwaltungen angestellt waren u. s. w., theils an fixem Gehalt, theils an Genuß von Domainen, oder an Kanzlen- und Gerichts-Lagen u. s. w. zum Theil beträchtliche Einkünfte hatten. Dadurch wird eine Art von Gleichheit wieder hergestellt, und überhaupt wenn man in einer zahlreichen Communität gleichberechtigter Genossen die allgemeine Zufriedenheit erhalten will: so müssen die Befehlenden mehr mit Ehre und Einfluß, diejenigen aber, die ihrer Funktionen wegen abhängig und dienstbar sind, mehr

mit pekuniarischen Vortheilen belohnt, und nie zu viele verschiedenartige Macht auf einem einzelnen Kopf angehäuft werden.

---

## Sechs und zwanzigstes Capitel.

### Fortsetzung.

#### Treue Verwaltung des gemeinen Guts.

---

- I. Nothwendigkeit derselben, und worin sie bestehe.
  - II. Wesentliche Regeln zur Sicherung der Capitalien und der Einkünfte, zur Beschränkung der Ausgaben und regelmäßigen Ablage der Rechnungen.
- 

Gleichwie wir im zwanzigsten Capitel bewiesen haben, daß gemeinsame Güter und Besizungen theils das einzig sichtbare und fortdaurende Bindungs-Mittel der Republiken, theils das Fundament ihrer Herrschaft ausmachen, und sowohl zu ihrer Existenz als zur steten Belebung des Gemeinns unentbehrlich sind: so folget auch von selbst, daß die treue Besorgung jenes gemeinen Guts unter die vorzüglichsten Erhaltungs-Mittel der Republiken gehört, und daß also auf diesen Punkt in Constitutions- oder anderen Gesetzen eine besondere Sorgfalt gerichtet werden muß. Es läßt sich sogar an der gewissenhaften und verständigen Verwaltung der öffentlichen Gelder die Gesundheit eines Gemein-Wesens richtiger als an keinem andern Merkmal erkennen. Die Hauptsache dabey besteht darin, daß das Vermögen der Republik 1° in seinem

Stand und Wesen erhalten, und nicht vermindert, sondern eher vermehrt, 2° daß es nur für die Zwecke der Genossenschaft, und nie in den Privat-Nutzen, oder nach bloßen Privat-Absichten verwendet werde. Dazu ist nun freylich die Redlichkeit der Regenten und der Verwalter unentbehrlich; doch können gute Gesetze und Formen theils eine Art von Unterricht für die Unwissenheit bilden, theils mancher Uebereilung vorbeugen, und eigennützigen Absichten Hindernisse in den Weg legen. So müssen vorerst die Veräußerungen von Capitalien und liegenden Gütern, so wie die Realisirung oder Versilberung von Natural-Vorräthen (als womit die größten Mißbräuche geschehen könnten), die Antastung außerordentlicher, nicht für die currenten Ausgaben bestimmter Geldsummen u. s. w. möglichst erschwert, und zu diesem End nur durch die höchste Gewalt, nie aber durch ein bloßes Collegium genehmiget oder verordnet werden können. Der richtige Bezug aller jährlichen Einnahmen wird durch Inventarien und vorzüglich durch Bürgschaften gesichert, welche jeder Verwalter öffentlicher Gelder, nicht etwa wie heut zu Tag nur für eine bestimmte Summe, sondern überhaupt für seine Moralität und Zahlungsfähigkeit zu leisten hat, und diese Vorsorge bewirkt nebenher noch den weiteren Vortheil, daß nur rechtschaffene und wirthschaftliche Männer zu solchen Stellen erwählt werden, weil sie sonst keine Bürgen finden würden. 1) Was die Ausgaben betrifft, so ist es nicht

---

1) Limitirte, d. h. auf eine gewisse Summe beschränkte Bürgschaften nutzen gar nichts, und sind durchaus illusorisch. Gesetzt, es müsse jemand, der mehrere hunderttausend Gulden zu verwalten hat, eine Bürgschaft von acht oder zehntausend Gulden stellen: so kann er allenfalls die Bürgen mit Hinter-



nur in politischer Rücksicht zur Verhinderung von Usurpationen, sondern auch für die treue Verwaltung des gemeinen Guts selbst nothwendig, daß beträchtliche Ausgaben, die eine gewisse gesetzlich zu bestimmende Summe übersteigen, nur von dem obersten oder souverainen Rath selbst sollen beschlossen werden können, dem dirigirenden Rath aber und anderen Collegien für die laufenden Bedürfnisse bloß eine gewisse Competenz eingeräumt bleibe. 2) Um sodann die oberste Behörde selbst unvermerkt an eine

---

legung eines Schuld-Titels von diesem Werth sichern, und man hat also nur das Vermögen des Schuldners, nicht das der Bürgen zu seiner Sicherheit. Da übrigens die Bürgschaften nicht gegen die Rechtschaffenen, sondern gegen mögliche Untreu verlangt werden: so ist es auch gar wohl möglich, daß der Beamte und seine Bürgen Millionen mit einander theilen, den Landesherrn aber bloß mit der beschränkten Bürgschafts-Summe abfertigen.

- 2) In der alten Republik Bern z. B. hatte der tägliche Rath nur eine Competenz von Einhundert Thalern für den nemlichen Gegenstand, und jede Ausgabe, welche diese Summe überstieg, mußte vor den großen Rath gebracht werden. Dadurch erfolgte, daß eine Menge derselben beschränkt wurden oder ganz unterblieben, bloß um sie nicht dem großen Rath vortragen zu müssen, und daß wenigstens die gewöhnlichen, täglich wieder kommenden Ausgaben an Unterstützungen, Gratifikationen u. s. w. nie jene Summe überstiegen. Dennoch galten sie für sehr ehrenvoll, denn es hieß, die Regierung habe gegeben so viel sie konnte. Seit den Revolutions- und Mediations-Verfassungen hingegen konnte der tägliche Rath unter dem Vorwand von Administration ungehindert über das ganze Staats-Vermögen gebieten, Domainen veräußern und Ausgaben dekretiren, so viel er immer wollte. Daher hat man auch seither Defizits und Schulden, von denen man unter der alten Ordnung nichts wußte.

gewisse Defonomie zu binden, besteht das wesentlichste Mittel nicht in Vorlegung von Búdgets, welche im Gegentheil nur zur Vergrößerung der bleibenden Ausgaben führen, und weder die Verschwendung hinderen, noch außerordentlichen Bedürfnissen vorbeugen können: 3) son-

- 
- 4) Jene Búdgets, mit denen man sich heut zu Tag so weise dünkt, sind der Tod aller wahren Defonomie, und führen nothwendig zu immer größeren Schulden, oder zu gränzloser Vermehrung der Auflagen. Erstlich werden dabei die Ausgaben als sogenannte Bedürfnisse vorangestellt, und die Mittel hernach geschaffen, während man hingegen die Ausgaben nach den Einkünften abmessen sollte. Zum anderen schlägt jedes Ministerium, jedes republikanische Collegium, seine Bedürfnisse so hoch als möglich an, um ja nicht zu kurz zu kommen, oder um über Vieles disponiren zu können; das durch gewöhnt man sich allmählig eine Menge von Ausgaben für unentbehrlich anzusehen, die es gar nicht sind, daher auch ein geistreicher Staatsmann gesagt hat, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht das Búdget der Ausgaben, sondern die Ausgaben des Búdgets vorlege. Ist endlich die verlangte Summe bewilliget, so hält sich jedes Collegium für berechtigt, den ihm eröffneten Credit auch wirklich zu erschöpfen; das vorgebliche Maximum wird zum Minimum, und man glaubt viel gethan zu haben, wenn nur das Búdget nicht überschritten wird. Dabei befindet sich der Landesherr gleichsam unter Vormundschaft gesetzt; ihm bleibt für seine freiwilligen Ausgaben beynahe gar nichts übrig, weil alle seine Einkünfte zum voraus angewiesen sind, und bereits ihren Gläubiger haben. Da endlich einerseits die Einnahmen oft weniger abwerfen, als man berechnet hatte, und anderseits der Búdgets ungeachtet die außerordentlichen Bedürfnisse nicht vermieden werden können: so ist es klar, daß nach dieser Methode beynahe nothwendig ein jährlicher Defizient stehen muß, wie solches auch durch die Erfahrung aller Länder, wo man dergleichen Búdgets eingeführt hat, bestätigt wird.

dern darin, die nothwendigsten und wichtigsten Verwal-  
 tungs-Zweige, wie z. B. die Kirchen, Schulen, Spitä-  
 ler, die Besoldungen der Beamten, die gewöhnliche Un-  
 terhaltung der Gebäude, wie auch der Truppen, wenn  
 deren vorhanden sind, die Verzinsung und successive Til-  
 gung allfälliger Schulden u. s. w. entweder mit eigenen  
 Gütern und Capitalien zu dotiren, oder aber auf ge-  
 wisse, weiter nicht zu berührende Einkünfte, es sey in  
 Geld oder Naturalien, anzuweisen, so daß derselben in  
 der Hauptrechnung gar nicht erwähnt wird, oder doch  
 nur der Ueberschuß in die Casse des obersten Quästors  
 kömmt, und alsdann unbedenklich für die willkührlichen  
 oder freywilligen Ausgaben der Republik vorbehalten  
 bleibt. Dieser einfachen Methode hatten vielleicht meh-  
 rere ältere Republiken ihren Wohlstand zu verdanken; sie  
 ist zwar weniger glänzend, weniger großsprechend als  
 die neueren Uebungen, aber weit mehr der Gerechtigkeit  
 und der Klugheit angemessen; sie läßt die Republik in  
 ihren eigenen und in fremden Augen weniger reich, oder  
 vielmehr nur so reich erscheinen, als sie wirklich ist;  
 denn der wahre Reichthum besteht nicht in den Einkünf-  
 ten allein, sondern nur in dem, was nach Abzug der ver-  
 sprochenen, mithin schuldigen Ausgaben übrig bleibt; sie  
 erweckt daher im Innern keinen Hochmuth, und im Aus-  
 land keinen Neid; sie sichert die Fortdauer und den regel-  
 mäßigen Gang aller wesentlichen Anstalten und Verwal-  
 tungs-Zweige, welche auf diese Art nie gefährdet werden  
 können; sie hat endlich den großen Vortheil, daß selbst  
 von Usurpatoren oder fremden Eroberern nicht alles ge-  
 raubet und zerstört werden kann, zumal es nicht so leicht  
 ist, so viele verschiedene Fonds zu entdecken, zu plündern  
 oder in haares Geld umzuwandeln, als hingegen sich ei-



ner einzigen Haupt-Casse zu bemächtigen, in welche alles ohne Ausnahme fließt, und aus der alles wieder abgegeben werden muß.

Zuletzt muß auch über die regelmäßige Ablage, Untersuchung und Guttheißung der Rechnungen strenge und unerbittlich gehalten werden. In der Regel soll jeder Casse-Verwalter, der irgend einen Zweig von Einnahmen oder Ausgaben zu besorgen hat, alljährlich Rechnung ablegen, um denselben in beständiger Ordnung zu erhalten, die Uebersicht des Ganzen zu erleichtern, und allfällige Mißbräuche oder Nachlässigkeiten desto eher entdecken und heben zu können. Je einfacher und ungekünstelter die Rechnungen selbst eingerichtet sind, desto eher kann man auf ihre richtige Einlieferung zählen, und desto weniger Irrthümer werden sich in dieselben einschleichen. Ihre Form braucht auch gar nicht gleichförmig zu seyn, indem solches nur unnöthiger Weise die Arbeit erschwert, und die Kosten vermehrt; sie kann und soll vielmehr je nach der Natur des Gegenstandes abwechseln. Der Tag zur Rechnungs-Ablage soll jedem Rechnungs-Führer geraume Zeit vorher angezeigt, und dieser Termin ohne ganz außerordentliche Gründe nicht verlängert werden, zumal selbst in Fällen von Krankheit, Abwesenheit oder anderweitigen Pflichts-Geschäften, der betreffende Beamte seine Stelle durch jemand anders vertreten lassen kann. Es ist nöthig, daß hierüber eine unabänderliche Praxis entstehe, und man leistet dadurch sowohl der Republik als den Rechnungs-Gebern selbst einen großen Dienst, indem sonst die Nachsicht bald keine Gränzen mehr hätte, und die Unordnung unheilbar würde. Bey Untersuchung jeder Rechnung

sind drey Gegenstände zu prüfen: 1° ob alle Einnahmen bezogen und verrechnet worden, welches sich aus ihrer Vergleichung mit Inventarien und früheren Rechnungen ergibt; 2° ob alle Ausgaben authorisirt und wirklich geschehen seyen, was theils durch allgemeine Geseze oder besondere Aufträge, theils durch Quittungen bewiesen wird; 3° ob endlich die Rechnung auch arithmetisch richtig sey? Werden Irrthümer oder Auslassungen entdeckt, über welche sich der Rechnungsgeber nicht befriedigend ausweisen kann, so wird dadurch sein schuldiger Saldo entweder vermehrt oder vermindert, übrigens aber die Rechnung selbst gutgeheissen. Daben soll diese letztere auch in materieller Rücksicht geprüft werden, um allfällige Mängel zu bessern, über die Besorgung der Capitalien, die Vermehrung und richtige Beziehung der Einkünfte, oder die Beschränkung der Ausgaben die nöthigen Weisungen zu ertheilen, und mittelst dessen keinen Mißbrauch, keine Nachlässigkeit einreißen zu lassen. Allgemeine oder besonders wichtige Rechnungen sind nicht etwa bloß einem Finanz-Collegio, das aus Gunst oder Menschenfurcht zu nachsichtig seyn könnte, sondern dem obersten souverainen Rath selbst zur endlichen Passation vorzulegen, nicht nur weil er allein sie zu genehmigen befugt ist, sondern auch weil sie den Mitgliedern desselben mannigfaltige Sachkenntniß beybringen, und weil diese Art von Publicität ein mächtiger Sporn für die Verwalter selbst ist, streng gewissenhaft zu bleiben, und sich nicht die geringsten Mißbräuche oder Nachlässigkeiten zu Schulden kommen zu lassen. Endlich müssen auf alle Arten von Untreu in der Finanz-Verwaltung, also nicht bloß auf eigennützige Verwendung der anvertrauten Gelder, sondern auch auf Nicht-Bezug oder Verschweigung

der Einnahmen, auf eigenmächtige, nicht authorisirte Ausgaben, absichtliche Verspätung der Rechnungen, Nicht-Bezahlung der schuldigen Restanzen u. s. w. strenge Strafen, und in jedem Fall nebst dem Schadens-Ersatz wenigstens die Verstoßung von Ehr und Aemtern gesetzt, und unerbittlich vollzogen werden; denn sobald in diesem Punkt durch falsches Mitleid Schonung und Nachsicht eintritt: so wird das Uebel täglich größer, und die Republik reißt unfehlbar dem Verderben und ihrem Untergang entgegen.

---



## Sieben und zwanzigstes Capitel.

### Republikanische, öffentliche und Privat-Tugenden.

---

- I. Nothwendigkeit derselben zur Erhaltung der Gesellschaft und zur Befolgung ihrer Geseze.
  - II. Die vorzüglichsten dieser Tugenden sind:
    1. Liebe zu der bürgerlichen Gleichheit und zu den Rechten der ganzen Genossenschaft von Seite der Magistraten.
    2. Liebe, Hochachtung und Zutrauen von Seite der Bürger gegen ihre Magistraten.
    3. Vernünftige Sparsamkeit oder vielmehr Gendgsamkeit.
    4. Würdevolles, rechtliches Betragen, vorzüglich von Seite der Magistraten.
    5. Arbeitsamkeit und Fähigkeit zur Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte.
    6. Liebe zu den alten Gesezen, Gebräuchen und Sitten.
    7. Patriotismus, d. h. Liebe und thätiger Eifer für das gemeine Wesen. Seine Natur und seine Schranken.
- 

Die beste Constitution eines gemeinen Wesens und alle noch so künstlichen Vorsorgen würden jedoch ohne ihnen entsprechende Sitten und Gewohnheiten wenig nützen, <sup>1)</sup> denn wie soll man die mit Gewalt ausgerüstete Menge zu ihrer Befolgung zwingen? Bloße Menschen-Satzungen können erstlich nie alles voraussehen, denn das meiste wird stets durch das natürliche Gesez geregelt; und wä-

---

<sup>1)</sup> Quid leges sine moribus vanæ proficiunt!

*Horat.*

ren sie auch vollkommen, so vermögen sie die Leidenschaften der Menschen nicht zu bändigen, sondern werden nur dann befolgt, wenn man das höhere Gesetz freywillig anerkennt. Öffentliche und Privat-Tugenden sind also für die Fortdauer der Republiken unentbehrlich, theils um das Gemeinwesen selbst zu erhalten, dem das Privat-Interesse stets die Auflösung droht, theils um die Beobachtung seiner Statuten zu sichern, und die Mängel derselben zu ergänzen. Ohne diese Tugenden wäre es z. B. nicht möglich zu hindern, daß bald zu viele, bald zu wenige Genossen aufgenommen, und andere widerrechtlich ausgeschlossen würden, daß die Stellvertreter sich zu Herren ihrer Mitbürger aufwerfen, daß unwürdige Subjecte zu den ersten Stellen erhoben, regellose Beschlüsse durch Factionen erzwungen, die öffentlichen Gelder nachlässig verwaltet oder thöricht verschwendet, und überhaupt die Gemüther nicht wechselseitig entzweit und erbittert, mithin die Republik selbst ihrem Untergang entgegengeführt werde. Die Grundsätze, die aus der Natur einer Genossenschaft fließen, und die positiven Statuten derselben sind gleichsam der Glaube der Republikaner; die Sitten und Gewohnheiten sind die Moral oder die Handlungsweise, welche aus diesem Glauben fließt, und die politischen Hülfsmittel, von denen wir in einem folgenden Capitel reden werden, bilden den nöthigen Cultus, um jenen Glauben und diese Moral theils auszudrücken, theils stets zu beleben und ihre Befolgung zu erleichtern. Montesquieu drückte sich zwar nicht genau aus, wenn er behauptete, daß die Tugend die Grundlage der Republiken sey; <sup>2)</sup> denn diese Grundlage besteht nur in der Verei-

---

2) *Esprit des lois* L. III. Ch. 3. et 4.

nigung ihrer Mitglieder, die durch gemeinschaftliches Bedürfnis und ungefähr gleiche Kräfte veranlaßt wird. Aber für die Fortdauer eines solch künstlichen Vereins ist die Tugend allerdings ungleich nöthiger als in Monarchien, wo ein ganz anderes Verhältnis existirt, wo die Berührungen nicht so innig, nicht so häufig sind, und die Aufopferung des eigenen Interesse nicht jeden Augenblick erfordert wird. Daraus folget jedoch keineswegs, was Montesquieu vielleicht andeuten wollte, oder was man ihm wenigstens angedichtet hat, daß in Monarchien keine Tugenden vorhanden seyen, zumal man in denselben auch glänzende Beispiele von Hingebung und uneigennütziger Gesinnung sieht; noch viel weniger läßt sich daraus schließen, daß man nur Republiken zu stiften brauche, um alle Menschen tugendhaft zu machen, indem vielmehr die Geschichte beweist, daß Laster und Verbrechen aller Art nie häufiger und ungescheuter als in verdorbenen Republiken herrschen. Mit einem Wort Gewissenhaftigkeit und Pflichttreu sind in allen geselligen Verhältnissen möglich und nützlich; weil sie aber in Republiken unentbehrlicher als anderswo sind: so folget nicht, daß sie deswegen auch wirklich und nothwendiger Weise dort anzutreffen seyen.

Da jede Tugend nur in der Religion ihre Stütze findet, nur auf dem gemeinsamen Glauben an eine höhere Macht und an ein höheres, nicht von Menschen erfundenes, sondern ihnen beigebrachtes Gesetz, mit anderen Worten auf Gehorsam und Unterwerfung beruht: so ist hier blos im Vorbengang die von Montesquieu aufgeworfene Frage zu berühren, ob die catholische oder die protestantische Religion für Republiken angemessener sey?



eine Frage, welche bekanntlich von jenem Schriftsteller zu Gunsten der protestantischen entschieden worden ist, nicht sowohl weil ihre Verfassung republikanisch und folglich mit der weltlichen Ordnung gleichartig, als vielmehr weil sie auf den Geist der Unabhängigkeit und vollkommenen Privat-Freiheit gegründet sey. <sup>3)</sup> Allein gleichwie dieses Princip, wenn es je consequent befolget werden könnte, den Protestantismus selbst vernichten würde, und derselbe sich nicht durch seinen eigenthümlichen Charakter, sondern nur durch dasjenige erhält, was er mit der katholischen Religion gemein, oder von derselben behalten hat: so müßte das nemliche Princip auch nothwendig zur Auflösung jeder Republik führen. Der Geist des Protestantismus ist offenbar nicht ein Geist der Vereinigung, sondern vielmehr der Vereinzelung und Zerstreuung; vermöge desselben sollte jeder alles wissen, alles verstehen, selbst was er nicht kennt, und nie der Autorität der Aelteren und Weiseren glauben. Mit solcher Gesinnung aber ist keine Eintracht möglich, oder sie wird nur durch ungerechten Zwang ersetzt; es kann da weder Kraft noch Gedeihen statt finden, und eine Republik, wo jeder Einzelne Constitutionen, Gesetze und Uebungen nach eigener Einsicht schaffen und auslegen wollte, könnte so wenig bestehen als eine Kirche, in der jeder berechtigt seyn soll, sich den Glauben, die Moral und den Cultus nach seiner Privat-Vernunft zu bestimmen. Im Gegentheil, das republikanische oder Communitäts-Verhältniß,

---

3) *Esprit des lois* L. XXIV. Ch. 5., wo zwar von der Sache sehr rhapsodisch und oberflächlich geredet wird. Das Capitel ist überschrieben: „Que la religion catholique convient mieux  
 „à une monarchie, et que la protestante s'accommode  
 „mieux d'une république.“

welches gleich berechnigte Menschen durch gemeinsame Grundsätze und Bedürfnisse an einander knüpft, erfordert weit mehr noch als das monarchische eine beständige Aufopferung des Individuums, Hingebung an das Allgemeine, Ehrfurcht für das Alte und Herkömmliche, das von den Vätern Ueberlieferte; nirgends wird die Privat-Meinung und der eigene Wille häufiger gedemüthiget, nirgends muß er mehr dem gemeinsamen Glauben, dem gemeinsamen Willen unterworfen werden, und man kann doch nicht läugnen, daß die katholische Religion, als auf das nemliche Princip begründet, eher als die protestantische geeignet ist, die Uebung jener Tugenden zu wecken und zu begünstigen. Auch hat die Erfahrung bewiesen, daß die katholische Religion sich mit allen gesellschaftlichen Verhältnissen, und vorzüglich auch mit den Republiken verträgt. Venedig hat mit derselben vierzehnhundert Jahre lang bestanden, und die übrigen Italienschen Städte haben wahrlich nicht dieser Religion den Verlust ihrer Freyheit zuzuschreiben. Die Schweizerischen Republiken wurden gestiftet und befestiget zu der Zeit als die Gemüther noch durch den alten und allgemeinen Glauben vereinigt waren; ihre Geschichte seit der Kirchenspaltung aber hat niemand schreiben dürfen, gleichsam aus einem dunkeln Gefühl, daß sie nichts Großes und Ruhmliches mehr habe, was für die Nachwelt aufgezeichnet zu werden verdient. In den freyen demokratisch genannten Bergthälern der Schweiz ward die innere Ruhe, unter mancherley schwierigen und verwikelten Verhältnissen bennabe nie getrübt, und nur durch die katholische Religion erhalten; sie ist dort der einzige Zügel, die einzige Garnison, und schützt die wahre Freyheit; während hingegen die protestantischen Republiken, Genf,

Holland, und andere mehr, so oft durch innere Zermürfungen entzweit waren, und im Grund eines weit geringeren Grades von Freiheit genossen. Doch genug von dieser Nebenfrage; wir wollen nun die einzelnen zur Fortdauer jedes Gemeinwesens nöthigen Tugenden abhandeln.

Die erste und vorzüglichste derselben ist: Liebe zu der bürgerlichen Gleichheit und zu den Rechten der ganzen Genossenschaft von Seite der Magistraten. Ohne diese Tugend, welche bereits eine Art von Selbstaufopferung und die Abwesenheit persönlichen Stolzes voraussetzt, würde die Gesellschaft im Grunde verengt, eben dadurch geschwächt und entzweit; daher auch die Geschichte beweist, wie viele Republiken blos durch den Uebermuth der Bornehmen und die daraus entstandenen Unruhen zu Grunde gegangen sind. <sup>4)</sup> Diese ächt republikanische Gesinnung besteht darin, daß die Magistraten nur allein die Rechte und Interessen der ganzen Genossenschaft beherzigen, und sich kein von derselben abgesondertes Interesse machen; daß sie mit einem Wort die Freunde ihrer Mitbürger sehen, und in der wohlverdienten Hochachtung dieser letzteren, so wie in dem Glanz der ganzen Republik selbst ihre höchste Ehre suchen. Das ist die wahre Popularität, eine Tugend, die aber weit seltener ist, als man glaubt. <sup>5)</sup> Die falsche hingegen, welche auch sehr gewöhnlich ist, besteht darin,

4) Aristoteles redet schon davon Polit. L. V. c. 2. Uebersetzung von Garne B. I. S. 396.

5) Nec rempublicam tuam esse, sed te reipublicam. Seneca.  
 Tu civem patremque geras, tu consule cunctis,  
 Non tibi: nec tua te moveant sed publica damna.

*Claudiam*



daß man um den Leidenschaften der Menge, oder vorübergehenden mächtigen Faktionen zu gefallen, die eigentlichen Amts- und Bürgerpflichten gegen die ganze Republik selbst vernachlässiget und verletzt. <sup>6)</sup> Gleich den Schmeichlern der Fürsten sind diese Volks- oder Faktionen. Schmeichler allemal daran zu erkennen, daß sie gerade das Schlechte, das der Republik selbst Schädliche loben oder empfehlen, und dabei im Grunde nur ihren eigenen Vortheil suchen; sie verrathen sich durch eine künstliche übertriebene Sprache, und dadurch, daß sie einerseits alles Böse entschuldigen, anderseits ihre Lobsprüche nie dem Guten und Wahren selbst, sondern nur den Menschen ertheilen. Es zeigt sich jene wahre und diese falsche Popularität bey großen wie bey kleinen Geschäften, denn in allen Rathschlägen und Meinungen spiegelt sich das Gemüth des Menschen ab; es tritt entweder die tugendhafte Gesinnung oder die geheime Schlechtigkeit hervor. Der ächte Republikaner z. B. hält gute Wirthschaft mit dem gemeinen Gut, weil er dadurch der

---

6) Sehr schön und richtig hat Cicero die wahre und die falsche Popularität in folgender Stelle von einander unterschieden:  
*«Omnino qui reipublicæ præfuturi sunt, duo Platonis præcepta teneant, unum ut utilitatem civium sic tueantur, ut, quæcunque agunt, ad eam referant, obliti commodorum suorum; alterum ut totum corpus reipublicæ curent, ne, dum partem aliquam tuentur, reliquos deserant. Qui autem parti civium consulunt, partem negligunt, rem perniciosissimam in civitatem inducunt, seditionem atque discordiam; ex quo evenit, ut alii populares, alii studiosi optimi cujusque videantur, pauci universorum.»* De off. L. II. c. 25. — So kann nur jemand sprechen, der in Republiken gelebt und solche genau beobachtet hat.

ganzen Republik nützt, und ihr zu jeder wichtigen Unternehmung mehr Mittel verschafft, auch den Wohlstand aller Bürger dauerhaft begründet. Der Volks-Schmeichler hingegen ist geizig mit eigenem, verschwenderisch mit dem öffentlichen Vermögen, besonders für Privat-Zwecke und Privat-Begünstigungen; er will auf Unkosten der Republik jedermann gefällig seyn, niemand etwas abschlagen, weil er sich dadurch eine Menge von Freunden und dankbaren Anhängern verschafft. Bei inneren und äußeren Gefahren prediget der wahre Republikaner das Wachen und Arbeiten, er empfiehlt Entschlossenheit, Thätigkeit, Beharrlichkeit, er fordert individuelle Entbehrungen und Aufopferungen, deren Beispiel er selbst giebt, weil er nur den Vortheil der ganzen Republik im Auge hat; der falsche Volksfreund hingegen verkleinert die Gefahren, wendet die Augen von unangenehmen Gegenständen ab, pflanzt Uebermuth und Sorglosigkeit, weil er nur auf die einzelnen Menschen sieht, ihrem geheimen Stolz, ihrem Hang zum sinnlichen Genuß schmeichelt, und sich dadurch persönliche Freunde machen will. Bei der Catilinarischen Verschwörung zu Rom gab Cato mit seiner gerechten Strenge das Beispiel der wahren, Cäsar mit seiner Entschuldigung der Verbrecher und mit der Nachsicht gegen alle Missethaten das Beispiel der falschen Popularität. — Der ächte Republikaner hat also selten den Beifall seiner Mitbürger zu erwarten, weil er nur dem unsichtbaren Gemeinwesen dient, und die einzelnen Menschen nicht immer einsehen, wie unzertrennlich ihr Privat-Glück mit dem Wohl der ganzen Republik verbunden ist, und in die Länge nur durch letzteres bestehen kann. Zwar ist jener Beifall allerdings auch ein wünschenswerthes Glücksgut; das genießende Zutrauen, der gute Klang

des eigenen Namens ermuntert bey allen beschwerlichen Arbeiten; er feurt andere zu ähnlichen Tugenden an, und trägt auch viel zum Erfolg der Rathschläge und Maßregeln selbst bey. Ohne denselben wäre es schwer in die Länge treu und eifrig zu bleiben. Aber der wahre Magistrat muß die Erwerbung der Volksgunst, wie jedes andere Glück, nicht als eine Pflicht, sondern als die Belohnung der Pflicht ansehen; sie soll mit einem Wort nicht gesucht werden, sondern nachfolgen. 7) Uebrigens währt in der Regel die Ehrlichkeit auch hier am längsten; väterlicher Ernst und bürgerliche Freundlichkeit lassen sich gar wohl mit einander vereinigen; diejenigen, die bey schädlichen Beschlüssen ihren Vortheil finden, sind immer die geringere Zahl, und die Bürger einer Republik lieben im Allgemeinen sogar Würde und Strenge an ihren Magistraten, wofern sie nur überzeugt sind, daß letztere es gut mit ihnen meinen, und nicht blos ihren eigenen Privat-Nutzen suchen. 8)

Sinwieder sollen auch die Bürger gegen ihre Magistraten Liebe, Hochachtung und Zutrauen beweisen, denn diese reciprocirlich freundliche Gesinnung ist für das Gedeihen der Republik nicht weniger nöthig. Ohne dieselben könnten die Vorsteher ihre Pflichten nicht mit Freuden, sondern nur mit Seufzen, oder gar nicht erfüllen. Man kann sich nicht mit Eifer den öffentlichen Geschäften widmen, noch dieselben zu gutem Erfolge bringen, wenn

---

7) Sequi enim gloria, non appeti debet. *Plinius.*

8) Et tamen ita probanda est mansuetudo atque clementia, ut adhibeatur reipublicæ causa severitas, sine qua administrari civitas non potest. *Cicero de off. L. I. c. 25.*



man statt Dank und Hochachtung zu erwerben; nur dem Haß, dem Neid, der beständigen Mißdeutung ausgesetzt ist, und sich jeden Augenblick gegen lieblose, feindselige und oft sogar ungegründete Angriffe verantworten muß. Dadurch würden zuletzt gerade die rechtschaffensten Männer vom Dienst der Republik abgeschreckt, und andere, die sonst vielleicht treu geblieben wären, zum Eigennutz gereizt und veranlaßt, um sich für den Untank der Menge doch auf andere Weise zu entschädigen, und die erhaltene Macht zu ihrem Privat-Vortheil zu benutzen, wofür sie oft weniger als für treuen Dienst-Eifer getadelt werden. Menschliche Schwachheiten, bey denen kein böser Wille erscheint, einzelne Verstöße der Magistraten, die etwa aus Uebereilung geschehen sind, und für die Zukunft nicht zur Regel dienen, müssen also von den Bürgern übersehen, oder nur mit Anstand und Liebe gerügt werden, ohne daß jedoch diese Billigkeit in blinde Hingebung und knechtische Unterwürfigkeit ausartet. Das beständige Entgegenstreben und Eifaniren zwischen den zwey Haupt-Behöörden über die wechselseitigen Rechte und Befugnisse; oder über jeden einzelnen Gebrauch der Macht kann nie etwas Gutes hervorbringen. Denn sobald die Bürger sich als Feinde ihrer Magistraten beweisen, so beweisen sich auch die Magistraten als Feinde ihrer Mitbürger, und haben zu derselben Unterdrückung stets viel mehrere Mittel in Händen; wenn z. B. der große Rath alles verwirft, was von dem kleinen (dem dirigirenden Collegio) herkömmt: so verwirft dieser hinwieder alles, was von dem großen gewünscht wird, und Leib und Seele werden gleichsam einander feindselig gegenüber gestellt. Solch unbedingtes Oppositions-System reizt die starken Gemüther nur noch zu größerer Herrsch.

sucht, so daß sie aus Rechthaberey oder beleidigtem Stolz  
 auch sogar begründeten Angriffen nicht mehr nachgeben;  
 die schwachen hingegen werden dadurch am Ende auch  
 im Guten furchtsam; aus lauter Besorgniß sich dem Ta-  
 del und der Verantwortung auszusetzen, dürfen sie selbst  
 die rechtmäßige Gewalt nicht gebrauchen, vernachlässigen  
 mittelst dessen ihre Pflichten, gefährden die Interessen der  
 Republik, und dieses führt zuletzt nothwendig zur gänz-  
 lichen Gleichgültigkeit und zur Anarchie. Dagegen bringt  
 Edelmath und Liebe auf der einen Seite nothwendiger  
 Weise auch ähnliche Gesinnungen auf der anderen her-  
 vor, und hier wie überall wird gleiches gewöhnlich mit  
 gleichem vergolten. Hiernach läßt sich nun auch die  
 Falschheit und Ungeselligkeit jener neueren Doctrin beur-  
 theilen, welche, besonders in Republiken, das beständige  
 Entgegenstreben der verschiedenen Gewalten zur politi-  
 schen Regel erhebt, als ob die Magistraten und die Bür-  
 ger einer freyen Gemeinde stets gegen einander kämpfen  
 sollten, erstere um ihre eigene Gewalt zu vermehren, letz-  
 tere um ihnen solche zu entreißen. Dieser lieblose Grund-  
 satz, der eben auch aus der Verläugnung des höchsten und  
 allgemeinen Gesetzes der Wahrheit und Gerechtigkeit her-  
 vorgeht, ist aber im Grund von solcher Natur, daß Sa-  
 tan selbst keinen ärgeren Rath zur Zerstörung jeder Re-  
 publik hätte geben können. Man soll sich überhaupt nur  
 dem Bösen, nicht aber dem Guten widersetzen; allfällige  
 ungerechte Maßregeln zu bekämpfen ist allerdings pflicht-  
 mäßig; und daß in Dingen, die von dem freyen Willen  
 der Republik abhängen, nach bloßen Rücksichten der Klug-  
 heit, verschiedene Meinungen und Ansichten gegen einan-  
 der streiten, und sich den Vorrang abzugewinnen suchen,  
 liegt nicht nur in der Natur der Sache, sondern hat

auch den Vortheil, daß der Eifer nie erkaltet, und der Geist stets lebendig bleibt. Allein das unbedingte Oppositions-System, nach welchem jeder Theil ohne Rücksicht auf die Natur des Gegenstandes immerfort die Befugnisse und Vorschläge des anderen bekämpft, organisiert Krieg und Zwietracht im Inneren der freien Gemeinde, lähmt den Fortgang aller Geschäfte, erbittert die Gemüther, und da jeder Kampf zuletzt einen Sieg zur Folge hat, von jedem Sieg aber gewöhnlich mißbraucht wird: so führt dieses System am Ende nothwendig entweder zu einer Usurpation von innen, oder zur Unterjochung und Auflösung der Republik von außen. So weit in Monarchien, etwa zwischen dem König und seinen Reichsständen oder ähnlichen Versammlungen ein solcher Kampf möglich ist: bringt er auch dort die nämlichen Resultate hervor. Früher oder später sieget die eine oder die andere Partei; es werden aber dabei auch alle natürlichen oder vertragsmäßigen Schranken über den Haufen geworfen, und die an solchem Hader unschuldige Menge ist entweder der Tyrannen eines Einzelnen, oder dem noch lästigeren Druck von wechselnden Faktionen preisgegeben.<sup>9)</sup> Wenn also die Dinge in einer Republik gut gehen sollen, so muß das Verhältniß oder die wechselseitige Gesinnung gerade umgekehrt seyn. Die Magistraten müssen nicht mehr Gewalt an sich zu reißen suchen, als ihnen rechtmäßig zukömmt, oder als zur Führung der Geschäfte nothwendig ist, und diese wird ihnen auch selten bestritten; ihre Maxime soll darin bestehen, sich als Diener der Republik zu betrachten, und nach dem präsumirten vernünftigen Willen der ganzen Genossenschaft

---

9) Vergl. Band I. S. 438. B. II. S. 393. B. III. S. 408. und ff.



zu regieren. Die Bürger hingegen müssen in ihren Magistraten sich selbst ehren, dieselben erheben, unterstützen, gleichsam als ihre Väter ansehen, sie sollen zur Maxime haben, eher einzelne Blößen ihrer Vorsteher nicht aufzudecken, als dieselben herabwürdigen zu lassen, und Zank und Zwiespalt in die Republik zu bringen. Mit einem Wort die Magistraten müssen populär, die Bürger hingegen, wenn ich mich so ausdrücken darf, magistratisch gesinnet seyn; jene für diese, diese hinwieder für jene wachen und sorgen; es soll ein Kampf zwischen ihnen bestehen, aber ein Kampf der gegenseitigen Liebe, wo jeder Theil sich in die Lage des anderen hineindenkt, denselben an Zutrauen und freundlichem Benehmen zu übertreffen sucht. Alsdann erst findet sich eine wahre Gesellschaft, folglich auch Einigkeit, Kraft und Gedeihen, und nie und nirgends hat eine Republik anders als mit solcher Gesinnung, d. h. durch wechselseitige Liebe geblüht. <sup>10)</sup>

Eine dritte für die Erhaltung der Republiken notwendige und gleichsam in ihrer Natur liegende Tugend ist eine gewisse Sparsamkeit oder vielmehr Genügsamkeit, die mit Wenigem zufrieden, jeden überflüssigen und seine Mitbürger kränkenden Aufwand vermeidet. <sup>11)</sup> Diese Genügsamkeit ist schon an und für sich jedem Einzelnen nützlich, in Republiken aber bennabe

---

10) Vergl. Band IV. S. 175. — 176. — Die nemliche Idee findet sich auch schon bey Aristoteles, Pol. V. c. 9. — Siehe die Uebersetzung von Garve, Band I. S. 452.

11) Siehe hierüber auch *Montesquieu*, *Esprit des lois*. L. V. ch. 4, 5 et 6.

unentbehrlich, um nicht von seines Gleichen zu sehr abhängig zu werden, sondern im Verhältniß gegen seine Mitbürger, ja sogar gegen die Magistraten stets eine gewisse Rechtsgleichheit und billige Selbstständigkeit zu behaupten, welche der schuldigen Ehrerbietung gar nicht schadet, aber dennoch allen Versuchungen zu furchtsamer Vernachlässigung oder eigennütziger Verletzung der Pflicht entgegenwirkt. Armut, oder was das nemliche ist, Angewöhnung allzuvieler Bedürfnisse setzt nothwendiger Weise in Abhängigkeit von denen, die diese Bedürfnisse befriedigen können; sie raubet das Ansehen, tödtet den Adel der Gesinnungen, schlägt tugendhaften Muth darnieder; man darf dabei mächtigen Factionen oder verderblichen Maßregeln nicht widersprechen, Mißbräuche nicht aufdecken, in Wahlen und Berathschlagungen nicht immer nach seiner Ueberzeugung stimmen; wenigstens muß man schweigen, wo das Reden Pflicht wäre: und kommen gar noch höhere Prüfungen oder günstige Gelegenheiten hinzu, so ist nicht zu erwarten, daß abhängige und bedürftige Menschen stets der Untreue und dem Eigennuz, oder jenen bald gröberen bald feineren Bestechungen, die sich in so mancherley Formen verkleiden lassen, widerstehen werden. Persönlicher Wohlstand hingegen oder jene Genügsamkeit, die denselben ersetzt, macht den Bürger im eigentlichen Sinne frey; sie hebet sein Ansehen, begünstiget eine edle Denkart, giebt Kraft und Muth zur Erfüllung jeglicher Pflicht, und ist eine Schutzwehr gegen alles, was von derselben ablenken könnte. Auch hilft die Natur der Dinge hier abermal, diese Tugend zu erleichtern, theils aus einem dunkeln Gefühle ihrer Schillichkeit, theils aus Mangel entgegengesetzter Beispiele, theils endlich weil fast in allen Republiken die Bürger ursprünglich

nur geringes Vermögen besitzen, meist aus dem Mittelstande bestehen, und durch eine Art von Tradition die diesförmigen Gewohnheiten auch bei veränderten Glücks- Umständen oft noch Jahrhunderte lang beibehalten. Man weiß z. B., welche Frugalität in den ersten Zeiten Roms herrschte, die nemliche Erscheinung fand sich in den Republiken des Mittelalters wieder; und so sehr man auch in unseren Tagen, zum Theil sogar mit Recht von der Verlassung alter Tugenden und dem gestiegenen Luxus sprechen mochte: so war es doch für jeden Beobachter auffallend, welche einfache Sitten, welche bescheidene und gleichförmige Lebensart selbst bei sehr bedeutendem Vermögen im Ganzen noch zu Genf, wie auch in den Schweizerischen und Holländischen Republiken, in den Deutschen Reichsstädten u. s. w. anzutreffen war. Da lebten die reichsten Bürger beynahe wie die übrigen; man sah keine Palläste, wenig und meist nur weibliche Dienerschaft, sehr selten Pferd und Wagen; Juwelen und kostbares Geschmeide waren unbekannt oder gar verboten; drey oder höchstens vier Schüsseln bedeckten die gewöhnliche Tafel; Gesellschaften wurden im Kreis von ihren Mitgliedern und nicht von einem einzelnen hervorragenden Hause gegeben. Reichthum und größerer Aufwand äußerten sich nur im Innern der Wohnungen, <sup>12)</sup> oder auf dem Land, wo sie das Aug der Mitbürger nicht kränken, und sogar zum Ansehen der Genossenschaft beitragen können. Gleichwie überhaupt eine allgemeine Frugalität in

---

12) Etwa durch Gemälde und Kupferstiche, kostbares Hausgeräthe, Bibliotheken, Naturalien-Cabinete und andere Sammlungen, deren sich in Republiken viele finden, aber freylich wegen der beständigen Vertheilung des Vermögens nie sehr ansehnlich werden, vielweniger fortdauern können.



Monarchien naturwidrig und verderblich wäre, weil dieselben auf ungleiche Glücksgüter und dadurch veranlaßte Dienstverhältnisse begründet sind, auch die übrigen Volksklassen nur durch den Aufwand der Reichen Nahrung und Unterhalt finden: so gehen hingegen die Republiken durch den Luxus ihrer Bürger zu Grund, weil derselbe früh oder spät die Rechtsgleichheit zerstören, mithin die Herrschaft der einen und die Dienstbarkeit der anderen herbeiführen würde.

Eben so nöthig als Deseonomie und Genügsamkeit ist aber viertens ein würdevolles, rechtliches Betragen, eine wohlanständige, Achtung gebietende Lebensweise, vorzüglich von Seite der Magistraten, theils zu Behauptung ihres eigenen Ansehens, theils wegen dem Einfluß ihres Bespiels auf die übrigen Bürger. <sup>13)</sup> Republikanische Vorsteher haben keine anderen Ehrfurcht-erwekende Illusions-Mittel, und stehen in allen äußeren Glücksgütern den übrigen Menschen zu sehr gleich, als daß sie nicht mehr als diese jener moralischen Auszeichnung, der freien, persönlichen Hochachtung bedürften. Sie können nicht, gleich einem Einzelherrscher, durch äußere Insignien der Gewalt imponiren; denn sie tragen nur einen bescheidenen Titel, und höchstens eine besondere, meist etwas alterthümliche Kleidung: nicht durch Glanz und Pracht in Wohnungen und Tafeln, in zahlreicher Dienerschaft, in Festlichkeiten und kostbaren Vergnügungen hervorrangen; <sup>14)</sup> denn hier ist nur.

---

<sup>13)</sup> Wie der Rath ist, so sind auch die Bürger. Sirach X. 2.

<sup>14)</sup> Vergl. was hierüber in Betreff der Fürsten gesagt worden, Band III. S. 83 — 89.

die ganze Communität reich und mächtig, ihre Mitglieder hingegen sind es nicht, und der Aufwand von Einzelnen würde sogar nur Neid und Haß erregen, weil er doch nicht von jedem nachgemacht werden kann. Also bleibt den Magistraten einer Republik zur Erhaltung des nöthigen Ansehens beynabe nur die Ueberlegenheit an Tugenden, Einsichten und Kenntnissen übrig. Zwar kann man von ihnen als Menschen auch nicht fordern, daß sie in allen Dingen fehlerfrey seyen; aber diese Fehler sollen wenigstens nichts Niedriges oder Verächtliches an sich haben, <sup>15)</sup> und die Tugenden der Magistraten, ihre äußere Lebensart, ihre Umgebungen, Beschäftigungen und Erholungen müssen, so viel möglich, standesgemäß seyn und dem bekleidenden Charakter entsprechen. Ungeheuchelte Religiosität, strenge Gewissenhaftigkeit und Uneigennützigkeit zieren vor allem den republikanischen Vorsteher, und flößen unwiderstehliches Zutrauen ein. Arbeitsamkeit und Eifer in den Geschäften, ehrbare Sitten, Ordnung und Bescheidenheit in seinem Hauswesen, Freygebigkeit für alles Gemeinnütziges, Festigkeit im Zweck ohne Eigensinn in den Mitteln, Ernst ohne Härte, Gerechtigkeit, Entschlossenheit, Edelmuth u. s. w. sind ihm besonders wohlانständig, während Trägheit und Gleichgültigkeit, Eigennutz und Bestechlichkeit, Unordnung und grobe Ausschweifung, Neid und Arglist, Wankelmuth und Feigheit ihn nothwendig um alles Ansehen bringen würden. Die Häupter und Vorsteher einer Republik sollen den Bürgern und Unterthanen freundlichen Zutritt zu sich gestatten, derselben Wünsche geduldig anhören, und selbst allfälligen Abschlag mit liebreichem Ausdruck mil-

---

15) Vergl. B. III. S. 82 — 83.

bern, denn dieses ist des Publikums größtes Bedürfnis, und wird daher auch an den Magistraten am meisten gelobt; aber die Letzteren brauchen sich deswegen nicht überall und jeden Augenblick öffentlich zu zeigen; ihre Popularität besteht darin, für die Interessen der Gemeinde zu wachen und zu sorgen, nicht aber sich in der äußeren Lebensart jedermann gleich zu setzen; es ist z. B. nicht schicklich, daß sie auf Bällen und in Theatern erscheinen, in Clubs und Wirthshäusern spielen oder zechen; eine gewisse Seltenheit erhält auch in Republiken den nöthigen Schimmer; sie sollen im Gegentheil zu ihrer Erholung nur etwa in kleineren Gesellschaften oder mit ihres gleichen zusammenkommen, um Ideen auszutauschen und das Gelingen der Rathschläge vorzubereiten, oder endlich ihr Haus bisweilen den jüngeren Collegen öffnen, um allfällige Mißverständnisse zu heben, und durch lehrreiche Gespräche die künftigen Stützen des Staats in den Maximen und Traditionen der Republik zu unterrichten. Eine solche Lebensart der Magistraten ist naturgemäß, bewirkt Ansehen und Hochachtung, giebt ein gutes Beispiel, und wird daher auch, wie die Erfahrung beweist, von allen Classen des Volks gebilligt.

Eine fünfte in allen Republiken unentbehrliche, aber nur zu oft mangelnde Tugend besteht in der Arbeitsamkeit und Fähigkeit zu Führung der gemeinsamen Geschäfte. Unter derselben braucht man eben nicht eine allgemeine Gelehrsamkeit, welche weder möglich noch nöthig ist, viel weniger gerade den Besitz dieser oder jener besonderen Wissenschaft zu verstehen. Wir haben schon anderswo bemerkt, daß man zur Verwaltung einer Republik gar nicht etwa bloß gelehrte Zu-



risten, Philosophen und Mediziner braucht. <sup>17)</sup> Das gemeine Wesen hat viele und verschiedenartige Bedürfnisse, und die Natur hat auch dafür verschiedene Talente geschaffen. Es giebt auch hier mancherley Gaben, aber es ist ein Geist, ein Zwef, in welchem und für welchen sie angewendet werden sollen. <sup>18)</sup> Der mindeste, der schwächste Bürger ist noch zu etwas gut, oft sogar nöthig, wofern er nur das Vaterland liebt, und im Nothfall für dasselbe arbeiten will. In Republiken fehlt es gewöhnlich nicht an gutem Willen; denn die gemeinsame Sache ist zugleich die jedes einzelnen Mitgenossen, und das eigene Privat-Interesse vereinigt sich mit der Liebe nach Ehre und Auszeichnung; es fehlt auch nicht einmal an der nöthigen Einsicht, denn theils ist sie eben nicht

<sup>17)</sup> Siehe oben S. 357.

<sup>18)</sup> Man kann auch auf die Staaten anwenden, was der Apostel Paulus in dem ersten Briefe an die Corinthier Cap. XII. so schön von der Kirche sagt:

„Es sind mancherley Gaben, aber es ist ein Geist, und es sind mancherley Aemter, aber es ist ein Herr, und es sind mancherley Kräfte, aber es ist ein Gott, der da wirkt alles in allen. In einem jeglichen erzeigen sich die Gaben des Geistes zum gemeinen Nutzen“ u. s. w. B. 4 — 5.

„Denn auch der Leib ist nicht ein Glied, sondern viele. So aber der Fuß spräche: ich bin keine Hand, darum bin ich des Leibes Glied nicht: sollte er um deswillen nicht des Leibes Glied seyn? Und so das Ohr spräche: ich bin kein Auge, darum bin ich nicht des Leibes Glied: sollte es um deswillen nicht des Leibes Glied seyn?“ B. 14 — 26.

„Es kann das Auge nicht sagen zu der Hand: ich bedarf deiner nicht; oder wiederum das Haupt zu den Füßen: ich bedarf euer nicht. Sondern vielmehr die Glieder des Leibes, die uns dünken die schwächsten zu seyn, sind die nöthigsten.“ B. 21 — 22.

für alle Geschäfte in ausgezeichnetem Grade erforderlich, und für wichtigere Gegenstände findet sie sich stets etwa bei einzelnen Mitgliedern, wofern man ihnen wenigstens das gehörige Zutrauen schenkt. Allein da die meisten Mitglieder einer souverainen Republik aus den höheren und reicheren Classen bestehen, die der gewohnten Bequemlichkeit ungern entsagen, und sich an ihren Vergnügungen nichts abbrechen lassen wollen: so mangelt es hingegen sehr oft an Lust und Ausdauer zu anhaltender Arbeit, und auf diese Eigenschaften sollte daher bei Besetzung der höheren Aemter und Stellen vorzügliche Rücksicht genommen werden.

Jene Arbeitsamkeit und Fähigkeit ist aber den Vorstehern und Mitgenossen einer freien Republik deswegen so unentbehrlich, weil sie sich nicht so leicht wie ein Einzelherr durch andere Menschen ersetzen lassen können; sondern im Gegentheil fast alle größeren und kleineren Geschäfte selbst verwalten müssen, und es für sie weder schicklich noch zweckmäßig wäre, höhere Beamte und Diener außer ihrem Kreise zu wählen. Ein individueller Fürst ist nicht im Stande alle seine Angelegenheiten persönlich zu besorgen, und kann also Unterthanen oder Fremde zu seinen Gehülfen nehmen, je nachdem er bei den einen oder den andern mehr Treu und Fähigkeit zu finden hofft. Dieses ist seiner Ehre keineswegs nachtheilig, sondern eher vortheilhaft, weil es den Besitz einer größeren Macht voraussetzt; auch ist es seiner Eignung nicht gefährlich, weil es niemanden in den Sinn kommt, an den Rechten und Besizungen eines Einzelherrn gleichen Antheil haben zu wollen. Daß aber eine freie Communität ihre ersten Beamten, z. B. die obersten Ge-

retäre, Referendarien oder Berichts-Erstatter, militärische Befehlshaber, Gesandte, oberste Richter u. s. w. außer ihren Mitgenossen, und z. B. aus der Classe der Unterthanen wähle, ist theils nicht möglich, weil dergleichen Personen oft den Rathssversammlungen beywohnen müssen; theils auch nicht schicklich, weil man mit Recht voraussetzen würde, daß die Republik keine zu solchen Verrichtungen taugliche Männer in ihrer Mitte besitze; und endlich wäre es in mehr als einer Rücksicht sogar unklug und gefährlich. Denn der höhere Diener einer Republik, wenn er nicht selbst Mitgenosse ist, wird bey nahe immer lau und selten eifrig seyn. Anhänglichkeit und Neigung des Herzens sind nicht gegen eine unsichtbare Corporation, sondern nur gegen einzelne Individuen möglich, daher auch in allen Republiken die sogenannten Patronen entstehen, an welche sich eine gewisse Clientel von Schutz- oder Günst-Bedürftigen vorzüglich zu wenden pflegt, und ihnen bey nahe ausschließlich zugethan bleibt. Zudem muß der Neid bey nahe nothwendig in dem Gemüth desjenigen entstehen, der da sieht, daß er, ohne jemand Unrecht zu thun, an dem Gemeinwesen ebenfalls Antheil haben könnte, gleichwohl aber seiner Dienste ungeachtet davon ausgeschlossen bleibt. Uebrigens haben wir schon oft angeführt, daß der Dienst-Eifer der Unterthanen hier nicht so leicht als in Fürstenthümern durch den Reiz großer Belohnungen geweckt werden kann.<sup>19)</sup> Alle Beförderungsmittel für dieselben sind sehr beschränkt; Hofstellen giebt es hier keine, Armeen gewöhnlich auch nicht, und die wichtigsten und einträglichsten Aemter werden der Natur der Sache nach

---

19) Siehe S. 559 und S. 298 — 299.



von den Bürgern selbst bekleidet. Orden und Titel können in Republiken ebenfalls nicht angehen, obgleich Venedig deren zwey und Genua einen eingeführt hatte. Denn dergleichen Orden an einzelne Unterthanen zu ertheilen, ohne daß die Glieder der souverainen Gesellschaft sie ebenfalls trügen, wäre nicht schicklich, und würde die ersteren über die letzteren hinaufsetzen. Hinwieder kann man auch nicht eine ganze Menge oft sehr alltäglicher Menschen mit Orden und Titeln schmücken, sonst würden sie lächerlich und verächtlich. Statt der Orden pflegt man daher in Republiken bisweilen goldene Medaillen zu schenken, die man aber nicht an seinem Leibe trägt, sondern unter den Familien-Kleinodien aufbewahrt, und höchstens im Innern des Hauses bisweilen seinen Freunden zeigt. Monumente nach dem Tod wären mit weniger Inkonvenienten verbunden, helfen aber dem Lebenden nichts, und erweken dennoch den Neid, weil jeder in dem einen oder anderen Fach Verdienste zu haben glaubt, und das Urtheil über ihre relative Wichtigkeit ziemlich schwierig ist. Die bey den Römern üblichen Triumphe sind noch weniger anzurathen. Selbst bey erfochtenen Siegen soll nur die Republik, und nicht der commandirende General triumphiren. Dergleichen Triumphe sind eine gar zu außerordentliche Auszeichnung, sie erweken einen übermäßigen Stolz, und aus den triumphirenden Bürgern werden zuletzt Dictatoren und Tyrannen der Republik. Also kann man verdienstvolle Unterthanen höchstens etwa mit Pensionen und Gratifikationen, mit Schenkungen verschiedener Art oder mit subalternen Aemtern belohnen, aber um reichere Männer zu ermuntern, die nicht sowohl Geld als Ehre und Auszeichnung wünschen, bleibt in Republiken beynähe nichts an-

ders als die Aufnahme in die herrschende Genossenschaft selbst übrig; eine Aufnahme, die eben deswegen nicht so gemein gemacht werden muß, und bei welcher der Aufgenommene zuletzt doch nicht mehr besitzt, als was jedem anderen gemeinen Bürger ebenfalls zukommt, und höchstens etwa für seine Nachkommen steigendes Ansehen hoffen kann.

Nicht allein aber kann den Unterthanen herrschender Genossenschaften keine glänzende Laufbahn eröffnet, keine ermunternde Aussicht zu höherer Macht und Freiheit gezeigt werden: sondern in allen Republiken ist sogar Un dank der gewöhnliche Lohn treuer Dienste; denn er ist die natürliche Folge theils der Unwissenheit und des Irrthums der Menge, welche den Werth der geleisteten Dienste entweder gar nicht einsieht, oder nur als schuldige Pflicht betrachtet, theils des beleidigten Gleichheits-Gefühls, das jede Überlegenheit, besonders die an Tugenden und Einsichten, mit scheelen Augen ansieht, <sup>20)</sup> und die außerordentliche Erhebung des einzelnen Bürgers fürchtet; theils endlich liegt er in dem oben angeführten Mangel an Belohnungs-Mitteln selbst. — Zwar giebt es auch einzelne Ausnahmen, besonders wenn etwa die der Republik geleisteten Dienste zugleich dem Privat-Interesse ihrer einzelnen Bürger entsprechen, und in solchen Fällen kann kaum etwas Rührenderes gesehen werden als der Dank

---

20) Joh. Georg Müller sagte schon in seinen Briefen über das Studium der Wissenschaften, S. 2. „Bei beschränkten, aber desto einbildschem Reuten ist keine Aristokratie verhasster als die der Talente und Verdienste. So war es schon zu Athen und Rom.“

von ganzen Communitäten, eben weil er von vielen Menschen kommt, und offenbar das Product des Herzens ist, welches auch wieder zum Herzen geht. Aber im Allgemeinen wird der gewöhnliche Umdank der Republiken durch die ganze Geschichte bestätigt. Wer kennt den Ostracismus der Griechen nicht, kraft dessen die verdienstvollsten Bürger, diejenigen, welche sich durch Reichthum, Ruhm und Anzahl der Freunde am meisten auszeichneten, auf eine gewisse Anzahl von Jahren aus der Republik verbannt wurden.<sup>21)</sup> So mußten der gerechte Aristides und die Feldherren Simon, Themistokles, Xenophon und andere das Vaterland meiden, welches sie mehrmals vom Untergang gerettet hatten; Miltiades ward ins Gefängniß gesetzt, Phocion und Socrates wurden vom unwissenden Pöbel zum Tode verurtheilt. Mit welchem Umdank hat nicht Carthago den berühmtesten seiner Bürger, Hannibal, behandelt! und in allen Republiken finden sich ähnliche Beispiele, wo nicht eben von Hinrichtung, doch wenigstens von Verbannung, Erniedrigung und Verfolgung der tugendhaftesten und verdienstvollsten Männer.<sup>22)</sup>

---

21) Aristot. Polit. L. III. c. 9. Vergl. auch Boehmer Jus publ. univ. p. 360.

22) Eines der merkwürdigsten ist z. B. in der Berner Geschichte die im Jahre 1350 geschehene lebenslängliche Verbannung des würdigen Schultheiß von Bubenbergh, welcher jedoch 1362 wieder im Triumph zurückberufen wurde. In der Zwischenzeit (1353) ward von der herrschenden Faction sogar ein Gesetz gemacht, kraft dessen der Rath oder die Zweihundert befugt seyn sollten, jeden Bürger, von welchem argwöhnig war, daß um seinerwillen Mißbefolgheit entstehen könnte, des Landes zu verweisen. — Siehe Müllers Schweizer-Gesch. B. II.



Würde nun solcher Undank einen angesehenen Untertan treffen, der an dem Gemein-Wesen keinen Antheil hat, und mithin gar keinen anderweitigen Ersatz für seine Verdienste findet: so müßte ihm diese Behandlung schlechterdings unerträglich seyn, und nothwendig den höchsten Grad von Haß und Erbitterung in ihm erzeugen. Der Mitgenosse hingegen wird in der Regel stets mehreren Eifer für den Dienst der Republik besitzen, weil er dieselbe beynähe wie seine eigene Sache betrachtet; ihre Freud ist seine Freud, ihr Leid ist auch sein Leid, und wenn man ihm auch Undank bezeigt, so vermag er denselben besser als ein Aeußerer und Fremder zu ertragen; denn sind seine Verdienste der Republik nützlich gewesen, so genießt er mehr oder weniger auch die Vortheile davon; läßt man ihm auch nicht immer die schuldige Gerechtigkeit widerfahren: so wird er im Grunde doch hochgeachtet, und kann früher oder später entweder durch Beförderungen, oder doch in seinen Kindern belohnt werden. Allein gerade deswegen, weil die Bürger und Vorsteher einer herrschenden Genossenschaft alle wichtigen Geschäfte selbst besorgen müssen, und sich nicht auf andere Gehülfen verlassen können, ist es auch so nothwendig, daß sie dazu die gehörige Fähigkeit besitzen und angestrenzte Arbeit nicht scheuen. Zwar kann man zu Erreichung dieses Zwecks nicht jedermann zu Studien zwingen, noch weniger erwachsene Menschen gleichsam einer schulmäßigen Disziplin unterwerfen; aber die früheren Erziehungs-Anstalten müssen theils auf gründlichen Unterricht, theils auf Angewöhnung beharrlichen Fleißes berechnet seyn, und übrigens lassen sich die Dinge selbst so einrichten, daß das ganze Leben eines regimentstfähigen und sich dem Staate widmenden Bürgers eine fort-

laufende natürliche Schule zu seiner künftigen Bestimmung sey. Jeder Schritt, jeder Zeitpunkt soll ihm unvermerkt Gelegenheit darbieten, das Herz gesellschaftlich zu stimmen, vaterländische Kenntnisse zu erwerben, seine Einsichten zu erweitern, die Urtheilskraft zu schärfen, und sich in wichtigen Arbeiten zu üben. Es giebt engere Kreise des gemeinen Wesens, kleinere bürgerliche Gesellschaften, in welche die republikanische Jugend aufgenommen, und während der Zeit, wo sie den Männer-Jahren heranreift, und der Geist zu allem Guten gestimmt ist, mit Erfüllung gemeinnütziger Pflichten, mit Verwaltung öffentlicher Güter und Anstalten zweckmäßig beschäftigt werden kann. In mannigfaltigen Kanzleyen, in Kammern, Collegien und Direktionen, vor Gerichtshöfen u. s. w. wird ihr Gelegenheit eröffnet, sich mit dem Geschäftsgang bekannt zu machen, vom Leichterem zum Schwereren fortzuschreiten, durch Übung Fertigkeit, durch guten Erfolg Lust und Freude an Müh und Arbeit zu gewinnen, und wenn dabei diejenigen, welche sich durch Fleiß und Kenntnisse besonders auszeichnen, hervorgezogen und befördert, die Trägen und Gleichgültigen aber zurückgesetzt werden: so ist es nicht unmöglich, Thätigkeit, Wissenschaft und edle Nacheiferung wenigstens im Allgemeinen zur herrschenden Gewohnheit zu machen.

Zu den republikanischen Tugenden gehört, sechsstens, eine gewisse Liebe zu den alten Gesetzen, Gebräuchen und Sitten. Es gibt nämlich in allen Republiken mancherley beschränkende Disziplinen, mehr oder weniger beschwerliche Vorschriften und Gewohnheiten, die bey ihrem Ursprung sehr passend waren, deren

Bedeutung aber allmählig vergessen wird oder deren Zweckmäßigkeit bey veränderten Sitten nicht mehr so sehr in die Augen leuchtet. Dahin gehören z. B. die übliche gleichförmige Kleidung in den Versammlungen, welche meist etwas alterthümlich ist, weil sie die gewöhnliche Tracht älterer Zeiten war, aber nicht jeden Augenblick mit der wechselnden Mode abgeändert werden kann; Feste und Aufzüge, bey denen die Bürger aller Classen unter einander gemischt sind; mancherley Formen und Ceremonien, sogenannte Curialien, bey Wahlen und Bestätigungen, Regiments-Erneuerungen, periodischen Eidesleistungen u. s. w. Dergleichen Geseze und Gebräuche haben oft etwas Lästiges an sich, und mögen selbst den besseren Köpfen bisweilen unnütz und zeitverderblich scheinen. Allein sie haben schon durch ihr Alterthum etwas Ehrwürdiges und Lehrreiches, sie weken und beleben den republikanischen Glauben und das Gefühl der bürgerlichen Gleichheit; sie erinnern stets an das gemeinsame Verband, und knüpfen an dasselbe durch eine gewisse Auszeichnung. Sobald daher diese Gebräuche vernachlässiget, bey Seite gesetzt oder gar verspottet werden: so neigt sich die Republik zu ihrem Verfall; denn mit den Formen wird bald auch der Geist verschwinden. Ohne daß man also Dinge, die nicht wesentlich sind, abergläubisch verehere, und das Mittel über den Zweck hinaufsetze, müssen doch dergleichen Geseze nicht leichtfertig abgeändert oder aufgehoben werden, und es ist hier besonders der Fall jene Klugheits-Regeln zu befolgen, nach welchen der Entwurf einer solchen Veränderung geraume Zeit vorher angekündigt, durch angesehene Collegien gründlich untersucht werden, nur in zahlreichen Versammlungen behandelt, und auch da nur mit einer der Einzel-



-ligkeit sich annähernden höheren Stimmen-Mehrheit, z. B. durch zwei Dritttheile oder drei Vierttheile des ganzen anwesenden Tribunals soll genehmiget werden können.

Was aber allen republikanischen Tugenden die Krone aufsetzt, oder vielmehr die Wurzel und Mutter derselben ausmacht, ist jene Besinnung des Herzens, die man gewöhnlich Gemeingeist oder wahren Patriotismus heißt. Ihn muß man nicht mit jener instinktartigen Sehnsucht nach der Heimath verwechseln, die allen Völkern gemein ist, die den Lappen und Grönländer an seine Eiszone, den Neger an seine Sandflächen und sein brennendes Guinea, jeden Menschen an den Ort seiner Geburt, an seine Zeitgenossen und Jugendfreunde und an die vaterländische Lebensart fesselt; eine Sehnsucht, kraft der der geringste aus dem heimatlichen Boden herkommende Gegenstand doppelt theurer wird, und das bloße Bild einer vaterländischen Hütte, eines Walds, eines Bachs, eines Hügel oder Thals zarte Nührungen erweckt, und oft sogar schwere Krankheiten hervorbringen kann. Dieser unwillkührliche Hang, der sich mit einer dankbaren Erinnerung empfangener Wohlthaten vereinigt, ist bereits nicht ohne weise Zwecke in das Herz des Menschen gepflanzt, und nach dem Willen der Vorsehung dazu bestimmt, den Erdboden überall zu bevölkern und anzubauen, jedem das Seine zu lassen, dadurch den Frieden unter den verschiedenen Völkern zu erhalten, und selbst die Sitten der einzelnen Menschen zu zähmen, die Liebe des Nächsten und mithin die wechselseitige Hülfsleistung zu befördern.

Allein der Gemeingeist oder der Patriotismus im eigentlichen Sinn, wie er sich in Republiken findet, und zu ihrer Fortdauer nothwendig ist, besteht nicht in bloßer Anhänglichkeit an die Heimath, welche auch mit Trägheit und Eigennuz verbunden seyn kann, sondern in Liebe und thätigem Eifer für das gemeine Wesen, für seine Verfassung, seine Versammlungen, Geschäfte und Interessen; er ist eine aus Neigung sowohl als aus Pflichtgefühl hervorgehende Bereitwilligkeit, in Collisions-Fällen sein Privat-Interesse, seine Zeit, seine Kräfte, sein Vermögen, ja selbst das Leben, wenn es nöthig ist, dem gemeinen Besten aufzuopfern, die Communität gleichsam mehr zu lieben als sich selbst, sie als die Mutter und die Stütze alles Privatglücks zu betrachten. <sup>23)</sup> Diese Gesinnung ist auch nicht ohne Grund; denn sobald es der ganzen Republik wohl ergeht, bleibt auch das Interesse der Einzelnen gerettet; wenn aber das erstere vernachlässiget wird, so kann auch das letztere nicht bestehen. Nur das gemeinsame knüpft

23) Schön und richtig als Livius: „Respublica incolumis  
 „et privatas res salvas facile præstat, publica prodendo  
 „tua nequicquam serves.“

Und Plato: „Quod commune est, connectit civitates, quod singulorum, dissipat; quare et publice et  
 „privatim utilius est, ut publica magis quam privata  
 „curentur.“

Noch gefühlvoller aber spricht Cicero: „Omnium societatum nulla carior quam ea, quæ cum republica  
 „est unicuique nostrum. Cari sunt parentes, cari liberi, propinqui, familiares: sed omnes omnium caritates patria una complexa est, pro qua quis bonus dubitat mortem appetere, si ei sit profuturus?“ De Off. I. I. c. 17.

die Genossenschaften, das besondere zerstreuet sie; daher es für beyde nützlicher ist, vorzüglich das öffentliche zu besorgen. Der Patriotismus hat mit dem Dienstleister in Monarchien sehr viel ähnliches, und wird daher auch oft mit demselben verwechselt. Man erkennt ihn ebenfalls an der Willigkeit zu Uebernahm beschwerlicher, undankbarer Aufträge, an der Treue der Ausführung, an dem warmen Antheil für den Erfolg gemeinnütziger Anstalten und Unternehmungen, an der freudigen Aufopferung des eigenen Interesse, und an so vielen anderen Merkmalen der Treu und Anhänglichkeit, <sup>24)</sup> wogegen der selbstfüchtige Egoismus sich auch hier durch träge Entschuldigungen, durch Gleichgültigkeit an allem gemeinsamen, und durch ausschließende Rücksicht auf bloßen Privatnutzen verräth. Genau zu reden kann aber der wahre Gemeingeist, der eigentlich sogenannte Patriotismus nur in wirklichen Gemeinwesen Platz finden, und eben deswegen auch nicht in Monarchien, ja nicht einmal von den Unterthanen der Republik selbst gefördert werden, weil da die einzelnen Menschen nicht in Communitäts-Verhältnissen mit einander stehen. Hier sind wohl Dienstleister und dankbare Anhänglichkeit an die Person des Landesherrn, lebhaftes Gefühl der Ehre und Treu, Nationalstolz, Begierde nach Ruhm und Auszeichnung möglich, und diese Gefinnungen können auch ähnliche gemeinnützige Resultate hervorbringen; aber der Patriotismus in jener ersten und engeren Bedeutung läßt sich nur unter Mitgenossen denken, bey denen die gemeinsame Sache zugleich zum Theil ihre eigene ist. Daher war auch das Wort

---

24) Vergl. B. III. S. 65.



Patriotismus sonst in Monarchien nicht gebräuchlich, und ist nur in neueren Zeiten angekommen, wo man sich auch die Fürstenthümer als republikanische Communitäten dachte, und mit den Begriffen überall die Sprache verwirret hat. Es haben sogar einzelne Souveraine diesen Ausdruck verworfen, und nicht ganz mit Unrecht diejenigen für verdächtig erklärt, welche sich desselben häufig bedienten. Denn ohne zu betrachten, daß jener Ausdruck in unseren Tagen auf eine schändliche Weise zu Beschönigung rebellischer und revolutionärer Gesinnungen mißbraucht worden ist: so setzt der Patriotismus immer ein republikanisches oder Communitäts-Verhältniß, irgend eine bereits vorhandene und im Aufkeimen begriffene öffentliche oder geheime Gesellschaft voraus, und diese Gesellschaft kann auch in einer unter sich eng verbundenen fanatischen, auf den Umsturz aller Oberen hinarbeitenden Sekte bestehen, die ihren Verein Vaterland nennt, und mithin die steigende Macht desselben, die ungehinderte Erfüllung ihrer eigenen Zwecke für das Wohl oder die Freiheit des Vaterlandes ausgiebt. Es liegt demselben stets die Anhänglichkeit an irgend einen gemeinschaftlichen, es sey guten oder bösen Zweck, zum Grund, und daher pflegen auch alle Insurgenten oder Empörer sich Patrioten zu nennen, nicht weil sie dem Land ihrer Väter, viel weniger dem Vater des Landes anhängiger als andere sind, sondern weil sie sich für ihre gemeinschaftliche Sache warm interessieren, und derselben bisweilen sogar eigene Vortheile opfern.

Aus diesen Gründen ist auch der Patriotismus, selbst von berühmten Schriftstellern, so verschieden ge-

würdiget worden. Indem die einen denselben als die erste aller Tugenden, ja sogar als die Tugend selbst im erhabensten Verstande betrachten: <sup>25)</sup> so wird er hingegen von anderen für ein Merkmal der Wildheit oder der Barbaren ausgegeben, als eine gefährliche Schwärmeren und als die Quelle aller menschenfeindlichen und grausamen Handlungen verworfen; <sup>26)</sup> und beide Urtheile sind begründet, je nachdem der Patriotismus durch höheres Gesetz geordnet und geleitet zu einem wohlthätig erleuchtenden und erwärmenden Feuer, oder aber jenem Zügel entrisen zur zerstörenden und verwüstenden Flamme wird. Gleichwie geregelter Patriotismus die Städte und Gemeinwesen emporhält, und nur durch ihn alles Gute wächst und gedeiht: so hat man auch Beispiele genug, daß durch fanatischen, leidenschaftlichen und unverständigen Patriotismus, der nur verlarvter Stolz und Egoismus ist, die Bürger selbst gegen einander in wüthende Faktionen entzweit, Völker gegen Völker aufgebracht,

25) J. B. Montesquieu, *Esprit des lois*, und Iselin's philosophische und patriotische Träume: der Patriot.

26) S. J. B. Garve, *Anmerkungen zu Cicero von den Pflichten*, B. III. S. 218. — Auch der *Abbé de la Mennais* nennt den ungeregelten Patriotismus eine „passion farouche, violente et impitoyable qui ne fait pas, que les citoyens s'entre aiment, mais qui fait, que l'on hait tout ce qui n'est pas concitoyen.“ *Essais sur l'indifférence* etc. T. I. p. 384.

Die deutschen Illuminaten deklamirten nur deswegen gegen den Patriotismus, weil sie Gleichgültigkeit gegen alle engeren Verhältnisse einflößen, jede Liebe der nächsten Umgebunden vertilgen, und solche einem leeren Cosmopolitismus, oder vielmehr dem ausschließenden Dienst ihres Ordens opfern wollten. Vergl. B. I. S. 150.

Ströme von Blut vergossen, blühende Länder verwüftet, Verbrechen und Schandthaten zur Staats-Maxime gemacht, und sogar als Pflicht gepriesen werden. Allein diese widersprechenden Urtheile sind nur eine Folge der Mißkennung des obersten göttlichen Gesetzes, dem jede Neigung, auch die schönste und löblichste, unterworfen seyn muß, und welches auch dem Patriotismus seine Regel, seinen Umfang und seine Schranken anweist. Derselbe ist an und für sich nur eine Art von erweiterter Selbstliebe, oder doch die Liebe des engeren Communitäts-Verbandes, und darf als solche nicht zum absoluten Prinzip der freyen Handlungen erhoben werden. Bloßer Gemeinfinn kann sich auf gute und böse Zwecke beziehen, und das Wohl des Vaterlandes, so schön auch der Ausdruck klingen mag, wird nie eine bestimmte und sichere Regel des Verhaltens seyn. Im Gegentheil, sobald dasselbe unbedingt als das höchste Gut betrachtet, und für den einzigen Bestimmungs-Grund des Willens ausgegeben wird: so müssen die Handlungen, welche aus dieser Quelle fließen, eben so verschieden ausfallen, als immer die Begriffe der einzelnen Menschen über das Vaterland selbst, über das gemeine Beste und über die Mittel zu seiner Erreichung verschieden seyn mögen. Man wird Gutes und Böses aus dem nemlichen Prinzip rechtfertigen, Tugenden für Verbrechen, und Verbrechen für Tugenden ausgeben, je nachdem diese oder jene dem Vaterland zu schaden oder zu frommen scheinen, und das Vaterland selbst wird das unglückliche Opfer solch schwankender oder verkehrter Grundsätze seyn. Wir haben bereits in dem Capitel von dem Untergang der Republiken gezeigt, 27) wie der eine sich engere, der andere sich wei-

---

27) S. 274.



tere Begriffe von dem Wort Vaterland macht, und wie oft der Eigennuz sich unter diese Larve verkleidet; wie Leidenschaften und Privat-Neigungen für das Wohl des Vaterlandes ausgegeben werden, wie man sich zum vermeinten Besten desselben alle Mittel, ja selbst Verbrechen und Schandthaten erlaubt, und wie zuletzt die Gefinnungen der Andersdenkenden verdächtigt, dadurch die bittersten Entzweyungen veranlaßet werden, und der Untergang der Republik durch die nemlichen Maximen herbeigeführt wird, welche zu ihrer Erhaltung und Befestigung beitragen sollten.

Demnach ist kein Zweifel, daß der Patriotismus, als lebendige Theilnahme an irgend einem gemeinsamen Verband, den höchsten Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit untergeordnet seyn soll, daß er sich nur auf erlaubte Zwecke beziehen darf und selbst in der Wahl unter diesen letzteren oder in den Mitteln zu ihrer Erreichung durch Sachkenntniß und Klugheit geleitet werden muß. Er soll z. B. nicht in eitlen und verderblichen National-Stolz, nicht in Haß und Feindschaft gegen andere Völker ausarten; er darf nicht zum Deckmantel des Egoismus dienen, nicht die Verletzung natürlicher oder vertragsmäßiger Pflichten authorisiren, mit einem Wort nicht Böses thun, auf daß vorgeblich Gutes für das Vaterland entstehe. Der wahre Patriotismus ist im Grund nichts anders als die gesellschaftliche Pflicht-Erfüllung, aber durch die Neigung des Herzens erwärmt und in Thätigkeit gesetzt; er ist ein durch Liebe thätiger und in Hoffnung seliger republikanischer Glaube; jener lebendige Eifer für alles Gerechte und Gute, der aber seinen nächsten Wirkungskreis vorzüglich bey den ihm von der Na-

zur angewiesenen Freunden und Mitbürgern sucht, und der Gesellschaft, der er so vieles Glück verdankt, empfangene Wohlthaten zu erwidern trachtet.

Unter diesen Bedingungen ist aber auch der Patriotismus die Quelle alles Gedeihens der Republiken, und ein nothwendiges Erforderniß zu ihrer Erhaltung. Ohne ihn geschieht nichts Gutes in denselben, denn Verstand und Kenntnisse bleiben todt und unfruchtbar, wenn sie nicht durch die Wärme des Herzens belebt sind; tugendhafte Handlungen können nie und nirgends erzwungen werden, in Republiken aber ist es nöthiger als anderswo, mehr als seine Schuldigkeit zu thun, und nicht zu oft auf Lohn und Dank zu zählen. In Zeiten von Noth und Gefahren zeigt sich dann diese Tugend in ihrer vollen Größe und läßt den Menschen ihre Wichtigkeit fühlen. Da stürzen sich manche gleich einem Decius und Winkelried zum Heil ihrer Mitbürger in freiwilligen Tod; da strebt man nach der Ehre im Kampf für das Vaterland zu fallen; da opfern andere freudig ihr Vermögen, ihre Gesundheit und jedes Glück des Lebens auf; da ist keine Arbeit zu streng, keine Entbehrung zu hart, keine Gefahr zu groß, daß sie nicht mit Freuden unternommen, ertragen, besieget werde. Aber auch in Zeiten von Ruh und Frieden, mitten im Genuße des Glücks hat der wahre Patriotismus noch seinen schönen und herrlichen Wirkungsbereich. Dann bringt er aus bloßem Privatvermögen gemeinnützige Anstalten und wohlthätige Stiftungen hervor, lehrt undankbare, beschwerliche Arbeiten ertragen, selbst Widerspruch und Undank erdulden, giebt Muth und Eifer zur Erfüllung jeglicher Pflicht, wekt selbst zu Bekämpfung einschleichender Verderbniß jene bürgerliche

Tapferkeit, welche eben so nöthig und vielleicht seltener ist als die militärische, <sup>27)</sup> erzeugt endlich begeisterte Dichter und glänzende Geschichtschreiber, welche in reiner Absicht, und ohne für sich selbst irgend eine Belohnung zu wünschen, die Vaterlandsliebe, von der sie durchdrungen sind, auch auf kommende Geschlechter fortzupflanzen, und die aufwachsende Jugend zu ähnlichen Tugenden zu entflammen trachten.

Uebrigens entsteht die Tugend des Patriotismus in allen Republiken mehr oder weniger von selbst; denn sie vereinigt sich mit edler Uneigennützigkeit, mit erlaubtem Ehrgeiz, ja selbst mit wohlverstandenen Privat-Interesse, und es ist unmöglich, daß gutgeartete Menschen die Gesellschaft, der sie so viele Wohlthaten verdanken, nicht hinwieder lieb gewinnen, und ihr Wohl zu befördern suchen. Die Vaterlandsliebe, in so fern sie durch höhere Geseze geregelt und geleitet wird, muß aber gleichwohl durch historischen Unterricht und häusliche Tradition sorgfältig gepflanzt, durch Uebung und Benvpiel stets gewekt und belebt, durch die Achtung des Publikums ermuntert und belohnt werden; sobald sie selten oder nicht mehr geschätzt wird, sobald man den Gemeinsinn, den tugendhaften Eifer, die edle Aufopferung seiner selbst verlachtet, verspottet und für Schwärmeren ausgiebt, sobald mit einem Wort jeder sich den Beschwerden zu entziehen sucht, und man häufig die Worte aussprechen hört: was ist mir daran gelegen! da neigt sich die Republik zu ihrem Verfall, und ihr Untergang wird nicht mehr aufgehalten werden können.

---

27) Sunt domesticæ fortitudines, non minores militaribus.

*Cicero.*

---



## Acht und zwanzigstes Capitel.

### Politische Anordnungen und Hülfsmittel.

---

- I. Nothwendigkeit derselben zur Befung und Belebung republikanischer Tugenden.
  - II. Die vorzüglichsten Mittel dazu sind:
    - 1° Möglichste Behinderung des übermäßigen Privat-Reichthums.
    - 2° Ebenmäßige Verhinderung allzugroßer Armuth.
    - 3° Begünstigung aller Communitäten und Genossenschaften als der natürlichen Stützen der Republik, und als der besten Schule für ihre Bürger.
    - 4° Mancherley sinnliche Behülfel, — periodische Feste und Aufzüge, angemessene Formen und Ceremonien, Bilder, gesellschaftliche Disciplinen, conventionelle Sitten und Gewohnheiten aller Art.
- 

Gleichwie die besten Constitutionen und Geseze ohne die Herrschaft öffentlicher und Privat-Tugenden nichts nützen: so haben auch diese Tugenden selbst hinwieder einer Stütze und äußeren Hülfe nöthig, um ihre Ausübung zu begünstigen, und gleichsam zur Gewohnheit zu machen. Es reicht nicht hin, sie blos im Allgemeinen zu empfehlen und zu preisen; von einer großen Menschenzahl können sie nicht immer, und nicht von jedem in gleichem Grade erwartet werden; mit der Länge der Zeit und bey dem Genuße des höchsten Glücks müßten sie sogar allmählig erschaffen und verschwinden, wofern man sie nicht durch politische Anordnungen und Gebräuche, gleichsam durch bürgerliche Disciplinen und einen re-

republikanischen Cultus beständig zu wecken, zu beleben, und ihre Ausübung zu erleichtern sucht.

1° Unter diese in Republiken nothwendige Vorsichts-Maßregeln gehört vor allem die möglichste V<sup>e</sup>rtheilung des Privat-Reichtums unter den Bürgern. Denn nicht nur ist übermäßiger Reichtum dem republikanischen Tugenden nachtheilig, erweckt den Stolz und Hang zum bloßen Genuß, bewirkt Abneigung gegen die gemeinsamen Pflichten und Beschwerden: sondern bei allzugroßer Ungleichheit der äußeren Glücksgüter könnte auch die Rechtsgleichheit unter den Bürgern schlechterdings nicht mehr bestehen: die einen würden bald übermächtig und herrschend, die andern aber ihres Lebens-Unterhaltes wegen von denselben abhängig und dienstbar werden. Die ärmeren Bürger würden nicht mehr der Republik treu und ergeben seyn, sondern sich nur diesem oder jenem sie nährenden Optimaten anschließen, und nach dem Kampf mächtiger Factionshäupter, welche sich etwa noch die Wagschaale halten, müßte die Communität zuletzt nothwendig in eine Alleinherrschaft verwandelt werden. Alle Republiken sind auf ungefähr gleiche Kräfte und ein gemeinschaftliches, lebendig gefühltes Bedürfniß gegründet; sie werden meist von den mittleren Classen gestiftet, und können auch nur durch dieselben erhalten werden. Eine Republik von lauter großen und mächtigen Herren wird nie und nirgends bestehen, weil jeder derselben sich selbst genügt, daher dann nur seiner Privat-Freyheit würde genießen wollen, und die Gemeinschaft mit anderen ihnen unerträglich ist. Eben so wenig läßt sich eine Republik von lauter armen oder wenigstens dienstbaren Menschen denken, weil diese nur ihrem Brod-

Erwerb nachgehen müssen, und zu Besorgung der gemeinsamen Geschäfte, deren die wenigsten bezahlt werden können, weder Muße noch Fähigkeit haben. Also ist es freylich richtig, daß, wie schon von Aristoteles bemerkt worden, <sup>1)</sup> wohlhabender Mittelstand das eigentliche Element der Republiken ausmacht. Derselbe muß auch um desto mehr begünstiget, oder zu pflanzen gesucht werden, als Männer von mittlerem Rang, von mäßigem und ungefähr gleichem Vermögen ihrer Natur nach am meisten zu einem Societäts- oder Communitäts-Verbande geeignet sind; sie greifen in der Regel nicht fremdes Eigenthum an, und reizen die Habsucht der Geringeren nicht; sie wollen nicht über ihre Mitbürger herrschen, und sind auch des Dienens nicht gewöhnt; sie vermögen am besten eine gewisse Rechtsgleichheit unter einander zu behaupten. Von ihnen ist auch in Noth und Gefahren die größte Anstrengung, der ausdaurendste Patriotismus zu erwarten, da sie, wie wir ebenfalls schon angeführt haben, <sup>2)</sup> bey dem Sturz der Republik, welcher oft den sehr Reichen und den ganz Armen gleichgültig seyn könnte, am meisten verlieren, und des Gemeinwesens, dem allein sie ihre Macht und ihr Ansehen verdanken, durchaus nicht entbehren können.

Um also diesen zahlreichen Mittelstand zu befördern, und auch auf kommende Zeiten zu erhalten, muß die Vertheilung des Reichthums unter den Bürgern begünstiget, oder vielmehr die allzugroße Anhäufung

---

1) Siehe dessen Polit. L. IV. c. 11., und die Uebersetzung von Garve, B. I. S. 342. — 343.

2) S. 281.



desselben in einem einzigen Geschlecht möglichst erschwert werden. Zwar ist auch die Erreichung dieses Zwecks äußerst schwierig, da die Natur der Dinge selbst ihm entgegenstrebt, und es dabei selten ohne Verletzung der Gerechtigkeit abgeht. Jene Nothwendigkeit auf der einen Seite, und diese Schwierigkeit auf der anderen, liefert also einen neuen Beweis, welch künstliches und ungewöhnliches Ding die Republiken sind, und wie sie nicht willkürlich dekretirt werden, sondern nur da bestehen können, wo die Natur selbst, wie z. B. in Städten und Thalschaften, gleich berechtigte, gleich bemittelte Menschen nah an einander geknüpft, und mithin ein Communitäts-Verhältniß herbeigeführt hat. Man kann z. B. nicht hindern, daß das Vermögen eines Bürgers nicht durch Fleiß und Sparsamkeit, durch kluge Spekulationen, glänzende Heirathen, reiche Erbschaften u. s. w. übermäßig anwachse; man kann nicht die Zahl der zu zeugenden Kinder vorschreiben, nicht alle und jede Testirungs-Freiheit verbieten. Die Vertheilung des Reichthums durch Gewalt bewirken zu wollen, den einen zu rauben, um den anderen zu geben, wäre nicht nur ungerecht, sondern glücklicher Weise im Großen nicht einmal möglich; und eine solche Gewaltthatigkeit würde bald durch inneren Krieg und durch Zerstörung der Gesellschaft selbst bestraft werden. Durch agrarische Gesetze auch nur die Gleichheit der Grundstücke einzuführen, ist, wenn man auch von der Ungerechtigkeit der Maßregel selbst absehen wollte, eben so unausführbar; das erzwungene Ebenmaaß würde keinen Tag fortdauern, und nur alle Menschen gleich elend und hilflos machen. Wären auch die Grundstücke selbst an Umfang gleich, so sind sie es nicht an Qualität, an Abtrag und an der mehr oder

weniger vortheilhaften Lage; auch bliebe stets die Ungleichheit des Mobiliar-Vermögens übrig, welche man niemals wird hindern können. Nicht minder ungerecht und unmöglich ist es, ein gewisses proportionelles Maximum des Privatvermögens zu bestimmen, welches von den Bürgern nicht überschritten werden dürfe, da dieses Verhältniß nie constatirt werden kann; <sup>3)</sup> und eben so unthunlich würde es seyn, die Freyheit der Verträge oder den natürlichen Wechsel der Besitzungen untersagen zu wollen, z. B. nach einem Gesetz des Solon den Ankauf neuer Ländereien, oder, wie bey den Lokrern, den Verkauf väterlicher Erbgüter zu verbieten. <sup>4)</sup> Alle diese und ähnliche Verfügungen sind ungerecht, unausführbar, erreichen ihren Zweck nicht, und würden statt des kleinen Übels, welches sie verhindern wollen, nur weit größere Übel hervorbringen.

Der republikanischen Klugheit bleibt also zu Beförderung des Mittelstandes nichts anders übrig, als durch indirekte Mittel das allzugroße und besonders das fortwährende Anhäufen des Reichthums in einem einzelnen Geschlechte unvermerkt zu erschweren. Dazu helfen nun vor allem solche Erbgesetze, die, im Fall der Vater nichts

---

3) Plato wollte in seinen Büchern von den Gesetzen, daß das Mobiliar-Vermögen der reichsten Familien das Vermögen der ärmsten nicht um mehr als das Fünffache übertreffen dürfe; dagegen aber Aristoteles bemerkt, dergleichen und ähnliche Gesetzgeber sollten nicht vergessen, daß sie auch in Absicht der Fortpflanzung und des Kinderzeugens Verordnungen zu machen hätten. Polit. L. II. c. 5.

4) Aristot. Polit. L. II. c. 5. — Uebersetzung von Garve, B. I. S. 114.

anderes verordnet hat, gleiche Theilungen entweder bloß unter den Söhnen, oder unter sämtlichen Kindern, oder unter Verwandten des nemlichen Grades anbefehlen. <sup>5)</sup> Schon das römische Recht schrieb daher solche Theilungen, wenigstens unter den Söhnen, vor, und diese Verordnung war auch nicht nur politisch klug, sondern selbst dem präsumirten Willen der Erblasser, als dem Grund aller Intestat-Gesetze gemäß; denn in einer Republik läßt sich allerdings voraussetzen, daß der Vater jeden seiner Söhne zu einem freien, gleichberechtigten Bürger des Gemeinwesens werde machen, und zu diesem End nicht in Abhängigkeit von einem älteren Bruder ver- setzen wollen. Ganz anders aber verhält es sich mit freien Landbesitzern, die in keiner Communität mit einander stehen; und wo es darum zu thun ist, die Macht und das Ansehen eines einzelnen Stammes, nicht aber die Gleichheit unter verschiedenen Stämmen zu erhalten. Hier wären gleiche Theilungen dem präsumirten Willen der Väter, dem Geist alles Erbrechts zuwider, und selbst dem ganzen Hause verderblich, woraus auch der gewaltige Widerstand der Deutschen gegen diesen Punkt der Römischen Gesetze zu erklären ist. <sup>6)</sup> Zu Venedig ward die väterliche Verlassenschaft ebenfalls von allen Söhnen nach gleichen Portionen vertheilt, und in den meisten Republi-

---

<sup>5)</sup> Aristoteles wollte sogar, daß Familien-Güter nicht durch Testamente an Fremde vermacht werden können, sondern daß sie den natürlichen Erben nach der Reihe der Verwandtschaft zufallen sollen. Niemand solle mehr als ein Familien-Gut erben können. Dadurch würde das Vermögen der Bürger einander mehr gleich werden, und von den ärmeren würden mehrere zur Wohlhabenheit gelangen. — Polit. L. V. c. 8.

<sup>6)</sup> Vergl. B. II. S. 509 — 510.



ten genießen bey dem Mangel von Testamenten selbst die Töchter des nemlichen Erbrechts, um so da mehr als es auch zum Glanz eines Hauses beiträgt, seine Töchter in angesehene Familien zu vermählen, und es dabey der ganzen Republik nützlich ist, durch dergleichen wechselseitige Heyrathen die Bande der Freundschaft unter den Bürgern zu vervielfältigen, und den Reichthum unter verschiedene Geschlechter zu vertheilen.

Da indessen die meisten Väter den absolut gleichen Theilungen abgeneigt sind, und bey ihrem vollen Dispositions-Recht der Zweck jener Geseze nur unvollkommen erreicht würde: so pflegt man bey nahe in allen Republiken auch die Testirungs-Freyheit selbst mehr oder weniger zu beschränken; demnach das Recht der Erstgeburt nicht zu gestatten, die Prärogativen für einzelne Söhne auf ein mit dem väterlichen Vermögen im Verhältniß stehendes Maximum zu setzen, gewisse Pflichttheile vorzuschreiben, welche den übrigen Kindern nicht entzissen werden dürfen, Majorate und fideicommissarische Substitutionen entweder ganz zu verbieten, oder auf eine gewisse Zahl von Generationen einzuzielen, oder sonst in anderer Rücksicht zu erschweren u. s. w.; lauter Uebungen und Gebräuche, welche aus Republiken entlehnt und nur in denselben nöthig, in unseren Tagen aber ohne allen Grund auch in Monarchien eingeführt, und blos von der revolutionären Sekte angerathen worden sind, um alle Bande von Abhängigkeit und wechselseitiger Hülfsleistung aufzulösen. Zu eben dem Zweck einer natürlichen Vertheilung des Reichthums wird auch in Republiken einerseits der Ehstand begünstiget, oder gar als gesetzliche Bedingung der Wahlfähigkeit zu gewissen Aemtern vorgeschrie-

ben; 7) anderseits aber die Schließung allzunaher Familien-Heyrathen, besonders unter Geschwister-Kinder verboten. Denn obgleich nicht aus allen Ehen Kinder entspringen, so ist dieses doch bey den meisten der Fall, und selbst bey den übrigen wird, vermittelt des größeren Aufwands und der in den Ehepacten stipulirten gegenseitigen Vortheile, der Reichthum stets unter mehrere Geschlechter vertheilt; wenigstens kann er nicht so schnell, noch so bedeutend angehäuft werden, als wenn drey bis vier unverehlichte Brüder mit geringen Bedürfnissen und großen Einkünften zuletzt alle ihre Ersparnisse einem einzelnen Neffen zuwenden könnten. Was dann die Heyrathen zwischen Geschwister-Kindern betrifft, so sind sie bekannter Maßen, unter Vorbehalt einzelner Dispensen, schon von der christlichen Kirche verboten worden; nicht sowohl weil die Kreuzung der Geschlechter auch in physischer Rücksicht vortheilhaft ist, und zur Erzeugung gesunder und kraftvoller Kinder beiträgt, als vorzüglich um durch erweiterte Verbindungen die Bande der Freundschaft unter den Menschen zu vervielfältigen. 8) Nun aber hat man in Republiken ganz ähnliche Gründe mittelst solch wechselseitiger Heyrathen theils die Eintracht unter den Bürgern zu befördern, und Familien-Feindschaften zu verhindern oder auszusöhnen, theils auch der Anhäufung eines übermäßigen Reichthums in dem nemlichen Geschlechte zuvorzukommen, und eine unmerk-

---

7) In Bern z. B. konnte niemand weder in den täglichen Rath, noch auf eine Landvogtey, noch in das Collegium der Rätthe der XVI. gelangen, er sey denn verheyrathet, oder verheyrathet gewesen.

8) Ad spargendas amicitias generis humani.

liche Vertheilung desselben einzuleiten. 9) Freylich ist nicht zu läugnen, daß jene willkührlichen Beschränkungen der vollkommenen Eigenthums- oder Testirungs-Freyheit mit dem strengen natürlichen Rechte nicht verträglich sind, und auch in anderer Rücksicht große Inkonveniente haben. Vorzüglich wird das Dispositions-Recht der Väter meist zu sehr eingezielt, und das Verbot der fideicommissarischen Substitutionen zu weit ausgedehnt, besonders weil in Republiken der Neid gegen höheres Glück sich stets unter der Larve der Gleichheit verbirgt, und der Schein des gemeinen Bestens zum Defmantel von Privat-Leidenschaften dient. Wenn allzugroßer Reichthum eines Einzelnen der Republik gefährlich werden kann: so ist es auf der andern Seite noch viel gefährlicher, daß die freyen Bürger oder sogenannt patricischen Geschlechter einer herrschenden Republik in Armuth und Dürftigkeit versinken, und dadurch um alles Ansehen bey dem Volke gebracht werden. Es ist im Gegentheil nöthig, daß sie ein solides und fortdauendes Vermögen, besonders an liegenden Gütern, besitzen; daß sie mittelst dessen desto mehr an das Vaterland geheftet seyen, und gleichsam ein Pfand

---

9) Daher ist auch dieses Verbot selbst in protestantischen Republiken beybehalten und strenge vollzogen worden. Im alten Bern z. B. waren die Heyrathen zwischen Geschwister-Kindern bey Verlust des Bürger- und Landrechts untersagt. Auch wurde dafür keine vorläufige Dispens ertheilt, und nachherige Vergnadigung hatten wohl die Unterthanen, als bey denen der politische Grund des Gesetzes wegfiel, aber die herrschenden Bürger nie zu hoffen. Durch ein noch jetzt bestehendes Decret der helvetischen Republik sind hingegen die Heyrathen zwischen Geschwister-Kindern allgemein erlaubt worden; man hat aber davon keine sehr wohlthätigen Folgen wahrgenommen.



ihrer Treue geben; übrigens dann auch vermittelst dieser Güter mit den Landes-Einwohnern näher bekannt und befreundet, und von ihnen theils individuell, theils collectiv stets als ihre natürlichen Herren betrachtet werden. Alles dieses kann in Ermangelung des Erstgeburts-Rechtes nicht anders als durch Substitutionen bewirkt werden, welche der Verschwendung einen Damm entgegensetzen, und die Nutzniesser ererbten Vermögens zur treuen Ueberlieferung desselben verpflichten. Ist doch die ganze Republik selbst nichts anders als ein großes Fidei-Commiss, d. h. ein der lebenden Generation zur Verwaltung und zum Genuß, aber auch zur Aufbewahrung für die Nachkommen anvertrautes Gut, und alle Corporations-Besitzungen haben die nemliche Natur. Die bloße Möglichkeit solche Substitutionen stiften zu können, giebt der Erwerbung und der Oekonomie ihren wahren Reiz, bringt edle Gesinnungen hervor, und wirkt dem Egoismus entgegen. Sobald sie nicht bloß einzelnen Individuen oder Geschlechtern, sondern jedermann gestattet werden: so sind sie auch kein unbilliges Privilegium, und eben durch diese allen Bürgern ohne Unterschied zukommende Freyheit wird das Ebenmaaß wieder hergestellt; die Liebe der Väter wird von selbst ihre möglichen Inkonveniente corrigiren, und zuletzt ist der Zweck, nach dem man in einer Republik streben soll, nicht die Gleichheit des Elends, sondern die möglichste Gleichheit des Wohlstandes. Auch haben die fideicommissarischen Substitutionen in manchen älteren Republiken bestanden, ohne daß man davon die geringsten Nachtheile verspürt hätte. Sie waren zu Venedig, zu Genua, in den vereinigten Niederlanden erlaubt, und im alten Florenz sogar zu Begünstigung des Handels eingeführt. Auch in Bern konnten sie während beynabe sechs

Jahrhunderten von jedermann unbedingt errichtet werden, und dennoch hat die Republik damals mehr als seither geblüht. Nachdem aber daselbst jene Substitutionen im Jahre 1771 durch den Einfluß ökonomistischer Principien auf die Einsetzung von zwey Nacherben beschränkt worden: mußten uralte Grundbesitzer, besonders aber die patricischen Geschlechter, durch den Druck von Erbschafts-Schulden genöthiget, oder durch das Ungemach eines gemeinschaftlichen Besizes und den Reiz eines illusorischen Gewinns verführt, viele hunderte der schönen Landgüter verkaufen, wodurch die regierende Classe allmählig den verschiedenen Distrikten des Landes entfremdet, und eben deswegen auch von ihnen als fremde angesehen wurde. Zu Freyburg in der Schweiz bestehen die beständigen Substitutionen noch auf den heutigen Tag; in mehreren andern Cantonen ist zu ihrer Einführung bloß das Gutheissen der Obrigkeit nöthig, und selbst die neuen Erbgesetze des nur seit 1802 bestehenden Cantons Thurgau haben dieselben ausdrücklich gestattet oder vielmehr bestätigt, unter der einzigen Modifikation, daß ein substituirtes liegendes Gut allenfalls zwar wohl verkauft werden könne, aber der Werth davon neuerdings angelegt werden, und nach dem Willen des Testators substituirt bleiben solle. Endlich ist bekannt, daß in mehreren Nord-Amerikanischen Freystaaten, der alt Englischen Gesetzgebung gemäß, die vollkommenste väterliche Testirungs-Freyheit besteht, und in Ermangelung von Testamenten sogar das Recht der Erstgeburt gilt. Dieses letztere, so zweckmäßig es auch in Monarchien ist, scheint uns jedoch in Republiken nicht passend; aber die freywilligen Substitutionen haben wenige oder keine Inkonveniente, und können nicht so leicht übermäßig anwachsen, zumal ein solcher Nutznießer nur

sehr selten das Hauptgut der Substitution zu vergrößern pflegt. Gleiche Erbtheilungen, insofern wenigstens der Vater nichts anders verordnet hat; Festsetzung gewisser Pflichttheile für die nachgeborenen Kinder; Begünstigung des Erbstandes, Verhinderung allzunaher Familien-Heirathen u. s. w. sind also hinreichend, um in Republiken ein gewisses Ebenmaaß des Privat-Vermögens zu bewirken; und wenn auch selbst diese sanfteren Mittel der persönlichen an und für sich rechtmäßigen Freyheit einigen Eintrag thun: so muß man sich hier dergleichen Beschränkungen, gleich vielen anderen Disciplinen, des gemeinsamen Bestens wegen gefallen lassen, und das Recht des Einzelnen muß dem Recht der Genossenschaft weichen. Uebrigens willigen die Bürger gewissermaßen selbst dazu ein, indem sie dergleichen Gesetze eingeführt haben, auch allenfalls abändern können; und endlich finden sie den Ersatz auf einer anderen Seite, nemlich in der Fortdauer und in den Wohlthaten der Republik selbst, d. h. in jenem großen und collectiven, ihrer Verwaltung anvertrauten Fidei-Commis, welches seine Anttheilhaber auf mannigfaltigen Wegen stets wieder zu Ansehen und Wohlstand erhebt.

2° Das zweite nicht minder nöthige Hülfsmittel zur Erhaltung des republikanischen Geistes besteht in der ebenmäßigen Verhinderung der allzugroßen, besonders aber der unverschuldeten Armuth. Denn nicht nur wirkt sie nachtheilig auf den Adel der Gesinnungen, schwächt das Gefühl der Selbstständigkeit, und führt leicht zu furchtsamer Vernachlässigung oder zu eigennütziger Verletzung der Pflicht: sondern sie schadet auch dem Ansehen der ganzen Genossenschaft, besonders bey



den wohlhabenden Unterthanen, als welche nur mit Widerwillen dürftige Menschen über sich sehen können; und endlich würde diese Armuth bald das nemliche Mißverhältniß wie die außerordentliche Anhäufung des Reichthums hervorbringen, nemlich die einen Bürger in Abhängigkeit und persönliche Dienstbarkeit der anderen versetzen. Nun hat es freylich weniger Schwierigkeit dem Anwachs des Reichthums als der überhandnehmenden Armuth vorzubeugen; zerstören ist leichter als bauen, es braucht mehr Einsicht und Verstand, Tugenden und Nahrungsquellen zu schaffen, als ihre Früchte zu vertheilen oder zu verzehren: und so kann man freylich alle Menschen gleich arm, aber nicht alle gleich wohlhabend machen; daher auch unsere neueren Politiker wohl das erstere, aber nicht das letztere verstanden haben. Zudem wird dieses Problem durch die republikanische Politik selbst noch schwieriger gemacht. Es scheint zwar, daß die natürliche Vertheilung des Reichthums, von der wir so eben geredet haben, auch der Armuth entgegenwirken, und einen allgemeinen Wohlstand herbeiführen sollte. Allein bey näherer Untersuchung findet sich gerade das Gegentheil. Denn da mit gar zu geringen Capitalien nichts ausgerichtet werden kann, da sie vielmehr zur Trägheit und zum müßigen Genuße reizen, übrigens oft schlecht verwaltet, durch Zufälle verlohren werden u. s. w.: so ist in der zweyten oder dritten Generation selbst von dem schönsten Vermögen nichts mehr vorhanden, und es bedarf nur des geringsten, oft unvermeidlichen Unglücks, des frühzeitigen Todes eines Hausvaters, zahlreicher Kinder, oder auch eines gewöhnlichen Grades von Leichtsinne und Thorheit, um selbst die Nachkommen der angesehensten und reichsten Geschlechter in Armuth zu stürzen. Wo

nun die einen gar nichts, die anderen wenig besitzen, und selbst die reicheren nur sehr geringen Aufwand machen, da können auch die letzteren den ersteren keine wirksame Hülfe leisten, sie vermögen nicht, wie anderswo, ihnen ehrenvolle und einträglichelche Dienste anzubieten, ja selbst nicht einmal den Handel und die Industrie im Großen zu ermuntern, oder ihren Produkten Absatz zu verschaffen, und es bleibt daher den unbegüterten Mitgliedern besserer Geschlechter beynabe nichts anders übrig, als entweder von den Aemtern und Benefizien des Staats, oder von öffentlicher Unterstützung zu leben, oder im Ausland auf mannigfaltigen Wegen ihr Auskommen zu suchen. Aus diesem Mangel von Nahrungsquellen ist es auch zu erklären, daß in einer Republik, bey übrigens gleichen Umständen, sich verhältnißmäßig immer mehr dürftige, d. h. unterstützte Personen befinden, als in einem Fürstenthum von ähnlicher Ausdehnung oder Volksmenge, und wenn auch der äußere Schein dawider zu sprechen scheint: so kann die Wahrheit des Faktums bey näherer Beobachtung nicht geläugnet werden. Wie viele *poveri nobili* gab es nicht selbst in dem reichen Venedig! Man würde erstaunen, wenn man die Zahl und die Verhältnisse der dürftigen Personen beyderley Geschlechts kenne, welche in den Schweizerischen Städten durch Zünfte, Gesellschaften, Spitäler und andere Armen-Cassen oder Privat-Associationen unterstützt werden müssen. Das nemliche Uebel zeigt sich auf dem Lande, wo die Armen-Lagen bereits auf einen unerschwinglichen Grad gestiegen sind; und das größte Elend herrscht in jenen Bergthälern, wo auf sehr beschränktem Flächenraum eine zahlreiche, aber hülflose Bevölkerung wohnt, und täglich neue Menschen geboren werden, die, wenn

sie auch kümmerlich erzogen sind, in ihren erwachsenen Jahren bey keines Herrn Dienst Unterhalt finden, und denen theils durch den Mangel an innerem Absatz, theils durch fremde Prohibitiv-Gesetze sogar der Kunstfleiß versagt oder unnütz ist. Demnach ist sich nicht zu verwundern, daß aus solchen Gegenden viele tausend Menschen aller Stände auswandern, um theils in fremde Kriegsdienste zu treten, theils als Pächter und Landarbeiter, als Dienstboten, Hauslehrer, Künstler und Handwerker, Kaufleute u. s. w. in allen Hauptstädten Europens und sogar in fernem Welttheilen bey reicheren Menschen Verdienst zu suchen, und zu einem selbstständigen Vermögen zu gelangen. Der Grund davon liegt nicht in Verschwendung und Sittenverderbniß, nicht in Mangel an Vaterlandsliebe, sondern nur in der durch das republikanische Verhältniß und durch so viele andere Gesetze begünstigten steten Verstücklung der Güter und Vertheilung des Vermögens, welche weit entfernt der Armuth abzuhefen, vielmehr dieselbige hervorbringt; und in neueren Zeiten ist dieses Uebel theils durch die Verarmung der Landesherren, theils durch die Beraubung und Vernichtung so vieler Kirchen- und Corporations-Güter, theils endlich durch die Ungewißheit und die Mobilität alles Privatglücks unendlich vermehret worden. 10)

Anstrengung lehrt frenlich manche Schwierigkeiten überwinden, und die Noth ist auch in Republiken oder ähnli-

---

10) Die ärmeren Schweizerischen Landleute sagen daher in ihrer naiven Sprache sehr oft: „Was sollen wir anfangen, womit sollen wir leben? Es giebt ja keine Herren mehr!“ und sprechen dadurch den bittersten Tadel gegen die neueren zeitgeistigen Institutionen aus.



then Communitäten die Mutter des Fleißes. Allein für die Bürger einer Republik ist eigene, selbstständige Industrie, die zu keiner persönlichen Dienstbarkeit verpflichtet, die einzig schickliche Erwerbungsart, und sie muß daher auf jede Weise durch Ehre und Achtung, durch freundlichen Vorschub, besonders aber dadurch begünstiget werden, daß die Bürger der Republiken sich auch hierin einander liebeich helfen, und sich wechselseitig die Produkte ihres Fleißes abnehmen, folglich einem jeden treuen Arbeiter sicheren und hinreichenden Absatz verschaffen. Am besten wäre es zwar, wenn die Genossen einer freyen Communität und vorzüglich diejenigen, welche am Ruder der Geschäfte sitzen, theils von ihren eigenen Gütern und Einkünften, theils von den Besoldungen der Republik leben, folglich ihre Zeit und ihr Nachdenken einzig den gemeinsamen Angelegenheiten widmen könnten, ohne von Privat-Interessen und Nebenabsichten zerstreut zu werden. Selbst der Handel im Großen gewöhnt allmählig den Geist dahin, die Dinge nur unter dem Gesichtspunkt des pecuniarischen Gewinns zu betrachten, und ist überhaupt der Begünstigung einer edlen gemeinnützigen Denkungsart und umfassender Einsichten eher nachtheilig als vortheilhaft, daher er auch den Nobilis zu Venedig durch ein Gesetz verboten gewesen seyn soll. Allein da nicht alle Bürger Vermögen besitzen, noch öffentliche Aemter bekleiden können: so sind für dieselben Kunst- und Gewerbsfleiß, Handel, Handwerke und alle sogenannten freyen Berufsarten darum die einzig schicklichen Erwerbungs-Mittel, weil dabei eine gewisse Selbstständigkeit oder Rechtsgleichheit möglich ist, und man wenigstens nicht unmittelbar von einzelnen Menschen abhängt. In Monarchien ist es sehr gewöhnlich, daß selbst Männer von

gutem Herkommen unter verschiedenen Benennungen, z. B. als Oekonomie-Verwalter oder Pächter, als Rätbe, Sekretärs, Hofmeister u. s. w. in die Dienste eines anderen Privatmannes treten. Sie können dieses um desto eher thun, da sie in keiner Communität mit einander stehen, wo sie eine gewisse Selbstständigkeit behaupten müßten, und aus eben diesem Grund verschmähen auch geborne Republikaner dergleichen Stellen nicht, sobald sie sich außer ihrem Vaterland befinden. Allein im Inneren der Republiken wird man beynahe kein Beispiel antreffen, daß irgend ein wirklicher Bürger in dem persönlichen und fortdauenden Dienst eines anderen stehe; denn theils hält ein dunkles Gleichheits-Gefühl selbst die ärmsten davon zurück, theils giebt es auch in Republiken wenig, oder keine so reichen Personen, daß sie ihren Mitbürgern ehrenvolle und einträgliche Dienste anbieten könnten. Da nun aber gleichwohl jedermann leben muß: so beweiset auch die Geschichte der Italienischen, der Schweizerischen und Deutschen freyen Städte, der vereinigten Niederlande u. s. w., daß Handel und Gewerbsfleiß in solchen Communitäten verhältnißmäßig mehr als anderswo blühen. Sie müssen nothwendig vom Auslande hereinbringen, was an inneren Nahrungs-Quellen abgeht; bedürfen aber dazu des freyen Verkehrs mit anderen Staaten, und sollten daraus neuerdings erkennen lernen, daß sie der Monarchien und des in denselben herrschenden größeren Reichthums nicht entbehren können. Uebrigens gedelben in Republiken die gemeinen Künste freylich mehr als die schönen Künste der Musik, der Malerern, der Bau- und Bildhauer-Kunst, weil jene zu jedermanns Gebrauche dienen, diese aber bey mittelmäßigen Vermögens-Umständen nicht hinreichende Aufmun-

terung und Belohnung finden; daher auch die Deutschen und ehemals die Schweizerischen Reichsstädte vorzüglich die Pflanzschule jener wackeren Handwerker waren, welche sich stets durch Treu und Fleiß vortheilhaft auszeichneten, und so viel soliden Wohlstand begründeten. Was endlich die Gelehrsamkeit betrifft, so ist sie zwar mit Ausnahm der sogenannten Brod-Studien keine bedeutende Erwerbs-Quelle, und in Republiken weniger als anderswo, indem man dadurch weder zu hohen Ehrenstellen, noch zu Orden und Pensionen gelangt; doch ist in anderer Rücksicht das republikanische Verhältniß den Wissenschaften eben nicht ungünstig, weil es in solchen Staaten bey mäßigen Bedürfnissen und beschränktem Ehrgeiz eine nicht geringe Zahl angesehenen und wohlhabender Personen giebt, die ihr Vermögen und ihre Muße zu Sammlung oder Bearbeitung gelehrter Materialien benützen, und darin allein ihre Ehre und ihr Vergnügen suchen. Die Selbstständigkeit, deren sie genießen, die Geschäfts-Erfahrung, welche sie gewöhnlich erworben haben, giebt auch ihren Ansichten mehr Reife, ihrem Ausdruck ein mehreres Leben, und wenn man die von Republikanern geschriebenen Werke, besonders im juridischen, politischen oder historischen Fache, liest: so wird man vielleicht gestehen müssen, daß sie sich im Allgemeinen durch eine gewisse Kraft und unparteyische Würde vor denjenigen auszeichnen, die in Monarchien verfaßt worden, als wo selbst die größten Gelehrten meist nach höherer Anstellung oder Auszeichnung streben, bald die Gunst der Höfe, bald literarische Moden schonen müssen, und daher ihrer Wissenschaft selbst einen gewissen Charakter von Dienstbarkeit aufdrücken.



Um der Verschwendung und mithin der Armuth vorzubeugen, pflegt man auch wohl in Republiken zu Pracht-Gesetzen seine Zuflucht zu nehmen. Allein sie erreichen selten oder nie ihren Zweck, können gewöhnlich nicht vollzogen werden, und für einen verbotenen Luxus-Gegenstand treten zehn andere an Platz. Das wesentlichste und sicherste Mittel zu Beförderung eines allgemeinen Wohlstandes in Republiken besteht hingegen darin, sowohl durch Gesetze als durch politische Maximen den Ehrgeiz der Bürger selbst zu einer anständigen Oekonomie zu interessiren, die tugendhafte Herauschwungung aus Mittelmäßigkeit und Armuth mit Ehre und Auszeichnung zu belohnen, die selbst verschuldete Dürftigkeit aber ihrer natürlichen Strafe, der Schande und der Erniedrigung zu überlassen. Dazu helfen nun vorzüglich die Verordnungen, daß kein Bürger, der sein Vermögen dem Concurß preisgegeben, und rechtmäßige Gläubiger in Verlust gebracht, keiner, der die aus Armen-Gütern zu seiner Erziehung erhaltenen Vorschüsse nicht ersetzt, oder zu ersetzen sich verpflichtet, keiner endlich, der den ihn beziehenden Antheil von seines Vaters Schulden nicht bezahlt, oder zu bezahlen übernommen habe, zu Aemtern und Ehrenstellen solle gelangen können. Die beyden ersten Gesetze bestehen in den meisten Republiken, werden aber oft eludirt, und nicht immer streng vollzogen. Das letztere hingegen herrschte ehemals in Genf, und hatte dort sehr gute Folgen. So streng es scheint, so ist es doch im Grunde gar nicht ungerecht, sondern vielmehr der Billigkeit angemessen. Denn jene Ehrenstellen ist man niemand schuldig, die Republik hat hierin freye Wahl, und kann für die Bewerbungs-Fähigkeit gutfindende Bedingungen, folglich auch gewisse Tugenden fordern. An

und für sich sollte man die Verpflichtungen aus gleichem Grund wie die Anforderungen erben, zumal es sich ebenso wohl vermuthen läßt, der Vater habe gewollt, daß die Kinder seine Verbindlichkeiten erfüllen, mithin seine Ehre retten, als daß sie sein Activ-Vermögen theilen. Und wer trägt billiger die natürlichen Folgen der Schulden eines Vaters — seine Kinder, die zum Theil selbst davon genossen haben, und gleichsam eine Fortsetzung seiner Existenz ausmachen, oder die Kinder anderer, die jenem Vater geliehen haben, und an der Unflugheit dieser letzteren ebenfalls nicht schuld sind? Die moralischen Vortheile eines solchen Gesetzes sind aber nicht zu berechnen. Es reizt die Väter zur Sorgfalt und Defonomie, denn mancher, der gern für sich selbst verschwendet, und fremde Gläubiger in Verlust bringt, wird noch durch den Gedanken zurückgehalten, daß seine Kinder von Ehre und Aemtern ausgeschlossen werden möchten. Die Verwandten werden zu mehrerer Aufsicht und angemessenen Vor-sorgen berechtigt, um sich bey Zeiten dem Uebel entgegen zu setzen; und verdienstvolle Söhne leichtsinniger Eltern, denen etwa die Erfüllung jener Pflicht unmöglich seyn dürfte, werden dazu bey Familien-Gliedern und Freunden immerhin Hülfe und Unterstützung finden, um so da mehr als die Verbindlichkeit auch bey ihren Kindern fortdauert, folglich sich mit jeder Generation vermehrt, und so das Zutrauen auf eine unerschütterliche Art begründet wird. <sup>11)</sup> Ueberhaupt muß immer der

---

11) Zu Genf wurde deswegen ehemals unter den höheren Classen mehrere Jahrhunderte hindurch an keinem Schuldner etwas verlohren, und es begegnete oft, daß nach fünfzig und mehr Jahren Kinder und Kindes-Kinder längst vergessene Verpflichtungen ihrer Väter und Großväter abführten.

Hang nach Ehre und Ansehen, welcher bey Republikanern sehr lebendig ist, dem Hang zur Verschwendung entgegengesetzt, und mehr das rechtmäßige Emporsteigen begünstiget, als der selbst verschuldete Verfall durch Aemter und Sine-Curen-Stellen aufgehalten werden. Denn das letztere Mittel, kraft welchem man gewöhnlich die Benefizien nur denjenigen zuwendet, welche durch schlechte Haushaltung herunter gekommen, und deswegen der Einkünfte benöthiget sind, erreicht seinen Zweck dennoch nicht, ist gleichsam eine der Trägheit und Sorglosigkeit gegebene Prämie, und hat dabey noch häufige Inkonveniente für die Republik selbst, da derjenige, welcher sein Privat-Vermögen übel besorget, meist auch das öffentliche schlecht verwalten wird. <sup>12)</sup> Man sollte im Gegentheil, der Regel der Natur gemäß, denen die durch Fleiß und Ordnung gedeihen, durch Aemter und Benefizien noch weiter nachhelfen, demjenigen geben, der da hat, und denjenigen der das, was er hat, nicht zu behaupten weiß, auch das übrige noch verlieren lassen. Dadurch würden die einen zur guten Wirthschaft ermuntert, die andern von verderblichem Leichtsinne zurückgehalten, und es ist unglaublich, wie viel, besonders in einer Republik, durch Befolgung jener Gesetze und Maximen zur Beförderung des allgemeinen Wohlstandes gethan werden könnte.

Anders verhält es sich aber mit der unverschuldeten Armuth, die durch zufälliges Unglück, frühzeitigen Tod der Eltern, allzuzahlreiche Kinder u. s. w. selbst in höheren Ständen veranlasset werden kann. Dieser muß

---

12) Non potest, male usus propriis, esse fidelis in alienis.

*Lucian.*



durch zweckmäßige Erziehungs- und Unterstützungs-Anstalten, durch besondere bürgerliche Verbindungen, durch Associationen einzelner Geschlechter, und überhaupt durch republikanische Freundschaft, welche die würdigen Nachkommen verdienter Geschlechter nicht sinken läßt, und daher bey Anstellungen und Beförderungen gerne begünstiget, möglichst nachgeholfen werden. Daher giebt es auch in allen Republiken sogenannte Waisenhäuser, um elternlose dürftige Kinder zu nützlichen Berufsarten zu erziehen; Zünfte und gesellschaftliche Armen-Güter, um unter ihren Mitgenossen ähnliche Zwecke zu erfüllen, und selbst dem Mangel vieler Erwachsenen zu helfen; sogenannte Familien-Kisten, wo einzelne angesehene Geschlechter ein gemeinsames Gut zusammen legen, um allfällig dürftigen Mitgliedern beizustehen, und dadurch jeder öffentlichen Unterstützung entbehren zu können; ferner Stipendien, um das Studium besonderer Wissenschaften zu erleichtern; jährliche, zur Gewohnheit werdende Ausbülfen, die von der Obrigkeit selbst an ärmere Bürger ertheilt werden; Wittwen-Cassen für gewisse Stände u. s. w.; dagegen aber sind die in Monarchien üblichen ehrenvollen Pensionen für emeritirte Beamte, oder für deren Wittwen und Kinder in Republiken gänzlich unbekannt, theils weil ihre Einkünfte dazu nicht hinreichen, theils weil ihnen überhaupt eine gewisse väterliche und liebevolle Besinnung gegen die Individuen mangelt. Alle jene Institute, die freylich auch bisweilen in Mißbräuche ausarten, oder zu solchen Anlaß geben können, sind an und für sich sehr zweckmäßig; ihr unverrückter Zweck soll aber darin bestehen, nicht sowohl dem ärmeren Bürger aus bloßer Noth zu helfen, und eigene Anstrengung zu ersparen, als vielmehr ihn aus der Ar-

muth herauszubringen, und wieder mit seines gleichen ins Ebenmaaß zu setzen. Mit solchen Maximen und Hülfsmitteln bedarf es dann für die Bürger einer Republik nur noch einiger glücklicher Umstände, die in mehrerem oder minderem Grad immerhin eintreten, als wie z. B. mäßiger Erbschaften, vortheilhafter Heyrathen, einträglicher Ehren-Ämter, kluger Benutzung des besitzenden oder ersparten Vermögens u. s. w., um den Wohlstand der einen zu erhalten und zu heben, den der anderen neuerdings zu gründen, und mit der immer erwerbenden Classe der übrigen Einwohner wenigstens gleichen Schritt zu halten.

3° Zu dem nemlichen Zweck der Erhaltung des republikanischen Geistes muß, drittens, jede Republik in ihrem ganzen Gebiet, und vorzüglich unter ihren Bürgern die Errichtung aller Arten von Societäten oder Genossenschaften begünstigen. Denn dieselben sind, gleich dem Guts herrlichen Adel in Monarchien, <sup>13)</sup> deswegen die wahre, natürliche Stütze der Republik, weil sie eine mit derselben gleichartige Verfassung haben, weil ihre Rechte und Interessen auf der nemlichen Grundlage beruhen, und nur dem Grade nach verschieden sind. Hier in diesen untergeordneten Corporationen, wie in der freyen Gemeinde selbst, besteht eine gewisse Gleichheit des Rechts unter den Genossen, und der Eintritt in den Verein beruht auf gegenseitiger Einwilligung; hier ist die höchste Gewalt bey der Gesamtheit aller Genossen; hier gilt die Majorität der Stim-

---

13) Vergl. B. III. S. 555 – 557; die dort angeführten Gründe sind, mutatis mutandis, ganz auf Republiken anwendbar.

men; hier giebt es ein gemeinsames Gut, und gemeinsame Beyträge. Eben so haben diese Communitäten meist eine ganz ähnliche positive Verfassung; gewisse Regeln für die Aufnahme in ihr Bürgerrecht oder für die Ausschließung von demselben; gemeinsame Zusammenkünfte, größere und kleinere Ausschüsse mit bestimmten Befugnissen oder Verrichtungen, Wahlen, Berathschlagungs-Formen u. s. w. Endlich herrschen sie alle über ein gewisses Gebiet, über Sachen und mancherley Personen, die nicht Mitglieder des Gemeinwesens, aber dennoch von demselben abhängig sind. Dergleichen Communitäten müssen also stets für die Rechte der obersten oder souverainen Genossenschaft günstig gesinnt seyn; denn indem sie dieselben vertheidigen, so schützen sie zugleich sich selbst, und wenn die ersteren nach falschen Grundsätzen umgestürzt werden sollten: so könnten auch die letzteren nicht behauptet werden. <sup>14)</sup> Uebrigens sind diese kleinen Societäten oder Genossenschaften zugleich die beste Schule der Republikaner. Denn da erwirbt die Jugend schon frühe die nöthigen Kenntnisse, gewöhnt sich an republi-

---

14) Dieses hat auch die Erfahrung noch im Anfang der Schweizerischen Revolution, im Jänner und Februar 1798 bey Annäherung des Französischen Einfalls, auf eine lehrreiche Art bewiesen. Die Magistraturen der Städte des Landes waren ganz und gar nicht revolutionär gesinnt, selbst nicht einmal die von Lausanne, welches auch dieser Stadt von einem gewissen Raymondin in seiner *Histoire révolutionnaire du Canton de Vaud* heftig vorgeworfen worden; sondern die einzelnen Freunde der Revolution mußten sich in *Revolutions-Comités* (wahrscheinlich Ausschüsse von Freymaurer-Logen) vereinigen, und vorerst ihre Local-Obrigkeit stürzen, sich ihrer Autorität und ihrer Cassen bemächtigen, um das rebellische Unternehmen durchzusetzen.



kanische Formen, und übt sich in den republikanischen Tugenden, d. h. in dem Recht und in der Moral unter Genossen; sie stärkt sich in einem gewissen Ehr- oder Gleichheits-Gefühl, um sich in seinen Rechten keinen Eintrag thun zu lassen; sie lernt aber auch Billigkeit, um anderen die nemlichen Rechte einzugestehen; Verträglichkeit, um nicht immer nur seinen Willen durchsetzen zu wollen, sondern die Majorität als seinen Herrn anzuerkennen, und Gemeingeist, d. h. thätigen Eifer für die gemeinsamen Geschäfte. Auch hilft die Natur hier abermal von selbst, und schafft Bildungs-Anstalten, die besser und nützlicher sind als aller Unterricht, den man je in Schulen ertheilen könnte. Denn außer den Stadt-, Dorf- und Thal-Gemeinden, die man wohl auch in Monarchien antrifft, werden in einer Republik noch alle gemeinnützigen Stiftungen, ja sogar fast alle geselligen Freuden durch Associationen oder Genossenschaften gegründet und verwaltet; alles zeigt das Bild der Republik im Kleinen, da hingegen in Fürstenthümern eben so unwillkürlich alles das Gepräge der Monarchie oder der Unternehmung eines Einzelnen trägt. Es ist in der That bemerkenswerth, wie wenig wahre Societäten es in Monarchien giebt, denn selbst wenn vorhanden ist, durch die Kraft der Gewohnheit und des Beispiels von oben, der Präsident gleichsam der eigentliche Herr, und die übrigen Mitgenossen erscheinen nur als seine Rathgeber. In Republiken aber, wo die Vermögens-Umstände mittelmäßig sind, und keiner dem anderen einen bleibenden Vorrang eingestekt, wimmelt auch alles von Corporationen und Communitäten. In den Schweizerischen, und wahrscheinlich auch in anderen freien Städten, lebte z. B. schon die zarte Jugend,

gleichsam von Kindheit an, frey und ohne Aufsicht, in kleinen Genossenschaften <sup>15)</sup> von gleichem Geschlecht, ungefähr gleichem Alter, Stand und Vermögen, in welche man durch das Mehr der Stimmen aufgenommen wurde, die ihre regelmäßigen Versammlungs-Tage, oft sogar ihre Berathungen hatten, und manchmal benähe das ganze Leben hindurch fortdauernten. Diese Sitte, die man anderswo schwerlich finden wird, hat zwar auch ihre Nachtheile; sie ist einer vielseitigen Bildung nicht günstig, und bringt leicht etwas steifes, jeder Autorität abgeneigtes hervor; sie stärkt aber auch den Charakter und das Gefühl der Selbstständigkeit, lehrt frühe mit seines gleichen umgehen, pflanzet dauerhafte Freundschaften, und ist in dieser Hinsicht ächt republikanisch. Weiter werden in Republiken fast alle gesellschaftliche Vergnügungen, Bälle, Redouten, Casino's, Cercles u. s. w. nicht durch einzelne Unternehmer, denen man Beyträge oder Verbindlichkeit schuldig ist, sondern durch Associationen und Directionen veranstaltet, welche ihren Vorsteher und ihren Sekretär, ihre Statuten und oft ein gemeinsames Vermögen haben. Allgemeine Vermischung der Alter und Stände ist nirgends seltener als in Republiken; es gab z. B. in der alten Schweiz nicht einmal ein Caffeehaus, dagegen aber sah man eine unglaubliche Menge kleiner Vereinigungen, wo gleich und gleiches sich von selbst zusammen gesellte, und eben dadurch jeder Einzelne ein inniges Vergnügen genoß, was jene Vermischung nie gewähren kann. Ganze Geschlechter, d. h. die sämtlichen erwachsenen Männer des nemlichen Geschlechts, vereinigten sich in organisirte Fa-

---

15) *Leiste* nach der Schweizerischen Landessprache.

milien-Corporationen, theils um sich über gemeinsame Interessen zu berathen, theils um durch Verwaltung und zweckmäßige Verwendung eines gemeinsamen Familien-Guts, jedes einzelne Mitglied in möglichst gleichen Glücks Umständen, und folglich in gleichem Ansehen zu erhalten. Auf den Zünften oder den politischen Abtheilungen der Bürger zeigte sich wieder das Bild der Republik, sie hatten ihre Verfassung, ihre allgemeinen Versammlungen, ihre repräsentirende Ausschüsse von Vorgesetzten und ihre kleineren dirigirenden Collegien. Bisweilen waren sogar eigene Gesellschaften angeordnet, um im Kleinen das ganze Regiment, ja sogar alle Formen und Curialien der Republik nachzuahmen.<sup>16)</sup> In allen diesen Gesellschaften gab es Aufnahmen und Ausschließungen, traditionelle Regeln und geschriebene Statuten, Wahlen, Berathschlagungen, gemeinsame Güter und mancherley durch sie veranlaßte Geschäfte. Da wurden die Talente entwickelt, die Kräfte an einander gerieben und geübt, da gewöhnte man sich an Arbeitsamkeit, an öffentliches Reden und an Liebe für das Gemeinwesen; da wurde der nöthige Anstand gelernt, bisweilen das Ehrgefühl unglaublich belebt, oft aber auch den übertriebenen Anmaßungen die Eigenliebe gekränkt, und wieder zur Bescheidenheit herabgestimmt. Traten nun endlich die Bürger in die Räthe der herrschenden Genossenschaft selbst ein: so waren sie bereits, ohne es zu wissen, mit allen Formen derselben, ja sogar mit dem ordentlichen Geschäftsgang vertraut und zu wahren Republikanern gebildet. Hätten sie hingegen statt dessen auch alle möglichen Wissenschaften und Künste gelernt, aber jene Fertigkeiten und Tugenden

---

16) Z. B. der sogenannte Außen-Stand im alten Bern.



nicht beseffen: so würden sie nie in eine Republik getaucht haben. Uebrigens wird dadurch die Erwerbung der nöthigen Kenntniße gar nicht ausgeschlossen, als zu welcher stets noch genug Zeit, Hülfsmittel und Ermunterungen übrig bleiben.

Weil also die Societäten oder Genossenschaften einerseits gleichartige Elemente und natürliche Stützen der Republik, anderseits auch die beste Bildungs-Anstalt ihrer Bürger und Unterthanen sind: so muß sie auch die wohl erworbenen Rechte und Privilegien aller Corporationen ihres Gebiets, wie z. B. der Stadt-, Dorf- und Thalgemeinden, der Zünfte, Innungen und anderer Privat-Bereine heilig ehren und schützen. Dadurch macht sie sich treue Freunde, und befestiget zugleich die Ehrfurcht für ihre eigenen Rechte selbst. Denn von solchen Genossenschaften, wofern sie nur (was jedoch selten zu besorgen ist) nicht zu übermächtig werden, hat die Republik nichts zu fürchten, wohl aber viel zu hoffen. Ihre gemeinsamen Befugnisse, ihre Statuten und inneren Gesetze, ihre Güter und die davon abhängende untergeordnete Herrschaft, ihre allfällige beschränkte Jurisdiktion, mit einem Wort ihre Ehre und ihre Freuden müssen ihnen nicht beneidet, nicht verkümmert noch geschmälert werden; ja es ist sogar gut, wenn diese Corporationen in kleinerem Maßstab ähnliche herrschaftliche Rechte und Einkünfte, wie diejenigen der Republik, z. B. Zehenden, Grundzinse, Zölle, Jagd- und Fischeren-Rechte u. s. w. besitzen, auf daß sie auch bey der souverainen Genossenschaft stets als Privat-Eigenthum betrachtet, folglich weniger beneidet, und heiliger respektiret werden. Sobald hingegen eine Republik fremde Communitäts-Rechte un-

terdrückt, sobald sie alles vermischen und gleich machen, niemand mehr einige Auszeichnung gönnen will: so macht sie sich auch alles zu Feinden, sie legt die Axt an den Baum ihrer eigenen Existenz, und begeht den nemlichen Fehler wie ein Fürst, der den Adel, d. h. die freyeren Grundherren unterdrückt.<sup>17)</sup> Ohnehin ist der Neid in kollektiven Herrschaften sehr gewöhnlich; er liegt sogar zum Theil in der Natur der Dinge, und wenn ihm also kein Ableiter gegeben wird, wenn der Ehrgeiz des Menschen in engeren Kreisen keinen Spielraum, keine Befriedigung mehr findet: so muß jene Mißgunst nothwendig auf den höchsten Grad gesteigert werden, jeder wird alsdann die Republik selbst meistern und regieren wollen, und es wird eine verzehrende Regiments-Sucht, ein ungeregelter allgemeiner Ehrgeiz entstehen, der nicht befriediget werden kann, und daher vorerst zerstörende Faktionen, dann aber den Untergang des Staates herbeiführt. Gleichwie überhaupt einem Fürsten mächtige Corporationen mehr als alles andere gefährlich sind, so hat hingegen eine Republik nur die mächtigen Individuen zu befürchten; daher auch die Geschichte beweist, daß Monarchien gewöhnlich durch erstere, Communitäten aber durch letztere zu Grund gerichtet werden. Und benläufig zu reden, liegt darin auch der wesentliche Grund, warum eine kluge Republik an der Spitze der verschiedenen Regierungs-Zweige nur Collegien mit wechselnden Mitgliedern, aber keine Minister halten darf. Ein einzelner Mensch könnte zwar die Geschäfte eben so gut, ja vielleicht noch besser als mehrere besorgen, aber diese monarchische Einrichtung widerspricht der Natur einer Republik, und des

---

17) Vergl. B. III. S. 557 — 561.

Benöthigten Zutrauens wegen sollen die hohen Collegien selbst eine Corporation bilden, und die verjüngte Genossenschaft vorstellen. Ein Individuum, das z. B. über Truppen und Geld zu gebieten und eine Menge einträglicher Stellen zu vergeben hätte, würde zu viel Neid erregen, sich an Alleinherrschaft gewöhnen, und, wofern es seine Gewalt zu benützen versteht, leicht mächtiger als der ihm befehlende Senat werden. Es gehörte daher auch zu den seltsamen Widersprüchen der neueren Revolutions-Republiken, daß sie überall Minister an die Spitze der Verwaltung setzten, folglich auch hier monarchische Formen oder das Bild der Einzelherrschaft, an welche sie früher gewöhnt waren, in freye Gemeinwesen hinübertrugen, und sich eben dadurch ihren Sturz vorbereiteten.

4<sup>o</sup> Um endlich den Geist der republikanischen Tugenden, vorzüglich aber die Idee der Rechtsgleichheit und der Einigkeit unter den Genossen beständig zu wecken, zu beleben und zu unterstützen, müssen auch sinnliche Beihilfen und äußere Hülfsmittel nicht vernachlässiget werden. Republiken haben ebenfalls eines gewissen Cultus nöthig, und sind in mancher Rücksicht den geistlichen Gesellschaften sehr ähnlich. Gleichwie in letzteren alle Feste, Disciplinen und gottesdienstlichen Gebräuche dazu bestimmt sind, den religiösen Glauben auszudrücken oder symbolisch darzustellen, und die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf geistige Gegenstände zu heften: so ist es in weltlichen Communitäten darum zu thun, durch ähnliche Mittel die Mitglieder der Genossenschaft stets an das gemeinsame Verband zu erinnern, die republikanischen Grundsätze und Gesinnungen beständig zu erneuern, zu beleben und tief in die Gemüther zu pflanzen. Durch das Sicht-



Ware wird der Mensch zum Unsichtbaren erhoben, und zur Bildung eines vollendeten Republikaners müssen Geist, Herz und Sinn in Anspruch genommen werden. Der gleichen äußere Hülfsmittel sind gleichsam ein fortdauernder, allen Menschen verständlicher Unterricht; sie sind das Buch der Ungelehrten, ein Stab für die Gebrechlichen, ein Erinnerer für die Zerstreuten und Vergesslichen. Unter diese Gebräuche gehören vor allem gewisse periodische Feste zur Feier merkwürdiger Begebenheiten, wodurch die Republik emporgehoben worden, oder zum dankbaren Andenken an ihre Stifter und früheren Wohltäter; Prozessionen oder feierliche Aufzüge der gesammten Magistratur, um des Verbandes sich zu freuen, und doch bisweilen den Glanz der ganzen Corporation dem Auge darzustellen; im Inneren der Räthe selbst bestimmte Ceremonien, abgemessene Formen und Curialien, denen eine sinnreiche Bedeutung zum Grunde liegt, und welche stets an die ganze Genossenschaft als die Quelle der Gewalt, und an die Wandelbarkeit der übertragenen Aemter erinnern; <sup>18)</sup> ehrbare, gleiche und sogar etwas alterthümliche Kleidung in den Versammlungen, um das Gemüth zum Ernste vorzubereiten, die Idee der Gleichheit des Rechts zu versinnlichen, und auch die Stabilität der freien Genossenschaft auszudrücken, welche stets die nemliche Person bleibt, wenn auch die Individuen und ihre Gebräuche wechseln; ge-

---

18) Im alten Bern mußten z. B. die Rathsherren am Ofterdiesstag, als der Epoche ihrer Wiedererwählung, mit allen übrigen Mitgliedern vermischt auf den Bänken sitzen; über jeden Einzelnen ward besonders gestimmt, und nachher dem neu erwählten Rath auch ein neues Vollmachts-Patent (Schirmbrief) ertheilt.

gesellschaftliche Mahlzeiten, jenes einfache, zu allen Zeiten, bey allen Völkern übliche Bild des gemeinsamen Glaubens und der Eintracht der Gemüther, <sup>19)</sup> welches selbst viel zu ihrer Befestigung beiträgt; endlich auch allerlei Kunstwerke und republikanische Symbole, historische Gemälde, welche nicht die Erwerbung von Land und Gut darstellen, sondern den bescheidenen Ursprung, das Andenken der ersten Wohltäter, die Beispiele hoher, gemeinnütziger Tugend, d. h. der Aufopferung für das Gemeinsame verewigen sollen; Bildsäulen und Monumente, vaterländische Gefänge u. s. w., um selbst Aug und Ohr zweckmäßig zu beschäftigen, durch dieselben edle Macheiferung zu wecken, und das Herz mit republikanischer Gesinnung zu entflammen. Außer diesen öffentlichen Hülfsmitteln giebt es aber auch im Privatleben mancherley gesellschaftliche, blos aus Gewohnheit, als der besten Gesetzgebung, entstandene Disciplinen, conventionelle Sitten und Gebräuche aller Art, die in Republiken weniger als anderswo vernachlässiget werden dürfen. Sie erneuern ebenfalls das Andenken der Vereinigung oder gemeinsamen Verbrüderung, befördern die Einigkeit unter ihren Mitgliedern, erhalten wenigstens den Sinn und die Hochachtung für öffentliche und Privat-Tugenden, und tragen dadurch mehr als man glaubt, zu ihrer wirklichen Ausübung bey. Dergleichen Gebräuche sind z. B. jene häuslichen Feste an Geburts-, Namens-, Heyraths- und Neujahrstagen, nebst

---

19) Die Pentanen in Athen, die Ephoren in Sparta und in verschiedenen anderen Griechischen Staaten speiseten sogar alle Tage zusammen. *C. Demosth. ad Timon. p. 735.* und *Plutarch. Cleomenes, 9.*

Den damit verbundenen kleinen Geschenken, welche so sehr dazu geeignet sind, die wechselseitige Liebe theils zwischen Eltern und Kindern, theils zwischen den Kindern selbst auszudrücken und zu erhalten; anständige Reichenbegängnisse sowohl in religiöser Absicht um ernste Besinnungen zu wecken, als um das gemeinsame Verband auch noch bei dieser Gelegenheit anzuerkennen, und dem verstorbenen Freund und Mitbürger die letzte Ehre zu erweisen; die äußere Traur oder das zeitliche Leidtragen für Eltern und Verwandte, nebst der damit verbundenen Entbehrung lärmender Ergötzlichkeiten, um theils die nähere Verbindung mit den Verstorbenen anzuzeigen, theils zu beweisen, daß das Gemüth nicht zur Freude gestimmt sey, oder daß man für höhere Pflichten auch etwas aufzuopfern wisse; ferner die wechselseitigen Besuche bei Ehversprechungen, Heyrathen, Beförderungen, Todes- und andern Unglücksfällen, zum Zeichen des Zusammenhaltens, mithin des freundschaftlichen Antheils an allen glüklichen oder traurigen Ereignissen; die sogenannten Etiquetten- oder pflichtmäßigen Besuche bei bürgerlichen Oberen in gewissen Gelegenheiten; ein freiwillig eingeräumter Rang, höhere Titel und andere äußere Ehrenzeichen für die Häupter und Vorgesetzte der Republik; sittsame und conventionell anständige, d. h. der allgemeinen Uebung angemessene Kleidung selbst in Privat-Gesellschaften und im gemeinen Leben, um sich weder selbst gegen seinesgleichen herabzusetzen, noch zu sehr vor denselben auszuzeichnen; bescheidene und gegen seine Mitbürger Hochachtung beweisende Sprache, die wahre Mutter der Freundschaft und des Friedens u. s. w. Alle diese Sitten und Gebräuche herrschen zwar größtentheils auch in Monarchien; denn



auch hier giebt es mancherley Bande der Sociabilität, die man ehren und befördern muß; aber doch wird man finden, daß sie überhaupt in Republiken ungleich strenger befolget und gehandhabet werden; denn sie haben hier eine viel nähere Veranlassung und einen bestimmteren Zweck. Es zeugt daher ebenfalls von der Geistlosigkeit unserer Zeiten, daß man in denselben die Nothwendigkeit, den Werth und die moralische Tendenz aller dieser äußeren Hülfsmittel verkannte, sie wegen ihrer möglichen Uebertreibung zum Theil lächerlich zu machen, oder gar unter dem falschen Vorwand von Zeitverlust und Defonomie ganz zu verwerfen suchte. Wie trocken, herzlos und widrig müßte nicht eine Gesellschaft seyn, in welcher alle solchen Uebungen abgeschafft wären, oder vielmehr welche Verderbniß würde nicht ihre Abwesenheit voraussetzen? Es ist einmal den Menschen angeboren, ihre Gesinnungen und Gefühle auszudrücken; wie soll man an dieselben glauben, wenn sie nie geäußert, nie durch sinnliche Zeichen an den Tag gelegt werden? Von dem Sichtbaren wird auf das Unsichtbare geschlossen, und wo jeder Ausdruck mangelt, da kann man richtig schließen, daß auch die innere Tugend nicht vorhanden sey. Unter die republikanischen Disciplinen sind endlich auch noch die sogenannten Pracht- und Sitten-Gesetze zu rechnen. Die ersteren werden nicht deswegen gemacht, um den Gebrauch des Reichthums zu hinderen, als welches unmöglich und sogar dem gemeinen Besten schädlich wäre, sondern um keinen Bürger durch äußeren Glanz, den er nicht nachahmen kann, zu beleidigen. Auch die letzteren können freylich nicht allen Unordnungen zuvorkommen, aber sie haben zum Zweck, wenigstens die Gelegenheiten und Anreizungen zu vermindern, welche Mergerniß

veranlassen könnten, und dann auch eine gewisse geregelte, möglichst gleichförmige Lebensart einzuführen, welche in Republiken schlechterdings unentbehrlich ist, theils um auch dadurch die Gleichheit der Rechte und Verhältnisse anzudeuten, theils weil ohne dieselbe (wenn z. B. jeder zu verschiedenen Stunden speisen, arbeiten oder ausruhen wollte) die Geschäfte und Versammlungen der Republik durchaus nicht von statten gehen könnten.

Indessen müssen alle diese Gebräuche, Disciplinen und Geseze freylich nicht übertrieben, und nie als die Hauptsache, sondern nur als Mittel angesehen werden; es ist nöthig, der aufwachsenden Jugend bey jeder Gelegenheit den Sinn und den Zweck derselben zu erklären, welches gewöhnlich zu sehr vernachlässiget wird, und vorzüglich sollen sie nichts lächerliches oder allzulästiges an sich haben, auf daß sie nicht verspottet, nicht unterlassen werden, und mit Beseitigung der Formen nicht auch der Geist verschwinde. Mehrere dieser Beschränkungen, vorzüglich die Pracht- und Sitten-Berordnungen, wären auch bey den Unterthanen der Republik, als welche in keinem Communitäts-Verhältniß, noch in so naher Berührung mit einander stehen, durchaus zwecklos, weil da der Grund des Gesezes aufhört; im Inneren der Genossenschaft aber sind sie zur Erhaltung des Ansehens und der Einigkeit, so wie zur Belebung republikanischer Tugenden unentbehrlich, und man sieht hieraus einen neuen Beweis der schon so oft angeführten, lehrreichen Wahrheit, daß die Bürger einer herrschenden Republik sich wahrlich vielen Beschränkungen unterwerfen müssen; daß sie, in allem was die äußeren Privat-Handlungen betrifft, oft weniger frey als ihre eigenen Unterthanen sind, und daß also die

Natur auch hier alles mildiglich compensirt, überall und immer die Vortheile mit Beschwerden begleitet und den Menschen nicht vergönnt die ersteren zu genießen, ohne daß sie auch die letzteren tragen.

---

## Neun und zwanzigstes Capitel.

### Schluß, Betrachtungen über die Republiken.

---

- I. Historische Bestätigungen der bisher entwickelten Theorie über die Republiken.
  - II. Vortheile und Nachtheile der Republiken überhaupt.
- 

Wenn dasjenige, was nach der Theorie als allgemein und nothwendig aufgestellt wird; sich auch in der Erfahrung wirklich vorfinden muß: so dürfen wir uns auch in Rücksicht der Republiken kühn auf diese Probe berufen, der hingegen die Befenner des philosophisch genannten Staats-Rechts immerhin ausweichen müssen. Die ganze Geschichte beweiset zuvörderst, daß es der freyen Communitäten wenige giebt. — Während die Zahl der Königreiche und Fürstenthümer ins Unermeßliche läuft, so sind hingegen die Griechischen Städte des Alterthums, Rom und Carthago, die im Mittelalter entstandenen Italienschen und Schweizerschen Communen, die verbündeten Niederländischen Stände, die vereinigten Staaten in Nord-Amerika, einige Orden und Handels-Gesellschaften und die schnell vorübergegangenen naturwidrigen Erscheinungen unserer Tage bennabe die einzigen Republiken, welche in der Geschichte vorkommen. Alle waren im Grunde



nichts weiter als unabhängige Communitäten, von andern Privat-Corporationen nur durch höhere Macht und Freiheit, Bekanntheit und Berühmtheit unterschieden. <sup>1)</sup> Alle sind ursprünglich klein gewesen, d. h. nur aus wenigen Mitgliedern bestanden, und wurden meist von früheren Herren gestiftet, bisweilen durch gemeinschaftliche Besizungen und Bedürfnisse natürlich veranlassen, viel seltener aber durch freiwillige Association der einzelnen Menschen gebildet. <sup>2)</sup> Der Zweck dieser Vereinigung war nicht die Sicherheit oder die Handhabung der Gerechtigkeit unter den Verbindungen selbst, sondern die Befriedigung eines gemeinsamen Bedürfnisses; Vertheidigung gegen äußere Feinde, Erleichterung der Nahrungs-Quellen, Besorgung gemeinsamer Güter, Verbreitung von Wissenschaften, Erfüllung von Gelübden u. s. w., und die später erlangte Unabhängigkeit veränderte auch den Zweck nicht, den die Privat-Communität hatte, sondern begünstigte nur seine Erfüllung. <sup>3)</sup> Diese vollkommene Selbstständigkeit war bey den Republiken niemalsen ursprünglich, und konnte nur nach und nach theils durch die Gunst früherer Herren und Wohlthäter, theils durch eigene Anstrengung, theils durch zufälliges Glück erlangt werden. <sup>4)</sup> Die Rechte und Verbindlichkeiten, die aus dem Verhältniß zwischen den Mitgliedern einer Communität fließen, wurden in der Regel überall anerkannt und befolget. Die Aufnahme in die freye Genossenschaft beruhte auf wechselseitiger Einwilligung, niemand ward zum Eintritt gezwungen, niemand am freyen Austritt verhindert, und

---

1) Cap. I.

2) Cap. II. S. 9 — 25.

3) Cap. III. S. 26 — 37.

4) Cap. IV. S. 38 — 47.

unzeitige Verlassung der Gesellschaft ward nicht für eine ungerechte, sondern nur für eine lieblose Handlung angesehen, die allenfalls mit Verachtung oder mit Entziehung anderer Vortheile bestraft werden kann. <sup>5)</sup> In keiner Republik ist je geläugnet worden, daß die höchste Gewalt bey der Gesamtheit aller Genossen, bey der Vereinigung ihrer Vorsteher und Mitglieder liege; aber diese Regel gilt nur in wahren Communitäten, und nicht in Dienst- und anderen Verhältnissen, wo kein Gemeinwesen besteht, sondern jeder nur sein eigen Privat-Recht ausübt. <sup>6)</sup> Bey mangelnder Einhelligkeit gilt in allen Genossenschaften die Majorität der Stimmen, und zwar in der Regel die absolute Majorität der anwesenden Mitglieder; nicht weil sie stets die weisere und gerechtere ist, sondern weil sie nebst ihrem habenden Stimmrecht noch überlegene Kräfte besitzt, und ihren Willen durchzusetzen vermag; es ist jedoch überall angenommen, daß sie nur über gemeinsame Sachen und nicht über die Privat-Rechte der Einzelnen zu entscheiden habe. <sup>7)</sup> Keine Republik hat sich je das Recht nehmen lassen, ihre Geseze und Statuten, selbst die wichtigsten, nach Gutfinden aufheben oder abändern zu können; und alle Versuche solche Veränderungen unmöglich zu machen, sind immer vergeblich geblieben. <sup>8)</sup> In allen Republiken wurden die Magistraten nicht als bloße Diener, sondern als Mitgenossen und Vorsteher betrachtet, und mit einer gewissen Ehrfurcht behandelt: <sup>9)</sup> das gemeine Gut gehörte nur der ganzen Gesamt-

---

5) Cap. V. S. 48 — 65.

6) Cap. VI. S. 65 — 75.

7) Cap. VII. S. 76 — 81.

8) Cap. VIII. S. 82 — 105.

9) Cap. IX. S. 106 — 112.

heit, es war daher untheilbar, und in Nothfällen mußten freiwillige oder gezwungene Beiträge der Bürger dem Gemeinwesen zu Hülfe kommen, von den Unterthanen aber konnte man nur mit ihrer Einwilligung oder auf indirekten Wegen Subsidien erhalten. <sup>10)</sup> Zu steter Belebung und Handhabung dieses natürlichen Genossen-Rechts sieht man auch in allen Republiken positive Gesetze und Statuten, sogenannte Constitutionen, welche bloß die Bildung und innere Einrichtung der Gesellschaft selbst betreffen, der zerstreuten Menge die Gestalt eines einzigen künstlichen Körpers geben, und die Fortdauer seiner Existenz, seiner Gesundheit und seiner freyen Wirksamkeit bezwecken. Diese Statuten werden theils von den Stiftern der Genossenschaft, theils von ihren freyen Mitgliedern selbst gemacht, oder nach und nach vervollständigt; sie entstehen größtentheils durch Übung, und was man auch immer unter diese Constitutionen rechnen mag, oder wie verschieden auch die Formen und Mittel seyn mögen: so erstrecken sie sich zuletzt immer nur über die nemlichen wenigen Gegenstände, über die Bedingungen der Aufnahme in die Genossenschaft und die Ausschließung von derselben, über die Bildung und die Befugnisse eines dirigirenden und allfällig eines stellvertretenden Ausschusses, endlich über die Formen der Versammlung und Berathschlagung. In keiner einzigen wurden die Gewalten nach ihrer gesetzgebenden oder vollziehenden Natur abgesondert, und was außer dem Kreise der freyen Gesellschaft liegt, oder zu ihren äußeren Besitzungen gehört, ward, seiner Wichtigkeit ungeachtet, nie zur Constitution gerechnet. <sup>11)</sup> — Bey allen Republiken in der Welt findet

---

<sup>10)</sup> Cap. X. und XI. S. 113 — 122.

<sup>11)</sup> Cap. XII — XV. S. 123 — 214.



man zwei verschiedene Rechtsverhältnisse, das eine so zwischen ihren Mitgliedern selbst herrscht, das andere gegen die in ihrem Dienste stehenden, oder sonst von ihr abhängigen unter ihrem Schutze lebenden Menschen, und es haben selbst die Revolutionen unserer Tage diesen in der Natur liegenden Unterschied nicht aufheben können. Alle freien Communitäten herrschten daher kraft verschiedener Titel und Verträge auch über Sachen und Personen; über ein ihnen untergebenes bald großes bald kleines Gebiet, und zwar nach den nemlichen Rechten und den nemlichen Schranken wie andere Landesfürsten. Diese collective Herrschaft ist zu jeder Zeit für rechtmäßig gehalten, und nur von der neueren Unwissenheit ein Privilegium, eine Oligarchie oder eine Erb-Aristokratie genannt worden. <sup>12)</sup> Die gleichzeitige Existenz jenes republikanischen und dieses herrschaftlichen Verhältnisses brachte jedoch in allen Republiken die von uns angezeigten Modifikationen hervor, von denen die wichtigsten darin bestehen, daß sie stets für die Erhaltung ihres künstlichen Gemein-Wesens, gleichsam für die Existenz der herrschenden Person zu sorgen haben, und daß die doppelte Beziehung gegen Bürger und Unterthanen mancherley Schwierigkeiten veranlasse. <sup>13)</sup> Endlich beweiset auch die ganze Geschichte, daß die Republiken zwar gleich den Fürstenthümern durch den Verlust oder die Schwächung ihrer Macht, besonders dann durch unglückliche Kriege und nachtheilige Friedens-Verträge, weit öfterer aber noch durch innere Zwietracht und Verderbniß, durch Erschlaffung des Gemein-Geistes, durch widerrechtliche Ver-

---

12) Cap. XVI. S. 212 — 245.

13) Cap. XVII. S. 246 — 266.

engung oder übermäßige Erweiterung der Genossenschaft, durch die Präpotenz einzelner Bürger und siegreichen Anführer gestürzt werden; daß sie eben deswegen in der Regel nicht so lang als die Fürstenthümer dauern, und zuletzt allemal in militärischen Despotismus übergehen, oder die Beute eines fremden Eroberers werden. <sup>14)</sup> Auch haben alle Republiken, nicht sowohl aus deutlicher Einsicht der Grundsätze als aus dunklem Gefühl, jenen Gefahren möglichst vorzubeugen, durch allerley künstliche Statuten und politische Hülfsmittel den Geist der Eintracht und die Rechtsgleichheit unter den Bürgern mit mehr oder weniger Erfolg zu behaupten gesucht, und die dazu nöthigen republikanischen Tugenden, Sitten und Gewohnheiten wo nicht immer geübt, doch wenigstens als Regel anerkannt, und ihre Befolgung empfohlen, gleichwie sie auch nur durch dieselben erhalten werden konnten. <sup>15)</sup>

Will man nun zwischen den Republiken und Monarchien eine Vergleichung anstellen, ihre Vortheile und Nachtheile gegen einander abwägen: so ergiebt sich vor allem, daß die ersteren, wo immer die Umstände sie veranlassen, zwar eben so denkbar, eben so rechtmäßig sind als die letzteren; und daß es daher gleich ungereimt wäre, entweder nur Fürstenthümer oder nur Republiken in der Welt einführen und dulden zu wollen. Denn Societäts-Verträge sind eben so gut erlaubt als Dienst- oder Hülfsv. Verträge: und warum sollten schwächere Menschen nicht

---

14) Cap. XVIII. S. 267 — 293.

15) Cap. XIX — XXIX. S. 296 u. ff.

ihre Kräfte zu irgend einem gemeinsamen Zweck vereinigen, und wenn die Vorsehung sie begünstiget, selbst bis zum höchsten Glück der vollkommenen Freyheit emporsteigen dürfen? Aber dennoch werden die Republiken ihrer Natur nach stets eine seltene Erscheinung bleiben, darum weil es weniger Corporationen als Individuen auf dem Erdboden giebt, und weil es den ersteren viel seltener als den letzteren gelingt große Güter zu erwerben, und mittelst derselben zur gänzlichen Unabhängigkeit zu gelangen. Wer wollte es übrigens läugnen, daß die Republiken nicht auch ihre Vortheile haben? Die Natur hat dergleichen mit jedem Zustand der Menschen, mit dem Reichthum wie mit der Armuth, mit der Freyheit wie mit der Dienstbarkeit, mit der collectiven wie mit der individuellen Herrschaft verbunden. In ihrem Aufsteigen sind alle Republiken stark durch die Kraft der Einigkeit, welche das Vertrauen der Einzelnen erhöht, und die Hülfsmittel oft bis auf einen unglaublichen Grad vermehrt; sie haben gleichsam viele Augen, viele Hände; ihre Bürger stehen mit allen Menschen-Classen in Berührung; sie bilden ein Heer von Aufsehern für das gemeine Wesen, und können demselben durch ihre Privat-Freunde nützen; das eigne Interesse ist mit dem gemeinsamen innig verflochten, und dieses schärft die Aufmerksamkeit, und bringt uneigennützig Anstrengungen hervor, daher auch solchen Verbindungen anfänglich fast alles gelingt, jedoch nur so lang als das gemeinsame Bedürfnis lebendig gefühlt wird, und die einzelnen Mitglieder über Zweck und Mittel einig sind. — Das Glücksgut der Unabhängigkeit oder wenigstens eines hohen Grades von Freyheit wird in Republiken mehreren Menschen zu Theil, und veredelt dadurch das Gemüth. Zwar ist der einzelne



Bürger, selbst wenn er in den Räthen sitzt, keineswegs unabhängig; er muß die Majorität als seinen Herrn anerkennen, einen Herrn der oft weder mild noch angenehm ist; er muß den Verordnungen von seines gleichen gehorchen, er kann von ihnen gezwungen und bestraft werden u. s. w.; aber in der Regel pflegen sich die Bürger einer freien Republik wechselseitig nicht so sehr einzuschränken; wenn sie auf der einen Seite Beschwerden tragen, so genießen sie auf der anderen auch Vortheile; jeder hat wenigstens zum Schein Antheil an der Souveränität; seine Eigenliebe ist befriediget, es bleibt ihm die Hoffnung übrig auch seinerseits bisweilen Gedanken äußern, Anhang zu gewinnen, seine Meinung durchsetzen zu können, und gewisser Maßen der König des Tages zu seyn. — Dabei sterben die Republiken nicht aus, und bleiben immer die nemliche Person; sie sind nie minderjährig, sie werden nicht alt und verjüngen sich nie; sie können daher gute Maximen dauerhafter befolgen, die Traditionen der Stifter pflanzen sich unmerklich, ja sogar unwiderstehlich auf die Nachkommen fort, und dadurch wird eine gewisse Zuversicht im Inneren begründet, auch die Stabilität aller Dinge merklich begünstiget. Hier sind daher auch keine Erbfolgs-Streitigkeiten, keine Theilungen des Gebietes möglich, wodurch so manche Fürstenthümer geschwächt oder vernichtet werden, und andere freiwillige Veräußerungen von Domänen, Regalien u. s. w. finden auch viel seltener als in Monarchien statt. — Die collectiven Beratungen über so viele und verschiedenartige Gegenstände wecken den Geist, sie sind gleichsam ein fortlaufender, stets erneuerter Unterricht, und bringen eine gewisse Vielseitigkeit der Ansichten und Kenntnisse hervor, die man in bloßen Dienstverhältnissen nicht leicht erwirbt,

und welche freylich oft in Oberflächlichkeit ausartet, aber doch zur Bildung eines wahren Staatsmanns unentbehrlich ist. — Die Rivalität unter gleichen entwickelt mannigfaltige Tugenden und Talente, wie z. B. Arbeitsamkeit, Beredsamkeit, Klugheit im Umgang mit seines gleichen, Verträglichkeit, großmüthige Aufopferungen, Hingebung für das Gemeinsame u. s. w.; sie entzündet aber auch oft zerstörende Leidenschaften des Neids, der Eifersucht und einer unheilbaren Zwentracht, welche selbst bey den besten Gesinnungen aus dem Widerstreit der Ansichten und Meinungen entstehen kann. — Die Geschäfte der Republik werden im Allgemeinen treuer, uneigennütziger und mit geringerem Aufwand als die der Fürsten besorgt, weil solches hier von den Herren selbst, nicht bloß von Dienern geschieht, und daher eine Menge täglicher Arbeiten unentgeltlich geleistet werden. Auch das Vermögen der Republiken wird in der Regel wirthschaftlicher als dasjenige der Fürsten behandelt, weil die moralische oder collective Person keine Bedürfnisse, keine kostbaren Leidenschaften hat, übrigens stets die nemliche bleibt, keine Kinder zu erziehen oder zu versorgen hat, und die willkührliche Disposition über das gemeine Gut auch noch durch Geseze und Formen erschweret wird. — Die Herrschaft der Republiken ist, wenn auch nicht glänzend und mit mehreren Inkonvenienten verbunden, doch im Ganzen fast allemal milde. Despotische Neuerungen und allgemeine Bedrückungen sind in denselben schwer durchzusetzen, theils weil das ungewohnte Böse, gleichwie das ungewohnte Gute hier vielen Widerstand findet; theils weil die herrschenden Bürger und Magistraten selbst unter solchen Maßregeln leiden würden, zumal in allen Privat-Angelegenheiten ihr Interesse von demjenigen der Unterthanen

nicht verschieden ist. <sup>16)</sup> Im Allgemeinen werden uralte Privat- und Corporations-Rechte, Verträge und Versprechungen nirgends heiliger als in Republiken beobachtet; sie können da nicht leicht vergessen, nicht verschwiegen werden, sie finden stets viele Vertheidiger, und es beruht auf denselben die Sicherheit der einzelnen Bürger selbst. Auflagen giebt es hier wenige oder gar keine, <sup>17)</sup> theils weil man bey geringen Bedürfnissen derselben nicht nöthig hat, theils weil die Republiken selten mächtig genug sind, um solche durchzusetzen, und endlich weil diese Auflagen von den Bürgern selbst bezahlt werden müßten, ja sogar die größere Last davon nur auf sie fallen würde, zumal sie in der Regel die reicheren sind, die meisten Güter, Landes-Produkte, Capitalien oder Waaren-Vorräthe besitzen. — Aus gleichem Grund giebt es auch in Republiken weniger Prohibitiv-Gesetze, besonders gegen den Handels-Verkehr mit dem Ausland: denn einerseits

- 
- 16) Man hat sogar in unseren Tagen bemerken können, daß der sogenannte Zeit-Geist oder die neuerungslüchtige vorgebliche Aufklärung in den Italienischen und Schweizerischen Republiken, den Deutschen Reichs-Städten u. s. w. viel weniger Beyfall gefunden hat als in Monarchien, oder ihm wenigstens ein stärkerer Widerstand entgegengesetzt wurde.
- 17) Die ehemaligen vereinigten Niederlande machten hierin eine Ausnahme, weil sie wegen ihrer geographischen Lage fast an allen Land- und See-Kriegen der Europäischen Mächte Theil nahmen, beträchtliche Subsidien bezahlen mußten und sich dadurch während den zweyhundert Jahren ihrer Existenz eine ungeheure Schuldenmasse aufgeladen haben. Es war aber auch eine sonderbare Republik, die aus einer Föderation von Mittern und großen Städten bestand, und einen mächtigen Fürsten an ihrer Spitze hatte, der das erbliche Commando über Armee und Flotte besaß, und mit allen Europäischen Potentaten in naher Verbindung stand. —



könnten sie nicht leicht gehandhabet werden, anderseits wären sie den Bürgern selbst nachtheilig, und in zahlreichen freien Communitäten kann das Interesse einzelner Fabrikanten oder Producenten, der scheinbaren Vorwände ungeachtet, nicht so leicht gegen das allgemeine Interesse von allen übrigen durchdringen. — In dem Gebiet der Republiken herrscht überhaupt eine freundliche oder doch argwohnlose Hospitalität; fremde Ankömmlinge werden hier weniger beaufsichtigt, weniger geplagt, denn sie finden sogleich unter den Mitgliedern des Souveräns selbst eine Menge Freunde und Beschützer, und ihr kürzerer oder längerer Aufenthalt ist auf mancherley Weise allen Classen von Bürgern nützlich, <sup>18)</sup> dagegen aber macht man ihnen gewöhnlich mehr Schwierigkeiten für die förmliche Niederlassung und die Betreibung von Gewerben, weil sie dadurch den Bürgern, die sich durch ähnliche Hülfsmittel nähren müssen, Eintrag thun, und, wie man sich auszudrücken pflegt, den Kindern des Hauses das Brod vor dem Mund wegnehmen würden. Endlich giebt es vielleicht in Republiken mehr Stiftungen und gemeinnützige Associationen für die Unterstützung von allerley Kranken und Armen, für die Begünstigung von Handel und Gewerben, für die nothwendigen Bedürfnisse und die Be-

---

18) Die Leichtigkeit, mit welcher vor der französischen Revolution auch die unbekanntesten Fremden in dem Gebiet der Schweizerischen Republiken ohne die geringste Plaketen überall reisen, wohnen und sich aufhalten durften, übersteigt allen Glauben, wenn man sie mit den jetzigen Gesetzen und Uebungen vergleicht. Auch die französischen Emigrirten wurden hier und in den deutschen Reichs-Städten länger und freundlicher geduldet als selbst an Höfen, deren Sache sie doch vorzüglich vertheidigten.

quemlichkeit des ganzen Publikums u. s. w.; theils weil diese Anstalten in der Natur einer Communität liegen, die auf den Nutzen von vielen Rücksicht nimmt, theils weil die Republik nur durch dieselben ihre Vereinigung und ihre Macht sichtbar darstellen kann. Mit dem allem wollen wir freulich nicht behaupten, daß diese und ähnliche Vortheile so nothwendig seyen, daß sie sich schlechterdings in jeder Republik vorfinden, oder vorfinden müßten, sondern nur daß sie dort nach der Natur der Sache und den begünstigenden Umständen häufiger als in Monarchien angetroffen werden, wiewohl entgegengesetzte Beispiele ebenfalls möglich sind.

Auf der anderen Seite liegen aber auch zahllose Inconveniente in der Natur der Republiken und aller Communitäten überhaupt. Das erste und wesentlichste derselben ist, daß sie ein künstlicher von Menschen gemachter Körper, eine höchst unvollkommene Verbindung vieler an sich getrennten Theile zu einem unsichtbaren und meistens nur scheinbaren Ganzen sind. Man stellt sie als eine sogenannt moralische oder collective Person, als einen einzigen mit Wille und Kraft versehenen geselligen Körper vor, und von Rechtenswegen sollen sie es auch seyn. Aber wie schwerfällig, wie plump und unbehülflich ist nicht ein solch collectiver Körper in Vergleichung mit dem Individuellen des einzelnen Menschen, den die Natur zur schnellen und bequemen Aeußerung und Vollziehung seines Willens mit bewundernswürdiger Vollkommenheit organisiert hat? Bei diesem letzteren sind alle Glieder stets vereinigt, innig verbunden, und so wenig im Widerstreit mit einander, daß vielmehr jedes einzelne nicht sich selbst, sondern nur allen übrigen dient; bei

dem ersteren hingegen sind sie zerstreut und zusammenhanglos, müssen erst durch menschliche Veranstaltung zu einem künstlichen Ganzen verbunden, ja sogar förmlich zusammenberufen <sup>19)</sup> werden, und jedes einzelne sieht in der Regel mehr auf sein eignes Wohl als auf dasjenige der Gesamtheit; es will seine Selbstständigkeit nicht aufopfern, sucht vielmehr die übrigen sich dienstbar zu machen, lähmt ihre Einrichtungen und kann sogar gegen dieselben in eine feindselige Stellung treten. Die individuelle Person ist zur Erklärung ihres Willens weder an Zeit noch Ort gebunden; überall und in jedem Augenblick kann sie Beschlüsse fassen und Aufträge ertheilen; die Communität hingegen oder die collective Person ermangelt dieser oft unschätzbaren Bequemlichkeit, sie muß zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort versammelt werden, und außer demselben ist sie wie nicht vorhanden, ja sogar gleichsam tod und aufgelöst. <sup>20)</sup> Sind nun aber auch die Mitglieder bey einander, wobei oft die würdigsten und nothwendigsten fehlen: so machen sie doch nur einen Haufen von einzelnen Menschen aus; um ein Ganzes zu bilden muß ihnen gleichsam eine Seele gegeben werden, ein künstliches Haupt, das oft ein von dem Körper verschiedenes Interesse hat, nicht über die einzelnen Glieder zu herrschen befugt ist, und dem auch diese letzteren nicht immer als Werkzeuge dienen wollen, es mag nun den eigenen Privat-Nutzen oder denjenigen der Gesamtheit beabsichtigen. <sup>21)</sup> Gleichwie eine zahlreiche Corporation von Natur kein Haupt und keine Seele

---

19) S. 152 — 154.

20) S. 154 — 155.

21) S. 155 — 158.



hat: so mangelt es ihr auch an äußeren Organen, sie kann nicht durch eigenen Mund sprechen, nicht mit eigener Hand schreiben, nicht den geringsten Beschluß selbst vollziehen oder an andere mittheilen, <sup>22)</sup> sondern muß sich dazu stets der Hülfe von einzelnen Menschen bedienen, deren Treu und Fähigkeit sie nicht einmal zu beaufsichtigen vermag. Dabei ist der gemeinsame Wille einer Communität äußerst schwer und nur mit vielem Zeitverlust zu erkennen; durch allerley Factions- und Präsidenten-Künste, durch unregelmäßige oder schwach besuchte Versammlungen, durch Mangel an Untersuchung, Mißbrauch des Austritts, fehlerhafte Abstimmung u. s. w. <sup>23)</sup> herrscht oft die Minorität unter dem Schein der Majorität, und nicht selten wird ein Beschluß für den gemeinsamen Willen der Versammlung ausgegeben, obschon er im Grund der Wille keines einzelnen Mitgliedes gewesen ist.

Betrachten wir ferner die Republiken in ihrer Wirksamkeit und in ihren Verhältnissen gegen andere Menschen: so sind sie vorerst beständig mit der Erhaltung ihres inneren künstlichen Gemein-Wesens, d. h. mit der Verbindung und der Rechts-Gleichheit ihrer Mitglieder, gleichsam mit der Fortdauer ihres Lebens und ihrer Gesundheit beschäftigt, für welche hingegen ein herrschendes Individuum selten zu sorgen hat. Immer und ewig müssen die Republiken durch allerley Wandelbare und widersprechende Statuten den einschleichenden Krankheiten und Gebrechen ihres collectiven Körpers vorzubeugen oder

---

22) S. 158 — 162.

23) S. 409 — 410.

entgegenzuarbeiten suchen, und dieses raubt ihnen nicht nur die nöthige Zeit zur Besorgung ihrer wichtigsten Interessen, sondern das Uebel wird auch gewöhnlich ärger als vorher; denn weil hier der Kranke durch sich selbst oder von unverständigen Aerzten behandelt wird, und die wahren Heilmittel entweder nicht kennt, nicht gebrauchen will: so beweiset auch die Erfahrung, daß die neuen Gesetze meist noch weniger als die alten taugen und die gerühmten Verbesserungen fast allemal nur Verschlimmerungen sind. Den Republiken als collectiven Personen fehlt, wenn ich mich so ausdrücken darf, etwas menschliches, das Herz anziehendes; durch die Bande des Bluts sind sie an niemand geknüpft, sie haben daher keine Verwandte und wenig Freunde, können nichts erben, noch erbenrathen, finden in Zeiten der Noth keine Stützen, und wenn sie einerseits auch wenig bedürfen, folglich mit sehr geringem Aufwand bestehen können, <sup>24)</sup> so gehen ihnen anderseits auch alle schnellen und leichten Erwerbungs-Mittel ab. Erbfolgs-Streitigkeiten haben sie freylich nicht zu befürchten, aber dagegen sind sie den viel häufigeren Wahl-Streitigkeiten ausgesetzt, welche stets eine Art von innerem Krieg verursachen, der zwar nicht mit Gewalt der Waffen geführt wird, aber dennoch oft eine tiefe und unauslöschliche Erbitterung in den Gemüthern zurüßläßt. Der Umstand, daß die Communitäten nicht aussterben und stets die nemliche Person bleiben, begünstiget freylich eine gewisse Stabilität aller Dinge, <sup>25)</sup> er zieht aber auch in die Länge eine Art von Erstarrung nach sich, wodurch die einmal eingerissenen Uebel und

---

24) S. 269 — 270.

25) S. 247 — 249.

Gebrechen unheilbar werden. Zwar kann, wie Joh. von Müller bemerkt, <sup>26)</sup> kein Navailles einen republikanischen Rath erstechen, kein Earl von Navarra ihn vergiften; aber dafür sind sie dem viel ärgeren Gift der Schmeicheln und Zwenracht, dem Dolch herrschsüchtiger Optimaten ausgesetzt. Wenn collective Regierungen, ihrer Stetigkeit wegen, gute Grundsätze dauerhafter befolgen können: so pflanzen sich schlechte Maximen und Gewohnheiten eben so unwiderstehlich fort, und haben dieselben einmal die Oberhand gewonnen, so können sie nicht mehr ausgerottet werden. Die freudigen Epochen der Verjüngung oder Erneuerung, welche in Monarchien bey jedem Thronwechsel alle Gemüther mit Hoffnung erfüllen, die Abstellung von Mißbräuchen, die Beförderung alles Guten erwarten lassen, sind in Republiken unbekannt; hier ist selten oder nie eine Abhülfe zu hoffen; denn der gewöhnliche Gang aller menschlichen Dinge ist nicht der vom Schlechten zum Guten, sondern vielmehr vom Guten zum Bösen, vom Bösen zum Schlimmern bis zur gänzlichen Verderbniß und zum Tod; neues Leben, neue moralische Kraft kann, wie wir gezeigt haben, höchstens durch periodische Regiments-Ergänzungen in die Republiken gebracht werden; aber auch dann geschieht es nur sehr unvollkommen, weil die neu eingetretenen in ihrem Eifer bald erkalten, die Gewohnheiten der früheren Mitglieder annehmen, und von ihrer Trägheit, ihrer Gleichgültigkeit angesteckt werden. Ein seltsames Inkonvenient der souveränen Corporationen besteht ferner darin, daß sie beynahe ihre eigene Verstärkung, den Zuwachs ihrer Mitgenossen und Gehülfen fürchten müssen. Wenn allzu-

---

26) Sammtl. Werke. B. XV. S. 411.



große Verengung der herrschenden Genossenschaft ihre Kräfte schwächt, gefährlichen Neid erregt, die Republik selbst von allen Wurzeln entblößt, und den Charakter ihrer Bürger entnerot: 27) so tödtet hingegen eine übermäßige Erweiterung den Gemeingeist, bewirkt allgemeine Gleichgültigkeit, legt den Bürgern lästige Beschwerden auf ohne sie mit Vortheilen compensiren zu können, und bringt eben dadurch neue Erbitterung, neue Zwentracht hervor. 28) Das rechte Maas ist aber hierin schwer zu beobachten, weil es von der Natur in keiner Zahl bestimmt ist, und positive Gesetze nie die nöthige Klugheit ersetzen können. Ein ausgedehntes Gebiet, zahlreiche, begüterte Unterthanen, welche so viel zur Macht eines Fürsten beitragen, sind den freien Communitäten eher gefährlich, weil einerseits die Herrschaft über beträchtliche Länder den Stolz aufbläht, und die republikanischen Tugenden schwächt, anderseits die Republik den Ehrgeiz dieser Unterthanen nicht mit Aemtern und Reichthümern befriedigen kann, folglich unter ihnen mehr geheime Feinde als eifrige Freunde zählt, und endlich weil in den Augen des Auslandes die herrschende Genossenschaft durch die Größe ihres Gebiets verdunkelt und in Schatten gestellt wird. Es scheint beynabe, daß Mittelmäßigkeit in allen Dingen, 29) so wie die Grundlage, so auch das einzige

---

27) S. 283 — 286.

28) S. 284 — 286. und S. 329 — 339.

29) An Rang und Vermögen der Bürger, an ihrer Zahl, an Größe des Gebiets, an Menge der Unterthanen, ja man möchte sogar hinzusetzen an Tugenden und Talenten. Natur und Erfahrung beweisen, daß die Republiken unter redlichen Häuptern von mittelmäßiger Fähigkeit am ruhigsten fortdauern, und daß hingegen Männer von außerordentlichem

Erhaltungsmittel der Republiken sey; aber der Mensch begnügt sich nicht gern mit dieser Mittelmäßigkeit, sondern sucht sich stets über dieselbe zu erheben, welches in Monarchien unbedeutend, oft sogar nützlich, in Republiken aber verderblich ist. So ziehen auch Krieg und Sieg, welche oft den Thron eines Fürsten befestigen, hingegen meist den Untergang der freien Gemeinden nach sich, weil die militärischen Tugenden und Pflichten mit den republikanischen Grundsätzen und Uebungen nicht verträglich sind, sondern im Lager und im Feld die einen Bürger sich an Herrschaft, die anderen an Unterordnung und Gehorsam gewöhnen, und die frühere Rechtsgleichheit in der Folge fast nie wieder hergestellt werden kann. 30) Uebrigens sieht jedermann, wie schwer es ist, unter einer Versammlung von gleichberechtigten und gleichmächtigen Menschen die nöthige Einigkeit lang zu erhalten. Neid und Eifersucht herrschen nie heftiger als unter gleichen; Zwietracht ist daher das Gift aller Republiken, und bey wichtigen Gegenständen selbst bey den besten Absichten wegen der Verschiedenheit der Meinungen in die Länge schlechterdings unvermeidlich. 31) Die Geschichte aller freien Städte und Gemeinden weist uns, in den Zeiten äußeren Friedens, beynabe nichts anderes auf als einen be-

---

dentlichen Geistesgaben, Kenntnissen und Verdiensten gar nicht für dieselben taugen. Sie beleidigen das bürgerliche Gleichheitsgefühl, auch wenn sie nicht ehrgeizig sind, und werden selbst oft gekränkt und beleidiget. Entweder stehen sie der Republik, oder die Republik steht ihnen nicht an. Jene duldet die persönliche Ueberlegenheit nicht, diese können die Gleichheit mit Geringeren nicht vertragen, und noch weniger sich unter den unwissenden Haufen schmiegen.

30) S. 302 — 309.

31) S. 273 — 277.

ständigen inneren Krieg zwischen den Vornehmen, d. h. denjenigen, welche die besitzende Gewalt behaupten wollen, und den gemeinen Bürgern oder einzelnen Faktionen, d. h. denjenigen, welche jene Gewalt an sich zu reißen suchen, oder wenigstens die Art ihrer Ausübung bestreiten. Und da zwischen solchen Parteyen kein höherer Richter vorhanden ist, der die Ansprüche ausgleichen, und den Frieden in den Gemüthern herstellen könnte: so folget zuletzt auf den Kampf ein Sieg, wodurch ein Theil der Bürger von dem andern unterdrückt wird; früher oder später neigt sich die Republik entweder zur ausschließenden Herrschaft weniger Optimaten, welche die Rechte der ganzen Communität usurpiren, oder zur regellosen Gewalt einer stürmischen Menge und aufgeheizerter Faktionen, welche ihren Willen tumultuarisch durchsetzen, Geseze und Formen ebenfalls mit Füßen treten, und jeden Einfluß der Weiseren und Erfabrneren unmöglich machen. 32) Ist nun aber die Zwentracht oder die Unordnung in einer Republik eingebrochen: so wird das Uebel unheilbar, die erbitterten Gemüther können nie wieder vereinigt werden, und das Oligarchische wie das ochlokratische Regiment endiget allemal mit dem militärischen Despotismus eines äußeren oder inneren Eroberers. Wahre Klugheit, zumal in wichtigen Gegenständen und schwierigen Verhältnissen, ist von zahlreichen Versammlungen nie zu erwarten, wiewohl sie sich oft bey einzelnen Mitgliedern in hohem Grade vorfindet; höchstens kann man der Menge die bloße Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit einer Maßregel begreiflich machen, bisweilen sogar sie zu großmüthigen, und viel leichter noch zu heftigen, leidenschaftlichen Beschlüssen hinreißen; sobald es

---

32) Vergl. B. I. S. 498.



sich aber um Rücksichten der Klugheit handelt, ob z. B. ein Befugniß ausgeübt oder nicht ausgeübt, in dieser oder jener Form ausgeübt werden solle, ob nicht andere Auskunftsmitel vorzuziehen wären, ob Zeit und Umstände günstig, oder bessere zu erwarten seyen, in wie weit alle die Ansprüche gemäßiget werden können, von gewissen Forderungen abgegangen werden dürfe u. s. w.: so vermag die Menge dergleichen Modificationen nicht zu fassen, und pflegt dieselben entweder ganz zu verwerfen, oder aber als sogenannte Nebendinge einem dictatorischen Ausschuss anheim zu stellen, der mittelst dessen auch die Hauptsache in seine Gewalt bekömmt. Langsamkeit und Unentschlossenheit kleben den Berathschlagungen der Republiken an, sobald einmal das Feuer der ersten Begeisterung verfliegen ist, und nicht eben große und tugendhafte Männer an der Spitze stehen, <sup>33)</sup> deren Autorität und genießendes Zutrauen den Willen der übrigen nach sich zieht und so den Vortheil der Monarchie ersetzt. Sonst finden zögernde und furchtsame Maßregeln oder die sogenannten Mittelwege stets den meisten Beifall, und, weil die Republiken alles von der Zeit erwarten: so lassen sie gewöhnlich jeden günstigen Zeitpunkt unbenützt verstreichen. Zu Führung des Kriegs und zu vortheilhaften Negotiationen sind sie weniger als die Fürsten geeignet; wosern das Glück nicht ausschließend auf ihrer Seite ist: so werden sie in Verträgen noch eher als in Schlachten besiegt, durch List und Entzweyung leichter als durch offene Gewalt bezwungen. <sup>34)</sup> Bey kriegerischen Maßregeln fehlt gewöhnlich von oben die Geheimhaltung, die Schnellig-

---

33) Siehe hierüber eine sehr merkwürdige Stelle in Joh. von Müllers sämtlichen Werken. B. XV, S. 411.

34) S. 271 u. 303.

keit und die Consequenz der Beschlüsse, von unten aber die militärische Disciplin, und wenn man auch diesen Inkonvenienten durch collective oder individuelle Dictaturen vorzubeugen sucht, so werden diese letzteren selbst für die Existenz der Republik gefährlich. 35) Ist es aber um Unterhandlungen und Verträge zu thun: so können die Absichten und Wünsche der Republiken ebenfalls nicht geheim bleiben; die Gegenpartey ist stets von denselben unterrichtet und findet leicht einen Anhang unter den herrschenden Bürgern selbst. Zahlreiche Versammlungen vermögen gerade die wesentlichsten Punkte, von denen die Unabhängigkeit und das künftige Heil der Republik abhängt, gar nicht zu würdigen; man sieht sie gewöhnlich in Nebendingen hartnäckig, in der Hauptsache nur zu nachgiebig; ihre Unterhändler, deren gewöhnlich mehrere geschickt werden, sind entweder steif und ungelenkig, oder durch allzubindende Instruktionen gelähmt, oder durch übermäßiges Zutrauen ihrer eigenen Willkühr überlassen, oder endlich unter sich selbst uneinig, und zuletzt hat der mit einer Republik contrahirende Fürst stets den großen Vortheil auf seiner Seite, daß er das Privat-Interesse ihrer Bürger und Magistraten dem Interesse der ganzen Communität entgegensetzen und durch Befriedigung des ersteren leicht die Aufopferung des letzteren erwirken kann. 36) — Was dann die Herrschaft der Republiken betrifft, so ist sie zwar in der Regel weder hart noch drückend, aber sie reizt hingegen den Neid, und befriediget den Ehrgeiz der Unterthanen nicht. 37) Die gleichzeitige Existenz eines dop-

---

35) S. 304.

36) Veral. S. 319 — 320.

37) Vergl. S. 259. und S. 311 — 319.

pesten Verhältnisses, nemlich des republikanischen gegen die Bürger, und des herrschaftlichen gegen die Unterthanen, die häufige Verwechslung des einen und des andern, bringen tägliche Reibungen, mannigfaltige Verstöße, oft sogar bittere Kränkungen hervor: 38) und wäre auch eine zahlreiche souveräne Corporation aus den vortrefflichsten Menschen zusammengesetzt, so wird sie von Seite der Einwohner ihres Gebiets höchstens auf Gehorsam und Erfüllung schuldiger Pflichten, aber nie auf Liebe und freudige Ergebung zählen können. Liegt es gleich in der Natur der Sache, daß die Mitglieder einer freien Genossenschaft ihre gemeinsamen Geschäfte selbst besorgen, und die damit verbundenen Vortheile ziehen, ist auch gegen die Gerechtigkeit dieses Vorzugs an und für sich nichts einzuwenden: so können dennoch die bekannteren und berühmteren Unterthanen, besonders aber die ehrgeizigeren unter ihnen, nicht anders als mit scheelen Augen zusehen, wie die herrschenden Bürger, deren viele den ersteren an persönlichem Rang und äußeren Glücksgütern nicht überlegen sind, gleichwohl alle ehrenvollen und einträglichen Aemter ausschließend bekleiden, so vieler ökonomischen Begünstigungen genießen, und bisweilen sogar sich allerdings ungebührliche Anmaßungen erlauben. In diesem Punkt wenigstens fällt die Vergleichung stets zum Nachtheil der Republiken und zum Vortheil eines Fürsten aus, der, gerade weil er eine einzelne Person ist, seine höheren Beamten und Diener aus dem Schoos aller seiner Unterthanen wählen, dadurch die Wünsche ihres Herzens befriedigen, ihnen auf tausenderley Wegen Ehre, Reichthum, Macht und Einfluß verschaffen kann, lauter

---

38) S. 251 — 258.



Vortheile, die den Unterthanen eines collectiven Souveräns zwar nicht durch positive Gesetze, aber durch die Natur der Sache fast gänzlich verschlossen sind. Eine gewisse Entfremdung der Gemüther; unfreundliches gespanntes Verhältniß zwischen den Bürgern und den Unterthanen, Neid und Zwentracht zwischen den herrschenden Bürgern und ihren Optimaten selbst: das ist überhaupt der innere Zustand aller Republiken, und wenn man dazu noch die vielen Beschränkungen der Privat-Freyheit, welche zur Aufrechthaltung eines Gemein-Wesens erfordert werden, 39) die beständige Beschäftigung des Geistes mit ernstern, auch meistens unangenehmen Gegenständen u. s. w. betrachtet: so erklärt sich daraus, warum jene allgemeine Zufriedenheit, jene offene harmlose Fröhlichkeit, die man wohl in Fürstenthümern antrifft, in Republiken hingegen nicht gefunden wird, sondern man vielmehr in denselben größtentheils ein steifes, finsternes und freudenloses Leben führt. — Da endlich die Republiken, als collective Personen, einer äußerst künstlichen Verfassung bedürfen, 40) die entweder von Anfang an fehlerhaft war, oder in der Folge ausartet und vernachlässiget wird, deren zweckwidrige Disposition neue Zwentracht veranlassen, den Willen der Majorität lähmen, und oft dem guten Gang der Geschäfte selbst unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen; da mit zunehmendem Reichthum und bey dem Genuß des höchsten Glücks die republikanischen Tugenden der Bescheidenheit bey den Magistraten, des wechselseitigen Zutrauens zwischen ihnen und den Bürgern, der allgemeinen Genüg-

---

39) Vergl. S. 253. Item das ganze 28te Capitel.

40) S. 220 — 292.

samkeit, der Arbeitsamkeit, des Gemein-Geistes u. s. w. nothwendig geschwächt werden müssen, wenigstens nicht von jedermann, und nicht immer in gleichem Grad erwartet werden können; da selbst die republikanischen Sitten und Gebräuche allmählig als eine beschwerliche Last erscheinen, daher von vielen beiseitegesetzt, ja sogar verachtet und verspottet werden, auch das Privat-Interesse der Einzelnen sich häufig in Collision mit dem Interesse des Gemein-Wesens befindet: so liegen in allen diesen Umständen neue Inkonveniente und Zerstörungs-Keime, welche nicht nur dem Wachsthum der Republiken und der Entwicklung ihrer Kräfte schaden, sondern ihnen auch ein kürzeres Lebensziel als den Monarchien bereiten.

Wenn aber schon diese Vergleichung beweisen sollte, daß die Vortheile der Republiken von ihren Nachtheilen weit überwogen werden: so ist deswegen nicht der Schluß zu ziehen, daß alle Republiken zu verwerfen und in Fürstenthümer umzuwandeln seyen. Alles in der Welt hat seine gute wie seine schlechte Seite, aber daraus, daß eine Sache oder ein Verhältniß mit Inkonvenienten verbunden ist, folget keineswegs, daß sie nicht bestehen dürfe, oder nie und nirgends bestehen solle. Die Gerechtigkeit bleibt stets das oberste Gesetz, und sie läßt sowohl Societäts-Verträge und gemeinsame Besizungen als Hülf-Verträge und individuelles Privat-Eigenthum zu. Corporationen sind sogar bisweilen nöthig, um schwächere, jedes anderen Schutzes entbehrende, Menschen durch Vereinigung ihrer Kräfte zu stärken; sie bilden sich von selbst da, wo die Natur gleichberechtigte Individuen durch gemeinsames Bedürfniß an einander geknüpft, und eben dadurch ein Communitäts-Verhältniß eingeleitet hat; sie

tragen auch zur Zierde der Welt bey, zu jener erfreulichen Mannigfaltigkeit, wo jedem ein ehrenvoller Platz vergönnt ist; ohne dergleichen Associationen würden viele Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft nicht befriediget. Und wenn auch einzelne dieser Communen, neben so vielen Königreichen und Fürstenthümern, durch Umstände begünstiget zur vollkommenen Freyheit gelangen: so mag und soll ihnen dieselbe so gut als den Einzelherren eingeräumt werden, wiewohl dieses hohe Glück ihnen selten zuträglich ist, wenigstens der bescheidenen Mittelmäßigkeit, die das Wesen der Republiken ausmacht, nicht entsprechend scheint, und der Erfahrung zufolge eher ihren Verfall beschleuniget. Das aber sollen wir aus den zahllosen Inconvenienten der Republiken und ihrer Vergleichung mit den Monarchien lernen, daß jenes künstliche und schwierige Verhältniß nicht gegen das einfache und natürliche der Fürstenthümer überschätzt werden muß, sondern stets das seltenere, das weniger dauerhafte bleiben wird; daß überhaupt auf diesem Erdboden nichts vollkommenes besteht, sondern überall Gutes und Böses mit einander vermischt ist; daß zwar nie und nirgends alle Wünsche auf einmal befriediget, alle Vortheile zu gleicher Zeit erzielt werden können, weil viele derselben mit einander unverträglich sind und sich wechselseitig ausschließen, daß aber die gütige Vorsehung, hier wie anderwärts, alles liebevoll ausgeglichen, in jedes gesellige Verband Vortheile genug gelegt hat, um die Menschen mit ihrem Zustand zufrieden zu machen, in keines so viel um ihren Stolz aufzublähen, und sie zum Uebermuth oder zur Verachtung gegen andere zu berechtigen.

---



## Dreißigstes und letztes Capitel.

### Beschluß des ganzen Werks.

---

- I. Recapitulation der Haupt-Grundsätze dieser ganzen staatsrechtlichen Theorie.
  - II. Allgemeine und erfreuliche Resultate derselben.
  - III. Ausgebreiteter moralischer Nutzen und praktische Brauchbarkeit dieser Wissenschaft für alle Classen und Stände.
- 

Mit Gottes Hülfe sind wir nun zum Schluße eines Werkes gelangt, dem seit mehr als fünf und zwanzig Jahren unser Leben und unsere Kräfte beynahe ausschließend gewidmet waren; unter zahllosen Stürmen, schwierigen Verhältnissen und nicht geringen Leiden haben wir einen Plan ausgeführt, dessen Größe und Kühnheit auch den ruhigsten und muntersten Geist niederdrücken müßte, wenn er nicht von dem Gefühl seiner Nothwendigkeit für den gegenwärtigen Zustand der Welt durchdrungen, und eben dadurch zur ausdauernden Beharrlichkeit gestärkt und ermunthiget wäre. Mit den freyen Einzelherren und den freyen Gemeinden, d. h. mit den Fürstenthümern und den Republiken, ist nemlich die ganze Staats-Wissenschaft, ja wir dürfen es sagen, die Theorie aller geselligen Verhältnisse vollendet. Denn es kann in der Welt nur Individuen und Communitäten, physische oder sogenannt moralische, d. h. collective Personen geben; nur diese können zu höherer Macht und Freyheit gelangen, und mit anderen Menschen in mannigfaltige Verührung kommen. Wir haben die einen und die anderen in ihrem ersten Reime aufgefaßt, ihren na-

nürlichen Ursprung und ihre einfache Natur gezeigt, sie in ihrem Wachsthum, ihrer vollen Wirksamkeit und ihren wechselnden Schicksalen betrachtet, durch ihren ganzen Lebenslauf, ja bis zur Epoche ihrer Auflösung begleitet, die Rechte und Pflichten, die in jedem dieser Verhältnisse gelten, so vollständig als möglich entwickelt, endlich auch die Mittel zu ihrer Erhaltung und Befestigung angegeben, folglich unserem Versprechen gemäß, <sup>1)</sup> die Naturgeschichte der Staaten und der menschlichen Gesellschaft überhaupt, das gesellige Recht und die gesellige Klugheit abgehandelt, in ein harmonisches Ganzes vereinigt, und gleichsam in einen einzigen Kranz zusammengeflochten. Was sollte uns da noch zu sagen übrig bleiben? Die Wissenschaft scheint uns wenigstens in ihren Umrissen erschöpft zu seyn. So unermesslich jedoch ihr Umfang ist, wofern man auch nur die wichtigsten Folgerungen entwickeln, und durch die allgemeine Erfahrung bestätigen will: so fällt es doch nicht schwer, Einheit in diese Mannigfaltigkeit zu bringen, und dadurch dem ermüdeten Geiste Ruhe und Befriedigung zu verschaffen. Sollen wir sie daher zum Schluß noch einmal wiederholen die wenigen und einfachen schon in der Vorrede zum ersten Band, und im Lauf des Werks so oft angeführten Grundsätze, auf denen diese ganze Theorie beruht! <sup>2)</sup> — Die Menschen haben den Stand der Natur nie verlassen, sie können und sollen nicht aus dieser göttlichen Ordnung treten. Dieser natürliche Zustand ist aber nicht gesellschaftlos; denn indem die himmlische Güte die Menschen nach einander geboren werden ließ,

---

1) B. I. Cap. II. S. 9—16.

2) B. I. Vor. S. XLVII — L. Item S. 338. — B. IV. S. 1—2.

Gewörter Band.

und mit verschiedenen Kräften und Bedürfnissen ausgestattet, auf daß sie einander lieben und helfen: so hat sie dieselben eben dadurch nicht nur in Familien, sondern auch in mancherley andere gesellige Verhältnisse zusammengeführt. In jedem derselben wird kraft eines allgemeinen, unzerstörbaren und weisen Natur-Gesetzes dem Mächtigeren, demjenigen, der da nähren, helfen, von dem Seinigen mittheilen kann, Freiheit und Herrschaft; dem Bedürftigen aber, demjenigen, der fremde Hülfe nöthig hat, in mehr oder minderem Grade Abhängigkeit oder Dienstbarkeit, d. h. die Pflicht einer billigen Gegenhülfe zu Theil; woben jedoch der letztere mehr als der erstere empfängt, und im Grund zu Tische sitzt, während gewissermaßen der Mächtigere ihm dient, und ihn zu seiner Tafel einladet. Aller Macht und Freiheit ist ein göttliches Gesetz der Gerechtigkeit und Liebe zur Regel ihres Gebrauchs vorgeschrieben; ein Gesetz, welches den Starken wie den Schwachen befiehlt anderen nicht zu schaden, sondern zu nützen, fremde Rechte nicht zu beleidigen, sondern eher zu begünstigen und zu erleichtern. Die natürlichen Sicherheits-Mittel bestehen in der inneren Kraft und der beständigen Einschärfung jenes Gesetzes selbst, in dem rechtmäßigen und verständigen Gebrauch seiner eigenen geistigen und körperlichen Kräfte, in der Hülfsleistung, es sey von Oberen oder von seinesgleichen oder von Untergebenen, und endlich in der Trennung von einer schädlichen Gewalt; es lassen sich sogar noch heut zu Tage keine anderen Schutzwehren denken. Einzelne Mißbräuche bleiben zwar immer möglich, aber sie sind doch nur eine Ausnahme von der Regel, und würden noch viel seltener seyn, wenn die herrschenden Grundsätze nicht selbst verdorben und verfälschet wären.



Die größeren oder doch etwas mehr hervorragenden Verknüpfungen, die wir Staaten nennen, unterscheiden sich von anderen Privat-Verbindungen nicht durch ihren Ursprung noch durch ihre Natur und ihren Zweck, sondern nur durch die Unabhängigkeit, d. h. die höhere Macht und Freyheit ihres Oberhauptes; sie sind der Gipfel, der natürliche Schlußstein aller anderen geselligen Verhältnisse. Diese Unabhängigkeit kann bald durch eigene Kraft, bald durch die Gunst früherer Oberen, bald durch zufälliges Glück, sowohl von Individuen als von Corporationen erworben werden, und daraus müssen theils Fürsten, theils Republiken entstehen. Allein gerade weil ihre Natur mit derjenigen von anderen Herren und Gemeinden im Grund die nemliche ist: so muß die Rechtsregel für beyde ebenfalls die nemliche seyn; folglich beruhen alle Befugnisse der Fürsten und Republiken nicht auf anvertrauten, sondern nur auf eigenen persönlichen, theils natürlichen, theils erworbenen Rechten; ihre Herrschaft ist auf diese Rechte begründet, und durch dieselbigen beschränkt. Wir haben sogar den Beweis vollständig durchgeführt, daß dieses einfache Principium vollkommen hinreicht, um alle Aeußerungen der landesherrlichen Macht befriedigend zu erklären, und überall den rechtmäßigen Gebrauch von dem möglichen, jedoch seltenen Mißbrauch, zu unterscheiden. Durch die von der Natur gegebene Existenz der Könige und Fürsten wird also die rechtliche Freyheit keines einzigen Menschen geschmälert, sondern vielmehr begünstiget und erweitert. Die wechselseitigen Pflichten der Landesherren und der Unterthanen bestehen lediglich in den allgemeinen Menschen-Pflichten der Gerechtigkeit und des Wohlwollens; sie sind im Grund von denjenigen nicht verschieden, welche ihnen gegen alle

andern Menschen auch obliegen; für alle gilt das nemliche Gesetz, aber mannigfaltig sind die Besizungen und Verhältnisse, welche dieses Gesetz zu respektiren gebietet. Sich wechselseitig liebes, und nichts leides zu thun, in Collisionen verträglich und friedfertig zu seyn: das ist die Summe aller geselligen Pflichten, in ihrer Erfüllung besteht das Ideal eines vollkommenen Staats. Gleichwie endlich Fürstenthümer und Republiken auf natürlicher Ueberlegenheit an nützlicher Macht beruhen: so werden sie auch durch Schonung, Vermehrung und pflichtmäßige Anwendung ihrer Kräfte erhalten und befestiget, durch Schwächung, Verlust und Mißbrauch derselben zu Grunde gerichtet; daraus erklärt sich das Wachsthum und der Untergang der Staaten, jener Wechsel der Herrschaft und der Dienstbarkeit, von dem uns die Geschichte so viele lehrreiche Beyspiele liefert, und die höhere Staatsklugheit, die man sonst für eine regellose Kunst, für einen Innbegriff von List und Gewalt ausgab, läßt sich fortan mit überraschender Klarheit und praktischer Brauchbarkeit, ja sogar mit Wärme und moralischem Interesse wissenschaftlich begründen und entwickeln.

Wie fruchtbar, wie erfreulich, wie beruhigend sind aber nicht die Resultate, welche aus dieser berichtigten, der Vernunft und Erfahrung gleich entsprechenden Theorie der Staats-Wissenschaft fließen? Sie beweiset uns zuvörderst, daß dem angeblich blinden Ungefähr, der vermeynten ungerechten Gewalt, wodurch die Staaten gestiftet worden seyn sollen, ein ewiges, unveränderliches und weises Gesetz der Natur zum Grunde liegt, gegen welches alle Bemühungen des menschlichen Überwizes nie etwas werden ausrichten können, noch ausrichten sollen.

Nad worin besteht dieses Gesetz? In nichts anderm als in dem Gesetz der Liebe, kraft dessen ein jeder dem andern dient und hilft. Was unsere unvollkommene Sprache Herrschaft und Dienbarkeit nennt, ist nichts weiter als nützliche Ueberlegenheit auf der einen, und dankbare Hülfsleistung auf der andern Seite, ein Austausch von Wohlthaten, ein beständiges Wechselwirken von Dienst und Gegendienst. Gleich den Produkten des Erdbodens und den verschiedenen Gliedern des menschlichen Körpers, so sind auch die Kräfte und Glücksäuler des Menschen nicht sowohl für ihn selbst als für alle übrigen geschaffen, und in der Idee dieses wechselseitigen Opfers, wo jeder für den andern forget, jeder sich für den andern hingiebt, ist die wahre Regel sowohl für das Verhältniß der Menschen mit Gott, als für dasjenige der Menschen unter einander enthalten. Nein! nicht Haß, nicht Furcht, nur Zuneigung und thätiges Wohlwollen hat die Sterblichen vereinigt, und gesellige Bande geknüpft; ursprünglich können sie sogar nur auf diese Weise gestiftet werden, ja sie werden noch heut zu Tage nicht anders gestiftet. Der Mensch aus Leib und Seele zusammengesetzt, hat auch zweyerley Dinge nöthig; er bedarf in ersterer Rücksicht der Nahrung und des Schutzes für seinen Körper, in letzterer der Wahrheit für seinen Geist und einer Regel für seinen Willen, auf daß er weniger strauchle, weniger irre gehe, auf daß er seine Nebenmenschen liebe, hinwieder auch von ihnen geliebt werde: und siehe von Anbeginn der Welt an hat die himmlische Güte auch zweyerley Ueberlegenheiten geschaffen, eine an Reichthum und physischer Kraft, eine andere an Weisheit und Erkenntniß, um jenes doppelte Bedürfniß zu befriedigen, und dem Menschen, der nicht



vom Brod allein lebt; auch die nöthige Seelenspeise zu geben. Jedes Kind wird zwar nakend und blos, arm, schwach und unwissend geboren, aber ohne sein Zuthun ist es bereits nicht nur mit einer wohlthätigen und schützenden Macht umgeben, sondern auch mit einer vorläufig hinreichenden geistigen Autorität, die ihm aus früheren Traditionen wenigstens die nöthigsten Kenntnisse und Verhaltens-Regeln mittheilt. Da indessen auch die erwachsenen Menschen, einzeln genommen, nicht für sich selbst bestehen können; da sie theils angenehm und sicher zu Leben wünschen, theils erweiterter Kenntnisse und Einsichten bedürfen, und dagegen mancherley Hülfsleistung anbieten können: so hat die Vorsehung auch für sie gesorgt, und ihnen ebenfalls ihre Wohlthäter angewiesen; sie schafft, in unendlich verschiedener Gradation, reichere, mächtigere, weisere Menschen, um die armen, die schwachen, die unwissenden zu nähren, zu schützen, zu leiten; gleichwie sie in allen Landen Herrschaften geordnet hat, so giebt sie auch jedem Volke seine Lehrer, seine überlegenen Geister, und läßt in minder wesentlichen Dingen, in denen, die der Welt zur Übung ihres Wizes überlassen sind, auch hier die nöthige Freiheit und Mannigfaltigkeit zu. — Jeder größere oder kleinere Menschen-Berein krönet und vollendet sich zuletzt bey irgend einem oder mehreren, welche den obersten Ring in der freundlichen Kette ausmachen, oder vielmehr die Wurzel und der Stamm aller übrigen Verzweigungen sind; die, nach unserer gewöhnlichen Sprache zu reden, nur allein von Gott abhängen, wiewohl sie in mancherley Rücksicht auch anderer Menschen bedürfen, derselben Hülfe mit Gegenvorteilen belohnen, und durch ihr Vermögen aller Art die Wünsche von vielen Tay-

fenden befriedigen. Das alles ist nichts weiter als natürlich geselliger Zustand durch wechselseitige Bedürfnisse und mannigfaltige Privat-Verträge kunstlos veranlaßt und liebevoll geknüpft. Damit endlich auch die selbstständigen Häupter jener geselligen Verbindungen theils unter sich selbst, theils mit denen, die unter ihrem Schutze wohnen, ruhig und friedlich bestehen mögen: damit ihnen das oberste, göttliche Gesetz stets verkündigt, empfohlen und richtig ausgelegt werde; so waltet über alle, oder sollte doch über alle jene geistige Führerin und Leiterin der Menschen walten, deren milde, vom Himmel stammende Autorität gleich der Seele über den Körper die ganze Welt ohne Zwang regiert, und durch ein kleines, kaum fühlbares Ruder lenket; jene Säule und Grundfeste der Wahrheit, welche den ihr anvertrauten Schatz treu bewahrt, die ewigen Grundsätze über das Verhältniß der Menschen zu Gott, und ihren Nächsten von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzt, gegen die Sündfluth aller Irrthümer rettet, und vom Geist des wahren und Guten durchdrungen und belebt, das Licht des Verstandes, die Flamme des Herzens nicht erlöschen läßt; jene religiöse Gesellschaft, die nur dadurch groß ist, daß sie allen dient, sich für alle erniedriget, die allein nur Macht zum Guten, aber keine zum Bösen hat, und ihr Ansehen, ihre Autorität augenblicklich verlieren würde, wenn sie dieselbe je zum Schaden der Menschen mißbrauchen wollte; mit einem Wort jene christliche Kirche, welche die Aufopferung seiner selbst, die Liebe Gottes und des Nächsten (den Kitt der menschlichen Gesellschaft) zum Fundament ihrer Lehre macht, die Gewaltigen der Erde in Werkzeuge des Guten umwandelt, und eben dadurch die Rechte der Schwachen sichert; die übrigens, gerade durch ihre Allgemeinheit, gleich

einer guten Mutter alle ihre Kinder mit der nemlichen Liebe umfaßt; ein Band der Brüderschaft zwischen allen Völkern schlingt, jedem das Seinige läßt, und dennoch aus ihnen ein gemeinsames Vaterland bildet; der allein es gegeben, oder doch nach dem Willen der Vorsehung aufgetragen ist, das Menschen-Geschlecht in eine einzige Familie zu vereinigen, die Krone und das Bindungs-Mittel aller weltlichen Herrschaften zu seyn, und die, wenn man ihr weniger widerstrebte, schon auf dieser Erde ein sichtbares Reich Gottes darstellen würde. O welch herrliches Gebäude der menschlichen Gesellschaft hat nicht die himmlische Weisheit aufgeführt! wie selig ließe sich darin wohnen, wenn die Menschen, denen höchstens die innere Verzierung desselben erlaubt ist, nicht stets seine Fundamente zu erschüttern, seine wesentlichen Anlagen zu stören oder zu verunstalten suchten, und nicht in ihrem Dünkel das Bauen und Organisiren besser zu verstehen wähnten als derjenige, der Himmel und Erde geschaffen hat.

Wiewohl übrigens das von uns entwikelte System der Staats-Wissenschaft mit der Geschichte aller Zeiten und Länder übereinstimmt: so ist es doch keineswegs aus ihr abstrahirt, sondern vielmehr aus einer einzigen Idee hergeholet, und wird, umgekehrter Weise, eben deswegen von der ganzen Erfahrung bestätigt, weil es wahr, d. h. in der Natur der Dinge gegründet, und sein Gegentheil schlechterdings unmöglich ist. So viel ist uns freylich bekannt, und wir haben es bereits im Eingang unseres Werkes bemerkt, <sup>3)</sup> daß bloße Erfahrungen nie vollstän-

---

3) B. I. S. 9 — 10.



dig seyn können, und daß selbst die zahlreichsten einzelnen Beobachtungen höchstens beweisen, daß eine Sache wirklich so sey, nicht aber daß sie überall und immer so seyn müsse: allein auf der anderen Seite wissen wir auch, daß, wer immer einen richtigen Begriff von der wesentlichen Natur einer Thatsache oder einer Erscheinung hat, und das verborgne Gesetz ihrer Erzeugung kennt, auch überzeugt seyn kann, daß alle ähnlichen Thatsachen die nemliche Natur theilen, nach dem nemlichen Gesetz entstehen werden. Es ist z. B. noch keinem Mathematiker eingewendet worden, er habe bloß aus unvollständiger Erfahrung abstrahirt, daß ein Dreyeck ein von drey geraden Linien eingeschlossener Raum sey, und dieser Schluß sey nicht richtig, weil sich in der Folge andere Triangel bilden könnten, die vielleicht viereckig oder zirkelrund seyn würden. Auch braucht man nicht alle wirklichen oder möglichen Handlungen der Menschen zu kennen, um etwa aus ihren historischen Folgen, oder aus dem darüber gefällten Urtheil, ein System der Moral abzuleiten, und im Allgemeinen zu entscheiden, was gut oder böse sey: dazu genügt das angeborne göttliche Pflicht-Gesetz anzuerkennen, und übrigens zu wissen, daß die Menschen in wechselseitiger Berührung und mannigfaltigen Verhältnissen mit und neben einander wohnen. So sind auch mir zwar viele tausend Staaten des Alterthums unbekannt; eben so viele andere werden in Zukunft entstehen, die mir noch weniger bekannt seyn können: und dennoch wage ich es mit Zuversicht zu behaupten, daß, so lange die Welt steht, und so lange sie stehen wird, alle Staaten nur unabhängige Herrschaften oder unabhängige Gemeinden gewesen sind und seyn werden, und daß die inneren wie die äußeren Verhältnisse jedes einzelnen Staats

theils auf dem natürlichen Gesetz, theils auf mancherley Verträgen beruhen und beruhen sollen. 4) Was nun aus diesen Principien richtig fließt, muß nothwendiger Weise eben so wahr seyn als das Principium selbst, und wird sich zuverlässig durch die ganze Erfahrung bestätigen. Auch haben wir nicht vorerst die Geschichte aller

- 
- 4) Herr Ancillon fragt in seinen *Nouveaux Essais de politique*, T. II. p. 144 — 145, wie es denn gehalten werden solle, wenn durch zufällige Umstände, außerordentliche Ereignisse und den unwiderstehlichen Lauf der Zeiten, dergleichen Verträge wegfallen, aufgelöst oder vernichtet werden, und er meynt, dieses Problem sey unauflöslich. Ich antworte, daß in solchen Fällen, nebst der Macht und persönlichen Unabhängigkeit des Fürsten, immer noch das Gesetz der natürlichen Gerechtigkeit übrig bleibt, und vor der Hand hinreichend ist; daß aber bald darauf sich von selbst neue Verhältnisse anknüpfen, neue zeitgemäße Verträge sich bilden werden. Man hat mit überwundnen Feinden auch keine besonderen Verträge, und dennoch lassen sich die Rechte und Verbindlichkeiten gegen dieselben bestimmt und befriedigend angeben, wie wir es im dritten Band S. 514 n. ff. gethan haben. Nun ist es freylich möglich, daß durch allerley Stürme, durch den Unbill und den Unverstand der Zeiten, oder durch das, was man jetzt Civilisation zu nennen beliebt, auch im Inneren eines Staats alle natürlichen Bande zerrissen, alle freundlichen Verhältnisse umgestürzt, ursprünglich freywillige Diener mit Gewalt unterjochet, und überwundnen Feinden gleichgesetzt werden können. Allein obgleich dergleichen Ereignisse eben nicht zur Regel aufgestellt werden müssen: so bleibt im Fall das Vergangene nicht mehr hergestellt werden kann, immer noch die natürliche Gerechtigkeit zu beobachten übrig, und unter anderen Formen und Benennungen werden sich bald neue Bande knüpfen, neue Verträge an Platz der älteren treten, wodurch das Verhältniß gemildert, und wieder dem natürlichen angenähert wird.

Zeiten und Länder erforschet, um aus derselben ein System des Staats-Rechts zu abstrahiren, sondern im Gegentheil das System zum voraus entworfen, die Geschichte aber nur hintenher zu Rath gezogen, und um ihr Zeugniß befragt, <sup>5)</sup> gleichwie der Physiker, der ein Gesetz der Natur entdeckt, der Mathematiker, der ein Problem aufgelöset, und jeder Privatmann, der irgend eine Rechnung gefertigt hat, nur späterhin die materielle Probe anstellt, um an der Realität selbst zu vernehmen, ob er wahr oder falsch gedacht und gehandelt habe. Also ist unsere Theorie nicht aus Principien allein, und nicht aus der Erfahrung allein, sondern vielmehr aus der Uebereinstimmung zwischen beiden hergeholt, und wir sind des Glaubens, daß nur in dieser Uebereinstimmung der Charakter der Wahrheit enthalten sey. Eine Regel, der alle Thatsachen und Handlungen der Menschen widersprechen, ist eine naturwidrige Grille, und eine Thatsache oder eine Handlung, die der allgemein anerkannten Regel widerspricht, ist ein offener Mißbrauch, und kann niemals rechtmäßig seyn. Theorie und Praxis müssen wenigstens im Ganzen mit einander übereinstimmen, jene wird durch diese bestätigt, diese durch jene gerechtfertiget. Einige scheinen zu glauben, ich hätte das bisher entwikelte System bloß aus der Geschichte des Mittelalters geschöpft, und den damaligen Zustand der Dinge zur allgemeinen Norm erheben wollen; <sup>6)</sup> ich aber bin nicht

---

5) B. I. Vorrede, S. XI — XII. u. XX — XXV.

6) „Wenn uns also Herr von Haller beweisen möchte, daß „die organischen Gesetze des Mittelalters“ (von diesem hochmüthigen Ausdruck wußte man wahrscheinlich in jenen Zeiten nichts) „die Prototypen aller organis-



von denen, die sich rühmen, gerade dasjenige am besten zu kennen, worin sie am unwissendsten sind, und zu dessen genauer Kenntniß sie auch die wenigsten Hülfsmittel besitzen. Zahllose Berufsgeschäfte der verschiedensten Art haben mir solch mühsame Forschungen nicht gestattet, und ich gestehe unverholen kein einziges Buch über das sogenannte Mittelalter gelesen zu haben; aber man braucht auch nicht so weit hinaufzusteigen, um die noch jetzt bestehende Natur der Dinge zu befragen. Nicht am Alten und Unbekannten, sondern an dem, was vor unseren Augen liegt, an den alltäglichen geselligen Verhältnissen selbst, <sup>7)</sup> haben wir jene ewigen Gesetze wahrgenommen, die sowohl in älteren als in mittleren und neueren Zeiten stets die nemlichen gewesen sind, und in alle Zukunft die nemlichen bleiben werden. Uebrigens aber freut es uns doch von jenen gelehrten Herren zu erfahren, daß die aus diesen Gesetzen geschöpfte Theorie sich auch durch das ganze Mittelalter bestätigt; es ist solches immerhin ein neuer Beweis ihrer Wahrheit, und wir wollen sogar gerne glauben, daß sie in jenen so unverständig geläster-

---

„schen Gesetzgebung seyen: so ist er von der Wahrheit nur allzuweit entfernt.“ *Journal für Deutschland.*

Auch Herr Staats-Rath Ancillon meynt in seinen *Nouveaux Essais de politique*, T. II. p. 141., ich hätte den Ursprung der Demokration und der Aristokratien, (von denen zwar in den vier ersten Bänden dieses Werks noch gar nicht die Rede ist) der Monarchien und der geistlichen Staaten nur so entwikkelt, wie er durch die Geschichte des Mittelalters bekannt geworden sey.

- 7) B. I. Vorrede S. IX – XVIII. Wie ist es doch möglich von Forschungen im Mittelalter zu sprechen, wenn der Verfasser des Werks selbst die Veranlassung und Entstehung seiner Ideen so einfach und anspruchlos erzählt?

ten Zeiten, wo der Geist des Christenthums, das Gebot der Gerechtigkeit und Liebe, in voller Kraft über die Welt herrschte, und alles Große und Herrliche gegründet ward, reiner als jetzt realisirt, weniger als heut zu Tage durch Abweichungen verletzt, oder durch menschliche Zusätze verunstaltet gewesen seyn. v

Raum wird es endlich nöthig seyn, noch ein Wort über den ausgebreiteten moralischen Nutzen und die praktische Brauchbarkeit dieser Wissenschaft beizufügen. Sie zeigt uns vor allem, wie mannigfaltig, wie freundlich und in einander geschlungen die geselligen Verhältnisse der Menschen sind, und wie eben dieser unerschöpfliche Reichthum, unter einem einzigen Gesetz, das Gepräge der Natur ist, und nicht die Frucht irgend eines menschlichen Systems seyn kann. Ungleichheit der Kräfte herrscht zwischen den Sterblichen, weil sie ohne dieselbe nicht bestehen könnten; natürliche Sympathie und wechselseitige Bedürfnisse ziehen sie an einander an, und veranlassen liebreichen Austausch von mancherley Leistungen, eine unendliche Zahl theils förmlicher theils stillschweigender Privat-Verträge: das ist das allgemeine, nothwendige und unzerstörbare Gesetz, welches die menschliche Gesellschaft, ja selbst die Staaten knüpft und erhält. Aber wie mannigfaltig ist nicht die Natur, der Umfang, die Gradation jener Kräfte und dieser Bedürfnisse, wie unendlich verschieden sind nicht die daraus fließenden Verträge in Absicht ihres Gegenstandes, ihrer Dauer und aller übrigen Bedingungen? Wie ist da nicht alles wechselseitig und freundlich ausgeglichen, so daß der eine diese, der andere jene Ueberlegenheit besitzt, mithin der nemliche Mensch auf der einen Seite herrscht, auf der

anderen gehorhet, sich zu gleicher Zeit in allen möglichen Verhältnissen befindet, bald Herr oder Mit Herr, bald Diener, und bald keines von beiden ist. — Welch herrliches Licht wird übrigens nicht durch diese Theorie über die ganze Staaten-Geschichte verbreitet, die nichts anders als die Geschichte der erworbenen, befestigten und wieder verlorbenen Unabhängigkeit einzelner Individuen oder Corporationen ist; sie läßt sich mittelst jener leitenden Grundsätze gleichwie mit Adlers-Blick überschauen, und wird furohin nicht mehr als ein unnützes Studium, sondern als die fruchtbare Mutter mannigfaltiger Weisheit erscheinen; sie lehrt uns in der verschiedenen Natur, in der Entstehung, der Erweiterung und dem Untergang der Staaten, die unwandelbaren Gesetze Gottes erkennen und bewundern, sie zeigt uns gleichförmig und durch den Lauf aller Jahrhunderte, daß zwar nur Ueberlegenheit an Kräften zu Freyheit und Herrschaft führt, daß es aber auch auf die rechtmäßige Erwerbung dieser Macht, so wie auf ihren nützlichen Gebrauch ankömmt, und daß zuletzt Gerechtigkeit allein die Fürsten und die Völker erhöht, Ungerechtigkeit hingegen alle Länder verwüftet, oft sogar die Stühle der Gewaltigen stürzt, und mithin selbst den Statthaltern Gottes, die ihre Pflicht gegen den obersten Herrn gröblich verletzen, oder, was eben so schädlich ist, furchtsam vernachlässigen, bald früher, bald später ihr Amt genommen und anderen übertragen wird. Allein nicht nur wird durch diese Theorie die Vergangenheit erklärt, sondern gewissermaßen auch die Zukunft aufgeschlossen; und in den Erscheinungen jeder Zeit, die mit ihren Grundsätzen übereinstimmen, oder denselben widersprechen, läßt sich mit Zuversicht die innere Kraft der Staaten, der künftige Flor oder der nahe Verfall des



einen oder des anderen beurtheilen. Wo ihr z. B. ein Fürstenhaus sehet, das in günstigen Local-Verhältnissen lebend, und von keinen übermächtigen Nachbarn umringt, die Liebe der Gerechtigkeit mit Verstand und Klugheit vereinigt, die Wurzeln seiner Kraft erweitert und befestiget, jede Gelegenheit zu neuen Erwerbungen benutzt, und fremder Hülfe möglichst entbehrt, sich mit treuen und fähigen Dienern umgiebt, die persönliche Unabhängigkeit in allem Aeußeren abspiegelt, in Zeiten von Gefahr Entschlossenheit und Seelenstärke zeigt, mit seinen Nachbarn ehrenvolle und nützliche Verbindungen anknüpft, ihnen hilft, auf daß sie ihm hinwieder helfen, dabei aber gegen offenbare Uebermacht sich in die Natur der Dinge fügt, dem Drang gebieterischer Umstände nicht tollkühn widerstrebt, und bisweilen seine Ansprüche zu mäßigen, oder auf bessere Zeiten zu verschieben weiß: da könnet Ihr sicher schließen, daß ein solches Geschlecht auch fernerhin wachsen und blühen werde. — Wo ihr aber Weichlichkeit und Entnervung, Gleichgültigkeit für Gutes und Böses, für Recht und Unrecht wahrnehmet, wo man von den Grundlagen seiner Existenz abweicht, die Territorial-Besitzungen verschwendet, vertheilt oder veräußert, nur Schmeichler und schlechte Rathgeber hört, durch unfürstliche Lebensart das äußere Ansehen verliert, wo man seine Freunde vernachlässiget, seine Feinde begünstiget, in träger Sorglosigkeit jeden nothwendigen Kampf verabscheut, bald feige Nachgiebigkeit in wesentlichen, bald unzeitigen Trotz in gleichgültigen Dingen beweist, wo endlich die Könige selbst sich in Fesseln schlagen, sich zu besoldeten Dienern herabwürdigen, und ihre Diener zu Herren erheben: da könnet Ihr eben so gewiß seyn, daß ein solches Reich nothwendig immer mehr sinken werde, und seinem Untergang entgegenrenne.

Uebrigens muß diese Theorie der Staats-Wissenschaft auch nothwendig zur Zufriedenheit jedes einzelnen Menschen beitragen, und dadurch die innere Ruhe aller Länder befestigen. Denn, was man auch immer sagen mag, so ist es nicht wahr, daß die Menschen im Allgemeinen gegen den Besitz höherer Macht und höherer Glücks-Güter neidisch und eifersüchtig seyen; sie suchen vielmehr dieselbe, und schließen sich ihr willig an.<sup>8)</sup> Ueber diese natürliche Verschiedenheit und ihre rechtmäßigen Folgen tröstet sich jedermann gern; denn die Existenz reicher, begüterter, mächtiger Personen ist eine Quelle des Wohlstands für alle übrigen, mithin denselben unentbehrlich; und die Beispiele, daß man durch eigne Anstrengung sich emporheben, ja selbst zu hohen Glücks-Gütern gelangen kann ohne anderen das Ihrige zu nehmen, sind in allen Classen zu häufig, als daß man sie je mißkennen oder vergessen könnte. Die Unzufriedenheit kam also gar nicht daher, sondern nur allein von jenen unvernünftigen und heillosen Systemen, nach welchen die Rechte aller Menschen gewaltsam unterdrückt, geraubt oder veräußert worden seyn sollen, und die ganze Welt als ein Innbegriff von lauter Ungerechtigkeit dargestellt wird. Ueber einen solchen Zustand der Dinge, wenn man ihn für wirklich existirend hält, kann sich freylich kein Verständiger trösten; da mußten gerade die Besseren, die Denkenden unaufhörlich an Revolutionen oder sogenannten Reformen arbeiten: und wären wir des Glaubens, daß unsere Staaten solch willkührliche Institute und künstliche Freyheits-Gräber seyen, wie man sie dafür ausgiebt: so würden wir der erste seyn, um, gleich den Illumina-

---

8) B. I. S. 366 — 368.

ten, auf ihre Abschaffung zu dringen, und die Herstellung des Stands der Natur, d. h. der göttlichen Ordnung zu empfehlen. Lasset hingegen die Menschen nach Vernunft und Erfahrung überzeugt seyn, daß dieser natürlich gesellige Zustand noch heut zu Tage fortdauert; daß Fürstenthümer und Republiken nur der Gipfel und die Vollendung anderer ähnlicher Privat-Verhältnisse sind; daß der Obere, der Mächtige nicht ein Feind, sondern ein Freund und Beschützer der Schwachen ist, daß er ihnen nichts genommen hat, sondern vielmehr täglich von dem Seinigen mittheilt, sie nicht unterdrückt, sondern im Gegentheil hebt und stärkt, denselben mehr Mittel zur Ausübung ihrer Freyheit verschafft; daß endlich jeder in seinem Kreise die nemlichen Rechte wie der Fürst im Großen besitzt, und selbst der geringste Unterthan gegen seinen König und Herrn im Grunde nur solche Pflichten zu erfüllen hat, die ihm gegen alle andere Menschen auch obliegen: so ist es unmöglich, daß irgend ein Gefühl von Unzufriedenheit in ihm aufkeime, und die Weiseren werden sogar bald einsehen, daß man nichts klügeres thun kann, als bey dieser Ordnung der Natur so treu als immer möglich zu verbleiben. Geht man nur einst von dem vernünftigen Gedanken aus, daß die höhere Macht, an und für sich, nicht schädlich, sondern nützlich, nicht feindselig, sondern wohlthätig sey: so erscheint auch alles unter einem andern Licht, und man wird mit freudiger Ueberraschung erkennen, daß diese Idee, wenige Ausnahmen abgerechnet, sich auch durch die ganze Erfahrung bestätigt. Sind also die Menschen von dem wahren Grund unterrichtet, worauf alle geselligen Bande und Verhältnisse beruhen: so kann ihnen keine Unterordnung mehr lästig vorkommen, in die sie etwa durch na-



nürliche Fügung oder durch eigenen Willen verfezt werden mögen; in jeder Lage werden sie ihre Rechte und Verbindlichkeiten genauer kennen, jene besser zu behaupten, diese redlicher und frewilliger zu erfüllen wissen, alldieweil sie jetzt weder das erstere noch das letztere thun, und dadurch sowohl die Pflicht gegen sich selbst als die gegen andere verletzen. Sie werden treu und gewissenhaft dienen, da wo sie einen natürlichen Oberen haben, aber auch da nicht dienen wollen, wo sie zu herrschen befugt sind; keine Mitherrschaft ansprechen über Dinge, die ihnen nicht gehören, aber sich keine Rechte rauben lassen, da wo sie dieselben entweder ausschließend oder in Gemeinschaft mit anderen besitzen. Ja selbst der Mißbrauch der höchsten Gewalt wird ungleich feltener seyn, wenn die Könige und Fürsten dazu weder durch falsche Principien angereizt, noch durch eine Art von Selbstvertheidigung genöthiget sind; sie müssen im Gegentheil um desto mehr zur Gerechtigkeit und Großmuth gestimmt werden, wenn sie über ihre Existenz und über ihre Rechte beruhiget, die wahre Lehre von derselben Ursprung, Umfang und Schranken ohne Besorgniß, ja sogar mit erfreulichem Gefühle hören dürfen, und statt in ihren Unterthanen oder in denen die auf den Geist des Volkes wirken, nur geheime Feinde zu sehen, vielmehr sich theils durch den Wunsch aller Rechtschaffenen des Landes, theils durch eine herrschende gesunde Doctrin gehoben, gestützt und gesichert fühlen.

Demnach wird nun auch die bisher nicht ohne Grund verdächtige und von den Weiseren selbst verachtete Wissenschaft des allgemeinen oder natürlichen Staatsrechts, mittelst ihrer gänzlichen Umgestaltung, zu dem,

was sie eigentlich seyn soll, nemlich zur Grundlage alles positiven Staats-Rechts, welches letzteres auf besonderen Erwerbungs-Titeln und Verträgen, auf gleichgültigen Formen oder Modificationen beruht, und fortan dem ersteren nicht mehr widerspricht, sondern mit wenigen Abweichungen und Zusätzen, die theils eine Folge menschlicher Gebrechlichkeit, theils der Spielraum rechtlicher Freyheit sind, nur die Bestätigung oder nähere Anwendung des ersteren enthält, und gleichsam seine körperliche Hülle, sein äußeres Kleid ausmacht. Nach diesem Staats-Recht wird in allen Fürstenthümern und Republiken stets das meiste gethan und beurtheilt werden, darum weil es allein ewig das nemliche bleibt, mithin nicht vom veränderlichen Willen der Menschen abhängt, und wer also mit seinen Grundsätzen wohl vertraut ist, der wird sich die ergänzenden positiven Kenntnisse in kurzer Zeit erwerben, ja sogar derselben größtentheils entbehren können. Das natürliche Staats-Recht liefert aber auch die Regel und Norm zur Abfassung, Beurtheilung und Veränderung aller die geselligen Verhältnisse betreffenden Gesetze und Institutionen, <sup>9)</sup> das unentbehrliche Hülfsmittel zu ihrer vernünftigen Auslegung und nothwendigen Ergänzung; es lehrt uns in denselben nicht nur das Gerechte von dem bengenischten Ungerechten, sondern in ersterem selbst das Wesentliche von dem Zufälligen, das Bleibende von allem Wandelbaren, mit einem Wort das Göttliche von dem Menschlichen zu unterscheiden; die Ehrfurcht für jenes zu heben, und dieses auf seinen un-

---

9) Cicero sagte schon: „legem bonam a mala nulla alia nisi naturali norma dignoscere possumus?“ *L. I. de Legg.*

tergeordneten Werth zurückzuführen; es wekt mittelst dessen den Geist, übet den Verstand, belebt das innere Rechts-Gefühl, und wirkt gegen gleich gefährlichen Klippen, dem Unglauben an alle Gerechtigkeit und dem steinernen Aberglauben an bloße Menschen-Erungen entgegen. Aber dafür muß auch eine solche Theorie wahr und natürlich, d. h. der Natur der Dinge selbst angemessen, allgemein, d. h. im Wesentlichen überall und immer realisiert seyn, welches freulich von dem bisher sogenannten Staats-Recht nicht gesagt werden konnte. Hat man je von irgend einer andern Kunst oder Wissenschaft, z. B. von der Architektur, der Religion und Moral, der Medizin, ja selbst von anderen Fächern der Jurisprudenz, z. B. von dem Civil- und Criminal-Recht behauptet, daß Theorie und Praxis einander entgegengesetzt, die Grundsätze wahr, aber der ganzen Erfahrung widersprechend, ja sogar gefährlich seyen und nicht consequent ausgeführt werden dürfen, daß sogar der Zweck in eben dem Maasse verfehlt werde, als man die Theorie zu befolgen sucht, und in eben dem Maasse besser erreicht, als man sich von ihr entfernt, mithin die Beobachtung der Regel nur schlechte, ihre Verletzung hingegen gute Folgen nach sich ziehe!! Und dennoch mußten wir solchen Unsinn häufig hören, wenn es um die Verhältnisse zwischen Fürsten und ihren Völkern zu thun war. Gleichwohl aber sollte der Grund jenes empörenden Widerspruchs überall und immer nur in der Praxis, nie in dem System selbst liegen; ja es gieng der Eigensinn, ich möchte sagen die Verstocktheit, seiner Befenner so weit, daß sie sich nicht scheuten, alle Zeiten und Länder, ja sogar die Natur der Dinge selbst für unvernünftig und ungerecht auszugeben, eher als den erlernten Irrthum zu verlassen und einzuräumen, daß ihr Hirn-



gespinnt, welches sie eine Theorie nannten, falsch und unvernünftig, mithin von Grund aus zu verwerfen sey. <sup>10)</sup> Sie marterten sich vielmehr den Geist ab, um den schwarzen Raben mit den Federn des Pfauen zu schmücken, aus lauter Lügen Wahrheit zu entwikeln, und gleichsam von Dornen und Disteln Trauben zu lesen. Jetzt hingegen ist auch in dem allgemeinen Staats-Recht die Theorie mit der Praxis, die Regel mit den Thatfachen, die Idee mit der Geschichte, die Vernunft mit der Erfahrung ausgeöhnt, und wer könnte diesen erfreulichen Frieden für unbedeutend halten? Wird auch deswegen nicht Alles auf der Stelle gebessert: so ist es doch wahrlich kein geringer Vortheil, wenn man das Böse nicht mehr gut, und das Gute nicht mehr böß heißt, wenn in unseren Schulen nicht Unrecht zu Recht, und Recht zu Unrecht gemacht wird, wenn endlich der Irrthum entlarvet ist, durch keine Scheingründe mehr beschöntget werden kann, und täglich von seinen Anhängern verliert: dagegen aber

---

10) Wie schwer es sey, den Irrthum, den man selbst theilte, anzuerkennen, und sich von früh eingesogenen Vorurtheilen loszumachen, haben schon die Alten bemerkt. Quintilian sagte darüber: „*Illi probant, quaecunque ingressi sunt iter; nec facile pueris inculcatas persuasiones mutaveris, quia nemo non didicisse mavult quam discere.*“ *Institut. orat.* L. III. c. 1. — „*Nemo mihi velit id in quo maximus fuit.*“ *Ibid.* L. VII. c. ult. Und Horaz führt den Grund davon an in jenen bekannten Versen:

„*Vel quia nil rectum, nisi quod placuit sibi, ducunt;*  
 „*Vel quia turpe putant parere minoribus, et, quæ*  
 „*Imberbes didicere, senes perdenda fateri.*“

*Epist. L. II. Ep. 1. v. 83. seqq.*

Man sehe auch *Cicero de Nat. Deorum.* L. I. c. 5.

die Freunde der Gerechtigkeit nicht nur zahlreicher, sondern auch mit gründlicher Einsicht gewaffneter sind, und in jedem Kampf, den man gegen sie versucht, desto eher den Sieg erfechten können. Früher oder später handeln die Menschen nach ihrem Glauben, und wenn die herrschenden Grundsätze gut sind, so werden auch die Dinge besser gehen. Jenen Sieg zu erleichtern ist der einzige Zweck, den die Wissenschaft sich vorsetzen soll, und wirklich erreichen kann. Ihr ist nicht aufgetragen, alles Böse auf der Welt zu hinderen, und noch viel weniger dasselbe zu rechtfertigen. Wozu braucht man sie sonst als um das Wahre von dem Falschen, das Gerechte von dem Ungerechten zu unterscheiden? Aber sie soll wenigstens die Thatsachen richtiger kennen lehren, auf daß man dieselben weniger verdrehe; sie soll die wahre Regel aufstellen, damit man sie stets im Auge behalte, und so selten als möglich von ihr abweiche. Alles übrige ist nicht ihre Sache; sie zeigt den Menschen den rechten Weg, kann aber niemand zwingen, denselben zu befolgen. Duldet doch der oberste Gesetzgeber auch manches Unvollkommene in der Welt, obschon er von seinen heiligen Geboten nichts nachgiebt, und solche nicht nach dem wandelbaren Sinn einzelner, sich noch dazu stets widersprechender, Menschen accommodirt. Also sind auch wir zwar weit entfernt zu fordern oder zu erwarten, daß, weil wir in diesem Buche die wahren staatsrechtlichen Grundsätze dargestellt und entwikkelt haben, deswegen sogleich alles haarscharf nach dieser Regel zugehen solle, oder zugehen könne; aber wir haben doch den Augias-Stall revolutionärer Irrthümer gesäubert, den Ursprung und die wahre Natur der Staaten geoffenbart, das leitende Princip über das Verhältniß zwischen Fürsten und Völkern

Klar und bestimmt ausgesprochen, die Ursache, den Sitz und den Umfang des bisherigen Uebels gezeigt, das wahre Heilmittel angegeben, und in den Charakteren der vollen natürlichen Gesundheit ein Ideal aufgestellt, dessen Erreichung gar nicht schwer ist, dem allein man sich ohne Gefahr stets annähern kann und annähern soll. Mittelst dessen ist bereits vieles gethan, und alles Wesentliche gerettet; manches Gute wird dadurch begünstigt, manches Schlechte behindert werden: daß wir aber alles was in der Welt geschieht, oder seit einiger Zeit üblich ist, rechtfertigen sollen, (wie einige zu wünschen scheinen) ist wahrlich zu viel gefordert, und nie werden wir uns dazu entwürdigen, das Unrecht gleichsam zu authorisiren, das Böse gut zu heißen, und die Verletzung der Regel für die Regel selbst auszugeben. An vielen und großen Uebeln, welche jetzt die Länder drücken, sind übrigens nicht sowohl die Fürsten als vielmehr die Völker selbst schuld, und es ist daher billig, daß letztere auch die Folgen davon tragen. Wem anders als den falschen Doctrinen, dem Zeitgeist und seinem gepriesenen Einfluß, verdanken wir z. B. jene naturwidrigen Constitutionen, welche ein Zunder von Zwentracht, ein Hinderniß alles Guten, und ein steter Vorwand zu neuem Unrecht sind; jene harten Conscriptionen, die uns jede persönliche Freiheit rauben, und gewissermaßen eine allgemeine Leibeigenschaft einführen; jene immer steigenden Steuern und Auflagen, welche noch weniger durch ihren Betrag als durch ihre Folgen lästig sind, und bei denen kein wahres Eigenthum mehr besteht; jenes Heer von Beamten, das die Finanzen aller Staaten niederdrückt, und in eben dem Augenblick, wo man gegen alle Dienstbarkeit deklamirte, beynahe keiner selbstständigen Existenz mehr einen Raum



übrig läßt; jene zahllosen Geseze und Reglemente, unter deren Last der Erdboden seufzen möchte; besonders dann jene gepriesenen Civil-Gesezbücher, die den Menschen in seinen täglichen Verhältnissen quälen, ihm weder die Disposition über sein Eigenthum, noch die Schließung rechtmäßiger Verträge mehr überlassen; jene neuen Criminal-Gesezbücher und Prozeß-Formen, welche nur auf die Sicherheit aller Missethäter berechnet scheinen: jene schwierige und kostbare gerichtliche Hülfsleistung, an die man uns allein verweist, obschon sie oft ärger als das erlittene Unrecht selbst ist; jene wahnsinnige Aufhebung so vieler gemeinnützigen Stiftungen und wohlthätigen Anstalten, die jetzt durch neue Beschwerden kümmerlich ersetzt werden müssen; jene systematische Vernichtung oder Versplitterung aller großen und bleibenden Glücks-Güter, die ein beständiges Hülfsmittel für alle Armen und Geringen, und wahrlich denselben weit mehr als ihren Besitzern nöthig sind; jene Auflösung aller daraus entstehenden freundlichen Bande, mit einem Wort jene feindselige Vereinzelung und Zerstreuung der Menschen, die alle zusammen gleich elend macht, und so viele andere Uebel mehr. Einige derselben mildern sich zwar allmählig durch das bessere Gefühl der Menschen, das sie oft richtiger leitet als ihr Verstand, und dann ist es auch nöthig, daß wir die bitteren Früchte noch länger kosten, auf daß wir den giftigen Baum erkennen, und den Satan des Zeitgeistes, der uns all dieses Unheil gebracht hat, desto mehr verabscheuen lernen. Aber wenn man auch allmählig wieder auf den rechten Weg zurückkehren, und mehr auf den Geist der Gerechtigkeit als auf den Geist der Zeiten sehen sollte: wenn z. B. die Könige und Fürsten von lästigen Fesseln befreit, ihre eigenen Rechte strenger fordern,

und dagegen auch die Unterthanen in dem, was das  
 Ihrige ist, freyer lassen würden, folglich man jedem das  
 Seinige ließe, statt daß dermal jeder dem andern das Seine  
 zu nehmen bemüht ist; wenn der militärische Zwang durch  
 billige Verträge und freiwilligen Eifer ersetzt wäre, wenn  
 durch verständige Wirthschaft, durch Beschränkung über-  
 flüssiger Ausgaben, durch Reformirung der ungeheuren  
 Beamten-Zahl u. s. w., die Fürsten mehr von eigenthüm-  
 lichen Gütern und Einkünften leben, folglich wieder als  
 Herren und Wohltäter, nicht als besoldete Diener er-  
 scheinen, die Steuern aber allmählig vermindern, oder  
 nur für offenbare Bedürfnisse des ganzen Volkes verlan-  
 gen würden; wenn Urkunden, Verträge und freundliche  
 Gewohnheiten wieder als Gesetz für die Parteyen und als  
 Norm für den Richter zu gelten hätten; wenn unsere  
 Straf-Gesetze mehr Liebe für die Rechtschaffenen als für  
 die Missethäter an den Tag legten, folglich Freyheit und  
 Eigenthum in der That, und nicht blos mit leeren Wor-  
 ten geschützt wären; wenn man die Unterthanen weniger  
 mit unnöthigen Gesetzen und Reglementen plagte, sondern  
 anderen Menschen auch einigen Verstand zutraute, und  
 sie das Ihrige regieren ließe; wenn Väter und Eigen-  
 thümer ihr billiges Haus- und Grundherren-Recht wie-  
 der ausüben, und so weit es ihnen möglich ist, Friede  
 und Gerechtigkeit unter den Ihrigen handhaben dürften;  
 wenn besonders durch erweiterte Testirungs-Freyheit die  
 Bande der Bluts-Freundschaft näher geknüpft und die  
 Stabilität der Familien begründet, die beraubte Kirche  
 allmählig dotirt, der Wohlstand angesehener Geschlechter  
 befestiget, das Wiederaufblühen so vieler gemeinnützigen  
 Stiftungen begünstiget, und dadurch allen Classen des  
 Volks neue Nahrungs-Quellen eröffnet, neue Väter und

Wohlthäter gegeben würden, wenn endlich alle diese Güter durch eine herrschende gesunde Doctrin, durch Religion und Wissenschaft gesichert, und auf kommende Generationen überliefert würden: sollte das ein so großes Uebel und nicht vielmehr das wahre Mittel seyn, um das zerfallne Gebäude der menschlichen Gesellschaft wieder aufzurichten. Ja! wir wiederholen es, das Streben nach diesem Ideal ist weder schwer noch gefährlich; und diese Reaction der Gerechtigkeit wird früher oder später doch eintreten müssen, wofern man nicht die fortdauernde Action des Unrechts gestatten und erdulden will. Was man auch immer sagen mag, so ist, besonders für Mächtige, das Gute viel leichter zu thun als man glaubt; man wird dabei von der Natur der Dinge begünstigt, von allen rechtschaffenen Menschen unterstützt, durch den glüklichen Erfolg ermuntert und gestärkt; alles gelingt von selbst, es heben sich Berge vermeynter Hindernisse, und spricht nur einst zum Ungeheur der Revolution: „weiche von mir, Satan!“ so werden euch alle Engel dienen; Fürsten und Völker im Gefühle der Convalescenz und einer lang entbehrten Zufriedenheit werden sich jeden Tag ihrer zunehmenden Kraft und Gesundheit freuen, und kaum mehr begreifen können, daß die Dinge je anders gewesen seyen.

Bei dieser Uebereinstimmung des natürlichen und des positiven Staats-Rechts, bei den guten Früchten einer besseren Theorie, können nun auch die Gelehrten und die wahren Staatsmänner einander nicht mehr feindselig entgegenstehen, sondern sie werden sich vielmehr wechselseitig helfen und unterstützen. Ein wesentlicher Unterschied wird zwar immerhin zwischen ihren Berrichtungen übrig blei-



ben. Der Philosoph, der bloße Gelehrte hat nur auf die reine Wahrheit Rücksicht zu nehmen, übrigens ist er Herr über seine Gedanken, und kann denselben einen freien Lauf lassen, oder sie auch nach Belieben zurückhalten. Seine Pflicht ist erfüllt, wofern er nur von richtigen Grundsätzen ausgeht, und die Natur der Thatsachen treu und unverfälscht darstellt. Der Staatsmann hingegen hat mit Menschen und Sachen zu kämpfen; er muß Zeit, Ort und Umstände zu Rath ziehen; er stößt daher auf mancherlen Hindernisse, über die er nicht gebieten kann, und die oft seine besten Absichten lähmen. Jener zeigt den zu erreichenden Zweck, dieser strebet darnach, und berechnet oder gebraucht die dazu dienlichen Mittel. Wenn ersterer nicht am Ziele sich befindet, so weiß er nicht, wo er ist; und wenn der letztere nicht nach dem Ziele sieht, so weiß er nicht, wohin er geht. Er wird bald zur Rechten, bald zur Linken abweichen, oft sogar rückwärts schreiten, und stets wieder von vorn anfangen müssen. Ohne Theorie wäre die Praxis regellos und schädlich, und ohne Praxis bliebe die Theorie nur ein leeres, fruchtloses Wissen. Aber im Grunde widersprechen sie sich nicht, sie verhalten sich zu einander wie Geist und Körper, wie Gesetz und Macht, und die Einsicht dieses Verhältnisses muß sowohl auf die Gelehrten als auf die Staatsmänner vortheilhaft einwirken. Jene werden fñrohin bey ihren Planen auch auf die Schwierigkeiten der Ausführung Rücksicht nehmen, sie werden die Welt billiger beurtheilen, und die Wissenschaft selbst durch Erfahrung und Klugheit wñrzen, bereichern, beleben; diese hingegen den verständigen Rathgeber nicht mehr verachten, und durch die Befolgung einer richtigen, hinfort nicht mehr unausführbaren Theorie, ihre Praxis selbst läutern, sichern und veredeln.

Endlich ist dieses reformirte und im eigentlichen Sinn natürliche Staats-Recht nicht nur für Philosophen und Politiker, sondern auch im täglichen Leben für alle Classen und Stände von ausgebreitetem Nutzen. Denn gerade, weil die Staaten, d. h. die höheren und größeren Menschen-Verknüpfungen, von den untergeordneten gesellschaftlichen Verhältnissen, von den kleineren Herrschaften und Gemeinden, nicht ihrem Wesen und ihrem Zweck, sondern nur dem Grade und dem Umfang nach verschieden sind: so ist Alles, was je von den ersteren gesagt werden kann, auch auf die letzteren anwendbar. Ihr Ursprung, ihr Wachsthum und ihr Verfall erfolgt nach den nemlichen Natur-Gesetzen; hier wie dort bildet, erweitert und befestigt sich die Herrschaft durch relative Ueberlegenheit, und geht hinwieder durch Schwächung oder Verlust der eignen Kräfte zu Grund. Im Inneren jeder Privat-Verbindung bestehen, nur in verjüngtem Maaßstab, die nemlichen Rechte und Verbindlichkeiten wie bey den Monarchien und Republicen im Großen; wir brauchen sogar diese Wahrheit nicht weiter zu entwickeln, da wir sie schon so oft und vollständig bewiesen haben. Was daher von einem König oder Fürsten gilt, das gilt in engerem Kreise von jedem Haus- oder Guts-Herrn, von jedem Lehrer oder subalternen Befehlshaber, überhaupt von jedem Menschen, der irgend einige Untergebene hat; und was unter den Genossen einer Republik recht ist, das ist auch, mit Vorbehalt ihrer eignen Abhängigkeit, in jeder Corporation, jeder Handwerkerzunft, jeder Dorfgemeinde recht, und sollte sie auch nur über ein Haus, oder eine gemeine Weide zu gebieten haben. Mit einem Wort die wahre Theorie der Staaten ist zugleich die Theorie aller gesellschaftlichen Verhält-

nisse, und lehrt uns auch diese letzteren freundlich zu knüpfen und zu befestigen. Was endlich für den König und Fürsten zur Behauptung seines Thrones nothwendig oder klug und nützlich ist: das ist nicht minder jedem Menschen nöthig und nützlich, wenn er auf der Stufe von Ehre und Ansehen, auf welcher er sich befindet, verbleiben, vielleicht zu noch höherem Glük emporsteigen, und sich und seine Nachkommen nicht in einen tieferen Grad von Abhängigkeit oder Dienstbarkeit versinken lassen will. Nicht allen ist es zwar gegeben durch Waffen-Gewalt oder ausgebreiteten Länder-Besitz das höchste Gut einer vollkommenen Unabhängigkeit zu erreichen oder zu behaupten; auch ist es nach der weisen Einrichtung der Natur nicht das Nothwendigste, nicht das Unentbehrlichste; aber durch kluge Anwendung seiner eigenen Kräfte, durch Tugend, Verstand und den sie begleitenden Segen des Himmels, ist es jedem vergönnt sich zu einem ehrenvollen Grad von Macht und Freiheit hinaufzuschwingen, bei welchem das höhere Verband kaum noch fühlbar ist, ja sogar zu einer neuen Wohlthat, einer nützlichen Schutzwehr wird. Glüht daher, Ihr edle Jünglinge und Männer, deren aus fernen Landen mir bezeugte Beifall mich oft ermuntert hat, und an welche diese dankbaren Schlußworte gerichtet seyn mögen: glüht in euern unverdorbenen Seelen die Begierde nach Ehre und Selbstständigkeit; wollet Ihr in dem Stande der Freien und Herrschenden verbleiben, lieber unter die Classe der Gebietenden als der bloß Gehorchenden gehören, uraltes Ansehen behaupten, neues erwerben, und auf kommende Geschlechter fortpflanzen: o! so wißet, daß dieses Streben zwar erlaubt, edel und gemeinnützig ist, daß aber sein Gegenstand nach



dem ewigen Willen der Natur nur allein durch Ueberlegenheit an nützlichen Kräften erreicht werden kann, daß diese allein zur sicheren Freiheit und zur persönlichen Herrschaft führt, ja daß selbst das Vertrauen von Oberen oder von gleichen und die von ihnen übertragene Macht, unwiderstehlich der anerkannten Ueberlegenheit folgt. Zu diesem End bewahret vor allem die Furcht Gottes, auf daß jede andere Furcht verschwinde; man wird nur dann von Menschen frey, wenn man vorerst dem obersten Herrn dient, die höchste Macht, das höchste Gesetz über sich erkennt; hier ist Demuth wahre Stärke, Unterwerfung die höchste Weisheit, und treuer Gehorsam der schönste Ruhm. Und sollten auch widrige Schicksale euch manche Güter geraubt haben, die noch von Euern Vätern besessen worden: so vergesset nicht, daß Geistes-Kraft und Charakter-Stärke, die Kenntniß und der feste Wille des Guten, auch eine Kraft, ja sogar die größte von allen ist, diejenige, mit der man alle übrigen Glücks-Güter erwirbt, durch welche allein man sie behauptet, und sogar verlorne wieder findet; die einzige, die nicht veräußert, und nicht entrisen werden kann; diejenige, deren auch die Mächtigsten der Erde bedürfen, von der sie selbst durch den Zwang der Natur und ihres eigenen Interesse abhängig sind. Uebet diese Kraft nicht durch unnütze Leserey, die nur eine Art von Müßiggang und eine Wollust des Geistes ist, sondern an schwierigen und pflichtmäßigen Arbeiten oder Unternehmungen; unterhaltet das heilige Feuer, auf daß es nicht erlösche, sondern Euch selbst erwärme, und weit um Euch her den Willen der Menschen lenke, und das Herz der Guten entflamme. Fliehet jene geheimen und verderblichen Sophisten-Zünfte, die den Tempel Gottes zu bauen vor-

geben, indem sie ihn vielmehr niederreißen und der Erde gleich machen wollen; die in ihrem Wahnsinn jede höhere Macht, jede Gabe Gottes, als eine Tyranney oder als ein geraubtes Gut, jede wechselseitige Hülfsleistung als ein schimpfliches Joch darstellen; die alles Große und Herrliche zertreten, und indem sie Euch Freiheit und Unabhängigkeit heuchlerisch vorspiegeln, Euch vielmehr erniedrigen, vernichten, durch Forderung eines blinden Gehorsams zu Sklaven unbekannter Bösewichter herabwürdigen wollen. Da jedoch das Herz des Menschen auch eines geistigen oder moralischen Verbandes bedarf: so schließet Euch dagegen jenem längst über den ganzen Erdfreis verbreiteten Reiche Gottes an, dessen Obere nicht unbekannt sind, sondern aus Eurer Mitte genommen, vor den Augen aller Welt sorgfältig gebildet und gewählt, von rechtmäßigen Vorgängern anerkannt und gesendet werden; jener christlich religiösen Gesellschaft, die nicht geheim sondern öffentlich ist, ihre Zwecke und Mittel nicht zu verbergen noch zu verschleiern braucht; die einen göttlichen Titel für ihre Autorität aufzuweisen vermag, und sich auf die Früchte ihrer Lehre berufen darf; die nicht zerstört, sondern bauet und erhält; nicht Haß und Neid, sondern Gerechtigkeit und Liebe predigt; nicht zerstreut, sondern sammelt und vereinigt; die niemand das Seinige raubt, und gleichwohl ihre Jünger nicht nur an dem Nöthigen nicht mangeln läßt, sondern sie selbst zu hohen Ehren und fortdauendem Ansehen erheben kann. — Was die äußeren und sichtbaren Hilfsmittel betrifft, welche ebenfalls eine Gabe des Himmels sind: so schonet die Kräfte Eurer Jugend, verschwendet das Leben nicht, denn es ist die erste Kraft, die Bedingung aller übrigen, und nur in einem gesun-

den Körper pflegt eine gesunde Seele zu wohnen. Sparet das von Euern Vätern ererbte Vermögen, send wirthschaftlich mit den Erden-Gütern, die Ihr besitzen oder erwerben möget; zleht diejenigen vor, die von der Sonne beleuchtet, unbeweglich und jedermann erkennbar sind, durch welche allein moralische Erinnerungen gewekt und freundliche Bande geknüpft werden; <sup>11)</sup> suchet diese Güter zu vermehren, zu erweitern, ungetheilt und unbelastet Euren Nachkommen zu überliefern: denn wisset, daß jede Schwächung der eigenen Kraft das Ansehen erniedriget, zur Dienstbarkeit zwingt, und dringendes Bedürfniß sogar die größten Potentaten von Juden und Bucherern abhängig macht. Trachtet mit jenen Besitzungen noch andere Arten von Ueberlegenheit zu vereinigen, als wie z. B. angesehene und zahlreiche Freunde, ehrenvolle Würden im Staat oder in der Kirche, den Glanz persönlicher Eigenschaften und Umgebungen; haltet wenige aber treue Diener, behandelt sie freundlich und väterlich, verkümmert sie nicht in billigem Genuß; schauet nach den Redlichen des Landes, nach solchen die Euch nicht aus Eigennuz sondern aus Dankbarkeit und Liebe zugethan sind, die Euch in Noth und Gefahren nicht verlassen, Euer Haus als ihr einziges Vaterland ansehen, die sich freuen an Eurer Freud, und trauern über Euer Leid. Wacht sorgfältig über alles, was das äußere Ansehen gefährden, und die Hochachtung, die Ehrfurcht für Euere Person schwächen könnte; meidet alles niedrige und gemeine, würdiget Euch nicht selbst herab; laßet Euere Ueberlegenheit äußerlich erkennbar wer-

---

11) Ueber die Vorzüge der Territorial-Güter vor allen anderen, siehe B. III. S. 284 — 285. und B. IV. S. 210 — 212.



den, die Früchte Eures Vermögens, ohne Verschwendung aber auch ohne niedrige Kargheit, gleich einem milden sich stets erneuernden Thau auf Eure Nebenmenschen verbreiten; Eure ganze Lebensart, alle Eure Umgebungen, Beschäftigungen und Erholungen senen dem Range gemäß, in den Euch die Vorsehung gestellt hat; Gehet gewöhnlicher Weise nur mit Eures gleichen um, ohne deswegen die übrigen zu verachten; schließet Euch, wenn die Umstände sich dazu fügen, eher an höhere als an niedrigere Kreise an; denn nicht nur werdet Ihr durch ersteres selbst gehoben, sondern es ist auch eine beständige Übung der Bescheidenheit, da hingegen letzteres Euch theils in den Augen der Welt herabsetzt, theils gewöhnlicher Weise nur Uebermuth und Herrschsucht pflanzt. Wählet die Gefährtinnen Eures Lebens aus solchen Geschlechtern, die Euch an äußerer Lage und persönlichen Verhältnissen, an Grundsätzen und Gesinnungen gleich sind, die da wünschen was Ihr wünschet, und fürchten was Ihr befürchtet; auf daß der Bund desto treuer, der moralische Verein desto inniger sey, übrigens dann die Wurzeln Eurer Macht sich immer mehr ausbreiten, und Ihr im Nothfall auch von befreundeten Häusern gehoben und gestützt werdet. Knüpfet überhaupt ehrenvolle und nützliche Verbindungen, machet Euch durch Gerechtigkeit und Wohlwollen zahlreiche Freunde, denn sie sind wichtiger als Armeen und Schätze, und gelten oft mehr als die besten Gründe; liebet den Frieden, meidet unnütze Zänkereien sowohl mit Untergebenen als mit Euren Nachbarn; denn gleichwie der geringste Privatmann oft die größten Dienste leistet, so kann auch ein einziger durch Unrecht gereizter Feind unersetzlichen Schaden zufügen; wisset aber auch

im Nothfall Eure Rechte männlich zu vertheidigen, scheuet einen pflichtmäßigen Kampf nicht, wenn er nothwendig geworden ist, und zu rechter Zeit mit Erfolg bestanden werden kann; führet ihn mit Muth, Entschlossenheit, Beharrlichkeit, aber auch mit Mäßigung in den Formen und mit steter Hinsicht auf die Herstellung des Friedens; stehet bey jeder Gelegenheit Euren Freunden bey, damit sie Euch hinwieder beystehen; verfallet weder in Sorglosigkeit, die aller Calamitäten Anfang ist, noch in jenen herzlosen Egoismus, der mit Verweigerung jeder gegenseitigen Hülfe bestraft wird. — Indem Ihr jedoch durch diese und ähnliche Mittel Eure relative Ueberlegenheit gründet, und Euer Ansehen befestiget: so vergesst auf der anderen Seite nie, daß wo Ihr in der Welt hinkommen möget, Ihr stets noch von mächtigeren Menschen als Ihr selbst seyd, umgeben seyn, und durch mancherley Bedürfnisse bald von diesen, bald von jenen abhängen werdet; wenn also jene erstere Betrachtung den Ehrgeiz spornt und ermuntert, so soll euch diese letztere hingegen wahre Klugheit und Mäßigung der Ansprüche lehren. Füget Euch in die Natur der Dinge, denn sie ist Gottes Ordnung: und das ist keine Schande sich einer höheren Macht zu unterwerfen, mit Gewaltigen nicht zu zanken, wofern man dabey keine Pflicht verletzt, und jene Macht noch dazu nicht feindselig sondern gerecht und wohlwollend ausgeübt wird. Gebt vielmehr dem ganzen Volk das Beyspiel eines pflichtmäßigen Gehorsams, so werdet Ihr ihn auch von anderen fordern können; dienet treu und eifrig den Königen Eueren Herren; lasset und verschaffet ihnen das Ihrige, leistet ihnen redlich alles, was Ihr versprochen habet, erweist ihnen dazu noch jede von Euch abhängende Gefälligkeit; verlasset sie nicht in

den Tagen der Noth, förderet ihren Nutzen, wendet ihren Schaden, helfet ihnen nach allen Kräften, auf daß sie Euch hinwieder helfen; und wenn Euer Rang Euch ihrer Person annähert, und in habituelles Verhältniß mit ihnen bringt: so benüzet diesen Vorzug, um ihnen fürstliche Gedanken und Gesinnungen einzuflößen, sie zum Schutz der Gerechtigkeit aufzumuntern, besonders aber sie vor falschen Lehren und heuchlerischen Sophisten zu warnen, welche heut zu Tage ihre einzigen Feinde sind. Mit einem Wort, dienet der Welt, so werdet Ihr über sie herrschen; machet Euch nützlich, ja sogar unentbehrlich Eueren Oberen, Eueren Gleichen, Eueren Untergebenen: so werden sie sich zu euch hindrängen, freywillig Euerer Leitung folgen, und dann vermag auch keine Umwälzung der Dinge, keine menschliche Gewalt Euch Freyheit, Ehre und Ansehen zu rauben. Ja! wir dürfen es am Ende dieses Werks mit Zuversicht aussprechen: je mehr Ihr Euch mit den darin entwickelten Grundsätzen, über die Bildung, die Ausübung und Befestigung der Landesherrlichen Gewalt durchdringet und vertraut macht, je mehr werdet Ihr finden, daß diese Wissenschaft nicht nur eine neue Herrlichkeit Gottes offenbaret, Fürsten und Völker beruhiget, und den Frieden in den Gemüthern herstellt; sondern daß sie auch für jeden einzelnen Menschen, in allen Lagen und geselligen Verhältnissen, das Gesetz des rechtlichen Verhaltens, die Regel alles erlaubten Ehrgeizes und der Spiegel der wahren Lebens-Klugheit ist. Zu diesem großen Zweck habe ich nun das Meinige nach besten Kräften geleistet, ich habe mein Gelübd erfüllt, und das mir auferlegte Tageswerk vollbracht; ein Wald von Irrthümern ist wenigstens ausgerottet, der Boden ist von Disteln und Dornen gesäubert und umge-



atert, dagegen aber der Saame der Wahrheit ausgekreut, der Baum einer besseren Wissenschaft gepflanzt, und mir bleibt nur zu wünschen übrig, daß er auch von anderen treuen Arbeitern begossen werden, und, mittelst des Segens von oben, theils wachsen und blühen, theils mancherley Früchte der Gerechtigkeit bringen möge.

Ende des sechsten und letzten Bandes.

---









